

MONATSBERICHT

**OKTOBER
2007**

NOVEMBER

DEZEMBER

JANUAR

FEBRUAR

59. Jahrgang
Nr. 10

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-1
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telex Inland 41 227, Ausland 4 14 431
Telefax 069 9566-3077

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:
19. Oktober 2007, 11:00 Uhr.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.

Inhalt

Kurzberichte	5
<hr/>	
Konjunkturlage	5
Öffentliche Finanzen	8
Wertpapiermärkte	10
Zahlungsbilanz	12
Globalisierung und Geldpolitik	15
<hr/>	
<i>Globalisierung und sektorale Relativpreise</i>	20
<i>Internationaler Zinsverbund und nationale Zinsstruktur</i>	30
Fortschritte bei der Stärkung des gesamtwirtschaftlichen Wachstumspotenzials	35
<hr/>	
Zur Reform des deutschen Haushaltsrechts	47
<hr/>	
<i>Mögliche Begründungen und notwendige Grenzen staatlicher Kreditaufnahme</i>	50
<i>Schwächen des Artikels 115 GG</i>	52
<i>Zum disziplinierenden Einfluss der Finanzmärkte auf die staatliche Haushaltspolitik</i>	60
TARGET2 – das neue Zahlungs- verkehrssystem für Europa	69
<hr/>	
<i>Zahlungsverhalten bei Definition von bilateralen Limiten</i>	74

Statistischer Teil 1*

Wichtige Wirtschaftsdaten für die EWU	6*
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der EWU	8*
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems	16*
Banken	20*
Mindestreserven	42*
Zinssätze	43*
Kapitalmarkt	48*
Finanzierungsrechnung	52*
Öffentliche Finanzen in Deutschland	54*
Konjunkturlage in Deutschland	61*
Außenwirtschaft	68*

Übersicht über Veröffentlichungen
der Deutschen Bundesbank 77*

Kurzberichte

Konjunkturlage

Industrie

Die Industriekonjunktur hat in den Sommermonaten wieder deutlich Fahrt aufgenommen. Im August stieg die Produktion saison- und kalenderbereinigt um $1\frac{3}{4}\%$, nachdem zu Beginn des Quartals nur ein Plus von $\frac{1}{4}\%$ zu verzeichnen war. Das volatile Verlaufsbild ergibt sich vornehmlich durch die Verschiebung der Ferientermine. Im Durchschnitt der Monate Juli und August lag der industrielle Ausstoß um $1\frac{1}{2}\%$ über dem Niveau der Frühjahrsmonate, als der Zuwachs mit $\frac{1}{2}\%$ insgesamt eher verhalten ausgefallen war. Sektoral betrachtet waren die jüngsten Produktionsausweitungen breit angelegt, wobei die Hersteller von Nahrungsmitteln und von Personenkraftwagen Rückgänge zu verzeichnen hatten. Binnen Jahresfrist stieg die industrielle Erzeugung im August kalenderbereinigt um gut 6% .

Produktion

Die Nachfrage nach Industriegütern hat im August ebenfalls zugelegt. So erhöhte sich das Bestellvolumen gegenüber Juli saisonbereinigt um $1\frac{1}{4}\%$. Der Zweimonatsdurchschnitt Juli/August unterschritt das Vorquartalsniveau, das durch außergewöhnlich viele Großaufträge im Juni geprägt war, um knapp $1\frac{1}{2}\%$. Der Vergleich Juli/August gegenüber April/Mai, der die Grundtendenz besser widerspiegelt, zeigt hingegen einen Zuwachs von $\frac{3}{4}\%$. Ein ähnliches Ergebnis ergibt sich bei Bereinigung der Daten um die außergewöhnlichen Großaufträge. Der Auftragsfluss tendierte damit weiterhin nach oben, obgleich nicht mehr so schwungvoll wie in den

*Auftrags-
eingang*

Zur Wirtschaftslage in Deutschland *)

saisonbereinigt

Zeit	Auftragseingang (Volumen); 2000 = 100			
	Industrie			Bau- haupt- gewerbe
	insgesamt	davon:		
	Inland	Ausland		
2006 4. Vj.	121,8	108,4	138,6	73,3
2007 1. Vj.	125,6	110,7	144,3	78,8
2. Vj.	130,9	112,6	153,9	76,2
Juni	136,6	113,5	165,5	72,5
Juli	128,2	112,6	147,7	79,1
Aug.	129,8	112,7	151,2	...
Produktion; 2000 = 100				
Industrie				
darunter:				
	Vorleis- tungs- güter- produ- zenten	Investi- tions- güter- produ- zenten		Bau- haupt- gewerbe
	insgesamt			
2006 4. Vj.	116,3	119,3	122,1	85,2
2007 1. Vj.	119,0	121,9	125,7	87,5
2. Vj.	119,5	122,3	126,4	79,8
Juni	120,0	123,7	127,1	78,8
Juli	120,3	123,6	128,7	79,5
Aug.	122,5	125,4	130,2	81,1
Außenhandel; Mrd €				
	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	nachr.: Leis- tungs- bilanz- saldo; Mrd €
2006 4. Vj.	239,21	188,83	50,38	42,75
2007 1. Vj.	238,18	192,11	46,07	32,34
2. Vj.	239,49	191,33	48,16	39,35
Juni	80,57	65,64	14,93	14,51
Juli	80,34	63,82	16,52	14,00
Aug.	82,73	67,40	15,33	13,48
Arbeitsmarkt				
	Erwerbs- tätige	Offene Stellen	Arbeits- lose	Arbeits- losen- quote in %
	Anzahl in 1 000			
2007 1. Vj.	39 593	638	3 941	9,4
2. Vj.	39 703	607	3 841	9,2
3. Vj.	...	614	3 736	8,9
Juli	39 780	611	3 771	9,0
Aug.	39 814	615	3 744	8,9
Sept.	...	615	3 694	8,8
	Einfuhr- preise	Erzeuger- preise gewerb- licher Pro- dukte	Baupreise	Ver- braucher- preise
2000 = 100				
2007 1. Vj.	106,1	118,1	111,7	111,3
2. Vj.	107,7	118,8	112,6	112,1
3. Vj.	...	119,2	113,3	112,8
Juli	108,8	119,0	.	112,6
Aug.	107,4	119,2	.	112,7
Sept.	...	119,3	.	113,0

* Erläuterungen siehe: Statistischer Teil, X, und Statisti-
sches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen.

Deutsche Bundesbank

beiden ersten Quartalen des Jahres. Im ent-
sprechenden Zweimonatsvergleich sind die
Bestellungen aus dem Ausland mit 1% stär-
ker expandiert als das Ordervolumen inlän-
discher Nachfrager, das um knapp ½% zu-
nahm. Von der Bestelltätigkeit profitierten be-
sonders die Hersteller von Vorleistungsgütern
und von Investitionsgütern, während die Pro-
duzenten von Konsumgütern einen Nachfra-
gerückgang verbuchten.

Die Warenausfuhren sind dem Wert nach im
August kräftig gestiegen. Gegenüber Juli
konnten sie saisonbereinigt um 3% zulegen.
Im Zeitraum Juli/August lagen die Exporte um
2% über dem Durchschnitt des zweiten
Quartals, in dem sie nur leicht zunahmen.
Einen noch stärkeren Zuwachs wiesen die
wertmäßigen Wareneinfuhren auf, die sich
im August saisonbereinigt um 5½% erhöh-
ten. Im Zweimonatsdurchschnitt Juli/August
übertrafen sie den Stand des Frühjahrsquar-
tals um 3%. Bereinigt um Preissteigerungen
haben die Außenhandelsströme im Berichts-
zeitraum ebenfalls relativ stark zugenommen.

Außenhandel

Bauhauptgewerbe

Die Bauproduktion wurde im August gegen-
über dem Vormonat deutlich ausgeweitet.
Saisonbereinigt stieg die Aktivität um 2%,
nachdem sie im Juli um knapp 1% zugelegt
hatte. Die monatlichen Veränderungsdaten
zu Sommerbeginn sind vermutlich auch im
Bauhauptgewerbe von der Verschiebung der
Ferientermine beeinflusst worden. Das Produk-
tionsniveau der Monate Juli und August zu-
sammen genommen übertraf das Vorquartals-
niveau um ½%. Dabei konnte der Hochbau

Bauproduktion

in diesem Zeitabschnitt mit 1% überdurchschnittlich zulegen. Der Tiefbau hielt hingegen lediglich den Frühjahrsstand.

Baunachfrage

Die Baunachfrage zeigte sich im Juli – aktuellere Zahlen liegen derzeit nicht vor – gegenüber dem schwachen Juni deutlich erholt. Gegenüber dem zweiten Quartal ergibt sich ein Anstieg um 3¾%. Vor allem die gewerbliche Baunachfrage zog mit einem Plus von 10¼% außerordentlich kräftig an, während der Wohnungsbau um 1¼% weniger Aufträge verzeichnete. Auch die öffentliche Hand erteilte nicht mehr so viele Aufträge wie noch im zweiten Jahresviertel.

Gesamtwirtschaft

Gesamtwirtschaftliche Einschätzung des dritten Quartals

Nach den bislang vorliegenden Indikatoren hat die gesamtwirtschaftliche Aktivität im Sommer spürbar zugenommen, nachdem im ersten Halbjahr die Mehrwertsteuereffekte auf den privaten Konsum und den Wohnungsbau das Wachstum erheblich gedämpft hatten. Im dritten Quartal dürften diese Wirkungen nachgelassen haben, sodass die zyklischen Auftriebskräfte wieder mehr zum Tragen gekommen sind. Den Schätzungen zufolge wuchs die Wirtschaft in den Sommermonaten mit einer höheren Rate als im Durchschnitt des ersten Halbjahrs. Dabei kamen verstärkt Impulse aus dem Inland. Der private Konsum hat sich bei verhaltenen Umsätzen des klassischen Einzelhandels vor allem aufgrund der beträchtlichen Zunahme des Kfz-Handels wohl merklich belebt. Zudem ist nicht nur mit der Fortsetzung der stabilen Aufwärtsentwicklung bei der Nachfrage nach Ausrüstungen, sondern auch mit einem An-

stieg der Bauinvestitionen zu rechnen. In den Sommermonaten waren zudem die Exporte spürbar aufwärtsgerichtet. Aber auch die Einfuhren haben kräftig zugenommen. Die hohen Importe könnten nicht zuletzt dazu genutzt worden sein, die Läger wieder aufzufüllen.

Arbeitsmarkt

Im August hat sich die günstige Grundtendenz am Arbeitsmarkt weiter fortgesetzt. So nahm die Beschäftigung nach ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamtes saisonbereinigt um 34 000 Personen auf 39,81 Millionen zu. Im Vorjahrsvergleich betrug die Zunahme 637 000. Auch die günstige Tendenz im Bereich der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung hat sich fortgesetzt. Im Juli stieg sie wieder deutlich, und zwar um 53 000, nach 6 000 im Juni. Dagegen blieb der Umfang der geförderten Beschäftigung weitgehend unverändert.

Erwerbstätigkeit

Die registrierte Arbeitslosigkeit ist im September weiter gesunken. Insgesamt waren saisonbereinigt 3,69 Millionen Personen arbeitslos gemeldet. Das waren 50 000 weniger als im Vormonat. Der Vorjahrsstand wurde um 694 000 unterschritten. Die Arbeitslosenquote betrug unter Ausschaltung jahreszeitlicher Einflüsse 8,8%, gegenüber 10,5% im September 2006. Maßgebend für die Verbesserung war die konjunkturell bedingte Zunahme der Beschäftigung. Daneben hat ein aus demographischen Gründen rückläufiges Arbeitskräfteangebot den Arbeitsmarkt entlastet.

Arbeitslosigkeit

Preise

Internationale Rohölpreise

Die Preise an den internationalen Rohstoffmärkten haben im September nach einer temporären Entspannung im August wieder angezogen. Im Monatsdurchschnitt erreichte die Kassanotierung für die Ölsorte Brent mit 76¾ US-\$ einen neuen Höchststand. Bei Abschluss dieses Berichts lag der Tageskurs bei 84½ US-\$. Der kräftige Preisanstieg ist auch vor dem Hintergrund rückläufiger Vorräte in den USA und Produktionsunterbrechungen aufgrund tropischer Wirbelstürme sowie der erhöhten Spannungen im türkisch-irakischen Grenzgebiet zu sehen. Da die Terminnotierungen weniger stark zulegten als die Kassapreise, haben sich die Terminabschläge ausgeweitet. Für die Lieferung auf sechs Monate betrug der Abschlag zuletzt 2¼ US-\$. Auf längere Frist waren es 6¾ US-\$.

Einfuhr- und Erzeugerpreise

Die deutschen Einfuhrpreise sind im August gegenüber dem Vormonat vor allem aufgrund der vorübergehend niedrigeren Weltmarktpreise für Rohöl sowie der Aufwertung des Euro spürbar zurückgegangen, und zwar saisonbereinigt um 1,3 %. Der interne Preisauftrieb auf der industriellen Erzeugerstufe hielt dennoch weiter an. Das gilt insbesondere für die Preise der Nahrungsmittelindustrie. Insgesamt nahmen die industriellen Erzeugerpreise ohne Energie gerechnet gegenüber dem Vorjahr um 2,7 % zu.

Verbraucherpreise

Auf der Verbraucherstufe sind die Preise im September gegenüber dem Vormonat deutlich gestiegen. Sowohl Energie als auch Nahrungsmittel haben sich erneut verteuert. Zwar gab es Verbilligungen bei saisonabhän-

gigen Nahrungsmitteln; diese wurden jedoch von den Preiserhöhungen insbesondere bei Milchprodukten überlagert. Für gewerbliche Waren mussten die Verbraucher ebenfalls mehr ausgeben. Insgesamt belief sich der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe im September in der Abgrenzung des nationalen Index auf 2,4 % gegenüber dem Vorjahr, verglichen mit 1,9 % im August. Nach dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex betrug die Zunahme 2,7 %. Im August waren es noch 2,0 %.

Öffentliche Finanzen¹⁾

Ergebnisse der Herbstnotifikation und gesamtstaatliche Verschuldung

Ende September wurden im Rahmen des europäischen Haushaltsüberwachungsverfahrens revidierte Zahlen zum gesamtstaatlichen Defizit und Schuldenstand an die Europäische Kommission übermittelt. Die vom Statistischen Bundesamt berechnete Defizitquote für das Jahr 2006 wurde gegenüber der Notifikation vom Frühjahr mit 1,6 % um 0,1 Prozentpunkt niedriger ausgewiesen. Die Schätzung des Bundesfinanzministeriums für das Defizit des laufenden Jahres fiel mit 0,1 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) dagegen deutlich geringer aus als der Ende März übermittelte Wert (1,2 %). Der von der Bundesbank be-

Ergebnisse der Herbstnotifikation

¹⁾ Im Rahmen der Kurzberichte werden aktuelle Ergebnisse der öffentlichen Finanzen erläutert. In den Vierteljahresberichten (Februar, Mai, August, November) erfolgt eine umfassende Darstellung der Entwicklung der öffentlichen Haushalte im jeweils vorangegangenen Quartal. Detaillierte statistische Angaben zur Haushaltsentwicklung und zur Verschuldung finden sich im Statistischen Teil dieses Berichts.

rechnete Schuldenstand zum Jahresende 2006 wurde aufgrund aktualisierter Daten auf Bundes- und Gemeindeebene um gut 1 ½ Mrd € auf 1,568 Billionen € nach oben revidiert. Wegen des nunmehr deutlich höher ausgewiesenen nominalen BIP ergab sich jedoch letztlich eine um vier Zehntelpunkte niedrigere Schuldenstandsquote von 67,5 %. Dies entspricht nunmehr einem Rückgang von 0,3 Prozentpunkten gegenüber dem Jahresende 2005.

Bis zur Jahresmitte weiterer Rückgang der Schuldenquote bei Anstieg des nominalen Schuldenstandes

Der Maastricht-Schuldenstand ist bis zur Jahresmitte 2007 weiter auf 1,587 Billionen € angestiegen. Bezogen auf das BIP der vier vorausgegangenen Quartale ergibt sich jedoch aufgrund des kräftigen nominalen BIP-Wachstums ein weiterer Rückgang der Schuldenquote auf 67 %. In der zweiten Jahreshälfte könnte die Schuldenquote sogar noch stärker sinken, nicht zuletzt weil sich durch eine Rückführung der gegenüber dem Vorjahresende deutlich aufgestockten Geldmarkteinlagen des Bundes und seiner Sondervermögen ein dämpfender Effekt auf die Entwicklung der Bruttoverschuldung ergeben könnte.

Kommunalfinanzen

Gemäß den kürzlich veröffentlichten Kassenergebnissen erzielten die Gemeindehaushalte im zweiten Quartal 2007 einen Überschuss von gut 3 Mrd €, der damit deutlich höher ausfiel als vor Jahresfrist (1 Mrd €). Entscheidend war der – trotz gegenüber dem Vorjahr entfallener Einnahmen aus dem Verkauf der Dresdner Wohnungsbaugesellschaft (1 Mrd €) – kräftige Anstieg der Einnahmen

Deutlich höherer Überschuss im zweiten Quartal 2007 dank kräftigem Einnahmestieg...

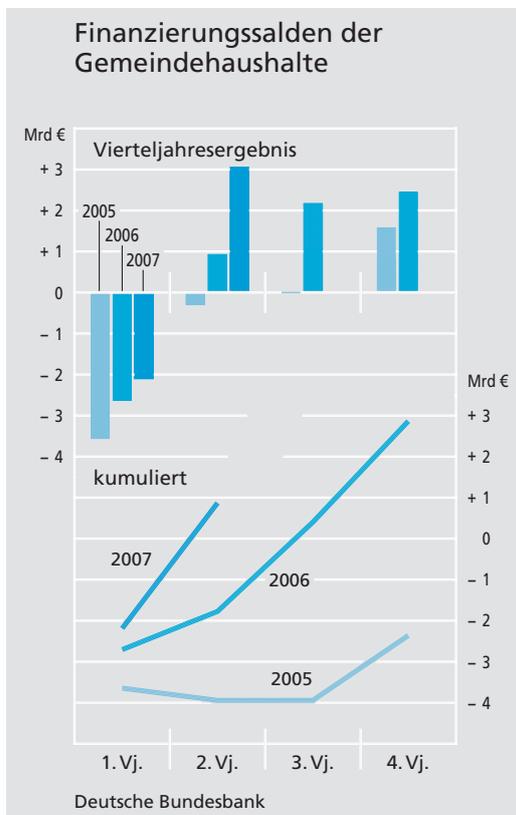
(+ 7 % bzw. + 2 ½ Mrd €). Das Steueraufkommen nahm dabei wieder stärker zu (+ 13 ½ % bzw. 2 Mrd €), wobei neben der Gewerbesteuer (+ 14 %) insbesondere die Einkommensteueranteile (+ 22 %) – die im Vorquartal noch leicht rückläufig gewesen waren – ein deutliches Wachstum verzeichneten. Der seit Jahresbeginn zu beobachtende kräftige Anstieg der Schlüsselzuweisungen und der investiven Länderzuweisungen setzte sich fort (insgesamt + 15 ½ %).

Auf der anderen Seite nahmen die Ausgaben im Vorjahrsvergleich um 1 ½ % zu (+ ½ Mrd €). Der Rückgang der Personalaufwendungen setzte sich verstärkt fort (– 2 ½ %), und die Ausgaben für Sozialleistungen wuchsen nur leicht (+ 1 %) bei nahezu unveränderten Zahlungen für die Unterkunftskosten der Bezieher von Arbeitslosengeld II. Demgegenüber stiegen nicht zuletzt die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand (+ 4 %) kräftig an. Der deutliche Zuwachs bei den Sachinvestitionen, der im ersten Quartal auch durch die ungewöhnlich milde Witterung gestützt worden war, setzte sich gebremst fort (+ 7 %).

... und moderater Ausgabenentwicklung

Vor dem Hintergrund kräftig gewachsener Steuereinnahmen, deutlicher Zuwächse bei den Länderzuweisungen und einer gedämpften Entwicklung der Aufwendungen für Personal und Arbeitsuchende dürfte der Überschuss der Gemeindehaushalte 2007 höher als im Vorjahr (3 Mrd €) ausfallen. Die Entwicklung der kurzfristigen Kassenkredite deutet allerdings darauf hin, dass noch immer zahlreiche Kommunen Schwierigkeiten beim Ausgleich ihrer laufenden Haushalte haben. So nahm der Bestand trotz des im zweiten

In 2007 höherer Überschuss möglich, jedoch weiterhin Anstieg der Kassenkredite



Quartal verzeichneten hohen Finanzierungüberschusses der Gemeinden weiter um insgesamt $\frac{1}{2}$ Mrd € gegenüber dem Ende des Vorquartals zu (auf insgesamt nunmehr gut 29 Mrd €). Der Anstieg konzentrierte sich auf die Länder Nordrhein-Westfalen und Hessen, aber auch in den Gemeinden von Sachsen-Anhalt und Niedersachsen kam es noch zu einer merklichen Zunahme der durchschnittlichen Kassenkredite je Einwohner, obwohl auch in jedem dieser Bundesländer insgesamt kommunale Finanzierungüberschüsse verzeichnet wurden.

Wertpapiermärkte

Rentenmarkt

Das Emissionsvolumen am deutschen Rentenmarkt blieb im August mit einem Bruttoabsatz von 93,5 Mrd € hinter dem Vormonatswert (109,9 Mrd €) zurück. Bei zudem höheren Tilgungen und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten reduzierte sich im Ergebnis der Umlauf inländischer Schuldverschreibungen um 32,6 Mrd €. Im Juli waren noch Rentenwerte für netto 1,3 Mrd € begeben worden. Ausländische Schuldverschreibungen wurden im August im Umfang von 8,1 Mrd € (netto) am deutschen Markt untergebracht.

*Absatz von
Rentenwerten*

Die öffentliche Hand hat ihre Kapitalmarktverschuldung bei hohen Brutto-Tilgungen um 18,0 Mrd € verringert. Der Umlauf von Schuldverschreibungen des Bundes ging um 18,7 Mrd € zurück. Dabei tilgte dieser im Ergebnis vor allem fünfjährige Bundesobligationen (20,3 Mrd €). 30-jährige Bundesanleihen (0,7 Mrd €), zweijährige Bundesschatzanweisungen (0,6 Mrd €) und Unverzinsliche Schatzanweisungen (0,5 Mrd €) wurden in geringerem Umfang ebenfalls zurückgenommen. Im längeren Laufzeitbereich wurden hingegen zehnjährige Bundesanleihen netto verkauft (3,5 Mrd €). Der Umlauf von Schuldverschreibungen der Länder erhöhte sich per saldo leicht um 0,7 Mrd €.

*Öffentliche
Anleihen*

Die Kreditinstitute reduzierten ihre Kapitalmarktverschuldung um 13,9 Mrd €. Dafür waren ebenfalls hohe Tilgungen und Rücknahmen verantwortlich. Im Ergebnis verrin-

*Bankschuldver-
schreibungen*

gerte sich dadurch der Umlauf von Sonstigen Bankschuldverschreibungen um 9,1 Mrd € und von Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten um 3,9 Mrd €. Aber auch Hypothekenpfandbriefe wurden in geringem Umfang per saldo zurückgenommen (0,9 Mrd €).

Unternehmensanleihen

Inländische Unternehmen tilgten im August eigene Schuldverschreibungen per saldo für 0,7 Mrd €. Dabei nahmen sie im Ergebnis ausschließlich kurzlaufende Geldmarktpapiere zurück (1,3 Mrd €).

Erwerb von Schuldverschreibungen

Erworben wurden inländische Schuldverschreibungen im August ausschließlich von ausländischen Investoren, die ihre deutschen Rentenportfolios um 16,7 Mrd € aufstockten. Heimische Nichtbanken und Kreditinstitute verkauften hingegen Rentenwerte für 39,4 Mrd € beziehungsweise 1,8 Mrd €. Sie trennten sich im Ergebnis ausschließlich von inländischen Papieren und legten in geringerem Umfang Gelder in ausländischen Titeln an.

Aktienmarkt

Aktienabsatz und -erwerb

Am deutschen Aktienmarkt haben inländische Gesellschaften im Berichtsmonat junge Aktien für 0,3 Mrd € begeben; davon waren zwei Drittel börsennotierte Werte. Ausländische Dividentitel wurden von heimischen Anlegern im Umfang von 3,6 Mrd € verkauft. Auf der Erwerberseite trennten sich heimische Kreditinstitute (4,9 Mrd €) und Nichtbanken (4,2 Mrd €) von Dividentpapieren. Dabei gaben sie sowohl inländische als auch ausländische Aktien ab. Ausländische Investoren nahmen hingegen deutsche

Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen

Mrd €			
Position	2006	2007	
	August	Juli	August
Absatz inländischer Schuldverschreibungen 1)	- 13,0	1,3	- 32,6
darunter:			
Bankschuldverschreibungen	- 6,6	8,4	- 13,9
Anleihen der öffentlichen Hand	- 3,5	- 10,5	- 18,0
Ausländische Schuldverschreibungen 2)	- 2,9	- 1,1	8,1
Erwerb			
Inländer	- 16,2	- 18,0	- 41,2
Kreditinstitute 3)	- 7,5	- 0,1	- 1,8
Nichtbanken 4)	- 8,7	- 17,9	- 39,4
darunter:			
inländische Schuldverschreibungen	- 9,5	- 14,1	- 39,9
Ausländer 2)	0,3	18,2	16,7
Absatz bzw. Erwerb insgesamt	- 15,8	0,1	- 24,5

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — 2 Transaktionswerte. — 3 Buchwerte, statistisch bereinigt. — 4 Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

Dividententitel im Umfang von 5,8 Mrd € in ihre Portefeuilles auf. Dabei handelte es sich ausschließlich um Portfolioinvestitionen.

Investmentzertifikate

Inländische Investmentfonds verzeichneten im August einen Mittelabfluss von 5,1 Mrd €. Insbesondere inländische Publikumsfonds nahmen per saldo eigene Anteile für 5,3 Mrd € zurück. Aber auch ausländische Investmentzertifikate wurden netto für 2,1 Mrd € zurückgegeben.

Absatz von Investmentzertifikaten

Bei den Publikumsfonds betrafen die Mittelabflüsse im Zuge der Anspannungen an den europäischen und amerikanischen Geldmärkten vor allem Geldmarktfonds (2,7 Mrd €), aber auch Aktienfonds (1,6 Mrd €) und

Erwerb von Investmentzertifikaten

Rentenfonds (1,1 Mrd €). Ein positives Mittelaufkommen erzielten hingegen Gemischte Fonds (0,2 Mrd €). Die Rückgaben von Investmentanteilen gingen vor allem von inländischen Nichtbanken aus (6,0 Mrd €). Darüber hinaus standen aber auch die Kreditinstitute auf der Verkäuferseite, allerdings in wesentlich geringerem Umfang (1,5 Mrd €).

Zahlungsbilanz

Leistungsbilanz

Die deutsche Leistungsbilanz wies im August – gemessen an den Ursprungswerten – einen Überschuss von 9,1 Mrd € auf. Das Ergebnis lag damit um 4,4 Mrd € unter dem Vormonatsniveau. Dahinter standen ein niedrigerer Aktivsaldo in der Handelsbilanz und ein höheres Defizit im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen, welche Dienstleistungen, Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie laufende Übertragungen umfassen.

Außenhandel

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes verminderte sich der Außenhandelsüberschuss im August gegenüber dem Vormonat um 3,8 Mrd € auf 14,1 Mrd €. Nach Ausschaltung von Saison- und Kalendereinflüssen nahm er um 1¼ Mrd € auf 15¼ Mrd € ab. Dies ging auf das kräftige Wachstum der nominalen Wareneinfuhren (5½ %) zurück, das deutlich stärker ausfiel als die Expansion der Ausfuhren (3 %). Im Juli/August zusammen genommen lagen die Importumsätze saisonbereinigt um 3 % über dem Durchschnitt des zweiten Quartals, während die Exporterlöse um 2 % wuchsen.

Das Defizit bei den „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen vergrößerte sich im August gegenüber Juli um 1,3 Mrd € auf 4,4 Mrd €. Ausschlaggebend dafür war die Ausweitung des Passivsaldo in der Dienstleistungsbilanz auf 4,6 Mrd €, nach einem Defizit von 3,1 Mrd € im Vormonat. Demgegenüber stiegen die Nettoeinnahmen aus grenzüberschreitenden Faktoreinkommen um 0,1 Mrd € auf 3,0 Mrd €. Das Defizit bei den laufenden Übertragungen sank im gleichen Umfang auf 2,8 Mrd €.

„Unsichtbare“
Leistungs-
transaktionen

Der grenzüberschreitende Wertpapierverkehr verzeichnete auch im August Netto-Kapitalimporte, die mit 21,0 Mrd € etwa doppelt so hoch ausfielen wie im Juli. Ausschlaggebend war dabei das verstärkte Engagement ausländischer Anleger in deutschen Titeln (22,8 Mrd €, nach 10,6 Mrd € im Juli). Sie fragten in erster Linie hiesige Schuldverschreibungen nach (16,7 Mrd €), wobei sich ihre Käufe auf Anleihen (10,7 Mrd €) und Geldmarktpapiere (6,0 Mrd €) verteilten. Außerdem erwarben sie Aktien (5,8 Mrd €), nachdem sie sich im Monat zuvor noch von diesen getrennt hatten (8,0 Mrd €). Der Wertpapiererwerb deutscher Investoren im Ausland hielt sich hingegen in Grenzen (1,8 Mrd €). Einerseits fragten sie Schuldverschreibungen im Ausland nach (8,1 Mrd €). Dabei stießen sowohl Geldmarktpapiere (6,0 Mrd €) als auch Anleihen (2,1 Mrd €) auf ihr Interesse. Andererseits veräußerten sie Aktien (4,2 Mrd €) und Investmentzertifikate (2,1 Mrd €). Außerhalb des Wertpapierverkehrs führten die Geschäfte mit Finanzderivaten zu Abflüssen von per saldo 15,5 Mrd €, verglichen mit 9,5 Mrd € im Juli.

Wertpapier-
verkehr

Direkt-
investitionen

Im Bereich der Direktinvestitionen ergaben sich im August Netto-Kapitalexporte von 4,0 Mrd €, nach 6,5 Mrd € im Juli. Dabei stellten deutsche Firmen ihren Niederlassungen im Ausland zusätzliche Mittel in Höhe von 7,8 Mrd € zur Verfügung. Dies geschah im Rahmen konzerninterner Kredite (3,0 Mrd €), aber auch über reinvestierte Gewinne (2,5 Mrd €) und Beteiligungskapital (2,3 Mrd €). Auch ausländische Unternehmen stockten ihr Kapital in Deutschland auf (3,8 Mrd €), und dies vorrangig in Form von Krediten an ihre in Deutschland ansässigen Töchter und von reinvestierten Gewinnen.

Übriger Kapital-
verkehr der
Nichtbanken
und...

Die Transaktionen der Nichtbanken im übrigen statistisch erfassten Kapitalverkehr, der sowohl Finanz- und Handelskredite als auch Bankguthaben und sonstige Anlagen einschließt, führten zu Mittelzuflüssen von 6,6 Mrd €. Ausschlaggebend waren die Dispositionen staatlicher Stellen, die Kapitalimporte in Höhe von 12,0 Mrd € nach sich zogen. Zu ungefähr gleichen Teilen wurden Bankguthaben im Ausland reduziert und kurzfristige Kredite aufgenommen. Bei Unternehmen und Privatpersonen kam es hingegen zu einem Kapitalabfluss (5,4 Mrd €), vor allem durch die Tilgung kurzfristiger Finanzverbindlichkeiten und die Aufstockung von Bankguthaben im Ausland.

... des Banken-
systems

Teilweise als Gegenposten zu den genannten Transaktionen der Nichtbanken stiegen die Netto-Auslandsforderungen des deutschen Bankensystems per saldo um 15,1 Mrd €. Dabei erhöhte sich die Auslandsposition der Bundesbank um 23,6 Mrd €, und zwar nahezu vollständig durch einen Forderungsaufbau

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €	2006		2007	
	August	Juli ¹⁾	August	
I. Leistungsbilanz				
1. Außenhandel ¹⁾				
Ausfuhr (fob)	69,2	81,3	77,7	
Einfuhr (cif)	58,1	63,4	63,6	
Saldo	+ 11,0	+ 17,9	+ 14,1	
nachrichtlich: Saisonbereinigte Werte				
Ausfuhr (fob)	73,6	80,3	82,7	
Einfuhr (cif)	61,5	63,8	67,4	
2. Ergänzungen zum Außenhandel ²⁾	- 1,2	- 1,3	- 0,6	
3. Dienstleistungen				
Einnahmen	11,4	13,9	12,7	
Ausgaben	15,8	17,1	17,3	
Saldo	- 4,4	- 3,1	- 4,6	
4. Erwerbs- und Vermögens- einkommen (Saldo)	+ 2,1	+ 2,9	+ 3,0	
5. Laufende Übertragungen				
Fremde Leistungen	1,3	0,7	1,0	
Eigene Leistungen	3,7	3,7	3,8	
Saldo	- 2,3	- 2,9	- 2,8	
Saldo der Leistungsbilanz	+ 5,3	+ 13,5	+ 9,1	
II. Vermögensübertragungen (Saldo) ³⁾	+ 0,1	+ 0,4	- 0,0	
III. Kapitalbilanz (Netto-Kapitalexport: -)				
1. Direktinvestitionen	+ 3,6	- 6,5	- 4,0	
Deutsche Anlagen im Ausland	+ 2,1	- 10,8	- 7,8	
Ausländische Anlagen im Inland	+ 1,5	+ 4,3	+ 3,8	
2. Wertpapiere	+ 4,0	+ 10,0	+ 21,0	
Deutsche Anlagen im Ausland	- 1,1	- 0,6	- 1,8	
darunter:				
Aktien	- 4,0	+ 3,2	+ 4,2	
Anleihen ⁴⁾	+ 2,7	- 0,1	- 2,1	
Ausländische Anlagen im Inland	+ 5,1	+ 10,6	+ 22,8	
darunter:				
Aktien	+ 4,2	- 8,0	+ 5,8	
Anleihen ⁴⁾	- 2,0	+ 12,1	+ 10,7	
3. Finanzderivate	- 1,1	- 9,5	- 15,5	
4. Übriger Kapitalverkehr ⁵⁾	- 14,7	+ 2,1	- 8,4	
Monetäre Finanz- institute ⁶⁾	+ 15,5	- 11,5	+ 8,6	
darunter: kurzfristig Unternehmen und Privatpersonen	+ 21,0	- 10,4	+ 25,6	
Staat	- 4,7	- 1,0	- 5,4	
Bundesbank	+ 0,4	+ 17,4	+ 12,0	
Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -) ⁷⁾	- 25,9	- 2,8	- 23,6	
5. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -) ⁷⁾	+ 0,7	+ 0,1	- 0,0	
Saldo der Kapitalbilanz ⁸⁾	- 7,5	- 3,7	- 7,0	
IV. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Trans- aktionen (Restposten)	+ 2,1	- 10,2	- 2,1	

¹ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). Ab Januar 2007 ohne Warenlieferungen zur bzw. nach Reparatur/Wartung, die bis Dezember 2006 über die Ergänzungen zum Außenhandel abgesetzt wurden. — ² Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren. — ³ Einschl. Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern. — ⁴ Ursprungslaufzeit über ein Jahr. — ⁵ Enthält Finanz- und Handelskredite, Bankguthaben und sonstige Anlagen. — ⁶ Ohne Bundesbank. — ⁷ Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen. — ⁸ Saldo der Kapitalbilanz einschl. Veränderung der Währungsreserven.

Deutsche Bundesbank

im Rahmen des Großbetragszahlungsverkehrssystems TARGET. Demgegenüber kamen im unverbrieften Auslandsgeschäft der Kreditinstitute 8,6 Mrd € auf.

Die Währungsreserven der Bundesbank sind im August – zu Transaktionswerten gerechnet – in etwa unverändert geblieben.

*Währungs-
reserven*

Globalisierung und Geldpolitik

Die Bedeutung des Globalisierungsprozesses für die Geldpolitik ist in jüngerer Zeit verstärkt in den Blickpunkt gerückt. Dabei geht es zum einen um den Einfluss globaler Faktoren auf die Preisentwicklung und damit auf die geldpolitische Zielgröße, zum anderen um die Implikationen der Globalisierung für die geldpolitische Transmission.

Der vorliegende Aufsatz gibt einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Diskussion. Er kommt zu dem Schluss, dass der Globalisierungsprozess weder die Notwendigkeit einer stabilitätsorientierten Geldpolitik verringert, noch die Fähigkeit einer unabhängigen Zentralbank, auf mittlere Sicht Preisstabilität zu gewährleisten, grundsätzlich in Frage stellt. Allerdings ist davon auszugehen, dass sich die Preisdynamik und der monetäre Transmissionsprozess durch die zunehmende Verflechtung der Güter- und Finanzmärkte verändert haben. Die relative Stärke der jeweiligen Wirkungskanäle und damit der Nettoeffekt auf den geldpolitisch relevanten Datenkranz sind jedoch nur schwer zu quantifizieren. Im Endeffekt erhöht die zunehmende Globalisierung aber das Ausmaß an Unsicherheit, unter dem geldpolitische Entscheidungen getroffen werden. Eine breit angelegte Analyse der Wirtschaftsindikatoren trägt dem Rechnung.

Bedeutung der Globalisierung für Zentralbanken

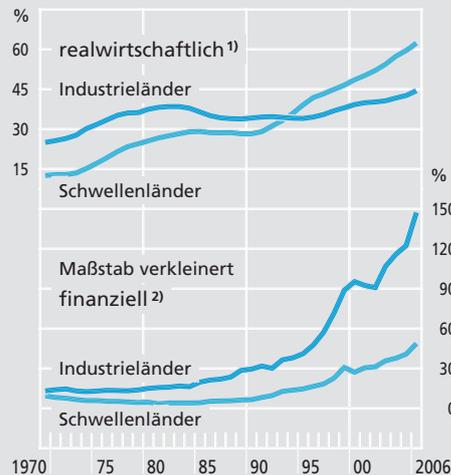
Globalisierung und Gewährleistung von Preisstabilität

Das Phänomen der Globalisierung und seine sozialen, politischen und ökonomischen Aspekte haben in den letzten Jahren große Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Der vorliegende Aufsatz beschäftigt sich mit den Implikationen der Globalisierung für die Preisentwicklung und die Geldpolitik.¹⁾ Hauptaufgabe des Eurosystems wie auch der meisten anderen Notenbanken ist die Gewährleistung von Preisstabilität. Aus geldpolitischer Sicht ist es daher zentral, ob und wie sich die Globalisierung auf die Erfüllung dieser Aufgabe auswirkt. Zwei Aspekte sind dabei von besonderem Interesse. Erstens ist zu prüfen, ob und gegebenenfalls in welcher Form die Globalisierung die gesamtwirtschaftliche Preisentwicklung beeinflusst. Eine in diesem Zusammenhang häufig zu hörende These lautet beispielsweise, dass die verstärkte weltwirtschaftliche Integration die Teuerungsraten in den entwickelten Ländern gedämpft habe. Zweitens muss überprüft werden, ob die Globalisierung – wie von manchen Beobachtern behauptet – die Wirkungskanäle geldpolitischer Maßnahmen verändert. Gibt es Hinweise auf solche Veränderungen, so muss dies bei der geldpolitischen Analyse und der Entscheidungsfindung entsprechend berücksichtigt werden.

Globalisierung – Definition und Schlüsselgrößen

Aus ökonomischer Sicht beschreibt Globalisierung den Prozess einer fortschreitenden in-

Realwirtschaftliche und finanzielle Offenheit



Quelle: IWF. Zur Abgrenzung der Länderaggregate: World Economic Outlook, April 2006, S. 101. — 1 Summe aus Exporten und Importen in % des BIP (gleitende Fünfjahresdurchschnitte). — 2 Summe der Aktiva und Passiva grenzüberschreitender Direktinvestitionen und Portfolioinvestitionen in % des BIP, Bestände.

Deutsche Bundesbank

ternationalen Arbeitsteilung, in dessen Folge ehemals primär nationale Güter-, Finanz- und Arbeitsmärkte zunehmend verflochten werden.²⁾ Um den Begriff zu fassen, wird häufig auf die weltweite Integration der Märkte, die Internationalisierung der Produktion, auf die Vernetzung ökonomischer Aktivitäten oder die zunehmenden wechselseitigen Abhängigkeiten der Volkswirtschaften verwiesen. Das Ausmaß, in dem eine nationale Volkswirtschaft oder ein Wirtschaftsraum dem Globalisierungsprozess ausgesetzt ist, kann dementsprechend mit Hilfe von Kennzahlen wie dem finanziellen und dem realwirtschaftlichen

Messgrößen für Globalisierungsgrad

¹ Zur Bedeutung der verstärkten weltwirtschaftlichen Integration für die deutsche Wirtschaft vgl.: Deutsche Bundesbank, Deutschland im Globalisierungsprozess, Monatsbericht, Dezember 2006, S. 17 ff.

² Vgl.: IWF (2006), How has globalization affected inflation?, World Economic Outlook, April 2006, S. 97–134.

Offenheitsgrad des betreffenden Landes gemessen werden.

Realwirtschaftlicher Offenheitsgrad

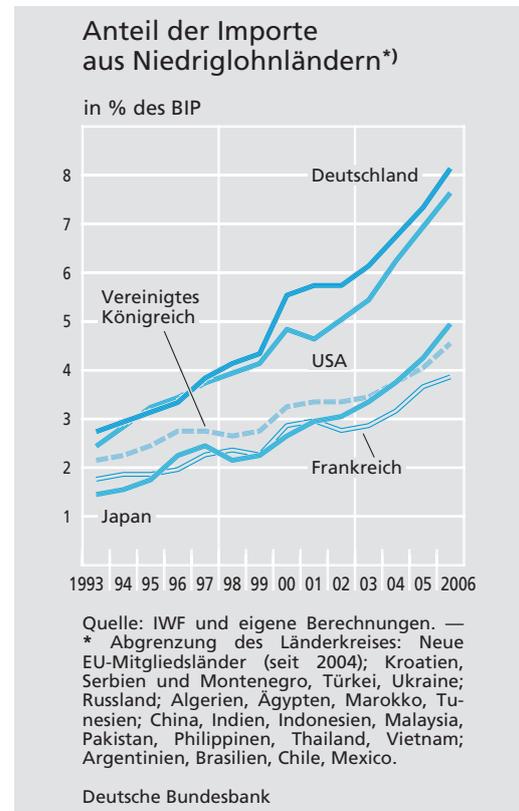
Der realwirtschaftliche Offenheitsgrad – definiert als Summe aus Exporten und Importen von Waren und Dienstleistungen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) – ist in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Ländern deutlich gestiegen. Eine Beschleunigung dieses Prozesses war bereits in den siebziger Jahren und ist erneut seit Mitte der neunziger Jahre zu beobachten. Zu der jüngeren Entwicklung haben insbesondere abnehmende Kommunikations- und Transportkosten sowie die Marktöffnung Chinas, Indiens und Mittel- und Osteuropas beigetragen.

Finanzieller Offenheitsgrad

Noch deutlicher war die Beschleunigung im Tempo der finanziellen Integration. In vielen Ländern, darunter auch Deutschland, sind sowohl die grenzüberschreitenden Wertpapieranlagen (Portfolioinvestitionen) als auch die ausländischen Direktinvestitionen seit Beginn der neunziger Jahre sprunghaft angestiegen. Entsprechend hat der finanzielle Offenheitsgrad dieser Länder – gemessen an der Summe von Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten in Relation zum BIP – seit Beginn der neunziger Jahre noch weit stärker zugenommen als der realwirtschaftliche Offenheitsgrad.

Antriebskräfte der Globalisierung

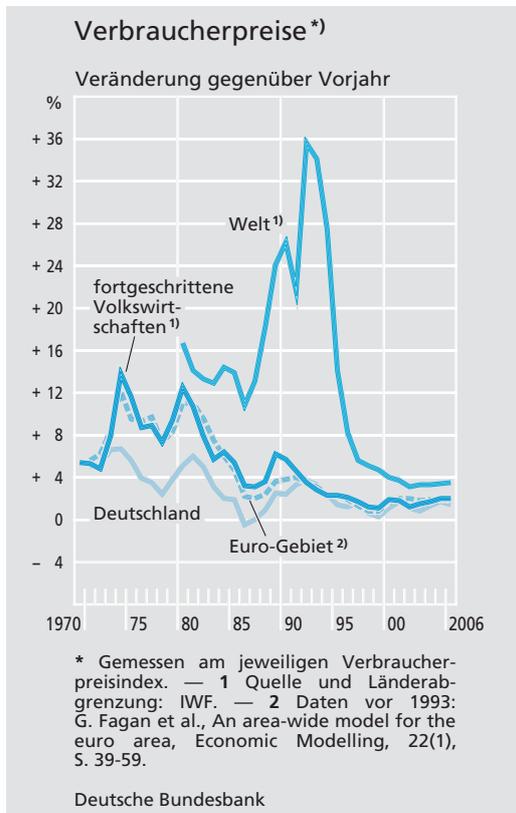
Antriebskräfte der zunehmenden weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung waren der technische Fortschritt, insbesondere im Informations- und Kommunikationsbereich, die Öffnung der Märkte in vielen Ländern und die Deregulierung auf den Produkt- und Arbeitsmärkten sowie im Finanzsektor. Diese Ent-



wicklungen, die auch die geldpolitischen Rahmenbedingungen beeinflussen, sind jedoch ihrerseits nicht unabhängig vom Grad der internationalen Verflechtung und dem Ausmaß des internationalen Wettbewerbs. Folglich unterliegt jeder Versuch, den isolierten Beitrag der Globalisierung zu Veränderungen von nationalen Preisbildungsprozessen beziehungsweise der geldpolitischen Transmission empirisch abzuschätzen, einem beträchtlichen Maß an Unsicherheit.

Bedeutung der Globalisierung für den weltweiten Rückgang der Teuerungsraten

Parallel zur Beschleunigung des Globalisierungsprozesses seit Beginn der neunziger Jahre



Neuausrichtung der Geldpolitik als Hauptgrund für weltweite Disinflation

war weltweit ein deutlicher Rückgang der Teuerungsraten zu beobachten. Diese Entwicklung trat zuerst in den entwickelten Ländern auf. Die Schwellenländer folgten mit einer gewissen Verzögerung. Gleichzeitig verringerte sich die Variabilität der Teuerungsraten. Weithin unstrittig ist, dass der Hauptgrund für diese positive Entwicklung in der stärkeren Ausrichtung und Fokussierung der Geldpolitik auf die Sicherung der Preisstabilität liegt. Die institutionellen Grundlagen dafür wurden durch die Entlassung einer zunehmenden Anzahl von Notenbanken in die Unabhängigkeit, die gesetzliche Verankerung des Preisstabilitätszieles und verschiedene transparenzfördernde Maßnahmen – wie etwa die Einführung quantitativer Zielwerte – geschaffen. Manche Beobachter betonen aber auch, dass die Globalisierung den Disin-

flationsprozess gefördert und den Notenbanken die Arbeit erleichtert habe.³⁾

Mögliche Wirkungskanäle

Prinzipiell kann die Globalisierung auf unterschiedliche Weise zu niedrigeren Teuerungsraten beigetragen haben. Ein möglicher Einflusskanal ist, dass die Globalisierung selbst die Ausrichtung der Währungsbehörden auf Preisstabilität gestärkt hat. So gibt es eine Reihe theoretischer Argumente, die dafür sprechen, dass das Stabilitätsbewusstsein von Zentralbanken mit steigendem Offenheitsgrad zunimmt, beispielsweise, weil die gestiegene Kapitalmobilität den Anreiz zu geldpolitischer Disziplin verstärkt.⁴⁾ Dabei ist allerdings zu bedenken, dass der Disinflationprozess in Deutschland, aber auch in anderen europäischen Ländern und den USA, bereits Anfang der achtziger Jahre einsetzte, also deutlich vor der jüngsten Phase der Beschleunigung im Tempo der Globalisierung.⁵⁾

Globalisierung als Ursache für Neuausrichtung der Geldpolitik?

Eine weitere Argumentationslinie zielt darauf ab, dass die Verfügbarkeit billiger Importe von Fertigwaren aus Asien sowie Mittel- und Osteuropa die Entwicklung der Verbraucherpreise in den Industrieländern gedämpft habe: Zum einen ganz direkt über die Wirkung sinkender Importpreise dieser Produkte auf das inländische Preisniveau (Importpreis-

Importpreis- und Wettbewerbskanal

³ So beispielsweise: K. Rogoff (2003), Globalization and Global Disinflation, Jackson Hole 2003 Symposium Proceedings, Federal Reserve Bank of Kansas City, und BIZ, 76. Jahresbericht, S. 82 – 89, 2006.

⁴ Siehe hierzu ausführlich: E. Gnan und M. T. Valderrama (2006), Globalisierung, Inflation und Geldpolitik, Geldpolitik und Wirtschaft Q4/06, Österreichische Nationalbank, S. 38 – 58.

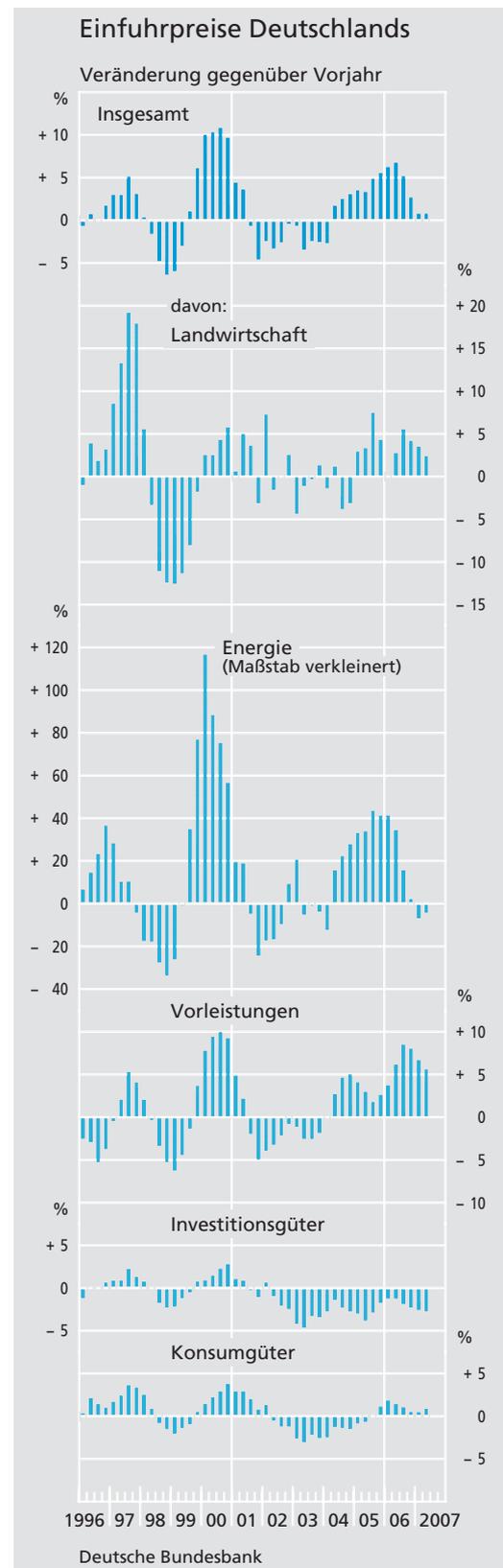
⁵ Vgl. hierzu: IWF (2006), a. a. O., S. 123.

kanal), zum anderen indirekt über einen erhöhten Druck auf die Preise und Löhne im Inland produzierter Konkurrenzprodukte (Wettbewerbskanal).

*Preis-
dämpfende,
aber auch preis-
erhöhende
Wirkungen der
Globalisie-
rung, ...*

Richtig dabei ist, dass es sich bei vielen der im Verbraucherpreisindex enthaltenen Güter um handelbare Güter handelt, deren Preise zunehmend auf internationalen Märkten bestimmt werden.⁶⁾ Dies hat zur Folge, dass Marktentwicklungen auch in räumlich weit entfernten Ländern für die heimischen Verbraucher (und die inländischen Produzenten dieser Güter) spürbar werden können. Die Auswirkungen der Globalisierung können aber grundsätzlich in beide Richtungen gehen, das heißt sowohl preisdämpfende als auch preiserhöhende Effekte haben. Ein aktuelles Beispiel für mögliche preistreibende Effekte der Globalisierung bildet der jüngste Anstieg der Verbraucherpreise für Milchprodukte in Deutschland, der Angebotsverknappungen und eine steigende Nachfrage auf internationalen Märkten widerspiegelt. Dieses Beispiel macht deutlich, dass die Gesamtwirkung der stärkeren Marktintegration auf die Verbraucherpreise in den Industrieländern dem Vorzeichen nach zunächst unbestimmt ist. So sind grundsätzlich in den vergangenen Jahren zwar die Preise vieler produzierter Güter wohl auch als Folge der verstärkten inter-

⁶ Hinzu kommen die lokalen Distributionskosten, die den internationalen Preiszusammenhang abschwächen. Siehe dazu vor allem: A. Burstein, J. Neves und S. Rebelo (2003), Distribution costs and real exchange rate dynamics during exchange-rate-based stabilizations, *Journal of Monetary Economics*, Bd. 50, S. 1189–1214; J. Anderson und E. v. Wincoop, Trade Costs, *Journal of Economic Literature*, Bd. 42, September 2004, S. 691–751; L. Goldberg und J. Campa (2006), Distribution margins, imported inputs, and the sensitivity of the CPI to exchange rates, NBER Working Paper 12121.



Globalisierung und sektorale Relativpreise

Im Folgenden wird die Beziehung zwischen dem Offenheitsgrad ausgewählter Sektoren des Produzierenden Gewerbes (relativ zum durchschnittlichen Offenheitsgrad aller betrachteten Sektoren) und dem sektoralen Teuerungsdruck (relativ zur durchschnittlichen Teuerungsrate der betrachteten Sektoren) in Deutschland untersucht. Die sektorale Perspektive ergänzt die aggregierte Perspektive und kann das Verständnis der Beziehung zwischen Globalisierung und Preisentwicklung vertiefen. Mit Hilfe von sektoralen Daten lässt sich insbesondere das Argument überprüfen, dass das gestiegene Angebot an Fertigwaren aus dem Ausland dämpfend auf die Preise im Inland produzierter Konkurrenzprodukte gewirkt hat. Diese „Wettbewerbshypothese“ impliziert einen negativen Zusammenhang zwischen dem (relativen) Globalisierungsgrad eines Sektors und dem sektorspezifischen Preisauftrieb.¹⁾ Das bedeutet freilich nicht, dass unterschiedliche Intensitäten im Globalisierungstempo die einzige oder die ausschlaggebende Ursache für divergierende sektorale Preisentwicklungen sind. Unterschiedliche Produktivitätstrends – die allerdings selbst Folge unterschiedlicher Offenheitsgrade sein können – dürften ebenfalls eine wesentliche Rolle spielen. Auch kann eine sektoral unterschiedliche Kapital- und Rohstoffintensität der Produktion einen wichtigen Einfluss auf die Preisrelationen haben.

Zur Überprüfung der Wettbewerbshypothese werden die Trends der Erzeugerpreise ausgewählter Sektoren des Produzierenden Gewerbes in Deutschland der jeweiligen branchenspezifischen Bedeutung der Importe gegenübergestellt. Letztere wird als Anteil der realen Einfuhren²⁾ an der sektoralen Nettoproduktion bestimmt. Die der Darstellung zugrunde liegenden Monatsdaten für den Zeitraum 1976 bis April 2007 beziehen sich auf zehn konsolidierte Sektoren des Produzierenden Gewerbes. Die Konsolidierung wird durch die 1995 erfolgte Umstellung von der GP³⁾ 1989 auf die GP 2002 erforderlich, mit der eine grundlegende Neueinteilung der Sektoren des Produzierenden Gewerbes einherging. Gütergruppen wurden teilweise neuen Sektoren zugeordnet, teilweise überhaupt nicht mehr erfasst; neue Gütergruppen kamen hinzu. Um einen Bruch in den Zeitrei-

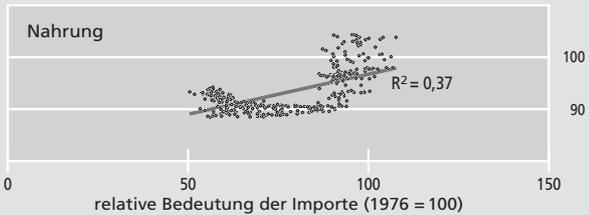
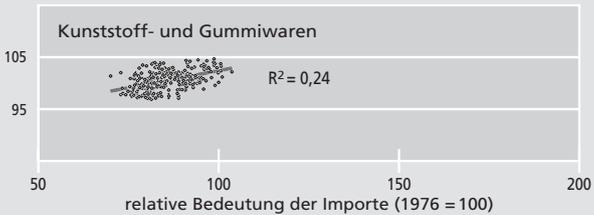
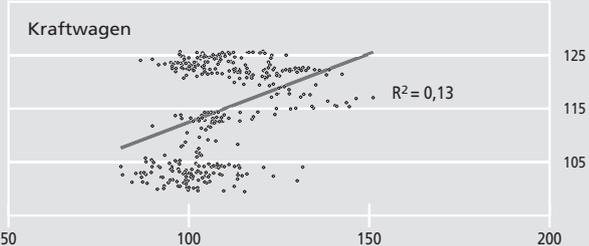
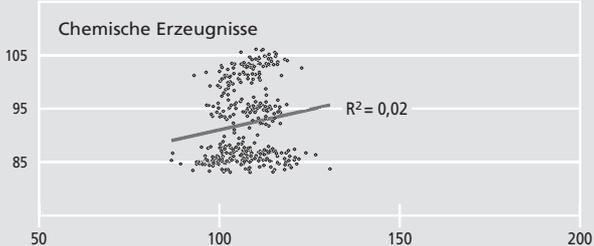
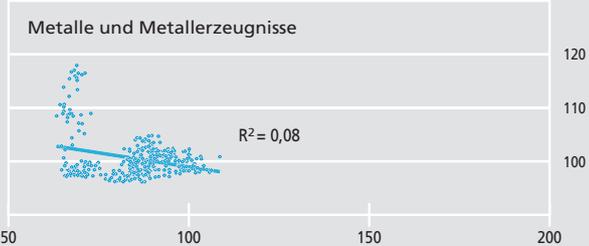
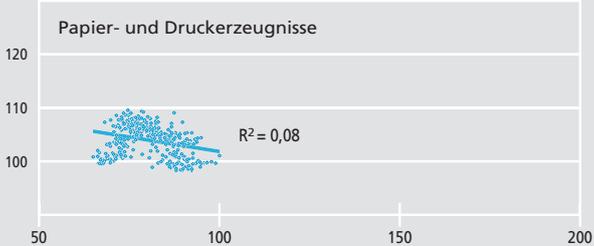
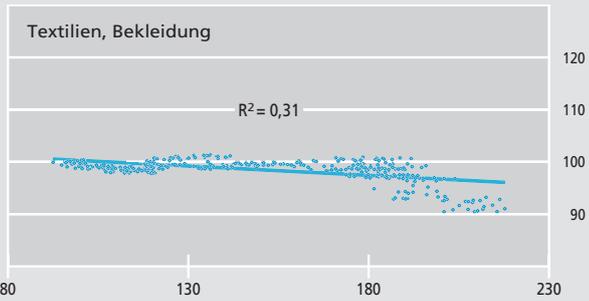
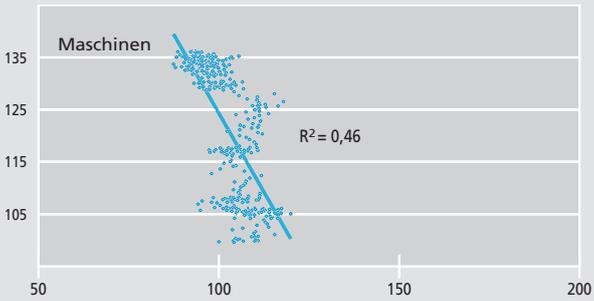
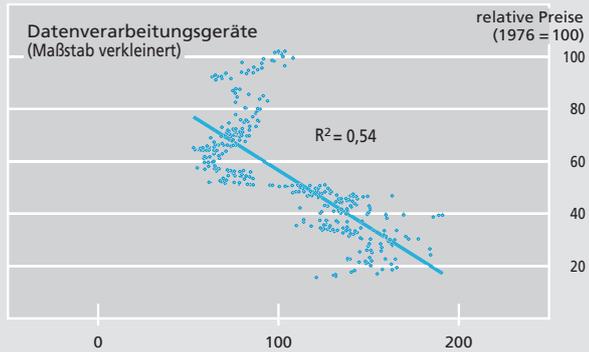
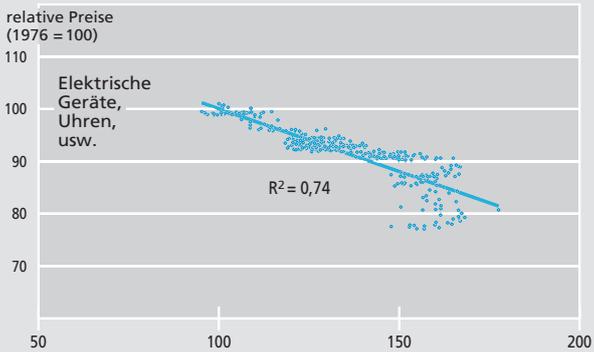
hen von Preisen, Produktion und Außenhandelswerten zu vermeiden, wurden 21 (westdeutsche) Sektoren für den Zeitraum bis zum Jahr 1994 und 16 (gesamtdeutsche) Sektoren ab dem Jahr 1995 zu jeweils zehn vergleichbaren Sektoren zusammengefasst und anschließend verknüpft.⁴⁾ Diese Gruppen bilden – gemessen an der Nettoproduktion – rund 75% des Produzierenden Gewerbes ab. Alle sektoralen Angaben entstammen den Monatsberichten für das Produzierende Gewerbe des Statistischen Bundesamtes; die Daten wurden – vor Konsolidierung und Verknüpfung – saisonbereinigt.

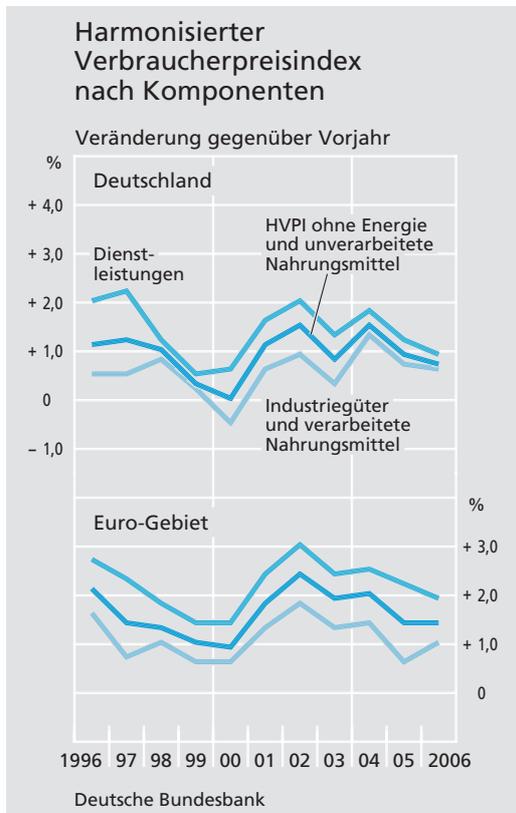
Die sektorale Entwicklung der Preise und der Außenhandelsverflechtung wird jeweils im Vergleich zum gewichteten Mittel aller hier betrachteten Bereiche des Produzierenden Gewerbes gezeigt (vgl. Schaubild auf S. 21). Eine hohe Korrelation zwischen der zeitlichen Entwicklung der relativen Bedeutung der Importe und des relativen Preistrends ergibt sich für die Sektoren Nahrung, Textilien, Kunststoffe, Maschinen, Datenverarbeitung und Elektrische Geräte. Dabei zeigt die blaue Einfärbung die erwartete negative, eine schwarze Einfärbung eine unerwartete positive Korrelation zwischen außenwirtschaftlicher Verflechtung und der Preisentwicklung an. Insgesamt überwiegen die negativen Vorzeichen. Das bedeutet, dass in der Regel mit einem zunehmendem Anteil der Einfuhren der relative Preisdruck abnimmt. Berücksichtigt man auch die Sektoren mit einer nur schwachen Korrelation so kommen je zwei Wirtschaftsbereiche mit negativen (Papier und Metall) und positiven Vorzeichen (Chemie und Kraftwagen) hinzu. Nur in den Bereichen Nahrungsmittel sowie Kunststoff- und Gummiwaren ergeben sich starke positive Zusammenhänge. Bei den Branchen mit positiver Korrelation sind allerdings auch Sondereinflüsse zu berücksichtigen. So sind beispielsweise die Nahrungsmittelpreise in der Vergangenheit noch mehr als heute durch die EU-Agrarmarkordnung beeinflusst worden. In der Chemieindustrie dürften die preissenkenden Effekte zunehmenden Wettbewerbs zeitweise durch die Ölpreisveränderungen überlagert worden sein. Insgesamt zeigt sich also, dass in Sektoren mit einer relativ stärker werdenden Importpenetration der Preistrend im Allgemeinen moderater war.

1 Vgl.: IWF (2006), a. a. O., S. 111 ff. — 2 Importwerte deflationiert mit Importpreisen. — 3 Güterklassifikation der Produktionsstatistiken. — 4 Die Auswahl der Produktgruppen orientiert sich weitgehend an: K. Stahn, Has the export pricing behaviour of German enterprises changed? Diskussionspapier des Forschungszentrums der Deutschen Bundesbank, Serie 1, Nr. 37/2006, Tab. 1, S. 8. Abweichend wurden hier Tabakwaren zu den Nahrungsmitteln gezählt, im Bereich „Papier- und Druckerzeugnisse“ kam nach GP 1989 Holzschliff, Zellstoff, Papier und

Pappe (57) hinzu und Mineralölserzeugnisse wurden vernachlässigt. — 5 Globalisierung definiert als Quotient aus Importen (Importwerte deflationiert mit dem Importpreisindex) und Nettoproduktion; blau = negative Korrelation, schwarz = positive Korrelation; Sektoren mit einem $R^2 > 0,2$ sind dunkel unterlegt. Datenquelle: Eigene Berechnung aus Daten des Statistischen Bundesamtes. — 6 Jeweils bezogen auf den gewichteten Mittelwert der hier betrachteten zehn Sektoren.

Relative Preise und Globalisierung ⁵⁾ 1976 bis 2007 ⁶⁾





nationalen Arbeitsteilung nur sehr schwach gestiegen oder sogar gefallen. Andererseits hat aber die starke weltweite Nachfrage nach Rohstoffen deren Preise, insbesondere die Energiepreise, in die Höhe getrieben, was auch mit der hohen Wachstumsdynamik großer aufstrebender Volkswirtschaften wie China in Verbindung steht.

... mit unklarem Gesamteffekt

Generell bedeutet eine forcierte Industrialisierung wenig energieeffizienter Schwellenländer, dass die Preise für bestimmte nicht vermehrbare Ressourcen vermutlich in der Tendenz überdurchschnittlich steigen werden. Dieser Effekt der Globalisierung auf das Preisniveau in den Industrieländern wirkt dem preisdämpfenden Einfluss der komparativen Kostenvorteilen folgenden Importe entgegen und verdeutlicht nochmals, dass der Gesamt-

effekt auf die heimischen Preise nicht von vornherein feststeht.

Grundsätzlich ist der Einfluss solcher außenwirtschaftlich bedingter Preisbewegungen auf die Änderungsrate des inländischen Preisniveaus vielfach nur temporärer Natur. Bei flexiblen Wechselkursen hängt die allgemeine Preisentwicklung letztlich davon ab, welchen Preisanstieg die Zentralbank alimentiert. Verfolgt die Zentralbank ein klar definiertes Preisstabilitätsziel, so wird sie einem aus Relativpreisveränderungen resultierenden Abwärtsbeziehungsweise Aufwärtsdruck auf die gesamtwirtschaftliche Teuerungsrate durch eine entsprechend expansive (restriktive) Geldpolitik entgegenwirken. Außen- wie auch binnenwirtschaftliche Preisimpulse schlagen sich dann letztlich nur in Veränderungen der Preisrelationen nieder, nicht aber in der Preistendenz insgesamt.

Teuerungsrate längerfristig durch Geldpolitik determiniert

In den Anpassungsphasen kann es allerdings auch in diesen Fällen durchaus zu (temporären) Auswirkungen auf die Verbraucherpreise kommen. So hat beispielsweise die Abfolge negativer Preisschocks, insbesondere der Ölpreise, seit dem Jahr 1999 dazu geführt, dass die realisierten Preissteigerungsraten im Euro-Raum immer wieder oberhalb des Preisstabilitätszieles und der Inflationserwartungen lagen (siehe Schaubild auf S. 23).

Auswirkungen außenwirtschaftlicher Preisimpulse zwar grundsätzlich nur temporär, ...

Zudem bedeutet auch die Erkenntnis, dass die Änderungsrate des allgemeinen Preisniveaus auf mittlere bis lange Sicht durch die Geldpolitik bestimmt wird, nicht, dass der globalisierungsbedingte Einfluss auf die Preisbildung von der Geldpolitik vernachlässigt

... aber dennoch wichtig für stabilitätsorientierte Geldpolitik

werden könnte. Im Gegenteil: Jeder Einfluss auf die Determinanten des Preisbildungsprozesses ist für eine stabilitätsorientierte Geldpolitik von hoher Relevanz.

Vorliegende empirische Evidenz

*Preisdämpfende
Effekte
steigender
Importe aus
Niedrigkosten-
ländern*

Empirische Studien kommen überwiegend zu dem Ergebnis, dass die Globalisierung den weltweiten Preisanstieg leicht gedämpft hat. So schätzt eine Studie der OECD (2006), dass der direkte Effekt billigerer Importe von Fertigwaren aus China und anderen dynamisch wachsenden asiatischen Ländern die Teuerungsrate im Euro-Raum von 2000 bis 2005 um durchschnittlich 0,3 Prozentpunkte pro Jahr und in den Vereinigten Staaten um 0,1 Prozentpunkt pro Jahr (1996 bis 2005) verringert hat.⁷⁾ Einer EZB-Studie (2007) zufolge liegt der direkte Effekt steigender Anteile von Importen aus Niedrigkostenländern (Industrieerzeugnisse ohne Energie) auf die Verbraucherpreise des Euro-Raums bei minus 0,05 Prozentpunkten pro Jahr, die Summe der direkten und indirekten Effekte in einer Größenordnung von -0,1 bis -0,2 Prozentpunkten (Zeitraum 1995 bis 2004).⁸⁾ Diese Studien stehen jedoch teilweise unter dem Vorbehalt, dass sie die Preiswirkungen der verstärkten internationalen Arbeitsteilung aus Durchschnittswerten und deren Entwicklung ableiten, die mit den sonst üblichen Preisindizes nicht direkt vergleichbar sind.

*Gegenläufiger
Effekt
steigender
Rohstoffpreise*

Die genannten Zahlen überzeichnen zudem die tatsächlichen Effekte, weil sie die (gegenläufigen) Auswirkungen der Globalisierung auf die Rohstoffpreise unberücksichtigt lassen. Die OECD-Studie unternimmt deshalb



den Versuch, auch den Anteil der Globalisierung an der jüngeren Entwicklung der Rohstoffpreise zu quantifizieren. Sie kommt zu dem Schluss, dass das hohe Wachstum der Nicht-OECD-Länder den realen Ölpreis im Zeitraum von 2000 bis 2005 um 20 % bis 40 % erhöht haben könnte (im Vergleich zu einem Szenario, in dem der Anteil der Nicht-OECD-Länder am Welthandel und am weltweiten BIP konstant gehalten wird). Diese Einschätzung veranlasst die Autoren, den teuerungsdämpfenden Effekt sinkender Importpreise für Nicht-Rohstoffe um einen

7 Vgl.: N. Pain, I. Koske und M. Sollie, Globalisation and inflation in the OECD economies, OECD Working Paper 2006/524.

8 Vgl.: G. Pula und F. Skudelny (2007), The Impact of rising imports from low-cost countries on euro area prices and labour markets, auf der EZB-Konferenz „Globalisation and the Macroeconomy“ vom 23. bis 24. Juli 2007 in Frankfurt präsentiertes Papier.

„Rohstoff-Faktor“ zu korrigieren, der beispielsweise für Deutschland in einem Bereich von durchschnittlich 0,05 bis 0,15 Prozentpunkten pro Jahr liegt.

Allenfalls leicht preis-dämpfender Gesamteffekt

Unter Berücksichtigung der so berechneten preistreibenden sowie der preisdämpfenden Effekte der Globalisierung kommt die OECD-Studie zu dem Schluss, dass sich der Nettoeffekt auf die Verbraucherpreise für die OECD-Länder in einer Größenordnung von 0 bis -0,25 Prozentpunkten pro Jahr bewegt haben könnte (Zeitraum 1995 bis 2005). Zu ganz ähnlichen Ergebnissen kommt eine IWF-Studie. Sie stellt zudem fest, dass die Wirkung unerwarteter (vom längerfristigen Trend abweichender) Importpreisänderungen zwar anfänglich durchaus spürbar sein kann, sich im Zeitablauf jedoch relativ rasch abbaut.⁹⁾

Globalisierung und Phillips-Kurven-Zusammenhang

In vielen Ländern Abflachung der Phillips-Kurve zu beobachten

Darüber hinaus stellt sich die Frage, welchen Einfluss die zunehmende internationale Verflechtung auf die Beziehung zwischen der Preisentwicklung und der Konjunktur im Inland – den sogenannten Phillips-Kurven-Zusammenhang – haben könnte. Die kurzfristige Beziehung zwischen Teuerungsrate und wirtschaftlicher Aktivität – gemessen an der (zyklischen) Arbeitslosenquote oder der Produktionslücke – hat sich in der jüngeren Vergangenheit in vielen Ländern, darunter auch in Deutschland und im Euro-Raum, deutlich abgeflacht. Wie das Schaubild auf Seite 25 zeigt, war die Steigung der Phillips-Kurve in Deutschland in den siebziger Jahren fast verti-

kal, in den achtziger und neunziger Jahren jedoch zunehmend flacher. Seit Mitte der neunziger Jahre scheint der Zusammenhang fast horizontal zu sein.

Zu dieser Abschwächung des Phillips-Kurven-Zusammenhangs könnte der Globalisierungsprozess beigetragen haben. Freier Außenhandel bedeutet, dass Käufer nicht nur auf die Güterversorgung aus dem Inland angewiesen sind. Bei freiem Kapitalverkehr kann der Wert der Importe auch den der Exporte übersteigen (und umgekehrt). Dies lockert den Zusammenhang zwischen inländischer Nachfrage und inländischer Produktion und verringert den Einfluss der heimischen Produktionslücke auf die Teuerungsrate. Zugleich macht ein steigender Offenheitsgrad die Preise anfälliger gegenüber Schwankungen der Kapazitätsauslastung im Rest der Welt.¹⁰⁾

Mögliche Ursachen: freier Außenhandel und Kapitalverkehr...

Zudem könnte der wachsende Konkurrenzdruck durch Niedriglohnländer den Zusammenhang zwischen Preisen und Kosten beziehungsweise zwischen Kosten und Produktionslücke abgeschwächt haben. Der verschärfte Wettbewerb könnte die Unternehmen in den Industrieländern dazu gezwungen haben, steigende Kosten verstärkt durch sinkende Margen aufzufangen, weil sie keine Preiserhöhungen durchsetzen konnten. Dabei dürfte es sich jedoch eher um einen temporären als um einen dauerhaften Effekt handeln. Grundsätzlich sollten sich die Auswir-

...sowie verschärfter internationaler Wettbewerb

⁹ Vgl.: IWF (2006), a. a. O., S. 108 ff.

¹⁰ Vgl.: A. Razin und C. W. Yuen (2002), The „New Keynesian“ Phillips curve: closed economy vs. open economy, *Economics Letters*, Band 75, Mai, S. 1–9, sowie J. Gali und T. Monacelli (2005), Monetary policy and exchange rate volatility in a small open economy, *Review of Economic Studies*, Band 72, S. 707–34.

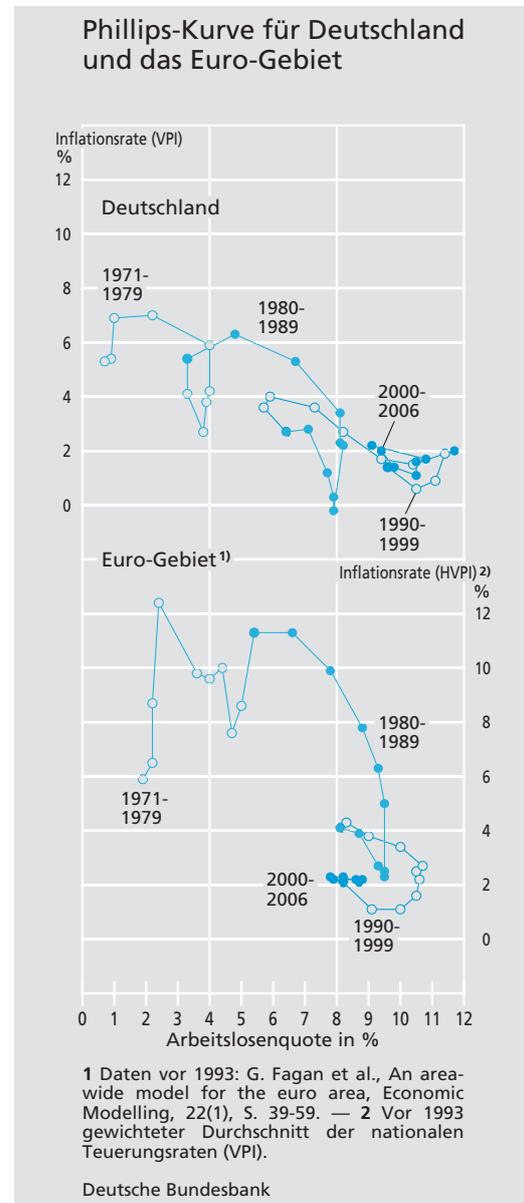
kungen einer Reduzierung der Marktmacht auf den Phillips-Kurven-Zusammenhang auf die Phase beschränken, in der die Margen zurückgehen. Haben sie erst einmal ein ausreichend niedriges Niveau erreicht – im Extremfall null –, sind die Unternehmen über kurz oder lang gezwungen, Kostenerhöhungen weiterzugeben, mit der Folge, dass die Preise flexibler und die Phillips-Kurven wieder steiler werden.¹¹⁾ Zudem sind die Margen in den vergangenen Jahren im Durchschnitt ausgeweitet und nicht etwa eingengt worden.¹²⁾

*Produktions-
verlagerung
und
Zuwanderung*

Weiterhin könnte die Globalisierung auch den Zusammenhang zwischen Produktionskosten und Auslastungsgrad gelockert haben. Die verbesserten Möglichkeiten der Unternehmen, Arbeitsplätze in Niedriglohnländer zu verlagern, dürfte sich generell mäßigend auf die Lohnforderungen der heimischen Arbeitskräfte ausgewirkt und den Zusammenhang zwischen heimischer Arbeitsmarktlage und Lohnentwicklung abgeschwächt haben. Ein weiterer Faktor, der die Wirkung von Aktivitätsschwankungen auf die Lohnstückkosten verringert haben könnte, ist die gestiegene internationale Mobilität des Faktors Arbeit, die zu einer Zuwanderung von Arbeitskräften aus Ländern mit niedrigem Lohnniveau geführt hat.

*Globalisierung
als mögliche
Ursache eines
höheren
Produktions-
potenzials*

Neben ihrer möglichen Wirkung auf die Steigung der Phillips-Kurve könnte sich die stärkere Öffnung der Arbeitsmärkte und die Zuwanderung zudem positiv auf das Produktionspotenzial der Industrieländer ausgewirkt haben. In die gleiche Richtung sollten auch die mit der zunehmenden internationalen Ar-



beitsteilung und der Intensivierung des Wettbewerbs einhergehenden Effizienzgewinne

11 Vgl.: J. Boeckx (2006), Globalisation and Monetary Policy, Economic Review, September 2006, National Bank of Belgium.

12 So hat sich das Verhältnis von BIP-Deflator zu Lohnstückkosten als ein übliches makroökonomisches Maß für die gesamtwirtschaftliche Gewinnmarge in den vergangenen Jahren merklich ausgeweitet.

wirken.¹³⁾ Eine Erhöhung des Produktionspotenzials würde zu einer Abwärtsverschiebung der Phillips-Kurve führen, die sich in empirischen Untersuchungen unter Umständen nur schwer von einer Abflachung unterscheiden ließe. Allerdings setzt die erfolgreiche Nutzung dieser positiven Effekte die Bereitschaft zu Strukturwandel und Anpassung in den betreffenden Volkswirtschaften voraus.¹⁴⁾

Rolle der
Geldpolitik

Insgesamt ist jedoch auch im Auge zu behalten, dass in der Phase der zunehmenden Globalisierung gleichzeitig die Geldpolitik weltweit stärker auf Geldwertstabilität ausgerichtet wurde. Die damit verbundene stärkere Verankerung der Inflationserwartungen dürfte die konjunkturelle Variabilität der Teuerungsraten und deren Reagibilität auf Schocks reduziert haben.¹⁵⁾ Eine empirisch beobachtbare Abflachung der Phillips-Kurve muss somit nicht zwingend auf die steigende weltwirtschaftliche Arbeitsteilung zurückzuführen sein.

Empirische Evidenz

Studien stützen
negativen
Einfluss der
Offenheit auf
Steigung der
Phillips-Kurve

Die These, dass Globalisierung die Abhängigkeit der Preise von der heimischen Produktionslücke verringert und sie gleichzeitig anfälliger gegenüber Schwankungen der Kapazitätsauslastung im Rest der Welt gemacht habe, ist in jüngster Zeit verschiedentlich empirisch überprüft worden. Eine BIZ-Studie kommt für 16 ausgewählte OECD-Länder zu dem Ergebnis, dass die globale Produktionslücke insgesamt einen signifikanten Beitrag zur Erklärung der Preisentwicklung leistet und den Einfluss inländischer Größen auf die Preisentwicklung verringert.¹⁶⁾ Dagegen fin-

den Ihrig et al. (2007) bei einer etwas anderen Spezifikation der Schätzgleichung keine Hinweise für derartige Entwicklungen.¹⁷⁾ Gadzinski und Hoffmann (2007) untersuchen den Einfluss der Handelsintegration auf die Steigung der Phillips-Kurve in den G7-Ländern mit Hilfe eines Modells, in dem der Steigungsparameter zeitvariabel ist und in nicht-linearer Weise vom Offenheitsgrad abhängt. Die Ergebnisse dieser Untersuchung stützen einerseits zwar den vermuteten negativen Zusammenhang zwischen Offenheitsgrad und Steigung der Phillips-Kurve. Ein signifikant positiver Einfluss der globalen Produktionslücke lässt sich jedoch nicht feststellen.¹⁸⁾

Ein Grundproblem dieser und ähnlicher Analysen besteht darin, dass die geschätzten Phil-

13 Hinzu kommt, dass die mit der Globalisierung verbundene Verbesserung der Terms of Trade das Produktionspotenzial der Industrieländer erhöhen bzw. die NAIUR (Non accelerating inflation rate of unemployment) senken sollte. Vgl.: K. Rogoff (2006), Impact of Globalization on Monetary Policy, Jackson Hole 2006 Symposium Proceedings, Federal Reserve Bank of Kansas City.

14 Der Anpassungsprozess des deutschen Produktionspotenzials an die veränderten Bedingungen wird im Beitrag „Fortschritte bei der Stärkung des gesamtwirtschaftlichen Wachstumspotenzials“ in diesem Bericht auf S. 35 ff. beschrieben.

15 Denn im (erweiterten) Phillips-Kurven-Modell hängt die Teuerungsrate nicht nur vom Auslastungsgrad, sondern auch von den Erwartungen ab. Gelingt es einer Zentralbank, die Inflationserwartungen fest auf niedrigem Niveau zu verankern, so dämpft dies für sich genommen das Ausmaß schockbedingter Abweichungen vom längerfristigen Preistrend.

16 Vgl.: C. Borio und A. Filardo (2007), Globalisation and inflation: New cross-country evidence on the global determinants of domestic inflation, BIS Working Paper Nr. 227. Für den Euro-Raum finden Borio und Filardo allerdings kaum einen Effekt.

17 Vgl.: J. Ihrig et al. (2007), Some Simple Tests of the Globalization and Inflation Hypothesis, Board of Governors of the Federal Reserve System, International Finance Discussion Paper Nr. 891.

18 Vgl.: G. Gadzinski und M. Hoffmann (2007), Trade Integration and the Phillips Curve, unveröffentlichtes Manuskript, erscheint in Kürze als Bundesbank-Diskussionspapier. Ein ähnliches Ergebnis finden Gnan und Valderrama (2006) für den Euro-Raum. Siehe: E. Gnan und M. T. Valderrama (2006), a. a. O., S. 47 ff.

*Stabilisierung
der Inflations-
erwartungen
ebenfalls von
Bedeutung*

lips-Kurven keine echten strukturellen Zusammenhänge abbilden. Folglich kann eine beobachtete Abflachung der Phillips-Kurve in einem Land neben einer „echten“ Änderung des Strukturzusammenhangs zwischen Produktionslücke und Preistrend beispielsweise auch eine Veränderung im Verhalten der geldpolitischen Entscheidungsträger (bei ansonsten unveränderten Strukturen) reflektieren, die den empirischen Zusammenhang zwischen Produktionslücke und Preisentwicklung gelockert hat.¹⁹⁾ Um die Bedeutung der stärkeren Stabilitätsorientierung der Geldpolitik und der damit verbundenen Stabilisierung der Inflationserwartungen relativ zum Einfluss der Globalisierung abzuschätzen, erweiterte der IWF-Stab seine Schätzgleichung um Messgrößen für den realen Offenheitsgrad sowie für die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik.²⁰⁾ Die Schätzergebnisse deuten darauf hin, dass die größere Offenheit und die gestiegene Stabilitätsorientierung der Geldpolitik ungefähr zu je 50 % für den Rückgang in der Steigung der Phillips-Kurve verantwortlich sind.

Globalisierung, Geldpolitik und Finanzmärkte

*Zunehmende
Integration
der Kapital-
märkte ...*

Im Zentrum der bisherigen Überlegungen standen die Auswirkungen der Globalisierung auf die Preisentwicklung. Mögliche Einflüsse ergaben sich dabei primär als Folge der wachsenden Handelsverflechtung der betrachteten Industrieländer. Ein anderer wichtiger Aspekt der Globalisierung ist die zunehmende Integration der Kapitalmärkte. Wie oben erwähnt, ist der finanzielle Offenheitsgrad vie-

ler Volkswirtschaften in den vergangenen Jahren noch weit stärker gestiegen als der realwirtschaftliche Offenheitsgrad. Mit den höheren Beständen an grenzüberschreitend gehaltenen Finanzaktiva hat sich auch das Potenzial für umfangreiche und (unter Umständen) volatile Kapitalbewegungen erhöht.

Globalisierung und Kapitalmarktinzinsen

Diese Entwicklungen können weitreichende Implikationen sowohl für die Finanzstabilität als auch für die Geldpolitik haben. Risiken für die Finanzstabilität ergeben sich beispielsweise aus der Existenz anhaltender Ungleichgewichte in den Handels- und Kapitalströmen sowie aus der gestiegenen Gefahr von Ansteckungseffekten.²¹⁾ Aus geldpolitischer Sicht ist zu prüfen, inwieweit die Globalisierung der Finanzmärkte das Ausmaß und die Weise verändert hat, mit der geldpolitische Maßnahmen ihre Wirkungen entfalten können. Im Vordergrund steht dabei die Frage, ob die zunehmende Finanzmarktintegration – wie von manchen Beobachtern befürchtet – den Einfluss der Geldpolitik auf die nationalen Kapitalmarktinzinsen beeinträchtigt oder gar vollständig untergraben hat. Diese Frage ist von besonderem Interesse, weil die Kapitalmarktinzinsen einen der Hauptkanäle darstellen, durch den die Geldpolitik Einfluss auf

*... stellt Einfluss
der nationalen
Geldpolitik auf
die heimischen
Kapitalmarkt-
inzinsen in Frage*

¹⁹ So findet Roberts (2006), dass ein höheres Gewicht der Inflationslücke in der geldpolitischen Reaktion den größten Teil der beobachteten Abflachung des Phillips-Kurven-Zusammenhangs für die USA seit Anfang der achtziger Jahre erklärt. Vgl.: J. Roberts (2006), Monetary Policy and Inflation Dynamics, International Journal of Central Banking, Band 2, S. 193–30.

²⁰ Vgl.: IWF (2006), a. a. O., S. 106 f.

²¹ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Finanzstabilitätsbericht, November 2006, S. 18 ff.



realwirtschaftliche Entscheidungen und somit auf die Preisentwicklung nimmt.

„Conundrum“

Ein jüngerer Aspekt dieser Debatte war der scheinbare Zusammenbruch der konventionellen Beziehung zwischen dem amerikanischen Leitzins und den langfristigen US-Kapitalmarktzinsen in der jüngsten Zinserhöhungsphase. Wie das oben stehende Schaubild zeigt, hatte der Anstieg des Leitzinses (Fed funds target rate) um 4,25 Prozentpunkte von Juni 2004 bis Juni 2006 zunächst keinen erkennbaren Einfluss auf den Langfristzins, der bis Juni 2005 sogar noch um circa drei Viertel Prozentpunkte fiel. Die Tatsache, dass dieses Muster in scharfem Gegensatz zu der bis dahin vorherrschenden positiven Beziehung zwischen Kurz- und Langfristzinsen stand, veranlasste den damaligen Chairman

Alan Greenspan, von einem „Conundrum“ (Rätsel) zu sprechen.²²⁾

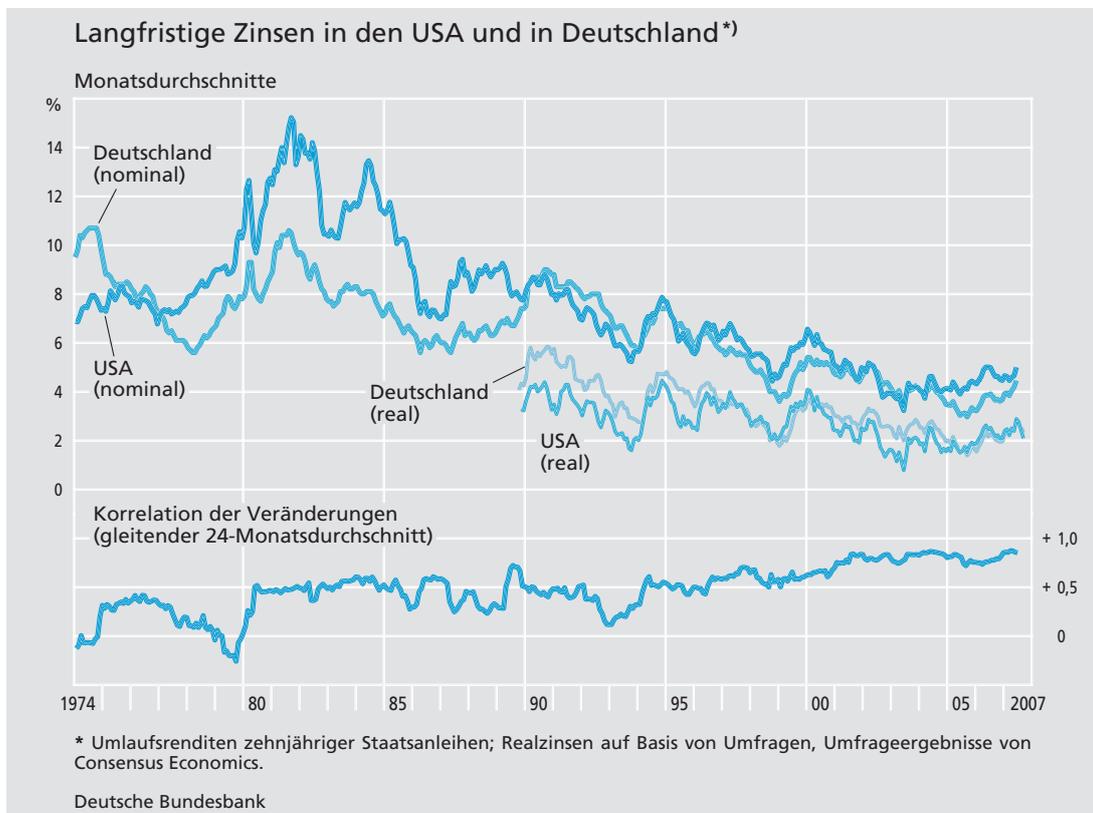
Vor dem Hintergrund der außerordentlich hohen Kapitalzuflüsse in die Vereinigten Staaten lag es nahe, den gestiegenen Einfluss externer Faktoren auf die amerikanischen Kapitalmarktzinsen als mögliche Erklärung für deren ungewöhnlich niedriges Niveau heranzuziehen. Die These, dass das Niveau der langfristigen (Real-)Zinsen auf globalisierten Finanzmärkten zunehmend von weltweit wirkenden Einflussfaktoren bestimmt wird, bietet auch eine Erklärung dafür, dass die Langfristzinsen in den letzten Jahren nicht nur in den USA, sondern auch in anderen Teilen der Welt gesunken sind (siehe Schaubild auf S. 29). Die Ursache für den anhaltenden Rückgang wird von manchen Beobachtern in einem Überschuss der weltweit verfügbaren Menge an Ersparnissen über die weltweite Nachfrage nach Finanzierungsmitteln gesehen („global saving glut“).²³⁾ Darüber hinaus werden in diesem Zusammenhang aber auch andere Faktoren, wie etwa die gestiegene geldpolitische und realwirtschaftliche Stabilität (Great Moderation) und eine über viele Jahre gesunkene Risikoaversion diskutiert.²⁴⁾

Bedeutung externer Einflüsse für das Niveau der Langfristzinsen

22 Vgl.: A. Greenspan, Stellungnahme vor dem US-Senat vom 16. Februar 2005.

23 Vgl.: B. Bernanke, The Global Saving Glut and the U. S. Current Account Deficit, Rede in Richmond, Virginia, 10. März 2005.

24 Einer der ersten Artikel zu diesem Thema stammt von: O. Blanchard und J. Simon (2001), The long and large decline in U. S. output volatility, Brookings Papers on Economic Activity, S. 135–64. Vgl. auch: T. Wu (2006), Globalization's Effect on Interest Rates and the Yield Curve, Economic Letter 1/9, Federal Reserve Bank of Dallas, S. 1–7.



Empirische Evidenz

Zunehmend engerer Verbund der langfristigen Nominalzinsen

Empirische Studien bestätigen die Bedeutung globaler Faktoren für das Niveau der langfristigen Realzinsen. Allerdings ist dies nicht unbedingt ein neues Phänomen, sondern wurde in der älteren Literatur bereits für die Periode 1958 bis 1989, das heißt vor dem jüngsten Globalisierungsschub, nachgewiesen.²⁵⁾ Neuere Datums ist dagegen der hohe Synchronisationsgrad zwischen den langfristigen Nominalzinsen wichtiger Industrieländer. Der Verbund der US-amerikanischen und deutschen Kapitalmarktzinsen ist seit Anfang der neunziger Jahre deutlich enger geworden und hat am aktuellen Rand ein sehr hohes Niveau erreicht.²⁶⁾

Allerdings folgt aus dem engen internationalen Zinsverbund nicht zwangsläufig, dass der Einfluss der Zentralbanken auf die Kapitalmarktzinsen nicht mehr vorhanden ist. Vielmehr könnte der gestiegene Gleichlauf der Langfristzinsen auch ein verstärktes Auftreten globaler, das heißt für die Länder gleichgerichteter Schocks sowie ähnliche geldpolitische Reaktionen auf diese Schocks widerspiegeln. Die Frage, ob der Einfluss geldpolitischer Impulse auf die nationalen Langfrist-

Keine eindeutigen Hinweise auf Einflussverlust der Geldpolitik

25 Vgl. hierzu: R. Barro und X. Sala-i-Martin (1990), World Real Interest Rates, NBER Working Paper 3317, sowie C. Upper und A. Worms (2003), Real long-term interest rates and monetary policy: a cross-country perspective, BIS Papers No 19, Monetary Policy in a Changing Environment.

26 Vgl.: R. Brüggemann und H. Lütkepohl (2005), Uncovered Interest Rate Parity and the Expectations Hypothesis of the Term Structure: Empirical Results for the U.S. and Europe, Applied Economics Quarterly 51, S. 143–154.

Internationaler Zinsverbund und nationale Zinsstruktur

Im Folgenden wird zunächst der Zinsverbund zwischen den Renditen zehnjähriger deutscher und amerikanischer Staatsanleihen untersucht. Die Existenz eines internationalen Zinsverbundes ergibt sich aus dem theoretischen Konzept der ungedeckten Zinsparität (UIP).¹⁾ Um die in der Praxis beobachtete Risikoaversion der Anleger zu berücksichtigen, wird die UIP bei der empirischen Überprüfung noch um eine Risikoprämie ergänzt. Sind die Wechselkursänderungserwartungen und die Risikoprämie stationär, so impliziert dies die Existenz einer Kointegrationsbeziehung zwischen den beiden Langfristzinsen.

Studien zum deutsch-amerikanischen Zinsverbund, deren Startzeitpunkt vor 1985 beginnt, können in der Regel keine Kointegrationsbeziehung nachweisen.²⁾ Eine Analyse über den gesamten vorliegenden Schätzzeitraum 1974 bis 2007 bestätigt dieses Ergebnis. Wird jedoch der Schätzzeitraum vom Anfangszeitpunkt an verkürzt, so liefert die Johansen-Test-Statistik ab Mitte der achtziger Jahre erste Signale einer stabilen Langfristbeziehung, und ab 1990 – also der Phase der dynamischen Finanzmarktglobalisierung – kann von einer stabilen Kointegrationsbeziehung gesprochen werden, die auch bei leicht variierenden Zeiträumen und Lag-Längen Bestand hat.

Johansen-Test Statistik zur Kointegration der nominalen amerikanischen und deutschen Langfristzinsen³⁾

Zeitraum	Eigenvalue	Trace-Test	p-Werte	Anzahl der Kointegrationsvektoren
1985 bis 2007 (Lag 1)	0,0556	18,58	0,084	Keine *
1990 bis 2007 (Lag 1)	0,0115	3,13	0,556	Mindestens 1
1990 bis 2007 (Lag 1)	0,0964	24,54	0,012	Keine **
1990 bis 2007 (Lag 1)	0,0153	3,25	0,536	Mindestens 1

Eine Analyse der Anpassungsrichtung und Impuls-Antwort-Folgen im Rahmen eines bivariaten Fehlerkorrekturmodells (VECM) bestätigt das Gesamtbild früherer Studien, wonach der deutsche Langfristzins von einer hohen Abhängigkeit vom amerikanischen Zins geprägt ist.⁴⁾ Damit stellt sich – insbesondere aus europäischer Sicht – die Frage nach der

verbleibenden Bedeutung inländischer Determinanten für das Niveau der Langfristzinsen.

In einem zweiten Schritt werden deshalb die jeweiligen nationalen Kurzfristzinsen (gemessen an den Dreimonatssätzen) in die Analyse einbezogen.⁵⁾ Eine Beziehung zwischen nationalen Zinsen unterschiedlicher Fristigkeit lässt sich aus der Erwartungstheorie der Zinsstruktur (EHT) herleiten, die eine Arbitragebeziehung zwischen kurz- und langfristigen Zinssätzen unterstellt.⁶⁾ Danach ergibt sich der Langfristzins als Durchschnitt des aktuellen und der erwarteten zukünftigen Kurzfristzinsen. Auch diese Gleichung wird bei der empirischen Überprüfung um eine als stationär angenommene Risikoprämie ergänzt. Um den Einfluss inländischer Faktoren entlang der EHT unter Berücksichtigung des internationalen Zinsverbundes zu testen, wird ein VECM geschätzt, das als Variablen die beiden Langfristzinsen sowie die Dreimonatssätze für die USA und Deutschland/EWU enthält.⁷⁾ Für eine Lag-Länge von 3 (wie sie von dem AIC-Kriterium gefordert wird) ergibt der Johansen-Kointegrationstest auf dem 10%-Niveau die theoretisch erwarteten drei Kointegrationsvektoren, die sich aus der UIP zwischen den beiden Märkten und der EHT für den amerikanischen und den deutschen/europäischen Markt ergeben. Auch die erwarteten Restriktionen auf die Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Zinssätzen werden empirisch nicht abgelehnt (LR-Test-Statistik: 3,58; p-Wert: 0,31).

Die Analyse der Anpassungen an das langfristige Gleichgewicht ergibt, dass das VEC-System von einem langfristigen Trend getrieben wird, der vom amerikanischen Kurzfristzins bestimmt wird.⁸⁾ Das Schaubild auf Seite 31 zeigt die Reaktionen des heimischen Langfristzinses auf entsprechende Schocks in den einzelnen Variablen. Ein Impuls in den amerikanischen Kurzfristzinsen induziert einen langfristigen Effekt im deutschen/europäischen Kapitalmarktzins, während die Wirkung eines Schocks im amerikanischen Langfristzins zeitlich begrenzt ist. Ein Schock in den deutschen/europäischen Kurzfristzinsen bewirkt einen über vier Monate anhaltenden signifikanten Impuls. Auch unter Berücksichtigung des internationalen Zinsverbundes übt der heimische Kurzfristzins folglich einen signifikanten Einfluss auf den Kapitalmarktzins aus.

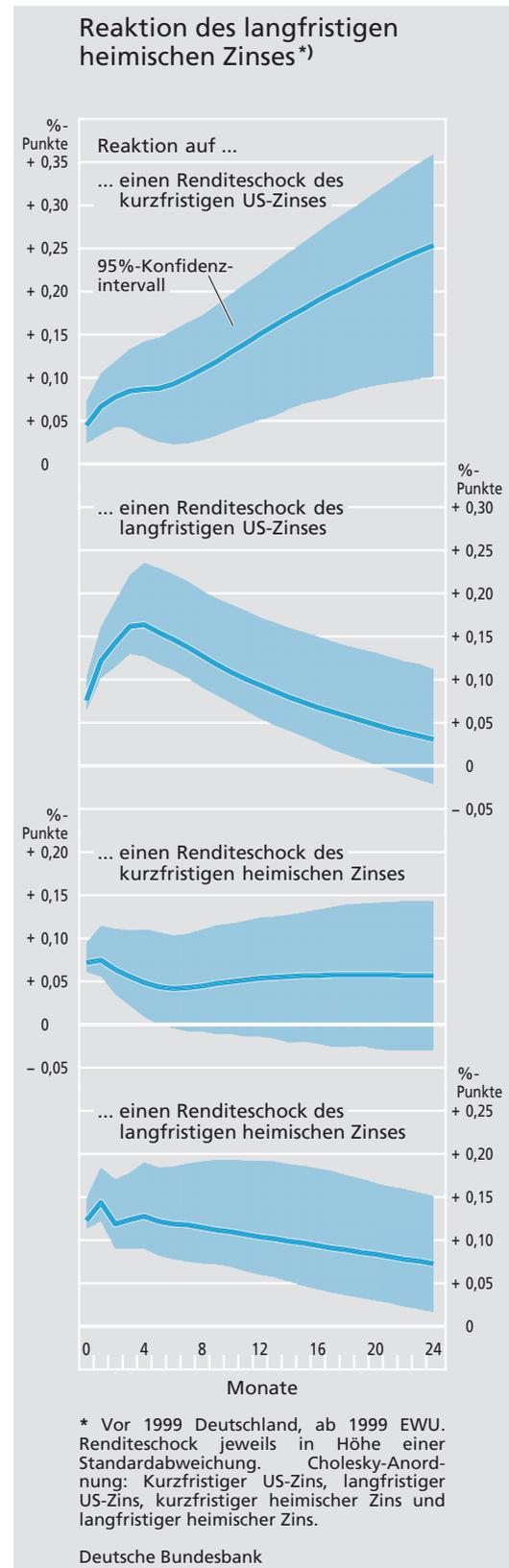
1 Siehe dazu ausführlich: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, Juli 2005, S. 31. — 2 Vgl.: M. Kremer (1999), Die Kapitalmarktzinsen in Deutschland und den USA: Wie eng ist der Zinsverbund? Eine Anwendung der multivariaten Kointegrationsanalyse, Deutsche Bundesbank, Diskussionspapier 2/99. — 3 Bei den Kointegrationstests wird eine Konstante, aber kein Trend zugelassen. P-Werte nach MacKinnon-Haug-Michelis (1999); * signifikant, 10 % Niveau; ** signifikant, 5 % Niveau. — 4 Vgl. z. B.: F.A. Den Butter und P.W. Jansen (2004), An Empirical Analysis of the German Long-Term Interest Rate, Applied Financial Economics 14, S. 731–741. — 5 Vgl.: R. Brüggemann und H. Lütkepohl (2005), Uncovered Interest Rate Parity and the Expectations Hypothesis of the Term Structure: Empirical Results for the U.S. and Europe, Applied Economics Quarterly 51,

S. 143–154. — 6 Siehe hierzu ausführlich: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, April 2006, S. 17 f. — 7 Datengrundlage sind monatliche Durchschnittswerte von 01/1985 bis 07/2007. Bis 1998 werden für Deutschland/EWU deutsche Daten verwendet und ab 1999 die von der EZB berechnete zehnjährige Rendite von Staatsanleihen für das Euro-Währungsgebiet sowie der 3-Monats-Euribor. — 8 Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass der amerikanische Konjunkturzyklus im Beobachtungszeitraum einen Vorlauf vor dem europäischen hatte; eine andere, dass die amerikanische Geldpolitik schneller und aggressiver auf synchronisierte Schocks reagiert. Vgl. Hierzu: L. Christiano et al. (2007), Shocks, Structures or Monetary Policies?, ECB Working Paper No 774.

zinsen signifikant nachgelassen hat, muss deshalb gesondert untersucht werden. Einfache Korrelationsanalysen deuten darauf hin, dass sich der Zusammenhang zwischen den langfristigen Nominalzinsen und den Kurzfristzinsen im Euro-Raum und in einer Auswahl von OECD-Ländern in jüngerer Zeit gelockert hat.²⁷⁾ Dieses Ergebnis ist aber kein eindeutiger Beleg für einen gesunkenen Einfluss der Geldpolitik, sondern kann auch stabilere Inflationserwartungen vor dem Hintergrund einer größeren Glaubwürdigkeit der Geldpolitik widerspiegeln. Zur Überprüfung des Einflusses von Leitzinsänderungen auf die Langfristzinsen greift die Betrachtung von Änderungen realisierter Kurzfristzinsen insofern zu kurz, als sie den potenziellen Einfluss von Änderungen der Erwartungen über den zukünftigen Pfad der Geldmarktzinsen (die sog. Erwartungskomponente) auf die Kapitalmarktzinsen vernachlässigt. Studien, die an den Wirkungen unerwarteter Änderungen der Kurzfristzinsen beziehungsweise von Neuigkeiten über den künftigen Kurs der Geldpolitik („monetary policy news“) ansetzen, finden jedenfalls keine Hinweise dafür, dass der Einfluss der Geldpolitik des Eurosystems wie auch der US Fed auf die Langfristzinsen abgenommen hat.²⁸⁾

27 Vgl. z. B.: L. Reichlin (2006), Panel remarks at the Thirteenth International Conference „Financial Markets and the Real Economy in a Low Interest Rate Environment“, Bank of Japan, Tokio.

28 So etwa die Studien von: M. Ehrmann et al. (2005), Stocks, Bonds, Money Markets and Exchange Rates, ECB Working Paper No. 452, und C. Brand et al. (2006), The Impact of ECB Monetary Policy Decisions and Communication on the Yield Curve, ECB Working Paper No. 657.



Schlussfolgerungen – Konsequenzen für die geldpolitische Entscheidungsfindung

Unsicherheit über Vorzeichen und Ausmaß künftiger Preiseffekte der Globalisierung

Der Globalisierungsprozess stellt die Geldpolitik vor eine Reihe von Herausforderungen. Zwar beeinträchtigt ein steigender realer und finanzieller Offenheitsgrad weder die Fähigkeit einer unabhängigen Zentralbank, grundsätzlich auf mittlere Sicht Preisstabilität zu gewährleisten, noch entbindet er sie von ihrer Verpflichtung zur Stabilitätsorientierung. Jedoch müssen die Zentralbanken damit rechnen, dass die fortschreitende Verflechtung nationaler Volkswirtschaften auch in Zukunft mit stärkeren Verschiebungen von Relativpreisen einhergeht, wobei hinsichtlich des Vorzeichens und des Ausmaßes der Effekte im Vorhinein erhebliche Unsicherheit besteht. So haben die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt, dass von Auslandsmärkten nicht nur preisdämpfende, sondern durchaus auch preistreibende Effekte ausgehen können.

Auswirkungen temporärer Preisschocks tolerieren

Unter der Voraussetzung gut verankerter Inflationserwartungen besteht die effiziente geldpolitische Reaktion auf solche Relativpreisschocks darin, ihre Erstrundeneffekte zu tolerieren und nur dann mit einer Änderung des geldpolitischen Kurses zu reagieren, wenn es Anzeichen für Zweitrundeneffekte gibt oder wenn es sich dabei um anhaltende Preisbewegungen handelt, die das Stabilitätsziel der Notenbank gefährden. Eine solche Strategie wurde auch vom Eurosystem in den vergangenen Jahren mit Erfolg praktiziert. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Zentralbank auf negative und positive Preisschocks symmetrisch reagiert. Würde sie nämlich nur die Erstrundeneffekte entspre-

chender höherer Teuerungsraten tolerieren, auf entsprechende niedrigere Inflationsraten jedoch sofort mit einer zinspolitischen Lockerung reagieren, so wäre die daraus resultierende Geldpolitik im Mittel zu expansiv.

Überdies haben die oben angestellten Überlegungen gezeigt, dass die Globalisierung möglicherweise den Einfluss nationaler Konjunkturschwankungen auf die allgemeine Preisentwicklung verringert hat. Eine solche Abschwächung hätte einerseits den Vorteil, dass die Teuerungsraten weniger stark auf Nachfrageschocks und Politikfehler (etwa aufgrund einer Fehleinschätzung der Produktionslücke) reagieren würden. Andererseits würde sie jedoch die geldpolitische Beeinflussung der Preisentwicklung über den traditionellen (Güter-)Nachfragekanal erschweren. Zwar wäre zu erwarten, dass die gleichen Faktoren, die den (strukturellen) Zusammenhang zwischen Preisentwicklung und Produktionslücke abschwächen, auch die Auswirkungen angebotsseitiger Preisschocks auf die Verbraucherpreise dämpfen. Jedoch könnte es schwieriger werden, die Teuerungsraten wieder auf Kurs zu bringen, wenn die Inflationserwartungen erst einmal vom Preisstabilitätsziel abwichen. Insofern liefert die mögliche Lockerung des Zusammenhangs zwischen Preisentwicklung und inländischer Konjunktur ein weiteres Argument für eine vorausschauende, auch auf die Stabilisierung der Inflationserwartungen ausgerichtete Geldpolitik. Dies umso mehr, als – wie bereits erwähnt – die empirisch beobachtete geringere Reagibilität der Inflation auf konjunkturelle Schwankungen neben einem Globalisierungseffekt gerade auch das Ergebnis einer

Mögliche Lockerung des Phillips-Kurven-Zusammenhangs stärkt Bedeutung stabiler Inflationserwartungen

stabilitätsorientierten Politik selbst sein kann. Soweit dies der Fall ist, würde eine verzögerte geldpolitische Reaktion auf Gefahren für die Preisstabilität, die ihre Ursache in den vermeintlich hohen realwirtschaftlichen Kosten einer Rückführung der Teuerung aufgrund einer vermuteten flacheren Phillipskurvenbeziehung hat, ihre eigenen Erfolgsgrundlagen gefährden und zu einer Destabilisierung der Inflationserwartungen beitragen.

Beträchtliche Probleme bei der Messung globaler Produktionslücken

Ein signifikanter Einfluss von Messgrößen der globalen Produktionslücke auf die (kürzerfristige) Preisentwicklung im Euro-Raum und anderen wichtigen Industrieländern konnte bislang nicht eindeutig nachgewiesen werden. Aber selbst wenn dies so der Fall wäre, bliebe zu bedenken, dass Schätzungen des globalen Produktionspotenzials und der globalen Produktionslücke offensichtlich mit noch viel größerer Unsicherheit behaftet sind als Schätzungen nationaler Produktionslücken. Folglich dürfte der Nutzen solcher Messgrößen für die Einschätzung des künftigen Inflationsdrucks in der Praxis recht begrenzt sein.

Langfristige Zinsen weiterhin auch von Geldpolitik abhängig

Schließlich lässt sich nicht ausschließen, dass die internationale Verflechtung der Kapitalmärkte den Einfluss der Geldpolitik auf die langfristigen Marktzinsen abgeschwächt hat. Dies heißt jedoch nicht, dass die Geldpolitik grundsätzlich wirkungslos geworden ist: Zum einen ist davon auszugehen, dass das Niveau der längerfristigen Zinsen weiterhin nicht nur von globalen Faktoren, sondern auch von den Erwartungen des privaten Sektors über den künftigen Kurs der Geldpolitik und die künftige Inflation abhängt. Dabei kommt den

Aspekten der Transparenz, Kommunikation und Glaubwürdigkeit der Geldpolitik entscheidende Bedeutung zu. Zum anderen besagen Standardmodelle offener Volkswirtschaften, dass Zinsänderungen mit zunehmender Kapitalmobilität stärkere Wechselkursbewegungen auslösen und dass die Auswirkungen dieser Wechselkursänderungen auf das inländische Preisniveau die schwindenden Einflussmöglichkeiten auf den Zins mehr als ausgleichen. Per saldo könnte die Globalisierung somit einige Transmissionskanäle schwächen, andere jedoch stärken.

Die für den Euro-Raum vorliegende empirische Evidenz gibt keine eindeutige Antwort darauf, ob und wie die Globalisierung tatsächlich die Transmissionskanäle geldpolitischer Impulse verändert hat. Dieses Ergebnis kann bedeuten, dass der gestiegene Offenheitsgrad bisher ohne größere Bedeutung für die geldpolitische Transmission gewesen ist. Es kann aber auch darauf zurückzuführen sein, dass es sich um relativ neue Entwicklungen handelt, deren Auswirkungen noch nicht mit empirischen Methoden festgestellt werden können, oder auch darauf, dass diese Entwicklungen bislang von anderen Faktoren überlagert wurden, wie etwa dem Regimewechsel durch die Einführung des Euro, deren Einfluss auf die Strukturzusammenhänge noch größer war.

Per saldo erhöht der Globalisierungsprozess somit das ohnehin beträchtliche Ausmaß an Daten-, Parameter- und Modellunsicherheit, unter dem geldpolitische Entscheidungen getroffen werden müssen. Eine wichtige Konsequenz ist sicherlich, dass die Datenbasis und

Bisher keine eindeutigen Belege für Änderungen im Transmissionsprozess

Erhöhte Unsicherheit erfordert breit angelegte geldpolitische Strategie

die verwendeten Analysemethoden und -modelle immer wieder überprüft und kontinuierlich verbessert werden müssen.²⁹⁾ Generell legt es das Problem der Modellunsicherheit nahe, sich bei der Einschätzung der Preisperspektiven nicht auf ein einzelnes Modell zu konzentrieren, sondern einen weit gefassten Ansatz zur Analyse von Informationen zu verfolgen, der unterschiedliche Spezifikatio-

nen der Wirkungskanäle des Transmissionsprozesses berücksichtigt. Das Eurosystem trägt diesen Anforderungen durch einen breiten Analyserahmen Rechnung, der insbesondere die Ergebnisse der (real-)wirtschaftlichen Analyse mit denjenigen der monetären Analyse abgleicht (Cross-Checking).

²⁹ Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank, Geldpolitik unter Unsicherheit, Monatsbericht, Juni 2004, S. 15–28.

Fortschritte bei der Stärkung des gesamtwirtschaftlichen Wachstumspotenzials

Nach einem längeren Zeitraum der Wachstumsstockung und hartnäckig hoher Arbeitslosigkeit befindet sich die deutsche Wirtschaft nunmehr in einem recht stabilen Aufschwung. Die stärkere Investitionstätigkeit und die 2006 eingeleitete Wende am Arbeitsmarkt werden nicht allein zyklisch getragen, sondern sind zugleich Ausdruck strukturell bedingter Anpassungen, die auch ein mittelfristig höheres Wachstum versprechen. Die Restrukturierungsanstrengungen auf der Unternehmensebene haben dazu ebenso beigetragen wie die maßvolle Lohnpolitik, die größere Flexibilität beim Arbeitseinsatz und die arbeitsmarktpolitische Neuorientierung.

Der vorliegende Beitrag nimmt diese Entwicklung zum Anlass, die bisherigen Schätzungen des Produktionspotenzials der deutschen Wirtschaft zu überprüfen. Gegenwärtig dürfte das Potenzialwachstum auf $1\frac{1}{2}\%$ bis $1\frac{3}{4}\%$ pro Jahr und damit um rund einen viertel Prozentpunkt höher zu veranschlagen sein als in der Zeit davor. Damit hätte die deutsche Wirtschaft zwar im verschärften Standortwettbewerb wieder etwas Boden gutgemacht. Die Stärkung der Wachstumsgrundlagen muss jedoch weiter fester Bestandteil der wirtschaftspolitischen Reformagenda bleiben, zumal der in jüngerer Zeit erkennbaren Besserung ein lang anhaltender Dezelerationsprozess voranging.

Aufschwung im Zeichen struktureller Besonderheiten und wirtschaftspolitischer Reformen

Aufschwung mit retardierenden Momenten

Die deutsche Wirtschaft befindet sich derzeit in einem recht stabilen Aufschwung. Zu Beginn war die Konjunkturerholung fast ausschließlich von einem überaus dynamischen Export getragen worden, ehe ab Mitte 2004 die Unternehmensinvestitionen das zweite Standbein der zyklischen Aufwärtsbewegung bildeten. Die Wachstumsbasis festigte und verbreiterte sich im letzten Jahr, als mit dem privaten Verbrauch und dem Wohnungsbau weitere, quantitativ gewichtige Bereiche der Inlandsnachfrage ins Plus drehten. Der laufende Aufschwung gleicht – vom Ablauf her betrachtet – dem für Deutschland typischen Muster. Hinsichtlich seiner Dynamik und der Dauer der bislang durchlaufenen Erholungsphase ist er jedoch partiell von einer Trägheit gekennzeichnet, die im historischen Vergleich als außergewöhnlich eingestuft werden kann. Sieht man von den letztjährigen Vorzieheffekten ab, die von der Erhöhung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer und der Abschaffung der Eigenheimzulage ausgelöst wurden, ist die Ausgabenneigung der privaten Haushalte angesichts der nunmehr schon vier Jahre anhaltenden konjunkturellen Aufwärtsbewegung recht verhalten geblieben,¹⁾ und auch der Wohnungsbau ist in seiner Grundtendenz immer noch schwach.

Aufbau struktureller Defizite während der neunziger Jahre

Die retardierenden Momente der zyklischen Entwicklung liefern Hinweise auf Spätfolgen der Wiedervereinigung und tiefer liegende Probleme der deutschen Volkswirtschaft, die nach dem Fall des Eisernen Vorhangs nicht

nur die Systemtransformation Ostdeutschlands schultern, sondern sich auch gegen die rasch aufstrebenden Transformations- und Schwellenländer in einem zunehmend scharfen Wettbewerb um Produkte und Produktionsstandorte behaupten musste. Die schlagartig entstandenen, vielfach drängenden Herausforderungen, die der Vereinigungsprozess auch in wirtschaftlicher Hinsicht mit sich brachte, banden während der neunziger Jahre Kräfte und verstellten zudem den Blick auf die negativen Konsequenzen, die bei der Alles in Allem zu zögerlichen Anpassung der heimischen Wirtschaftsstruktur an das geänderte weltwirtschaftliche Umfeld erwachsen.

Die gesamtwirtschaftliche Bilanz der neunziger Jahre, die verheißungsvoll mit dem Vereinigungsboom begonnen hatten, fiel letztlich enttäuschend aus. Deutschland war bereits in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts zumeist „Wachstumsschlusslicht“ im heutigen Euro-Raum. Danach verharrte die hiesige Wirtschaft mit dem Platzen der New-Economy-Blase und dem Auftreten adverser Schocks in einer insgesamt drei Jahre währenden Stagnation, die vom Abbau einer Vielzahl von sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstellen begleitet war. Insbesondere der hohe Sockel an Arbeitslosigkeit und die überforderten Sicherungssysteme wurden zu einer dauerhaften Belastung von Wirtschaft und Gesellschaft. Immer offenkundiger wurde die Notwendigkeit, auf wirtschafts-, sozial- und tarifpolitischer Ebene Kurskorrekturen vorzunehmen.

Ernüchternde wirtschaftliche Bilanz zu Beginn des Jahrzehnts

¹ Vgl. dazu im Einzelnen: Deutsche Bundesbank, Der private Konsum seit der deutschen Wiedervereinigung, Monatsbericht, September 2007, S. 41–56.

*Verschärfte
Standort-
konkurrenz*

Die ungünstige preisliche Wettbewerbsposition, in der sich die deutschen Unternehmen zu Mitte der neunziger Jahre befanden, musste auch unter den Bedingungen der Währungsunion über den mühsamen Anpassungsprozess einer moderaten Lohn- und Preisentwicklung korrigiert werden.²⁾ In der Tarifpolitik begann eine längere Phase ausgeprägter Lohnzurückhaltung. Diese Strategie half, die angeschlagene Attraktivität Deutschlands als Investitions- und Produktionsstandort wiederherzustellen.³⁾ Überdies nutzten die Firmen die Möglichkeit, arbeitsintensive Fertigungsstufen ins Ausland zu verlagern, um Produktionskosten zu senken. Dadurch verschärfte sich zunächst noch die Problemlage am Arbeitsmarkt.⁴⁾ Auf dem Höhepunkt der wirtschaftlichen Krise im Jahr 2003 leitete die damalige Bundesregierung im Rahmen der Agenda 2010 und der sogenannten Hartz-Gesetzgebung erste Reformschritte ein, die überholten Arbeitsmarktstrukturen zu modernisieren und die hohe Beschäftigungsschwelle des Wirtschaftswachstums abzusenkten.

Potenzialpfad und Arbeitsmarkt

*Niveaueffekte
auf das
Produktions-
potenzial*

Es ist naheliegend, die seit Anfang 2006 beobachtbare, kräftige Ausweitung des Arbeitsvolumens insbesondere im Unternehmensbereich mit den tarif- und wirtschaftspolitischen Anstrengungen, die verhärteten Strukturen am Arbeitsmarkt aufzulösen, in Zusammenhang zu bringen. Im Kontext der Potenzialrechnung muss jedoch die zyklische Belebung von der strukturellen Verbesserung analytisch getrennt werden. Der positive Gesamteffekt

auf das Produktionspotenzial ist zudem nicht allein auf den Faktor Arbeit beschränkt, weil Wechselwirkungen zwischen Arbeitsmarktentwicklung und Sachkapitalbildung bestehen.⁵⁾ Überdies ist ein Großteil des technischen Fortschritts kapitalgebunden, sodass über den Weg der Anlageinvestitionen auch der Modernitätsgrad der Wirtschaft vom besseren Zusammenwirken von Arbeit und Kapital profitiert haben dürfte.

Vor allem das Prinzip „Fördern und Fordern“ der Agenda 2010, die Einführung einer bedürftigkeitsabhängigen Grundsicherung für Arbeitsfähige sowie die Stärkung des Risikoversicherungscharakters beim Arbeitslosengeld waren wichtige Leitlinien und Maßnahmen der seit 2003 von der Wirtschaftspolitik umgesetzten Reformagenda. Die Korrektur von großzügigen Vorruhestandsregelungen und die stufenweise Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters haben zudem die zuvor eingetretene Verkürzung des Arbeitsangebots wieder beseitigt. Da sie überdies zur finanziellen Stabilisierung der Sozialsysteme beigetragen haben, wurden Spielräume für eine Reduzierung des hohen Steuer- und Abgabenkeils geschaffen, was infolge der verringerten Zusatzlast der Besteuerung Ar-

*Anstrengungen
zur Überwin-
dung der
Wachstums-
und Beschäf-
tigungskrise*

2 Vgl. dazu auch: Deutsche Bundesbank, Der deutsche Außenhandel im Euro-Raum: konjunkturelle Effekte und strukturelle Bestimmungsgründe, Monatsbericht, März 2007, S. 39–50.

3 Vgl. dazu auch: Deutsche Bundesbank, Investitionstätigkeit in Deutschland unter dem Einfluss von technologischem Wandel und Standortwettbewerb, Monatsbericht, Januar 2007, S. 17–31.

4 Vgl. dazu auch: Deutsche Bundesbank, Der Arbeitsmarkt in Deutschland: Grundlinien im internationalen Vergleich, Monatsbericht, Januar 2007, S. 33–54.

5 Dieser Zusammenhang wurde bereits thematisiert in: Deutsche Bundesbank, Faktorpreise, Beschäftigung und Kapitalstock in Deutschland: Ergebnisse einer Simulationsstudie, Monatsbericht, Juli 2001, S. 51–64.

beitsangebot und -nachfrage positiv beeinflusst hat. Mini- und Midi-Jobs sowie ein flexibler Einsatz der Leiharbeit erleichterten den (Wieder-)Eintritt in den ersten Arbeitsmarkt. Auf diese Weise dürften auch Teile der Stillen Reserve zur Arbeitsaufnahme ermuntert worden sein. Tarifpolitisch von Bedeutung war, dass die Korrekturen im Lohngefüge sowie die Zunahme von Freiheitsgraden auf der Unternehmensebene eine gute Basis für die Effektivität der Reformmaßnahmen gelegt haben. Dies gilt nicht zuletzt für die Arbeitszeitgestaltung. Die eingeräumte Flexibilität zusammen mit teilweise verlängerten Arbeitszeiten vergrößerte in direkter Weise den möglichen Arbeitseinsatz und verbesserte dessen zeitliche Disposition, was inzwischen auch dem Risiko eines potenziellen Fachkräftemangels entgegenwirkt. Indirekt ermöglichten die verbesserten Arbeitszeitarangements einen höheren Nutzungsgrad für das Sachkapital. Ferner wurde durch die Arbeitszeitverlängerung sicherlich auch das Problem der Nominallohnrigidität entschärft und die Kaufkraft der Arbeitseinkommen geschont.

Da die Reformmaßnahmen insgesamt geeignet sind, entweder die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme zu erhöhen und damit die Verweildauer in Arbeitslosigkeit beziehungsweise in der Stillen Reserve zu verkürzen oder von der unternehmerischen Seite einen höheren Arbeitseinsatz attraktiv zu machen, sind positive Effekte auf die gesamtwirtschaftlichen Angebotsmöglichkeiten im Sinne einer Niveauehebung zu erwarten. Dies trifft auch dann zu, wenn man berücksichtigt, dass die statistisch gemessene durchschnittliche Arbeitsproduktivität durch die (Wieder-)Einglie-

derung von Personen aus sogenannten Problemgruppen in den Arbeitsmarkt aus gesamtwirtschaftlicher Sicht gedämpft wird. In die gleiche Richtung wirkt kurzfristig, dass der Rationalisierungsdruck, der in einer forcierten Kapitalintensivierung seinen Ausdruck findet, inzwischen erheblich an Brisanz verloren hat und es zu einem deutlichen Wechsel in den Investitionsmotiven hin zu Erweiterungsmaßnahmen gekommen ist. Insgesamt ist es in den vergangenen Jahren gelungen, die Beschäftigungsintensität zu erhöhen, ohne die eigentlichen Wachstumsgrundlagen zu beschädigen. Die Anpassung an den neuen, höheren Entwicklungspfad der Gesamtwirtschaft wird sich in der Realität jedoch auch in Abhängigkeit von konjunkturellen Einflüssen über einen längeren Zeitraum vollziehen, so dass für den Konvergenzzeitraum mit temporär stärkeren Wachstumsraten zu rechnen ist. Das gilt auch deshalb, weil die frei gewordenen Handlungsspielräume erfahrungsgemäß erst allmählich ausgeschöpft werden.

Disaggregierte Potenzialschätzung auf produktionstheoretischer Basis

Das Produktionspotenzial einer Volkswirtschaft kann allerdings nicht exakt bestimmt werden. Die Unsicherheit wird noch erhöht, wenn sich die Schätzung – wie im vorliegenden Fall – auf eine Phase der Anpassung an neue Arbeitsmarkt- und Umfeldbedingungen bezieht, die noch nicht abgeschlossen ist. Die Effektivität der Reformmaßnahmen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes kann gegenwärtig nur vorläufig beurteilt werden, zumal

*Potenzial-
schätzungen
mit Unsicher-
heit behaftet*

Methoden-
vielfalt bei
Potenzial-
schätzungen

keine verlässlichen Erkenntnisse über die Nachhaltigkeit der Wirkungen vorliegen.

In der Wirtschaftsanalyse wird eine Vielzahl unterschiedlicher Methoden und Verfahren angewandt, um das Produktionspotenzial einer Volkswirtschaft näher zu bestimmen.⁶⁾ Technisch gesprochen ergibt es sich daraus, dass aus dem realen Bruttoinlandsprodukt (BIP) als beobachtbarer gesamtwirtschaftlicher Produktionsgröße die Trendkomponente extrahiert wird. Vor diesem Hintergrund unmittelbar einleuchtend ist die Anwendung statistischer Filterverfahren, die in aller Regel die Zeitreihe um diejenigen (modelltypischen) Schwingungen bereinigen, welche aufgrund ihrer Frequenz üblicherweise dem Konjunkturbereich, der Saisonfigur oder einer irregulären Komponente zuzurechnen sind. Im Unterschied zu diesen rein statistischen Techniken finden alternativ produktionstheoretische Methoden Anwendung, in deren Zentrum das theoretische Konstrukt einer aggregierten Produktionsfunktion mit mehreren Input-Faktoren steht. Obgleich auch dieser Ansatz in der Praxis kaum ohne Glättung der Basisreihen auskommt, ist es als vorteilhaft anzusehen, dass das Produktionspotenzial auf wesentliche ökonomische Bestimmungsgründe zurückgeführt werden kann. Im vorliegenden Kontext ist dieser Umstand von besonderer Wichtigkeit, weil dadurch nicht nur die direkten Effekte der Strukturereformen über den Produktionsfaktor Arbeit, sondern – zumindest im Ansatz – auch deren Wechselwirkungen auf die Produktivität und die Sachkapitalbildung in die Schätzung des Produktionspotenzials integriert werden können.

Anteil ausgewählter Wirtschaftsbereiche am nominalen BIP im Jahr 2006

Wirtschaftsbereich	Bruttowertschöpfung in Mrd €	Anteil am Bruttoinlandsprodukt in %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	17,84	0,8
Unternehmenssektor	1 608,38	69,3
darunter:		
Verarbeitendes Gewerbe	474,31	20,4
Grundstücks- und Wohnungswesen	250,04	10,8
Öffentliche und private Dienstleister	468,00	20,2
darunter:		
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	120,68	5,2
Erziehung und Unterricht	92,95	4,0
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	149,49	6,4
Sonstige öffentliche und private Dienstleister	97,94	4,2
Häusliche Dienste	6,94	0,3
alle Wirtschaftsbereiche	2 094,22	90,2
nachrichtlich:		
Nettogütersteuern	227,98	9,8
Bruttoinlandsprodukt	2 322,20	100

Deutsche Bundesbank

Eine produktionstheoretische Fundierung ist jedoch nicht für alle Wirtschaftsbereiche gleichermaßen geeignet. Sie ist aus konzeptioneller Sicht grundsätzlich für den Sektor der marktorientierten Produktionsunternehmen angemessen. Im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister sind die Bedingungen hierfür angesichts vorherrschender Nicht-Marktproduktion und überwiegend inputorientierter Outputmessung hingegen faktisch nicht gegeben. Außerdem werden aufgrund struktureller Eigenheiten innerhalb dieser beiden Hauptsektoren die Wohnungswirtschaft und der Gesundheitsbereich analytisch gesondert behandelt.

Disaggregierter
Ansatz

⁶ Vgl. dazu z. B.: Deutsche Bundesbank, Zur Entwicklung des Produktionspotenzials in Deutschland, Monatsbericht, März 2003, S. 43–54.



*Unternehmens-
sektor ohne
Wohnungs-
wirtschaft*

Im Zentrum der Potenzialrechnung steht der Unternehmenssektor ohne Wohnungswirtschaft, der das Produzierende Gewerbe, den Handels-, Verkehrs- und Kommunikationsbereich, das Gastgewerbe sowie die unternehmensnahen Dienstleister (entsprechend ohne Grundstücks- und Wohnungswesen) umfasst und etwa zwei Drittel der Wirtschaftsleistung der deutschen Volkswirtschaft (zu Herstellungspreisen bewertet) erzeugt. Die Gesamtleistung dieses Kernsegments wird modelltheoretisch unter vereinfachenden Annahmen hinsichtlich der Faktorsubstitutionalität von den beiden Primärfaktoren Arbeit und Kapital erbracht, wobei die Produktionsfunktion konstante Skalenerträge aufweist und autonomer technischer Fortschritt über die totale Faktorproduktivität (TFP) zugelassen ist. Der Einsatz des Faktors Arbeit wird in Ar-

beitsstunden der Erwerbstätigen gemessen, während die Kapitaldienstleistungen durch das private Anlagevermögen (ohne Wohnbauten) approximiert werden. Das Potenzialwachstum des Unternehmenssektors ergibt sich, indem die Veränderungsdaten der Wachstumskomponenten geglättet und über die Bestimmungsgleichung der Solow-Wachstumszerlegung verknüpft werden. Für eine Schätzung der mittel- bis langfristigen Wachstumsperspektiven wird vollständige Konkurrenz auf den Güter- und Faktormärkten unterstellt. Damit kann die sektorale Arbeitseinkommensquote als Gewichtungsfaktor zur Ermittlung der Wachstumsbeiträge fungieren.

In den betrachteten Wirtschaftszweigen des Unternehmensbereichs hat die Sachkapitalbildung infolge der seit drei Jahren wieder kräftigen Nachfrage nach Maschinen und Ausrüstungen sowie – etwas verzögert – nach gewerblichen Bauten merklich zugelegt. Rein rechnerisch dürfte sich der Beitrag des unternehmerischen Kapitalstocks zum Potenzialwachstum in diesem und im kommenden Jahr mit durchschnittlich gut einem viertel Prozentpunkt im Vergleich zur ersten Hälfte des Jahrzehnts deutlich erhöht haben. Während sich der Schätzung zufolge der Beitrag der totalen Faktorproduktivität vom erhöhten Niveau des Vorjahres ausgehend etwas abschwächen wird, deutet sich beim Arbeitsvolumen am aktuellen Rand das Auslaufen des jahrelang dämpfenden Einflusses an. Vor dem Hintergrund durchweg negativer Beiträge, die das Potenzialwachstum seit 1991 um bis zu einem viertel Prozentpunkt pro Jahr drückten, stellt dieser Befund im Kontext der

gesamtdeutschen Wirtschaftsentwicklung ein bemerkenswertes Novum dar.

*Wohnungs-
wirtschaft*

Die Wohnungswirtschaft, die gut ein Zehntel der Wertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche erbringt, wird über eine limitationale Produktionsfunktion mit dem Wohnungsbestand als bestimmendem Faktor modelliert. Die langjährige Anpassungskrise, welche die vereinigungsbedingten Übertreibungen im Wohnungsbau korrigierte, hat ebenso wie die ungünstige demographische Perspektive sichtbare Bremsspuren in der Kapitalakkumulation dieses Sektors hinterlassen. Dies wird nicht zuletzt aufgrund der typischerweise langen Nutzungsdauer von Wohngebäuden die Wachstumsaussichten der Wohnungswirtschaft längerfristig einschränken.

*Öffentliche und
private Dienst-
leister*

Im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister, die – entstehungsseitig betrachtet – gut ein Fünftel zur Gesamtleistung der deutschen Volkswirtschaft beitragen, ist aus den genannten Gründen die Annahme einer herkömmlichen Produktionsfunktion konzeptionell nicht geeignet. Dennoch dürfte die Wertschöpfung der öffentlichen und privaten Dienstleister im Allgemeinen sowohl permanenten als auch temporären Einflüssen unterliegen. Von den Zyklen im Unternehmensbereich unterscheidet sich die transitorische Komponente dieses Sektors jedoch neben ihrer Intensität vor allem dadurch, dass sie weniger marktgetriebene Konjunkturbewegungen als vielmehr politisch initiierte beziehungsweise gesteuerte Anpassungsprozesse widerspiegelt. Der Gliederung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) zufolge umfasst der Wirtschaftsbereich der öf-

fentlichen und privaten Dienstleister – abgesehen von den quantitativ untergeordneten häuslichen Diensten – vier Teilsegmente, deren Wertschöpfungsanteile in ähnlicher Größenordnung liegen.

Aufgrund seiner Wachstumsdynamik nimmt das Gesundheitswesen eine Sonderstellung ein und wird daher im Rahmen der Potenzialschätzung separat behandelt. Bis 2003 expandierte dieser Teilbereich besonders kräftig, was – von wirtschaftspolitischen Fehlsteuerungen abgesehen – grundsätzlich damit zusammenhängt, dass einerseits die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen mit steigendem Einkommen überproportional zunimmt und andererseits der medizinisch-technische Fortschritt auch von der Angebotsseite ein relativ starkes Wachstum der Leistungen dieses Bereichs fördert. Durch die Gesundheitsreform, die zum 1. Januar 2004 in Kraft trat, wurde der steile Trend mit Rücksicht auf die Kostenexplosion in den sozialen Sicherungssystemen zwar gedämpft; die Eigendynamik dieses typischen Wachstumsmarktes sollte dadurch aber auf längere Sicht nicht in Frage stehen. Die Nachfrage nach Produkten des Gesundheitswesens wird angesichts der demographischen Perspektive eher an Bedeutung gewinnen, und der medizinische und pharmazeutische Fortschritt bleibt wünschenswert.⁷⁾

*Gesundheits-
bereich*

Im Schätzverfahren werden die Wachstumsmöglichkeiten des Gesundheitsbereichs mit der Potenzialrate des Unternehmenssektors zuzüglich eines Ratenaufschlags angesetzt.

⁷ Letztlich ging es bei der Gesundheitsreform um die finanzielle Lage der gesetzlichen Krankenkassen und die Sicherung einer effizienten Leistungserbringung.

Dieser trägt der Tatsache Rechnung, dass mit steigendem Einkommen die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen im Trend überproportional zunimmt. Mit etwa einem Prozentpunkt ist der Zuschlag in diesem und im kommenden Jahr zunächst vergleichsweise niedrig. Die potenzielle Leistungserstellung der öffentlichen und privaten Dienstleister außerhalb des Gesundheitssektors wird über die Erwerbstätigenentwicklung in diesen Bereichen angenähert. In Bezug auf das trendmäßige Ausgabeverhalten im öffentlichen Sektor sind seit einigen Jahren zudem die Zwänge der Haushaltskonsolidierung ins Bild zu nehmen. Bei den privaten Dienstleistern schlagen Flexibilisierungsmaßnahmen im haushaltsnahen Bereich positiv zu Buche, die jedoch im Hinblick auf die gesamtwirtschaftlich ausgerichtete Fragestellung rechnerisch kaum ins Gewicht fallen.

Restkomponente

Schließlich ist eine Restkomponente zu berücksichtigen, die etwa ein Zehntel des BIP (zu Marktpreisen) ausmacht. Sie enthält mit der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei Wirtschaftsbereiche, die aufgrund ihrer geringen quantitativen Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft nicht eigenständig modelliert werden. Zum überwiegenden Teil erfasst die Restkomponente die Nettogütersteuern⁸⁾, die rechnerisch einen Keil zwischen der Summe der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zu Herstellungspreisen und dem BIP zu Marktpreisen bilden.⁹⁾

Schätzergebnisse und Interpretation

Schätzergebnisse

Den Schätzungen zufolge dürfte sich das gesamtwirtschaftliche Produktionspotenzial in

diesem und im kommenden Jahr jeweils um etwa 1½ % bis 1¾ % ausweiten, nachdem sich das Potenzialwachstum zwischen 2003 und 2006 lediglich auf etwa 1¼ % bis 1½ % pro Jahr belaufen hatte. Am aktuellen Rand bewegt es sich somit in der Tendenz wieder auf Raten zu, die den gesamtdeutschen Wachstumstrend in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre prägten. Die Verbesserung ist insoweit auch als Teil einer Normalisierung zu betrachten. Während zur Abflachung des Potenzialpfads zu Anfang dieses Jahrzehnts sowohl die marktbasieren Wirtschaftszweige als auch die öffentlichen und privaten Dienstleister beitrugen, geht die gegenwärtige Stärkung der Wachstumsbasis vornehmlich vom Unternehmensbereich aus. Die Wohnungswirtschaft folgt mit weiter rückläufigen Beiträgen zum gesamtwirtschaftlichen Potenzialwachstum einer Sonderentwicklung. Aus dem Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister kommen insgesamt keine neuen Impulse für das gesamtwirtschaftliche Angebot.

Um den direkten Effekt der Arbeitsmarktreformen auf das Potenzialwachstum abzuschätzen, wurde der Trendpfad des gewerb-

Direkte und indirekte Effekte der Arbeitsmarktreformen

⁸ Unter Gütersteuern verstehen die VGR Produktions- und Importabgaben, die pro Einheit einer produzierten oder gehandelten Ware oder Dienstleistung zu entrichten sind (z.B. Umsatzsteuer, Versicherungssteuer, Grunderwerbsteuer). Davon abgesetzt werden die Subventionen, die pro Einheit einer produzierten oder gehandelten Ware oder Dienstleistung geleistet werden.

⁹ Produktionstheoretisch betrachtet dürften die Nettogütersteuern die Produktionsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft nicht beeinflussen. Die Wertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zu Herstellungspreisen wäre mithin das geeignete Referenzmaß für die Messung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials. In der Praxis basieren die Potenzialschätzungen jedoch in aller Regel auf dem BIP zu Marktpreisen, sodass aus Gründen der Vergleichbarkeit ein durchschnittlicher Wachstumsbeitrag der Nettogütersteuern in die Potenzialschätzung eingeht.

Ergebnisse der disaggregierten Schätzung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials

Jahr	Potenzialwachstum ¹⁾ (gerundet)	Beiträge zum Potenzialwachstum ²⁾								
		Unternehmenssektor	davon:				Öffentliche und private Dienstleister	davon:		Restkomponente
			totale Faktorproduktivität ³⁾	Kapitalstock ³⁾	Arbeitsvolumen ³⁾	Wohnungswirtschaft		Gesundheitsbereich		
1996	1,6	1,03	0,59	0,20	-0,26	0,50	0,32	0,18	0,22	
1997	1,6	1,07	0,67	0,18	-0,27	0,49	0,28	0,19	0,23	
1998	1,6	1,10	0,66	0,17	-0,20	0,47	0,31	0,20	0,23	
1999	1,6	1,09	0,67	0,16	-0,16	0,42	0,33	0,20	0,23	
2000	1,8	1,24	0,82	0,14	-0,11	0,39	0,36	0,21	0,22	
2001	1,7	1,21	0,83	0,12	-0,13	0,39	0,31	0,21	0,22	
2002	1,5	1,03	0,78	0,07	-0,21	0,39	0,30	0,23	0,20	
2003	1,3	0,91	0,74	0,06	-0,27	0,38	0,23	0,21	0,19	
2004	1,4	0,95	0,74	0,06	-0,19	0,34	0,23	0,21	0,17	
2005	1,4	0,98	0,75	0,05	-0,16	0,34	0,24	0,20	0,17	
2006	1,5	1,10	0,77	0,08	-0,06	0,31	0,22	0,20	0,17	
2007 ⁴⁾	1,6	1,21	0,65	0,23	0,06	0,27	0,22	0,18	0,16	
2008 ⁴⁾	1,6	1,26	0,62	0,30	0,09	0,25	0,22	0,18	0,16	

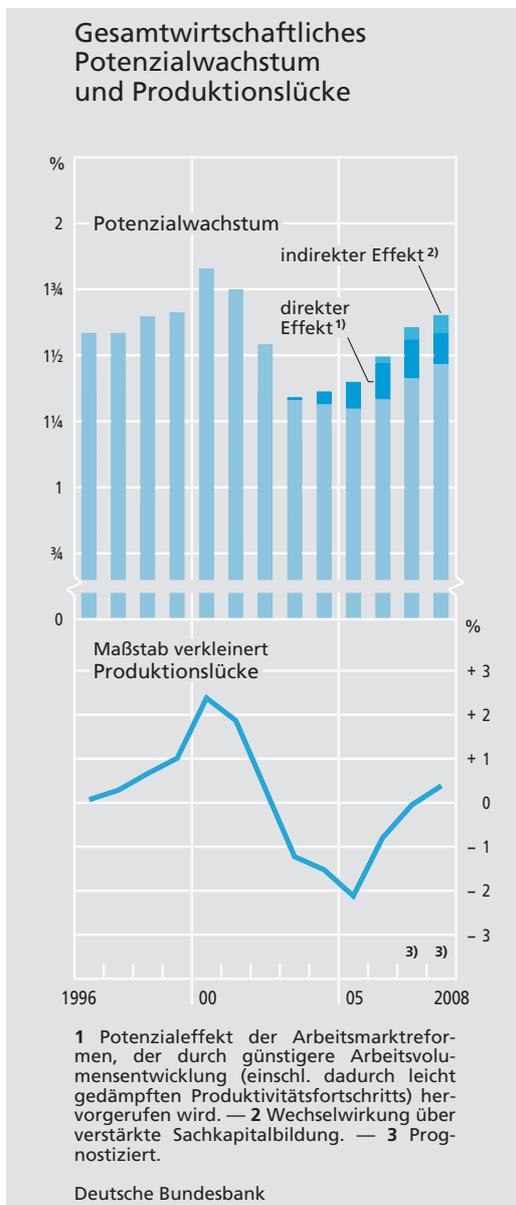
1 In Prozent. — 2 In Prozentpunkten. — 3 Unternehmenssektor ohne Wohnungswirtschaft. — 4 Prognostiziert.

Deutsche Bundesbank

lichen Arbeitsvolumens ab 2003 so angepasst, dass trotz der überaus kräftigen Erholung, welche die tatsächliche Entwicklung dieser Größe seit 2006 kennzeichnet, am aktuellen Rand keine größeren Spannungsmomente signalisiert werden. Dies ist für die Gesamtkonstitution des deutschen Arbeitsmarktes in diesem und im kommenden Jahr sicherlich eine realistische Annahme. Im Vergleich dazu wird der Trendpfad ohne diese „Nebenbedingung“ betrachtet, was im Kontext der Potenzialschätzung dem hypothetischen Fall eines Szenarios ohne Arbeitsmarktreformen entspricht. Bezüglich des direkten Effekts ist zudem in Rechnung zu stellen, dass mit dem günstigeren Trend beim Arbeitsvolumen eine schwächere Produktivitätsentwicklung einhergehen dürfte. Die vorwiegend in den Jahren 2003/04 kräftig gestiegene Zahl der Mini-

und Midi-Jobs und der danach einsetzende Anstieg der Leiharbeit, die mehrheitlich für Tätigkeiten mit geringem und mittlerem Qualifikationsprofil herangezogen wird, geben zu der Vermutung Anlass, dass von der Flexibilisierung am Arbeitsmarkt in beträchtlichem Maße geringer qualifizierte Erwerbspersonen profitieren. Auch wenn der Beitrag der TFP-Komponente aus diesem Grund etwas moderater ausfällt,¹⁰⁾ ist der Nettoeffekt auf das gesamtwirtschaftliche Produktionspotenzial dennoch positiv zu veranschlagen. Der Abschätzung der indirekten Potenzialwirkung über die Sachkapitalbildung liegt die Über-

10 Es handelt sich also hierbei um Veränderungen der durchschnittlichen Stundenproduktivität, die auf Verschiebungen in der Erwerbstätigenstruktur zurückzuführen sind. Produktivitätseffekte, die auf einer Anpassung der Kapitalintensität basieren („capital deepening“), fallen hingegen nicht unter diese Kategorie.



legung zugrunde, dass in einem Wachstumsgleichgewicht die zusätzlich Erwerbstätigen entsprechend ihrer Arbeitseffizienz und der optimalen Faktoreinsatzkombination mit Kapital ausgestattet werden, wobei Anpassungsmaßnahmen dieser Art typischerweise zeitverzögert und partiell ablaufen.

Aufgrund der direkten und indirekten Effekte der Arbeitsmarktreformen wachsen die Pro-

duktionsmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft in diesem und im kommenden Jahr schätzungsweise um jeweils knapp einen fünftel Prozentpunkt stärker als im hypothetischen Szenario ohne Arbeitsmarktflexibilisierung. Infolge des Anpassungsprozesses hin zu einem Gleichgewicht mit niedriger struktureller Arbeitslosigkeit weist das gesamtwirtschaftliche Potenzialwachstum derzeit wieder Jahresraten oberhalb der 1½ %-Marke auf. Dabei gewinnen zunehmend die indirekten Wechselwirkungen über die Sachkapitalbildung an Gewicht. In den Jahren 2004 und 2006 war hingegen vornehmlich der direkte Effekt wirksam; er trug dazu bei, das Potenzialwachstum bei Jahresraten von 1¼ % bis 1½ % zu stabilisieren.

Quantitative Abschätzung der Potenzial-effekte

Trotz der Stärkung der angebotsseitigen Wachstumskräfte ist die dynamische Aufwärtsbewegung, die die deutsche Volkswirtschaft derzeit prägt, hauptsächlich zyklischer Natur. Die gesamtwirtschaftliche Produktionslücke, die 2005 noch über 2 % der Produktionskapazitäten betrug, hat sich im Vorjahr um mehr als einen Prozentpunkt reduziert. Im bisherigen Jahresverlauf hielt der Rückgang an. Insgesamt dürfte sich die deutsche Wirtschaft gegenwärtig im Korridor der Normalauslastung befinden, wobei – sektoral betrachtet – noch erhebliche Unterschiede im Auslastungsgrad zu konstatieren sind. Angesichts der jetzt erreichten zyklischen Position hat der Aufschwung weiterhin viel Perspektive. Dies gilt umso mehr, als sich durch die wieder vorteilhaftere Trendentwicklung auch die mittelfristigen Wachstumsaussichten aufgehellt haben, was insbesondere der Entfal-

Gesamtwirtschaftliche Produktionslücke

tung der seit Jahren verhaltenen privaten Konsumneigung dienlich sein dürfte.

*Positive
Zwischenbilanz*

Nach der Schwächung während der langwierigen Stagnation gibt es nun klare Anzeichen für eine Regeneration der gesamtwirtschaftlichen Wachstumskräfte in Deutschland. Dies zeigt sich nicht nur in einer höheren Potenzialrate. Ebenso bemerkenswert ist, dass der mittelfristige Expansionspfad auch insofern an Qualität gewonnen hat, als die Stärkung der Wachstumsbasis vom Unternehmensbereich in Form vermehrter Sachkapitalbildung und strukturell höherem Arbeitseinsatz getragen wird. Demgegenüber hat der Anpassungsbedarf in der Wohnungswirtschaft noch dämpfend gewirkt. Hinzu kamen die Konsolidierungs- und Umstrukturierungserfordernisse im Staatssektor, die ihrerseits allerdings eine wichtige Voraussetzung für strukturelle Verbesserungen im Unternehmensbereich bildeten.

*Reformpolitik
fortsetzen*

Die prozyklische Reaktion des Produktionspotenzials ist nicht das Resultat rein statistischer Filterverfahren, die am Stichprobenende Ergebnisse dieser Art in aller Regel konstruktionsbedingt produzieren, sondern lässt sich

durch den Abbau struktureller Mängel am Arbeitsmarkt ökonomisch gut begründen. So gesehen waren die seit 2003 umgesetzten Arbeitsmarktreformen ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung und eine konzeptionell erforderliche Flankierung der stärker beschäftigungs- und standortorientierten Tarifpolitik. Sie allein reichen aber nicht aus, um die Wachstumsmöglichkeiten, die in der deutschen Wirtschaft prinzipiell vorhanden sind, voll zur Entfaltung zu bringen. Eine Potenzialrate von jährlich 2 %, die keineswegs als mittelfristig zu ambitioniert angesehen werden sollte, ist derzeit trotz guter Wachstumsentwicklung nicht in Sicht. Dazu bedarf es eines langen reformpolitischen Atems. Eine ausgedehnte Reformpause oder gar eine Verwässerung der bereits umgesetzten Maßnahmen würde das von der deutschen Wirtschaft mühsam zurückgewonnene Terrain wieder aufs Spiel setzen. Insbesondere sollten der Grundcharakter der Arbeitslosenversicherung als Risikoversicherung erhalten bleiben und die Anreize zur Arbeitsaufnahme weiter gestärkt werden. Die beschäftigungsfördernde Wirkung der in den letzten Jahren ergriffenen Reformmaßnahmen am Arbeitsmarkt ist im jetzigen Aufschwung klar zu erkennen.

Zur Reform des deutschen Haushaltsrechts

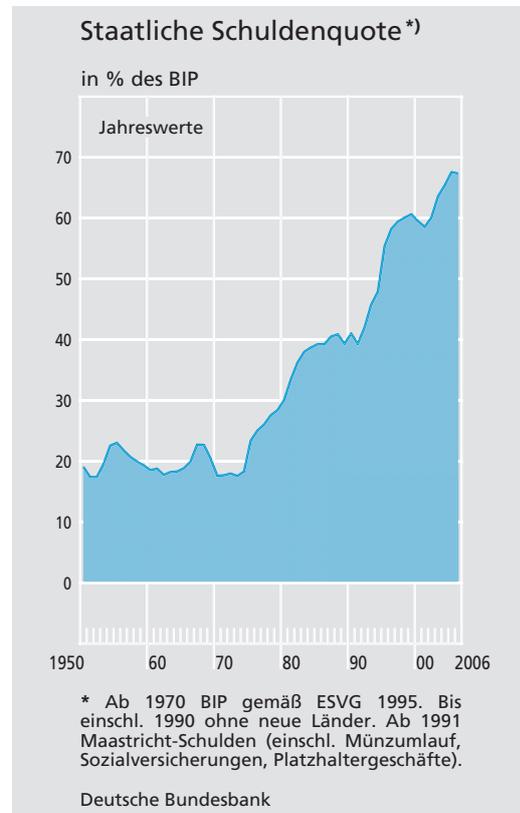
Die deutschen Staatsschulden sind in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen. Seit einigen Jahren wird auch die in der Europäischen Währungsunion festgelegte Obergrenze von 60 % des Bruttoinlandsprodukts deutlich überschritten. Künftige Generationen werden aufgrund der demographischen Entwicklung zusätzlich durch die umlagefinanzierten sozialen Sicherungssysteme belastet werden. Daher besteht weitgehende Übereinstimmung, dass eine Reform der nationalen Haushaltsregeln zur Begrenzung der staatlichen Verschuldung notwendig ist. Grundsätzlich gibt es hierfür verschiedene Wege. Mit dem europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt, der ein wichtiges Fundament der gemeinsamen Geldpolitik ist, wurde eine Vorentscheidung für strukturell mindestens annähernd ausgeglichene Haushalte getroffen. Dabei können konjunkturbedingte Schwankungen durch die automatischen Stabilisatoren abgefedert werden, und für Ausnahmesituationen bestehen erweiterte Spielräume. Um die Bindungswirkung der Grenzen zu stärken, scheinen klare und nachvollziehbare Regelungen in den Verfassungen von Bund und Ländern ebenso wichtig wie transparente kurz- und mittelfristige Haushaltsplanungen und eine Erläuterung von Planabweichungen. Verstöße wären dann klar zu diagnostizieren, sodass eine zeitnahe Korrektur sichergestellt werden kann.

Entwicklung der staatlichen Verschuldung

*Starker Anstieg
der staatlichen
Schulden ...*

Seit der Gründung der Bundesrepublik sind die Schulden des Staates erheblich gestiegen. Ausgehend von (umgerechnet) 10 Mrd € im Jahr 1950 wuchsen sie bis 1970 auf 64 Mrd €. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nahm allerdings noch etwas kräftiger zu, sodass die Schuldenquote insgesamt leicht auf unter 18 % zurückging. In den Folgejahren stieg sie dann aber deutlich. Ende 1985 betrug die Verbindlichkeiten der Gebietskörperschaften bereits annähernd 390 Mrd € oder fast 40 % des BIP. Nachdem sich diese Relation bis zum Ende der achtziger Jahre kaum verändert hatte, kam es im Gefolge der Vereinigung Deutschlands wieder zu einer starken Zunahme. Der im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Europäische Währungsunion 1992 eingeführte Referenzwert von 60 % wurde – nach heutigem Datenstand – im Jahr 1998 erstmals überschritten. Der kontinuierliche Anstieg über diesen Grenzwert hinaus wurde in den Jahren 2000 und 2001 unterbrochen, als mit den umfangreichen Erlösen aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen Schulden getilgt wurden. In den Folgejahren führten die hohen staatlichen Defizite jedoch dazu, dass die Schuldenquote bis zum Jahr 2005 auf beinahe 68 % anstieg. 2006 kam es trotz eines sehr kräftigen Zuwachses des nominalen BIP bei deutlich rückläufiger Defizitquote nur zu einem sehr begrenzten Rückgang der Schuldenquote, und der Schuldenstand nahm auf fast 1 570 Mrd € zu.

Die Entwicklung der Verschuldung war bei den einzelnen Gebietskörperschaften recht



unterschiedlich. Bis in die frühen siebziger Jahre wuchsen die kommunalen Verbindlichkeiten deutlich schneller als die des Bundes und erreichten damals fast dessen Niveau. Anschließend beschleunigte sich der Anstieg vor allem beim Bund, aber auch bei den Ländern erheblich, während die Entwicklung bei den Gemeinden insgesamt deutlich verhaltener verlief. Die Zunahme divergierte zwischen den einzelnen Ländern stark. So war zum Ende des letzten Jahres der Schuldenstand je Einwohner in Bremen mit 20 300 € sechseinhalb Mal so hoch wie in Bayern (einschl. der Gemeindeebene). Mit zuletzt gut drei Fünfteln lastet aber der größte Teil der staatlichen Verbindlichkeiten auf dem Bundeshaushalt (einschl. seiner Nebenhaushalte), dessen Anteil gegenüber 1973 damit um 20 Prozentpunkte zunahm.

*... insbesondere
des Bundes und
einzelner
Bundesländer*

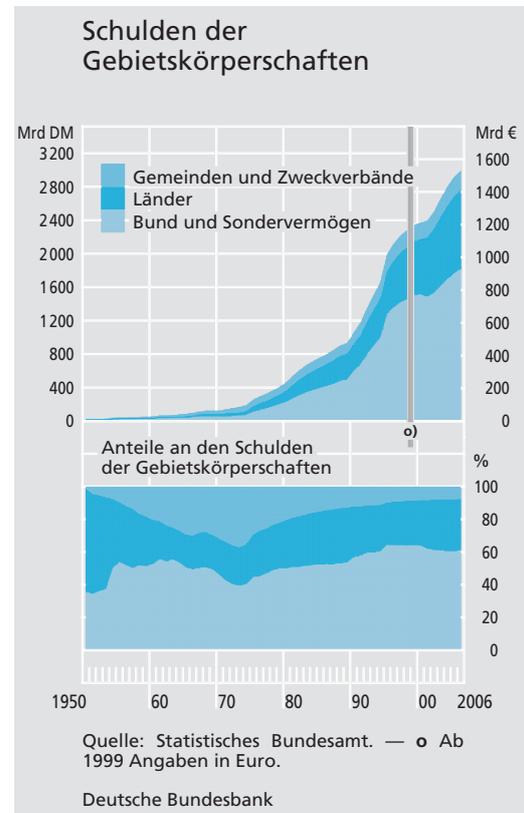
Intransparente Lastenverteilung bei Verschuldung begünstigt deren Ausweitung

Die Erfahrungen der Vergangenheit und polit-ökonomische Argumente (vgl. dazu die Ausführungen auf S. 50) legen nahe, dass im politischen Prozess regelmäßig in später als zu hoch empfundenem Umfang auf Staatsverschuldung zurückgegriffen wird. Hierbei spielt insbesondere eine Rolle, dass häufig die in der Zukunft entstehenden Lasten aus der Kreditaufnahme nur unvollständig in das Kalkül eingehen, sodass hieraus eine übermäßige Belastung künftiger Steuerzahler resultiert. Auch besteht etwa vor Wahlen ein verstärkter Anreiz, durch erhöhte Kreditaufnahme Partikularinteressen zu befriedigen. Insofern können im Vorfeld beschlossene Haushaltsregeln der Neigung zur Kreditfinanzierung entgegenwirken. Sie haben somit letztlich eine ähnliche Begründung wie die Übertragung der Geldpolitik an eine unabhängige Notenbank.

Bestehende Regeln zur Eindämmung der Kreditaufnahme

Ursprünglich objektbezogene Regel für den Bund

Das Grundgesetz von 1949 enthielt bereits eine Regel zur Begrenzung der Kreditaufnahme des Bundes, die sich eng an die Vorgängerregelung der Weimarer Reichsverfassung anlehnte. Der Artikel 115 GG gestattete ursprünglich die Aufnahme von Krediten nur „bei außerordentlichem Bedarf und in der Regel nur für Ausgaben zu werbenden Zwecken“. Darunter waren Aufwendungen zu verstehen, die sich in den Folgejahren durch höhere Einnahmen des Bundes gleichsam selbst finanzierten. Die Kreditaufnahme war so stets objektbezogen. Allerdings wurde die Bestimmung, nicht zuletzt durch Dehnung



des außerordentlichen Bedarfs, mitunter weiter interpretiert als vom Verfassungsgesetzgeber intendiert.¹⁾

Mit der Reform der Finanzverfassung in den späten sechziger Jahren wurde eine an den investiven Ausgaben orientierte Regelgrenze für die Kreditaufnahme eingeführt. Zudem wurde die an keynesianische Ideen angelehnte Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den Zielkatalog aufgenommen. Fortan sollte die Haushaltswirtschaft gemäß Artikel 109 Absatz 2 GG den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung tragen. Erfolge bei der Überwindung einer Konjunkturabschwächung

Derzeitige Regel mit Fokus auf Konjunktursteuerung

¹ Vgl.: W. Patzig (1991), Haushaltsrecht des Bundes und der Länder. Kommentar zu den Rechts- und Verwaltungsvorschriften, A/115/9.

Mögliche Begründungen und notwendige Grenzen staatlicher Kreditaufnahme

Grundsätzlich kann in der Herstellung einer gerechten Lastenverteilung zwischen den Generationen eine Begründung für Staatsverschuldung gesehen werden. Dem liegt die Vorstellung zugrunde, dass nachfolgende Generationen aus bestimmten heutigen Staatsausgaben Nutzen ziehen können und insoweit auch an der Finanzierung beteiligt werden sollten. So könnte eine wachstumsfördernde Politik mit einer gezielten Ausweitung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nachfolgender Generationen eine Verschiebung von Finanzierungslasten auf die Zukunft rechtfertigen. Allerdings lassen sich Maßnahmen mit positiven Wachstumseffekten kaum verlässlich identifizieren beziehungsweise in ihren Auswirkungen quantifizieren.

In eine vergleichbare Richtung geht die Orientierung an Vermögenswerten des Staates, die an nachfolgende Generationen übertragen werden. Danach lässt sich eine Schuldenaufnahme zum Vermögensaufbau rechtfertigen, wenn dem Schuldendienst ein entsprechender Nutzen aus dem gebildeten Staatsvermögen gegenübersteht. Dabei sind aber die Abschreibungen gegenzurechnen, sodass auf die Nettoinvestitionen als Verschuldungsgrenze abzustellen ist. Allerdings bleibt kritisch zu hinterfragen, ob die zum Schuldendienst verpflichteten Generationen tatsächlich den aus heutiger Sicht erhofften Nutzen aus dem Vermögen ziehen. Hierbei ist auch zu bedenken, dass staatliche Sachinvestitionen mit nutzungsspezifischer Ausgestaltung nur eingeschränkt zu veräußern sind und mit dem Betrieb erhebliche Folgekosten verbunden sein können. Beim Finanzvermögen ist zu berücksichtigen, dass beispielsweise der Darlehensbestand oftmals Förderkomponenten enthält und nur unter entsprechenden Preisabschlägen zu verwerten ist. Schließlich sollte nicht übersehen werden, dass auch von anderen Bereichen des Staatshaushalts (z. B. den umlagefinanzierten Sozialversicherungen) erhebliche – gegenläufige – Einflüsse auf die intergenerative Verteilung ausgehen.

Während die zuvor genannten Argumente auf eine Rechtfertigung struktureller Verschuldung abzielen, handelt es sich bei konjunkturell begründeter Kreditaufnahme nur um eine temporäre Verschuldung. So erscheint es sinnvoll, konjunkturbedingte Schwankungen der Einnahmen und Ausgaben nicht durch kurzfristige Gegenmaßnahmen mit möglicherweise die zyklischen Ausschläge verstärkenden und die Allokation verzerrenden Wirkungen aus-

zugleichen. Dann können konjunkturelle Ausschläge durch das automatische „Atmen“ der staatlichen Haushalte gedämpft werden. Bei einem symmetrischen Konjunkturverlauf gleichen sich Mehr- und Minderbelastungen durchschnittlich in etwa aus, und der Schuldenstand ändert sich hierdurch letztlich nicht. Während das Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren weitgehende Zustimmung findet, wird eine aktive Konjunktursteuerung über gezielte Maßnahmen zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung häufig deutlich skeptischer gewertet. Nicht zuletzt wegen der erheblichen Verzögerungen zwischen dem Eintreten einer Störungslage, ihrer Diagnose, dem Beschluss von Gegenmaßnahmen und deren Wirken bestehen erhebliche Zweifel, ob eine aktive Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung erfolgreich durchzuführen ist. Zudem hat sich gezeigt, dass expansive Impulse regelmäßig populärer sind als Einschnitte in Boomphasen, was zur strukturellen Ausweitung der staatlichen Verschuldung in der Vergangenheit beigetragen haben dürfte.

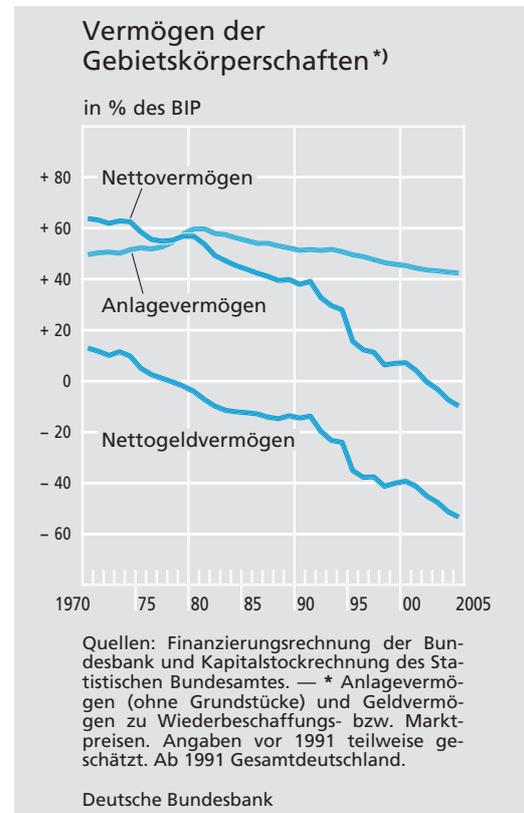
Darüber hinaus können auch besondere Ausnahmesituationen eine Verschuldung begründen. So können etwa bei größeren Naturkatastrophen Belastungen des Staatshaushalts entstehen, deren kurzfristiger Ausgleich vorübergehend deutlich höhere Abgabensätze erforderlich machen würde. Um dies und die damit verbundenen gesamtwirtschaftlichen Verwerfungen zu vermeiden, scheint eine Vorfinanzierung von Sonderlasten und deren Verteilung auf mehrere Jahre durch eine vorübergehende Kreditaufnahme hier vertretbar.

Grundsätzlich sind indes stets die negativen Auswirkungen hoher Staatsverschuldung und der daraus resultierenden Zinsbelastung zu bedenken. So könnten bei erheblicher Haushaltsvorbelastung durch den Schuldendienst Zweifel aufkommen, ob der Staat seine Aufgaben noch erfüllen kann. Befürchtete Steuererhöhungen können die Investitions- und Konsumbereitschaft erheblich einschränken. Bei zunehmender Verschuldung werden am Kapitalmarkt (mitunter schlagartig) Risikoabschläge für Kredite an den Staat gefordert, wodurch sich die Budgetanspannung verschärft. Im Extremfall entsteht Druck auf die Geldpolitik, den Schuldendienst durch Inflation zu erleichtern. Geldwertstabilität und Wirtschaftsentwicklung sind dann erheblich gefährdet.

chung in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre trugen dazu bei, dass der Verfassungsgesetzgeber zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts die Überschreitung der Regelkreditgrenze zuließ. In konjunkturellen Boomphasen mit der Gefahr starker Preissteigerungen sollte die Regelung des Artikel 109 Absatz 2 GG eigentlich darauf hinwirken, die staatliche Verschuldung zurückzuführen, und so ihr Ausufern verhindern. Die seit den siebziger Jahren erheblich beschleunigte Zunahme der Schuldenquote der Gebietskörperschaften, die – wie das nebenstehende Schaubild zeigt – nicht von einer Zunahme des Vermögens begleitet wurde und damit zu einem beinahe kontinuierlichen Rückgang des Nettovermögens führte, deutet freilich darauf hin, dass diese Begrenzung nicht gelungen ist (vgl. zu den Schwachstellen des Artikels 115 GG die Erläuterungen auf S. 52 f.).

*Europäische
Vorgaben für
Defizit und
Schuldenstand*

Neben den Regelungen des Grundgesetzes haben die staatlichen Haushalte in Deutschland auch europäische Vorschriften einzuhalten. Mit dem zur Vorbereitung der Währungsunion geschlossenen Maastricht-Vertrag wurden im Jahr 1992 Obergrenzen für die gesamtstaatlichen Defizite und Schuldenstände festgelegt. Für die Schuldenquote wurde ein Referenzwert von 60 % vereinbart, bei dessen Überschreitung eine hinreichend schnelle Annäherung gefordert wird. Das weitestgehend nach den Vorschriften der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) bestimmte Defizit darf nicht mehr als 3 % des BIP betragen. Mehrjährige Überschreitungen der Defizitgrenze durch Mitgliedstaaten der Währungsunion können auf Beschluss des Rates



der Finanzminister mit Strafzahlungen von bis zu 0,5 % des BIP geahndet werden. Nicht zuletzt um einen ausreichenden Sicherheitsabstand zur Defizitgrenze zu gewährleisten, wurde mit dem europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt von 1997 das Ziel über den Konjunkturzyklus annähernd ausgeglichener oder überschüssiger Haushalte festgelegt. Vor dem Hintergrund eines mäßigen Trendwachstums und auch der Belastungen künftiger Haushalte durch die demographische Entwicklung strebt Deutschland ausdrücklich einen strukturellen Haushaltsausgleich an.²⁾

²⁾ Vgl.: Bundesministerium der Finanzen, Deutsches Stabilitätsprogramm, Aktualisierung Dezember 2006.

Schwächen des Artikels 115 GG

Der starke Anstieg der Bundesschulden seit der Reform der Finanzverfassung Ende der sechziger Jahre wurde durch die Ausgestaltung der Kreditregel erleichtert. Artikel 115 Absatz 1 Satz 2 GG sieht als Regelgrenze für die Nettokreditaufnahme die im Haushaltsplan veranschlagten investiven Ausgaben vor, die erst nach einer Aufforderung durch das Bundesverfassungsgericht aus dem Jahr 1989 gesetzlich definiert wurden. Während die Richter offenbar auf eine engere Eingrenzung zielten, wurde die damals in der Praxis verwendete Definition zum Maßstab gewählt. So bestimmt die Summe der im Haushalt in der Gruppierungsübersicht unter den Hauptgruppen 7 und 8 veranschlagten Ausgaben für Bauinvestitionen, Erwerb von Sachvermögen und Beteiligungen, Darlehensvergabe, Inanspruchnahmen aus Bürgschaften und Investitionszuweisungen an staatliche Haushalte wie Investitionszuschüsse an Private die im Regelfall geltende Kreditgrenze.

Bei einer Abschätzung der Auswirkungen der genannten Ausgaben auf das staatliche Vermögen ist zunächst festzustellen, dass über Finanzinvestitionen des Bundes im Regelfall nicht nach Renditegesichtspunkten entschieden wird. So bringen die Beteiligungen bei Entwicklungsorganisationen kaum finanziellen Ertrag, und auch die häufig zu Förderzwecken vergebenen Darlehen führen oftmals nur zu Rückflüssen, die deutlich unter den Finanzierungskosten liegen. Bei der Inanspruchnahme aus Bürgschaften erscheint angesichts eines rückläufigen Anteils staatlicher Schuldner zunehmend unsicher, inwieweit überhaupt mit Rückflüssen gerechnet werden kann. Der Zuwachs des staatlichen Vermögens bleibt jedenfalls deutlich hinter den Ausgaben zurück. Bei Investitionszuschüssen an Unternehmen wird ein Wertzuwachs außerhalb des Staatssektors bewirkt. Auch Investitionshilfen für Bundesbetriebe wie die Bahn mehren bei begrenzter marktlicher Rentabilität des Schienennetzes das staatliche Vermögen allenfalls teilweise.

Ebenfalls kritisch ist das Unterlassen einer Gegenrechnung von im kameralistischen Haushalt zwar nicht verbuchten, aus den VGR jedoch grundsätzlich ver-

fügbaren Abschreibungen auf das Sachvermögen des Bundes sowie die unterlassene Gegenrechnung von Erlösen aus der Verwertung von Vermögensteilen. Letztere müssen nicht zur Tilgung von Altschulden eingesetzt werden, sondern stehen zur Finanzierung laufender Ausgaben zur Verfügung. Auf diese Weise kann die kreditbegrenzende Intention des Artikels 115 GG umgangen werden. Die zuletzt umfangreichen Vermögensverwertungen des Bundes deuten auf die ausgiebige Nutzung dieser Möglichkeit hin.

Zur weitgehenden Wirkungslosigkeit hat auch die Ausnahmeklausel des Artikels 115 Absatz 1 GG beigetragen. Zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts darf die Regelkreditgrenze in praktisch unbegrenzter Höhe überschritten werden. In ihrem Urteil aus dem Jahr 1989 hatten die Verfassungsrichter vom Haushaltsgesetzgeber zwar für diese Fälle besondere Darlegungen gefordert. So müsse eine ernste und nachhaltige Störung des grundsätzlich als labil einzustufenden gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vorliegen und die zusätzliche Kreditaufnahme – und damit auch ihr gewählter Umfang – zur Stabilisierung geeignet sein. In den Jahren 2002 bis 2004 wurde die Ausnahmeklausel aber beispielsweise insgesamt vier Mal in Anspruch genommen, ohne dass merkliche Erfolge im Hinblick auf die Entwicklung der deutschen Wirtschaft oder des Arbeitsmarktes erzielt worden wären. In seinem Urteil zum Bundeshaushalt 2004 vom Juli 2007 wertete das Bundesverfassungsgericht die bestehende Kreditgrenze vor diesem Hintergrund als insgesamt weitgehend unwirksam. Das Vorliegen einer aufgreifwürdigen Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts mochte die Mehrheit der Richter nämlich ebenso wenig ausschließen wie die prinzipielle Eignung der Maßnahmen der Bundesregierung zu deren Abwehr. Während im Stammhaushalt 2004 noch die Kreditfinanzierung einer vorgezogenen Steuersenkung als aktives Handeln gewertet werden konnte, genügte dem Gericht bereits das Festhalten an diesem Kurs zur Rechtfertigung des Nachtragshaushalts mit einer geplanten Überschreitung der Kreditgrenze um insgesamt 18 Mrd €.

Bedenklich ist zudem, dass gemäß § 18 Absatz 3 Bundeshaushaltsordnung noch nicht genutzte Kreditermächtigungen mindestens bis zum Ende des folgenden Haushaltsjahres gültig bleiben und beim Vollzug eines Haushalts regelmäßig zuerst genutzt wurden, um ihren Verfall zu verhindern. Im Jahr 2004 konnte unter Rückgriff auf die Ausnahmeklausel der bereits in den Vorjahren angelegte Vorrat an Restkreditermächtigungen weiter aufgestockt werden. Dessen mit rund 9 Mrd € umfangreiche Nutzung im Vollzug des Bundeshaushalts 2005 machte den erneuten Rückgriff auf die Klausel der Abwehr einer gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtsstörung entbehrlich. Die Verfassungsgrenze für die Kreditaufnahme des Bundes wird nämlich ausdrücklich nur auf die Aufstellung des Haushaltsplans bezogen. Soweit bei der Ausführung durch Einnahmefälle oder unvorhergesehene Mehrausgaben aus Leistungsgesetzen Deckungslücken auftreten, können diese ohne Vorlage eines begründungspflichtigen Nachtragshaushalts über Restkreditermächtigungen geschlossen werden. Mit einem solchen Puffer kann der Haushaltsgesetzgeber einem Konsolidierungsdruck ausweichen, indem Einnahmen großzügig und Ausgaben für Leistungsgesetze gezielt knapp veranschlagt werden. Der Spielraum bis zu einem Verstoß gegen die in Artikel 110 GG verankerten Haushaltsgrundsätze der Vollständigkeit und Wahrheit fällt dabei recht weit aus.

Bisher wurde vom Verfassungsgericht kein Verstoß eines Bundeshaushalts gegen die Kreditgrenze festgestellt. Eine wirksame Sanktionierung eines Verstoßes scheint auch kaum möglich. Bis zur Verkündung eines Verfassungsgerichtsbeschlusses ist der betreffende Haushalt längst abgeschlossen und der Vollzug nicht mehr zu stoppen. Das Interesse der Öffentlichkeit richtet sich dann zumeist auf aktuellere Fragen, so dass die möglichen politischen Kosten begrenzt bleiben dürften. Den Verfassungsrichtern bleibt die Möglichkeit, die Maßstäbe für künftige Haushalte zu verschärfen. Sofern Oppositionsparteien hoffen, später selbst Regierungsverantwortung zu übernehmen, ist der Anreiz für ein solches Verfahren wiederum beschränkt. So wurden nach Regierungswechseln gele-

gentlich Anträge gegen Haushaltsgesetze wieder zurückgezogen.

Eine gravierende weitere Schwäche des Artikels 115 GG bildet der zweite Absatz, der die Kreditregelgrenze für Sondervermögen des Bundes ohne Einschränkung aufhebt. Damit war offenbar ursprünglich eine größere Freiheit für in dieser Form geführte Unternehmen angestrebt. Im Fall der Bundespost wurden deren Schulden später den Nachfolgeunternehmen zugeordnet. Die Verbindlichkeiten der Bahn im Umfang von fast 40 Mrd € wurden dagegen Mitte der neunziger Jahre in das Bundeseisenbahnvermögen überführt und 1999 vom Bund übernommen. Außerdem wurden zu Beginn der neunziger Jahre der Fonds „Deutsche Einheit“ und die Treuhandanstalt geschaffen, die für die Anschubfinanzierung der ostdeutschen Gebietskörperschaften und im Zusammenhang mit der Privatisierung von DDR-Staatsunternehmen nötige Mittel großenteils mit Krediten finanzierten. 1995 wurde die – außerhalb des Staatssektors verbuchte – Treuhandanstalt mit Gesamtschulden von mehr als 100 Mrd € in das Bundessondervermögen Erblastentilgungsfonds überführt und eine Tilgung aus dem Bundeshaushalt innerhalb einer Generation vorgesehen. Zur Jahresmitte 1999 wurden dessen Verbindlichkeiten vom Bund mitübernommen und damit zu Bundesschulden. Die auch von den Ländern mitzubedienenden Verbindlichkeiten des Fonds „Deutsche Einheit“ (mit einer Ausnahmeklausel für mögliche Restschulden) wurden bei der Reform des Länderfinanzausgleichs ab dem Jahr 2005 ebenfalls in die Bundesschuld integriert. Im laufenden Jahr wurden dann noch die Schulden des ERP-Sondervermögens vom Bund übernommen. Diese Vorgänge wurden haushaltsrechtlich nicht als Kreditaufnahme des Bundes gewertet. Die Möglichkeit, Kreditgrenzen mit der Bildung von Sondervermögen oder – wie beim ERP-Sondervermögen – mit der gleichzeitigen Integration von deren Schulden und verwertbarem Vermögen in den Bundeshaushalt zu umgehen, mindert den Konsolidierungsdruck nur für eine begrenzte Zeit. Die Folge sind allerdings anhaltend höhere Schuldenstände.

Zur Diskussion über eine Neuregelung der Kreditgrenze des Bundes

*Transparenz
und
Verbindlichkeit
wichtige
Prinzipien*

Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass Regeln zur Begrenzung der staatlichen Kreditaufnahme möglichst klar und transparent sein sollten, um Umgebungsmöglichkeiten zu begrenzen und ihre Einhaltung besser überprüfbar zu machen. Verfehlungen von Zielvorgaben sollten auszugleichen sein, um eine unerwünschte dauerhafte Zunahme der Verschuldung und strategisches Verhalten im Budgetprozess zu unterbinden. Hierbei könnten auch regelgebundene Korrekturmechanismen hilfreich sein, die bei einer Überschreitung die Defizit- beziehungsweise Schuldentrückführung unterstützen. Damit die Haushaltsregeln kein prozyklisches Verhalten erzwingen und Handlungsspielräume in besonderen krisenhaften Situationen erhalten bleiben, scheinen in bestimmten Situationen gewisse Verschuldungsmöglichkeiten ratsam. Als Entscheidungsgrundlage für das Parlament und zur Information der Öffentlichkeit sind transparente und aussagekräftige kurz- und mittelfristige Finanzplanungen und Rechenschaftsberichte über Planabweichungen von besonderer Bedeutung.

*Vermögens-
orientierte
Verschuldungs-
regel schwierig
zu handhaben*

Im Hinblick auf die Eindämmung der langfristigen Verschuldungszunahme des Bundes wird derzeit erwogen, die Regelgrenze des Artikels 115 GG zu schärfen, indem nur noch die Investitionsausgaben bei der Bestimmung der höchstzulässigen Nettokreditaufnahme berücksichtigt werden, die das staatliche Vermögen per saldo erhöhen.³⁾ Damit müssten Erlöse aus Vermögensverwertungen und Ab-

schreibungen auf das Sachvermögen abgezogen werden, Wertsteigerungen des Vermögensbestandes wären gegebenenfalls gegenzurechnen. Auch müssten zumindest Investitionszuschüsse an nichtstaatliche Stellen ebenso unbeachtet bleiben wie Inanspruchnahmen aus Gewährleistungen und Darlehensvergaben, die eine bedeutende Förderkomponente enthalten. Beteiligungserwerbe wären nur bei Erwartung einer marktüblichen Rendite vollständig einzurechnen. Damit wäre ein guter Teil der bisherigen investiven Ausgaben auszublenden.

Bereinigt man vereinfacht die im Haushaltsentwurf des Bundes für 2008 veranschlagten investiven Ausgaben von 24,3 Mrd € um die Beteiligungserwerbe (0,8 Mrd €), Darlehen an sonstige Bereiche (überwiegend Entwicklungshilfe, insgesamt 1,7 Mrd €), Inanspruchnahmen aus Gewährleistungen (1,1 Mrd €) und Zuschüsse an sonstige Bereiche (insbesondere Unternehmen und Ausland, insgesamt 8,3 Mrd €), verbleibt ein Betrag von gut 12 Mrd €. Zieht man davon noch die Einnahmen aus Vermögensverwertungen (Darlehensrückflüsse von 1,5 Mrd € sowie Privatisierungserlöse von 10,8 Mrd €) ab, dürfte der Haushalt kein Defizit aufweisen. Korrigiert man außerdem um die Abschreibungen auf das Sachvermögen des Bundes, die sich in der Abgrenzung der VGR auf rund 5 Mrd € belaufen werden, wäre nach dem strengen Konzept der Nettoinvestitionen sogar ein Überschuss in dieser Höhe erforderlich, um eine weitere Verschlechterung der Vermö-

*Strenge
Umsetzung
macht
Überschuss
erforderlich*

³ Vgl. zu einem solchen Konzept beispielsweise: Sachverständigenrat (2007), Staatsverschuldung wirksam begrenzen, S. 76 ff.

gensposition des Bundes zu verhindern (vgl. für das Haushaltsjahr 2006 das nebenstehende Schaubild). Ebenfalls zu berücksichtigen wären umfangreiche Abschreibungen auf das Sachvermögen, das aus den Investitionszuschüssen an andere staatliche Ebenen gebildet wurde.

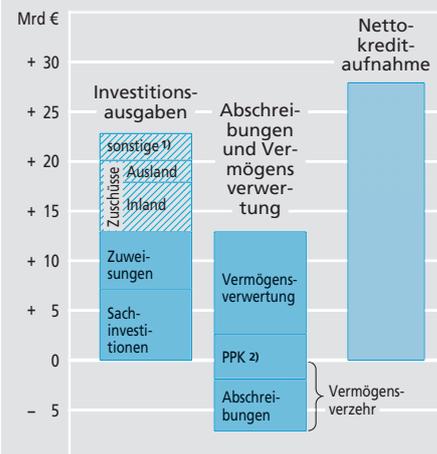
Gestaltungsspielräume beim Investitionsbegriff

Die Einführung einer strikteren grundsätzlich investitionsorientierten Defizitgrenze wäre ein erheblicher Fortschritt, der deutlich solidere Staatsfinanzen zur Folge haben dürfte. Dabei ist aber zu bedenken, dass die Abgrenzungen durchaus diskutabel sind und nicht zuletzt die Wertänderungen des Vermögensbestandes umstritten sein dürften. Damit erfüllte eine auf dem Konzept der Nettoinvestitionen basierte Kreditgrenze die Kriterien der Transparenz und Klarheit nur eingeschränkt. Es wäre zu befürchten, dass die Vorgaben bedarfsgerecht ausgelegt werden und von der Öffentlichkeit nur schwer nachzuvollziehen sind.

Europäische Vorgabe des Haushaltsausgleichs eindeutiger

Demgegenüber bietet eine Orientierung an den Vorgaben des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts, aus denen die Bundesregierung für Deutschland das Ziel eines strukturellen Nulldefizits für den gesamtstaatlichen Haushalt ableitet, mehr Klarheit. Diese Zielsetzung könnte im Grundgesetz verankert werden. Mit einem solchen Schritt würde die zur Sicherung der Währungsstabilität getroffene europäische Vereinbarung ausdrücklich bekräftigt, und Deutschland könnte in dieser Hinsicht eine wichtige Vorbildfunktion übernehmen. Auf diesem Wege könnten auch die Bundesländer zu einer vergleichbaren Anpassung ihrer Kreditgrenzen angehalten werden.

Nettoinvestitionen*) und Nettokreditaufnahme des Bundes im Jahr 2006

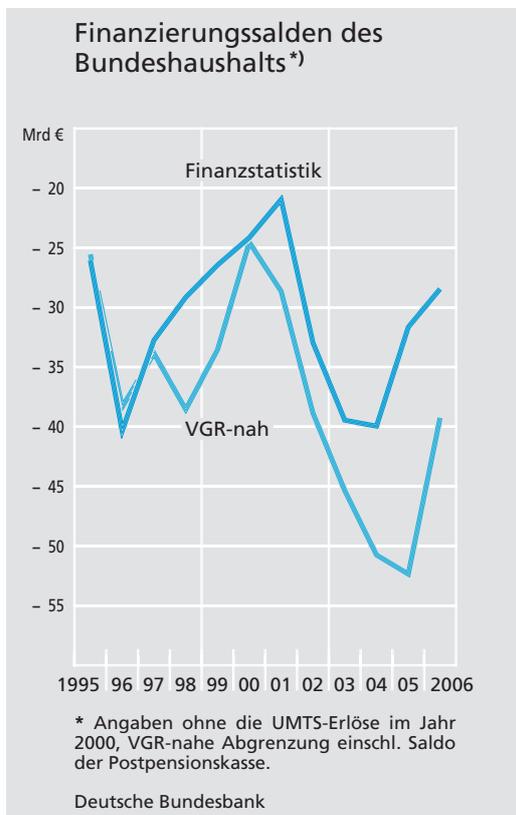


* Ohne Abschreibung auf geleistete (Investitions-)Zuweisungen an andere staatliche Haushalte und ohne Berücksichtigung von Wertzuwächsen. — 1 Darlehensgewährung, Inanspruchnahmen aus Gewährleistungen und Beteiligungserwerb. — 2 Vermögensverwertung der Postpensionskasse.

Deutsche Bundesbank

Mit Blick auf die europäischen Vorgaben könnte auch die Ermittlung des Finanzierungssaldos im Rahmen der nationalen Haushaltsregeln an die VGR-Abgrenzung angelehnt werden. Bei der Defizitberechnung werden hier grundsätzlich Transaktionen im Finanzvermögen des Staates (z. B. Darlehensvergaben oder Beteiligungsveräußerungen) nicht berücksichtigt. Privatisierungserlöse, die in den vergangenen Jahren häufig zum Überbrücken von Budgetlücken genutzt wurden und die tatsächliche Haushaltslage verschleierten, stünden somit nicht mehr zur Finanzierung zur Verfügung. Bei einer Orientierung an den VGR-Vorgaben wäre zudem vorteilhaft, dass für eine defizitneutrale Verbuchung eines Vorgangs internationale Standards (ESVG '95) zu beachten sind, deren Einhaltung vom europäischen statistischen Amt

Defizitabgrenzung in Anlehnung an VGR



(Eurostat) kritisch überwacht wird. Durch einen VGR-nahen Anknüpfungspunkt könnte sichergestellt werden, dass auch nach einer möglichen Umstellung der Budgetierung auf kaufmännisches Rechnungswesen Konflikte mit den europäischen Vorgaben verhindert werden.⁴⁾

Erweiterte Verschuldungsmöglichkeiten bei höherem Zustimmungserfordernis

Bei Naturkatastrophen und besonderen Krisenlagen könnte eine Kreditaufnahme oberhalb der Regelgrenze grundsätzlich erlaubt werden. Hierfür könnte ein deutlich erhöhtes Zustimmungserfordernis in der Gesetzgebung verankert werden. Eine genaue Definition solcher Notlagen wäre dann nicht erforderlich.

Umgehungsmöglichkeiten begrenzen

Bei der Neugestaltung von Haushaltsregeln sollte angestrebt werden, Gestaltungs- und Umgehungsmöglichkeiten eng zu begrenzen.

So bestehen auch in einer VGR-nahen Abgrenzung Spielräume etwa durch den Ersatz direkter Zuschüsse durch die Gewährung kreditfinanzierter Förderdarlehen, die letztlich künftige Haushalte belasten. Diese wären hinsichtlich ihres Subventionscharakters zu überprüfen und gegebenenfalls defizitwirksam zu verbuchen. Darüber hinaus könnten zur Umgehung der Regel Ausgaben aus den Budgets ausgelagert werden. Um die Bildung von Sondervermögen mit Defizitermächtigungen zu vermeiden, wären für diese ähnlich strikte Grenzen vorzusehen. Beim Verbot struktureller Defizite könnte zur Finanzierung staatlicher Infrastruktur verstärkt auf öffentlich-private Partnerschaften zurückgegriffen werden, wodurch letztlich eine gewisse Annäherung an eine zuvor beschriebene investitionsorientierte Defizitgrenze erfolgen würde. Bei solchen Verträgen übernehmen private Unternehmen für einen vereinbarten Zeitraum Finanzierung und Betrieb einer staatlichen Einrichtung und erhalten dafür laufende Nutzungsentgelte. Wenn die Einrichtung nach Vertragsende dem Staat zufällt, umfasst das Nutzungsentgelt neben Dienstleistungskäufen auch Zins- und Tilgungszahlungen. Damit handelt es sich um ein kreditähnliches Geschäft. Bei Abschluss solcher Verträge ist deshalb sorgfältig zu prüfen, ob die Leistungsfähigkeit späterer Haushalte nicht überfordert werden könnte. Eventuell wären Grenzen für das Gesamtvolumen festzule-

⁴ Bei einer solchen Umstellung wäre von der neuartig bugetierenden Einheit sicherzustellen, dass die vorgeschriebenen Statistiken transparent aus den Haushaltsangaben hergeleitet werden können.

gen.⁵⁾ Grundsätzlich könnten diese Verträge aber längerfristig Haushaltsbelastungen begrenzen, da sie nur abgeschlossen werden dürfen, wenn die in § 7 Bundeshaushaltsordnung vorgeschriebene Wirtschaftlichkeitsprüfung Kostenvorteile gegenüber einem haushaltsfinanzierten Investitionsprojekt belegt. Auch hier ist ein transparenter Ausweis unabdingbar, der für die Parlamente und die Öffentlichkeit ein zutreffendes Bild der Belastungen sicherstellt.

*Bereinigung des
Saldos um
Konjunktur-
einflüsse*

Unabhängig davon, ob ein Haushaltsausgleich oder eine Orientierung an den Nettoinvestitionen angestrebt wird, scheint es sinnvoll, die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen. Das heißt, bei den Haushaltsregeln wäre von konjunkturbereinigten Größen auszugehen, für deren Ermittlung ein standardisiertes Verfahren mit wenigen Gestaltungsmöglichkeiten vorteilhaft ist. Zusätzlich sollten – ebenfalls mit einem standardisierten Ansatz – die ausgeprägten Aufkommenschwankungen bei den gewinnabhängigen Steuern berücksichtigt werden, die teilweise nicht im direkten Zusammenhang mit den makroökonomischen Bezugsgrößen stehen und deshalb durch die derzeit genutzten Standardverfahren nicht als konjunkturbedingt klassifiziert werden. Dabei ist zu beachten, dass die zugrunde liegende Schätzung der trendmäßigen Entwicklung generell nachträglichen Revisionen unterliegt, da die zur Trendermittlung notwendige Einschätzung der künftigen Entwicklung naturgemäß mit Unsicherheit verbunden ist. Wird beispielsweise die Zunahme des Produktionspotenzials überschätzt (wie häufig im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanungen in den letz-

ten Jahrzehnten), wird ein niedriges Wirtschaftswachstum zunächst irrtümlich als konjunkturelles Problem gewertet, obwohl es tatsächlich struktureller Natur ist.

Die Haushaltsregeln sind zunächst bei der Haushaltsaufstellung einzuhalten. Im Vollzug kann es aber aus verschiedenen Gründen zu Abweichungen von den Planungen kommen. Dies kann einen strategischen Hintergrund haben, wenn Einnahmen gezielt zu hoch beziehungsweise Ausgaben zu niedrig angesetzt werden, um die Regeln im Haushaltsplan einzuhalten. Es kann aber auch in „echten“ Prognosefehlern begründet liegen, da vor allem die Schätzung der Steuereinnahmen und die Bewertung der gesamtwirtschaftlichen Lage mit einer Reihe von Unsicherheitsfaktoren verbunden sind. Sofern kleinere Toleranzgrenzen überschritten werden, wären regelwidrige Kreditaufnahmen im Rahmen eines Nachtragshaushalts mit Korrekturmaßnahmen zu verknüpfen, die grundsätzlich eine Einhaltung der Regel zeitnah, etwa im nächsten Haushaltsjahr, und eventuell auch die Rückzahlung der aus der Fehlveranschlagung resultierenden Verschuldung sicherstellen. So könnten insbesondere Anreize zu unrealistischen Haushaltsansätzen eingedämmt werden. Daneben könnte für einzelne volatile Kategorien erwogen werden, eine Korrektur von Planabweichungen nicht bereits im kommenden Haushaltsjahr, sondern erst zeitverzögert verpflichtend zu machen. Dies wäre etwa bezüglich des um

*Umgang
mit Ziel-
verfehlungen ...*

⁵ Nach den VGR-Regeln ist die hier angesprochene Verbuchung der Investitionsausgaben außerhalb des Staatskontos nur dann zulässig, wenn ein Großteil der Risiken vom privaten Partner übernommen wird.

konjunkturelle und außerordentliche Schwankungen der gewinnabhängigen Steuern bereinigten Niveaus der Steuereinnahmen vorstellbar. Zur Korrektur könnte ein Abbaupfad sowohl für positive als auch für negative Abweichungen vorgeschrieben werden, was tendenziell eine Schocks dämpfende finanzpolitische Ausrichtung zur Folge hätte (vgl. hierzu auch den Anhang S. 63 ff.).

... und dadurch begründetem Schuldenanstieg

Bei unverzerrten Planungen und Prognosen sollten sich Planverfehlungen über einen längeren Zeitraum in der Regel ausgleichen und somit hieraus kein systematischer Schuldenanstieg folgen. Gleichwohl sollte über die Schuldenentwicklung und deren Begründung fortlaufend Bericht erstattet werden, nicht zuletzt um über die größere Transparenz Anreize zur strategischen Fehlveranschlagung zu vermindern. Es könnte zudem erwogen werden, beim Überschreiten einer festzulegenden Obergrenze die Tilgung aufgelaufener Schulden verpflichtend zu machen. Hierfür könnte dann ein längerer Zeitraum vorgesehen werden.

Transparenz von Planungen und Vollzug

Falls die Haushaltsregeln die Verschuldung aufgrund von Fehleinschätzungen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung oder auch anders begründeter überraschender Entwicklungen prinzipiell zunächst zulassen, müssten sie mit höheren – möglicherweise mit institutionellen Änderungen verbundenen – Anforderungen an die Planung und Kontrolle sowie die zugrunde liegenden Schätzungen verknüpft werden. Transparente und nachvollziehbare kurz- und mittelfristige Haushaltsplanungen und die regelmäßige öffentliche

Evaluierung des Vollzugs und der Abweichungen sind von besonderer Bedeutung.

Um die Wirksamkeit der Regeln zu gewährleisten, sollten die Kontrollverfahren zur Einhaltung der Kreditgrenze gestärkt werden. Auch sind Vorgaben erforderlich, die im Fall von Regelverletzungen hinreichende Korrekturen sicherstellen. Im Rahmen der parlamentarischen Beratungen wäre dann zu prüfen, inwieweit die vorgelegten Haushaltsentwürfe und die mittelfristigen Finanzplanungen den Vorgaben entsprechen, indem ausreichende konkretisierte – gegebenenfalls regelgebundene⁶⁾ – Gegenmaßnahmen avisiert oder bereits ergriffen sind.

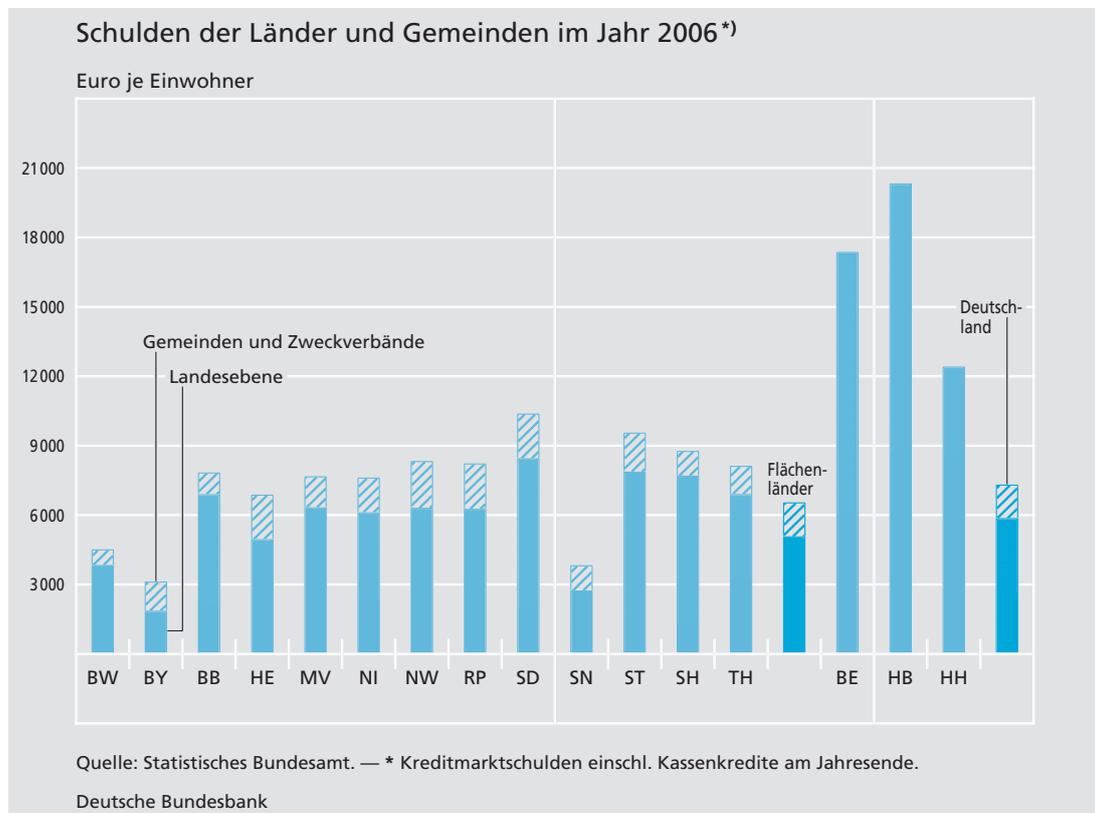
Kontrollen ausweiten

Neuregelung der Schuldengrenzen der Bundesländer

Härtere Kreditgrenzen, ähnlich wie für den Bund beschrieben, erscheinen auch für die Länder folgerichtig, zumal hier der gesamtstaatliche Haftungsverbund einen zusätzlichen Verschuldungsanreiz darstellen dürfte. In den Stadtstaaten übertreffen die Schulden je Einwohner sogar noch das beim Bund verzeichnete Niveau, und auch in vielen Flächenländern ist die Zunahme in den letzten Jahren vor dem Hintergrund ihrer absehbaren umfangreichen Versorgungslasten bedenklich. Selbst bei Umsetzung der in der Diskussion zur Kreditbegrenzung ebenfalls erörterten – bei der Reform derzeit offenbar aber nicht

Unterschiedliche Ausgangslagen erschweren notwendige Regelhärtung bei Ländern

⁶ Vgl. zu Vorschlägen für Korrekturverfahren: Deutsche Bundesbank, Defizitbegrenzende Haushaltsregeln und nationaler Stabilitätspakt in Deutschland, Monatsbericht, April 2005, S. 37.



weiter verfolgten – Marktlösung, bei der der bundesstaatliche Haftungsverbund aufgelöst wird und der Kapitalmarkt über steigende Zinsen und Kreditrationierung vor unsolider Finanzpolitik bewahren soll (vgl. dazu die Ausführungen auf S. 60 f.), scheint eine Härtingung der Haushaltsregeln auch für die Bundesländer geboten. Aufgrund ihrer sehr unterschiedlichen Ausgangslagen (vgl. dazu die oben stehende Abbildung) ist es derzeit allerdings offen, ob sie sich ohne Weiteres auf eine ambitionierte verfassungsmäßige Vorgabe verpflichten werden. Insbesondere hohe Schuldenlasten einzelner Länder sowie teilweise fortbestehende Defizite erschweren die Akzeptanz strengerer Regeln. Daher wurde eine vollständige Übernahme der Länderschulden durch den Bund bei gleichzeitiger Verschiebung von Umsatzsteueranteilen

zum Ausgleich der Mehrbelastungen des Bundes vorgeschlagen. Dies scheint aber nach dem jüngsten Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Haushaltslage in Berlin, in dem die Eigenverantwortung der Länder ausdrücklich betont wurde, problematisch. Hoch verschuldete Länder könnten die Verantwortung für finanzpolitische Fehler der Vergangenheit so auf die bundesstaatliche Gemeinschaft abladen, und auch die gegenwärtigen Konsolidierungsanstrengungen könnten bei dieser Aussicht erlahmen. Weniger weitreichend wäre es, aus Anlass der Regelhärtung einmalig einen Teil der Altschulden zum Ende eines vergangenen Referenzjahres und die für die betreffenden Zinszahlungen insgesamt notwendigen Umsatzsteueranteile dem Bund zu übertragen.

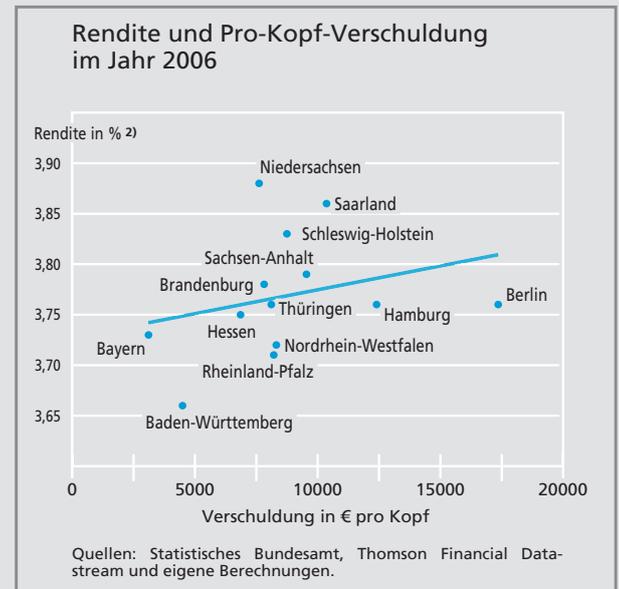
Zum disziplinierenden Einfluss der Finanzmärkte auf die staatliche Haushaltspolitik

Haushaltsdefizite des Staates werden in der Regel über eine Kreditaufnahme an den Kapitalmärkten finanziert. Die Bonität des staatlichen Schuldners spiegelt sich dabei in den geforderten Zinssätzen wider. Sind Marktteilnehmer aufgrund einer als zunehmend problematisch eingeschätzten Haushaltsentwicklung bezüglich der fristgerechten Bedienung der Schulden unsicher, werden für neue Staatsschuldentitel höhere Zinssätze verlangt. Steigende Risikoprämien machen die Kreditfinanzierung unattraktiver und können somit zu deren Begrenzung beitragen („Marktdisziplinierung“). Bei der Diskussion über die Reform der Haushaltsregeln in Deutschland und die Vermeidung von Haushaltsnotlagen von Bundesländern spielt auch dieser Zusammenhang eine Rolle.

Voraussetzung für das Funktionieren der Marktdisziplinierung ist freilich, dass die Investoren länderspezifische Prämien für die emittierten Schuldpapiere verlangen, weil sie insbesondere das Ausfallrisiko bei stark verschuldeten Bundesländern höher einschätzen als bei solchen mit solider Finanzpolitik und niedrigem Schuldenstand. Dies ist derzeit nicht beziehungsweise nur sehr eingeschränkt der Fall. Zwar ist mit höherer Pro-Kopf-Verschuldung tendenziell eine höhere Anleiherendite verbunden (siehe die Trendlinie in nebenstehendem Schaubild), allerdings sind die Unterschiede recht gering.¹⁾ Die Bonität der Länder wird durch die Ratingagenturen derzeit als zumindest gut eingeschätzt. Dass Investoren trotz der Selbständigkeit der Länder im Hinblick auf die Haushaltspolitik (Art. 109 Abs. 1 GG) und selbst bei teilweise umfangreicher Verschuldung und wenig wirksamen Kreditgrenzen in den Landesverfassungen kaum Risikoprämien verlangen, dürfte letztlich vor allem daran liegen, dass sie insgesamt auch vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlichen Vorgaben von einer Solidarhaftung des Bundes und der Länder ausgehen. Dies wird durch vergangene Hilfen für in „extreme Haushaltsnotlagen“ geratene Länder unterstützt, auch wenn das Bundesverfassungsgericht mit seinem das Hilfebegehren Berlins abweisenden Urteil aus dem Jahr 2006 die Eigenverantwortung zuletzt hervorgehoben hat.

Um die disziplinierende Wirkung der Finanzmärkte zur Geltung kommen zu lassen, wäre somit eine glaubwürdige Haftungsbeschränkung im Bundesstaat erforderlich. Diese könnte sich auf die gesamten Schulden oder auch nur auf einen Teil beziehen. So befürwortet etwa die Mehrheit des Wissen-

1 Vgl.: K. Heppke-Falk und G. Wolff (2007), Moral hazard and bailout in fiscal federations: evidence for the German Länder, Diskussionspapier des Forschungszentrums der Deutschen Bundesbank, Serie 1, Volkswirtschaftliche Studien, Nr. 7/2007 weisen in einer ökonomischen Studie ebenfalls eine signifikante Reaktion der von den Ländern zu zahlenden Zinssätze auf die Höhe der Verschuldung nach. Der Umfang der Reaktion ist aber klein. — 2 Für Landesschatzanweisungen mit einer Restlaufzeit von 4 bis 7 Jahren. — 3 Vgl.: Wissenschaftlicher



schaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium, die sich für eine verstärkte Finanzmarktdisziplinierung im Bundesstaat ausspricht, das bündische Prinzip neben den Schulden für Ausgaben im vom Bund übertragenen Wirkungsbereich nur noch für unvorhergesehene Notlagen wie Naturkatastrophen beizubehalten.³⁾ In der Praxis dürfte hier aber eine klare Abgrenzung schwierig sein.

Gegen eine Abschaffung der Solidarhaftung wird vielfach eingewandt, dass derzeit hoch verschuldete Länder hierdurch umgehend in eine Haushaltsnotlage gebracht würden, da sie auslaufende Schuldtitel nur zu deutlich höheren Zinssätzen refinanzieren könnten. Um dem Rechnung zu tragen, wird unter anderem vorgeschlagen, den Haftungsausschluss nur auf die ab einem bestimmten Stichtag anfallende Nettoneuverschuldung einzuführen.⁴⁾ So könnten die alten Schulden zu günstigen Zinssätzen refinanziert werden, während Kredite für neue Defizite bei sehr hoch verschuldeten Ländern mit größeren Risikoaufschlägen verbunden wären. Dies würde insbesondere für Länder mit problematischer Schuldenlage den Anreiz reduzieren, Ausgaben über Kredite zu finanzieren. Insgesamt dürften durch die zumindest teilweise ent-

Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (2005), Zur finanziellen Stabilität des deutschen Föderalstaates, Dokumentation Nr. 551, S. 24. — 4 Vgl.: K. Konrad (2007), Vorschläge zur wirksamen Verschuldungsbegrenzung der Länder, Wirtschaftsdienst, 87. Jg. (9), S. 581-585. — 5 Vgl.: B. Jochimsen (2007), Haftungsbegrenzungen im internationalen Vergleich – Was kann Deutschland lernen?, in: Konrad/Jochimsen (Hrsg.), Der Föderalstaat nach dem Berlin-Urteil, S. 135-154 und B. Jochimsen (2007), Staatsschulden ohne Haftung – Eine Option

fallende Solidarhaftung auch Länder mit besserer Haushaltslage höhere Finanzierungskosten hinnehmen müssen (durch Wegfall der Bundeshaftung, durch die Verpflichtungen der Banken zur Unterlegung risikobehafteter Kredite mit Eigenkapital und auch durch stärkere Stückelung der Schuldenportfolios). Ein gewisses Gegengewicht könnte sich dagegen neben einer künftig grundsätzlich solideren Haushaltspolitik daraus ergeben, dass sich die Mitverantwortung für Überschuldungskrisen anderer Länder verringert.

Finanzmärkte dürften gleichwohl nur dann signifikante Risikoauflagen einfordern, wenn Investoren bei Zahlungsunfähigkeit eines Landes tatsächlich spürbare Verluste erwarten. Hierzu müsste der Haftungsausschluss glaubwürdig sein. Grundsätzlich kann dies in zweierlei Hinsicht in Frage gestellt sein. Zum einen könnten Investoren trotz gegenteiliger Regelungen damit rechnen, dass der Bund und die anderen Länder im Ernstfall die politischen Kosten einer Zahlungsunfähigkeit vermeiden wollen und daher bereit sind, für die Schulden aufzukommen. Dieser politische Anreiz könnte allerdings mit einem geeigneten Insolvenzrecht, wie es zum Beispiel in den USA für die Gemeinden existiert, eingeschränkt werden. Zum anderen könnten Investoren auf ein Einspringen des Gesamtstaates hoffen, wenn hohe gesamtwirtschaftliche Kosten zu erwarten wären („too big to fail“). Der Ausfall eines Bundeslandes könnte zu Instabilitäten des Finanzmarktes führen und die Kreditaufnahme anderer Gebietskörperschaften erheblich erschweren. Dem könnte entgegengewirkt werden, wenn bereits eine enger begrenzte Beteiligung der Gläubiger im Falle einer der Insolvenz vorgelagerten Haushaltsnotlage sichergestellt wird. Insgesamt könnte die Glaubwürdigkeit des Haftungsausschlusses aber auch gestärkt werden, wenn ein geeignetes Insolvenzrecht einen Rahmen für die Lastenverteilung zwischen Gläubigern und Schuldern bei einem Ausfall des Schuldendienstes setzen und den Fortbestand des Bundeslandes sowie die Wahrnehmung seiner verfassungsmäßigen Aufgaben sichern würde.

Internationale Erfahrungen deuten darauf hin, dass Marktdisziplin in Föderalstaaten durchaus implementiert werden kann.⁵⁾ Dabei sind etwa in den USA Insolvenzen von lokalen Gebietskörperschaften selten. In diesen Fällen wurde mit dem Insolvenzrecht die Verteilung der Lasten zwischen Gläubigern und Schuldner, der diese an seine Bürger weitergeben musste,

für deutsche Bundesländer?, in: Wirtschaftsdienst, 87. Jg. (8), S. 518-524. — 6 Vgl.: P. G. Farnham (1988), The Impact of State Regulatory Activity on the Use of Local Government Debt, in: Journal of Urban Affairs, Vol. 10 (1), S. 63-76. — 7 Vgl.: J. Poterba (1994), State responses to fiscal crises: the effects of budgetary institutions and politics, in: Journal of Political Economy, Vol. 102 (4), S. 799-821. — 8 Für eine Übersicht vgl.: A. Alesina und R. Perotti (1995), The Political Economy of Budget

geregelt und der Fortbestand der Gebietskörperschaft gesichert. Die meisten US-Staaten ergänzen Marktdisziplin aber zusätzlich mit Haushaltsregeln. Auch für die lokale Ebene gibt es in vielen Staaten wirksame Verschuldungsgrenzen.⁶⁾ Die empirische Evidenz zeigt, dass die Anpassungsreaktion auf negative fiskalische Schocks von der Härte der jeweiligen Budgetinstitutionen abhängt.⁷⁾ Insofern ist nicht eindeutig, inwieweit die geringe Anzahl der Insolvenzen und Fälle von Kreditrationierung gegenüber Gebietskörperschaften der Marktdisziplinierung zuzuschreiben ist.

Vor diesem Hintergrund ist es fraglich, ob selbst bei einem glaubwürdigen Haftungsausschluss die Finanzmarktreaktionen groß genug sind, um ohne ergänzende Haushaltsregeln solide öffentliche Finanzen sicherzustellen und gegebenenfalls kurzfristorientiertes politisches Verhalten zu beeinflussen. Soweit der starke Anstieg der Verschuldung deutscher Bundesländer dem Anreiz zuzuschreiben ist, Lasten über eine Haushaltsnotlage auf den Haftungsverbund zu schieben, dürfte ein Haftungsausschluss dem vorbeugen. Die polit-ökonomische Literatur zeigt allerdings eine große Bandbreite an Erklärungsansätzen für den Zuwachs der Schulden.⁸⁾ Auch ist ein starker Anstieg der Schuldenquote des Bundes, der angesichts des Umfangs seiner Kredite trotz bundesstaatlicher Hilfsverpflichtungen der Länder praktisch einem Haftungsausschluss unterliegt, zu beobachten. Dies deutet darauf hin, dass Finanzmärkte erst ab sehr hohen Schuldenständen so deutlich reagieren, dass politisches Verhalten beeinflusst wird. Empirische Studien zeigen, dass die Risikoprämie zunächst schwach und mit zunehmender Verschuldung stärker wächst.⁹⁾ Wenn fühlbare Zinssteigerungen eintreten, werden zur Abwehr einer Insolvenz stärkere Anpassungen erforderlich als bei vorgelagerten härteren Kreditgrenzen. Die Folge ist eine Beeinträchtigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und eine Lastverschiebung auf die dann betroffenen Generationen.

Alles in allem scheint es durchaus sinnvoll, über Regelungen zur Stärkung der Finanzmarktdisziplinierung für die Bundesländer etwa durch eine größere Beteiligung der Gläubiger bei Haushaltsnotlagen nachzudenken. Vorbeugende Haushaltsregeln – wie sie nicht nur in den USA, sondern auch in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion angewendet werden – sind aber kaum verzichtbar.

Deficits, IMF Staff papers, Vol. 42 (1). — 9 Vgl.: T. Bayoumi, M. Goldstein und G. Woglom (1995), Do Credit Markets Discipline Sovereign Borrowers? Evidence from U.S. States, in: Journal of Money, Credit, and Banking, Vol. 27 (4), S. 1046-1059 zeigen Nicht-Linearitäten für die USA; K. Bernoth, J. von Hagen und L. Schuknecht (2004), Sovereign Risk Premia in the European Government Bond Market, ECB Working Paper Series, No 369 weisen Nicht-Linearitäten für die Länder der EU nach.

*Berück-
sichtigung
konjunktureller
Schwankungen*

Grundsätzlich sind auch im Hinblick auf die Haushaltsregeln für die Länder konjunkturelle Einflüsse zu berücksichtigen. Dies könnte analog zu den diskutierten Regeln beim Bund erfolgen. Alternativ könnten die konjunkturellen Schwankungen aber auch vollständig vom Bund getragen werden, indem dieser den Ländern Steuereinnahmen etwa in Höhe eines bestimmten Anteils am Trend-BIP garantiert.⁷⁾ Eine konkrete Umsetzung wäre allerdings mit etlichen praktischen Problemen verbunden. Außerdem müsste darauf geachtet werden, dass die regionale Wirtschaftsentwicklung ein hinreichend hohes Gewicht erhält, um einen Anreiz für deren Pflege zu schaffen. Bei einem solchen System wären die Länderhaushalte weitgehend von Konjunktureinflüssen abgeschirmt und deren spezielle Berücksichtigung in den Haushaltsregeln nicht erforderlich.

*Länder-
spezifische
Gestaltung-
möglichkeiten*

Bei einer Härtung der Haushaltsregeln scheint es notwendig, den einzelnen Ländern im Rahmen einer Reform der Finanzverfassung mehr Flexibilität an anderer Stelle zu geben. Die überwiegend aus Steuererträgen erzielten Einnahmen werden maßgeblich durch bundesgesetzliche Regelungen bestimmt und durch den Länderfinanzausgleich weitgehend nivelliert. Auf der Ausgabenseite sind schnelle Anpassungen – auch nach der Übertragung der Besoldungsrechtszuständigkeit auf die Länder mit der ersten Stufe der Föderalismusreform – nur begrenzt möglich. So könnte zur Ausweitung der Handlungsspielräume der Länder insbesondere an begrenzte Zuschlagsrechte auf Länder- oder Einkommensteuern gedacht werden. Aufkommenswirkungen aus solchen Zusatzabgaben wären

dann im Länderfinanzausgleich allenfalls zu einem Teil zu berücksichtigen. Auch um unterschiedlichen Präferenzen in den einzelnen Bundesländern bezüglich des Umfangs der Staatsausgaben Rechnung tragen zu können, sollten sie ihre Einnahmen differenzierter gestalten können als bislang.

Schlussbemerkungen

Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat gezeigt, dass die Schuldengrenzen in Deutschland unzureichend sind. Da künftige Generationen auch aufgrund der demographischen Entwicklung durch die umlagefinanzierten sozialen Sicherungssysteme belastet werden, erscheint es angemessen, zusätzliche Lasten aus der Staatsverschuldung möglichst eng zu begrenzen. Mit der Vorgabe eines strukturellen Haushaltsausgleichs könnte dem Rechnung getragen werden. Zudem würde ein Widerspruch zu den europäischen Haushaltsregeln vermieden, die diesen für Deutschland bereits vorsehen. Auch die alternativ erwogene Orientierung einer Verschuldungsgrenze an den Nettoinvestitionen könnte grundsätzlich zielführend sein. Allerdings scheint sie insbesondere bezüglich der wünschenswerten Transparenz und Eindeutigkeit mit Nachteilen verbunden zu sein, und sie könnte zu Konflikten mit den europäischen Vorgaben führen.

*Härtung der
Haushaltsregeln
erforderlich*

7 Vgl.: H. Grosseckler (2007), Für einen Bundesstaat mit zentralisierten Verschuldungskompetenzen, in: Konrad/Jochimsen (Hrsg.), Der Föderalstaat nach dem Berlin-Urteil, S. 89–104.

*Konjunkturelle
Schwankungen
hinnehmen,
Fehlentwicklungen
korrigieren*

Neben einer Verschuldungsmöglichkeit im Fall von Naturkatastrophen und schweren Krisen sollte insbesondere den konjunkturellen Einflüssen auf die Staatsfinanzen Rechnung getragen werden. Automatische konjunkturelle Fluktuationen des Finanzierungssaldos einschließlich vorübergehender Schwankungen bei den gewinnabhängigen Steuern könnten hingenommen werden, da sich Defizite in Abschwüngen und Überschüsse in günstigen Zeiten tendenziell ausgleichen sollten. Nach Abschluss eines Zyklus sollte der Schuldenstand dann nicht gestiegen sein. Ähnliches gilt für Defizite beziehungsweise Überschüsse aufgrund von Fehleinschätzungen insbesondere hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Steuereinnahmen. Dabei sollten möglichst unverzerrte Prognosen der Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der einzelnen staatlichen Haushalte institutionell sichergestellt werden sowie eine umfassende regelmäßige Analyse

der Haushaltsergebnisse erfolgen. Droht aufgrund von Fehlschätzungen ein nachhaltiger Zuwachs der Staatsverschuldung, wären möglichst zeitnah Korrekturmaßnahmen vorzusehen.

Eine transparente Darstellung von Haushaltsplanungen und -ergebnissen ist eine wichtige Voraussetzung für die wirksame Kontrolle durch Parlamente und Öffentlichkeit sowie die Wahrung von Haushaltsregeln. Die Klarheit der Regeln ist eine weitere Vorbedingung für eine schnelle Feststellung von Verstößen, deren Korrektur gegebenenfalls durch vorab festzulegende regelgebundene Mechanismen sichergestellt werden könnte. Insgesamt besteht die Chance, mit einer Reform der Haushaltsregeln im Rahmen der Föderalismusreform II einen wichtigen Schritt hin zu langfristig tragfähigen Staatsfinanzen in Deutschland zu machen.

*Transparente
Bericht-
erstattung und
klare Vorgaben
bei Verstößen*

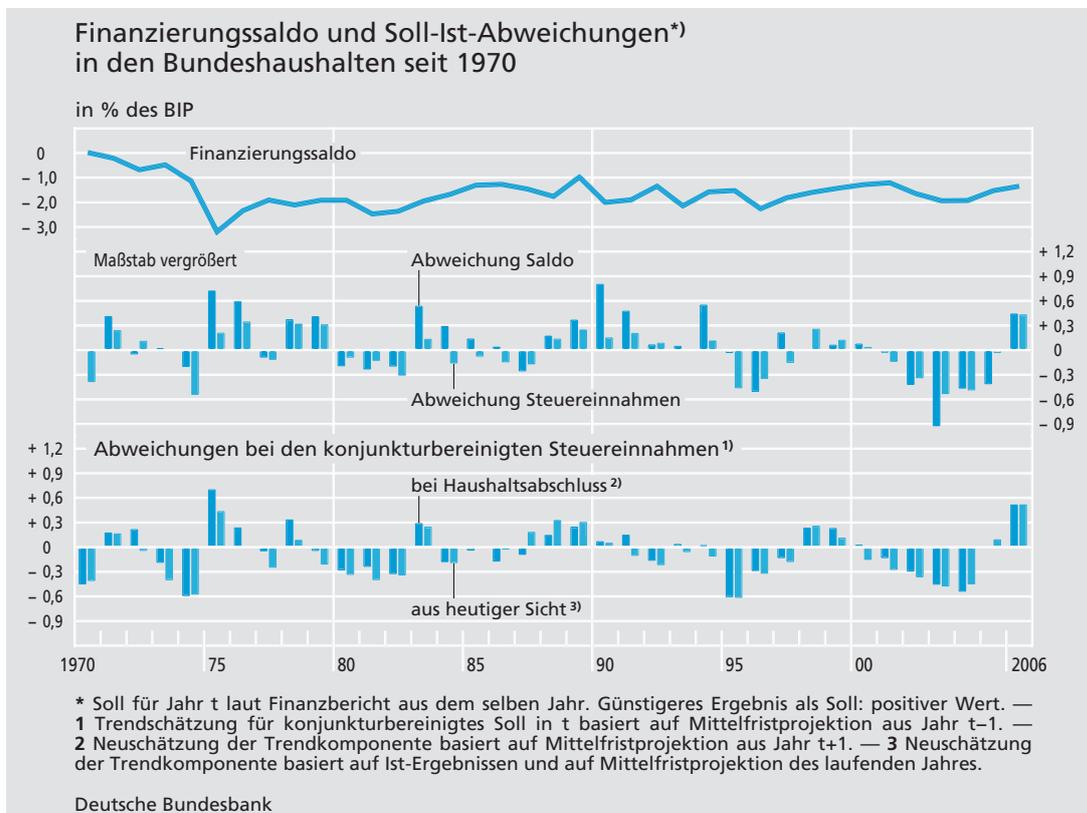
Anhang:

Haushaltsregeln und Prognoseunsicherheit

Haushaltsentwicklung mit Unsicherheit verbunden

Bei der Ausgestaltung von Haushaltsregeln ist zu berücksichtigen, dass sowohl die den Budgetplanungen zugrunde liegende gesamtwirtschaftliche Entwicklung als auch andere Einflussfaktoren mit zum Teil erheblichen Unsicherheiten verbunden sind. Im Haushaltsvollzug wird es daher regelmäßig – auch ohne zusätzliche, kurzfristig getroffene

finanzpolitische Entscheidungen – zu Planabweichungen kommen. Dies hängt damit zusammen, dass insbesondere die Steuereinnahmen maßgeblich von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, den Wirkungen von Rechtsänderungen sowie Verhaltensanpassungen und Sonderfaktoren beeinflusst werden, die teilweise schwer zu prognostizieren sind. Aber auch bei den übrigen Haushaltspositionen können Schätzfehler zu Planabweichungen führen. Diese können als konjunkturbedingt oder aus anderen Gründen als vorübergehend eingestuft werden oder auch die trendmäßige Entwicklung betreffen. Dabei kann sich im



Nachhinein aufgrund neuer gesamtwirtschaftlicher Daten oder Erwartungen die Einschätzung des konjunkturellen Einflusses in einem bestimmten Jahr ändern. Eine Quantifizierung konjunktureller Einflüsse wird dann relevant, wenn die Haushaltsregeln – wie derzeit diskutiert – konjunkturbereinigte Zielwerte etwa für die staatlichen Defizite vorgeben und konjunkturbedingte Abweichungen ausdrücklich zugelassen werden sollen.

Vor allem angesichts der Schätzunsicherheiten gilt es zu klären, wie mit Planabweichungen im Haushaltsvollzug umgegangen werden soll. Hierbei ist zu beachten, dass sich die Prognosefehler im Zeitablauf nicht unbedingt ausgleichen und dass sie (im Fall von regelmäßig zu optimistischen Erwartungen) letztlich zu einem anhaltenden Schuldenaufbau führen können, obwohl die Haushaltsregeln in den Planungen (formal) beachtet wurden.

Planverfehlungen des Bundes seit Einführung der mittelfristigen Finanzplanung

Dass Fehleinschätzungen bei den Planungen von erheblicher Bedeutung sind, wird anhand früherer Soll-Ist-Abweichungen im Bundeshaushalt deutlich. Beim Blick auf den Finanzierungssaldo zeigt sich, dass er bis zur Mitte der neunziger Jahre zu meist günstiger ausfiel als veranschlagt, während danach die negativen Verfehlungen überwogen (siehe oben stehendes Schaubild). Neben Fehlschätzungen im engeren Sinne, beispielsweise aufgrund von Unsicherheiten bezüglich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung oder der Wirkung von Rechtsänderungen, können Differenzen auch durch gezielte abweichende Maßnahmen im Haushaltsvollzug (z. B. bei den Veräußerungserlösen) verursacht worden sein.

Im Folgenden wird – ähnlich wie jüngst vom Sachverständigenrat⁸⁾ – eine Analyse der Fehlschätzungen und ihrer Bedeutung für die Haushaltsentwicklung durchgeführt. Die Untersuchung konzentriert sich dabei auf die Steuereinnahmen, da diesbezügliche Soll-Ist-Abweichungen zu einem großen Teil auf Schätzfehlern im engeren Sinne beruhen dürften.⁹⁾ Abweichungen in den übrigen Haushaltspositionen werden ausgeblendet. Es zeigt sich, dass die Soll-Ist-Abweichungen bezüglich des Finanzierungssaldos und der Steuereinnahmen positiv korreliert sind. Die Abweichungen im Finanzierungssaldo sind allerdings über die gesamte Periode gesehen leicht positiv (Unterschätzung), während sie für die Steuereinnahmen in der Summe negativ ausfallen (Überschätzung). Auch die Revisionen in den Wachstumsraten des nominalen BIP waren im Durchschnitt negativ, allerdings treffen Abwärtsrevisionen der BIP-Wachstumsraten und des Finanzierungssaldos beziehungsweise der Steuereinnahmen nicht immer zusammen. Dies deutet darauf hin, dass es neben der Unsicherheit bezüglich der am BIP gemessenen wirtschaftlichen Entwicklung auch noch andere Ursachen für Planabweichungen gibt.

Zur Bereinigung des Finanzierungssaldos um Konjunkturreinflüsse werden nachfolgend vereinfachend lediglich die Steuereinnahmen als konjunkturabhängig berücksichtigt.¹⁰⁾ Genauer wird davon ausgegangen, dass bei einer Abweichung des realen BIP von seinem Trend um 1 % auch die Steuereinnahmen um 1 % von ihrem mittelfristigen Normalniveau abweichen. Die Trend- und Konjunkturkomponente des BIP werden mittels des Hodrick- Prescott-Filters (Glättungsparameter $\lambda=100$) geschätzt, der auf die Daten und die Projektion der Bundesregierung aus dem zum jeweiligen Zeitpunkt vorliegenden Finanzbericht angewendet wird.¹¹⁾ Ein Vergleich mit den konjunktur-

bereinigten Steuereinnahmen (Jahr t) aus heutiger Sicht zeigt, dass die Einschätzung hinsichtlich der trendmäßigen Entwicklung bei Haushaltsaufstellung (Jahr $t-1$) größtenteils zu optimistisch war. Bei Haushaltsabschluss (Jahr $t+1$) wurde dies jedoch erst zum Teil erkannt (siehe Schaubild auf S. 64).

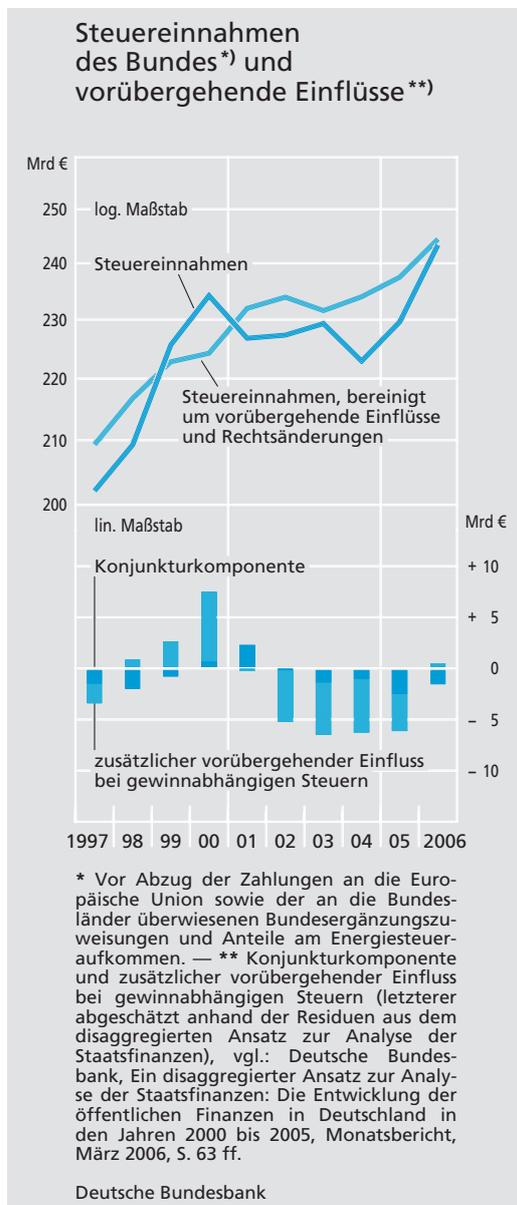
Zur Berücksichtigung von Fehleinschätzungen im Rahmen von Haushaltsregeln

Bei Haushaltsregeln, die auf die trendmäßige Entwicklung zielen, sind Prognosen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (auch für die mittlere Frist) und der volatilen Steuereinnahmen ein wichtiger Bestandteil. Wenn verhindert werden soll,

⁸ Vgl. auch: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2007), Staatsverschuldung wirksam begrenzen. Im Unterschied zu den hier vorgenommenen Berechnungen betrachtet der SVR den Bundeshaushalt im Zeitraum 1995 bis 2005 und zieht für die Echtzeit-Berechnung des Konjunkturreinflusses die jeweils für das betrachtete Haushaltsjahr in seinem Jahresgutachten veröffentlichte BIP-Prognose heran.
⁹ Auch hier gibt es freilich Ausnahmen. So hatte man sich beispielsweise im Dezember 2003 im Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag auf eine endgültige Fassung verschiedener Steuerrechtsänderungen geeinigt (unter anderem bzgl. des Abbaus verschiedener Subventionstatbestände), die von den Ansätzen abwich, die im Bundeshaushaltsplan 2004 eingestellt waren.

¹⁰ Zwar unterliegen neben den Steuereinnahmen insbesondere die arbeitsmarktbedingten Bundesausgaben gewissen zyklischen Schwankungen. Diese dürften nach den jüngsten Reformen aber deutlich geringer ausfallen, da der Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit, die das besonders konjunkturabhängige Arbeitslosengeld I finanziert, verstetigt wurde.

¹¹ Zur Analyse der Haushaltsentwicklung wird in der Bundesbank zwar sonst ein analytisch verfeinertes disaggregiertes Konjunkturbereinigungsverfahren verwendet, vgl.: Deutsche Bundesbank, Ein disaggregierter Ansatz zur Analyse der Staatsfinanzen: die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Deutschland in den Jahren 2000 bis 2005, Monatsbericht, März 2006, S. 66 f. Das hier genutzte aggregierte Verfahren steht aber besser in Einklang mit dem Ansatz im EU-Haushaltsüberwachungsverfahren. Zur Schätzung des BIP-Trends muss das BIP einige Jahre über das Schätzjahr hinaus fortgeschrieben werden. Hierzu bieten sich die Mittelfristprojektionen der Bundesregierung aus dem Frühjahr an. Der diesbezügliche Schätzfehler wird dabei allerdings tendenziell überzeichnet, da die Sollzahlen des Haushaltsplans erst im November auf Basis einer aktualisierten Prognose festgesetzt werden.



dass sich durch Fehlschätzungen systematisch Schulden aufbauen, sollten diesbezügliche Entwicklungen regelmäßig analysiert werden. Zudem wäre zu überlegen, ob gegebenenfalls Ausgleichsmaßnahmen zu ergreifen sind. Polit-ökonomische Überlegungen legen dabei nahe, solche Ausgleichsverpflichtungen umso strenger zu fassen, je größer der politische Gestaltungsspielraum bei den Schätzungen ist.

Zur transparenten Darstellung könnten beispielsweise zum einen die konjunkturbedingten Finanzierungssalden nach Haushaltsabschluss bestimmt und separat ausgewiesen werden. Zusätzlich könnten hierbei auch die erratischen und großen vorübergehenden Abweichungen der sehr volatilen gewinnabhängigen Steuern von ihrem Normalniveau abgeschätzt und berücksichtigt werden. Hierbei sollte ähnlich wie bei der Konjunkturbereinigung ein standardisiertes Verfahren verwendet werden (für eine grobe Abschätzung siehe nebenstehendes Schaubild).¹²⁾ Wenn die Wirkungen der Konjunktur auf den Staatshaushalt sowie die diesbezüglichen Schätzfehler symmetrisch sind, sollten sich diese Salden im Zeitverlauf ausgleichen. Allerdings zeigen Untersuchungen aus heutiger Perspektive, dass in der Vergangenheit die konjunkturbedingten Defizite bei Haushaltsabschluss aufgrund der regelmäßig zu optimistischen gesamtwirtschaftlichen mittelfristigen Erwartungen im Durchschnitt überschätzt wurden.

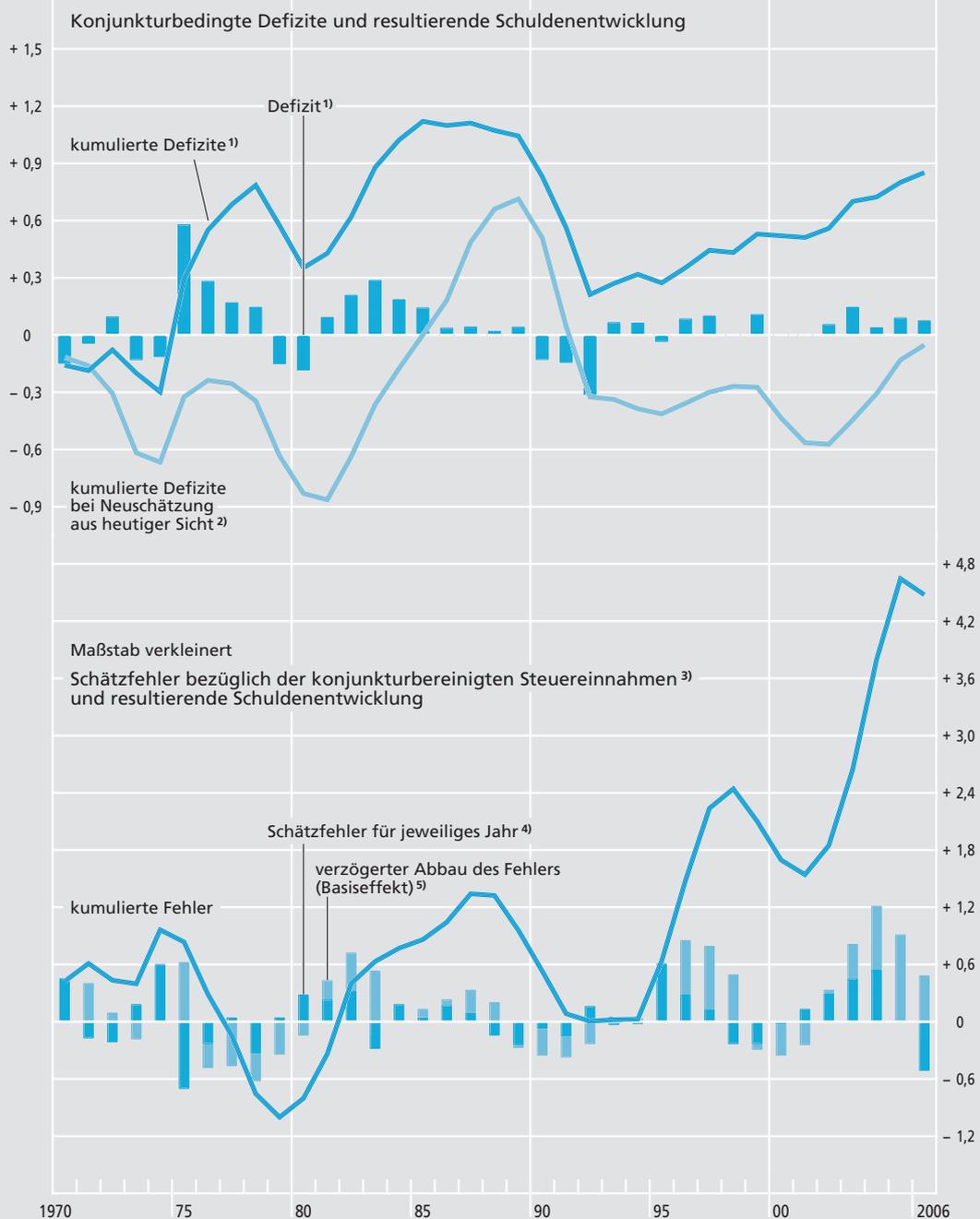
Zum anderen könnten die bei Haushaltsabschluss ermittelten Fehlschätzungen der konjunkturbereinigten Steuereinnahmen¹³⁾ separat dargestellt werden. In diesem Zusammenhang könnte auch berücksichtigt werden, dass sich Revisionen bei der Einschätzung des konjunkturbereinigten Einnahmenniveaus für ein einzelnes Jahr bei unveränderter Politik zumeist in die Zukunft fortschreiben dürften (Basisseffekt). Um starke erratische

¹² Das Aufkommen der gewinnabhängigen Steuern schwankt auch bei gegebenem Rechtsstand deutlich stärker als sich durch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung erklären lässt. Diese Schwankungen werden von Konjunkturbereinigungsverfahren daher üblicherweise nicht erfasst, und sie werden auch im Folgenden nicht berücksichtigt. Die vorübergehenden Einflüsse bei den gewinnabhängigen Steuern sind zu unterscheiden von den Fehlschätzungen, wengleich sie eine wichtige Ursache von Prognosefehlern sind.

¹³ Abzüglich der Abweichungen aufgrund zwischenzeitlicher Rechtsänderungen.

Schulden und Guthaben aufgrund von Konjunkturlösungen und Fehlschätzungen

in % des BIP



1 Schätzung des konjunkturbedingten Defizits des Jahres t basiert auf Steuerergebnis für t und Mittelfristprojektion aus Jahr t+1. — 2 Neuschätzung der Trendkomponente basiert auf Ist-Ergebnissen und auf Mittelfristprojektion des laufenden Jahres. — 3 Defiziterhöhender Schätzfehler (d.h. Ergebnis ungünstiger als erwartet): positiver Wert. — 4 Fehler der Schätzung aus t-1 für t aus Sicht des Jahres t+1. — 5 Basisseffekt eines Schätzfehlers der Höhe x für Jahr t wird wie folgt berücksichtigt: x in t+1, 2/3 · x in t+2, 1/3 · x in t+3, 0 ab t+4.

Deutsche Bundesbank

Schwankungen in der Haushaltspolitik nach unerwarteten trendmäßigen Entwicklungen zu vermeiden, könnte die Rückführung des durch diesen Basiseffekt implizierten konjunkturbereinigten Defizits oder Überschusses nicht unmittelbar, sondern erst sukzessiv innerhalb eines mittelfristigen Zeitraums vorgeschrieben werden. Die während des Abbauperioden auflaufenden weiteren Differenzbeträge bezüglich des Saldos aus den nachfolgenden Haushaltsjahren wären dann ebenfalls zu erfassen. Daneben könnte auch ein gegebenenfalls wachsender Bodensatz bei den zuvor erwähnten Fehlschätzungen der konjunkturellen Lage zusätzlich berücksichtigt werden.

Für Schulden aufgrund von Schätzfehlern könnte außerdem eine Obergrenze festgelegt werden, bei deren Überschreitung mittelfristig festgeschriebene Mindesttilgungen erfolgen müssten. Auf der anderen Seite sollten dann aber auch Guthaben erst ab Überschreiten einer entsprechenden Grenze im Haushaltsplan verbraucht werden dürfen. Durch die Festlegung einer Obergrenze für schätzfehlerbedingte Schulden würde insbesondere Anreize zu systematischen Fehlschätzungen begegnet. Indem gleichzeitig die Verwendung möglicher Guthaben begrenzt wird, könnte man einen gewissen Korridor schaffen, in dem sowohl positive als auch negative Schätzfehler hingenommen werden können, auch wenn hierdurch die reguläre Haushaltsgrenze ex post verletzt würde.

Beispielrechnung für den Bundeshaushalt

Simulationsrechnungen auf Basis der Bundeshaushalte, Wirtschaftsprognosen und Soll-Ist-Abweichungen für 1970 bis 2006 können rückblickend

beispielhaft die Entwicklung von Schulden beziehungsweise Guthaben illustrieren, die sich aufgrund von (geschätzten) Konjunkturlagen sowie Fehlschätzungen bezüglich der konjunkturbereinigten Steuereinnahmen ergeben hätten (siehe Schaubild auf S. 67). Ausgehend vom Startjahr 1970 werden die konjunkturellen Defizite und die konjunkturbereinigten Differenzbeträge bezüglich der Steuereinnahmen, die sich für den Haushalt eines Jahres (t) ergeben, jeweils aus Sicht des nachfolgenden Jahres ($t+1$) und mittels der zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Daten und Prognosen berechnet und für das Jahr t ausgewiesen. Unterstellt wird beispielhaft die Entwicklung bei Rückführung der beim Haushaltsabschluss aufgedeckten Schätzfehler bezüglich der konjunkturbereinigten Steuereinnahmen in drei gleichen Schritten (Basiseffekt).

Dabei zeigt sich, dass sich über den gesamten Zeitraum Schulden aufgrund der in Echtzeit ermittelten konjunkturellen Defizite aufbauen. Zu Schulden aufgrund von Schätzfehlern bezüglich der konjunkturbereinigten Steuereinnahmen kommt es vor allem in den letzten zehn Jahren. Der mittelfristige Anstieg der „konjunkturbedingten Schulden“ ergibt sich dabei daraus, dass in der Beispielrechnung die konjunkturbedingten Defizite bei Haushaltsabschluss aufgrund der vergleichsweise optimistischen Erwartungen hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung regelmäßig zu hoch angesetzt werden. Spiegelbildlich werden die Schätzfehler hinsichtlich der konjunkturbereinigten Steuereinnahmen zu diesem Zeitpunkt zu niedrig veranschlagt. Zusammen genommen summieren sich die Fehlbeträge bei Echtzeit-Betrachtung auf annähernd 125 Mrd € (knapp $5\frac{1}{2}$ % des BIP) im Jahr 2006.

TARGET2 – das neue Zahlungsverkehrs- system für Europa

Am 19. November 2007 wird das neue TARGET2-System zur Abwicklung von eilbedürftigen Überweisungen in Echtzeit seinen Betrieb aufnehmen. Es löst damit nach acht Jahren den heutigen TARGET-Verbund ab, mit dem seit Beginn der Währungsunion in Minutenschnelle Euro-Guthaben zwischen Konten bei europäischen Zentralbanken bewegt werden können. Damit wurden insbesondere die Voraussetzungen für einen einheitlichen europäischen Geldmarkt geschaffen. Auch das RTGS^{plus}-System der Bundesbank, die deutsche Komponente des TARGET-Verbundes, wird in dem neuen System aufgehen und seinen Betrieb mit Ablauf des 16. November 2007 einstellen. Rund 150 RTGS^{plus}-Teilnehmer bereiten sich derzeit auf den Umstieg von der „alten“ RTGS^{plus}/TARGET-Welt auf TARGET2 vor. Nachdem die Bundesbank bereits in der Vergangenheit über RTGS^{plus} sowie neuere Entwicklungen im Individualzahlungsverkehr berichtet hatte (September 2005), beschreibt der folgende Beitrag die wesentlichen Elemente von TARGET2 und die Vorteile für den europäischen Finanzmarkt. Dabei wird insbesondere auch die große Bedeutung der neuen TARGET-Generation für die Bundesbank, die deutsche Kreditwirtschaft sowie die Wertpapierabwicklung am Finanzplatz Deutschland illustriert.

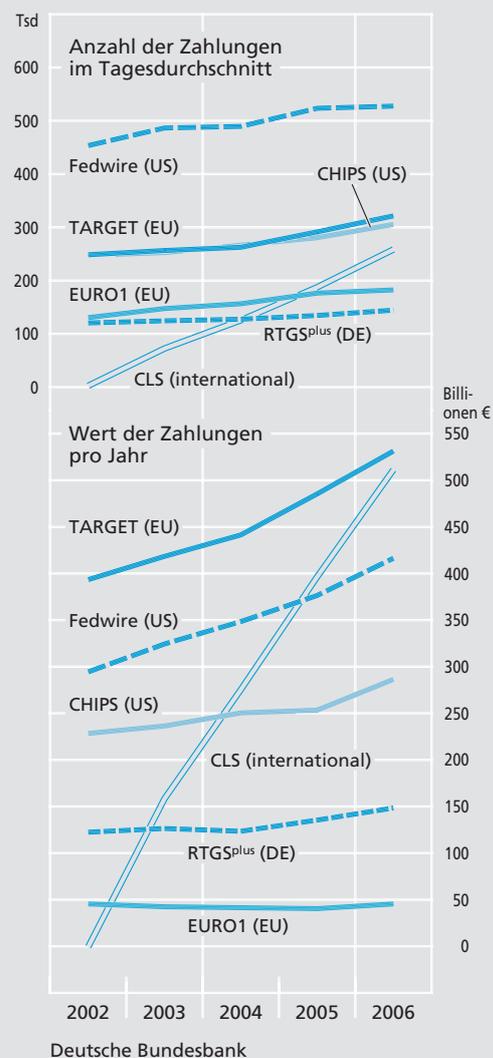
Bedeutung von TARGET im Euro-Individualzahlungsverkehr

*Europaweite
und internatio-
nale Bedeutung*

Mit täglich über 350 000 Transaktionen im Wert von 2,4 Billionen € hat der vom Europäischen System der Zentralbanken (ESZB) betriebene TARGET¹-Verbund eine überragende Bedeutung für die europäische Finanzinfrastruktur. Mittels TARGET können Guthaben, die bei einer Zentralbank unterhalten werden, sehr schnell innerhalb Europas bewegt werden. Nicht zuletzt wegen der hohen Betragsvolumina sowie der vielfältigen, zentralen Funktionen kommt TARGET eine hohe systemische Relevanz zu:

- TARGET wird für die Abwicklung der geldpolitischen Operationen des Eurosystems genutzt, die Marktteilnehmern Zentralbankgeld zur Verfügung stellen beziehungsweise überschüssige Zentralbankliquidität absorbieren.
- Auch der Handel mit Zentralbankguthaben zwischen Banken, der sogenannte Geldmarkt, wird über TARGET abgewickelt.
- Andere, privat betriebene Abwicklungssysteme, zum Beispiel für Devisenzahlungen und Wertpapiergeschäfte, verrechnen über Konten der Banken bei den Zentralbanken und nutzen dafür ebenfalls TARGET.
- TARGET kann auch für die Abwicklung nationaler oder europäischer Überweisungen von Bankkunden in Anspruch genommen werden, die wegen ihrer beson-

Internationaler Vergleich ausgewählter Zahlungssysteme



deren Eilbedürftigkeit schnellstmöglich abgewickelt werden müssen. Zudem nutzen Banken TARGET häufig für die Abwicklung von Zahlungen im Rahmen ihres Korrespondenzgeschäftes mit dem außer-europäischen Ausland.

¹ Trans European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System, der Verbund der RTGS (Real-time Gross Settlement)-Systeme (Echtzeit-Bruttozahlungssysteme) des ESZB.

Dementsprechend spielt die Sicherheit in der Abwicklung eine besonders große Rolle. Dazu gehört insbesondere die sofortige Abwicklung (d. h. in Echtzeit) sowie die unmittelbare Geldverrechnung (d. h. „brutto“) in Zentralbankgeld.

Mit einem jährlichen Mengenwachstum von 9 % sowie einem korrespondierenden Betragswachstum von 35 % hat sich TARGET in den vergangenen fünf Jahren sehr positiv entwickelt. Im Bereich des sogenannten Individualzahlungsverkehrs hat TARGET in Europa einen Anteil von – nach Umsätzen gerechnet – rund 90 % beziehungsweise – auf Stückzahlen bezogen – von über 60 %. Der Rest entfällt überwiegend auf das von der Euro Banking Association (EBA) betriebene EURO1-System. Auch in weltweiter Betrachtung gehört TARGET neben dem von der Federal Reserve Bank betriebenen Fedwire-System, dem privaten US-Dollar-Clearingsystem CHIPS²⁾ und dem globalen Devisenabwicklungssystem CLS³⁾ zu den größten Individualzahlungssystemen.

Die Bundesbank in TARGET

*Bundesbank
als System-
betreiber*

Ihren seit 1957 im § 3 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank verankerten Auftrag, für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs im Inland und mit dem Ausland zu sorgen, erfüllt die Bundesbank unter anderem durch den Betrieb eigener Zahlungssysteme. So betreibt die Bundesbank mit RTGS^{plus} ein innovatives Echtzeit-Bruttosystem. RTGS^{plus} fungiert zugleich als nationale TARGET-Komponente. TARGET besteht aus 16 nationalen RTGS-Sys-

temen und dem Zahlungsverkehrsmechanismus der EZB. Die einzelnen Länderkomponenten sind über ein technisches Interlinking miteinander verbunden. Die Bedeutung der deutschen TARGET-Komponente zeigt sich daran, dass circa 45 % aller nationalen und grenzüberschreitenden TARGET-Zahlungen über RTGS^{plus} abgewickelt werden; bezogen auf das Volumen liegt der Anteil bei knapp 30 %.

Von TARGET zu TARGET2

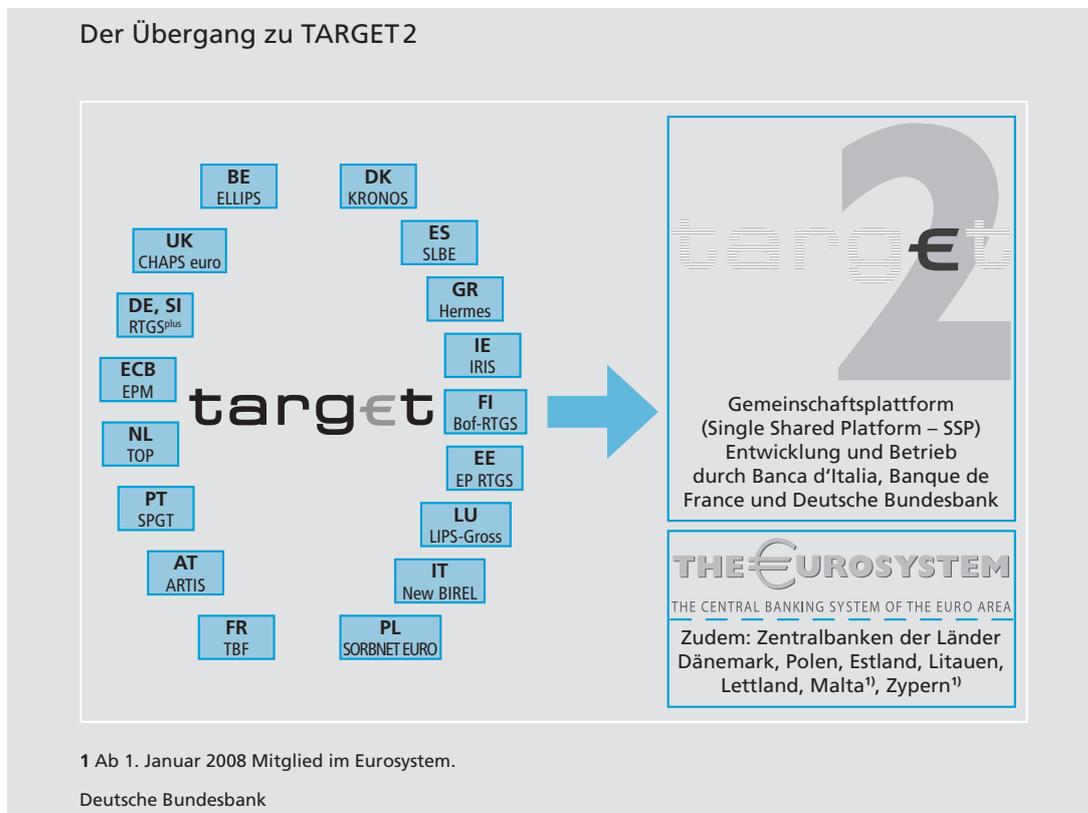
Bereits im Oktober 2002 hatte der EZB-Rat wesentliche Eckpunkte für ein Nachfolgesystem von TARGET verabschiedet. Danach war es allen EU-Zentralbanken freigestellt, weiterhin ein eigenes Echtzeit-Bruttoverfahren zu betreiben oder eine Gemeinschaftsplattform zu nutzen. Zwischenzeitlich haben sich alle Zentralbanken des Eurosystems – einschließlich der zum 1. Januar 2008 neu beitretenden Länder Malta und Zypern – für die Nutzung der neuen Gemeinschaftsplattform entschieden.

*Vom RTGS-
Verbund...*

Daneben werden sich die Notenbanken von Dänemark, Estland, Litauen, Lettland und Polen an TARGET2 anschließen. Die anderen EU-Länder werden die Gemeinschaftsplattform voraussichtlich erst nutzen, wenn sie dem Euro-Raum beitreten. Allerdings können Banken aus diesen Ländern an TARGET2 im Wege des Fernzugangs über eine andere TARGET2-Notenbank teilnehmen.

² Clearing House Interbank Payments System.

³ Continuous Linked Settlement.



Zur Verminderung des Migrationsrisikos werden die teilnehmenden Länder in drei verschiedenen Migrationsfenstern (19. November 2007, 18. Februar 2008 und 19. Mai 2008) an TARGET2 angebunden. Deutschland wird in der ersten Ländergruppe auf TARGET2 wechseln.

Die bedeutendste konzeptionelle Neuerung von TARGET2 ist die Konsolidierung der heutigen dezentralen TARGET-Infrastruktur. Der Aufbau einer einheitlichen technischen Plattform geht mit folgenden Leistungsmerkmalen einher:

- Europaweite Standardisierung des technischen TARGET-Zugangs unter Nutzung von SWIFT⁴⁾

- Vollständige Harmonisierung des TARGET-Leistungsangebots, um den Kreditinstituten in Europa ein einheitliches Leistungsniveau zu garantieren
- Wegfall der Differenzierung zwischen nationalen und grenzüberschreitenden Euro-Zahlungen
- Verbesserte Möglichkeiten zur europaweiten Steuerung der Zentralbankliquidität eines Teilnehmers
- Einheitliche Preise in allen TARGET2-Ländern

⁴ Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication. SWIFT ist Betreiber eines sicheren und hochverfügbaren Kommunikationsdienstes und spielt eine wichtige Rolle in der Standardisierung des Nachrichtenverkehrs im Finanzgewerbe.

...zur
einheitlichen
technischen
Plattform

Umfangreiche Gestaltungsmöglichkeiten für das Liquiditätsmanagement

*Liquiditäts-
steuerung
immer
wichtiger*

Bei der Ausgestaltung von TARGET2 legte die europäische Kreditwirtschaft besonderen Wert auf umfangreiche Möglichkeiten zur individuellen, bedarfsgerechten und komfortablen Liquiditätssteuerung. Da die Anforderungen an das Liquiditätsmanagement in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen sind, soll die vorhandene Liquidität möglichst effizient verwendet werden. Beispielsweise müssen für das CLS-System „Einschüsse“ in Zentralbankgeld zeitpunktgenau erfolgen. Auch in Zeiten knapper Liquiditätsverhältnisse am Geldmarkt, zum Beispiel durch plötzliche Verhaltensänderungen der Marktteilnehmer in der Folge von Vertrauenskrisen, ist eine besonders effiziente Ausnutzung der vorhandenen Liquidität von großer Bedeutung. Mit RTGS^{plus} hatte die Bundesbank bereits ein System mit maßstabsetzenden, liquiditätssteuernden Elementen implementiert. Wesentliche, von RTGS^{plus} bekannte Grundelemente, werden sich auch in TARGET2 wiederfinden:

*Nutzung
bewährter
Elemente aus
RTGS^{plus}*

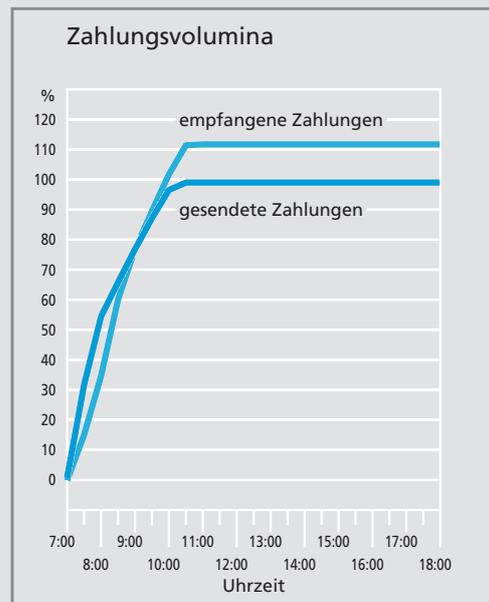
– Liquiditätssparende Elemente sorgen für eine optimierte Liquiditätsbereitstellung in der Zahlungsabwicklung. So werden neben Kontoguthaben und Innertagesfazilitäten auch „gegenläufige Zahlungen“ als Deckungsmasse für die Zahlungsabwicklung herangezogen. Beispielsweise untersucht das System bei eingereichten Zahlungen, ob auch in „Warteschlangen“ geparkte Zahlungen des Empfängers als Deckung genutzt und mit ausgeführt werden können. Zudem werden die „Warte-

schlangen“ aller Teilnehmer kontinuierlich optimiert.

- Durch das Setzen von Limiten kann ein direkter Teilnehmer seinen Liquiditätseinsatz für „normale“ Zahlungen (ohne Priorität) gegenüber anderen Teilnehmern begrenzen. Mit einem bilateralen Limit steuert der direkte Teilnehmer die Liquiditätsverwendung bei der Ausführung von „normalen“ Zahlungen gegenüber einem anderen direkten Teilnehmer, durch ein multilaterales Limit gegenüber den Teilnehmern, für die er kein bilaterales Limit gesetzt hat. Limite führen zu hoher Transparenz und früher Finalität in der Zahlungsabwicklung. Sie ermöglichen einem Teilnehmer die frühzeitige Einreichung von Zahlungen, ohne dass er das Risiko eines einseitigen und unbegrenzten Liquiditätsabflusses eingehen muss. Ferner setzen sie Anreize für den bilateralen Partner, seinerseits Zahlungen frühzeitig einzuliefern. Durch Verrechnung können Zahlungen mit geringem Liquiditätseinsatz final ausgeführt und den Empfängern möglichst früh am Tage verfügbar gemacht werden. Das trägt zu optimaler Liquiditätsnutzung bei und wirkt sich positiv auf die Finanzstabilität aus.
- TARGET2 setzt – wie RTGS^{plus} – konsequent die Überzeugung um, dass eine hohe Effizienz durch eigenverantwortliche Steuerung der Liquidität aufseiten der Teilnehmer erzielt wird. Zu diesem Zweck erhalten die Teilnehmer verschiedene „Werkzeuge“ für ihr Liquiditätsmanagement. Dazu gehört auch eine Transparenz

Zahlungsverhalten bei Definition von bilateralen Limiten

Direkte RTGS^{plus}-Teilnehmer definieren in der Regel gegenüber einigen ihrer Geschäftspartner bilaterale Limite. Die unten stehende Grafik verdeutlicht beispielhaft die positiven Effekte der Limite. So kann der Teilnehmer risikolos sein gesamtes Zahlungsvolumen früh einstellen. Deshalb übersteigen in der ersten Stunde der RTGS^{plus}-Betriebszeit die gesendeten Zahlungen die empfangenen Zahlungen noch um rund 50%. Dadurch wird der andere Teilnehmer ebenfalls zur Einreichung seiner Zahlungen motiviert. Nach einer weiteren Stunde ist bereits ein Ausgleich zwischen Zahlungseingang und Zahlungsausgang erreicht. Bereits um 11:00 Uhr ist das komplette Zahlungsvolumen des Tages praktisch abgearbeitet. Dieses reduziert auch das Schadensrisiko bei Störungen des Betriebs.



Deutsche Bundesbank

über eingangsseitige Zahlungen, die noch in Warteschlangen stehen. Eine vorausschauende Disposition der eigenen Liquiditätsposition wird so unterstützt. Auch haben Teilnehmer – wie in RTGS^{plus} – die Möglichkeit, den Verarbeitungsprozess interaktiv nach ihren jeweiligen Bedürfnissen zu steuern und zum Beispiel Limite anzupassen oder die Reihenfolge von in Warteschlangen befindlichen Zahlungen zu ändern.

Darüber hinaus wird TARGET2 eine Reihe von funktionalen Leistungsverbesserungen für das Liquiditätsmanagement bieten:

Weitere Leistungsverbesserungen durch TARGET2

- Die Vergabe von Prioritäten sowie die Nutzung von Liquiditätsreservierungen ermöglichen dem direkten Teilnehmer eine bedarfsgerechte Steuerung seines Zahlungsflusses. In TARGET2 werden drei Prioritätsklassen angeboten („sehr dringend“, „dringend“, „normal“). „Sehr dringend“ (z. B. Zahlungen für CLS und für die Wertpapierabwicklung) sowie „dringende“ Zahlungen (z. B. eilbedürftige Interbankenzahlungen) haben bevorzugten Zugriff auf die Liquidität. Zudem kann Liquidität für diese Zahlungsarten reserviert werden, um eine sofortige Ausführung in jedem Fall sicherzustellen.
- TARGET2-Teilnehmer haben künftig die Möglichkeit, verschiedene Konten – selbst bei unterschiedlichen Zentralbanken – zum Zwecke konsolidierter Information (Consolidated-Account-Information-Verfahren) oder zentraler Verarbeitung (Virtuelles Konto, Aggregated-Liquidity-Verfahren)

ren) zu einer Kontogruppe zusammenzufassen. Beim virtuellen Konto wird die verfügbare Liquidität aller Mitglieder einer Kontogruppe während des Geschäftstages zu einem Liquiditätspool aggregiert. Jeder Kontoinhaber innerhalb der Gruppe hat damit die Möglichkeit, Zahlungen über sein eigenes Konto bis zur Höhe der gesamten für die Kontogruppe zur Verfügung stehenden Innertagesliquidität vorzunehmen. Bei der konsolidierten Information werden für eine Kontogruppe nur zusammenfassende Informationen angeboten. Die Zahlungsverarbeitung verbleibt weiterhin ausschließlich auf Ebene des Einzelkontos.

In ihrem Liquiditätsmanagement werden die Teilnehmer durch ein in Echtzeit arbeitendes Informations- und Kontrollmodul (ICM)⁵ unterstützt, mit dem sie jederzeit beispielsweise ihre Liquiditätsposition, den Status ihrer Zahlungen oder ihre eingangs- und ausgangsseitigen Warteschlangen einsehen und Steuerungsoperationen vornehmen können.

Durch die zentrale europäische TARGET2-Plattform wird die Fragmentierung der heutigen Ströme im Euro-Individualzahlungsverkehr sowie der Euro-Liquiditätshaltung beseitigt. Die damit verbundene bessere Ausnutzung von gegenläufigen Zahlungsströmen dürfte die Wirksamkeit der liquiditätssparenden Effekte weiter verbessern. Zudem kann die liquiditätssparende Konzeption in Notfallsituationen, die erfahrungsgemäß mit einer Liquiditätsverknappung einhergehen, negative Auswirkungen abmildern. Der Informationsgehalt verbessert sich für die Teilnehmer

durch die Zusammenfassung der europaweiten Liquiditätsströme in einem einzigen technischen System erheblich. Darüber hinaus können Limite zur aktiven Steuerung des Liquiditätsabflusses künftig nicht nur national, sondern europaweit gegenüber jedem direkten TARGET2-Teilnehmer definiert werden.

Schnittstellenreduktion und Verrechnung von Nebensystemen

Der geldliche Ausgleich von Transaktionen (z. B. Wertpapier- und Devisengeschäfte, Massenzahlungen), die in anderen Systemen verarbeitet werden (sog. Nebensysteme), erfolgt in zunehmendem Maße in sicherem Zentralbankgeld. Deshalb haben sich in den letzten Jahren verstärkt auch Interdependenzen zwischen diesen Nebensystemen und TARGET ergeben. In der Regel müssen die Teilnehmer in solchen Nebensystemen zur geldlichen Verrechnung ein Konto bei der für das Nebensystem zuständigen Zentralbank im nationalen RTGS-System unterhalten. Auf europäischer Ebene ist damit ein komplexes Gebilde entstanden, bei dem die einzelnen in TARGET zusammengeschlossenen RTGS-Systeme der Notenbanken ihrerseits wiederum mit einer Reihe von Nebensystemen zum Zwecke des Geldausgleichs verbunden sind. Die jeweiligen Schnittstellen und Verfahren sind dabei unterschiedlich ausgestaltet. Derzeit wickeln mehr als 50 Nebensysteme ihren Geldausgleich über TARGET ab.

Komplexe Struktur bei der Verrechnung von Nebensystemen

Höhere Liquiditätseffizienz durch Einheitsplattform

⁵ Information and Control Module.

*Verbesserte
Interaktion mit
Nebensystemen*

Durch TARGET2 wird sich die komplexe Struktur, unter anderem aufgrund der Reduktion von Schnittstellen, deutlich vereinfachen. Künftig können alle Nebensysteme direkt in der Gemeinschaftsplattform in Zentralbankgeld verrechnen. Grundsätzlich kann dabei die geldliche Verrechnung auf jedem beliebigen Zentralbankkonto der TARGET2-Gemeinschaftsplattform erfolgen. Hiermit wird für die Banken auch der Fernzugang zu Wertpapier- oder Massenzahlungssystemen im europäischen Ausland deutlich vereinfacht, und die Geschäftsmöglichkeiten der Nebensysteme werden verbreitert. Damit leistet TARGET2 einen wichtigen Beitrag für die weitere Integration der europäischen Finanzmärkte.

*Weitere Vorteile
für die
Nebensystem-
verrechnung*

Die verbesserte Abwicklung in TARGET2 zeigt sich zudem in folgenden Elementen:

- Nebensysteme können künftig standardisierte Zugangsverfahren und Verrechnungsprozeduren nutzen. Dabei wird mit dem sogenannten Ancillary System Interface (ASI) ein spezielles, auf Nebensysteme zugeschnittenes Leistungsangebot mit Zusatzfunktionalitäten unterbreitet. So werden die Banken beispielsweise bei multilateralen Settlementprozessen – hier müssen Transaktionen auf mehreren Teilnehmerkonten zeitgleich gebucht werden – über die zu verrechnenden Salden in TARGET2 vorab informiert (z. B. 30 Minuten vor dem Verrechnungszeitpunkt). Das Abwicklungsrisiko wird dadurch vermindert.
- Die bessere Liquiditätseffizienz der Gemeinschaftsplattform wird sich auch auf

den Zahlungsausgleich von Nebensystemen positiv auswirken.

- In TARGET2 ist die geldliche Verrechnung von Wertpapiertransaktionen in der Nacht möglich. In einigen Ländern – so auch in Deutschland – wird schon heute ein Großteil der Wertpapiergeschäfte in den Nachtstunden ohne Wechselwirkung mit dem reinen Zahlungsverkehr abgewickelt.

Allerdings erfordern die neuen Möglichkeiten bei der geldlichen Verrechnung von Nebensystemen unter Risikogesichtspunkten eine genaue Beobachtung durch das Eurosystem. Deshalb hat das Eurosystem bei Nebensystemen Informationen zu deren Verrechnungszeiten und Abhängigkeiten zu anderen Nebensystemen erfragt und bekannt gemacht. Dadurch wird die Transparenz für die Marktteilnehmer erhöht und das Risiko konkurrierender Zugriffe auf die zentral in der Plattform gehaltene Liquidität vermindert. Außerdem spielt gerade bei der Interaktion mit anderen Systemen eine ausreichende Notfallvorsorge auf beiden Seiten eine wichtige Rolle; eine schwerwiegende Störung könnte insbesondere in kritischen Zeiten erhebliche negative Auswirkungen auf die europäischen – unter Umständen auch auf globale – Finanzmärkte haben.

Verbesserte Notfallvorsorge

Im derzeitigen TARGET-Umfeld können aufgrund der dezentralen Struktur mit einer Vielzahl beteiligter nationaler RTGS-Systeme operationelle Risiken bestehen. Sie können

*Hohe Ausfallsicherheit von
TARGET2*

zwar durch entsprechende Notfallmaßnahmen abgedeckt werden, strahlen aber wegen des Verbundcharakters in der Regel auf andere TARGET-Komponenten aus. Durch die Gemeinschaftsplattform werden diese Abhängigkeiten beseitigt. Im Gegenzug muss aber eine hohe Verfügbarkeit der Gemeinschaftsplattform gewährleistet werden, da entsprechende Störungen künftig unmittelbar alle TARGET2-Teilnehmer betreffen. Eine hohe Ausfallsicherheit ist auch deshalb notwendig, weil künftig TARGET2 vor allem für die Übernachtverarbeitung von Wertpapiergeschäften bereits 90 Minuten nach Beendigung des alten Geschäftstages wieder geöffnet wird.

Der TARGET2-Betrieb basiert deshalb auf einem Zwei-Regionen-Konzept, bei denen jede Region im Falle eines regionalen Katastrophenfalls innerhalb kurzer Zeit den Produktionsbetrieb vollständig übernehmen kann. Innerhalb jeder Region sind zwei räumlich getrennte Betriebsstandorte vorhanden, um bei lokalen Problemen einen unterbrechungsfreien Betrieb zu gewährleisten. Sollte eine Verlagerung des Betriebs zwischen den Regionen erforderlich sein, steht für zeitkritische Zahlungen, zum Beispiel CLS-Liquiditätseinschüsse, ein spezielles Notfallmodul zur Verfügung.

*Operationelle
Anforderungen
an die
Teilnehmer*

Auch den Notfallvorkehrungen der Teilnehmer wird in TARGET2 eine stärkere Bedeutung zugemessen. Insbesondere Teilnehmer, die aufgrund ihres Geschäftsumfanges eine herausragende Bedeutung haben, müssen künftig beispielsweise das Vorhandensein einer Ersatzanwendung an einem zweiten Standort nachweisen. Mit dieser Regelung wird nicht zuletzt den zunehmend anspruchs-

volleren Standards der Zahlungsverkehrsüberwachung entsprochen. Um ausreichend Zeit für interne Anpassungen zu geben, werden die Regeln aber erst ab Mitte 2010 greifen. Sollte die interne IT-Anwendung eines Teilnehmers ausfallen, hat er darüber hinaus die Möglichkeit, mittels des Informations- und Kontrollmoduls Liquidität gezielt an andere Teilnehmer zu übertragen oder Zahlungen für die Abwicklung in bestimmten Nebensystemen zu generieren.

Preismodell von TARGET2

In TARGET2 entfällt die bisherige Unterscheidung zwischen nationalen und grenzüberschreitenden Zahlungen. Künftig wird für die sogenannte Kernleistung das nachstehende, einheitliche Preisschema zur Anwendung kommen. Damit werden insbesondere zwei Ziele verfolgt: Zum einen soll es einen breiten Zugang zum System gewährleisten, das heißt, auch kleineren Instituten eine direkte Teilnahme an TARGET2 ermöglichen. Zum anderen soll das Preisschema für die größeren Marktteilnehmer, die über ein hohes Aufkommen an eilbedürftigen Kundenzahlungen (sog. „kommerzielle“ Zahlungen) verfügen und einen sehr großen Anteil zum heutigen TARGET-Aufkommen beisteuern, attraktiv gestaltet sein. Die Bedeutung dieser Teilnehmergruppe wird dadurch unterstrichen, dass zum Beispiel in Deutschland die zehn größten RTGS^{plus}-Teilnehmer rund 65 % zum stückzahlen- und betragsmäßigen Aufkommen in RTGS^{plus} beisteuern. Die Verarbeitung „kommerzieller“ Zahlungen im sicheren TARGET-System trägt zur Finanzstabilität im Euro-

*Einheitlicher
Preis für
nationale und
grenzüberschreitende
Zahlungen*

TARGET2-Preisschema

Preise in Euro

Option A

Monatliche Fixgebühr	100,00
Einheitspreis	0,80

Option B

Monatliche Fixgebühr	1 250,00
----------------------	----------

Preisstaffel

Band	Monatliche Transaktionen		Preis
	Stückzahl	Kumuliert	
1	10 000	10 000	0,60
2	15 000	25 000	0,50
3	25 000	50 000	0,40
4	50 000	100 000	0,20
5	mehr als 100 000		0,125

Deutsche Bundesbank

Gebiet bei und ermöglicht eine bessere Systemauslastung sowie die vom Eurosystem angestrebte Kostendeckung zu angemessenen Preisen.

Auswirkungen von TARGET2 auf die Bundesbank

Nationale Kundenanbindung

Entsprechend dem im EU-Vertrag verankerten Dezentralitätsgedanken und zur Gewährleistung einer möglichst kundennahen Betreuung bleiben die teilnehmenden Notenbanken auch im technisch zentralisierten TARGET2-System für die Geschäftsabwicklung mit ihren Kunden zuständig. Außerdem bleibt TARGET2 – rechtlich betrachtet – als multiples System strukturiert, das heißt, jede Zentralbank gilt als eigenständiger Systembetreiber. In Deutsch-

land unterliegen damit die Beziehungen zwischen Teilnehmern und Bundesbank dem deutschen Recht und werden durch die TARGET2-Bedingungen der Bundesbank geregelt. Das deutsche System trägt den Namen TARGET2-Bundesbank (TARGET2-BBk).

Zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen in Europa und vor dem Hintergrund eines einheitlichen Leistungsniveaus wurde gleichzeitig im Eurosystem vereinbart, dass die jeweiligen nationalen Regelungen in größtmöglichem Umfang übereinstimmen sollen. Nur wo das jeweilige nationale Recht abweichende Regelungen erzwingt, sind Ausnahmen möglich. Mit dieser Konzeption kann zum einen an die bewährte Verankerung der Teilnahme im jeweiligen nationalen Recht angeknüpft, zugleich aber auch den Erfordernissen der europäischen Integration Rechnung getragen werden.

Im Herbst 2003 hatten die Bundesbank sowie die Zentralbanken von Frankreich und Italien dem ESZB ein gemeinsames Angebot zur Entwicklung und zum Betrieb einer TARGET2-Plattform unterbreitet, das vom Rat der EZB im Dezember 2004 angenommen wurde. Die Bundesbank hat bei der Konzeption und der Entwicklung des Zahlungsmoduls von TARGET2 auf ihre Erfahrungen aus dem Aufbau und Betrieb von RTGS^{plus} zurückgreifen können und die wesentlichen Leistungsmerkmale mit Blick auf die Anforderungen der europäischen Marktteilnehmer weiterentwickelt. Zudem wird die Bundesbank zusammen mit der Banca d'Italia maßgeblich den operativen Betrieb der Gemeinschaftsplattform verantworten; einige primär von Notenbanken ge-

Bundesbank als (Mit-) Betreiber der Gemeinschaftsplattform

nutzte Funktionen (z. B. Datawarehouse) werden ergänzend bei der Banque de France betrieben. Mit TARGET2 eröffnet sich erstmals die Möglichkeit, einen Servicezentrumgedanken im ESZB zu verwirklichen. Hier wird auf die Expertise, die vorhandenen Ressourcen und die verfügbare technische Infrastruktur in nationalen Zentralbanken zurückgegriffen, um gemeinsame Leistungen für das ESZB zu erbringen, die bislang von jeder einzelnen Zentralbank selbst erstellt werden.

*Teilnahme über
TARGET2-
Bundesbank*

An der deutschen TARGET-Komponente RTGS^{plus} nehmen derzeit rund 190 Institute direkt teil. Darin sind auch Banken und Zentralbanken aus Slowenien, Zypern und Malta enthalten, die sich im Vorfeld von TARGET2 aus Kostengründen gegen den Aufbau eines eigenen Euro-RTGS-Systems und für die Nutzung eines bestehenden RTGS-Systems entschieden hatten. Insgesamt haben Ende 2006 circa 1 000 europäische Finanzinstitutionen TARGET als direkte Teilnehmer genutzt.

Substanziell ergeben sich zu den heute angebotenen Teilnahmeformen in RTGS^{plus} und TARGET keine großen Änderungen. TARGET2 bietet aber wegen der europaweiten Standardisierung des technischen Zugangs vor allem multinationalen Banken, die heute noch an mehreren TARGET-Komponenten in verschiedenen Ländern teilnehmen, die Möglichkeit, ihren TARGET2-Zugang auf ein Land zu konzentrieren und ihre Zahlungsverkehrsabwicklung insoweit zu konsolidieren. Die Möglichkeit der weitgehenden Konzentration der Geschäftstätigkeit in einem RTGS-Konto wird auch das Liquiditätsmanagement deutlich vereinfachen. Im Zuge der Konsolidierung des

Zugangs auf eine Hauptniederlassung dürfte eine Reihe von Tochtergesellschaften ausländischer Banken nicht mehr direkt über TARGET2-BBk teilnehmen. Auch die heutigen direkten RTGS^{plus}-Teilnehmer aus Slowenien und Zypern nehmen künftig direkt über ihre betreffenden Zentralbanken an TARGET2 teil.

Insgesamt werden zum Start rund 150 direkte Teilnehmer in TARGET2-BBk erwartet.

Gemessen an der Gesamtzahl von fast 2 300 Instituten in Deutschland mag die niedrige direkte Teilnehmerschaft in RTGS^{plus} überraschen. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass bereits heute ein Großteil der Sparkassen und Genossenschaftsbanken nur indirekt über die jeweilige Landesbank beziehungsweise genossenschaftliche Zentralbank an RTGS^{plus} teilnehmen, um verbundinterne Synergien zu nutzen. Auch konzernzugehörige Institute bedienen sich häufig des direkten Zugangs der Muttergesellschaft.

*Indirekter
Zugang über
TARGET2-
Bundesbank
noch
bedeutender*

Insgesamt ist nicht auszuschließen, dass indirekte Zugangsformen in TARGET2 im Zuge steigenden Kostendrucks, zunehmender Konsolidierung und weiterer Auslagerung (Outsourcing) auch für andere Institute an Attraktivität gewinnen. Häufig spielen dabei nicht nur die eigentlichen Implementierungskosten eine Rolle, sondern auch der mit einer direkten Teilnahme verbundene Aufwand für die laufende Überwachung und Steuerung der Geschäftstätigkeit im System. Letztlich hängt die Teilnahmeentscheidung aber von der grundsätzlichen, längerfristigen strategischen Positionierung der Institute ab. Für die Bundesbank bleibt dabei wichtig, dass Konzep-

Teilnahmeformen an TARGET2

Teilnahmeform	Räumliche Beschränkung	Unterhaltung eigenes RTGS-Konto	Einlieferung und Empfang von Zahlungen	Bemerkungen
Direkt	EWR	Ja	Direkt	
Multiadressaten-Zugang (Multi addressee Access)	EWR	Nein	Direkt	Möglich für Filialen und Tochterunternehmen des direkten Teilnehmers; Verrechnung erfolgt über das RTGS-Konto des direkten Teilnehmers
Indirekt	EWR	Nein	Über den direkten Teilnehmer	Indirekte Teilnehmer sind vom System ausdrücklich anerkannt und unterliegen damit nach Maßgabe des jeweiligen nationalen Rechts der Schutzwirkung der Settlement Finality Directive (SFD)
Erreichbare BIC-Inhaber (Addressable BIC)	Weltweit	Nein	Über den direkten Teilnehmer	Keine Teilnahme im Sinne der Systemregelungen; ein direkter Teilnehmer kann beispielsweise seine Korrespondenzbanken oder Filialen registrieren lassen

Deutsche Bundesbank

tion, Technik und Preisgestaltung von TARGET2 auch für kleinere Institute im Zahlungsverkehr kein Hindernis für eine direkte Teilnahme darstellen. Durch die mit TARGET2 einhergehende Harmonisierung und die stärkere europäische Integration dürfte der Wettbewerb um die nur an einem indirekten Zugang interessierten Banken aus Deutschland und Europa sowie im Korrespondenzgeschäft mit außerhalb Europas ansässigen Instituten deutlich zunehmen.

Die mit TARGET2 verbundene Vereinheitlichung im Eurosystem bedingt zudem auch für die Bundesbank mittelfristig strukturelle Anpassungen. So nehmen heute rund 220 Kreditinstitute aus Deutschland über das sogenannte Hausbankverfahren der Bundesbank indirekt an RTGS^{plus} teil. Aufgrund einer

gemeinsamen Vereinbarung im ESZB besteht eine solche Möglichkeit nur noch für einen Übergangszeitraum von maximal vier Jahren; danach müssen diese „Rest“-Zahlungen über die TARGET2-Gemeinschaftsplattform abgewickelt werden. Ausschlaggebend war dafür neben Kostenaspekten die Überlegung, dass sich nur bei vollständiger Abwicklung aller Zahlungen in der Gemeinschaftsplattform die mit der europaweiten Harmonisierung angestrebten Vorteile voll entfalten können.

Nutzung der Plattform zunächst nur für Zahlungszwecke

Die TARGET2-Gemeinschaftsplattform besteht aus mehreren Modulen. Zu den von allen Zentralbanken zu nutzenden „Kern-

*Modularer
Aufbau der
Plattform*

Dienstleistungen“ gehören das Zahlungsmodul einschließlich der Führung von TARGET2-Konten und das ICM. Darüber hinaus können von den einzelnen Zentralbanken optionale Bausteine genutzt werden, zum Beispiel ein Modul für eine ergänzende Zentralbankkontoführung, für die Mindestreserveberechnung sowie die Abwicklung der Spitzenrefinanzierungs- und Einlagefazilität. Zentralbanken, die diese Module nicht nutzen, wickeln die entsprechenden Funktionalitäten in eigenen Anwendungen außerhalb der Gemeinschaftsplattform ab. Die Bundesbank hat sich unter Lastverteilungsgesichtspunkten und aus Gründen der Migrationssicherheit zunächst für diese Option entschieden. Im Ergebnis wird die Bundesbank kurz nach Tagesende (18:00 Uhr) – wie heute in RTGS^{plus} – die Liquidität der Teilnehmer aus der Gemeinschaftsplattform in ihr Heimatkontoführungssystem zurückführen. Nach einer im Vergleich zu heute sehr kurzen Tagesendverarbeitung muss von den Teilnehmern aber bereits bis 19:30 Uhr wieder Liquidität auf der Plattform bereitgestellt werden, weil dann einige Nebensysteme – insbesondere Wertpapierabwicklungssysteme – im Rahmen der Nachtverarbeitung auf die TARGET2-Konten zugreifen müssen.

Mittel- bis langfristig dürfte sich im ESZB wegen der eindeutigen Präferenz der Kreditwirtschaft sowie aus Wirtschaftlichkeitsüberlegungen ein deutlicher Trend zur Nutzung optionaler Module durch nahezu alle Zentralbanken ergeben.

Wertpapierverrechnung über TARGET2

Rund 80 % aller Wertpapiertransaktionen werden heute vom deutschen Zentralverwahrer Clearstream Banking Frankfurt AG (Clearstream) in der Nacht verrechnet. Aus Effizienz- und Sicherheitsgründen basiert das Modell auf Zentralbankgeld, das die Teilnehmer bereits am Vorabend des Valutatages auf ihren Konten im Wege der Reservierung bei der Bundesbank bereitstellen. Sie können dazu die in der Nacht nicht benötigten Mindestreserveguthaben und den gesamten bei der Bundesbank unterhaltenen Pool an verpfändeten Sicherheiten einsetzen. Im Rahmen der von der Bundesbank reservierten und rechtlich garantierten Beträge kann Clearstream seine Wertpapiertransaktionen sicher und mit sofortiger Finalität in der Nacht abwickeln. In den frühen Morgenstunden des Valutatages werden die sich aus dieser Verarbeitung für die Teilnehmer ergebenden Belastungen beziehungsweise Gutschriften im Kontensystem der Bundesbank bei gleichzeitiger Aufhebung der Reservierung umgebucht. Damit steht die Liquidität den Teilnehmern noch vor Öffnung von TARGET wieder uneingeschränkt zur Verfügung. Voraussichtlich kurz nach der TARGET2-Einführung wird Clearstream für dieses Verfahren nur noch die neue TARGET2-Funktionalität sowie die TARGET2-Konten der Teilnehmer nutzen. Ausländische Clearstream-Teilnehmer benötigen dann kein Konto bei der Bundesbank mehr, sondern können das bei ihrer Zentralbank geführte TARGET2-Konto verwenden. Im Laufe des Jahres 2008 werden auch die geldliche Verrechnung der Clearstream-Tagverarbeitung, der Eurex Clearing sowie

*Geldliche
Verrechnung
von Clearstream*

der Strombörse ECC European Commodity Clearing AG auf TARGET2-Konten umgestellt; bis dahin erfolgt der jeweilige Geldausgleich wie bisher über das Heimatkontosystem der Bundesbank.

*Höhere
Effizienz durch
die Möglichkeit
zur Selbst-
besicherung*

Durch die Interdependenzen zwischen Wertpapierabwicklung und Zahlungsverkehr kommt dem Liquiditätsaspekt eine immer wichtigere Bedeutung zu. Um eine noch höhere Effizienz in der Wertpapierabwicklung zu gewährleisten, den Banken eine flexiblere und robustere Liquiditätssteuerung zu ermöglichen sowie eine weitere Option zur Liquiditätsersparnis zu bieten, wird die Bundesbank ab dem vierten Quartal 2007 ein Selbstbesicherungsverfahren anbieten. Die Banken haben damit bei fehlender Liquidität für die Abwicklung bestimmter Kauftransaktionen in der Nachtverarbeitung der Clearstream die Möglichkeit, die den Transaktionen zugrunde liegenden Wertpapiere im Rahmen der allgemeinen Regeln für die Innertagesrefinanzierung bei der Notenbank automatisch zu beleihen. Die Bundesbank stellt dann den Teilnehmern die entsprechende Liquidität unter Berücksichtigung von Sicherheitsabschlägen bereit.

Weitere Konsolidierung der Infrastruktur wahrscheinlich

Mit TARGET2 leistet das Eurosystem einen wesentlichen Beitrag für die europäische Finanzinfrastruktur, insbesondere durch die bessere Nutzung der Euro-Liquidität auf europäischer Ebene und eine bessere Verknüpfung mit anderen Abwicklungs- und Verrech-

*Integrierte
Wertpapier-
abwicklung in
TARGET2-
Securities*

nungssystemen. Die geldliche Verrechnung der entsprechenden Transaktionen in Zentralbankgeld wird dadurch erheblich effizienter. Es ist allerdings absehbar, dass TARGET2 erst den Startpunkt einer mittel- und längerfristigen Entwicklung darstellt. Dafür sprechen sowohl die Anforderungen der Marktteilnehmer in einem immer enger zusammenwachsenden europäischen Finanzraum als auch die im Eurosystem durch Nutzung gemeinschaftlicher Systeme zu erzielenden Kostenvorteile. So wird zum Beispiel von den Zentralbanken des Eurosystems derzeit diskutiert, ein Gemeinschaftssystem für die Verwaltung geldpolitischer Sicherheiten (Collateral Central Bank Management: CCMB2) aufzubauen. Außerdem erarbeitet das Eurosystem in enger Zusammenarbeit mit Marktteilnehmern und Zentralverwahrern zurzeit die Nutzeranforderungen für das sogenannte TARGET2-Securities-System. TARGET2-Securities überträgt die TARGET2-Idee auf die Wertpapierabwicklung in Zentralbankgeld. In TARGET2-Securities sollen sowohl die Zentralbankgeld als auch die Wertpapierseite auf einer einzigen, zentralen Plattform in integrierter Form abgewickelt werden. TARGET2-Securities würde die europäische Wertpapierabwicklung in hohem Maße harmonisieren, eine effiziente und sichere Abwicklung in Zentralbankgeld bieten und einen Beitrag zur Integration des europäischen Kapitalmarkts leisten. Demgegenüber ist die heutige Wertpapierabwicklung in Europa noch immer stark fragmentiert, was sich in relativ hohen Kosten bei grenzüberschreitenden Transaktionen zeigt. Mit TARGET2-Securities beabsichtigt das Eurosystem nicht, einen europäischen Zentralverwahrer zu schaffen; vielmehr sollen

die Verwahrung und die damit verbundenen Dienstleistungen in den Händen der nationalen Zentralverwahrer bleiben.

*Realisierung
von TARGET2-
Securities auf
der Gemein-
schaftsplat-
tform*

Der EZB-Rat hat bereits entschieden, dass TARGET2-Securities im Falle der Realisierung als weiterer Dienst auf der TARGET2-Gemeinschaftsplattform errichtet wird. Damit können unter anderem Kostensynergien erreicht, das maßstabsetzende Konzept für die Notfall-

vorsorge genutzt und den Teilnehmern funktionale Vorteile – unter anderem im Liquiditätsmanagement und durch harmonisierte Schnittstellen (z. B. in Form des Informations- und Kontrollmoduls) – geboten werden. Der EZB-Rat wird vermutlich im ersten Halbjahr 2008 nach Fertigstellung der Nutzeranforderungen und einer öffentlichen Konsultation über die endgültige Realisierung des Projektes entscheiden.

Statistischer Teil

Inhalt

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

- | | |
|---------------------------------------|----|
| 1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze | 6* |
| 2. Außenwirtschaft | 6* |
| 3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren | 7* |

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

- | | |
|--|-----|
| 1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang | 8* |
| 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) | 10* |
| 3. Liquiditätsposition des Bankensystems | 14* |

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

- | | |
|------------|-----|
| 1. Aktiva | 16* |
| 2. Passiva | 18* |

IV. Banken

- | | |
|---|-----|
| 1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland | 20* |
| 2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen | 24* |
| 3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland | 26* |

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs)	40*

V. Mindestreserven

1. Reservesätze	42*
2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998	42*
3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion	42*

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze	43*
2. Basiszinssätze	43*
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren)	43*
4. Geldmarktsätze nach Monaten	43*
5. Zinssätze für die Bestände und das Neugeschäft der Banken (MFIs) in der Europäischen Währungsunion	44*
6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs)	45*

VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland	48*
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	49*
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	50*
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten	50*
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere	51*
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland	51*

VIII. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren	52*
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren	53*

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“	54*
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	54*
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)	55*
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)	55*
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen	56*
6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten	56*
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern	57*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen	57*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung	58*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	58*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	59*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme	59*
13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern	59*
14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten	60*

X. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens	61*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe	62*
3. Auftragseingang in der Industrie	63*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	64*

5. Einzelhandelsumsätze	64*
6. Arbeitsmarkt	65*
7. Preise	66*
8. Einkommen der privaten Haushalte	67*
9. Tarif- und Effektivverdienste	67*

XI. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	68*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	69*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern	70*
4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen	71*
5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland	71*
6. Vermögensübertragungen	71*
7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland	72*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank	73*
9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank in der Europäischen Währungsunion	73*
10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	74*
11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen	75*
12. Unwiderrufliche Euro-Umrechnungskurse in der dritten Stufe der EWWU	75*
13. Effektive Wechselkurse für den Euro und ausgewählte fremde Währungen	76*

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ...** Angabe fällt später an
- .** Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten
oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1
in der letzten besetzten Stelle,
jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden
der Zahlen.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt						
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt		
2005 Dez.	11,3	8,5	7,3	7,5	8,3	9,5	8,9	2,28	2,47	3,4
2006 Jan.	10,0	8,3	7,5	7,6	8,5	10,0	8,7	2,33	2,51	3,4
Febr.	9,8	8,6	7,9	8,0	8,8	10,8	8,9	2,35	2,60	3,5
März	10,0	9,0	8,5	8,4	9,6	11,6	8,8	2,52	2,72	3,7
April	10,1	9,5	8,8	8,7	9,7	11,9	8,9	2,63	2,79	4,0
Mai	10,3	9,2	8,9	8,7	9,5	11,9	8,8	2,58	2,89	4,1
Juni	9,1	9,0	8,4	8,4	9,2	11,5	8,0	2,70	2,99	4,1
Juli	7,5	8,2	7,8	8,1	9,3	11,9	8,6	2,81	3,10	4,1
Aug.	7,3	8,4	8,2	8,1	9,2	12,0	8,4	2,97	3,23	4,0
Sept.	7,2	8,4	8,5	8,4	9,4	12,2	8,3	3,04	3,34	3,8
Okt.	6,3	8,2	8,5	8,8	9,1	12,0	8,4	3,28	3,50	3,9
Nov.	6,7	8,9	9,4	9,3	8,7	11,9	8,5	3,33	3,60	3,8
Dez.	7,5	9,3	9,9	9,8	8,2	11,5	8,5	3,50	3,68	3,9
2007 Jan.	6,9	9,1	10,1	10,0	8,1	11,3	8,6	3,56	3,75	4,1
Febr.	6,7	8,9	10,1	10,4	7,9	10,8	8,4	3,57	3,82	4,1
März	7,0	9,5	11,0	10,5	7,8	10,9	9,2	3,69	3,89	4,0
April	6,0	8,8	10,3	10,6	7,6	10,8	9,1	3,82	3,98	4,2
Mai	5,9	9,3	10,6	10,6	8,3	11,1	8,7	3,79	4,07	4,3
Juni	6,1	9,5	10,9	11,1	8,6	11,5	9,4	3,96	4,15	4,6
Juli	6,8	10,4	11,7	11,4	8,7	11,6	9,3	4,06	4,22	4,6
Aug.	6,8	10,6	11,6	...	8,8	11,8	9,4	4,05	4,54	4,4
Sept.	4,03	4,74	4,3

1 Quelle: EZB. — 2 Saisonbereinigt. — 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. — 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs

gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFIs. — 5 Euro OverNight Index Average. — 6 Euro Interbank Offered Rate. — 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43*. — 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen.

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU							Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz			Kapitalbilanz				Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Handelsbilanz	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapierverkehr 2)	Kreditverkehr	Währungsreserven		nominal	real 4)
	Mio €							Euro/US-\$	1. Vj. 1999=100	
2005 Dez.	- 1 163	+ 1 234	- 29 013	- 16 501	- 5 369	- 14 392	+ 7 250	1,1856	101,2	102,0
2006 Jan.	- 9 696	- 6 532	+ 3 484	- 1 844	- 41 795	+ 49 578	- 2 454	1,2103	101,8	102,7
Febr.	- 3 690	+ 390	+ 22 514	- 31 999	+ 23 321	+ 29 221	+ 1 971	1,1938	101,2	102,0
März	- 1 146	+ 2 630	+ 46 776	- 1 532	+ 33 976	+ 7 956	+ 6 375	1,2020	101,9	102,9
April	- 5 729	+ 1 144	+ 12 114	+ 1 974	- 15 304	+ 26 650	- 1 207	1,2271	103,0	104,0
Mai	- 10 571	+ 365	+ 25 600	- 6 217	+ 40 405	- 6 851	- 1 738	1,2770	104,0	104,9
Juni	+ 9 116	+ 5 310	+ 1 381	- 15 794	+ 70 440	- 54 670	+ 1 405	1,2650	104,2	105,0
Juli	- 1 220	+ 4 095	+ 8 218	- 10 783	+ 7 981	+ 12 330	- 1 311	1,2684	104,5	105,5
Aug.	- 5 883	- 2 203	+ 3 667	- 5 490	- 25 009	+ 34 984	- 818	1,2811	104,6	105,5
Sept.	+ 1 441	+ 5 582	+ 39 069	- 27 672	+ 47 288	+ 20 509	- 1 055	1,2727	104,4	105,2
Okt.	- 826	+ 5 601	+ 5 109	- 10 003	+ 37 159	- 22 107	+ 60	1,2611	103,9	104,7
Nov.	+ 4 791	+ 7 213	- 11 001	- 12 909	+ 56 896	- 54 375	+ 614	1,2881	104,5	105,3
Dez.	+ 13 685	+ 5 008	- 39 873	- 36 534	+ 26 246	- 27 696	- 1 889	1,3213	105,5	106,1
2007 Jan.	- 6 081	- 4 355	+ 43 067	- 7 412	+ 28 950	+ 24 533	- 3 004	1,2999	104,9	105,6
Febr.	- 5 749	+ 2 318	- 11 006	- 10 951	+ 14 686	- 14 221	+ 519	1,3074	105,4	106,1
März	+ 9 425	+ 9 592	- 44 024	- 5 851	+ 61 391	- 101 722	+ 2 158	1,3242	106,1	106,7
April	- 4 298	+ 4 319	+ 17 699	- 24 514	+ 11 519	+ 32 462	- 1 769	1,3516	107,1	107,8
Mai	- 14 041	+ 4 229	+ 1 122	- 13 433	+ 3 014	+ 12 253	- 713	1,3511	107,3	107,9
Juni	+ 12 648	+ 10 997	- 40 666	- 44 998	+ 63 046	- 56 791	- 1 923	1,3419	106,9	107,4
Juli	+ 3 251	+ 7 867	+ 50 629	+ 2 650	+ 23 274	+ 27 896	- 3 191	1,3716	107,6	108,1
Aug.	1,3622	107,1	107,7
Sept.	1,3896	108,2	108,9

* Quelle: EZB. — 1 S. auch Tab. XI.12 und 13, S. 75*/ 76* . — 2 Einschl. Finanzderivate. — 3 Gegenüber den Währungen der EWK-24-Gruppe. — 4 Auf Basis der Verbraucherpreise.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	Belgien	Deutsch-land	Finnland	Frank-reich	Griechen-land	Irland	Italien	Luxem-burg	Nieder-lande	Öster-reich	Portugal	Slowenien	Spanien	EWU
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾														
2004	3,0	1,1	3,7	2,5	4,7	4,4	1,2	4,9	2,2	2,3	1,5	4,4	3,3	2,0
2005	1,1	0,8	2,9	1,7	3,7	6,1	0,1	5,0	1,5	2,0	0,5	4,0	3,6	1,5
2006	3,2	2,9	5,0	2,0	...	5,7	1,9	6,1	3,0	3,3	1,3	5,2	3,9	2,8
2006 1.Vj.	3,6	3,4	4,6	2,2	4,1	6,3	2,1	6,6	3,5	4,1	1,2	5,0	3,8	2,5
2.Vj.	2,8	1,6	4,7	1,7	4,1	3,9	1,4	6,3	3,1	2,8	0,9	4,7	4,0	2,9
3.Vj.	2,5	2,7	3,2	2,0	...	8,0	1,3	6,2	2,8	3,0	1,5	5,6	3,5	2,9
4.Vj.	3,7	3,7	7,4	2,1	...	4,5	2,7	5,4	2,7	3,4	1,6	5,5	4,1	3,3
2007 1.Vj.	3,1	3,3	5,5	1,9	...	8,1	2,3	4,9	2,5	3,5	2,0	7,2	4,3	3,2
2.Vj.	2,3	2,5	4,5	1,2	...	5,4	2,0	5,0	2,6	3,5	1,6	5,9	3,9	2,5
Industrieproduktion ^{1) 2)}														
2004	3,2	3,1	5,0	2,0	1,2	0,3	- 0,3	4,0	4,1	6,3	- 2,7	4,6	1,6	2,2
2005	- 0,4	3,3	0,3	0,2	- 0,9	3,0	- 0,8	0,4	- 1,1	4,2	0,3	3,9	0,6	1,3
2006	5,1	5,9	8,1	0,9	0,5	5,1	2,6	2,3	1,2	8,2	2,7	6,5	3,9	4,0
2006 1.Vj.	6,2	5,1	4,2	0,9	0,9	2,9	3,3	5,8	3,1	5,9	1,4	6,0	2,6	3,6
2.Vj.	5,5	5,9	14,4	1,7	0,4	9,8	1,6	1,1	0,9	7,7	1,7	5,1	4,0	4,3
3.Vj.	4,0	6,4	10,2	0,7	0,0	6,3	1,3	0,0	0,2	10,1	3,5	7,8	4,2	4,2
4.Vj.	4,7	6,0	4,0	0,3	0,6	1,5	3,9	2,2	0,3	9,0	4,3	7,2	4,6	4,0
2007 1.Vj.	3,9	6,8	1,6	0,7	2,9	14,4	1,1	1,4	- 3,2	7,2	4,2	9,8	4,2	3,9
2.Vj.	1,6	5,8	0,0	0,1	0,7	- 1,4	0,6	2,7	0,4	5,2	1,6	8,2	2,4	2,6
Kapazitätsauslastung in der Industrie ³⁾														
2004	80,4	83,2	84,5	84,1	75,6	75,6	76,4	85,6	82,7	81,3	80,4	81,6	79,0	81,4
2005	79,4	82,9	84,9	83,2	72,1	74,2	76,4	82,3	82,0	81,7	80,0	82,2	80,2	81,2
2006	82,7	85,5	86,0	85,0	75,7	75,7	77,6	85,2	82,0	83,4	78,4	83,9	80,5	83,0
2006 2.Vj.	82,8	84,4	85,1	84,5	74,6	76,1	77,3	84,0	81,9	83,2	78,0	83,8	81,1	82,4
3.Vj.	83,9	86,4	88,1	85,7	77,2	76,3	78,0	86,7	81,4	84,0	79,4	84,7	79,4	83,6
4.Vj.	83,5	86,8	85,4	86,3	76,7	76,5	78,1	87,2	83,0	84,3	77,4	84,1	80,6	83,9
2007 1.Vj.	83,4	87,6	89,3	86,0	76,9	76,8	78,2	87,4	83,4	85,1	79,7	85,6	81,2	84,4
2.Vj.	83,2	88,2	86,9	86,2	76,9	77,1	78,9	88,8	83,3	85,5	81,7	86,2	81,3	84,8
3.Vj.	82,8	87,1	86,7	86,0	76,7	75,9	78,2	86,5	83,8	85,2	84,3	85,9	81,4	84,2
Arbeitslosenquote ⁴⁾														
2004	8,4	9,5	8,8	9,6	10,5	4,5	8,0	5,1	4,6	4,8	6,7	6,3	10,6	8,8
2005	8,4	9,4	8,4	9,7	9,8	4,3	7,7	4,5	4,7	5,2	7,6	6,5	9,2	8,6
2006	8,2	8,4	7,7	9,5	8,9	4,4	6,8	4,7	3,9	4,7	7,7	6,0	8,5	7,9
2007 März	7,7	6,9	6,9	8,9	8,6	4,3	6,2	5,0	3,4	4,3	8,2	5,0	8,1	7,1
April	7,9	6,6	6,9	8,9	8,4	4,3	5,9	4,9	3,2	4,4	8,3	5,0	8,1	7,0
Mai	7,8	6,5	6,8	8,8	8,4	4,4	5,9	4,9	3,3	4,3	8,2	4,9	8,1	7,0
Juni	7,7	6,5	6,8	8,7	8,4	4,4	5,9	4,9	3,3	4,3	8,2	4,9	8,1	6,9
Juli	7,7	6,4	6,9	8,7	...	4,7	...	4,9	3,2	4,3	8,2	4,9	8,0	6,9
Aug.	7,6	6,3	6,9	8,6	...	4,8	...	5,0	3,3	4,3	8,3	4,8	8,0	6,9
Sept.	7,5	4,7	4,2
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾														
2004	1,9	1,8	0,1	2,3	3,0	2,3	2,3	3,2	1,4	2,0	2,5	3,7	3,1	2,1
2005	2,5	1,9	0,8	1,9	3,5	2,2	2,2	3,8	1,5	2,1	2,1	2,5	3,4	2,2
2006	2,3	1,8	1,3	1,9	3,3	2,7	2,2	3,0	1,7	1,7	3,0	2,5	3,6	2,2
2007 März	1,8	2,0	1,6	1,2	2,8	2,9	2,1	2,4	1,9	1,9	2,4	2,6	2,5	1,9
April	1,8	2,0	1,5	1,3	2,6	2,9	1,8	2,5	1,9	1,8	2,8	2,9	2,5	1,9
Mai	1,3	2,0	1,3	1,2	2,6	2,7	1,9	2,3	2,0	1,9	2,4	3,1	2,4	1,9
Juni	1,3	2,0	1,4	1,3	2,6	2,8	1,9	2,3	1,8	1,9	2,4	3,8	2,5	1,9
Juli	1,3	2,0	1,6	1,2	2,7	2,7	1,7	2,0	1,4	2,0	2,3	4,0	2,3	1,8
Aug.	1,2	2,0	1,3	1,3	2,7	2,3	1,7	1,9	1,1	1,7	1,9	3,4	2,2	1,7
Sept.	1,4	2,7	1,7	1,6	3,0	2,9	1,7	2,5	1,3	2,1	2,0	3,6	2,7	2,1
Staatlicher Finanzierungssaldo ⁶⁾														
2004	0,0	- 3,8	2,3	- 3,6	- 7,9	1,4	- 3,5	- 1,2	- 1,8	- 1,2	- 3,3	- 2,3	- 0,2	- 2,8
2005	- 2,3	- 3,4	2,7	- 3,0	- 5,5	1,0	- 4,2	- 0,3	- 0,3	- 1,6	- 6,1	- 1,5	1,1	- 2,6
2006	0,2	- 1,6	3,9	- 2,5	- 2,6	2,9	- 4,4	0,1	0,6	- 1,1	- 3,9	- 1,4	1,8	- 1,6
Staatliche Verschuldung ⁶⁾														
2004	94,3	65,6	44,1	64,3	108,5	29,7	103,8	6,6	52,6	63,9	58,2	28,9	46,2	69,6
2005	93,2	67,8	41,4	66,2	107,5	27,4	106,2	6,1	52,7	63,5	63,6	28,4	43,2	70,5
2006	89,1	67,5	39,1	63,9	104,6	24,9	106,8	6,8	48,7	62,2	64,7	27,8	39,9	68,8

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemitteilungen und sind vorläufig. — 1 Veränderung gegen Vorjahrszeitraum in Prozent; Bruttoinlandsprodukt Griechenlands, Portugals und der EWU aus saisonbereinigten Werten berechnet. — 2 Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie; arbeitstäglich bereinigt. — 3 Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im

Quartal. — 4 Standardisiert, in Prozent der zivilen Erwerbsspersonen; saisonbereinigt. — 5 Ab Januar 2007 einschl. Slowenien. — 6 In Prozent des Bruttoinlandsprodukts; Maastricht-Definition; EWU-Aggregat: Europäische Zentralbank, Mitgliedstaaten: Europäische Kommission. Die hier für Deutschland bereits ausgewiesenen Ergebnisse der VGR-Revision vom August 2007, Defizit und Bruttoinlandsprodukt betreffend, sind in der Berechnung des Aggregats noch nicht berücksichtigt.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *) a) Europäische Währungsunion¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2006 Jan.	127,9	106,0	20,7	21,9	27,0	- 12,3	112,3	124,6	8,4	6,2	0,7	0,7	0,8
Febr.	92,8	109,6	28,3	- 16,8	- 7,2	- 26,1	18,6	44,7	57,9	12,4	0,3	25,0	20,2
März	141,9	129,1	44,7	12,8	8,7	0,4	71,6	71,2	48,1	17,6	0,8	21,8	7,9
April	162,3	161,5	64,1	0,7	0,1	- 16,4	79,5	95,9	25,7	14,9	0,4	17,9	- 7,4
Mai	43,2	71,4	3,9	- 28,2	- 17,7	6,4	49,8	43,4	28,1	10,4	1,3	21,8	- 5,4
Juni	52,2	47,8	- 30,1	4,4	1,8	70,3	- 49,7	-119,9	48,0	10,9	1,2	21,8	14,1
Juli	69,4	89,8	13,5	- 20,4	- 16,6	3,9	83,6	79,7	47,6	9,2	1,2	16,3	20,9
Aug.	- 14,1	12,7	- 5,3	- 26,8	- 21,2	- 19,0	1,6	20,6	5,3	2,4	1,5	5,5	- 4,1
Sept.	126,9	134,5	21,8	- 7,6	- 13,7	17,2	120,5	103,3	28,2	4,3	1,4	14,4	8,2
Okt.	81,4	84,5	30,5	- 3,1	- 5,8	25,8	118,1	92,2	51,3	15,8	2,1	29,0	4,4
Nov.	110,7	105,9	11,6	4,8	6,5	69,2	144,7	75,5	28,3	10,6	2,6	23,0	- 7,9
Dez.	- 8,2	44,6	2,3	- 52,8	- 58,6	81,1	51,4	- 29,7	50,3	24,1	2,1	18,7	5,5
2007 Jan.	120,5	103,2	14,9	17,3	21,2	- 22,9	143,9	166,9	14,4	4,0	1,9	7,8	0,7
Febr.	70,9	69,5	3,3	1,4	4,3	40,6	124,9	84,4	53,0	2,8	1,9	39,9	8,4
März	146,6	154,5	46,8	- 7,9	- 6,5	84,3	125,6	41,2	90,2	31,3	0,9	28,1	29,8
April	153,1	169,7	77,7	- 16,6	- 17,0	- 39,9	151,4	191,2	26,8	12,9	0,3	17,6	- 4,0
Mai	136,2	105,4	30,5	30,8	36,4	- 14,3	77,3	91,6	8,8	16,5	- 0,2	20,8	- 28,3
Juni	91,9	98,1	- 21,3	- 6,1	- 5,7	36,4	- 20,7	- 57,1	87,2	20,1	0,7	31,0	35,4
Juli	85,4	107,8	7,0	- 22,4	- 23,9	21,6	79,6	58,0	48,7	14,3	0,8	11,6	22,0
Aug.	- 2,3	34,6	- 4,3	- 36,8	- 30,3	- 52,8	- 12,1	40,7	11,7	- 2,8	0,2	9,7	4,6

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2006 Jan.	38,3	30,0	13,0	8,3	6,2	9,1	36,9	27,8	6,7	0,9	0,7	4,7	0,4
Febr.	0,2	12,8	4,7	- 12,6	- 3,2	- 7,1	6,9	14,0	17,0	5,3	0,3	6,2	5,2
März	19,0	16,8	9,3	2,1	2,0	3,0	17,9	14,9	- 0,1	- 0,0	0,8	- 4,1	3,2
April	44,8	45,1	30,1	- 0,4	- 1,6	9,7	10,3	0,6	2,4	4,2	0,2	- 3,3	1,2
Mai	- 3,7	- 9,6	- 6,9	5,9	13,4	- 4,6	6,2	10,8	3,1	1,7	1,1	4,9	- 4,6
Juni	- 31,3	- 16,3	- 18,3	- 15,0	- 11,3	58,4	39,5	- 18,9	7,5	1,5	1,3	0,2	4,5
Juli	- 6,9	- 5,4	- 0,6	- 1,5	- 2,5	2,7	- 11,0	- 13,7	14,6	2,2	1,1	2,4	8,9
Aug.	- 4,3	3,9	0,6	- 8,2	- 4,2	- 4,9	1,1	6,1	- 3,1	2,9	1,5	- 4,9	- 2,6
Sept.	23,7	32,8	9,5	- 9,1	- 7,9	14,9	32,8	17,8	- 5,8	0,4	1,2	- 4,2	- 3,3
Okt.	4,2	- 0,7	5,1	4,9	1,2	- 4,6	- 5,1	- 0,5	5,1	- 0,1	2,1	- 0,9	4,0
Nov.	12,6	5,5	7,3	7,2	6,6	42,0	42,1	0,1	- 0,8	1,3	2,6	- 0,3	- 4,3
Dez.	- 40,7	- 22,9	4,2	- 17,8	- 14,9	43,0	25,4	- 17,6	5,2	3,9	2,0	- 0,0	- 0,7
2007 Jan.	36,3	25,6	12,0	10,7	12,2	- 11,2	17,8	29,0	18,7	- 0,2	1,8	5,8	11,3
Febr.	- 7,0	0,8	- 7,1	- 7,8	- 3,4	5,7	26,9	21,2	5,7	0,8	2,0	- 0,6	3,5
März	10,4	14,4	6,4	- 4,0	2,2	14,9	20,6	5,7	- 5,3	- 0,8	1,5	- 4,5	- 1,4
April	32,6	33,4	35,6	- 0,9	- 2,8	- 12,4	25,2	37,6	8,8	2,8	0,2	3,6	2,2
Mai	- 13,9	- 16,0	- 15,2	2,1	5,0	- 2,5	10,9	13,4	- 2,3	- 0,0	- 0,2	6,6	- 8,6
Juni	- 27,5	- 11,9	- 24,8	- 15,6	- 10,1	58,7	24,1	- 34,6	9,6	2,1	0,6	- 3,8	10,7
Juli	7,2	7,3	5,8	- 0,1	- 5,4	17,4	13,1	- 4,3	9,7	1,4	0,6	- 0,7	8,4
Aug.	- 3,9	13,9	- 3,8	- 17,8	- 11,9	- 10,1	5,6	15,7	- 10,3	0,2	0,2	- 8,8	- 1,8

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (s. dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 112). — 1 Quelle: EZB. — 2 Abzüglich Bestand der

MFIs. — 3 Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. — 4 Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. — 5 Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). — 6 In Deutschland nur Spareinlagen. — 7 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. — 8 Abzüglich

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)										Zeit		
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2						Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)	Repo-geschäfte		Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)
				zusammen	Geldmenge M1			Bargeld-umlauf	täglich fällige Einlagen 5)						
					zusammen	Bargeld-umlauf	täglich fällige Einlagen 5)								
18,0	83,0	-	6,1	- 26,6	- 35,2	- 12,0	- 23,2	- 7,9	16,4	15,2	6,6	10,9	2006 Jan.		
8,0	- 29,5	-	30,2	- 20,3	- 2,5	4,0	- 6,5	19,4	3,4	- 2,1	3,2	8,8	Febr.		
- 6,5	31,2	-	69,4	59,0	27,9	7,4	20,5	29,3	1,8	1,0	- 0,8	10,3	März		
- 10,5	0,2	-	130,5	106,1	65,9	8,1	57,8	41,7	- 1,5	13,9	10,1	0,4	April		
- 15,4	- 1,2	-	38,0	7,4	18,9	3,3	15,6	- 10,7	- 0,8	7,8	9,9	12,9	Mai		
41,1	- 3,9	-	37,2	63,9	47,6	10,1	37,5	19,0	- 2,8	- 11,6	- 5,2	- 9,8	Juni		
- 13,1	25,2	-	13,6	- 4,3	- 25,6	9,0	- 34,6	24,4	- 3,1	5,3	12,0	0,6	Juli		
- 9,5	- 43,2	-	14,3	- 21,2	- 56,6	- 3,7	- 52,9	35,4	0,1	14,5	2,7	18,3	Aug.		
18,0	5,2	-	92,5	96,8	64,7	4,2	60,5	36,0	- 3,8	- 1,2	- 4,9	1,8	Sept.		
- 9,8	38,4	-	27,3	12,1	- 17,9	3,9	- 21,8	37,0	- 7,1	- 2,5	2,2	15,5	Okt.		
0,8	69,2	-	81,7	68,8	47,9	4,4	43,5	29,0	- 8,2	- 0,4	13,2	0,1	Nov.		
- 36,5	- 107,9	-	167,0	201,5	139,9	20,7	119,2	47,7	13,9	- 12,8	- 22,1	0,4	Dez.		
11,2	66,6	-	5,4	- 59,9	- 83,4	- 17,0	- 66,4	23,1	0,4	14,2	28,9	22,2	2007 Jan.		
19,0	3,2	-	36,1	7,3	- 6,5	3,1	- 9,6	25,1	- 11,3	6,6	11,5	10,7	Febr.		
- 5,4	- 15,4	-	161,5	125,3	62,1	9,7	52,4	65,4	- 2,2	13,2	14,1	8,9	März		
- 10,2	25,5	-	71,2	52,0	18,5	6,3	12,2	41,0	- 7,5	- 0,1	18,0	1,4	April		
26,2	11,1	-	75,8	45,2	22,9	2,8	20,1	26,1	- 3,8	3,4	15,6	11,6	Mai		
21,6	- 54,8	-	74,4	95,1	66,7	7,3	59,3	34,5	- 6,1	- 4,5	- 2,6	- 13,6	Juni		
- 42,7	49,2	-	51,8	34,5	- 17,1	8,0	- 25,1	61,7	- 10,2	5,6	13,7	- 1,9	Juli		
- 6,2	- 74,0	-	13,5	- 12,5	- 74,2	- 2,3	- 71,9	69,3	- 7,6	10,4	- 7,0	22,6	Aug.		

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse			VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)									Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	Bargeldumlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge					Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)	
					täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)				
2,0	30,8	0,7	- 2,9	7,9	2,7	0,3	- 1,3	7,9	0,6	- 1,0	2006 Jan.		
- 6,2	- 15,9	2,0	0,5	- 1,8	- 2,8	0,7	- 0,4	2,2	0,6	- 2,1	Febr.		
1,8	3,8	0,5	2,4	16,4	8,1	1,3	- 2,0	7,4	- 0,1	1,7	März		
- 0,2	34,1	0,4	2,0	18,1	9,3	12,7	- 1,9	- 1,4	- 0,1	0,7	April		
1,7	- 17,8	0,8	1,2	4,8	4,5	0,5	- 3,5	0,6	0,4	2,2	Mai		
1,9	14,5	1,1	2,7	3,3	3,4	4,9	- 2,6	- 1,4	0,9	- 1,9	Juni		
1,0	- 3,3	0,6	2,6	- 16,5	- 9,8	4,6	- 4,0	- 5,6	- 0,7	- 1,0	Juli		
3,0	- 16,6	2,7	- 1,0	7,5	- 6,8	9,8	- 4,5	4,8	- 0,2	4,4	Aug.		
2,3	29,5	2,0	0,4	12,7	0,7	10,5	- 3,8	3,2	- 0,6	2,7	Sept.		
- 2,8	6,1	0,6	1,3	- 8,8	- 6,8	8,6	- 4,8	- 6,0	0,0	0,1	Okt.		
2,1	29,2	- 0,1	1,8	24,1	28,0	7,3	- 6,2	- 4,5	- 0,2	0,3	Nov.		
- 2,9	- 11,7	- 2,0	5,4	11,8	4,3	15,7	- 3,1	- 10,5	- 0,2	0,6	Dez.		
- 1,9	0,1	1,1	- 4,3	8,3	- 1,1	2,7	- 6,2	8,0	0,2	4,7	2007 Jan.		
0,2	- 12,3	1,1	0,7	5,1	- 0,6	4,2	- 3,9	4,7	- 0,7	1,5	Febr.		
- 0,3	15,9	1,0	2,5	15,0	3,8	8,1	- 3,3	0,1	1,2	5,0	März		
0,3	1,3	0,0	2,2	9,8	- 2,6	17,4	- 4,1	- 0,4	- 0,0	0,5	April		
5,2	- 29,5	2,9	- 0,0	10,2	8,3	6,4	- 4,2	- 1,5	0,3	0,9	Mai		
0,9	- 1,1	1,2	2,6	21,9	9,8	12,3	- 4,1	3,2	1,5	0,7	Juni		
- 7,3	18,7	0,5	2,3	3,5	2,7	9,3	- 5,8	- 7,0	- 0,4	4,7	Juli		
- 0,3	- 19,9	2,3	- 0,9	16,5	- 7,5	26,9	- 3,9	2,7	- 3,8	2,2	Aug.		

Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere. — 9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. — 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder

M3 vergleichbar. — 11 Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva										Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen	
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet			sonstige Aktiv- positionen
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen				öffentliche Haushalte						
		zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 2)	Aktien und sonstige Dividenden- werte	zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 3)					
Europäische Währungsunion (Mrd €) ¹⁾													
2005 Juli	17 103,2	11 572,0	9 202,8	7 982,2	507,2	713,4	2 369,1	830,8	1 538,3	3 728,3	1 802,9		
Aug.	17 069,9	11 566,3	9 205,2	7 984,8	506,0	714,4	2 361,1	827,2	1 533,9	3 717,9	1 785,7		
Sept.	17 308,3	11 669,2	9 310,1	8 073,4	507,0	729,7	2 359,1	832,9	1 526,2	3 830,8	1 808,3		
Okt.	17 442,4	11 766,5	9 370,1	8 140,3	523,6	706,2	2 396,5	830,1	1 566,4	3 885,5	1 790,4		
Nov.	17 887,3	11 956,0	9 480,0	8 223,5	544,6	711,8	2 476,0	824,4	1 651,6	4 056,4	1 875,0		
Dez.	17 870,7	11 992,3	9 549,8	8 285,7	553,6	710,5	2 442,5	847,5	1 595,0	3 989,7	1 888,7		
2006 Jan.	18 162,0	12 129,8	9 670,4	8 384,4	558,0	728,0	2 459,4	842,3	1 617,2	4 088,8	1 943,4		
Febr.	18 295,2	12 227,2	9 784,4	8 467,1	569,6	747,7	2 442,8	832,8	1 610,0	4 137,4	1 930,5		
März	18 450,2	12 355,4	9 910,3	8 550,1	575,8	784,4	2 445,2	836,7	1 608,5	4 174,1	1 920,8		
April	18 671,1	12 506,1	10 065,7	8 642,7	587,0	836,0	2 440,4	837,2	1 603,2	4 217,4	1 947,6		
Mai	18 748,8	12 533,3	10 127,7	8 706,5	595,3	825,9	2 405,5	826,7	1 578,9	4 247,6	1 967,9		
Juni	18 712,1	12 574,4	10 172,0	8 783,0	602,4	786,6	2 402,4	829,3	1 573,1	4 192,7	1 945,1		
Juli	18 838,8	12 649,5	10 264,5	8 857,7	614,5	792,3	2 385,0	826,3	1 558,7	4 284,2	1 905,1		
Aug.	18 860,3	12 647,3	10 287,3	8 874,1	613,9	799,3	2 360,0	820,7	1 539,4	4 280,2	1 932,9		
Sept.	19 232,3	12 768,7	10 413,4	8 983,9	620,2	809,3	2 355,2	824,0	1 531,3	4 418,2	2 045,3		
Okt.	19 416,4	12 850,0	10 500,2	9 036,7	634,9	828,6	2 349,7	825,9	1 523,8	4 540,9	2 025,5		
Nov.	19 715,5	12 945,4	10 592,9	9 118,2	638,2	836,5	2 352,5	824,1	1 528,4	4 620,9	2 149,2		
Dez.	19 743,5	12 933,3	10 639,1	9 161,0	648,3	829,9	2 294,2	830,2	1 464,0	4 681,5	2 128,7		
2007 Jan.	20 097,3	13 086,0	10 769,5	9 276,4	646,8	846,3	2 316,5	826,1	1 490,5	4 851,0	2 160,3		
Febr.	20 284,1	13 153,7	10 834,7	9 337,6	660,6	836,5	2 319,0	823,0	1 496,0	4 941,4	2 189,1		
März	20 649,7	13 296,0	10 987,2	9 441,6	687,9	857,6	2 308,8	821,1	1 487,7	5 044,2	2 309,5		
April	20 919,1	13 442,3	11 151,9	9 526,6	708,5	916,8	2 290,4	821,4	1 469,0	5 157,9	2 318,9		
Mai	21 217,6	13 585,8	11 264,8	9 600,8	736,0	928,0	2 321,0	815,9	1 505,1	5 255,2	2 376,7		
Juni	21 398,4	13 666,5	11 353,0	9 712,2	760,4	880,4	2 313,5	815,9	1 497,6	5 226,6	2 505,3		
Juli	21 461,0	13 744,9	11 453,3	9 810,1	777,7	865,5	2 291,6	817,5	1 474,1	5 284,8	2 431,3		
Aug.	21 452,0	13 741,9	11 485,4	9 848,6	783,0	853,8	2 256,5	810,9	1 445,5	5 276,5	2 433,7		
Deutscher Beitrag (Mrd €)													
2005 Juli	4 665,0	3 400,1	2 646,8	2 288,6	80,4	277,9	753,2	455,8	297,4	1 091,8	173,1		
Aug.	4 654,8	3 402,2	2 648,8	2 288,2	80,1	280,4	753,4	452,6	300,8	1 079,7	172,9		
Sept.	4 684,5	3 407,5	2 666,3	2 303,8	80,2	282,3	741,2	447,7	293,5	1 103,6	173,4		
Okt.	4 699,9	3 417,0	2 676,6	2 311,6	82,1	282,9	740,4	449,3	291,1	1 106,4	176,5		
Nov.	4 722,5	3 421,6	2 678,8	2 308,0	83,5	287,3	742,8	441,6	301,2	1 117,8	183,1		
Dez.	4 667,4	3 412,0	2 673,6	2 291,3	87,7	294,6	738,4	443,8	294,6	1 080,6	174,8		
2006 Jan.	4 754,2	3 463,2	2 717,0	2 321,5	88,4	307,1	746,2	445,9	300,3	1 120,2	170,8		
Febr.	4 765,6	3 463,1	2 729,4	2 329,2	91,1	309,1	733,7	436,5	297,2	1 134,2	168,3		
März	4 791,8	3 478,9	2 743,5	2 334,6	93,4	315,5	735,4	436,5	298,9	1 145,0	167,9		
April	4 843,7	3 522,5	2 787,6	2 348,9	94,5	344,2	734,8	437,6	297,2	1 146,9	174,3		
Mai	4 843,9	3 518,0	2 777,3	2 346,0	95,5	335,8	740,7	430,1	310,6	1 145,4	180,5		
Juni	4 844,8	3 486,3	2 760,6	2 347,5	103,3	309,8	725,7	426,5	299,2	1 183,7	174,8		
Juli	4 829,6	3 481,0	2 755,7	2 342,0	103,9	309,7	725,3	428,3	297,0	1 174,3	174,3		
Aug.	4 821,6	3 477,1	2 759,4	2 344,8	103,6	310,9	717,7	424,2	293,5	1 172,0	172,5		
Sept.	4 884,7	3 497,1	2 788,4	2 367,7	108,4	312,3	708,7	420,2	288,5	1 209,8	177,8		
Okt.	4 886,3	3 500,9	2 787,3	2 361,5	112,9	313,0	713,6	423,2	290,4	1 204,4	181,0		
Nov.	4 933,0	3 510,9	2 790,3	2 357,2	117,9	315,2	720,6	423,7	296,9	1 234,4	187,7		
Dez.	4 922,2	3 466,6	2 764,1	2 327,2	120,7	316,2	702,4	420,8	281,6	1 258,1	197,5		
2007 Jan.	4 972,0	3 501,3	2 788,2	2 343,3	118,1	326,9	713,1	419,4	293,6	1 279,4	191,3		
Febr.	4 987,2	3 491,8	2 786,6	2 349,6	120,5	316,5	705,2	415,0	290,2	1 300,8	194,5		
März	5 010,4	3 500,9	2 800,3	2 357,3	123,5	319,5	700,6	408,3	292,4	1 316,2	193,3		
April	5 064,5	3 530,4	2 830,8	2 353,3	130,1	347,4	699,6	410,1	289,5	1 333,0	201,1		
Mai	5 076,7	3 516,3	2 814,6	2 352,1	131,6	330,9	701,7	407,3	294,5	1 346,5	213,9		
Juni	5 070,7	3 488,8	2 801,2	2 364,9	133,7	302,6	687,6	402,2	285,3	1 368,3	213,5		
Juli	5 084,0	3 494,2	2 806,6	2 365,9	139,8	300,9	687,6	407,6	280,0	1 377,5	212,4		
Aug.	5 097,5	3 490,3	2 820,4	2 383,6	141,2	295,6	669,8	401,7	268,1	1 387,0	220,3		

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosystem). — 1 Quelle: EZB. — 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unternehmen. — 3 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarkt-

papiere von öffentlichen Haushalten. — 4 Euro-Bargeldumlauf (s. auch Anm. 8, S. 12*). Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der Bundesbank entsprechend

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva											Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen								
			zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)			
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten		
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)											
506,4	6 942,6	6 510,2	6 577,6	2 654,9	922,2	77,7	1 438,9	1 394,4	89,5	2005 Juli	
500,9	6 866,4	6 473,6	6 543,2	2 605,8	933,7	78,0	1 440,7	1 396,6	88,4	Aug.	
507,1	6 956,1	6 545,1	6 614,2	2 653,1	950,0	83,3	1 443,5	1 397,4	86,9	Sept.	
510,5	6 994,2	6 582,5	6 649,0	2 667,4	962,3	83,5	1 453,2	1 396,3	86,2	Okt.	
514,5	7 025,7	6 602,2	6 669,7	2 683,8	955,2	86,9	1 463,5	1 393,8	86,4	Nov.	
532,8	7 178,0	6 776,7	6 833,5	2 761,4	985,8	90,2	1 498,4	1 410,4	87,3	Dez.	
520,8	7 190,8	6 760,8	6 827,5	2 745,9	974,5	91,0	1 504,2	1 424,0	87,9	2006 Jan.	
524,8	7 224,4	6 773,0	6 850,7	2 734,7	990,4	94,7	1 517,3	1 425,4	88,2	Febr.	
532,2	7 291,9	6 848,9	6 928,7	2 761,3	1 009,8	97,9	1 544,3	1 426,3	89,0	März	
540,3	7 378,4	6 941,9	7 018,3	2 802,8	1 044,5	99,7	1 558,1	1 423,9	89,4	April	
543,6	7 381,3	6 957,9	7 027,1	2 819,0	1 025,0	102,1	1 567,8	1 422,5	90,7	Mai	
553,7	7 494,2	7 031,0	7 094,4	2 860,6	1 038,9	104,5	1 579,1	1 419,3	91,9	Juni	
562,7	7 478,0	7 025,7	7 091,9	2 827,7	1 059,6	107,6	1 588,3	1 415,6	93,1	Juli	
559,0	7 454,2	7 008,1	7 080,5	2 780,8	1 090,6	109,5	1 590,7	1 414,2	94,6	Aug.	
563,2	7 568,4	7 090,5	7 173,0	2 837,7	1 122,2	113,4	1 593,4	1 410,4	95,9	Sept.	
567,1	7 582,0	7 115,3	7 192,2	2 809,6	1 152,3	119,4	1 609,2	1 403,7	98,0	Okt.	
571,5	7 646,2	7 176,6	7 241,4	2 838,1	1 165,4	124,6	1 617,3	1 395,3	100,7	Nov.	
592,2	7 816,5	7 375,3	7 445,8	2 961,1	1 209,5	123,7	1 640,9	1 407,8	102,7	Dez.	
575,6	7 815,2	7 354,2	7 435,6	2 909,5	1 235,7	129,6	1 647,5	1 408,0	105,4	2007 Jan.	
578,7	7 839,6	7 363,6	7 440,8	2 900,3	1 250,8	136,5	1 649,5	1 396,5	107,3	Febr.	
588,4	7 980,2	7 496,8	7 589,8	2 956,5	1 304,2	146,2	1 680,7	1 394,0	108,2	März	
594,7	8 023,0	7 548,5	7 637,9	2 962,0	1 339,0	148,9	1 692,7	1 386,7	108,5	April	
597,6	8 113,2	7 601,9	7 690,7	2 979,7	1 357,1	152,5	1 709,6	1 383,5	108,3	Mai	
604,9	8 240,6	7 709,9	7 794,3	3 037,4	1 384,0	156,7	1 729,6	1 377,6	109,0	Juni	
612,9	8 238,3	7 735,1	7 827,6	3 006,0	1 437,6	162,7	1 743,4	1 368,1	109,8	Juli	
610,5	8 215,4	7 722,8	7 812,0	2 936,0	1 497,2	168,2	1 740,8	1 359,9	110,0	Aug.	
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
136,3	2 289,1	2 221,5	2 185,0	688,3	189,1	16,0	690,0	515,3	86,4	2005 Juli	
135,2	2 290,5	2 224,1	2 185,3	689,5	189,8	15,7	690,5	514,4	85,4	Aug.	
136,2	2 296,5	2 229,3	2 191,8	697,8	189,7	15,9	690,1	514,4	83,9	Sept.	
137,2	2 298,5	2 231,2	2 195,7	699,1	194,3	16,3	689,4	513,4	83,2	Okt.	
139,3	2 315,7	2 249,4	2 211,4	714,1	193,8	16,6	691,3	512,2	83,5	Nov.	
143,5	2 329,5	2 260,2	2 222,9	706,0	201,4	17,0	695,1	519,2	84,2	Dez.	
140,6	2 334,4	2 263,0	2 225,0	709,0	199,9	17,3	695,9	518,0	84,9	2006 Jan.	
141,1	2 331,8	2 266,9	2 225,6	704,7	199,3	17,6	701,3	517,5	85,2	Febr.	
143,5	2 341,2	2 273,7	2 232,7	714,4	197,9	17,8	701,1	515,5	86,0	März	
145,5	2 365,1	2 296,3	2 255,8	723,6	209,2	18,1	705,1	513,7	86,2	April	
146,8	2 370,8	2 302,7	2 252,2	725,2	204,7	18,5	706,4	510,2	87,3	Mai	
149,5	2 381,2	2 310,1	2 255,7	727,5	205,4	18,9	707,8	507,5	88,6	Juni	
152,1	2 376,3	2 306,2	2 251,2	718,5	209,9	19,4	710,2	503,6	89,7	Juli	
151,1	2 382,7	2 308,9	2 254,5	712,8	218,4	19,9	713,1	499,1	91,2	Aug.	
151,5	2 392,8	2 315,6	2 261,1	714,0	227,0	20,5	711,9	495,3	92,4	Sept.	
152,9	2 389,1	2 314,9	2 264,0	709,2	236,2	21,8	711,7	490,5	94,5	Okt.	
154,7	2 423,5	2 346,4	2 286,5	733,7	235,9	22,6	712,8	484,4	97,1	Nov.	
160,1	2 449,6	2 375,2	2 311,5	735,3	249,6	23,1	716,6	487,7	99,1	Dez.	
155,7	2 445,2	2 372,5	2 313,6	737,8	252,4	24,2	716,6	481,6	100,9	2007 Jan.	
156,4	2 447,5	2 373,6	2 314,3	735,9	255,1	25,4	717,3	477,6	102,9	Febr.	
158,9	2 456,2	2 381,8	2 323,9	740,7	261,0	26,6	716,7	474,4	104,4	März	
161,1	2 470,3	2 398,3	2 336,5	737,5	276,8	27,7	719,5	470,3	104,6	April	
161,1	2 485,8	2 408,2	2 340,0	744,1	277,2	28,7	719,4	466,2	104,4	Mai	
163,7	2 507,3	2 427,9	2 359,0	755,7	284,4	30,2	721,5	462,2	105,0	Juni	
166,0	2 508,5	2 434,9	2 365,2	756,8	291,7	31,7	722,9	456,5	105,6	Juli	
165,1	2 524,5	2 451,5	2 377,8	751,5	311,8	32,7	723,4	452,7	105,8	Aug.	

dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu Anm. 3 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit der

Position „Intra-Eurosystem- Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (s. „sonstige Passivpositionen“). — 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. — 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	noch: Passiva											Begebene Schuld-				
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)		insgesamt darunter: auf Euro	
	öffentliche Haushalte															
	Zentral- staaten	sonstige öffentliche Haushalte			mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)			insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	insgesamt	darunter: auf Euro		
	zusammen	täglich fällig	bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten									
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)																
2005 Juli	210,8	154,3	87,2	40,8	1,6	20,3	3,9	0,5	238,6	235,3	635,1	2 249,8	1 742,0			
Aug.	166,8	156,4	89,4	40,8	1,5	20,0	4,2	0,4	249,2	245,4	639,7	2 263,5	1 745,9			
Sept.	182,4	159,4	90,8	42,5	1,5	19,9	4,2	0,4	234,4	230,8	631,5	2 284,1	1 755,1			
Okt.	179,4	165,8	100,0	40,0	1,3	19,9	4,2	0,4	241,4	237,7	628,9	2 316,0	1 776,2			
Nov.	185,1	170,9	104,4	40,5	1,3	20,2	4,0	0,4	239,3	235,9	629,6	2 334,1	1 774,6			
Dez.	173,6	171,0	100,5	44,4	1,1	20,9	3,7	0,4	221,9	219,1	615,8	2 322,6	1 760,6			
2006 Jan.	191,6	171,7	101,4	44,3	1,1	20,9	3,6	0,4	237,0	233,7	608,4	2 337,1	1 772,6			
Febr.	199,6	174,1	103,1	45,1	1,1	20,8	3,6	0,4	235,0	231,4	610,2	2 380,6	1 799,4			
März	193,1	170,1	94,8	49,3	1,2	20,9	3,6	0,4	235,9	231,6	603,1	2 402,7	1 827,1			
April	182,6	177,5	99,6	51,8	1,2	21,0	3,4	0,4	249,7	246,0	613,1	2 411,4	1 836,6			
Mai	167,2	187,0	104,2	56,1	1,3	21,4	3,5	0,4	258,2	253,7	621,6	2 437,0	1 852,7			
Juni	207,4	192,4	106,7	59,0	1,3	21,5	3,4	0,4	245,1	241,4	616,5	2 455,3	1 864,0			
Juli	194,3	191,8	106,2	59,3	1,2	21,4	3,2	0,4	250,5	246,7	627,4	2 469,7	1 872,3			
Aug.	184,8	188,8	101,6	60,9	1,3	21,4	3,2	0,4	264,9	260,7	639,7	2 489,8	1 887,7			
Sept.	202,9	192,6	104,0	61,8	1,6	21,6	3,2	0,4	263,8	259,7	645,6	2 509,2	1 896,2			
Okt.	193,1	196,7	108,8	61,2	1,7	21,6	3,0	0,4	261,3	255,8	644,7	2 554,3	1 930,0			
Nov.	193,9	210,9	116,3	67,1	1,7	22,6	2,9	0,4	260,8	256,8	636,9	2 569,7	1 949,2			
Dez.	157,9	212,8	114,5	70,4	2,1	22,6	2,7	0,4	248,0	244,8	614,1	2 587,9	1 958,5			
2007 Jan.	170,4	209,2	112,1	68,8	2,4	22,8	2,6	0,4	262,3	258,7	641,5	2 625,3	1 984,5			
Febr.	189,5	209,4	111,5	69,6	2,4	22,8	2,6	0,4	268,8	264,1	652,5	2 668,2	2 024,7			
März	183,8	206,6	107,5	71,2	2,5	22,4	2,5	0,4	282,0	277,3	666,3	2 701,6	2 053,4			
April	173,6	211,5	111,6	72,2	2,5	22,3	2,5	0,4	281,8	276,6	682,3	2 710,9	2 058,6			
Mai	199,8	222,6	117,1	77,8	2,6	22,5	2,3	0,4	285,2	280,4	702,5	2 749,1	2 081,8			
Juni	221,4	224,9	116,3	80,1	3,5	22,3	2,2	0,5	282,1	277,8	699,6	2 766,0	2 082,5			
Juli	179,3	231,4	121,9	81,1	3,6	22,3	2,1	0,5	287,7	282,5	712,6	2 771,9	2 086,8			
Aug.	173,1	230,3	116,3	85,6	3,7	22,3	2,0	0,5	298,1	292,9	706,1	2 805,0	2 117,9			
Deutscher Beitrag (Mrd €)																
2005 Juli	41,7	62,4	18,5	22,4	0,6	18,1	2,3	0,5	26,7	26,7	33,8	892,6	682,4			
Aug.	41,6	63,6	19,1	23,1	0,6	17,7	2,6	0,4	30,6	30,6	34,0	893,4	678,4			
Sept.	42,1	62,6	18,0	23,2	0,6	17,7	2,6	0,4	28,0	28,0	33,5	894,6	678,1			
Okt.	40,9	61,9	19,6	20,9	0,6	17,7	2,6	0,4	32,3	32,3	31,1	896,4	679,9			
Nov.	40,7	63,6	20,3	21,9	0,6	18,0	2,3	0,4	33,2	33,2	30,1	894,0	668,9			
Dez.	41,6	65,1	19,8	24,1	0,6	18,2	2,0	0,4	19,5	19,5	30,1	883,3	660,2			
2006 Jan.	43,6	65,8	19,2	25,4	0,7	18,3	1,9	0,4	27,4	27,4	29,4	889,1	664,7			
Febr.	37,5	68,7	20,9	26,5	0,7	18,3	1,9	0,4	29,6	29,6	30,0	896,4	665,8			
März	39,3	69,2	19,1	28,9	0,7	18,4	1,8	0,4	37,0	37,0	29,9	890,1	663,4			
April	39,1	70,2	18,9	29,8	0,8	18,5	1,8	0,4	35,6	35,6	29,8	882,1	656,5			
Mai	40,8	77,8	21,7	34,2	0,8	18,8	1,9	0,4	37,0	37,0	30,3	886,4	657,8			
Juni	42,7	82,9	22,8	38,0	0,9	18,9	1,9	0,4	35,7	35,7	31,2	893,5	663,3			
Juli	43,7	81,4	22,0	37,7	0,8	18,7	1,8	0,4	30,1	30,1	30,5	895,0	662,6			
Aug.	46,7	81,4	21,2	38,3	0,9	18,8	1,9	0,4	34,9	34,9	30,3	893,6	661,1			
Sept.	49,1	82,6	20,9	39,3	1,1	18,9	1,9	0,4	38,1	38,1	29,7	896,8	663,1			
Okt.	46,3	78,8	19,0	37,4	1,2	19,1	1,8	0,4	32,1	32,1	29,7	896,1	657,2			
Nov.	48,4	88,6	22,1	44,0	1,2	19,2	1,7	0,4	27,5	27,5	29,5	889,7	654,0			
Dez.	45,5	92,6	24,8	45,1	1,5	19,1	1,6	0,4	17,1	17,1	29,3	888,7	646,5			
2007 Jan.	43,7	88,0	21,3	43,7	1,8	19,1	1,6	0,4	25,0	25,0	29,5	903,2	655,3			
Febr.	43,8	89,4	22,4	43,9	1,9	19,2	1,6	0,4	29,7	29,7	28,3	901,1	655,8			
März	43,4	88,9	21,3	44,8	1,9	18,9	1,6	0,4	29,8	29,8	29,5	899,9	659,5			
April	43,6	90,1	22,1	45,3	1,8	18,9	1,5	0,4	29,4	29,4	28,5	898,9	663,0			
Mai	48,9	97,0	23,9	50,3	1,9	19,0	1,4	0,4	28,0	28,0	28,8	907,9	667,6			
Juni	49,7	98,5	22,1	52,9	2,8	18,9	1,3	0,5	32,7	32,7	30,3	902,7	658,2			
Juli	43,0	100,4	23,6	53,3	2,9	18,9	1,2	0,5	25,7	25,7	29,9	906,0	665,5			
Aug.	42,6	104,1	21,6	59,0	2,9	18,9	1,2	0,5	28,4	28,4	26,0	900,2	662,3			

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bauparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosystem). — 1 Quelle: EZB. — 2 In Deutschland nur Spareinlagen. — 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. — 4 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. — 5 Ohne

Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. — 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. — 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengennennaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. — 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (s. auch Anm. 4, 5, 10*). — 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

verschreibungen (netto) 3)								Nachrichtlich						Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) 14)	Stand am Jahres- bzw. Monatsende
								sonstige Passivpositionen		Geldmengenaggregate 7) (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)			Geldkapitalbildung 13)		
mit Laufzeit			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet 5)	Kapital und Rücklagen 6)	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	insgesamt 8)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9)	M1 10)	M2 11)	M3 12)	Geldkapitalbildung 13)				
bis zu 1 Jahr 4)	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren													
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)															
87,5	32,3	2 130,0	3 288,1	1 136,2	- 15,6	2 121,9	-	3 321,8	5 890,0	6 882,9	4 815,3	200,9	2005 Juli		
87,2	34,8	2 141,5	3 279,6	1 143,0	- 1,9	2 125,6	-	3 268,6	5 852,9	6 862,8	4 834,0	201,9	Aug.		
87,5	34,8	2 161,8	3 381,1	1 166,2	- 17,8	2 165,6	-	3 322,5	5 933,0	6 918,7	4 878,8	203,0	Sept.		
92,7	30,1	2 193,2	3 446,6	1 163,5	- 11,2	2 152,3	-	3 349,3	5 970,3	6 962,0	4 916,5	204,7	Okt.		
99,2	32,0	2 202,9	3 639,0	1 178,6	- 5,0	2 331,6	-	3 378,5	5 995,7	6 994,7	4 952,1	211,3	Nov.		
94,7	32,1	2 195,9	3 545,6	1 200,6	13,7	2 239,7	-	3 479,6	6 152,9	7 116,8	5 003,5	222,6	Dez.		
109,5	33,9	2 193,7	3 646,9	1 225,6	- 4,1	2 399,5	-	3 443,1	6 122,5	7 111,3	5 032,7	215,9	2006 Jan.		
120,7	32,0	2 227,9	3 726,5	1 246,8	- 4,3	2 351,1	-	3 442,0	6 146,1	7 143,9	5 101,3	223,1	Febr.		
129,8	33,3	2 239,6	3 764,0	1 255,2	22,7	2 342,5	-	3 468,2	6 201,2	7 203,3	5 149,4	224,8	März		
130,2	33,6	2 247,5	3 818,6	1 250,7	9,1	2 399,8	-	3 532,3	6 303,1	7 329,7	5 167,1	235,9	April		
137,8	35,9	2 263,3	3 843,3	1 239,2	4,9	2 419,7	-	3 550,1	6 307,7	7 361,2	5 182,9	230,4	Mai		
125,4	36,3	2 293,6	3 732,0	1 243,5	14,1	2 357,7	-	3 598,1	6 372,5	7 395,9	5 230,0	225,0	Juni		
120,8	39,5	2 309,4	3 810,3	1 274,0	15,4	2 350,8	-	3 572,5	6 368,0	7 406,2	5 286,6	224,8	Juli		
138,0	41,0	2 310,7	3 825,8	1 272,8	10,6	2 343,5	-	3 515,9	6 346,3	7 430,0	5 290,6	225,1	Aug.		
138,1	40,6	2 330,5	3 934,3	1 275,6	4,0	2 468,2	-	3 581,4	6 445,1	7 533,2	5 317,3	227,6	Sept.		
152,3	42,0	2 360,0	4 027,8	1 283,8	- 1,5	2 497,0	-	3 563,5	6 457,1	7 557,3	5 373,0	230,3	Okt.		
160,6	38,9	2 370,2	4 046,0	1 279,9	38,1	2 666,3	-	3 609,7	6 520,5	7 617,6	5 391,2	237,7	Nov.		
151,2	47,7	2 389,0	4 026,5	1 276,5	15,7	2 566,1	-	3 756,5	6 728,4	7 789,3	5 432,2	244,4	Dez.		
166,2	54,6	2 404,4	4 218,6	1 283,7	18,3	2 656,8	-	3 681,8	6 686,5	7 811,1	5 464,1	242,2	2007 Jan.		
173,5	58,4	2 436,4	4 270,3	1 296,0	35,8	2 674,1	-	3 674,0	6 690,6	7 843,7	5 512,3	241,7	Febr.		
179,9	60,1	2 461,7	4 295,3	1 341,8	18,7	2 775,4	-	3 735,3	6 814,2	8 002,5	5 615,3	241,2	März		
174,6	67,8	2 468,4	4 450,8	1 345,1	- 8,0	2 838,5	-	3 752,7	6 862,5	8 069,0	5 637,5	242,4	April		
180,7	74,3	2 494,0	4 562,2	1 316,4	13,2	2 878,4	-	3 776,3	6 909,4	8 152,1	5 651,2	239,3	Mai		
166,6	75,3	2 524,1	4 501,4	1 347,4	- 0,0	2 956,4	-	3 844,1	7 004,8	8 228,3	5 732,9	242,1	Juni		
155,3	84,8	2 531,7	4 540,6	1 369,3	9,9	2 917,7	-	3 826,3	7 037,5	8 277,9	5 777,0	241,5	Juli		
174,1	86,3	2 544,6	4 584,6	1 373,0	- 19,6	2 878,8	-	3 752,5	7 025,6	8 290,1	5 791,1	246,2	Aug.		
Deutscher Beitrag (Mrd €)															
25,2	24,8	842,6	702,5	291,6	- 98,3	526,9	72,6	706,8	1 452,5	1 563,0	1 929,1	-	2005 Juli		
27,0	25,7	840,7	694,3	292,3	- 111,5	531,3	74,1	708,5	1 454,8	1 572,1	1 927,1	-	Aug.		
28,8	25,7	840,1	713,1	294,7	- 120,9	545,1	76,4	715,8	1 462,3	1 578,3	1 926,9	-	Sept.		
28,8	26,5	841,0	720,5	298,7	- 131,6	554,0	76,5	718,8	1 466,8	1 585,5	1 930,5	-	Okt.		
26,8	27,0	840,2	733,8	304,7	- 154,4	565,6	76,4	734,4	1 481,9	1 598,9	1 938,0	-	Nov.		
26,2	27,7	829,4	678,1	306,9	- 134,4	554,4	75,1	725,8	1 490,1	1 593,6	1 934,2	-	Dez.		
24,5	28,8	835,8	701,4	327,5	- 107,9	552,8	75,8	728,2	1 491,3	1 601,5	1 962,8	-	2006 Jan.		
23,5	27,7	845,2	720,2	332,3	- 126,0	551,4	77,8	725,6	1 489,2	1 600,0	1 982,6	-	Febr.		
23,8	29,2	837,2	729,6	336,7	- 134,5	561,8	78,2	733,4	1 496,1	1 616,0	1 979,6	-	März		
22,8	29,5	829,7	723,3	340,8	- 104,1	571,1	78,7	742,5	1 515,9	1 633,7	1 980,6	-	April		
23,0	31,5	831,9	729,4	336,0	- 122,8	576,7	79,5	746,9	1 517,1	1 639,0	1 980,8	-	Mai		
20,8	33,4	839,4	712,3	336,5	- 114,0	568,3	80,6	750,3	1 522,8	1 643,8	1 991,6	-	Juni		
18,9	34,3	841,9	698,3	348,5	- 118,1	569,0	81,2	740,4	1 513,6	1 627,3	2 009,4	-	Juli		
20,8	36,8	836,0	703,2	344,1	- 137,3	570,2	83,9	734,1	1 512,5	1 635,3	2 003,5	-	Aug.		
20,5	38,8	837,5	723,6	336,2	- 121,3	588,9	85,9	735,0	1 520,1	1 647,1	1 997,3	-	Sept.		
19,5	40,0	836,7	723,2	340,0	- 118,7	594,8	86,5	728,2	1 517,1	1 638,3	2 002,4	-	Okt.		
21,3	37,9	830,6	714,5	337,0	- 95,7	607,0	86,3	755,7	1 545,7	1 661,8	1 997,0	-	Nov.		
20,3	38,2	830,2	697,1	336,0	- 106,4	610,9	84,3	760,0	1 568,7	1 673,6	2 001,5	-	Dez.		
20,6	42,7	839,9	729,6	348,1	- 119,2	610,7	85,5	759,1	1 564,5	1 682,2	2 025,1	-	2007 Jan.		
20,2	44,5	836,4	745,5	353,5	- 134,7	616,3	86,5	758,3	1 563,8	1 686,6	2 029,7	-	Febr.		
22,2	47,4	830,2	748,7	350,3	- 131,7	627,7	87,5	762,0	1 572,3	1 701,4	2 021,0	-	März		
19,6	49,6	829,7	780,5	352,6	- 131,8	636,2	87,5	759,7	1 583,2	1 710,3	2 025,7	-	April		
17,2	52,9	837,7	796,4	342,6	- 149,7	636,9	90,4	768,0	1 593,7	1 720,6	2 023,6	-	Mai		
14,7	54,7	833,4	761,0	352,3	- 162,7	647,1	91,6	777,8	1 611,6	1 744,0	2 031,6	-	Juni		
14,4	60,4	831,2	753,5	361,7	- 148,8	647,6	92,1	780,4	1 617,7	1 748,0	2 040,8	-	Juli		
15,2	59,9	825,1	772,0	360,3	- 170,4	656,6	94,4	773,0	1 633,3	1 762,8	2 033,9	-	Aug.		

emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. auch Anm. 3 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2). — 10 Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EWU) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. — 11 M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis

zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten) sowie (für EWU) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. — 12 M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. — 13 Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. — 14 Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindest- reserve- Erfüllungs- periode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kredit- institute auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserven) 5)	Basisgeld 6)
	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems					Einlage- fazilität	Sonstige liquiditäts- ab- schöpfende Geschäfte	Bank- noten- umlauf 3)	Einlagen von Zentral- regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 4)		
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Haupt- refinan- zierungs- geschäfte	Länger- fristige Refinan- zierungs- geschäfte	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte							
Eurosystem 2)												
2005 April	282,1	278,2	86,9	0,2	–	0,1	–	498,6	67,4	– 62,1	143,3	642,0
Mai	287,0	276,5	90,0	0,1	–	0,1	–	505,5	62,9	– 58,9	144,0	649,7
Juni	286,8	273,1	90,0	0,1	–	0,2	0,1	512,8	53,5	– 62,0	145,5	658,5
Juli	293,3	297,6	90,0	0,1	–	0,2	0,3	522,6	67,4	– 57,3	147,9	670,6
Aug.	305,5	309,5	90,0	0,0	–	0,3	0,0	532,6	67,4	– 45,0	149,8	682,7
Sept.	304,8	303,5	90,0	–	0,3	0,1	–	531,5	63,1	– 46,2	150,2	681,8
Okt.	307,9	288,6	90,0	0,1	–	0,1	0,2	531,6	47,9	– 44,6	151,4	683,1
Nov.	315,1	293,4	90,0	0,1	–	0,1	–	535,6	50,4	– 37,9	150,2	686,0
Dez.	313,2	301,3	90,0	0,0	–	0,1	0,3	539,8	51,0	– 39,6	153,0	692,9
2006 Jan.	317,6	316,4	89,6	0,2	–	0,1	–	559,2	44,2	– 33,5	154,1	713,3
Febr.	325,2	310,0	96,2	0,0	0,3	0,1	–	548,4	56,6	– 28,7	155,4	703,9
März	324,7	299,3	104,7	0,1	–	0,2	0,1	550,8	53,3	– 34,0	158,3	709,2
April	327,9	290,1	113,7	0,1	0,7	0,3	–	556,4	51,6	– 35,2	159,5	716,2
Mai	337,0	291,3	120,0	0,2	–	0,2	0,4	569,1	51,1	– 33,5	161,2	730,5
Juni	336,9	287,0	120,0	0,1	–	0,1	0,1	572,0	45,5	– 37,0	163,3	735,4
Juli	334,3	316,5	120,0	0,2	–	0,6	0,3	578,8	67,0	– 42,1	166,3	745,7
Aug.	327,6	329,7	120,0	0,2	–	0,1	0,6	588,2	73,0	– 51,5	167,1	755,4
Sept.	327,3	314,0	120,0	0,1	–	0,1	0,4	588,7	61,4	– 55,6	166,4	755,2
Okt.	326,7	308,7	120,0	0,1	0,3	0,2	–	588,5	59,1	– 59,1	167,0	755,7
Nov.	327,4	311,9	120,0	0,1	–	0,1	–	592,8	60,2	– 60,6	167,0	759,8
Dez.	327,0	313,1	120,0	0,1	0,1	0,1	–	598,6	54,9	– 66,4	173,2	771,8
2007 Jan.	325,8	322,3	120,0	0,1	–	0,2	1,0	619,5	45,0	– 72,7	175,3	794,9
Febr.	322,1	300,5	124,6	0,1	0,1	1,5	1,5	604,6	47,9	– 83,1	176,5	781,2
März	321,6	288,7	134,6	0,0	–	0,5	0,8	606,2	47,1	– 90,0	180,6	787,2
April	323,6	281,7	145,7	0,5	–	0,3	0,9	614,8	48,2	– 95,2	182,6	797,7
Mai	326,1	281,6	150,0	0,3	–	0,5	0,1	620,0	51,3	– 97,2	183,2	803,8
Juni	326,4	284,9	150,0	0,3	–	0,2	0,2	625,2	49,1	– 99,4	186,2	811,7
Juli	323,0	295,4	150,0	0,2	0,1	0,3	–	631,3	53,9	– 106,4	189,6	821,2
Aug.	316,7	301,7	150,0	0,1	–	0,4	–	639,7	52,3	– 115,8	192,0	832,1
Sept.	317,3	268,7	171,7	0,2	10,7	0,4	1,7	639,2	52,3	– 117,8	192,7	832,4
Deutsche Bundesbank												
2005 April	68,1	133,3	53,0	0,2	–	0,1	–	136,6	0,0	79,8	38,0	174,7
Mai	69,3	140,3	52,7	0,1	–	0,1	–	138,4	0,1	85,9	38,1	176,5
Juni	69,5	139,3	52,5	0,1	–	0,1	0,1	141,2	0,1	81,5	38,5	179,7
Juli	71,1	149,5	53,0	0,1	–	0,0	0,1	142,6	0,1	92,0	38,9	181,6
Aug.	74,1	155,6	53,9	0,0	–	0,1	0,0	145,2	0,0	98,9	39,4	184,7
Sept.	74,0	148,4	52,6	0,0	0,2	0,0	–	145,2	0,0	90,9	39,0	184,3
Okt.	75,1	149,4	55,1	0,0	–	0,0	0,2	145,1	0,1	95,2	39,0	184,2
Nov.	77,2	145,0	54,5	0,1	–	0,1	–	145,4	0,0	92,6	38,8	184,2
Dez.	77,2	140,9	54,4	0,0	–	0,1	0,2	146,9	0,0	86,0	39,3	186,3
2006 Jan.	79,1	154,1	55,7	0,1	0,1	0,0	–	151,9	0,0	97,9	39,2	191,2
Febr.	81,6	158,1	61,6	0,0	0,1	0,0	–	149,7	0,1	112,1	39,6	189,3
März	81,0	145,8	68,3	0,1	–	0,1	0,1	150,7	0,1	104,7	39,6	190,4
April	82,5	137,8	74,3	0,1	0,2	0,1	–	151,5	0,0	103,6	39,7	191,3
Mai	85,2	152,2	76,3	0,1	–	0,1	0,1	154,8	0,0	118,5	40,2	195,0
Juni	84,9	153,9	73,7	0,1	–	0,1	0,0	156,2	0,1	115,5	40,6	197,0
Juli	84,0	162,4	71,6	0,1	–	0,4	0,1	157,9	0,1	118,6	41,0	199,3
Aug.	82,3	171,6	72,1	0,1	–	0,0	0,5	160,1	0,1	124,3	41,2	201,3
Sept.	82,3	156,8	73,4	0,1	–	0,0	0,2	160,9	0,0	110,2	41,2	202,2
Okt.	82,6	155,6	76,7	0,1	0,2	0,1	–	160,5	0,1	113,7	40,9	201,5
Nov.	82,8	162,6	78,9	0,1	–	0,0	–	161,1	0,1	122,4	40,8	202,0
Dez.	82,7	155,3	78,4	0,1	0,1	0,0	–	162,4	0,1	112,6	41,4	203,8
2007 Jan.	82,5	165,0	81,0	0,0	–	0,0	–	167,8	0,1	119,4	41,4	209,2
Febr.	82,2	153,7	86,6	0,0	0,0	0,0	–	164,8	0,1	115,7	41,9	206,7
März	82,0	135,0	95,7	0,0	–	0,2	–	165,3	0,1	104,5	42,8	208,2
April	82,7	128,2	103,9	0,1	–	0,1	0,2	167,1	0,1	104,2	43,2	210,4
Mai	83,4	130,6	107,1	0,2	–	0,1	0,0	168,3	0,1	109,2	43,5	212,0
Juni	83,6	124,0	108,7	0,1	–	0,0	0,0	170,6	0,1	101,4	44,1	214,8
Juli	82,7	125,1	108,8	0,1	0,0	0,1	–	171,8	0,1	99,7	45,0	216,8
Aug.	81,1	135,4	104,9	0,1	–	0,0	–	173,9	0,1	102,6	44,9	218,8
Sept.	81,1	125,0	114,2	0,2	4,1	0,3	0,6	174,1	0,1	104,4	45,2	219,6

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. — * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. — 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. Im Februar 2004 endete aufgrund des Übergangs zum neuen geldpolitischen Hand-

lungsrahmen keine Mindestreserve-Erfüllungsperiode. — 2 Quelle: EZB. — 3 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewie-

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben- der Kredit- institute auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserven) 5)	Basisgeld 6)	Ende der Mindest- reserve- Erfüllungs- periode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlage- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte	Bank- noten- umlauf 3)	Einlagen von Zentral- regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 4)			
	Haupt- refinan- zierungs- geschäfte	Länger- fristige Refinan- zierungs- geschäfte	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte								
Eurosystem 2)												
+ 1,9	+ 0,4	+ 4,7	+ 0,1	-	+ 0,0	- 0,1	+ 9,1	- 1,1	- 2,9	+ 2,0	+ 11,1	2005 April
+ 4,9	- 1,7	+ 3,1	- 0,1	-	+ 0,0	-	+ 6,9	- 4,5	+ 3,2	+ 0,7	+ 7,7	2005 Mai
- 0,2	- 3,4	+ 0,0	+ 0,0	-	+ 0,1	+ 0,1	+ 7,3	- 9,4	- 3,1	+ 1,5	+ 8,8	2005 Juni
+ 6,5	+ 24,5	+ 0,0	- 0,0	-	- 0,0	+ 0,2	+ 9,8	+ 13,9	+ 4,7	+ 2,4	+ 12,1	2005 Juli
+ 12,2	+ 11,9	- 0,0	- 0,1	-	+ 0,1	+ 0,3	+ 10,0	- 0,0	+ 12,3	+ 1,9	+ 12,1	2005 Aug.
- 0,7	- 6,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,3	- 0,2	- 0,0	- 1,1	- 4,3	- 1,2	+ 0,4	- 0,9	2005 Sept.
+ 3,1	- 14,9	+ 0,0	+ 0,1	- 0,3	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,1	- 15,2	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,3	2005 Okt.
+ 7,2	+ 4,8	+ 0,0	+ 0,0	-	+ 0,0	+ 0,2	+ 4,0	+ 2,5	+ 6,7	- 1,2	+ 2,9	2005 Nov.
- 1,9	+ 7,9	+ 0,0	- 0,1	-	+ 0,0	+ 0,3	+ 4,2	+ 0,6	- 1,7	+ 2,8	+ 6,9	2005 Dez.
+ 4,4	+ 15,1	- 0,4	+ 0,2	+ 0,2	- 0,0	- 0,3	+ 19,4	- 6,8	+ 6,1	+ 1,1	+ 20,4	2006 Jan.
+ 7,6	- 6,4	+ 6,6	- 0,2	+ 0,1	+ 0,0	-	- 10,8	+ 12,4	+ 4,8	+ 1,3	- 9,4	2006 Febr.
- 0,5	- 10,7	+ 8,5	+ 0,1	- 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 2,4	- 3,3	- 5,3	+ 2,9	+ 5,3	2006 März
+ 3,2	- 9,2	+ 9,0	+ 0,0	+ 0,7	+ 0,1	- 0,1	+ 5,6	- 1,7	- 1,2	+ 1,2	+ 7,0	2006 April
+ 9,1	+ 1,2	+ 6,3	+ 0,1	- 0,7	- 0,1	+ 0,4	+ 12,7	- 0,5	+ 1,7	+ 1,7	+ 14,3	2006 Mai
- 0,1	- 4,3	+ 0,0	- 0,1	-	- 0,1	- 0,3	+ 2,9	- 5,6	- 3,5	+ 2,1	+ 4,9	2006 Juni
- 2,6	+ 29,5	- 0,0	+ 0,1	-	+ 0,5	+ 0,2	+ 6,8	+ 21,5	- 5,1	+ 3,0	+ 10,3	2006 Juli
- 6,7	+ 13,2	+ 0,0	+ 0,0	-	- 0,5	+ 0,3	+ 9,4	+ 6,0	- 9,4	+ 0,8	+ 9,7	2006 Aug.
- 0,3	- 15,7	+ 0,0	- 0,1	-	- 0,0	+ 0,2	+ 0,5	- 11,6	- 4,1	- 0,7	- 0,2	2006 Sept.
- 0,6	- 5,3	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,1	- 0,4	- 0,2	- 2,3	- 3,5	+ 0,6	+ 0,5	2006 Okt.
+ 0,7	+ 3,2	+ 0,0	+ 0,0	- 0,3	- 0,1	-	+ 4,3	+ 1,1	- 1,5	+ 0,0	+ 4,1	2006 Nov.
- 0,4	+ 1,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	-	+ 5,8	- 5,3	- 5,8	+ 6,2	+ 12,0	2006 Dez.
- 1,2	+ 9,2	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 1,0	+ 20,9	- 9,9	- 6,3	+ 2,1	+ 23,1	2007 Jan.
- 3,7	- 21,8	+ 4,6	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,5	- 14,9	+ 2,9	- 10,4	+ 1,2	- 13,7	2007 Febr.
- 0,5	- 11,8	+ 10,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,4	- 0,7	+ 1,6	- 0,8	- 6,9	+ 4,1	+ 6,0	2007 März
+ 2,0	- 7,0	+ 11,1	+ 0,5	-	- 0,2	+ 0,1	+ 8,6	+ 1,1	- 5,2	+ 2,0	+ 10,5	2007 April
+ 2,5	- 0,1	+ 4,3	- 0,2	-	+ 0,2	+ 0,8	+ 5,2	+ 3,1	- 2,0	+ 0,6	+ 6,1	2007 Mai
+ 0,3	+ 3,3	+ 0,0	- 0,0	-	- 0,3	+ 0,1	+ 5,2	- 2,2	- 2,2	+ 3,0	+ 7,9	2007 Juni
- 3,4	+ 10,5	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2	+ 6,1	+ 4,8	- 7,0	+ 3,4	+ 9,5	2007 Juli
- 6,3	+ 6,3	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	-	+ 8,4	- 1,6	- 9,4	+ 2,4	+ 10,9	2007 Aug.
+ 0,6	- 33,0	+ 21,7	+ 0,0	+ 10,7	+ 0,0	+ 1,7	- 0,5	- 0,0	- 2,0	+ 0,7	+ 0,3	2007 Sept.
Deutsche Bundesbank												
+ 0,4	- 12,0	+ 0,9	+ 0,1	-	+ 0,0	- 0,0	+ 2,7	- 0,0	- 13,7	+ 0,5	+ 3,2	2005 April
+ 1,3	+ 7,0	- 0,2	- 0,1	-	- 0,0	-	+ 1,7	+ 0,0	+ 6,1	+ 0,1	+ 1,8	2005 Mai
+ 0,1	- 1,0	- 0,2	+ 0,0	-	+ 0,0	+ 0,1	+ 2,9	+ 0,0	- 4,4	+ 0,4	+ 3,3	2005 Juni
+ 1,7	+ 10,2	+ 0,5	- 0,0	-	- 0,0	+ 0,0	+ 1,4	- 0,0	+ 10,5	+ 0,4	+ 1,8	2005 Juli
+ 3,0	+ 6,1	+ 0,9	- 0,0	-	+ 0,1	- 0,1	+ 2,6	- 0,0	+ 6,9	+ 0,5	+ 3,1	2005 Aug.
- 0,2	- 7,2	- 1,3	+ 0,0	+ 0,2	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 8,0	- 0,4	- 0,4	2005 Sept.
+ 1,1	+ 1,0	+ 2,5	+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	+ 4,4	- 0,0	- 0,1	2005 Okt.
+ 2,1	- 4,4	- 0,5	+ 0,0	-	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,3	- 0,0	- 2,7	- 0,2	+ 0,1	2005 Nov.
- 0,0	- 4,1	- 0,1	- 0,1	-	+ 0,0	+ 0,2	+ 1,5	+ 0,0	- 6,6	+ 0,5	+ 2,1	2005 Dez.
+ 1,9	+ 13,2	+ 1,3	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,2	+ 5,0	- 0,0	+ 11,9	- 0,1	+ 4,9	2006 Jan.
+ 2,5	+ 4,0	+ 5,9	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	-	- 2,3	+ 0,0	+ 14,2	+ 0,3	- 1,9	2006 Febr.
- 0,6	- 12,3	+ 6,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,0	- 7,4	+ 0,0	+ 1,1	2006 März
+ 1,5	- 8,0	+ 6,0	+ 0,0	+ 0,2	- 0,0	- 0,1	+ 0,8	- 0,0	- 1,1	+ 0,1	+ 0,9	2006 April
+ 2,7	+ 14,4	+ 2,0	- 0,0	- 0,2	- 0,0	+ 0,1	+ 3,3	+ 0,0	+ 14,9	+ 0,5	+ 3,7	2006 Mai
- 0,2	+ 1,7	- 2,6	- 0,0	-	+ 0,0	- 0,1	+ 1,5	+ 0,0	- 3,0	+ 0,5	+ 2,0	2006 Juni
- 0,9	+ 8,4	- 2,1	- 0,0	-	+ 0,3	+ 0,0	+ 1,7	+ 0,0	+ 3,1	+ 0,4	+ 2,4	2006 Juli
+ 1,7	+ 9,3	+ 0,5	+ 0,1	-	- 0,3	+ 0,4	+ 2,2	- 0,0	+ 5,7	+ 0,1	+ 2,0	2006 Aug.
+ 0,0	- 14,8	+ 1,3	- 0,1	-	- 0,0	- 0,3	+ 0,8	- 0,0	- 14,1	+ 0,1	+ 0,8	2006 Sept.
+ 0,3	- 1,2	+ 3,3	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,1	- 0,2	- 0,5	+ 0,0	+ 3,5	- 0,4	- 0,7	2006 Okt.
+ 0,2	+ 7,0	+ 2,1	+ 0,0	- 0,2	- 0,1	-	+ 0,7	+ 0,0	+ 8,7	- 0,1	+ 0,5	2006 Nov.
- 0,1	- 7,3	- 0,5	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	-	+ 1,3	- 0,0	- 9,7	+ 0,5	+ 1,9	2006 Dez.
- 0,2	+ 9,8	+ 2,7	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	-	+ 5,3	+ 0,0	+ 6,8	+ 0,0	+ 5,3	2007 Jan.
- 0,4	- 11,4	+ 5,5	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	-	- 2,9	- 0,0	- 3,7	+ 0,5	- 2,4	2007 Febr.
- 0,1	- 18,7	+ 9,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	-	+ 0,5	+ 0,0	- 11,2	+ 0,9	+ 1,5	2007 März
+ 0,7	- 6,8	+ 8,2	+ 0,0	-	- 0,0	+ 0,2	+ 1,8	- 0,0	- 0,3	+ 0,4	+ 2,2	2007 April
+ 0,7	+ 2,4	+ 3,2	+ 0,1	-	- 0,0	- 0,2	+ 1,2	- 0,0	+ 5,0	+ 0,4	+ 1,6	2007 Mai
+ 0,1	- 6,6	+ 1,6	- 0,1	-	- 0,1	- 0,0	+ 2,3	+ 0,0	- 7,8	+ 0,6	+ 2,8	2007 Juni
- 0,8	+ 1,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 1,1	+ 0,0	- 1,7	+ 0,9	+ 2,0	2007 Juli
- 1,6	+ 10,3	- 3,9	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	-	+ 2,1	- 0,0	+ 2,9	- 0,1	+ 2,0	2007 Aug.
+ 0,1	- 10,4	+ 9,3	+ 0,1	+ 4,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,2	- 0,0	+ 1,9	+ 0,3	+ 0,7	2007 Sept.

sen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur noch

Euro-Banknoten. — 4 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. — 5 Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. — 6 Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems
1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKMs II
Eurosystem 2)									
2007 Febr. 2.	1 136,7	176,7	143,8	10,6	133,2	23,1	14,4	14,4	–
9.	1 127,2	176,6	144,2	10,0	134,1	22,9	13,4	13,4	–
16.	1 135,1	176,5	144,4	10,0	134,4	22,0	15,6	15,6	–
23.	1 150,4	176,5	143,3	10,0	133,3	21,4	14,1	14,1	–
März 2.	1 148,2	176,5	142,5	10,0	132,5	22,2	15,6	15,6	–
9.	1 139,8	176,4	141,6	10,0	131,6	22,1	15,5	15,5	–
16.	1 130,0	176,2	140,2	9,9	130,4	22,7	15,5	15,5	–
23.	1 142,7	176,0	141,7	9,9	131,9	22,9	15,9	15,9	–
30.	3) 1 162,6	3) 181,4	3) 140,7	9,8	3) 130,9	23,2	15,7	15,7	–
April 5.	1 171,4	181,2	139,2	9,8	129,5	23,7	14,3	14,3	–
13.	1 161,6	181,2	140,6	9,8	130,8	23,6	14,6	14,6	–
20.	1 164,2	180,9	140,3	9,8	130,6	24,9	15,4	15,4	–
27.	1 176,3	180,7	142,1	9,6	132,4	25,0	14,5	14,5	–
Mai 4.	1 165,4	180,5	141,4	9,6	131,8	25,3	15,1	15,1	–
11.	1 164,2	180,5	142,4	9,6	132,9	25,0	15,0	15,0	–
18.	1 169,0	180,2	142,3	9,7	132,6	24,6	15,1	15,1	–
25.	1 187,1	180,0	142,5	10,0	132,6	25,0	14,9	14,9	–
2007 Juni 1.	1 178,4	180,0	143,3	10,1	133,2	25,4	15,4	15,4	–
8.	1 176,3	179,9	143,9	10,1	133,8	25,6	15,3	15,3	–
15.	1 180,3	179,9	144,2	10,1	134,2	24,6	16,1	16,1	–
22.	1 186,7	179,9	143,4	10,0	133,4	26,0	15,8	15,8	–
29.	3) 1 208,5	3) 172,8	3) 141,6	9,9	3) 131,8	24,4	16,7	16,7	–
Juli 6.	1 191,8	172,7	144,4	9,8	134,5	22,8	16,5	16,5	–
13.	1 185,4	172,6	143,2	9,8	133,4	23,9	15,9	15,9	–
20.	1 196,4	172,3	143,6	9,8	133,8	23,5	16,3	16,3	–
27.	1 212,6	172,1	143,2	9,7	133,5	24,3	16,2	16,2	–
Aug. 3.	1 195,1	172,1	146,1	9,7	136,5	22,5	16,5	16,5	–
10.	1 253,1	172,1	145,2	9,7	135,4	23,7	17,2	17,2	–
17.	1 207,7	172,0	144,5	9,7	134,8	24,5	17,4	17,4	–
24.	1 216,9	172,0	143,5	9,7	133,8	24,9	18,1	18,1	–
31.	1 157,5	172,0	144,2	9,7	134,5	26,4	17,5	17,5	–
Sept. 7.	1 207,4	171,9	144,7	9,7	135,1	25,2	15,9	15,9	–
14.	1 299,3	171,9	145,4	9,7	135,7	23,9	16,3	16,3	–
21.	1 189,6	171,9	147,0	9,6	137,4	23,2	14,8	14,8	–
28.	3) 1 250,4	3) 186,2	3) 142,0	9,4	3) 132,6	3) 23,9	16,1	16,1	–
Okt. 5.	1 228,4	186,1	141,9	9,4	132,6	25,0	15,4	15,4	–
Deutsche Bundesbank									
2005 Nov.	329,2	43,3	38,2	5,0	33,2	–	0,3	0,3	–
Dez.	3) 344,1	3) 47,9	3) 38,3	4,5	3) 33,7	–	0,3	0,3	–
2006 Jan.	338,9	47,9	38,3	4,5	33,7	–	0,3	0,3	–
Febr.	335,1	47,9	36,7	3,8	32,9	–	0,3	0,3	–
März	3) 340,5	3) 53,2	3) 36,0	3,8	3) 32,2	–	0,3	0,3	–
April	344,9	53,2	34,5	3,7	30,8	–	0,3	0,3	–
Mai	357,5	53,1	35,6	3,4	32,1	–	0,3	0,3	–
Juni	3) 359,1	3) 52,0	3) 33,9	3,6	3) 30,3	–	0,3	0,3	–
Juli	364,4	52,0	34,3	3,5	30,8	–	0,3	0,3	–
Aug.	358,2	52,0	33,6	3,5	30,0	–	0,3	0,3	–
Sept.	3) 362,4	3) 52,3	3) 33,6	3,4	3) 30,1	–	0,3	0,3	–
Okt.	366,4	52,3	33,2	3,1	30,1	–	0,3	0,3	–
Nov.	359,2	52,3	33,3	3,1	30,1	–	0,3	0,3	–
Dez.	373,7	3) 53,1	3) 31,7	3,0	3) 28,6	–	0,3	0,3	–
2007 Jan.	357,9	53,1	32,1	3,0	29,1	0,0	0,3	0,3	–
Febr.	365,5	53,1	31,5	2,7	28,8	–	0,3	0,3	–
März	3) 371,4	3) 54,8	3) 31,3	2,6	3) 28,7	–	0,3	0,3	–
April	370,9	54,8	32,5	2,6	29,9	–	0,3	0,3	–
Mai	377,2	54,8	33,2	2,7	30,5	–	0,3	0,3	–
Juni	3) 373,5	3) 52,8	3) 32,0	2,7	3) 29,4	–	0,3	0,3	–
Juli	382,1	52,8	31,9	2,6	29,3	–	0,3	0,3	–
Aug.	369,6	52,8	31,9	2,6	29,3	–	0,3	0,3	–
Sept.	3) 394,0	3) 57,2	3) 31,4	2,5	3) 28,9	–	0,3	0,3	–

*) Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken

der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweisungen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾	
insgesamt	Hauptfinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerope-rationen	Struktu- relle Ope- rationen	Spitzenre- finanzie- rungs- fazilität	Forderungen aus dem Margen- ausgleich						
Eurosystem ²⁾												
422,5	292,5	130,0	-	-	-	0,0	11,6	82,2	39,3	223,2	2007 Febr.	2.
409,5	279,5	130,0	-	-	0,0	-	12,5	83,4	39,3	225,3		9.
416,5	286,5	130,0	-	-	-	-	12,6	84,9	39,3	223,3		16.
431,5	301,5	130,0	-	-	-	0,0	14,0	85,9	39,3	224,4		23.
429,0	289,0	140,0	-	-	-	0,0	12,8	86,5	39,3	223,9	März	2.
420,0	280,0	140,0	-	-	-	-	13,6	86,8	39,3	224,4		9.
411,5	271,5	140,0	-	-	0,0	0,0	13,5	87,7	39,3	223,4		16.
422,0	282,0	140,0	-	-	-	-	14,4	88,1	39,3	222,3		23.
433,6	283,5	150,0	-	-	0,1	-	14,8	88,9	39,3	225,1		30.
443,5	291,5	150,0	-	-	2,0	-	14,8	90,3	39,3	225,0	April	5.
430,7	280,0	150,0	-	-	0,7	-	14,7	90,6	39,3	226,4		13.
431,5	281,5	150,0	-	-	0,0	0,0	14,2	90,5	39,3	227,3		20.
440,0	288,5	150,0	-	-	1,5	-	15,8	92,4	39,2	226,7		27.
429,7	279,5	150,0	-	-	0,2	-	14,0	93,1	38,7	227,6	Mai	4.
426,1	276,0	150,0	-	-	0,1	-	14,1	93,5	37,7	230,0		11.
431,2	281,0	150,0	-	-	0,2	-	13,8	93,4	37,7	230,7		18.
445,7	295,5	150,0	-	-	0,2	0,0	14,1	94,5	37,7	232,5		25.
434,5	284,5	150,0	-	-	0,0	-	14,4	94,9	37,6	233,0	2007 Juni	1.
429,2	279,0	150,0	-	-	0,2	-	14,1	96,2	37,6	234,6		8.
432,0	282,0	150,0	-	-	0,0	-	14,4	95,8	37,6	235,6		15.
438,1	288,0	150,0	-	-	0,1	-	14,4	93,9	37,6	237,4		22.
464,6	313,5	150,0	-	-	1,1	0,0	13,8	93,7	37,1	243,7		29.
448,2	298,0	150,0	-	-	0,0	0,2	13,6	93,9	37,1	242,6	Juli	6.
442,0	292,0	150,0	-	-	-	-	14,2	93,1	37,1	243,4		13.
451,8	301,5	150,0	-	-	0,3	-	14,0	93,3	37,1	244,4		20.
465,7	315,5	150,0	-	-	0,2	0,0	14,0	94,2	37,1	245,6		27.
448,0	298,0	150,0	-	-	-	0,0	14,1	93,1	37,1	245,4	Aug.	3.
503,6	292,5	150,0	61,1	-	-	-	13,0	94,2	37,1	247,1		10.
460,0	310,0	150,0	-	-	-	0,0	12,8	91,6	37,1	247,6		17.
465,2	275,0	190,0	-	-	0,2	-	12,8	92,3	37,1	250,9		24.
400,1	210,0	190,0	-	-	0,1	0,0	11,8	93,3	37,1	255,2		31.
446,3	256,0	190,0	-	-	0,3	0,0	11,1	94,9	37,1	260,3	Sept.	7.
534,0	269,0	265,0	-	-	0,0	0,0	11,3	94,7	37,1	264,7		14.
420,6	155,0	265,0	-	-	0,6	0,0	12,8	94,5	37,1	267,6		21.
455,2	190,0	265,0	-	-	0,2	0,0	13,3	95,4	37,1	281,2		28.
428,0	163,0	265,0	-	-	0,0	0,0	13,9	97,3	37,1	283,7	Okt.	5.
Deutsche Bundesbank												
195,0	140,8	54,2	-	-	0,0	-	0,1	-	4,4	47,8	2005 Nov.	
203,9	146,5	56,4	-	-	0,9	-	0,1	-	4,4	49,2	Dez.	
227,2	162,5	64,7	-	-	0,0	-	0,1	-	4,4	20,6	2006 Jan.	
218,9	146,4	72,5	-	-	0,0	-	0,2	-	4,4	26,6	Febr.	
224,5	147,1	77,4	-	-	0,1	-	0,3	-	4,4	21,7	März	
233,0	158,0	74,9	-	-	0,1	-	0,3	-	4,4	19,2	April	
227,6	152,6	74,9	-	-	0,0	-	0,3	-	4,4	36,2	Mai	
248,8	177,3	71,5	-	-	0,1	-	0,3	-	4,4	19,3	Juni	
253,8	177,9	72,8	-	-	3,2	-	0,3	-	4,4	19,3	Juli	
223,0	147,3	75,7	-	-	0,0	-	1,6	-	4,4	43,4	Aug.	
234,1	155,2	78,5	-	-	0,5	-	3,0	-	4,4	34,7	Sept.	
243,3	164,0	79,3	-	-	0,0	-	3,0	-	4,4	29,9	Okt.	
232,0	155,2	76,7	-	-	0,0	-	3,0	-	4,4	34,0	Nov.	
256,3	173,9	82,3	-	-	0,1	-	3,0	-	4,4	24,8	Dez.	
232,5	150,1	82,3	-	-	0,0	-	3,1	-	4,4	32,4	2007 Jan.	
235,0	143,5	91,5	-	-	0,0	-	3,1	-	4,4	38,0	Febr.	
237,3	130,8	106,4	-	-	0,1	-	3,1	-	4,4	40,1	März	
247,4	139,6	107,5	-	-	0,4	-	3,1	-	4,4	28,3	April	
236,9	126,6	110,3	-	-	0,0	-	3,2	-	4,4	44,5	Mai	
243,4	136,2	107,0	-	-	0,2	-	3,2	-	4,4	37,3	Juni	
248,5	146,0	102,4	-	-	-	-	3,3	-	4,4	41,0	Juli	
210,4	89,9	120,5	-	-	0,0	-	3,3	-	4,4	66,5	Aug.	
223,3	83,8	139,3	-	-	0,2	-	4,3	-	4,4	73,1	Sept.	

am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. — 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochenstichtage; für Bundesbank: Ausweis für

Monatsultimo. — 2 Quelle: EZB. — 3 Veränderung überwiegend aufgrund der Neubewertung zum Quartalsende.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems
2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Passiva insgesamt	Bank- notennum- lauf 2)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet					Sonstige Verbind- lichkeiten in Euro gegenüber Kreditin- stituten des Euro- Währungs- gebiets	Verbind- lichkeiten aus der Bege- bung von Schuld- verschrei- bungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			
			insgesamt	Einlagen auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserve- gut- haben)	Einlage- fazilität	Termin- einlagen	Verbind- lichkeiten aus Ge- schäften mit Rück- nahme- verein- barung			Einlagen aus dem Margen- ausgleich	insgesamt	Einlagen von öffent- lichen Haus- halten	Sonstige Verbind- lichkeiten
Eurosystem 4)													
2007 Febr. 2.	1 136,7	605,8	182,1	180,8	0,0	1,2	—	0,0	0,1	—	48,3	39,4	8,9
9.	1 127,2	606,0	173,8	172,7	0,0	1,1	—	0,0	0,1	—	46,3	37,7	8,6
16.	1 135,1	605,3	182,9	181,9	0,0	1,0	—	0,0	0,1	—	46,9	38,4	8,5
23.	1 150,4	603,6	179,1	177,8	0,5	0,8	—	—	0,1	—	68,6	60,2	8,5
März 2.	1 148,2	608,5	183,1	182,6	0,0	0,5	—	—	0,1	—	57,7	49,2	8,4
9.	1 139,8	609,8	179,2	178,6	0,1	0,4	—	—	0,1	—	52,3	43,8	8,5
16.	1 130,0	609,2	182,2	181,9	0,0	0,3	—	—	0,1	—	45,7	37,2	8,5
23.	1 142,7	608,3	178,8	178,4	0,0	0,3	—	0,0	0,1	—	62,0	53,4	8,6
30.	5) 1 162,6	613,6	181,0	179,8	1,1	0,2	—	0,0	0,1	—	65,8	57,1	8,7
April 5.	1 171,4	626,0	185,9	185,1	0,6	0,2	—	0,0	0,1	—	60,1	51,3	8,8
13.	1 161,6	619,4	183,7	183,5	0,1	0,1	—	—	0,1	—	57,6	48,6	8,9
20.	1 164,2	615,8	183,8	183,6	0,0	0,1	—	0,0	0,1	—	64,6	55,6	9,0
27.	1 176,3	619,7	183,7	183,6	0,0	0,1	—	0,0	0,1	—	70,0	60,8	9,1
Mai 4.	1 165,4	624,0	182,0	182,0	0,1	—	—	—	0,1	—	55,8	46,8	9,0
11.	1 164,2	623,1	186,1	185,9	0,1	—	—	—	0,1	—	49,3	40,0	9,3
18.	1 169,0	624,1	189,9	189,6	0,2	—	—	0,0	0,1	—	49,9	41,2	8,6
25.	1 187,1	623,4	187,2	187,2	0,2	—	—	0,0	0,2	—	68,8	60,2	8,6
2007 Juni 1.	1 178,4	626,8	188,2	188,0	0,2	—	—	—	0,2	—	54,6	46,1	8,5
8.	1 176,3	629,3	185,7	185,6	0,1	—	—	0,0	0,2	—	51,1	42,6	8,5
15.	1 180,3	628,2	192,1	192,0	0,1	—	—	0,0	0,2	—	50,2	41,6	8,6
22.	1 186,7	627,9	189,6	189,5	0,1	—	—	0,0	0,2	—	58,5	49,9	8,6
29.	5) 1 208,5	633,1	183,2	182,1	1,1	—	—	—	0,2	—	77,9	69,7	8,2
Juli 6.	1 191,8	638,2	191,6	190,5	1,1	—	—	0,0	0,2	—	56,9	49,4	7,5
13.	1 185,4	638,8	193,1	193,0	0,1	—	—	—	0,2	—	50,1	42,5	7,6
20.	1 196,4	638,2	190,2	190,1	0,1	—	—	—	0,2	—	63,8	56,1	7,6
27.	1 212,6	639,0	196,8	195,2	1,6	—	—	—	0,2	—	71,0	63,6	7,5
Aug. 3.	1 195,1	645,0	189,7	189,6	0,1	—	—	—	0,2	—	52,9	45,1	7,8
10.	1 253,1	644,1	256,8	256,7	0,1	—	—	—	0,2	—	44,4	36,6	7,8
17.	1 207,7	641,9	210,5	210,3	0,3	—	—	—	0,2	—	48,7	41,1	7,6
24.	1 216,9	636,1	209,4	209,1	0,3	—	—	—	0,2	—	63,5	56,0	7,5
31.	1 157,5	637,2	132,6	132,3	0,3	—	—	—	0,2	—	73,2	65,4	7,8
Sept. 7.	1 207,4	639,2	182,6	181,5	1,0	—	—	—	0,1	—	68,1	60,1	7,9
14.	1 299,3	637,5	276,3	274,6	1,7	—	—	0,0	0,1	—	64,3	56,6	7,7
21.	1 189,6	635,0	155,1	154,7	0,4	—	—	0,0	0,1	—	76,3	68,7	7,6
28.	5) 1 250,4	637,3	192,2	186,7	5,5	—	—	—	0,2	—	73,6	66,1	7,4
Okt. 5.	1 228,4	641,3	169,9	165,3	4,6	—	—	0,0	0,1	—	67,9	60,3	7,5
Deutsche Bundesbank													
2005 Nov.	329,2	147,3	41,9	41,7	0,2	—	—	—	—	—	0,4	0,0	0,4
Dez.	5) 344,1	153,7	46,3	46,3	0,0	—	—	—	0,2	—	0,4	0,0	0,4
2006 Jan.	338,9	148,8	45,4	45,4	0,0	—	—	—	—	—	0,4	0,0	0,4
Febr.	335,1	149,9	38,5	38,5	0,0	—	—	—	—	—	0,6	0,0	0,6
März	5) 340,5	151,5	39,7	39,7	0,0	—	—	—	—	—	0,4	0,0	0,4
April	344,9	154,7	38,8	38,7	0,0	—	—	—	—	—	0,4	0,1	0,4
Mai	357,5	155,3	51,4	51,4	0,0	—	—	—	—	—	0,5	0,0	0,4
Juni	5) 359,1	157,8	39,9	39,4	0,5	—	—	—	—	—	0,5	0,1	0,4
Juli	364,4	160,3	52,4	52,4	0,0	—	—	—	—	—	0,5	0,0	0,4
Aug.	358,2	159,3	46,0	45,9	0,0	—	—	—	—	—	0,4	0,1	0,4
Sept.	5) 362,4	160,3	46,2	45,5	0,7	—	—	—	—	—	0,5	0,1	0,4
Okt.	366,4	161,8	48,0	47,8	0,2	—	—	—	—	—	0,5	0,0	0,5
Nov.	359,2	162,8	39,2	39,2	0,0	—	—	—	—	—	0,4	0,1	0,4
Dez.	373,7	170,9	48,0	47,9	0,0	—	—	—	—	—	0,4	0,0	0,4
2007 Jan.	357,9	163,6	37,8	37,8	0,0	—	—	—	—	—	0,4	0,1	0,4
Febr.	365,5	164,1	43,7	43,6	0,1	—	—	—	—	—	0,5	0,1	0,4
März	5) 371,4	166,6	47,9	47,8	0,0	—	—	—	—	—	0,4	0,1	0,3
April	370,9	169,7	43,3	43,0	0,2	—	—	—	—	—	0,4	0,1	0,3
Mai	377,2	169,9	45,1	45,1	0,0	—	—	—	—	—	0,4	0,1	0,4
Juni	5) 373,5	171,9	39,8	39,6	0,3	—	—	—	—	—	0,4	0,1	0,4
Juli	382,1	173,9	46,6	46,5	0,0	—	—	—	—	—	0,4	0,1	0,3
Aug.	369,6	173,1	31,8	31,5	0,2	—	—	—	—	—	0,3	0,0	0,3
Sept.	5) 394,0	173,1	47,0	42,2	4,8	—	—	—	—	—	0,4	0,1	0,4

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. — 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für Monats-

ultimo. — 2 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumschlages zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92 % des Wertes an in Umlauf befind-

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva 3)	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten 2)	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
Eurosystem 4)										
16,7	0,2	15,8	15,8	—	5,6	73,7	—	122,0	66,4	2007 Febr. 2.
17,2	0,2	16,5	16,5	—	5,6	72,6	—	122,0	66,9	9.
17,6	0,2	15,3	15,3	—	5,6	72,1	—	122,0	67,1	16.
17,9	0,3	13,6	13,6	—	5,6	72,3	—	122,0	67,1	23.
18,1	0,2	13,9	13,9	—	5,6	71,9	—	122,0	67,2	März 2.
18,4	0,2	12,9	12,9	—	5,6	72,2	—	122,0	67,2	9.
18,1	0,2	11,9	11,9	—	5,6	67,7	—	122,0	67,2	16.
18,3	0,2	13,2	13,2	—	5,6	66,9	—	122,0	67,2	23.
18,8	0,2	13,5	13,5	—	5,6	5) 71,1	—	5) 125,5	67,5	30.
18,4	0,2	12,6	12,6	—	5,6	68,9	—	125,5	68,3	April 5.
18,9	0,2	13,2	13,2	—	5,6	69,0	—	125,5	68,4	13.
18,5	0,2	14,1	14,1	—	5,6	67,7	—	125,5	68,3	20.
19,5	0,3	15,9	15,9	—	5,6	67,8	—	125,5	68,3	27.
19,5	0,2	15,6	15,6	—	5,6	68,7	—	125,5	68,3	Mai 4.
19,5	0,2	16,2	16,2	—	5,6	70,4	—	125,5	68,3	11.
20,1	0,2	14,8	14,8	—	5,6	70,6	—	125,5	68,3	18.
20,1	0,2	15,5	15,5	—	5,6	72,1	—	125,5	68,3	25.
20,3	0,2	16,4	16,4	—	5,6	72,4	—	125,5	68,3	2007 Juni 1.
20,2	0,2	17,3	17,3	—	5,6	73,0	—	125,5	68,3	8.
19,9	0,2	16,8	16,8	—	5,6	73,3	—	125,5	68,3	15.
19,5	0,2	17,8	17,8	—	5,6	73,6	—	125,5	68,3	22.
28,1	0,2	16,1	16,1	—	5,5	5) 78,9	—	5) 117,0	68,3	29.
19,5	0,2	17,2	17,2	—	5,5	77,2	—	117,0	68,3	Juli 6.
18,9	0,2	16,9	16,9	—	5,5	76,3	—	117,0	68,3	13.
18,8	0,2	17,0	17,0	—	5,5	77,2	—	117,0	68,3	20.
18,7	0,3	17,3	17,3	—	5,5	78,4	—	117,0	68,3	27.
18,9	0,2	18,5	18,5	—	5,5	78,9	—	117,0	68,3	Aug. 3.
19,1	0,1	18,4	18,4	—	5,5	79,2	—	117,0	68,3	10.
19,1	0,1	18,2	18,2	—	5,5	77,5	—	117,0	68,8	17.
19,5	0,2	17,1	17,1	—	5,5	79,5	—	117,0	68,8	24.
20,9	0,1	19,4	19,4	—	5,5	82,5	—	117,0	68,9	31.
20,9	0,1	18,6	18,6	—	5,5	86,3	—	117,0	68,9	Sept. 7.
22,1	0,6	18,1	18,1	—	5,5	88,9	—	117,0	68,9	14.
21,8	0,6	18,5	18,5	—	5,5	90,7	—	117,0	68,9	21.
23,9	0,6	5) 18,1	5) 18,1	—	5,4	5) 99,2	—	5) 131,1	68,9	28.
23,9	0,3	19,1	19,1	—	5,4	100,4	—	131,1	68,9	Okt. 5.
Deutsche Bundesbank										
3,4	0,0	2,9	2,9	—	1,5	11,2	76,4	39,2	5,0	2005 Nov.
3,4	0,0	2,8	2,8	—	1,5	11,3	75,1	5) 44,3	5,0	Dez.
3,4	0,0	3,0	3,0	—	1,5	11,5	75,8	44,3	5,0	2006 Jan.
3,5	0,0	2,1	2,1	—	1,5	12,0	77,8	44,3	5,0	Febr.
3,8	0,0	2,5	2,5	—	1,4	9,4	78,2	5) 48,5	5,0	März
3,6	0,0	1,0	1,0	—	1,4	12,7	78,7	48,5	5,0	April
3,8	0,0	2,4	2,4	—	1,4	9,8	79,5	48,5	5,0	Mai
3,7	0,0	2,1	2,1	—	1,4	22,3	80,6	5) 45,8	5,0	Juni
3,6	0,0	2,6	2,6	—	1,4	11,6	81,2	45,8	5,0	Juli
3,6	0,0	1,8	1,8	—	1,4	11,1	83,9	45,8	5,0	Aug.
3,6	0,0	1,3	1,3	—	1,4	11,8	85,9	5) 46,4	5,0	Sept.
3,7	0,0	1,3	1,3	—	1,4	11,9	86,5	46,4	5,0	Okt.
3,9	0,0	1,4	1,4	—	1,4	12,4	86,3	46,4	5,0	Nov.
3,7	0,0	1,1	1,1	—	1,4	13,0	84,3	45,9	5,0	Dez.
3,8	0,0	1,6	1,6	—	1,4	12,9	85,5	45,9	5,0	2007 Jan.
3,7	0,0	1,2	1,2	—	1,4	13,5	86,5	45,9	5,0	Febr.
3,8	0,0	1,3	1,3	—	1,4	10,1	87,5	5) 47,4	5,0	März
3,8	0,0	2,5	2,5	—	1,4	10,0	87,5	47,4	5,0	April
4,0	0,0	3,0	3,0	—	1,4	10,8	90,4	47,4	5,0	Mai
3,8	0,0	2,3	2,3	—	1,4	12,4	91,6	5) 44,9	5,0	Juni
4,1	0,0	2,2	2,2	—	1,4	11,6	92,1	44,9	5,0	Juli
4,1	0,0	2,2	2,2	—	1,4	12,6	94,4	44,9	5,0	Aug.
5,4	0,0	2,6	2,6	—	1,3	13,6	96,1	5) 49,5	5,0	Sept.

lichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen

Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. — 3 Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. — 4 Quelle: EZB. — 5 Veränderungen überwiegend aufgrund der Neubewertung zum Quartalsende.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
Aktiva

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Bilanz- summe 2)	Kassen- bestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet 3)						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im				
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland		
				zu- sammen	Buch- kredite 3)	Wert- papiere von Banken	zu- sammen	Buch- kredite 3)	Wert- papiere von Banken		zu- sammen	Unternehmen und personen	zu- sammen
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
1998	10 355,5	29,9	3 267,4	2 939,4	1 977,4	962,0	328,1	264,9	63,1	5 833,9	5 615,9	4 361,0	3 966,5
1999	5 678,5	17,2	1 836,9	1 635,0	1 081,4	553,6	201,9	161,8	40,1	3 127,4	2 958,6	2 326,4	2 093,4
2000	6 083,9	16,1	1 977,4	1 724,2	1 108,9	615,3	253,2	184,5	68,6	3 249,9	3 062,6	2 445,7	2 186,6
2001	6 303,1	14,6	2 069,7	1 775,5	1 140,6	634,9	294,2	219,8	74,4	3 317,1	3 084,9	2 497,1	2 235,7
2002	6 394,2	17,9	2 118,0	1 769,1	1 164,3	604,9	348,9	271,7	77,2	3 340,2	3 092,2	2 505,8	2 240,8
2003	6 432,0	17,3	2 111,5	1 732,0	1 116,8	615,3	379,5	287,7	91,8	3 333,2	3 083,1	2 497,4	2 241,2
2004	6 617,4	15,1	2 174,3	1 750,2	1 122,9	627,3	424,2	306,3	117,9	3 358,7	3 083,4	2 479,7	2 223,8
2005	6 859,4	15,3	2 276,0	1 762,5	1 148,4	614,1	513,5	356,3	157,2	3 407,6	3 085,2	2 504,6	2 226,3
2006	7 154,4	16,4	2 314,4	1 718,6	1 138,6	580,0	595,8	376,8	219,0	3 462,1	3 085,5	2 536,1	2 241,9
2005 Nov.	6 924,1	13,3	2 287,0	1 760,4	1 133,3	627,1	526,6	373,7	152,9	3 417,1	3 093,2	2 510,3	2 240,3
2005 Dez.	6 859,4	15,3	2 276,0	1 762,5	1 148,4	614,1	513,5	356,3	157,2	3 407,6	3 085,2	2 504,6	2 226,3
2006 Jan.	6 940,6	13,3	2 275,4	1 739,2	1 128,2	610,9	536,2	374,0	162,3	3 458,7	3 123,8	2 542,5	2 251,5
2006 Febr.	6 967,7	14,1	2 289,3	1 745,9	1 132,6	613,4	543,4	376,9	166,4	3 458,7	3 117,1	2 546,9	2 255,5
2006 März	7 004,8	13,3	2 302,4	1 736,7	1 123,2	613,4	565,7	392,7	172,9	3 474,5	3 127,4	2 556,8	2 258,4
2006 April	7 075,7	14,5	2 320,4	1 768,4	1 156,7	611,7	552,1	379,5	172,6	3 518,0	3 161,1	2 590,8	2 264,9
2006 Mai	7 102,2	14,0	2 347,5	1 787,1	1 170,6	616,5	560,4	381,7	178,7	3 513,5	3 160,4	2 584,0	2 264,5
2006 Juni	7 075,1	13,8	2 316,3	1 738,4	1 130,8	607,6	577,9	391,7	186,2	3 481,8	3 122,7	2 560,2	2 265,4
2006 Juli	7 040,0	13,7	2 299,7	1 733,4	1 133,2	600,1	566,3	379,1	187,2	3 476,6	3 119,5	2 555,2	2 261,1
2006 Aug.	7 034,6	13,6	2 300,0	1 732,6	1 136,0	596,7	567,3	376,8	190,5	3 472,6	3 117,7	2 558,7	2 263,2
2006 Sept.	7 077,2	14,2	2 278,0	1 705,0	1 111,7	593,3	573,0	374,8	198,2	3 492,6	3 122,1	2 571,2	2 280,7
2006 Okt.	7 080,1	14,4	2 278,7	1 697,5	1 108,1	589,4	581,2	376,3	204,9	3 496,5	3 119,2	2 563,0	2 272,3
2006 Nov.	7 141,2	13,6	2 289,3	1 712,4	1 126,3	586,2	581,3	365,9	215,3	3 506,4	3 123,3	2 560,4	2 268,4
2006 Dez.	7 154,4	16,4	2 314,4	1 718,6	1 138,6	580,0	595,8	376,8	219,0	3 462,1	3 085,5	2 536,1	2 241,9
2007 Jan.	7 192,4	13,3	2 308,2	1 711,1	1 138,1	573,0	597,1	378,2	218,9	3 496,9	3 109,2	2 554,6	2 252,7
2007 Febr.	7 230,9	13,4	2 332,2	1 717,7	1 146,7	570,9	614,5	386,6	227,9	3 487,3	3 096,0	2 547,2	2 256,2
2007 März	7 288,3	13,5	2 364,4	1 749,8	1 180,5	569,3	614,6	378,3	236,3	3 496,5	3 100,8	2 555,8	2 261,3
2007 April	7 357,2	14,4	2 379,0	1 736,7	1 167,0	569,7	642,3	406,1	236,2	3 525,9	3 128,3	2 580,7	2 256,9
2007 Mai	7 389,3	14,7	2 398,4	1 744,1	1 167,2	576,9	654,3	414,7	239,6	3 511,9	3 106,1	2 558,9	2 253,1
2007 Juni	7 381,7	14,2	2 396,3	1 724,1	1 156,2	567,9	672,3	423,8	248,5	3 484,4	3 071,9	2 538,0	2 261,7
2007 Juli	7 371,2	13,9	2 373,0	1 708,4	1 146,0	562,5	664,6	415,4	249,2	3 489,7	3 080,8	2 541,9	2 265,9
2007 Aug.	7 417,4	14,1	2 405,9	1 735,3	1 178,1	557,2	670,5	419,3	251,2	3 485,8	3 071,6	2 544,4	2 271,6
Veränderungen 1)													
1999	452,6	1,8	179,8	140,1	81,4	58,6	39,8	26,3	13,5	206,6	158,1	156,8	126,4
2000	401,5	- 1,2	143,0	91,7	28,1	63,6	51,4	22,8	28,6	123,2	105,4	116,8	89,5
2001	244,9	- 1,4	91,0	50,7	30,3	20,5	40,3	34,5	5,8	55,1	23,9	50,4	48,1
2002	165,7	3,3	63,6	6,5	23,7	- 17,1	57,1	51,9	5,2	34,1	15,7	16,5	10,4
2003	83,5	- 0,6	- 20,2	- 49,0	- 47,5	- 1,5	28,8	15,7	13,1	29,6	23,0	22,2	26,4
2004	207,5	- 2,1	68,9	22,5	9,5	13,1	46,3	15,8	30,5	44,1	17,5	- 0,4	- 1,2
2005	197,2	0,1	101,8	13,2	25,7	- 12,5	88,6	50,5	38,1	59,7	14,2	37,2	15,5
2006	349,0	1,1	76,2	- 2,4	25,2	- 27,6	78,6	17,3	61,3	56,0	1,5	32,5	13,3
2005 Dez.	- 64,0	2,0	- 10,8	2,3	15,2	- 12,9	- 13,1	- 17,4	4,3	- 7,7	- 6,1	- 3,9	- 11,8
2006 Jan.	62,7	- 2,1	- 4,5	- 22,4	- 20,2	- 2,3	18,0	14,2	3,8	38,3	25,3	24,7	12,2
2006 Febr.	19,1	0,8	13,8	6,7	4,4	2,4	7,1	2,9	4,1	0,2	- 6,0	5,1	4,7
2006 März	46,6	- 0,8	13,4	- 9,1	- 9,3	0,3	22,4	15,8	6,6	19,0	12,8	12,4	4,8
2006 April	81,7	1,2	18,2	31,8	33,4	- 1,7	- 13,5	- 13,3	- 0,2	44,8	34,4	34,6	6,8
2006 Mai	34,1	- 0,5	27,9	19,5	14,6	4,8	8,4	2,3	6,1	- 3,7	- 0,2	- 6,3	- 0,3
2006 Juni	- 29,8	- 0,2	- 31,2	- 49,0	- 40,3	- 8,8	17,9	10,3	7,6	- 31,3	- 37,2	- 23,3	1,3
2006 Juli	- 34,3	- 0,1	- 16,4	- 5,1	2,4	- 7,5	- 11,4	- 12,6	1,3	- 6,9	- 3,4	- 5,2	- 3,6
2006 Aug.	- 2,2	- 0,0	1,4	0,3	3,6	- 3,2	1,0	- 2,3	3,3	- 4,3	- 1,6	3,8	2,7
2006 Sept.	76,9	0,6	14,6	9,0	7,3	1,7	5,6	- 2,0	7,6	23,7	8,4	16,4	18,1
2006 Okt.	4,6	0,2	2,4	- 5,8	- 1,9	- 3,9	8,2	1,5	6,7	4,2	- 2,7	- 8,0	- 8,1
2006 Nov.	75,6	- 0,8	15,3	15,1	18,2	- 3,0	0,2	- 10,3	10,5	12,6	6,1	- 0,6	- 1,9
2006 Dez.	13,9	2,8	21,3	6,6	12,9	- 6,4	14,7	10,9	3,8	- 40,7	- 34,3	- 21,0	- 23,5
2007 Jan.	33,9	- 3,1	- 6,5	- 6,0	- 0,5	- 5,5	- 0,5	- 0,4	- 0,1	36,3	26,8	21,3	9,8
2007 Febr.	46,3	0,1	23,7	6,7	8,7	- 1,9	17,0	8,4	8,7	- 7,0	- 11,6	- 5,9	4,8
2007 März	61,6	0,1	32,3	32,2	33,8	- 1,6	0,1	- 8,3	8,4	10,4	5,8	9,6	5,8
2007 April	77,8	0,9	13,0	- 14,6	- 14,0	- 0,6	27,6	27,6	- 0,0	32,6	29,9	27,2	- 3,2
2007 Mai	28,0	0,3	19,0	7,4	0,2	7,2	11,6	8,2	3,4	- 13,9	- 22,3	- 21,9	- 3,7
2007 Juni	- 6,0	- 0,5	- 1,0	- 19,0	- 9,9	- 9,0	18,0	9,0	9,0	- 27,5	- 34,3	- 21,0	8,1
2007 Juli	- 4,4	- 0,3	- 23,3	- 15,0	- 9,5	- 5,4	- 8,3	- 8,8	0,5	7,2	10,4	5,5	4,4
2007 Aug.	42,4	0,2	32,8	26,9	32,2	- 5,3	5,9	3,9	2,0	- 3,7	- 9,1	2,6	6,0

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen)

auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. — 1 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (s. auch Anm. * in Tab. II,1). — 2 Bis Dezember 1998 Geschäftsvolumen (Bilanzsumme zuzüglich

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet 3)										Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Sonstige Aktivpositionen	Zeit
an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern										insgesamt	darunter Buchkredite 3)		
Privat- öffentliche Haushalte			Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Haushalte							
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite 3)	Wertpapiere 4)	zusammen	zusammen	darunter Buchkredite 3)	zusammen	Buchkredite 3)	Wertpapiere				
394,5	1 254,9	939,1	315,8	218,0	62,5	56,0	155,5	35,6	119,9	922,0	758,0	302,2	1998
233,0	632,1	488,4	143,7	168,8	65,3	35,9	103,6	20,7	82,8	511,2	404,2	185,8	1999
259,1	616,9	478,5	138,4	187,3	83,8	44,2	103,5	20,0	83,5	622,4	481,7	218,1	2000
261,3	587,8	468,7	119,1	232,3	111,3	53,7	121,0	26,2	94,8	727,3	572,0	174,3	2001
265,0	586,4	448,5	137,9	248,0	125,0	63,6	123,0	25,5	97,5	738,1	589,2	179,9	2002
256,2	585,6	439,6	146,1	250,2	133,5	62,7	116,6	25,9	90,7	806,4	645,6	163,6	2003
255,9	603,8	423,0	180,8	275,3	140,6	61,9	134,7	25,7	109,0	897,8	730,4	171,4	2004
278,2	580,7	408,7	171,9	322,4	169,1	65,0	153,3	30,7	122,6	993,8	796,8	166,7	2005
294,1	549,5	390,2	159,2	376,6	228,1	85,2	148,5	26,1	122,4	1 172,7	936,2	188,8	2006
270,0	582,9	406,9	176,0	324,0	168,5	67,7	155,4	30,2	125,2	1 031,7	837,8	174,9	2005 Nov.
278,2	580,7	408,7	171,9	322,4	169,1	65,0	153,3	30,7	122,6	993,8	796,8	166,7	Dez.
291,0	581,2	409,8	171,4	334,9	174,4	69,9	160,5	31,6	128,9	1 030,5	831,4	162,8	2006 Jan.
291,4	570,2	401,1	169,1	341,5	182,5	73,6	159,1	31,0	128,1	1 045,4	846,5	160,2	Febr.
298,5	570,5	401,3	169,2	347,1	186,7	76,2	160,4	30,8	129,6	1 055,1	856,0	159,6	März
325,9	570,3	402,8	167,4	356,9	196,8	84,1	160,1	30,4	129,8	1 056,7	859,5	166,0	April
319,5	576,4	394,9	181,4	353,2	193,3	81,5	159,9	30,7	129,2	1 055,0	854,9	172,0	Mai
294,9	562,5	391,0	171,5	359,1	200,3	82,2	158,8	31,1	127,7	1 097,0	892,0	166,1	Juni
294,0	564,3	392,1	172,2	357,1	200,6	80,9	156,6	31,8	124,8	1 084,4	880,4	165,6	Juli
295,5	559,0	389,0	170,0	354,9	200,6	81,6	154,3	30,8	123,5	1 084,5	880,1	163,8	Aug.
290,5	550,9	387,9	163,0	370,5	217,2	87,0	153,3	27,8	125,5	1 123,3	904,0	169,2	Sept.
290,7	556,2	392,6	163,6	377,3	224,3	89,2	153,0	26,1	126,9	1 118,3	893,3	172,2	Okt.
292,0	562,9	393,2	169,8	383,2	229,9	88,8	153,2	26,1	127,2	1 148,4	916,9	179,0	Nov.
294,1	549,5	390,2	159,2	376,6	228,1	85,2	148,5	26,1	122,4	1 172,7	936,2	188,8	Dez.
301,9	554,5	389,0	165,5	387,7	233,6	90,5	154,1	26,0	128,1	1 191,3	947,7	182,6	2007 Jan.
291,0	548,8	384,8	164,0	391,3	239,4	93,4	151,9	25,8	126,1	1 212,1	955,0	185,9	Febr.
294,5	545,0	379,2	165,8	395,7	244,5	96,0	151,2	24,7	126,5	1 229,3	969,4	184,6	März
323,9	547,6	380,6	167,0	397,6	250,0	96,4	147,6	25,0	122,5	1 245,5	980,9	192,3	April
305,8	547,2	378,5	168,7	405,8	255,7	99,0	150,1	24,3	125,8	1 259,2	979,3	205,1	Mai
276,3	533,9	372,3	161,6	412,5	263,2	103,1	149,2	25,5	123,8	1 282,6	996,3	204,3	Juni
276,1	538,9	378,0	160,9	408,9	264,6	100,0	144,3	25,2	119,1	1 291,5	1 004,7	203,1	Juli
272,8	527,2	371,6	155,6	414,3	276,0	112,0	138,2	25,7	112,5	1 300,5	1 005,8	211,0	Aug.
Veränderungen 1)													
30,4	1,3	7,7	- 6,4	48,4	12,2	6,4	36,2	2,0	34,2	33,1	13,8	31,3	1999
27,3	- 11,4	- 6,7	- 4,6	17,8	16,8	7,2	1,0	- 0,3	1,2	103,9	71,9	32,5	2000
2,4	- 26,5	- 9,8	- 16,7	31,3	24,3	7,7	7,0	2,2	4,8	110,1	86,6	- 9,9	2001
6,2	- 0,8	- 20,2	19,4	18,3	15,9	12,0	2,4	- 0,6	3,0	65,7	64,1	- 0,4	2002
- 4,3	0,8	- 8,7	9,6	6,6	13,4	2,7	- 6,8	- 0,8	- 6,0	116,2	98,5	- 41,5	2003
0,9	17,8	- 17,0	34,9	26,6	8,2	3,1	18,4	0,0	18,4	111,4	100,5	- 14,7	2004
21,7	- 23,0	- 14,3	- 8,6	45,5	27,4	2,1	18,2	4,6	13,5	57,7	31,6	- 22,2	2005
19,3	- 31,0	- 18,6	- 12,4	54,5	59,6	20,9	- 5,1	- 1,3	- 3,8	205,9	165,7	9,8	2006
7,9	- 2,2	1,9	- 4,0	- 1,6	0,6	- 2,7	- 2,1	0,4	- 2,6	- 37,4	- 40,5	- 10,2	2005 Dez.
12,5	0,6	0,9	- 0,3	13,0	5,3	4,8	7,7	1,2	6,5	36,8	34,4	- 5,9	2006 Jan.
0,4	- 11,0	- 8,7	- 2,3	6,1	7,7	3,4	- 1,6	- 0,7	- 0,9	8,1	9,1	- 3,8	Febr.
7,6	0,4	0,2	0,2	6,2	4,5	2,8	1,7	- 0,1	1,8	17,5	16,4	- 2,4	März
27,7	- 0,2	1,6	- 1,8	10,4	10,6	8,2	- 0,1	- 0,3	0,2	11,8	12,9	5,7	April
- 6,0	6,1	- 7,9	14,0	- 3,5	- 3,2	- 2,3	- 0,2	0,4	- 0,6	5,1	1,6	5,3	Mai
- 24,7	- 13,9	- 4,0	- 9,9	5,9	7,0	0,6	- 1,1	0,4	- 1,4	39,6	34,8	- 6,7	Juni
- 1,7	1,8	1,1	0,7	- 3,4	- 0,1	- 1,2	- 3,3	- 0,1	- 3,2	- 11,2	- 11,6	0,3	Juli
1,2	- 5,4	- 3,1	- 2,4	- 2,7	0,1	0,7	- 2,8	- 1,0	- 1,8	1,8	1,2	- 1,0	Aug.
- 1,6	- 8,1	- 1,0	- 7,1	15,3	16,4	5,3	- 1,1	- 0,2	- 0,9	33,3	23,1	4,7	Sept.
0,1	5,3	4,7	0,6	6,9	7,3	2,2	- 0,4	- 1,0	0,6	- 4,9	- 9,9	2,7	Okt.
1,3	6,8	0,5	6,2	6,5	6,1	0,1	0,4	0,0	0,4	42,2	34,7	6,2	Nov.
2,5	- 13,3	- 2,9	- 10,4	- 6,4	- 1,9	- 3,6	- 4,5	0,0	- 4,5	25,8	19,0	4,8	Dez.
11,5	5,5	- 1,2	6,7	9,4	4,2	3,8	5,2	- 0,3	5,5	17,3	9,9	- 10,2	2007 Jan.
- 10,7	- 5,7	- 4,3	- 1,4	4,6	6,7	3,1	- 2,1	- 0,1	- 2,0	27,4	13,5	2,2	Febr.
3,8	- 3,8	- 5,6	1,8	4,6	4,8	2,2	- 0,2	- 0,6	0,4	20,6	17,4	- 1,8	März
30,4	2,7	1,5	1,2	2,7	6,3	1,0	- 3,5	0,4	- 4,0	23,9	18,5	7,4	April
- 18,2	- 0,4	- 2,1	1,7	8,4	5,9	2,9	2,5	- 0,7	3,3	10,1	- 4,9	12,4	Mai
- 29,1	- 13,2	- 6,1	- 7,1	6,8	9,2	4,8	- 2,3	0,6	- 3,0	24,6	19,4	- 1,7	Juni
1,1	4,9	5,6	- 0,7	- 3,2	1,7	- 2,9	- 5,0	- 0,2	- 4,8	13,3	12,4	- 1,3	Juli
- 3,4	- 11,7	- 6,4	- 5,3	5,4	11,5	11,9	- 6,1	0,5	- 6,6	5,6	- 2,4	7,5	Aug.

Indossamentsverbindlichkeiten und aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel) sowie Treuhandvermögen. — 3 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite und Wechselkredite an Stelle von

Wechselbeständen. — 4 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
Passiva

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								
	Bilanz- summe	von Banken			ins- gesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland				Einlagen von Nicht-			
		ins- gesamt	im Inland	in anderen Mitglieds- ländern		zu- sammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit 2)		mit vereinbarter Kündigungsfrist 3)		zu- sammen	täglich fällig
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
1998	10 355,5	2 480,3	2 148,9	331,4	3 850,8	3 552,2	751,6	1 411,1	461,6	1 389,6	971,9	187,4	9,4
1999	5 678,5	1 288,1	1 121,8	166,3	2 012,4	1 854,7	419,5	820,6	247,0	614,7	504,4	111,1	6,5
2000	6 083,9	1 379,4	1 188,9	190,5	2 051,4	1 873,6	441,4	858,8	274,3	573,5	450,5	107,9	6,9
2001	6 303,1	1 418,0	1 202,1	215,9	2 134,0	1 979,7	525,0	880,2	290,6	574,5	461,9	105,2	7,6
2002	6 394,2	1 478,7	1 236,2	242,4	2 170,0	2 034,9	574,8	884,9	279,3	575,3	472,9	87,4	8,1
2003	6 432,0	1 471,0	1 229,4	241,6	2 214,6	2 086,9	622,1	874,5	248,0	590,3	500,8	81,8	9,3
2004	6 617,4	1 528,4	1 270,8	257,6	2 264,2	2 148,5	646,2	898,9	239,9	603,5	515,5	71,9	8,8
2005	6 859,4	1 569,6	1 300,8	268,8	2 329,1	2 225,4	715,8	906,2	233,4	603,4	519,1	62,2	9,6
2006	7 154,4	1 637,7	1 348,6	289,0	2 449,2	2 341,6	745,8	1 009,3	310,1	586,5	487,4	62,0	13,9
2005 Nov.	6 924,1	1 546,0	1 273,1	272,9	2 315,2	2 213,4	722,5	894,9	224,6	596,0	512,5	61,2	11,5
2005 Dez.	6 859,4	1 569,6	1 300,8	268,8	2 329,1	2 225,4	715,8	906,2	233,4	603,4	519,1	62,2	9,6
2006 Jan.	6 940,6	1 589,6	1 306,9	282,7	2 334,0	2 227,0	716,1	908,1	233,7	602,8	517,9	63,4	11,8
2006 Febr.	6 967,7	1 583,4	1 303,2	280,2	2 331,2	2 233,0	714,3	916,1	235,7	602,6	517,4	60,7	10,8
2006 März	7 004,8	1 581,0	1 303,4	277,6	2 340,8	2 241,4	720,9	919,1	237,5	601,4	515,4	60,1	12,1
2006 April	7 075,7	1 635,0	1 340,8	294,3	2 364,7	2 257,5	725,7	932,0	246,2	599,8	513,6	68,1	16,3
2006 Mai	7 102,2	1 634,7	1 338,6	296,1	2 370,4	2 269,4	734,6	937,4	249,9	597,4	510,1	60,2	11,8
2006 Juni	7 075,1	1 617,7	1 334,0	283,6	2 380,7	2 276,8	735,1	945,6	256,2	596,1	507,5	61,3	14,8
2006 Juli	7 040,0	1 606,6	1 334,3	272,3	2 375,8	2 274,0	728,0	952,7	261,5	593,2	503,5	58,2	11,9
2006 Aug.	7 034,6	1 589,9	1 310,8	279,1	2 382,3	2 278,6	723,0	965,3	271,0	590,3	499,1	57,0	10,7
2006 Sept.	7 077,2	1 583,3	1 299,5	283,8	2 392,3	2 284,0	722,6	937,7	280,2	587,7	495,3	59,2	11,9
2006 Okt.	7 080,1	1 586,2	1 303,4	282,8	2 388,6	2 280,6	715,3	980,2	286,7	585,0	490,5	61,8	12,4
2006 Nov.	7 141,2	1 618,6	1 320,5	298,1	2 423,1	2 310,9	742,3	987,1	293,7	581,4	484,3	63,8	13,0
2006 Dez.	7 154,4	1 637,7	1 348,6	289,0	2 449,2	2 341,6	745,8	1 009,3	310,1	586,5	487,4	62,0	13,9
2007 Jan.	7 192,4	1 619,6	1 334,6	285,1	2 444,8	2 341,1	744,5	1 014,4	313,0	582,2	481,3	60,0	14,2
2007 Febr.	7 230,9	1 623,5	1 339,1	284,4	2 447,0	2 345,0	744,5	1 020,2	317,4	580,3	477,4	58,2	13,4
2007 März	7 288,3	1 652,4	1 368,1	284,3	2 455,8	2 350,8	745,9	1 026,3	324,4	578,5	474,2	61,7	15,7
2007 April	7 357,2	1 669,5	1 370,7	298,7	2 469,9	2 366,6	745,8	1 046,2	342,2	574,6	470,0	59,6	13,5
2007 Mai	7 389,3	1 664,2	1 356,6	307,6	2 485,4	2 376,3	751,7	1 054,5	349,9	570,1	465,8	60,3	16,0
2007 Juni	7 381,7	1 653,4	1 357,7	295,7	2 506,8	2 394,5	760,0	1 067,8	360,3	566,7	461,7	62,6	17,4
2007 Juli	7 371,2	1 650,1	1 351,7	298,5	2 508,2	2 401,0	764,7	1 074,7	366,9	561,6	456,0	64,2	15,4
2007 Aug.	7 417,4	1 665,0	1 359,9	305,1	2 524,1	2 418,5	759,1	1 101,6	393,4	557,8	452,1	63,0	13,6
Veränderungen 1)													
1999	452,6	70,2	66,4	3,7	75,0	65,6	34,2	36,7	13,5	- 5,3	7,4	7,5	1,7
2000	401,5	87,5	66,0	21,5	38,7	19,8	22,5	37,8	27,0	- 40,5	- 53,6	- 4,2	0,3
2001	244,9	32,4	8,4	24,0	80,6	105,2	83,0	21,2	16,2	1,1	11,4	- 4,0	0,4
2002	165,7	70,2	37,2	33,1	53,0	57,0	50,3	5,9	- 11,0	0,8	11,0	- 2,6	0,6
2003	83,5	3,8	- 3,3	7,1	44,7	50,3	48,8	- 13,6	- 31,6	15,1	28,0	- 3,8	1,4
2004	207,5	62,3	42,9	19,5	53,5	64,9	26,3	25,5	- 8,3	13,1	14,7	- 9,3	- 0,4
2005	197,2	32,8	26,9	5,9	65,0	75,5	69,4	7,3	- 6,9	- 1,2	2,9	- 8,0	0,5
2006	349,0	105,5	81,5	24,0	123,0	118,6	30,4	105,0	77,1	- 16,8	- 31,7	0,5	4,4
2005 Dez.	- 64,0	23,8	27,8	- 4,0	13,9	12,0	- 6,6	11,3	8,8	7,4	6,6	1,0	- 1,9
2006 Jan.	62,7	17,5	2,9	14,6	5,3	1,8	0,5	2,0	0,4	- 0,6	- 1,3	1,4	2,2
2006 Febr.	19,1	- 7,6	- 4,3	- 3,3	- 3,3	5,7	- 2,0	7,9	1,9	- 0,2	- 0,4	- 2,8	- 1,0
2006 März	46,6	- 0,5	1,1	- 1,6	10,1	8,8	6,9	3,1	1,9	- 1,2	- 2,0	- 0,5	1,4
2006 April	81,7	55,5	37,7	17,8	24,5	16,4	5,1	12,9	8,8	- 1,6	- 1,9	8,2	4,2
2006 Mai	34,1	1,7	- 0,9	2,6	6,1	12,2	9,0	5,6	3,8	- 2,3	- 3,5	- 7,8	- 4,5
2006 Juni	- 29,8	- 17,5	- 4,7	- 12,8	10,2	7,3	0,4	8,1	6,3	- 1,3	- 2,6	1,1	2,9
2006 Juli	- 34,3	- 10,9	0,3	- 11,2	- 4,9	- 2,8	- 7,0	7,2	5,2	- 2,9	- 4,0	- 3,2	- 2,8
2006 Aug.	- 2,2	- 15,5	- 22,5	6,9	6,0	4,1	- 5,5	12,6	9,5	- 2,9	- 4,4	- 1,2	- 1,3
2006 Sept.	76,9	24,4	20,1	4,3	11,2	6,7	- 0,6	9,9	9,2	- 2,6	- 3,8	2,2	1,2
2006 Okt.	4,6	4,7	5,7	- 1,0	- 3,7	- 3,4	- 7,2	6,5	6,5	- 2,7	- 4,8	2,5	0,5
2006 Nov.	75,6	34,6	17,9	16,7	35,2	30,9	27,5	7,0	7,1	- 3,5	- 6,1	2,2	0,6
2006 Dez.	13,9	19,1	28,2	- 9,1	26,1	30,7	3,4	22,2	16,5	5,1	3,1	- 1,8	0,9
2007 Jan.	33,9	- 19,2	- 14,3	- 4,9	- 5,0	- 0,8	- 1,4	5,0	2,8	- 4,4	- 6,2	- 2,2	0,3
2007 Febr.	46,3	4,9	4,9	0,1	2,6	4,2	0,2	5,9	4,4	- 1,8	- 3,8	- 1,8	- 0,8
2007 März	61,6	29,4	29,3	0,1	9,2	5,9	1,5	6,1	7,0	- 1,8	- 3,3	3,6	2,3
2007 April	77,8	18,6	3,2	15,4	14,0	15,6	- 0,4	20,0	17,9	- 3,9	- 4,1	- 1,9	- 2,1
2007 Mai	28,0	- 5,8	- 14,3	8,5	15,3	9,5	5,8	8,2	7,7	- 4,5	- 4,2	0,6	2,4
2007 Juni	- 6,0	- 9,0	2,7	- 11,7	21,5	18,3	8,4	13,4	10,5	- 3,5	- 4,1	2,4	1,5
2007 Juli	- 4,4	- 2,7	- 5,8	3,1	1,0	6,7	4,8	7,0	6,6	- 5,1	- 5,7	1,6	- 2,0
2007 Aug.	42,4	14,8	8,2	6,6	15,6	17,1	- 5,6	26,5	26,4	- 3,7	- 3,9	- 1,2	- 1,8

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. — 1 Statistische Brüche sind

in den Veränderungswerten ausgeschaltet (s. a. Anm. * in Tab. II.1). — 2 Für deutschen Beitrag: ab 1999 einschl. Bauspareinlagen (s. dazu Tab. IV.12). — 3 Für deutschen Beitrag: bis Ende 1998 einschl. Bauspareinlagen (s. a. Anm. 2). — 4 Bis Dezember 1998 Laufzeit bis unter 4 Jahre. —

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 5)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repo-geschäften mit Nicht-banken im Euro-Währungsgebiet 6)	Geldmarkt-fonds-anteile 7)	Begebene Schuld-verschreibungen 7)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungs-gebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passiv-positionen	Zeit			
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		ins-gesamt	darunter inländische Zentral-staaten			ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 7)							
zu-sammen	darunter bis zu 2 Jahren 4)	zu-sammen	darunter bis zu 3 Monaten													
168,3	13,8	9,7	9,7	111,2	111,2	-	34,8	2 248,1	80,2	739,8	426,8	574,8	1998			
99,7	8,9	4,8	3,7	46,6	45,9	2,0	20,8	1 323,6	97,4	487,9	262,6	281,1	1999			
96,3	6,7	4,7	3,3	69,9	67,6	0,4	19,3	1 417,1	113,3	599,8	298,1	318,4	2000			
92,4	9,0	5,2	3,8	49,1	46,9	4,9	33,2	1 445,4	129,3	647,6	319,2	300,8	2001			
74,6	9,9	4,7	3,6	47,7	45,6	3,3	36,7	1 468,2	71,6	599,2	343,0	309,8	2002			
68,6	11,4	3,9	3,1	45,9	44,2	14,1	36,7	1 486,9	131,3	567,8	340,2	300,8	2003			
59,8	9,8	3,3	2,7	43,8	41,4	14,8	31,5	1 554,8	116,9	577,1	329,3	317,2	2004			
50,2	9,8	2,4	2,0	41,6	38,8	19,5	31,7	1 611,9	113,8	626,2	346,8	324,5	2005			
45,9	9,3	2,3	1,9	45,5	41,9	17,1	32,0	1 636,7	136,4	638,5	389,6	353,7	2006			
47,3	8,4	2,4	2,0	40,7	38,7	33,2	31,8	1 631,2	113,8	679,3	348,6	338,8	2005 Nov.			
50,2	9,8	2,4	2,0	41,6	38,8	19,5	31,7	1 611,9	113,8	626,2	346,8	324,5	Dez.			
49,3	9,6	2,4	2,0	43,6	40,4	27,4	31,2	1 617,4	112,2	646,3	369,7	325,0	2006 Jan.			
47,6	8,5	2,4	2,0	37,4	35,8	29,6	31,7	1 630,9	113,9	662,9	377,3	320,6	Febr.			
45,6	7,8	2,4	2,0	39,3	37,0	37,0	31,6	1 632,1	119,8	667,6	384,1	330,7	März			
49,5	11,7	2,4	2,0	39,1	37,6	35,6	31,5	1 623,9	121,1	662,7	384,6	337,5	April			
46,0	8,3	2,3	1,9	40,8	37,0	37,0	32,1	1 632,9	125,9	667,8	386,5	340,7	Mai			
44,2	6,9	2,3	1,9	42,6	39,3	35,7	33,0	1 641,1	126,7	652,0	387,2	327,8	Juni			
43,9	6,3	2,3	1,9	43,7	40,3	30,1	32,4	1 641,7	124,8	640,2	387,9	325,2	Juli			
44,0	6,5	2,3	1,9	46,7	44,1	34,9	32,2	1 638,1	127,2	646,0	387,2	324,1	Aug.			
45,1	7,8	2,3	1,9	49,1	45,6	38,1	31,5	1 639,6	129,7	665,0	388,0	339,7	Sept.			
47,1	9,9	2,3	1,9	46,3	43,4	32,1	32,0	1 644,6	134,3	663,9	389,1	343,6	Okt.			
48,6	10,1	2,3	1,8	48,4	43,7	27,5	32,0	1 641,7	137,5	653,0	391,7	353,6	Nov.			
45,9	9,3	2,3	1,9	45,5	41,9	17,1	32,0	1 636,7	136,4	638,5	389,6	353,7	Dez.			
43,5	9,2	2,3	1,9	43,7	40,6	25,0	31,9	1 653,8	145,9	667,6	393,0	356,6	2007 Jan.			
42,5	8,9	2,3	1,8	43,8	41,8	29,7	31,6	1 657,3	149,5	682,1	399,7	359,9	Febr.			
43,6	10,0	2,3	1,9	43,4	42,2	29,8	32,7	1 659,7	158,3	681,3	405,5	371,2	März			
43,8	9,5	2,3	1,8	43,6	43,2	29,4	33,6	1 657,7	158,0	708,9	410,7	377,5	April			
42,0	8,2	2,3	1,8	48,9	46,9	28,0	33,9	1 666,3	158,4	720,2	416,8	374,6	Mai			
42,9	10,0	2,3	1,8	49,7	46,6	32,7	35,3	1 670,4	162,2	685,8	417,8	379,5	Juni			
46,6	12,6	2,3	1,8	43,0	41,8	25,7	34,9	1 673,2	168,2	675,2	426,0	378,0	Juli			
47,1	13,1	2,3	1,8	42,6	41,1	28,4	32,3	1 665,3	168,8	694,4	423,3	384,6	Aug.			
Veränderungen 1)																
5,9	1,5	- 0,2	- 1,3	1,9	1,2	0,6	3,5	168,0	65,1	89,7	38,0	7,7	1999			
- 4,5	- 0,5	- 0,1	- 0,3	23,1	21,6	- 1,6	- 1,5	90,6	15,9	97,8	35,3	54,6	2000			
- 4,6	1,6	0,2	0,4	- 20,5	- 20,4	4,6	13,3	59,5	18,6	34,8	20,9	- 1,1	2001			
- 2,6	1,1	- 0,5	- 0,3	- 1,4	- 1,3	- 1,6	4,1	18,8	14,8	- 2,1	25,6	- 2,7	2002			
- 4,4	2,0	- 0,8	- 0,4	- 1,8	- 1,4	10,7	0,1	49,8	- 2,2	4,6	- 3,9	- 26,3	2003			
- 8,3	- 1,4	- 0,6	- 0,4	- 2,1	- 2,8	0,8	- 5,2	72,9	- 14,8	21,5	- 10,5	12,2	2004			
- 7,7	- 0,4	- 0,9	- 0,7	- 2,5	- 3,0	4,7	0,2	39,3	- 9,4	22,4	14,4	18,5	2005			
- 3,9	- 0,2	- 0,1	- 0,2	3,9	3,1	- 3,2	0,3	34,3	21,7	32,1	27,9	29,2	2006			
2,9	1,3	0,0	0,0	0,9	0,0	- 13,6	- 0,1	- 19,1	- 0,1	- 52,6	- 1,7	- 14,8	2005 Dez.			
- 0,8	- 0,2	- 0,0	- 0,0	2,0	1,7	7,9	- 0,5	4,4	- 1,9	24,3	5,3	- 1,5	2006 Jan.			
- 1,8	- 1,1	- 0,0	- 0,0	- 6,2	- 4,6	2,2	0,6	10,3	1,8	12,4	7,1	- 2,6	Febr.			
- 1,9	- 0,6	- 0,0	- 0,0	1,8	1,3	7,4	- 0,1	5,5	5,9	9,4	7,5	7,4	März			
4,0	3,9	- 0,0	- 0,0	- 0,2	0,5	- 1,4	- 0,1	- 4,0	1,3	1,3	1,3	4,6	April			
- 3,4	- 3,3	- 0,0	- 0,0	1,7	- 0,6	0,6	0,6	11,8	4,8	9,2	2,3	1,8	Mai			
- 1,8	- 1,4	- 0,0	- 0,0	1,8	2,3	- 1,4	0,9	- 0,6	- 0,7	- 17,5	0,6	- 4,6	Juni			
- 0,3	- 0,6	- 0,0	- 0,0	1,1	1,0	- 5,6	- 0,6	0,7	- 1,9	- 11,4	0,7	- 2,4	Juli			
0,1	0,2	- 0,0	- 0,0	3,0	3,9	4,8	- 0,2	- 2,5	2,4	6,7	- 0,1	- 1,3	Aug.			
1,0	1,3	- 0,0	- 0,0	2,3	1,5	3,2	- 0,7	5,3	3,5	16,7	0,5	16,2	Sept.			
2,0	2,1	- 0,0	- 0,0	- 2,8	- 2,2	- 6,0	0,5	4,8	4,6	- 1,1	1,2	4,2	Okt.			
1,6	0,2	- 0,0	- 0,0	2,1	0,3	- 4,5	- 0,0	3,1	3,3	- 3,2	3,5	6,9	Nov.			
- 2,7	- 0,8	0,0	0,0	- 2,9	- 1,8	- 10,5	0,0	- 4,6	- 1,2	- 14,8	- 2,0	0,5	Dez.			
- 2,5	- 0,2	- 0,0	- 0,0	- 1,9	- 1,4	8,0	- 0,0	14,7	9,5	26,0	3,8	5,8	2007 Jan.			
- 1,0	- 0,3	0,0	0,0	0,2	1,1	4,7	- 0,3	6,5	3,6	19,2	7,2	1,5	Febr.			
1,2	1,1	0,0	0,0	- 0,3	0,4	0,1	1,0	4,2	8,9	1,5	6,0	10,2	März			
0,3	- 0,4	- 0,0	- 0,0	0,3	1,0	- 0,4	0,9	2,1	- 0,3	32,5	6,0	4,0	April			
- 1,9	- 1,3	- 0,0	- 0,0	5,2	3,7	- 1,5	0,3	7,1	0,4	9,0	5,8	- 2,2	Mai			
1,0	1,8	- 0,0	- 0,0	0,9	- 0,3	3,2	1,5	4,8	3,7	- 33,7	1,1	4,5	Juni			
3,7	2,7	- 0,0	- 0,0	- 7,3	- 5,3	- 7,0	- 0,4	3,4	5,2	- 7,7	8,4	0,6	Juli			
0,6	0,4	0,0	- 0,0	- 0,3	- 0,7	2,7	- 2,7	- 8,2	2,6	16,5	- 2,9	6,5	Aug.			

5 Ohne Einlagen von Zentralregierungen. — 6 Erst ab 1999 gesondert erfragt; bis Dezember 1998 in den Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren enthalten. — 7 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen

mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar 2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht.

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2007 März	2 038	7 320,6	62,9	2 985,2	2 148,7	806,8	3 842,7	501,7	2 584,7	2,1	744,5	151,8	278,0
April	2 038	7 389,1	59,3	3 007,7	2 168,9	809,4	3 883,0	515,5	2 577,8	2,1	777,5	152,2	286,9
Mai	2 037	7 420,1	60,4	3 022,8	2 171,8	820,8	3 884,6	509,0	2 585,2	2,1	778,2	152,7	299,6
Juni	2 037	7 409,7	55,5	3 043,3	2 189,7	817,9	3 858,7	510,2	2 592,1	2,2	743,4	153,6	298,5
Juli	2 032	7 399,1	62,3	3 026,8	2 177,3	812,5	3 858,5	512,5	2 592,2	2,1	743,8	155,5	296,0
Aug.	2 026	7 447,4	47,5	3 070,4	2 222,1	809,9	3 870,0	513,9	2 609,1	2,1	731,5	155,6	303,9
Kreditbanken ⁵⁾													
2007 Juli	255	2 186,3	20,2	900,8	760,6	132,3	1 064,4	284,5	579,4	1,1	195,4	78,4	122,5
Aug.	256	2 190,9	13,8	905,4	764,3	132,5	1 064,9	284,4	586,1	1,1	188,9	78,3	128,6
Großbanken ⁶⁾													
2007 Juli	5	1 373,3	8,3	568,0	482,3	80,1	638,9	192,3	293,8	0,8	149,7	67,5	90,6
Aug.	5	1 382,6	5,3	579,9	494,2	80,0	632,7	191,0	295,3	0,8	143,5	67,3	97,4
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2007 Juli	157	672,7	11,0	255,0	203,1	49,6	368,5	69,2	253,7	0,2	43,7	10,5	27,7
Aug.	158	669,7	7,8	254,9	201,9	50,1	369,5	69,6	255,6	0,3	42,0	10,6	26,9
Zweigstellen ausländischer Banken													
2007 Juli	93	140,3	0,8	77,8	75,1	2,6	57,0	23,0	32,0	0,1	1,9	0,4	4,2
Aug.	93	138,6	0,7	70,6	68,2	2,4	62,6	23,8	35,3	0,1	3,4	0,4	4,3
Landesbanken													
2007 Juli	12	1 470,8	5,5	786,6	574,0	192,2	597,3	98,7	389,6	0,2	106,9	25,6	55,8
Aug.	12	1 503,0	3,1	817,1	604,1	192,2	601,8	96,3	395,6	0,2	103,5	25,6	55,4
Sparkassen													
2007 Juli	448	1 017,9	20,0	237,1	94,9	139,9	722,5	61,9	551,9	0,5	108,3	18,8	19,6
Aug.	447	1 020,1	16,3	243,5	102,3	138,7	721,5	60,5	553,3	0,5	107,2	19,0	19,8
Genossenschaftliche Zentralbanken													
2007 Juli	2	257,6	0,1	173,4	116,1	56,3	61,4	10,9	16,2	0,0	34,1	13,1	9,6
Aug.	2	257,5	1,2	167,5	111,1	55,2	65,6	13,3	16,6	0,0	35,6	13,1	10,0
Kreditgenossenschaften													
2007 Juli	1 251	614,9	12,9	157,3	67,2	85,8	414,6	35,8	327,2	0,2	51,3	10,4	19,7
Aug.	1 246	618,0	11,9	161,1	72,6	84,6	414,8	35,0	328,6	0,2	50,9	10,4	19,8
Realkreditinstitute													
2007 Juli	22	847,7	1,8	257,3	149,1	108,1	566,4	12,0	407,2	-	147,1	2,8	19,4
Aug.	22	843,7	0,7	254,9	147,3	107,6	564,8	12,3	407,3	-	145,2	2,8	20,5
Bausparkassen													
2007 Juli	26	190,6	0,0	53,4	41,0	12,0	120,8	1,8	105,1	.	14,0	0,4	16,0
Aug.	25	190,4	0,0	54,2	41,8	12,0	119,9	1,8	105,2	.	12,9	0,4	16,0
Banken mit Sonderaufgaben													
2007 Juli	16	813,3	1,8	460,9	374,4	85,9	311,1	7,0	215,7	-	86,8	6,1	33,4
Aug.	16	823,9	0,5	466,7	378,5	87,2	316,7	10,3	216,4	-	87,4	6,1	33,9
Nachrichtlich: Auslandsbanken ⁷⁾													
2007 Juli	136	842,9	7,1	361,3	292,2	66,6	444,0	74,5	274,9	0,4	93,7	5,7	24,8
Aug.	137	859,4	6,3	364,6	294,4	67,3	452,6	75,1	280,9	0,4	95,6	6,6	29,3
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken ⁸⁾													
2007 Juli	43	702,6	6,3	283,5	217,1	64,0	386,9	51,4	242,9	0,3	91,8	5,3	20,6
Aug.	44	720,8	5,6	294,0	226,2	64,9	390,0	51,3	245,7	0,3	92,2	6,2	25,1

* Für den Zeitraum bis Dezember 1998 werden im Abschnitt IV (mit Ausnahme der Tabelle IV. 1) Aktiva und Passiva der Banken (ohne Bausparkassen) in Deutschland gezeigt, ab Januar 1999 Aktiva und Passiva der monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden –

Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen s. Anm. zur Tabelle IV.3. — 1 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 2 In den Termineinlagen enthalten. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschreibungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuld-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)								Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 4)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				insgesamt	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist	Sparbriefe				
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 1)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 2)							
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 1)									
Alle Bankengruppen														
2 090,3	336,2	1 754,1	2 729,3	837,7	414,6	777,7	126,1	586,9	480,5	112,5	1 719,1	344,6	437,3	2007 März
2 123,3	344,1	1 779,2	2 754,6	848,1	428,4	781,5	131,4	583,0	476,4	113,6	1 720,2	346,8	444,2	April
2 114,0	350,2	1 763,8	2 783,9	872,1	434,6	783,2	146,1	578,5	472,1	115,6	1 732,8	348,9	440,5	Mai
2 084,5	348,4	1 736,0	2 794,4	880,3	434,5	787,3	135,6	575,0	467,9	117,3	1 736,7	350,1	444,1	Juni
2 080,2	341,4	1 738,7	2 779,0	870,5	426,4	792,0	111,4	569,8	462,2	120,3	1 742,4	355,4	442,0	Juli
2 114,7	314,0	1 800,7	2 797,2	861,2	456,2	791,6	116,2	566,1	458,2	122,3	1 733,9	353,4	448,2	Aug.
Kreditbanken 5)														
779,7	197,3	582,3	870,5	419,0	211,0	126,6	91,3	100,7	84,4	13,2	248,4	107,2	180,4	2007 Juli
771,0	175,9	595,1	883,1	416,0	227,0	126,1	93,0	100,5	83,7	13,4	248,0	107,6	181,2	Aug.
Großbanken 6)														
501,2	139,6	361,6	499,2	220,1	137,7	75,2	84,3	61,6	59,0	4,5	182,2	63,9	126,7	2007 Juli
501,4	127,5	373,9	507,6	218,4	148,1	75,4	86,0	61,2	58,5	4,5	182,3	64,0	127,4	Aug.
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken														
176,3	35,0	141,2	341,5	180,9	67,0	45,9	7,0	39,0	25,3	8,6	66,2	40,0	48,8	2007 Juli
169,1	26,7	142,4	345,9	180,4	72,0	45,4	6,9	39,3	25,2	8,8	65,7	40,3	48,7	Aug.
Zweigstellen ausländischer Banken														
102,2	22,7	79,6	29,8	17,9	6,3	5,4	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	3,3	4,9	2007 Juli
100,5	21,7	78,8	29,6	17,2	6,9	5,3	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	3,4	5,2	Aug.
Landesbanken														
526,5	88,8	437,6	351,9	68,9	62,2	205,2	18,4	14,6	14,1	1,0	461,8	65,1	65,6	2007 Juli
562,9	71,3	491,6	347,0	60,0	67,0	204,5	20,3	14,5	14,0	1,0	461,8	65,0	66,2	Aug.
Sparkassen														
203,5	5,7	197,8	660,9	219,6	63,3	13,1	-	285,9	221,4	79,1	49,5	54,1	49,9	2007 Juli
199,7	10,0	189,7	666,2	221,7	67,1	13,1	-	284,0	219,6	80,4	49,7	54,2	50,3	Aug.
Genossenschaftliche Zentralbanken														
151,5	32,8	118,7	38,9	8,6	10,7	18,1	1,4	-	-	1,5	45,0	11,0	11,2	2007 Juli
150,6	34,7	116,0	38,7	8,4	10,7	18,1	2,8	-	-	1,5	44,8	11,0	12,3	Aug.
Kreditgenossenschaften														
80,1	3,1	77,0	427,8	145,7	62,1	27,8	-	167,6	141,3	24,6	39,7	37,4	29,8	2007 Juli
79,6	3,4	76,2	431,6	146,7	65,9	27,9	-	166,0	139,9	25,0	39,8	37,5	29,6	Aug.
Realkreditinstitute														
154,6	3,2	151,3	189,1	4,1	8,5	175,5	-	0,7	0,7	0,4	456,0	23,8	24,2	2007 Juli
156,3	3,6	152,7	190,0	5,0	7,8	176,1	-	0,7	0,7	0,4	449,0	23,8	24,6	Aug.
Bausparkassen														
23,8	2,6	21,2	127,8	0,4	1,3	125,4	-	0,3	0,3	0,4	6,9	7,3	24,9	2007 Juli
23,9	2,4	21,5	127,4	0,4	1,3	125,1	-	0,3	0,3	0,4	6,8	7,3	25,0	Aug.
Banken mit Sonderaufgaben														
160,5	7,9	152,6	112,1	4,3	7,3	100,3	0,3	-	-	0,2	435,2	49,5	56,1	2007 Juli
170,6	12,7	157,9	113,2	3,0	9,3	100,7	0,1	-	-	0,2	434,1	47,0	59,0	Aug.
Nachrichtlich: Auslandsbanken 7)														
290,9	58,2	232,7	298,7	148,9	55,9	70,7	8,9	17,9	17,6	5,3	147,9	33,2	72,3	2007 Juli
283,4	57,0	226,4	309,3	149,8	65,0	71,7	10,3	17,6	17,3	5,2	155,0	35,1	76,6	Aug.
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 8)														
188,7	35,5	153,2	268,9	130,9	49,6	65,2	8,9	17,9	17,6	5,2	147,9	29,9	67,3	2007 Juli
182,9	35,3	147,6	279,7	132,6	58,1	66,4	10,2	17,5	17,2	5,1	155,0	31,8	71,4	Aug.

verschreibungen. — 5 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. — 6 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG, Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG und Deutsche Postbank AG. — 7 Summe der in anderen Bankengruppen

enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. — 8 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Euro-Währungen 1)	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs) 2) 3)					Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) 3) 6)					
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel 4)	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite 5)	insgesamt	Buchkredite	Wechsel 4)	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 7)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
1997	29,3	60,2	2 397,9	1 606,3	18,1	3,6	758,9	11,1	5 058,4	4 353,9	44,7	2,9	473,3
1998	28,5	63,6	2 738,2	1 814,7	14,6	12,2	887,7	9,1	5 379,8	4 639,7	32,8	5,0	527,8
1999	16,8	45,6	1 556,9	1 033,4	0,0	19,2	504,2	3,9	2 904,5	2 569,6	7,0	3,0	287,5
2000	15,6	50,8	1 639,6	1 056,1	0,0	26,8	556,6	3,6	3 003,7	2 657,3	6,5	2,3	304,7
2001	14,2	56,3	1 676,0	1 078,9	0,0	5,6	591,5	2,8	3 014,1	2 699,4	4,8	4,4	301,5
2002	17,5	45,6	1 691,3	1 112,3	0,0	7,8	571,2	2,7	2 997,2	2 685,0	4,1	3,3	301,9
2003	17,0	46,7	1 643,9	1 064,0	0,0	8,8	571,0	2,3	2 995,6	2 677,0	3,7	3,4	309,6
2004	14,9	41,2	1 676,3	1 075,8	0,0	7,4	592,9	2,1	3 001,3	2 644,0	2,7	2,6	351,0
2005	15,1	47,9	1 684,5	1 096,8	0,0	6,7	580,9	2,1	2 995,1	2 632,7	2,4	2,4	357,6
2006	16,0	49,4	1 637,8	1 086,3	–	9,3	542,2	1,9	3 000,7	2 630,3	1,9	2,0	366,5
2006 März	12,9	39,0	1 667,9	1 081,2	0,0	10,0	576,7	1,9	3 030,2	2 657,6	2,1	1,5	369,1
April	14,1	40,3	1 698,4	1 113,6	0,0	10,9	573,9	2,7	3 066,0	2 665,6	2,1	1,9	396,5
Mai	13,5	53,7	1 703,5	1 113,6	–	10,5	579,3	2,0	3 065,4	2 657,3	2,1	1,4	404,6
Juni	13,4	43,3	1 665,7	1 085,0	–	9,7	571,0	1,9	3 028,2	2 654,0	2,1	2,0	370,0
Juli	13,3	52,2	1 652,0	1 078,6	–	9,5	563,8	1,9	3 024,4	2 651,1	2,1	2,0	369,2
Aug.	13,2	46,0	1 657,3	1 087,1	–	9,1	561,1	1,9	3 022,5	2 650,1	2,1	1,3	369,0
Sept.	13,8	47,3	1 626,3	1 062,0	–	10,4	553,9	1,9	3 035,2	2 666,7	2,0	1,0	365,5
Okt.	14,0	48,6	1 617,7	1 057,0	–	11,0	549,8	1,9	3 033,2	2 662,9	2,0	1,4	366,9
Nov.	13,3	41,2	1 640,2	1 082,3	–	10,4	547,5	1,9	3 037,8	2 659,6	1,9	1,5	374,9
Dez.	16,0	49,4	1 637,8	1 086,3	–	9,3	542,2	1,9	3 000,7	2 630,3	1,9	2,0	366,5
2007 Jan.	13,0	39,5	1 639,9	1 095,8	0,0	10,3	533,8	1,9	3 024,5	2 640,0	1,8	1,6	381,2
Febr.	12,9	43,7	1 643,2	1 101,0	–	11,7	530,4	2,0	3 011,3	2 639,3	1,7	1,7	368,6
März	13,1	49,4	1 669,5	1 128,8	0,0	13,2	527,5	1,9	3 016,1	2 638,8	1,6	1,8	373,9
April	13,9	44,9	1 660,0	1 118,8	0,0	12,8	528,4	1,9	3 043,3	2 635,9	1,6	2,4	403,4
Mai	14,2	45,6	1 668,3	1 119,7	0,0	13,4	535,1	1,9	3 021,0	2 630,0	1,6	1,3	388,0
Juni	13,7	41,3	1 651,1	1 112,2	0,0	16,7	522,2	1,9	2 986,2	2 632,4	1,7	1,7	350,5
Juli	13,4	48,4	1 629,8	1 095,7	0,0	17,2	517,0	1,8	2 993,2	2 642,2	1,6	1,3	348,1
Aug.	13,5	33,2	1 670,8	1 141,6	0,0	17,7	511,5	1,8	2 984,1	2 641,6	1,6	1,3	339,6
Veränderungen *)													
1998	– 0,8	+ 3,4	+ 343,3	+ 210,3	– 3,6	+ 8,6	+ 130,0	– 2,0	+ 335,3	+ 302,1	– 11,9	+ 2,1	+ 52,1
1999	+ 2,2	+ 13,2	+ 122,1	+ 66,3	+ 0,0	+ 12,9	+ 42,8	– 0,7	+ 156,1	+ 136,9	+ 2,6	+ 0,4	+ 16,7
2000	– 1,1	+ 5,1	+ 83,6	+ 21,7	– 0,0	+ 7,6	+ 54,3	– 0,3	+ 100,7	+ 83,7	– 0,5	– 0,8	+ 19,0
2001	– 1,4	+ 5,5	+ 34,6	+ 20,1	– 0,0	– 21,3	+ 35,8	– 0,9	+ 11,9	+ 40,8	– 1,6	+ 1,6	+ 0,3
2002	+ 3,3	– 10,7	+ 15,0	+ 33,1	+ 0,0	+ 2,3	– 20,3	– 0,2	– 19,2	– 18,0	– 0,8	– 1,1	+ 1,7
2003	– 0,5	+ 1,1	– 47,2	– 48,2	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,1	– 0,3	+ 0,1	– 8,0	– 0,4	+ 0,3	+ 9,3
2004	– 2,1	– 5,5	+ 35,9	+ 15,1	+ 0,0	– 1,4	+ 22,1	– 0,2	+ 3,3	– 35,0	– 1,0	+ 1,1	+ 39,2
2005	+ 0,2	+ 6,7	+ 8,4	+ 21,0	– 0,0	– 0,8	– 11,9	– 0,0	– 6,7	– 11,8	– 0,3	– 0,2	+ 6,6
2006	+ 0,9	+ 1,5	– 3,6	+ 24,5	– 0,0	+ 2,6	– 30,6	– 0,2	– 12,4	– 20,3	– 0,5	– 0,4	+ 8,8
2006 März	– 0,7	– 3,4	– 5,0	– 5,6	– 0,0	+ 1,5	– 0,8	– 0,0	+ 6,9	+ 3,1	– 0,0	– 0,1	+ 4,0
April	+ 1,2	+ 1,3	+ 30,5	+ 32,3	– 0,0	+ 0,9	– 2,8	+ 0,7	+ 35,3	+ 7,5	+ 0,0	+ 0,4	+ 27,4
Mai	– 0,6	+ 13,4	+ 5,8	+ 0,7	– 0,0	– 0,4	+ 5,4	– 0,7	– 1,4	– 9,0	+ 0,0	– 0,4	+ 8,1
Juni	– 0,2	– 10,4	– 38,2	– 29,0	–	– 0,8	– 8,4	– 0,1	– 37,2	– 3,3	– 0,0	+ 0,6	– 34,6
Juli	– 0,1	+ 8,9	– 13,7	– 6,5	–	– 0,2	– 7,1	– 0,0	– 3,8	– 3,0	+ 0,0	– 0,0	– 0,8
Aug.	– 0,1	– 6,2	+ 6,3	+ 9,5	–	– 0,4	– 2,8	– 0,0	– 1,9	– 0,9	– 0,1	– 0,7	– 0,3
Sept.	+ 0,6	+ 1,3	+ 9,3	+ 6,5	–	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,0	+ 12,7	+ 16,5	– 0,1	– 0,3	– 3,5
Okt.	+ 0,2	+ 1,3	– 7,0	– 3,4	–	+ 0,5	– 4,1	+ 0,0	– 2,0	– 3,7	– 0,0	+ 0,3	+ 1,4
Nov.	– 0,8	– 7,4	+ 22,5	+ 25,3	–	– 0,6	– 2,3	– 0,0	+ 4,7	– 3,2	– 0,1	+ 0,1	+ 7,9
Dez.	+ 2,8	+ 8,3	– 2,4	+ 4,5	–	– 1,1	– 5,8	–	– 36,4	– 28,6	+ 0,0	+ 0,5	– 8,4
2007 Jan.	– 3,0	– 9,9	+ 2,2	+ 9,6	+ 0,0	+ 1,1	– 8,4	– 0,0	+ 24,3	+ 6,6	– 0,1	– 0,4	+ 18,2
Febr.	– 0,1	+ 4,1	+ 3,3	+ 5,3	– 0,0	+ 1,4	– 3,4	+ 0,1	– 13,2	– 0,7	– 0,1	+ 0,2	– 12,5
März	+ 0,2	+ 5,7	+ 26,3	+ 27,8	+ 0,0	+ 1,4	– 3,0	– 0,1	+ 4,8	– 0,5	– 0,1	+ 0,0	+ 5,3
April	+ 0,9	– 4,5	– 11,0	– 10,4	+ 0,0	– 0,4	– 0,3	– 0,0	+ 28,1	– 3,1	+ 0,0	+ 0,6	+ 30,6
Mai	+ 0,3	+ 0,7	+ 8,2	+ 0,9	–	+ 0,6	+ 6,7	– 0,0	– 22,4	– 5,8	– 0,0	– 1,1	– 15,4
Juni	– 0,5	– 4,3	– 16,1	– 6,4	– 0,0	+ 3,2	– 12,9	+ 0,0	– 35,8	+ 1,3	+ 0,1	+ 0,4	– 37,5
Juli	– 0,3	+ 7,1	– 20,6	– 15,9	– 0,0	+ 0,5	– 5,2	– 0,1	+ 8,1	+ 9,4	– 0,1	– 0,4	– 0,9
Aug.	+ 0,1	– 15,2	+ 41,0	+ 46,0	+ 0,0	+ 0,5	– 5,5	– 0,0	– 9,2	– 0,7	– 0,0	+ 0,0	– 8,5

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bis Dezember 1998: inländische Noten und Münzen. — 2 Bis Dezember 1998 ohne Kredite an inländische Bausparkassen. — 3 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; s. a. Anm. 5. — 4 Bis Dezember

1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossamentverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel). — 5 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite bzw. Einlagen einbezogen; s. a. Anm. 3. — 6 Bis Dezember 1998 einschl. Kredite an inländische Bausparkassen. — 7 Ohne Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; s. a. Anm. 8. — 8 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. —

IV. Banken

Ausgleichs- forderungen 8)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite 5)	Beteiligun- gen an in- ländischen Banken und Unter- nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3) 9) 10)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) 3) 15)					Zeit	
			insgesamt	Sicht- einlagen 11) 12)	Termin- ein- lagen 12) 13)	weiter- gegebene Wechsel 14)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite 5)	insgesamt	Sicht- ein- lagen 11)	Termin- ein- lagen 13) 16)	Spar- ein- lagen 17)	Spar- briefe 18)		Nach- richtlich: Treuhand- kredite 5)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
76,0	107,6	95,1	1 902,3	427,6	1 349,1	75,6	50,0	3 341,9	689,8	1 146,9	1 182,1	236,9	86,1	1997
71,6	102,8	129,2	2 086,9	472,5	1 505,2	59,4	49,7	3 520,3	799,5	1 194,1	1 211,0	234,9	80,9	1998
37,5	58,0	75,6	1 122,0	114,4	1 007,3	0,3	29,8	1 905,3	420,4	759,6	614,7	110,7	42,1	1999
33,1	58,5	82,7	1 189,2	113,4	1 075,3	0,4	30,1	1 945,8	443,4	819,9	573,5	109,0	42,1	2000
4,0	57,0	95,9	1 204,9	123,1	1 081,6	0,3	27,2	2 034,0	526,4	827,0	574,5	106,0	43,3	2001
3,0	54,8	119,0	1 244,0	127,6	1 116,2	0,2	25,6	2 085,9	575,6	830,6	575,3	104,4	42,1	2002
2,0	56,8	109,2	1 229,6	116,8	1 112,6	0,2	27,8	2 140,3	624,0	825,7	590,3	100,3	40,5	2003
1,0	61,8	99,6	1 212,2	119,7	1 151,4	0,1	30,3	2 200,0	646,9	851,2	603,5	98,4	43,7	2004
-	56,6	108,5	1 300,0	120,5	1 179,4	0,1	26,5	2 276,6	717,0	864,4	603,4	91,9	42,4	2005
-	53,0	106,3	1 348,2	125,4	1 222,7	0,0	22,3	2 394,6	747,7	962,8	586,5	97,5	37,8	2006
-	54,0	115,8	1 302,7	110,3	1 192,3	0,1	23,2	2 303,4	722,4	887,1	601,4	92,4	37,8	2006 März
-	53,9	113,7	1 340,4	128,1	1 212,2	0,1	23,5	2 322,4	726,5	903,1	599,8	93,0	38,1	April
-	53,8	113,6	1 338,3	132,3	1 205,9	0,1	22,7	2 333,8	742,5	900,6	597,4	93,3	37,9	Mai
-	53,7	113,2	1 333,2	116,2	1 216,9	0,1	22,5	2 342,7	742,0	911,0	596,1	93,6	37,4	Juni
-	53,3	113,8	1 333,5	117,5	1 216,0	0,0	22,1	2 336,9	730,6	919,0	593,2	94,1	37,5	Juli
-	53,4	113,9	1 310,4	114,2	1 196,2	0,0	22,3	2 347,5	725,6	936,9	590,3	94,7	37,5	Aug.
-	53,7	108,2	1 299,3	120,7	1 178,6	0,0	22,3	2 356,4	724,2	950,0	587,7	94,5	37,9	Sept.
-	53,5	107,2	1 303,3	113,4	1 189,9	0,0	22,5	2 348,2	716,9	950,5	585,0	95,8	38,0	Okt.
-	53,3	107,0	1 320,5	135,1	1 185,4	0,0	22,3	2 375,0	744,4	952,5	581,5	96,7	38,1	Nov.
-	53,0	106,3	1 348,2	125,4	1 222,7	0,0	22,3	2 394,6	747,7	962,8	586,5	97,5	37,8	Dez.
-	53,5	106,9	1 334,2	130,9	1 203,2	0,0	21,9	2 401,4	746,2	973,6	582,2	99,4	38,9	2007 Jan.
-	53,3	107,3	1 338,9	128,1	1 210,8	0,0	21,8	2 409,8	746,2	982,5	580,3	100,8	38,8	Febr.
-	52,9	107,5	1 367,4	135,9	1 231,4	0,0	21,7	2 417,2	747,5	988,7	578,6	102,5	38,5	März
-	54,2	107,9	1 370,2	143,6	1 226,6	0,0	21,3	2 434,0	756,1	999,6	574,6	103,7	38,3	April
-	53,8	108,0	1 356,0	142,1	1 213,9	0,0	21,2	2 445,1	761,0	1 008,9	570,1	105,0	37,6	Mai
-	53,5	108,5	1 357,0	137,8	1 219,2	0,0	21,0	2 464,9	772,5	1 019,0	566,7	106,6	37,5	Juni
-	52,2	110,3	1 351,2	131,5	1 219,7	0,0	20,6	2 464,7	775,2	1 019,2	561,6	108,7	36,6	Juli
-	52,0	110,3	1 359,0	134,5	1 224,5	0,0	20,4	2 483,5	769,6	1 045,6	557,8	110,5	36,4	Aug.
Veränderungen *)														
- 4,4	- 4,8	+ 34,1	+ 179,0	+ 39,7	+ 156,4	- 16,2	- 0,9	+ 179,3	+ 110,6	+ 47,2	+ 28,9	- 2,1	- 5,3	1998
- 0,6	+ 0,1	+ 9,3	+ 69,0	- 1,8	+ 81,8	- 11,1	- 0,4	+ 67,3	+ 32,7	+ 48,4	- 4,5	- 9,3	+ 0,7	1999
- 0,8	+ 0,5	+ 7,1	+ 64,7	- 2,3	+ 66,9	+ 0,1	+ 0,3	+ 41,3	+ 22,3	+ 61,1	- 40,5	- 1,7	- 0,0	2000
- 29,1	- 1,5	+ 13,3	+ 9,6	+ 7,4	+ 2,3	- 0,2	- 2,9	+ 88,5	+ 82,3	+ 8,1	+ 1,1	- 2,9	+ 1,0	2001
- 1,0	- 2,1	+ 24,2	+ 37,9	+ 1,7	+ 36,3	- 0,1	- 1,5	+ 51,7	+ 48,4	+ 4,1	+ 0,8	- 1,6	- 1,1	2002
- 1,0	+ 2,1	- 9,8	- 5,6	- 9,5	+ 3,9	+ 0,0	+ 2,4	+ 54,0	+ 48,4	+ 4,8	+ 15,1	- 4,8	- 1,2	2003
- 1,1	+ 3,0	- 9,6	+ 41,3	+ 2,9	+ 38,5	- 0,1	+ 2,4	+ 62,0	+ 24,4	+ 25,9	+ 13,1	- 1,5	+ 1,2	2004
- 1,0	- 4,9	+ 8,9	+ 28,9	+ 0,8	+ 28,0	+ 0,0	- 3,5	+ 76,6	+ 70,7	+ 12,4	- 1,2	- 5,4	- 1,2	2005
-	- 3,7	- 2,2	+ 79,0	+ 8,6	+ 70,5	- 0,1	- 4,5	+ 118,0	+ 30,0	+ 97,7	- 16,8	+ 7,2	- 4,1	2006
-	- 1,1	+ 2,7	+ 0,8	- 4,9	+ 5,7	- 0,0	- 2,0	+ 15,7	+ 7,1	+ 9,5	- 1,2	+ 0,4	- 0,4	2006 März
-	- 0,1	- 2,1	+ 37,1	+ 17,7	+ 19,4	- 0,0	+ 0,4	+ 19,0	+ 4,0	+ 16,0	- 1,6	+ 0,6	+ 0,3	April
-	- 0,1	- 0,0	- 1,3	+ 4,4	- 5,7	- 0,0	- 0,8	+ 10,6	+ 16,0	- 3,3	- 2,3	+ 0,3	- 0,2	Mai
-	- 0,1	- 0,4	- 5,1	- 15,9	+ 10,8	- 0,0	- 0,2	+ 8,9	- 0,5	+ 10,4	- 1,3	+ 0,3	- 0,4	Juni
-	- 0,4	+ 0,6	+ 0,3	+ 1,3	- 0,9	- 0,0	- 0,4	- 5,8	- 11,4	+ 8,0	- 2,9	+ 0,5	+ 0,0	Juli
-	+ 0,1	+ 0,1	- 22,2	- 2,7	- 19,5	- 0,0	- 0,1	+ 10,0	- 5,6	+ 17,9	- 2,9	+ 0,7	+ 0,1	Aug.
-	+ 0,3	- 5,7	+ 20,5	+ 7,5	+ 13,1	- 0,0	+ 0,0	+ 10,4	- 1,4	+ 13,1	- 2,6	+ 1,2	+ 0,4	Sept.
-	- 0,3	- 0,9	+ 5,7	- 5,6	+ 11,3	+ 0,0	+ 0,1	- 8,2	- 7,3	+ 0,5	- 2,7	+ 1,3	+ 0,1	Okt.
-	- 0,2	- 0,3	+ 17,2	+ 21,7	- 4,5	- 0,0	- 0,1	+ 26,8	+ 27,5	+ 2,0	- 3,6	+ 0,9	+ 0,0	Nov.
-	- 0,3	- 0,6	+ 27,6	- 9,7	+ 37,4	- 0,0	- 0,0	+ 19,5	+ 3,3	+ 10,3	+ 5,1	+ 0,8	- 0,3	Dez.
-	- 0,4	+ 0,6	- 14,0	+ 5,6	- 19,5	- 0,0	- 0,4	+ 6,7	- 1,5	+ 10,9	- 4,4	+ 1,6	- 0,1	2007 Jan.
-	- 0,3	+ 0,4	+ 4,7	- 2,9	+ 7,6	- 0,0	- 0,1	+ 8,4	- 0,1	+ 8,8	- 1,8	+ 1,4	- 0,1	Febr.
-	- 0,4	+ 0,2	+ 28,5	+ 7,9	+ 20,6	- 0,0	- 0,2	+ 7,4	+ 1,3	+ 6,2	- 1,8	+ 1,6	- 0,3	März
-	+ 1,3	+ 0,4	+ 2,9	+ 7,7	- 4,8	+ 0,0	- 0,3	+ 16,2	+ 8,1	+ 10,9	- 3,9	+ 1,2	- 0,2	April
-	- 0,3	+ 0,1	- 14,2	- 1,5	- 12,7	+ 0,0	- 0,2	+ 11,1	+ 4,9	+ 9,3	- 4,5	+ 1,4	- 0,7	Mai
-	- 0,4	+ 0,4	+ 2,5	- 4,4	+ 6,8	- 0,0	- 0,1	+ 18,3	+ 11,5	+ 8,6	- 3,5	+ 1,6	- 0,1	Juni
-	- 0,7	+ 1,8	- 5,8	- 6,3	+ 0,5	- 0,0	- 0,4	- 0,8	+ 2,6	- 0,3	- 5,1	+ 2,0	- 0,4	Juli
-	- 0,3	+ 0,0	+ 7,8	+ 3,0	+ 4,8	-	- 0,3	+ 18,4	- 5,7	- 3,7	- 3,7	+ 1,6	- 0,1	Aug.

9 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. — 10 Bis Dezember 1998 ohne Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Bausparkassen und Geldmarktfonds. — 11 Bis Dezember 1998 einschl. Termingelder bis unter 1 Monat. — 12 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank. — 13 Bis Dezember 1998 ohne Termineinlagen bis unter 1 Monat. —

14 Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf und bis Dezember 1998 zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln. — 15 Bis Dezember 1998 einschl. Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Bausparkassen und Geldmarktfonds. — 16 Seit Einbeziehung der Bausparkassen Januar 1999 einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 17 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 16. — 18 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen 1)	Kredite an ausländische Banken (MFIs) 2)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) 2)					
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel 3)			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite 4)	insgesamt	Buchkredite, Wechsel 3)			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken
			zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
1997	1,5	689,1	635,3	456,1	179,2	0,2	43,1	10,5	474,8	312,7	96,2	216,5	6,0	140,3
1998	1,5	774,9	706,9	533,6	173,3	0,4	58,7	9,0	610,3	364,9	93,9	270,9	11,6	211,0
1999	0,4	427,1	383,5	279,5	104,1	0,4	43,2	4,2	396,1	235,8	52,7	183,1	7,5	152,7
2000	0,4	507,7	441,4	325,4	116,0	1,3	65,0	3,6	475,8	286,8	71,1	215,7	6,5	182,5
2001	0,4	596,1	521,7	383,7	138,0	0,8	73,6	3,5	570,3	347,2	99,7	247,5	5,2	217,9
2002	0,3	690,6	615,3	468,0	147,2	0,9	74,4	2,7	558,8	332,6	92,6	240,0	9,3	216,9
2003	0,3	769,6	675,8	515,7	160,1	1,5	92,3	1,6	576,3	344,8	110,9	233,9	6,0	225,4
2004	0,2	889,4	760,2	606,5	153,7	2,8	126,3	1,5	629,5	362,5	136,6	225,9	10,9	256,1
2005	0,2	1 038,8	860,0	648,5	211,5	5,8	173,0	1,5	712,0	387,9	132,8	255,1	9,3	314,8
2006	0,4	1 266,9	1 003,2	744,5	258,7	13,3	250,4	0,8	777,0	421,0	156,0	264,9	7,2	348,9
2006 März	0,4	1 153,7	952,8	729,0	223,8	7,6	193,3	1,4	732,4	402,7	140,1	262,6	6,9	322,8
April	0,4	1 136,1	933,9	710,2	223,8	8,6	193,6	1,4	747,2	419,3	160,6	258,7	8,0	319,9
Mai	0,5	1 144,1	935,5	709,1	226,5	9,3	199,3	1,4	740,0	412,9	155,5	257,4	7,9	319,1
Juni	0,4	1 201,7	981,5	748,5	232,9	12,0	208,2	1,0	745,9	414,7	151,9	262,8	9,3	321,9
Juli	0,4	1 172,9	950,8	715,4	235,5	12,8	209,3	1,0	748,6	420,3	155,9	264,4	10,3	318,0
Aug.	0,4	1 167,5	943,7	706,9	236,8	11,7	212,1	0,9	753,4	425,0	159,6	265,4	11,3	317,1
Sept.	0,4	1 202,0	966,8	726,1	240,7	12,2	223,0	0,8	767,0	426,7	160,9	265,8	9,4	331,0
Okt.	0,4	1 194,8	949,5	708,7	240,7	13,5	231,8	0,7	783,1	435,3	166,2	269,1	10,4	337,4
Nov.	0,4	1 217,8	958,7	714,8	243,9	13,5	245,6	0,8	795,4	438,9	169,5	269,4	10,5	346,0
Dez.	0,4	1 266,9	1 003,2	744,5	258,7	13,3	250,4	0,8	777,0	421,0	156,0	264,9	7,2	348,9
2007 Jan.	0,4	1 275,2	1 001,6	734,0	267,6	15,4	258,3	0,9	805,1	440,8	176,7	264,1	7,9	356,5
Febr.	0,5	1 303,2	1 018,2	750,8	267,4	15,8	269,2	0,8	818,5	442,3	178,4	263,9	8,1	368,2
März	0,4	1 315,7	1 020,2	752,4	267,8	16,2	279,3	0,8	826,5	448,1	181,4	266,7	7,8	370,6
April	0,5	1 347,6	1 050,3	778,5	271,8	16,2	281,1	0,7	839,7	457,9	192,1	265,8	7,7	374,1
Mai	0,5	1 354,6	1 052,3	776,9	275,4	16,5	285,7	0,7	863,6	464,6	193,0	271,6	8,8	390,2
Juni	0,5	1 392,2	1 077,8	799,8	278,0	18,6	295,8	0,8	872,5	470,4	192,3	278,1	9,2	392,9
Juli	0,5	1 397,0	1 081,9	802,4	279,4	19,6	295,6	0,7	865,3	463,0	184,7	278,3	6,6	395,7
Aug.	0,6	1 399,5	1 080,7	794,4	286,4	20,4	298,4	0,6	886,0	481,8	195,3	286,5	12,2	391,9
Veränderungen *)														
1998	- 0,0	+ 100,8	+ 89,5	+ 79,3	+ 10,2	+ 0,0	+ 13,1	- 1,8	+ 122,0	+ 42,7	- 6,4	+ 49,1	+ 5,5	+ 66,0
1999	- 0,3	+ 17,7	+ 5,7	- 5,3	+ 11,0	+ 0,2	+ 11,7	- 0,0	+ 85,8	+ 42,8	+ 8,4	+ 34,4	+ 1,3	+ 41,8
2000	- 0,0	+ 78,9	+ 56,5	+ 44,6	+ 11,8	+ 0,9	+ 21,6	- 0,7	+ 72,0	+ 45,0	+ 17,4	+ 27,7	- 1,2	+ 28,2
2001	+ 0,0	+ 83,7	+ 75,6	+ 54,4	+ 21,2	- 0,5	+ 8,5	- 0,2	+ 88,3	+ 53,4	+ 27,0	+ 26,4	- 1,5	+ 36,3
2002	- 0,1	+ 120,3	+ 118,0	+ 99,4	+ 18,6	+ 0,1	+ 2,2	- 0,9	+ 21,2	+ 12,7	- 0,4	+ 13,2	+ 4,6	+ 3,9
2003	- 0,1	+ 103,8	+ 84,6	+ 65,2	+ 19,3	+ 0,6	+ 18,7	- 0,4	+ 46,3	+ 35,1	+ 24,0	+ 11,0	- 2,7	+ 13,9
2004	- 0,1	+ 128,3	+ 89,4	+ 95,3	- 5,9	+ 1,3	+ 37,6	- 0,1	+ 65,8	+ 29,5	+ 31,7	- 2,2	+ 5,1	+ 31,1
2005	+ 0,0	+ 127,3	+ 78,9	+ 26,3	+ 52,6	+ 2,9	+ 45,4	- 0,0	+ 59,4	+ 7,3	- 9,4	+ 16,7	- 1,8	+ 54,0
2006	+ 0,1	+ 238,3	+ 153,5	+ 109,7	+ 43,8	+ 7,5	+ 77,2	- 0,7	+ 81,4	+ 51,6	+ 25,9	+ 25,8	- 1,8	+ 31,5
2006 März	- 0,0	+ 46,9	+ 36,6	+ 30,1	+ 6,5	+ 1,0	+ 9,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,6	- 3,5	+ 2,8	- 0,5	+ 1,2
April	+ 0,0	- 11,7	- 13,0	- 14,8	+ 1,8	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,0	+ 20,4	+ 20,8	+ 21,3	- 0,5	+ 1,2	- 1,6
Mai	+ 0,1	+ 11,9	+ 4,9	+ 1,2	+ 3,8	+ 0,7	+ 6,3	+ 0,0	- 3,6	- 3,0	- 4,1	+ 1,1	- 0,0	- 0,5
Juni	- 0,1	+ 56,8	+ 45,3	+ 38,9	+ 6,4	+ 2,8	+ 8,8	- 0,4	+ 4,4	+ 0,4	- 3,9	+ 4,4	+ 1,3	+ 2,6
Juli	- 0,1	- 28,3	- 30,4	- 33,0	+ 2,6	+ 0,8	+ 1,3	- 0,0	+ 2,9	+ 4,6	+ 4,0	+ 0,6	+ 1,0	- 2,7
Aug.	+ 0,0	- 4,4	- 6,2	- 7,8	+ 1,6	- 1,1	+ 2,9	- 0,1	+ 5,9	+ 5,4	+ 3,9	+ 1,5	+ 1,1	- 0,6
Sept.	- 0,0	+ 30,8	+ 21,1	+ 17,8	+ 3,2	+ 0,5	+ 9,2	- 0,2	+ 11,3	+ 5,3	+ 0,9	+ 4,5	- 1,9	+ 7,9
Okt.	- 0,0	- 7,3	- 17,4	- 17,3	- 0,0	+ 1,3	+ 8,8	- 0,1	+ 16,1	+ 10,2	+ 5,2	+ 4,9	+ 1,1	+ 4,9
Nov.	- 0,0	+ 31,1	+ 16,8	+ 11,4	+ 5,4	+ 0,1	+ 14,2	+ 0,1	+ 18,5	+ 8,3	+ 4,0	+ 4,3	+ 0,2	+ 9,9
Dez.	+ 0,0	+ 49,0	+ 44,3	+ 29,7	+ 14,7	- 0,2	+ 4,9	+ 0,0	- 18,6	- 18,1	- 13,5	- 4,6	- 3,4	+ 2,9
2007 Jan.	- 0,0	+ 5,1	- 4,7	- 12,5	+ 7,9	+ 2,1	+ 7,7	-	+ 24,9	+ 17,3	+ 19,8	- 2,5	+ 0,7	+ 6,8
Febr.	+ 0,1	+ 31,4	+ 20,6	+ 19,4	+ 1,2	+ 0,4	+ 10,5	- 0,1	+ 18,1	+ 4,7	+ 2,8	+ 1,9	+ 0,2	+ 13,2
März	+ 0,0	+ 14,6	+ 3,9	+ 2,8	+ 1,1	+ 0,4	+ 10,3	- 0,1	+ 10,0	+ 7,2	+ 3,5	+ 3,7	- 0,2	+ 3,0
April	+ 0,0	+ 36,2	+ 34,1	+ 29,1	+ 5,1	+ 0,1	+ 2,0	- 0,0	+ 18,2	+ 13,5	+ 11,8	+ 1,7	- 0,1	+ 4,8
Mai	+ 0,1	+ 4,6	- 0,4	- 2,9	+ 2,6	+ 0,3	+ 4,7	+ 0,0	+ 22,2	+ 5,4	+ 0,3	+ 5,1	+ 1,1	+ 15,7
Juni	+ 0,0	+ 38,1	+ 25,9	+ 23,2	+ 2,7	+ 2,1	+ 10,1	+ 0,0	+ 9,7	+ 7,7	+ 0,9	+ 6,8	- 1,0	+ 2,9
Juli	- 0,0	+ 3,3	+ 2,6	+ 0,9	+ 1,7	+ 1,0	- 0,3	- 0,0	- 1,0	- 1,9	- 3,5	+ 1,6	- 2,7	+ 3,6
Aug.	+ 0,1	+ 2,5	- 1,1	- 8,1	+ 7,0	+ 0,8	+ 2,9	- 0,1	+ 17,1	+ 15,3	+ 7,1	+ 8,2	+ 5,6	- 3,9

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Bis Dezember 1998: Noten und Münzen in Fremdwährung. — 2 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; s. a. Anm. 4. — 3 Bis Dezember 1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossamentverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite 4)	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen 5)	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs) 2)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) 2)						Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen 6)	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite 4)	insgesamt	Sichteinlagen 6)	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite 4)	
				zusammen 7)	kurzfristig 7)	mittel- und langfristige				zusammen 7)	kurzfristig 7)	mittel- und langfristige		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
15,7	54,7	670,3	226,0	440,2	254,3	185,9	4,0	333,9	43,5	285,7	63,0	222,7	4,8	1997
22,9	62,9	875,7	309,5	562,5	359,1	203,4	3,7	390,3	51,3	329,6	71,8	257,8	9,5	1998
13,6	33,9	483,6	65,6	418,0	332,3	85,6	2,0	284,4	23,8	260,6	64,9	195,7	5,8	1999
13,9	47,4	586,0	113,7	472,2	382,9	89,3	1,7	314,9	35,4	279,5	62,5	217,0	5,6	2000
13,8	47,6	622,7	91,9	530,8	434,5	96,3	1,4	350,6	34,0	316,6	97,6	219,0	5,3	2001
15,6	44,8	614,2	101,6	512,7	410,4	102,3	1,1	319,2	33,5	285,7	87,0	198,7	4,5	2002
11,6	41,4	590,7	95,1	495,6	387,7	107,9	0,4	307,3	32,2	275,1	102,4	172,7	3,6	2003
9,8	39,3	603,3	87,0	516,2	403,2	113,0	0,5	311,2	36,6	274,7	123,4	151,2	0,8	2004
10,6	37,2	651,7	102,9	548,8	420,4	128,4	0,6	316,4	62,0	254,4	119,4	135,0	1,2	2005
5,8	50,4	689,7	168,1	521,6	397,3	124,3	0,4	310,1	82,1	228,0	111,5	116,5	1,5	2006
5,9	38,9	699,4	144,6	554,8	426,3	128,5	0,5	321,3	81,2	240,1	110,1	130,0	1,7	2006 März
5,8	39,4	712,0	151,1	560,9	433,7	127,2	0,5	323,9	76,9	247,0	119,0	128,0	1,7	April
5,5	40,7	715,1	164,8	550,4	424,8	125,5	0,5	323,1	87,8	235,3	109,7	125,6	1,7	Mai
5,6	40,9	689,4	165,7	523,7	398,0	125,7	0,6	321,0	89,2	231,9	102,7	129,2	1,7	Juni
5,6	41,1	659,4	151,7	507,6	381,5	126,2	0,6	323,2	84,1	239,1	109,9	129,2	1,7	Juli
5,8	41,1	658,4	150,7	507,6	384,4	123,2	0,6	337,0	95,8	241,2	111,8	129,4	1,7	Aug.
6,0	47,8	684,1	169,9	514,1	389,1	125,0	0,5	339,0	86,5	252,5	123,3	129,2	1,7	Sept.
5,9	48,4	683,7	155,2	528,5	404,4	124,1	0,5	335,8	82,4	253,4	123,3	130,1	1,6	Okt.
5,9	48,4	691,6	171,7	519,8	394,7	125,1	0,4	335,4	81,6	253,8	124,2	129,6	1,7	Nov.
5,8	50,4	689,7	168,1	521,6	397,3	124,3	0,4	316,1	82,1	228,0	111,5	116,5	1,5	Dez.
5,8	44,6	704,6	170,0	534,6	408,8	125,8	0,3	317,2	88,2	229,0	114,6	114,4	1,5	2007 Jan.
5,7	44,6	709,9	177,7	532,1	406,6	125,6	0,3	324,0	93,2	230,8	118,1	112,7	1,5	Febr.
5,8	44,3	723,0	200,3	522,6	398,3	122,3	0,3	312,1	90,2	221,9	112,2	109,7	1,4	März
5,7	44,3	753,1	200,5	552,6	429,8	122,8	0,3	320,6	91,9	228,7	118,5	110,2	3,2	April
5,7	44,7	757,9	208,0	549,9	424,0	125,9	0,3	338,8	111,1	227,8	116,9	110,8	3,2	Mai
5,8	45,2	727,5	210,6	516,9	390,7	126,1	0,2	329,5	107,7	221,8	111,5	110,3	3,1	Juni
5,7	45,2	729,0	210,0	519,1	394,5	124,6	0,2	314,3	95,3	219,0	105,2	113,9	3,1	Juli
5,7	45,3	755,8	179,5	576,3	452,1	124,2	0,2	313,7	91,6	222,1	109,5	112,6	3,1	Aug.
Veränderungen *)														
+ 7,7	+ 8,8	+ 215,6	+ 87,7	+ 128,1	+ 108,1	+ 20,0	- 0,3	+ 64,7	+ 10,4	+ 48,9	+ 10,3	+ 38,6	+ 5,5	1998
+ 1,1	+ 10,9	+ 37,4	- 9,2	+ 46,6	+ 47,6	- 1,0	- 0,0	+ 61,0	+ 7,2	+ 53,8	+ 15,9	+ 37,9	+ 0,1	1999
- 0,2	+ 12,8	+ 90,0	+ 47,0	+ 43,0	+ 42,9	+ 0,1	- 0,4	+ 24,4	+ 11,1	+ 13,3	- 2,9	+ 16,2	- 0,8	2000
- 0,5	- 0,5	+ 23,5	- 23,6	+ 47,0	+ 42,4	+ 4,6	- 0,4	+ 30,8	- 1,8	+ 32,6	+ 33,3	- 0,7	- 0,6	2001
+ 1,7	+ 1,6	+ 22,7	+ 14,6	+ 8,1	- 1,3	+ 9,4	- 0,3	+ 4,6	+ 0,8	+ 3,8	- 4,6	+ 8,4	- 0,9	2002
- 0,7	- 1,9	+ 5,7	- 2,0	+ 7,7	- 2,4	+ 10,0	- 0,0	+ 4,5	+ 0,4	+ 4,1	+ 20,6	- 16,5	+ 1,9	2003
+ 0,7	- 1,5	+ 19,8	- 6,1	+ 25,9	+ 21,1	+ 4,8	+ 0,1	+ 13,0	+ 5,4	+ 7,6	+ 22,8	- 15,2	- 0,3	2004
+ 0,8	- 3,5	+ 28,6	+ 12,6	+ 16,0	+ 4,9	+ 11,1	+ 0,1	- 4,9	+ 23,9	- 28,8	- 7,7	- 21,1	+ 0,4	2005
- 5,1	+ 13,8	+ 56,2	+ 68,3	- 12,1	- 13,7	+ 1,6	- 0,2	- 0,8	+ 21,2	- 22,0	- 5,1	- 17,0	- 0,2	2006
- 1,2	- 0,2	+ 11,8	+ 8,6	+ 3,2	- 0,6	+ 3,8	- 0,0	- 2,9	+ 2,1	- 4,9	- 3,3	- 1,7	+ 0,0	2006 März
- 0,1	+ 0,8	+ 17,2	+ 7,5	+ 9,7	+ 10,1	- 0,4	- 0,0	+ 5,1	- 4,0	+ 9,1	+ 9,7	- 0,6	- 0,1	April
- 0,3	+ 1,4	+ 6,3	+ 14,4	- 8,1	- 7,1	- 1,0	+ 0,0	+ 0,8	+ 11,1	- 10,3	- 8,8	- 1,5	+ 0,0	Mai
+ 0,0	+ 0,2	- 27,0	+ 0,6	- 27,6	- 27,5	- 0,1	+ 0,0	- 2,7	+ 1,3	- 4,0	- 7,2	+ 3,3	+ 0,1	Juni
+ 0,0	+ 0,1	- 29,6	- 13,9	- 15,8	- 16,3	+ 0,6	+ 0,0	+ 2,3	- 5,0	+ 7,3	+ 7,3	+ 0,0	- 0,0	Juli
- 0,0	+ 0,1	- 0,2	- 0,7	+ 0,5	+ 3,2	- 2,7	-	+ 14,0	+ 11,8	+ 2,3	+ 2,0	+ 0,3	- 0,0	Aug.
+ 0,2	+ 6,5	+ 24,0	+ 18,7	+ 5,2	+ 3,8	+ 1,4	- 0,0	+ 1,0	- 9,5	+ 10,5	+ 11,2	- 0,7	- 0,0	Sept.
- 0,1	+ 0,6	+ 2,2	- 14,6	+ 16,8	+ 15,2	+ 1,6	- 0,1	- 5,9	- 4,1	- 1,8	- 0,1	- 1,7	- 0,1	Okt.
+ 0,0	+ 0,5	+ 13,8	+ 17,9	- 4,1	- 6,0	+ 1,9	- 0,1	+ 3,0	- 0,2	+ 3,2	+ 2,0	+ 1,2	+ 0,1	Nov.
- 0,1	+ 1,9	- 1,9	- 3,6	+ 1,7	+ 2,5	- 0,7	+ 0,0	- 25,5	+ 0,4	- 25,9	- 12,7	- 13,2	- 0,1	Dez.
- 0,0	- 5,8	+ 12,1	+ 1,3	+ 10,9	+ 9,9	+ 1,0	- 0,1	+ 5,6	+ 5,8	- 0,2	+ 2,6	- 2,8	- 0,0	2007 Jan.
- 0,0	+ 0,2	+ 8,7	+ 8,5	+ 0,2	- 0,1	+ 0,3	- 0,0	+ 8,6	+ 5,3	+ 3,4	+ 4,2	- 0,8	- 0,1	Febr.
+ 0,0	- 0,2	+ 14,6	+ 23,0	- 8,4	- 7,2	- 1,2	- 0,0	- 10,8	- 2,9	- 8,0	- 5,5	- 2,4	- 0,1	März
- 0,0	+ 0,2	+ 34,2	+ 1,2	+ 33,0	+ 33,9	- 0,9	+ 0,0	+ 10,2	+ 2,0	+ 8,2	+ 6,9	+ 1,3	+ 1,8	April
- 0,0	+ 0,3	+ 3,0	+ 7,1	- 4,1	- 6,9	+ 2,8	-	+ 17,4	+ 19,0	- 1,6	- 1,8	+ 0,3	- 0,0	Mai
+ 0,0	+ 0,5	- 29,8	+ 2,8	- 32,6	- 33,0	+ 0,4	- 0,1	- 9,2	- 3,3	- 5,9	- 5,4	- 0,6	- 0,1	Juni
- 0,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	+ 1,5	- 1,2	- 0,0	- 10,6	- 12,1	+ 1,5	- 2,5	+ 4,0	+ 0,0	Juli
-	+ 0,1	+ 26,6	- 30,5	+ 57,1	+ 57,5	- 0,4	+ 0,0	- 3,4	- 5,0	+ 1,7	+ 2,9	- 1,3	- 0,0	Aug.

vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel). — 4 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite bzw. Einlagen einbezogen; s. a. Anm. 2. — 5 Bis Dezember 1998 einschl. den Auslandsfilialien zur Verfügung gestelltes Betriebskapital. —

6 Bis Dezember 1998 einschl. Termineinlagen bis unter 1 Monat. — 7 Bis Dezember 1998 ohne Termineinlagen bis unter 1 Monat.

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt ^{1) 2)}		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
			an Unternehmen und Privatpersonen ¹⁾			an öffentliche Haushalte				insgesamt	an Unter-
			insgesamt	zu-	Buchkredite und Wechsel ^{3) 4)}	insgesamt	Buch-	Schatz-	wechsel		
mit börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wertpapiere(n), Ausgleichsforderungen	ohne börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wertpapiere(n), Ausgleichsforderungen			börsenfähige Geldmarktpapiere							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}											
1997	5 058,4	4 506,2	667,8	625,8	624,8	1,0	41,9	40,1	1,9	4 390,6	3 223,4
1998	5 379,8	4 775,4	704,3	661,3	660,8	0,5	43,0	38,5	4,5	4 675,5	3 482,4
1999	2 904,5	2 576,5	355,3	328,9	328,7	0,2	26,4	23,6	2,8	2 549,2	1 943,6
2000	3 003,7	2 663,7	371,2	348,2	347,7	0,5	22,9	21,2	1,7	2 632,5	2 038,6
2001	3 014,1	2 704,2	387,9	356,7	355,2	1,5	31,2	28,2	2,9	2 626,2	2 070,2
2002	2 997,2	2 689,1	365,4	331,9	331,0	1,0	33,5	31,1	2,4	2 631,8	2 079,7
2003	2 995,6	2 680,6	355,2	315,0	313,4	1,6	40,2	38,4	1,8	2 640,4	2 096,1
2004	3 001,3	2 646,7	320,9	283,8	283,0	0,8	37,1	35,3	1,8	2 680,4	2 114,2
2005	2 995,1	2 635,1	309,7	273,5	272,9	0,6	36,2	34,4	1,8	2 685,4	2 141,3
2006	3 000,7	2 632,2	303,1	269,8	269,3	0,6	33,3	31,9	1,4	2 697,6	2 181,8
2006 März	3 030,2	2 659,7	329,2	292,7	291,7	0,9	36,5	35,9	0,6	2 701,1	2 167,3
April	3 066,0	2 667,7	336,7	297,1	296,0	1,0	39,7	38,8	0,8	2 729,3	2 199,0
Mai	3 065,4	2 659,4	326,4	293,2	292,4	0,7	33,2	32,5	0,7	2 739,0	2 196,1
Juni	3 028,2	2 656,1	326,0	292,7	291,7	1,0	33,3	32,3	1,1	2 702,1	2 173,3
Juli	3 024,4	2 653,2	320,7	285,5	284,6	0,9	35,2	34,1	1,1	2 703,7	2 175,1
Aug.	3 022,5	2 652,2	318,1	285,5	284,8	0,7	32,6	32,0	0,6	2 704,4	2 178,5
Sept.	3 035,2	2 668,7	333,0	301,3	300,5	0,8	31,8	31,5	0,3	2 702,1	2 183,5
Okt.	3 033,2	2 664,9	334,5	297,2	296,4	0,8	37,4	36,8	0,6	2 698,7	2 180,2
Nov.	3 037,8	2 661,5	325,7	290,2	289,4	0,8	35,5	34,8	0,7	2 712,2	2 185,1
Dez.	3 000,7	2 632,2	303,1	269,8	269,3	0,6	33,3	31,9	1,4	2 697,6	2 181,8
2007 Jan.	3 024,5	2 641,8	313,0	278,9	278,2	0,7	34,1	33,2	0,9	2 711,5	2 191,4
Febr.	3 011,3	2 641,0	316,4	284,1	283,2	1,0	32,2	31,5	0,8	2 695,0	2 178,8
März	3 016,1	2 640,4	324,2	291,8	291,1	0,6	32,4	31,3	1,2	2 691,9	2 179,7
April	3 043,3	2 637,5	327,9	291,1	290,1	1,0	36,8	35,4	1,4	2 715,4	2 205,0
Mai	3 021,0	2 631,6	319,3	284,2	283,3	0,9	35,1	34,7	0,4	2 701,6	2 189,7
Juni	2 986,2	2 634,1	321,7	293,5	292,7	0,8	28,2	27,3	0,9	2 664,6	2 159,1
Juli	2 993,2	2 643,8	331,2	295,7	294,9	0,8	35,5	35,0	0,5	2 662,0	2 158,9
Aug.	2 984,1	2 643,2	321,9	292,0	291,4	0,7	29,9	29,3	0,6	2 662,2	2 165,0
Veränderungen ^{*)}											
1998	+ 335,3	+ 285,5	+ 51,7	+ 50,6	+ 51,2	- 0,6	+ 1,1	- 1,6	+ 2,7	+ 283,6	+ 258,3
1999	+ 156,1	+ 139,5	+ 9,6	+ 6,3	+ 6,4	- 0,0	+ 3,3	+ 2,9	+ 0,4	+ 146,4	+ 146,4
2000	+ 100,7	+ 83,2	+ 14,5	+ 18,1	+ 17,8	+ 0,3	- 3,6	- 2,5	- 1,1	+ 86,1	+ 93,8
2001	+ 11,9	+ 39,2	+ 15,3	+ 7,0	+ 5,9	+ 1,0	+ 8,4	+ 7,8	+ 0,6	- 3,4	+ 32,0
2002	- 19,2	- 18,8	- 23,4	- 25,7	- 25,2	- 0,5	+ 2,3	+ 2,9	- 0,6	+ 4,3	+ 7,6
2003	+ 0,1	- 8,4	- 10,0	- 16,7	- 17,5	+ 0,9	+ 6,7	+ 7,3	- 0,6	+ 10,1	+ 16,0
2004	+ 3,3	- 36,0	- 31,7	- 30,5	- 29,7	- 0,8	- 1,2	- 3,2	+ 1,9	+ 35,0	+ 15,6
2005	- 6,7	- 12,1	- 11,5	- 10,6	- 10,4	- 0,2	- 0,9	- 0,9	+ 0,0	+ 4,8	+ 26,8
2006	- 12,4	- 20,8	- 7,1	- 4,5	- 4,4	- 0,0	- 2,7	- 2,3	- 0,4	+ 5,2	+ 23,6
2006 März	+ 6,9	+ 3,0	+ 12,4	+ 9,3	+ 9,2	+ 0,2	+ 3,1	+ 3,3	- 0,2	- 5,5	- 2,7
April	+ 35,3	+ 7,5	+ 7,6	+ 4,3	+ 4,2	+ 0,1	+ 3,4	+ 3,1	+ 0,3	+ 27,6	+ 31,3
Mai	- 1,4	- 9,0	- 11,0	- 4,6	- 4,3	- 0,3	- 6,4	- 6,3	- 0,1	+ 9,7	- 2,9
Juni	- 37,2	- 3,3	- 0,3	- 0,5	- 0,7	+ 0,2	+ 0,1	- 0,2	+ 0,4	- 36,9	- 22,8
Juli	- 3,8	- 3,0	- 5,3	- 7,2	- 7,1	- 0,1	+ 1,9	+ 1,8	+ 0,1	+ 1,6	+ 1,8
Aug.	- 1,9	- 1,0	- 2,6	+ 0,0	+ 0,2	- 0,2	- 2,6	- 2,1	- 0,5	+ 0,7	+ 3,4
Sept.	+ 12,7	+ 16,5	+ 14,9	+ 15,8	+ 15,7	+ 0,1	- 0,8	- 0,5	- 0,4	- 2,2	+ 5,0
Okt.	- 2,0	- 3,8	+ 1,5	- 4,1	- 4,1	+ 0,0	+ 5,6	+ 5,3	+ 0,3	- 3,5	- 3,2
Nov.	+ 4,7	- 3,3	- 8,9	- 7,0	- 7,0	- 0,0	- 1,9	- 2,0	+ 0,1	+ 13,6	+ 4,9
Dez.	- 36,4	- 28,6	- 22,5	- 20,3	- 20,1	- 0,2	- 2,2	- 2,9	+ 0,7	- 13,9	- 2,5
2007 Jan.	+ 24,3	+ 6,5	+ 9,9	+ 9,0	+ 8,9	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,4	- 0,5	+ 14,4	+ 10,1
Febr.	- 13,2	- 0,8	+ 3,4	+ 5,3	+ 5,0	+ 0,3	- 1,9	- 1,8	- 0,1	+ 16,5	- 12,6
März	+ 4,8	- 0,5	+ 7,9	+ 7,6	+ 8,0	- 0,3	+ 0,2	- 0,2	+ 0,4	- 3,0	+ 0,9
April	+ 28,1	- 3,1	+ 3,7	- 0,7	- 1,1	+ 0,4	+ 4,4	+ 4,1	+ 0,2	+ 24,4	+ 26,1
Mai	- 22,4	- 5,9	- 8,6	- 6,8	- 6,8	- 0,1	- 1,7	- 0,7	- 1,0	+ 13,8	- 15,2
Juni	- 35,8	+ 1,3	+ 1,5	+ 8,4	+ 8,5	- 0,2	- 6,9	- 7,4	+ 0,5	- 37,3	- 30,8
Juli	+ 8,1	+ 9,4	+ 9,9	+ 2,7	+ 2,6	+ 0,0	+ 7,2	+ 7,7	- 0,4	- 1,9	+ 0,5
Aug.	- 9,2	- 0,7	- 9,3	- 3,7	- 3,6	- 0,1	- 5,6	- 5,7	+ 0,1	+ 0,1	+ 6,1

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bis Dezember 1998 einschl. Kredite an inländische Bauspar-

kassen. — 2 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; s. a. Anm. 8. — 3 Bis Dezember 1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossamentverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel). — 4 Ab 1999 einschl. geringer Beträge mittelfristiger Wechselserien. — 5 Ab 1999 Aufgliederung

IV. Banken

Kredite 2) 5)

nehmen und Privatpersonen 1) 2)

an öffentliche Haushalte 2)

Buchkredite				Nachrichtlich: Treuhandkredite 8)	Buchkredite				Ausgleichsfor- derungen 10)	Nachrichtlich: Treuhandkredite 8)	Zeit
zu- sammen	mittel- fristig 6)	lang- fristig 7)	Wert- papiere 5)		zu- sammen	zu- sammen	mittel- fristig 6)	lang- fristig 7)			

Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)

2 900,0	216,2	2 683,8	234,1	89,3	1 167,2	833,8	53,0	780,8	239,2	76,0	18,3	1997
3 104,5	206,8	2 897,8	292,4	85,4	1 193,2	868,8	33,1	835,7	235,4	71,6	17,3	1998
1 764,8	182,5	1 582,3	178,9	49,2	605,6	459,5	30,9	428,6	108,6	37,5	8,7	1999
1 838,9	192,8	1 646,0	199,7	50,1	593,9	455,9	30,4	425,5	104,9	33,1	8,4	2000
1 880,5	191,1	1 689,4	189,7	48,9	556,0	440,3	25,6	414,6	111,8	4,0	8,0	2001
1 909,8	193,5	1 716,3	169,9	47,3	552,1	417,1	27,4	389,7	132,0	3,0	7,5	2002
1 927,7	195,0	1 732,8	168,3	49,9	544,3	401,0	34,6	366,4	141,3	2,0	7,0	2003
1 940,8	194,3	1 746,5	173,5	55,3	566,1	387,7	32,9	354,8	177,5	1,0	6,5	2004
1 953,4	194,7	1 758,8	187,9	52,1	544,1	374,4	32,9	341,4	169,7	-	4,5	2005
1 972,7	194,5	1 778,1	209,1	48,2	515,8	358,4	31,7	326,6	157,4	-	4,8	2006
1 966,6	193,2	1 773,5	200,7	49,6	533,7	365,3	31,9	333,4	168,4	-	4,4	2006 März
1 968,9	192,6	1 776,3	230,2	49,4	530,3	364,0	31,9	332,2	166,3	-	4,5	April
1 972,0	194,3	1 777,8	224,1	49,3	542,9	362,4	30,9	331,6	180,5	-	4,5	Mai
1 973,4	196,3	1 777,2	199,9	49,3	528,8	358,7	30,8	327,9	170,1	-	4,4	Juni
1 976,5	198,7	1 777,9	198,6	48,9	528,6	358,0	31,4	326,5	170,7	-	4,4	Juli
1 978,4	197,0	1 781,4	200,0	49,1	525,9	357,0	31,6	325,3	168,9	-	4,4	Aug.
1 980,2	198,9	1 781,3	203,3	49,0	518,7	356,4	30,8	325,6	162,2	-	4,7	Sept.
1 975,9	197,7	1 778,1	204,4	48,7	518,4	355,9	30,9	325,0	162,6	-	4,7	Okt.
1 978,9	198,2	1 780,7	206,1	48,6	527,1	358,4	31,4	327,0	168,7	-	4,7	Nov.
1 972,7	194,5	1 778,1	209,1	48,2	515,8	358,4	31,7	326,6	157,4	-	4,8	Dez.
1 974,6	198,6	1 776,0	216,9	48,8	520,1	355,8	31,6	324,2	164,3	-	4,7	2007 Jan.
1 973,1	197,3	1 775,7	205,8	48,6	516,1	353,3	31,5	321,8	162,8	-	4,7	Febr.
1 970,1	196,5	1 773,6	209,6	48,2	512,2	347,9	31,4	316,5	164,4	-	4,7	März
1 966,8	195,7	1 771,1	238,1	49,5	510,5	345,2	31,6	313,6	165,3	-	4,7	April
1 969,8	199,1	1 770,7	219,9	49,2	511,9	343,8	32,2	311,6	168,1	-	4,7	Mai
1 969,0	198,8	1 770,3	190,1	48,8	505,4	345,0	33,9	311,1	160,4	-	4,6	Juni
1 970,9	199,0	1 772,0	188,0	47,6	503,1	343,0	33,3	309,7	160,1	-	4,6	Juli
1 980,2	202,7	1 777,5	184,8	47,4	497,1	342,3	33,9	308,4	154,8	-	4,6	Aug.

Veränderungen *)

+ 205,7	- 8,9	+ 214,6	+ 56,5	- 3,9	+ 25,3	+ 35,0	- 20,0	+ 55,0	- 4,4	- 4,4	- 0,9	1998
+ 121,8	+ 25,1	+ 96,8	+ 24,6	+ 0,3	+ 0,0	+ 8,5	+ 6,2	+ 2,3	- 7,8	- 0,6	- 0,1	1999
+ 71,8	+ 6,9	+ 64,9	+ 22,1	+ 0,8	- 7,7	- 3,8	- 0,4	- 3,5	- 3,1	- 0,8	- 0,3	2000
+ 41,9	- 2,8	+ 44,7	- 9,8	- 1,2	- 35,4	- 16,5	- 5,5	- 10,9	+ 10,1	- 29,1	- 0,4	2001
+ 26,6	- 2,1	+ 28,7	- 19,0	- 1,6	- 3,4	- 23,1	+ 1,0	- 24,1	+ 20,7	- 1,0	- 0,5	2002
+ 17,9	+ 0,2	+ 17,8	- 1,9	+ 2,6	- 5,9	- 16,1	+ 4,9	- 21,0	+ 11,2	- 1,0	- 0,5	2003
+ 10,7	+ 0,2	+ 10,5	+ 4,9	+ 3,6	+ 19,4	- 13,8	- 0,9	- 12,9	+ 34,3	- 1,1	- 0,6	2004
+ 12,5	+ 1,7	+ 10,8	+ 14,3	- 3,0	- 22,1	- 13,4	+ 0,9	- 14,2	- 7,7	- 1,0	- 2,0	2005
+ 2,3	+ 0,2	+ 2,2	+ 21,2	- 3,9	- 28,8	- 16,4	- 1,4	- 15,0	- 12,4	-	+ 0,3	2006
- 6,3	- 0,3	- 6,0	+ 3,5	- 1,1	- 2,7	- 3,2	- 0,3	- 2,9	+ 0,4	-	- 0,0	2006 März
+ 1,8	- 0,6	+ 2,4	+ 29,5	- 0,2	- 3,6	- 1,5	- 0,3	- 1,3	- 2,1	-	+ 0,1	April
+ 3,2	+ 1,3	+ 1,9	- 6,1	- 0,1	+ 12,6	- 1,6	- 1,0	- 0,6	+ 14,2	-	+ 0,0	Mai
+ 1,4	+ 2,0	- 0,6	- 24,2	- 0,0	- 14,1	- 3,8	- 0,1	- 3,7	- 10,4	-	- 0,0	Juni
+ 3,1	+ 2,4	+ 0,7	- 1,3	- 0,4	- 0,2	- 0,7	+ 0,6	- 1,3	+ 0,5	-	- 0,0	Juli
+ 1,9	- 1,6	+ 3,5	+ 1,5	+ 0,2	- 2,7	- 1,0	+ 0,2	- 1,2	- 1,7	-	- 0,0	Aug.
+ 1,8	+ 1,8	- 0,0	+ 3,2	- 0,1	- 7,2	- 0,5	- 0,8	+ 0,3	- 6,7	-	+ 0,4	Sept.
- 4,4	- 1,2	- 3,2	+ 1,1	- 0,3	- 0,2	- 0,6	+ 0,1	- 0,6	+ 0,3	-	+ 0,0	Okt.
+ 3,2	+ 0,6	+ 2,6	+ 1,7	- 0,1	+ 8,7	+ 2,5	+ 0,5	+ 2,0	+ 6,2	-	- 0,0	Nov.
- 5,5	- 3,1	- 2,4	+ 3,0	- 0,4	- 11,4	+ 0,0	+ 0,4	- 0,4	- 11,4	-	+ 0,1	Dez.
- 1,2	+ 0,5	- 1,7	+ 11,3	- 0,4	+ 4,3	- 2,6	- 0,2	- 2,4	+ 6,9	-	- 0,0	2007 Jan.
- 1,5	- 1,3	- 0,2	- 11,1	- 0,2	- 3,9	- 2,5	- 0,1	- 2,4	- 1,4	-	- 0,0	Febr.
- 2,9	- 0,5	- 2,4	+ 3,8	- 0,3	- 3,9	- 5,4	- 0,1	- 5,3	+ 1,5	-	- 0,0	März
- 3,5	- 0,8	- 2,7	+ 29,6	+ 1,3	- 1,7	- 2,7	+ 0,1	- 2,8	+ 1,0	-	+ 0,0	April
+ 3,0	+ 3,4	- 0,5	- 18,2	- 0,3	+ 1,4	- 1,4	+ 0,7	- 2,0	+ 2,8	-	- 0,0	Mai
- 1,0	- 0,6	- 0,4	- 29,9	- 0,4	- 6,4	+ 1,2	+ 1,7	- 0,5	- 7,7	-	- 0,0	Juni
+ 1,1	+ 0,2	+ 0,9	- 0,6	- 0,7	- 2,3	- 2,0	- 0,6	- 1,4	- 0,3	-	- 0,0	Juli
+ 9,3	+ 3,8	+ 5,5	- 3,2	- 0,2	- 6,0	- 0,7	+ 0,6	- 1,3	- 5,3	-	- 0,0	Aug.

der Wertpapierkredite in mittel- und langfristig nicht mehr möglich. — 6 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von über 1 Jahr bis unter 4 Jahre, ab 1999: über 1 Jahr bis 5 Jahre einschl. — 7 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von 4 Jahren und darüber, ab 1999: von über 5

Jahren. — 8 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite einbezogen; s. a. Anm. 2. — 9 Ohne Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; s. a. Anm. 10. — 10 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)

Zeit	darunter:					Kredite an Unternehmen und Selbständige								
	insgesamt	Hypothekarkredite insgesamt	Kredite für den Wohnungsbau			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau 2)	Baugewerbe	Handel 3)	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Finanzinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsgewerbe
			zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau									
Kredite insgesamt														
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)														
2004	2 224,2	1 127,7	1 086,0	869,7	216,3	1 211,6	320,4	136,7	37,1	53,0	141,4	31,9	56,1	60,0
2005	2 226,6	1 154,5	1 093,3	895,9	197,4	1 199,7	311,3	130,6	37,2	49,4	134,1	31,6	57,8	74,0
2006 Juni	2 265,4	1 173,1	1 109,8	915,7	194,1	1 232,9	319,0	134,2	38,6	49,8	131,2	32,5	60,1	94,1
2006 Sept.	2 281,0	1 180,7	1 114,7	921,4	193,3	1 241,5	318,1	136,3	39,2	49,4	130,1	33,0	61,0	103,3
2006 Dez.	2 242,2	1 177,5	1 114,7	921,2	193,5	1 204,2	316,1	133,0	39,3	47,2	131,4	32,4	60,9	76,0
2007 März	2 261,5	1 174,9	1 110,9	918,8	192,0	1 229,1	314,4	138,5	39,6	47,7	128,7	32,5	61,2	102,5
2007 Juni	2 262,0	1 172,6	1 106,6	917,4	189,2	1 230,7	311,4	141,2	39,6	48,0	130,6	33,2	62,5	100,6
Kurzfristige Kredite														
2004	283,4	-	12,5	-	12,5	239,3	7,6	40,9	3,5	11,1	52,9	3,6	5,9	26,4
2005	273,2	-	11,2	-	11,2	230,0	6,7	38,8	3,2	9,7	49,2	3,3	6,1	32,8
2006 Juni	292,0	-	10,5	-	10,5	250,6	6,4	42,9	3,4	10,4	47,4	3,7	5,9	51,2
2006 Sept.	300,8	-	11,0	-	11,0	258,6	6,5	43,3	3,3	10,2	46,6	3,9	6,3	60,5
2006 Dez.	269,6	-	10,5	-	10,5	228,6	6,3	39,6	3,1	8,8	48,6	3,2	5,5	35,0
2007 März	291,4	-	10,5	-	10,5	251,6	6,1	42,6	3,5	9,5	46,2	3,4	5,6	58,6
2007 Juni	292,9	-	9,6	-	9,6	252,5	5,0	45,3	3,1	9,7	46,9	3,8	6,1	55,2
Mittelfristige Kredite														
2004	194,3	-	38,8	-	38,8	119,9	11,8	16,4	2,5	5,6	11,1	3,2	11,3	7,6
2005	194,6	-	35,7	-	35,7	122,5	10,7	15,6	2,1	5,2	11,4	3,0	10,6	10,8
2006 Juni	196,3	-	34,8	-	34,8	125,5	10,6	17,0	2,2	5,2	11,5	3,0	10,3	11,7
2006 Sept.	198,9	-	34,5	-	34,5	127,5	10,5	18,8	2,4	5,3	11,5	3,0	10,5	12,3
2006 Dez.	194,5	-	34,4	-	34,4	124,6	10,5	18,5	2,2	5,1	11,4	2,9	10,6	11,7
2007 März	196,5	-	33,5	-	33,5	128,2	10,5	20,5	2,1	5,1	11,3	2,9	10,5	14,6
2007 Juni	198,8	-	33,1	-	33,1	131,2	10,6	20,3	2,1	5,3	12,4	2,9	11,1	15,6
Langfristige Kredite														
2004	1 746,5	1 127,7	1 034,7	869,7	165,0	852,4	301,0	79,4	31,2	36,2	77,3	25,0	38,9	26,0
2005	1 758,8	1 154,5	1 046,3	895,9	150,4	847,2	293,9	76,2	31,8	34,5	73,5	25,2	41,1	30,4
2006 Juni	1 777,2	1 173,1	1 064,5	915,7	148,7	856,8	302,0	74,4	33,0	34,2	72,3	25,8	43,9	31,3
2006 Sept.	1 781,3	1 180,7	1 069,1	921,4	147,8	855,4	301,2	74,2	33,5	33,8	72,0	26,1	44,2	30,6
2006 Dez.	1 778,1	1 177,5	1 069,8	921,2	148,6	850,9	299,3	74,9	34,0	33,3	71,4	26,4	44,7	29,3
2007 März	1 773,6	1 174,9	1 066,8	918,8	148,0	849,3	297,9	75,5	34,0	33,1	71,2	26,2	45,1	29,3
2007 Juni	1 770,3	1 172,6	1 063,9	917,4	146,5	847,0	295,8	75,5	34,3	33,0	71,3	26,4	45,3	29,9
Kredite insgesamt														
Veränderungen im Vierteljahr *)														
2006 2.Vj.	+ 5,5	- 1,0	+ 0,7	- 0,5	+ 1,2	+ 2,3	- 1,7	+ 3,8	+ 1,0	- 0,3	- 0,1	+ 0,4	+ 1,1	- 4,3
2006 3.Vj.	+ 15,6	+ 4,1	+ 4,4	+ 4,2	+ 0,1	+ 8,5	- 1,0	+ 2,0	+ 0,6	- 0,4	- 1,1	+ 0,5	+ 0,8	+ 8,5
2006 4.Vj.	- 37,9	- 3,6	+ 0,1	- 0,5	+ 0,6	- 36,8	- 2,1	- 3,3	+ 0,2	- 2,2	+ 1,2	- 0,5	- 0,3	- 27,4
2007 1.Vj.	+ 16,2	- 1,7	- 3,8	- 1,8	- 2,0	+ 21,6	- 1,7	+ 5,5	+ 0,3	+ 0,5	- 2,6	+ 0,1	+ 0,4	+ 22,7
2007 2.Vj.	- 0,8	- 5,8	- 3,0	- 2,9	- 0,0	+ 0,4	- 1,8	+ 2,5	+ 0,0	+ 0,3	+ 2,0	+ 0,7	+ 1,2	- 3,0
Kurzfristige Kredite														
2006 2.Vj.	- 0,9	-	- 0,1	-	- 0,1	- 0,9	- 0,1	+ 3,0	- 0,0	- 0,2	+ 0,3	+ 0,0	- 0,2	- 4,4
2006 3.Vj.	+ 8,8	-	+ 0,5	-	+ 0,5	+ 8,0	+ 0,1	+ 0,3	- 0,0	- 0,2	- 0,8	+ 0,1	+ 0,4	+ 9,3
2006 4.Vj.	- 31,2	-	- 0,5	-	- 0,5	- 29,9	- 0,2	- 3,7	- 0,2	- 1,4	+ 1,8	- 0,7	- 0,8	- 25,4
2007 1.Vj.	+ 21,8	-	- 0,0	-	- 0,0	+ 23,0	- 0,2	+ 3,0	+ 0,4	+ 0,7	- 2,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 23,5
2007 2.Vj.	+ 0,7	-	- 0,0	-	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 2,8	- 0,4	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	- 4,3
Mittelfristige Kredite														
2006 2.Vj.	+ 2,7	-	- 0,1	-	- 0,1	+ 2,7	+ 0,1	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,2	+ 0,3
2006 3.Vj.	+ 2,6	-	- 0,3	-	- 0,3	+ 2,0	- 0,1	+ 1,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,6
2006 4.Vj.	- 3,7	-	- 0,0	-	- 0,0	- 2,6	+ 0,0	- 0,3	- 0,1	- 0,3	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	- 0,6
2007 1.Vj.	- 1,2	-	- 0,5	-	- 0,5	- 0,0	+ 0,0	+ 1,9	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,8
2007 2.Vj.	+ 2,1	-	- 0,2	-	- 0,2	+ 2,8	+ 0,3	- 0,1	+ 0,0	+ 0,2	+ 1,1	+ 0,0	+ 0,6	+ 0,8
Langfristige Kredite														
2006 2.Vj.	+ 3,6	- 1,0	+ 1,0	- 0,5	+ 1,5	+ 0,6	- 1,7	- 0,4	+ 0,9	- 0,1	- 0,4	+ 0,3	+ 1,6	- 0,2
2006 3.Vj.	+ 4,2	+ 4,1	+ 4,2	+ 4,2	- 0,1	- 1,5	- 1,0	- 0,2	+ 0,5	- 0,3	- 0,3	+ 0,3	+ 0,3	- 1,4
2006 4.Vj.	- 3,0	- 3,6	+ 0,6	- 0,5	+ 1,1	- 4,2	- 1,9	+ 0,7	+ 0,5	- 0,5	- 0,5	+ 0,3	+ 0,3	- 1,4
2007 1.Vj.	- 4,4	- 1,7	- 3,3	- 1,8	- 1,5	- 1,4	- 1,5	+ 0,6	+ 0,0	- 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,4	- 0,1
2007 2.Vj.	- 3,5	- 5,8	- 2,7	- 2,9	+ 0,2	- 2,5	- 2,0	- 0,1	+ 0,4	- 0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,6

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den

jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Ohne Treuhandkredite. —

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)						Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit		
zusammen	darunter:			nachrichtlich:		zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau			
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen	Kredite an Selbstständige 4)	Kredite an das Handwerk			zusammen	Ratenkredite 5)	Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten					
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)													Kredite insgesamt		
695,5	163,7	42,5	204,2	419,0	61,7	999,4	762,4	237,0	129,2	19,9	13,2	3,2	2004		
685,0	160,3	40,6	199,3	407,5	60,6	1 012,9	778,9	234,0	130,1	18,8	14,1	3,1	2005		
692,2	166,3	39,8	199,7	404,2	61,0	1 018,5	787,2	231,3	130,4	18,3	14,1	3,7	2006 Juni		
689,3	164,9	40,5	199,5	401,0	61,5	1 025,1	792,8	232,3	131,4	18,4	14,3	3,7	2006 Sept.		
684,0	164,2	39,5	197,0	396,6	60,2	1 023,4	795,0	228,4	130,6	17,6	14,7	3,7	2006 Dez.		
678,4	163,0	40,3	195,2	392,7	59,7	1 017,9	792,7	225,2	129,8	16,9	14,6	3,7	2007 März		
675,1	162,4	41,6	193,4	390,5	59,9	1 017,0	791,6	225,4	129,6	17,6	14,3	3,6	2007 Juni		
Kurzfristige Kredite															
95,0	15,8	11,5	27,6	44,4	11,4	43,0	4,9	38,0	2,3	19,9	1,1	0,0	2004		
86,9	14,1	10,3	23,9	40,1	10,6	41,8	4,5	37,3	2,6	18,8	1,4	0,0	2005		
85,6	13,1	11,0	22,9	39,1	11,4	40,4	4,2	36,2	2,6	18,3	1,1	0,0	2006 Juni		
84,5	13,4	10,3	22,5	38,2	11,1	41,0	4,5	36,5	2,8	18,4	1,2	0,0	2006 Sept.		
84,9	13,9	10,1	22,1	36,7	10,0	39,8	4,2	35,6	2,8	17,6	1,2	0,0	2006 Dez.		
82,2	12,6	10,1	22,1	36,2	10,3	38,9	4,5	34,4	2,6	16,9	1,0	0,0	2007 März		
82,4	12,5	11,0	22,0	36,2	10,3	39,5	4,6	35,0	2,6	17,6	0,9	0,0	2007 Juni		
Mittelfristige Kredite															
62,3	6,5	6,5	17,2	29,6	3,9	73,8	26,9	46,9	37,7	-	0,5	0,1	2004		
63,7	7,3	6,5	15,9	29,8	3,8	71,5	25,0	46,5	37,2	-	0,7	0,1	2005		
64,6	7,8	6,0	16,1	28,8	3,8	70,2	24,1	46,1	37,3	-	0,6	0,1	2006 Juni		
63,8	6,9	6,8	16,1	28,6	3,8	70,8	23,9	46,8	37,9	-	0,6	0,0	2006 Sept.		
62,3	6,9	5,9	15,8	27,7	3,8	69,3	23,9	45,4	37,0	-	0,6	0,1	2006 Dez.		
61,2	6,5	6,3	15,7	27,5	3,8	67,7	23,0	44,7	36,9	-	0,6	0,0	2007 März		
61,5	6,5	6,8	16,0	27,4	3,8	66,9	22,5	44,4	36,8	-	0,7	0,0	2007 Juni		
Langfristige Kredite															
538,2	141,5	24,5	159,5	345,0	46,4	882,6	730,6	152,0	89,2	-	11,5	3,1	2004		
534,4	138,9	23,8	159,6	337,6	46,2	899,6	749,4	150,2	90,3	-	12,0	3,1	2005		
541,9	145,4	22,8	160,7	336,3	45,8	907,9	758,9	149,0	90,6	-	12,4	3,6	2006 Juni		
541,1	144,7	23,4	160,8	334,3	46,6	913,3	764,4	149,0	90,7	-	12,6	3,6	2006 Sept.		
536,9	143,4	23,4	159,1	332,1	46,5	914,3	766,8	147,4	90,8	-	12,9	3,6	2006 Dez.		
535,0	143,9	24,0	157,5	328,9	45,7	911,3	765,2	146,1	90,3	-	12,9	3,7	2007 März		
531,2	143,4	23,8	155,4	326,9	45,8	910,5	764,6	146,0	90,3	-	12,7	3,6	2007 Juni		
Veränderungen im Vierteljahr *)													Kredite insgesamt		
+ 0,7	- 1,6	+ 0,6	+ 1,0	- 2,0	- 0,3	+ 3,2	+ 2,4	+ 0,9	+ 1,5	+ 0,3	- 0,1	+ 0,0	2006 2.Vj.		
- 2,4	- 1,0	+ 0,6	- 0,1	- 2,7	- 0,6	+ 6,8	+ 5,4	+ 1,4	+ 1,7	+ 0,0	+ 0,3	- 0,0	2006 3.Vj.		
- 4,4	- 0,5	- 1,0	- 2,6	- 4,3	- 1,3	+ 1,2	+ 2,1	- 3,3	- 0,5	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,0	2006 4.Vj.		
- 5,3	- 1,2	+ 0,9	- 1,4	- 4,2	- 0,0	- 5,3	- 2,1	- 3,1	- 0,7	- 0,6	- 0,1	+ 0,0	2007 1.Vj.		
- 3,4	- 0,5	+ 1,2	- 2,0	- 2,1	+ 0,1	- 0,9	- 1,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,7	- 0,3	+ 0,1	2007 2.Vj.		
Kurzfristige Kredite															
+ 0,5	- 0,4	+ 1,0	+ 0,2	- 0,5	- 0,1	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	- 0,1	-	2006 2.Vj.		
- 1,2	+ 0,3	- 0,7	- 0,4	- 1,0	- 0,3	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,1	-	2006 3.Vj.		
+ 0,4	+ 0,6	- 0,2	- 0,4	- 1,4	- 1,2	+ 1,2	- 0,3	- 0,9	- 0,0	- 0,8	- 0,0	+ 0,0	2006 4.Vj.		
- 2,6	- 1,4	- 0,1	+ 0,0	- 0,8	+ 0,3	- 0,9	+ 0,2	- 1,2	- 0,2	- 0,6	- 0,2	- 0,0	2007 1.Vj.		
+ 0,2	- 0,0	+ 0,9	- 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,6	- 0,0	+ 0,7	- 0,1	- 0,0	2007 2.Vj.		
Mittelfristige Kredite															
+ 1,3	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,6	- 0,6	+ 0,1	+ 0,1	- 0,3	+ 0,4	+ 0,7	-	- 0,0	- 0,0	2006 2.Vj.		
- 0,8	- 1,0	+ 0,8	+ 0,1	- 0,2	+ 0,0	+ 0,6	- 0,2	+ 0,8	+ 0,7	-	- 0,0	- 0,0	2006 3.Vj.		
- 1,2	+ 0,2	- 0,8	- 0,4	- 0,7	+ 0,0	- 1,1	- 0,0	- 1,0	- 0,5	-	- 0,0	+ 0,0	2006 4.Vj.		
- 0,9	- 0,4	+ 0,4	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	- 1,3	- 0,6	- 0,7	- 0,2	-	+ 0,1	- 0,0	2007 1.Vj.		
+ 0,2	- 0,0	+ 0,5	+ 0,3	- 0,1	+ 0,0	- 0,8	- 0,6	- 0,2	- 0,1	-	+ 0,0	- 0,0	2007 2.Vj.		
Langfristige Kredite															
- 1,2	- 1,5	- 0,4	+ 0,2	- 0,9	- 0,3	+ 3,0	+ 2,6	+ 0,3	+ 0,7	-	+ 0,0	+ 0,0	2006 2.Vj.		
- 0,3	- 0,3	+ 0,5	+ 0,2	- 1,5	- 0,3	+ 5,5	+ 5,2	+ 0,4	+ 0,8	-	+ 0,2	- 0,0	2006 3.Vj.		
- 3,5	- 1,2	+ 0,0	- 1,8	- 2,1	- 0,2	+ 1,1	+ 2,5	- 1,4	+ 0,0	-	+ 0,1	+ 0,0	2006 4.Vj.		
- 1,8	+ 0,5	+ 0,6	- 1,5	- 3,1	- 0,4	- 3,0	- 1,8	- 1,2	- 0,3	-	+ 0,0	+ 0,1	2007 1.Vj.		
- 3,9	- 0,4	- 0,1	- 2,3	- 2,0	+ 0,1	- 0,8	- 0,6	- 0,2	+ 0,4	-	- 0,2	- 0,1	2007 2.Vj.		

2 Einschl. Gewinnung von Steinen und Erden. — 3 Zuzgl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 4 Einschl. Einzelkaufleute. — 5 Ohne Hypothekarkredite und ohne Kredite für den

Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandskredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Nichtbanken insgesamt													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2004	2 200,0	646,9	851,2	235,0	616,2	8,0	608,2	603,5	98,4	43,7	32,2	10,1		
2005	2 276,6	717,0	864,4	231,3	633,1	8,2	624,9	603,4	91,9	42,4	31,6	12,6		
2006	2 394,6	747,7	962,8	289,5	673,3	11,7	661,6	586,5	97,5	37,8	30,4	11,2		
2006 Sept.	2 356,4	724,2	950,0	285,9	664,1	10,7	653,5	587,7	94,5	37,9	30,4	26,9		
Okt.	2 348,2	716,9	950,5	285,1	665,4	11,1	654,3	585,0	95,8	38,0	30,5	24,4		
Nov.	2 375,0	744,4	952,5	286,1	666,3	11,2	655,1	581,5	96,7	38,1	30,4	20,6		
Dez.	2 394,6	747,7	962,8	289,5	673,3	11,7	661,6	586,5	97,5	37,8	30,4	11,2		
2007 Jan.	2 401,4	746,2	973,6	296,4	677,3	12,4	664,9	582,2	99,4	38,9	30,3	19,8		
Febr.	2 409,8	746,2	982,5	302,4	680,1	12,7	667,4	580,3	100,8	38,8	30,1	23,1		
März	2 417,2	747,5	988,7	309,0	679,7	13,2	666,4	578,6	102,5	38,5	30,0	24,3		
April	2 434,0	756,1	999,6	316,6	683,0	13,5	669,5	574,6	103,7	38,3	30,0	24,2		
Mai	2 445,1	761,0	1 008,9	324,3	684,6	13,9	670,8	570,1	105,0	37,6	29,8	22,0		
Juni	2 464,9	772,5	1 019,0	329,6	689,4	15,3	674,1	566,7	106,6	37,5	30,2	23,9		
Juli	2 464,7	775,2	1 019,2	327,8	691,5	16,0	675,5	561,6	108,7	36,6	33,4	22,0		
Aug.	2 483,5	769,6	1 045,6	353,1	692,5	16,4	676,1	557,8	110,5	36,4	33,3	23,9		
Veränderungen *)														
2005	+ 76,6	+ 70,7	+ 12,4	- 3,9	+ 16,4	+ 0,4	+ 16,0	- 1,2	- 5,4	- 1,2	- 0,2	+ 2,4		
2006	+ 118,0	+ 30,0	+ 97,7	+ 57,5	+ 40,2	+ 3,5	+ 36,6	- 16,8	+ 7,2	- 4,1	+ 0,1	- 2,2		
2006 Sept.	+ 10,4	- 1,4	+ 13,1	+ 12,2	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,3	- 2,6	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 2,0		
Okt.	- 8,2	- 7,3	+ 0,5	- 0,7	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,8	- 2,7	+ 1,3	+ 0,1	+ 0,1	- 2,5		
Nov.	+ 26,8	+ 27,5	+ 2,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,8	- 3,6	+ 0,9	+ 0,0	- 0,1	- 3,8		
Dez.	+ 19,5	+ 3,3	+ 10,3	+ 3,3	+ 7,0	+ 0,5	+ 6,5	+ 5,1	+ 0,8	- 0,3	- 0,0	- 9,4		
2007 Jan.	+ 6,7	- 1,5	+ 10,9	+ 6,9	+ 4,1	+ 0,7	+ 3,4	- 4,4	+ 1,6	- 0,1	- 0,1	+ 8,6		
Febr.	+ 8,4	- 0,1	+ 8,8	+ 6,0	+ 2,8	+ 0,3	+ 2,5	- 1,8	+ 1,4	- 0,1	- 0,1	+ 3,3		
März	+ 7,4	+ 1,3	+ 6,2	+ 6,6	- 0,4	+ 0,6	- 0,9	- 1,8	+ 1,6	- 0,3	- 0,1	+ 1,2		
April	+ 16,2	+ 8,1	+ 10,9	+ 7,6	+ 3,3	+ 0,2	+ 3,0	- 3,9	+ 1,2	- 0,2	- 0,0	- 0,0		
Mai	+ 11,1	+ 4,9	+ 9,3	+ 7,7	+ 1,7	+ 0,4	+ 1,3	- 4,5	+ 1,4	- 0,7	- 0,1	- 2,2		
Juni	+ 18,3	+ 11,5	+ 8,6	+ 3,8	+ 4,8	+ 1,4	+ 3,4	- 3,5	+ 1,6	- 0,1	- 0,1	+ 0,5		
Juli	- 0,8	+ 2,6	- 0,3	- 1,8	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,9	- 5,1	+ 2,0	- 0,4	+ 2,7	- 2,0		
Aug.	+ 18,4	- 5,7	+ 26,2	+ 25,3	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,4	- 3,7	+ 1,6	- 0,1	- 0,1	+ 2,0		
Inländische öffentliche Haushalte													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2004	103,6	16,8	82,5	30,5	52,0	0,9	51,1	2,7	1,5	34,6	1,1	-		
2005	103,7	21,0	78,7	31,7	47,0	0,5	46,5	2,4	1,5	32,3	1,0	-		
2006	134,4	26,7	104,0	51,1	52,9	2,1	50,8	2,1	1,6	28,2	0,8	-		
2006 Sept.	128,1	22,5	101,6	50,0	51,6	1,7	49,8	2,3	1,6	28,7	0,7	-		
Okt.	122,2	20,6	97,7	45,6	52,0	1,8	50,3	2,3	1,6	28,3	0,9	-		
Nov.	132,3	24,2	104,3	51,9	52,4	1,8	50,6	2,2	1,6	28,4	0,8	-		
Dez.	134,4	26,7	104,0	51,1	52,9	2,1	50,8	2,1	1,6	28,2	0,8	-		
2007 Jan.	128,6	23,0	102,0	48,4	53,6	2,5	51,1	2,0	1,6	29,3	0,8	-		
Febr.	131,1	24,1	103,4	49,5	53,8	2,5	51,3	2,1	1,6	29,2	0,8	-		
März	131,0	22,8	104,6	51,3	53,2	2,5	50,7	2,1	1,6	29,0	0,8	-		
April	133,3	23,7	106,0	52,6	53,4	2,5	51,0	2,0	1,6	28,9	0,8	-		
Mai	143,8	25,4	115,0	61,3	53,7	2,5	51,2	1,9	1,6	28,8	0,8	-		
Juni	145,0	25,4	116,3	61,6	54,6	3,4	51,2	1,8	1,5	28,7	1,3	-		
Juli	142,1	26,0	112,9	57,6	55,3	3,5	51,8	1,7	1,5	27,8	4,6	-		
Aug.	145,1	23,1	118,8	63,5	55,3	3,5	51,8	1,6	1,5	27,7	4,5	-		
Veränderungen *)														
2005	- 0,2	+ 3,9	- 3,8	+ 1,2	- 5,1	- 0,4	- 4,6	- 0,3	- 0,0	- 2,4	- 0,1	-		
2006	+ 30,7	+ 5,7	+ 25,3	+ 19,4	+ 5,9	+ 1,6	+ 4,3	- 0,4	+ 0,1	- 4,0	- 0,1	-		
2006 Sept.	+ 2,6	- 1,3	+ 3,8	+ 3,9	- 0,1	+ 0,3	- 0,4	- 0,0	+ 0,0	+ 0,3	-	-		
Okt.	- 5,9	- 2,0	- 3,9	- 4,4	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,4	- 0,1	+ 0,0	- 0,4	+ 0,1	-		
Nov.	+ 10,1	+ 3,6	+ 6,6	+ 6,2	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,4	- 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	-		
Dez.	+ 2,1	+ 2,6	- 0,3	- 0,8	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,2	- 0,0	-		
2007 Jan.	- 6,0	- 3,7	- 2,2	- 2,7	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	-		
Febr.	+ 2,5	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	-		
März	- 0,1	- 1,3	+ 1,2	+ 1,8	- 0,6	+ 0,0	- 0,6	- 0,0	- 0,0	- 0,3	- 0,0	-		
April	+ 2,2	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,2	- 0,0	+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	-		
Mai	+ 10,5	+ 1,7	+ 8,9	+ 8,7	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,2	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,0	-		
Juni	+ 1,2	+ 0,0	+ 1,3	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,0	-		
Juli	- 3,4	+ 0,6	- 3,9	- 4,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,4	+ 2,7	-		
Aug.	+ 3,0	- 2,9	+ 6,0	+ 5,9	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	-		

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vor-

läufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland
von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2004	2 096,4	630,1	768,7	204,5	564,2	7,1	557,1	600,8	96,9	9,0	31,1	10,1		
2005	2 173,0	696,0	785,7	199,5	586,1	7,7	578,4	601,0	90,3	10,2	30,7	12,6		
2006	2 260,2	721,0	858,8	238,4	620,4	9,6	610,8	584,5	95,9	9,6	29,5	11,2		
2006 Sept.	2 228,3	701,6	848,4	235,8	612,5	8,9	603,6	585,4	92,9	9,2	29,7	26,9		
Okt.	2 226,1	696,3	852,8	239,5	613,3	9,3	604,0	582,8	94,2	9,8	29,6	24,4		
Nov.	2 242,8	720,2	848,2	234,3	613,9	9,4	604,5	579,3	95,1	9,7	29,6	20,6		
Dez.	2 260,2	721,0	858,8	238,4	620,4	9,6	610,8	584,5	95,9	9,6	29,5	11,2		
2007 Jan.	2 272,9	723,2	871,7	247,9	623,7	9,9	613,8	580,2	97,9	9,6	29,4	19,8		
Febr.	2 278,7	722,1	879,1	252,9	626,2	10,2	616,0	578,3	99,3	9,6	29,3	23,1		
März	2 286,1	724,6	884,1	257,6	626,5	10,7	615,7	576,5	100,9	9,6	29,2	24,3		
April	2 300,7	732,4	893,6	264,0	629,5	11,0	618,5	572,6	102,1	9,4	29,1	24,2		
Mai	2 301,3	735,6	893,9	263,0	631,0	11,4	619,6	568,3	103,5	8,8	29,0	22,0		
Juni	2 319,9	747,1	902,8	268,0	634,8	11,9	622,9	564,9	105,2	8,8	28,9	23,9		
Juli	2 322,6	749,2	906,4	270,2	636,2	12,5	623,7	559,9	107,2	8,8	28,8	22,0		
Aug.	2 338,4	746,4	926,8	289,6	637,2	12,9	624,3	556,2	109,0	8,8	28,8	23,9		
Veränderungen *)														
2005	+ 76,8	+ 66,8	+ 16,3	- 5,2	+ 21,4	+ 0,8	+ 20,6	- 0,9	- 5,4	+ 1,2	- 0,0	+ 2,4		
2006	+ 87,3	+ 24,3	+ 72,3	+ 38,1	+ 34,2	+ 1,9	+ 32,4	- 16,5	+ 7,1	- 0,1	+ 0,3	- 2,2		
2006 Sept.	+ 7,8	- 0,1	+ 9,3	+ 8,3	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,7	- 2,6	+ 1,2	+ 0,0	+ 0,5	+ 2,0		
Okt.	- 2,2	- 5,3	+ 4,4	+ 3,6	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,4	- 2,6	+ 1,3	+ 0,5	- 0,1	- 2,5		
Nov.	+ 16,7	+ 23,9	- 4,7	- 5,2	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,5	- 3,5	+ 0,9	- 0,1	- 0,1	- 3,8		
Dez.	+ 17,4	+ 0,7	+ 10,7	+ 4,1	+ 6,5	+ 0,2	+ 6,3	+ 5,2	+ 0,8	- 0,1	- 0,0	- 9,4		
2007 Jan.	+ 12,7	+ 2,3	+ 13,1	+ 9,5	+ 3,6	+ 0,3	+ 3,2	- 4,3	+ 1,6	+ 0,0	- 0,1	+ 8,6		
Febr.	+ 5,8	- 1,1	+ 7,4	+ 4,9	+ 2,5	+ 0,3	+ 2,2	- 1,9	+ 1,4	- 0,0	- 0,1	+ 3,3		
März	+ 7,4	+ 2,6	+ 5,0	+ 4,8	+ 0,2	+ 0,6	- 0,3	- 1,8	+ 1,6	+ 0,0	- 0,1	+ 1,2		
April	+ 14,0	+ 7,2	+ 9,5	+ 6,4	+ 3,1	+ 0,3	+ 2,8	- 3,9	+ 1,1	- 0,1	- 0,1	- 0,0		
Mai	+ 0,6	+ 3,2	+ 0,4	- 1,0	+ 1,4	+ 0,3	+ 1,1	- 4,4	+ 1,4	- 0,6	- 0,1	- 2,2		
Juni	+ 17,2	+ 11,5	+ 7,3	+ 3,5	+ 3,8	+ 0,6	+ 3,3	- 3,4	+ 1,7	+ 0,0	- 0,1	+ 0,5		
Juli	+ 2,7	+ 2,1	+ 3,6	+ 2,2	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,8	- 5,0	+ 2,0	- 0,0	- 0,0	- 2,0		
Aug.	+ 15,4	- 2,8	+ 20,3	+ 19,4	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,4	- 3,7	+ 1,6	+ 0,0	- 0,0	+ 2,0		
darunter: inländische Unternehmen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2004	762,3	202,0	533,4	110,2	423,1	1,7	421,5	5,1	21,8	8,7	18,3	10,1		
2005	809,9	233,2	550,8	108,7	442,0	2,4	439,6	5,0	21,0	9,7	19,4	12,6		
2006	874,9	256,1	594,1	122,8	471,3	3,2	468,1	4,5	20,2	9,1	20,0	11,2		
2006 Sept.	864,8	244,3	595,3	129,0	466,2	3,1	463,2	4,7	20,6	8,8	19,9	26,9		
Okt.	863,1	240,2	597,8	130,8	467,0	3,2	463,8	4,6	20,5	9,3	19,9	24,4		
Nov.	869,2	253,6	590,7	123,2	467,6	3,2	464,4	4,5	20,3	9,2	20,0	20,6		
Dez.	874,9	256,1	594,1	122,8	471,3	3,2	468,1	4,5	20,2	9,1	20,0	11,2		
2007 Jan.	891,4	263,5	602,9	128,4	474,5	3,4	471,1	4,6	20,4	9,1	20,0	19,8		
Febr.	891,5	257,5	609,1	132,0	477,1	3,5	473,6	4,6	20,4	9,1	19,9	23,1		
März	893,5	258,8	609,6	132,9	476,7	3,7	473,0	4,6	20,6	9,1	19,9	24,3		
April	906,5	263,7	617,7	137,8	479,9	3,8	476,1	4,5	20,5	8,9	19,9	24,2		
Mai	903,6	263,8	614,9	133,4	481,5	3,9	477,6	4,5	20,4	8,3	19,8	22,0		
Juni	913,4	268,4	620,2	134,9	485,3	4,1	481,2	4,4	20,4	8,3	19,7	23,9		
Juli	919,2	273,9	620,7	133,8	486,9	4,3	482,7	4,3	20,3	8,3	19,8	22,0		
Aug.	926,1	267,8	634,0	146,2	487,8	4,3	483,4	4,1	20,1	8,3	19,8	23,9		
Veränderungen *)														
2005	+ 46,7	+ 31,0	+ 16,4	- 1,5	+ 18,0	+ 0,7	+ 17,3	+ 0,1	- 0,8	+ 1,0	+ 0,3	+ 2,4		
2006	+ 63,5	+ 22,2	+ 42,5	+ 13,4	+ 29,1	+ 0,7	+ 28,4	- 0,5	- 0,8	- 0,1	+ 0,6	- 2,2		
2006 Sept.	+ 8,7	+ 2,4	+ 6,2	+ 5,5	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,6	- 0,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,4	+ 2,0		
Okt.	- 1,8	- 4,1	+ 2,5	+ 1,7	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,6	- 0,1	- 0,1	+ 0,5	- 0,0	- 2,5		
Nov.	+ 6,1	+ 13,4	- 7,0	- 7,6	+ 0,6	- 0,0	+ 0,6	- 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	- 3,8		
Dez.	+ 5,7	+ 2,5	+ 3,4	- 0,4	+ 3,7	- 0,0	+ 3,7	- 0,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 9,4		
2007 Jan.	+ 16,5	+ 7,4	+ 9,1	+ 5,6	+ 3,5	+ 0,2	+ 3,3	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 8,6		
Febr.	+ 0,1	- 6,0	+ 6,2	+ 3,6	+ 2,6	+ 0,1	+ 2,5	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 3,3		
März	+ 2,1	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,9	- 0,4	+ 0,3	- 0,6	- 0,0	+ 0,2	+ 0,0	- 0,0	+ 1,2		
April	+ 12,4	+ 4,3	+ 8,1	+ 4,8	+ 3,2	+ 0,1	+ 3,1	- 0,0	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,0		
Mai	- 2,8	+ 0,1	- 2,8	- 4,4	+ 1,6	+ 0,1	+ 1,5	- 0,1	- 0,2	- 0,6	- 0,1	- 2,2		
Juni	+ 8,3	+ 4,6	+ 3,7	- 0,0	+ 3,8	+ 0,2	+ 3,6	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,5		
Juli	+ 5,8	+ 5,5	+ 0,6	- 1,1	+ 1,6	+ 0,2	+ 1,5	- 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 2,0		
Aug.	+ 6,7	- 6,1	+ 13,2	+ 12,4	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,8	- 0,2	- 0,2	+ 0,0	- 0,0	+ 2,0		

merkt. — 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu

Tab. IV.12. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen						Termineinlagen 1) 2)					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen					insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen						inländische Organisationen ohne Erwerbszweck				
			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2004	1 334,2	428,1	414,8	71,7	283,5	59,6	13,2	235,3	216,9	25,7	175,1	16,2	
2005	1 363,1	462,8	448,1	79,7	305,1	63,2	14,8	234,9	217,0	23,7	179,0	14,2	
2006	1 385,3	464,9	450,3	81,7	307,4	61,1	14,6	264,7	245,7	30,1	198,6	16,9	
2007 März	1 392,6	465,8	449,9	79,9	308,7	61,3	16,0	274,5	254,9	31,2	205,3	18,5	
April	1 394,2	468,7	453,0	82,0	309,4	61,6	15,7	275,9	256,1	31,1	206,3	18,7	
Mai	1 397,7	471,8	455,5	81,8	311,2	62,5	16,3	279,0	258,7	32,0	207,6	19,1	
Juni	1 406,5	478,7	462,5	81,6	317,4	63,6	16,1	282,6	261,7	32,5	209,6	19,7	
Juli	1 403,4	475,3	459,7	82,5	313,8	63,4	15,6	285,6	265,0	33,2	211,6	20,1	
Aug.	1 412,4	478,6	463,2	84,7	314,6	64,0	15,4	292,8	271,1	34,9	215,2	20,9	
Veränderungen *)													
2005	+ 30,1	+ 35,8	+ 34,2	+ 8,0	+ 21,5	+ 4,7	+ 1,6	- 0,2	+ 0,3	- 2,0	+ 4,1	- 1,8	
2006	+ 23,8	+ 2,1	+ 2,2	+ 1,9	- 0,9	+ 1,2	- 0,2	+ 29,8	+ 28,7	+ 5,8	+ 19,9	+ 3,0	
2007 März	+ 5,3	+ 1,2	+ 1,5	- 1,2	+ 2,4	+ 0,3	- 0,2	+ 4,4	+ 3,9	+ 0,4	+ 2,8	+ 0,7	
April	+ 1,6	+ 2,9	+ 3,1	+ 2,0	+ 0,8	+ 0,4	- 0,2	+ 1,4	+ 1,2	- 0,0	+ 1,0	+ 0,2	
Mai	+ 3,4	+ 3,1	+ 2,5	- 0,1	+ 1,8	+ 0,9	+ 0,5	+ 3,1	+ 2,6	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,4	
Juni	+ 8,8	+ 6,9	+ 7,0	- 0,2	+ 6,2	+ 1,1	- 0,1	+ 3,6	+ 3,0	+ 0,5	+ 2,0	+ 0,6	
Juli	- 3,1	- 3,4	- 2,8	+ 1,0	- 3,6	- 0,2	- 0,6	+ 3,0	+ 3,2	+ 0,7	+ 2,1	+ 0,4	
Aug.	+ 8,7	+ 3,3	+ 3,5	+ 2,2	+ 0,8	+ 0,6	- 0,2	+ 7,1	+ 6,0	+ 1,7	+ 3,5	+ 0,8	

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite														
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder							
		zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen			Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen			Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr						bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2004	103,6	41,4	0,8	5,8	34,8	0,0	12,9	15,1	2,7	2,2	10,2	0,1	21,5		
2005	103,7	38,8	1,3	7,9	29,6	0,0	12,9	16,3	3,9	2,5	9,9	0,1	19,1		
2006	134,4	41,9	2,1	6,2	33,6	0,0	9,5	18,0	5,4	2,5	10,0	0,1	18,5		
2007 März	131,0	42,2	1,6	6,7	33,8	0,0	9,1	19,4	4,9	4,6	9,8	0,1	19,6		
April	133,3	43,2	1,6	7,5	34,0	0,0	9,1	20,7	5,9	5,0	9,8	0,1	19,5		
Mai	143,8	46,9	1,6	11,2	34,1	0,0	9,1	20,0	4,8	5,3	9,8	0,1	19,4		
Juni	145,0	46,6	3,4	8,9	34,2	0,0	9,1	22,6	5,1	7,6	9,7	0,1	19,3		
Juli	142,1	41,8	2,4	4,5	34,8	0,0	8,3	24,0	6,3	7,9	9,7	0,1	19,2		
Aug.	145,1	41,1	1,6	4,7	34,8	0,0	8,3	24,7	4,2	10,6	9,7	0,1	19,1		
Veränderungen *)															
2005	- 0,2	- 3,0	+ 0,1	+ 2,1	- 5,2	- 0,0	+ 0,0	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,3	- 0,3	+ 0,0	- 2,4		
2006	+ 30,7	+ 3,1	+ 0,8	- 1,7	+ 4,0	- 0,0	- 3,4	+ 1,7	+ 1,6	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,6		
2007 März	- 0,1	+ 0,4	- 0,1	+ 0,9	- 0,4	+ 0,0	- 0,0	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,7	- 0,1	- 0,0	- 0,2		
April	+ 2,2	+ 1,0	- 0,0	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,3	- 0,0	+ 0,0	- 0,1		
Mai	+ 10,5	+ 3,7	- 0,1	+ 3,7	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,8	- 1,1	+ 0,3	+ 0,0	- 0,0	- 0,1		
Juni	+ 1,2	- 0,3	+ 1,9	- 2,3	+ 0,1	-	+ 0,0	+ 2,6	+ 0,3	+ 2,3	- 0,1	+ 0,0	- 0,1		
Juli	- 3,4	- 5,3	- 1,0	- 4,4	+ 0,1	- 0,0	- 0,3	+ 1,5	+ 1,2	+ 0,3	- 0,0	+ 0,0	- 0,1		
Aug.	+ 3,0	- 0,7	- 0,9	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,6	- 2,1	+ 2,7	+ 0,0	+ 0,0	- 0,2		

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffent-

lichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch

IV. Banken

nach Befristung					Spareinlagen 3)			Nachrichtlich:					Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)		insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe 4)	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) 5)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos			
		zusammen	darunter:										
		bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre										
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
18,4	94,3	141,0	5,5	135,6	595,7	586,3	9,5	75,1	0,3	12,8	-	2004	
17,9	90,8	144,1	5,3	138,8	596,0	586,4	9,6	69,3	0,5	11,3	-	2005	
19,1	115,6	149,2	6,4	142,7	580,0	571,1	8,9	75,7	0,5	9,5	-	2006	
19,6	124,7	149,8	7,0	142,7	571,9	563,3	8,6	80,4	0,5	9,3	-	2007 März	
19,8	126,2	149,6	7,2	142,4	568,1	559,7	8,4	81,5	0,5	9,2	-	April	
20,3	129,5	149,5	7,4	142,0	563,8	555,4	8,4	83,1	0,5	9,2	-	Mai	
20,9	133,1	149,5	7,8	141,7	560,5	552,2	8,3	84,8	0,5	9,1	-	Juni	
20,7	136,3	149,3	8,2	141,1	555,6	547,4	8,1	86,9	0,5	9,0	-	Juli	
21,7	143,4	149,4	8,6	140,8	552,1	544,0	8,0	88,9	0,5	9,0	-	Aug.	
Veränderungen *)													
- 0,5	- 3,7	+ 3,5	+ 0,2	+ 3,3	- 1,0	- 1,1	+ 0,1	- 4,5	+ 0,2	- 0,3	-	2005	
+ 1,1	+ 24,7	+ 5,1	+ 1,1	+ 4,0	- 16,0	- 15,3	- 0,7	+ 7,9	+ 0,0	- 0,3	-	2006	
+ 0,5	+ 3,8	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,3	- 1,8	- 1,7	- 0,1	+ 1,4	- 0,0	- 0,1	-	2007 März	
+ 0,2	+ 1,5	- 0,2	+ 0,2	- 0,3	- 3,8	- 3,6	- 0,2	+ 1,2	- 0,0	- 0,1	-	April	
+ 0,6	+ 3,3	- 0,2	+ 0,2	- 0,4	- 4,3	- 4,3	- 0,0	+ 1,5	+ 0,0	- 0,0	-	Mai	
+ 0,5	+ 3,5	+ 0,1	+ 0,4	- 0,3	- 3,3	- 3,2	- 0,1	+ 1,7	-	- 0,1	-	Juni	
- 0,2	+ 3,3	- 0,2	+ 0,4	- 0,6	- 4,9	- 4,8	- 0,1	+ 2,1	-	- 0,1	-	Juli	
+ 1,1	+ 7,0	+ 0,0	+ 0,4	- 0,4	- 3,5	- 3,4	- 0,1	+ 1,8	- 0,0	- 0,0	-	Aug.	

Namenschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. Verbindlich-

keiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 5 In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)					Sozialversicherung							Zeit
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen 3)		Spareinlagen und Sparbriefe 2) 4)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
25,7	10,5	9,6	2,3	3,3	0,3	21,4	2,9	12,9	4,8	0,8	0,0	2004
28,0	11,8	10,4	2,6	3,2	0,3	20,7	4,1	11,0	4,9	0,7	0,0	2005
30,5	11,5	12,7	3,4	3,0	0,3	44,0	7,8	29,7	6,0	0,6	0,0	2006
29,5	9,8	13,2	3,6	2,9	0,3	39,9	6,5	26,8	6,1	0,6	0,0	2007 März
29,6	10,1	13,0	3,5	2,9	0,3	39,8	6,0	27,1	6,1	0,6	0,0	April
33,7	11,2	16,1	3,6	2,8	0,3	43,2	7,8	28,7	6,2	0,5	0,0	Mai
32,5	10,7	15,6	3,6	2,8	0,3	43,3	6,2	29,5	7,2	0,4	0,0	Juni
32,3	10,3	15,9	3,5	2,7	0,3	43,9	7,0	29,3	7,2	0,4	0,0	Juli
36,1	11,4	18,5	3,5	2,7	0,3	43,2	5,9	29,7	7,3	0,4	0,0	Aug.
Veränderungen *)												
+ 2,3	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,3	- 0,1	+ 0,0	- 0,7	+ 1,3	- 1,9	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	2005
+ 2,5	- 0,3	+ 2,3	+ 0,7	- 0,2	- 0,0	+ 23,3	+ 3,6	+ 18,7	+ 1,1	- 0,1	- 0,0	2006
- 0,4	- 0,5	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,7	- 0,7	+ 0,2	- 0,1	- 0,0	- 0,0	2007 März
+ 0,1	+ 0,3	- 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,4	+ 0,3	+ 0,0	- 0,0	-	April
+ 4,2	+ 1,1	+ 3,1	+ 0,0	- 0,0	-	+ 3,5	+ 1,8	+ 1,7	+ 0,1	- 0,1	-	Mai
- 1,2	- 0,6	- 0,5	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 1,6	+ 0,8	+ 1,0	- 0,1	-	Juni
- 0,2	- 0,4	+ 0,3	- 0,0	- 0,1	-	+ 0,6	+ 0,7	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	-	Juli
+ 3,7	+ 1,1	+ 2,6	+ 0,0	- 0,0	-	+ 0,6	- 1,1	+ 0,4	+ 0,0	- 0,0	-	Aug.

nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds

„Deutsche Einheit“, Lastenausgleichsfonds. — 2 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 3 Einschl. Bauspareinlagen. — 4 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Spareinlagen 1)								Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spar- einlagen	Sparbriefe 3), abgegeben an			
	von Inländern				von Ausländern					Nicht- banken ins- gesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nicht- banken
	ins- gesamt	zu- sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist	darunter Sonder- spar- formen 2)	mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten	darunter Sonder- spar- formen 2)	zu- sammen	darunter mit drei- monatiger Kündi- gungs- frist			zu- sammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2004	613,0	603,5	515,5	397,9	88,0	76,7	9,6	7,7	14,2	105,8	98,4	85,2	7,4
2005	611,9	603,4	519,2	404,2	84,2	74,4	8,5	6,8	13,3	99,3	91,9	77,5	7,4
2006	594,9	586,5	487,4	384,4	99,1	89,8	8,3	6,4	13,2	107,6	97,5	70,5	10,0
2007 April	583,0	574,6	470,0	371,6	104,6	96,3	8,4	6,3	0,3	113,6	103,7	67,9	10,0
Mai	578,5	570,1	465,8	369,7	104,4	96,1	8,3	6,3	0,3	115,6	105,0	67,2	10,6
Juni	575,0	566,7	461,7	366,2	105,0	96,8	8,3	6,2	0,3	117,3	106,6	66,8	10,7
Juli	569,8	561,6	456,0	362,3	105,6	97,5	8,3	6,2	0,4	120,3	108,7	66,4	11,6
Aug.	566,1	557,8	452,1	359,9	105,8	97,9	8,2	6,1	0,4	122,3	110,5	66,2	11,8
Veränderungen *)													
2005	- 2,2	- 1,2	+ 2,9	+ 6,5	- 4,0	- 2,6	- 1,1	- 0,8	.	- 5,3	- 5,4	- 6,5	+ 0,0
2006	- 17,0	- 16,8	- 31,7	- 20,4	+ 14,9	+ 15,5	- 0,2	- 0,4	.	+ 7,3	+ 7,2	- 5,5	+ 0,1
2007 April	- 3,9	- 3,9	- 4,1	- 1,7	+ 0,2	+ 0,3	- 0,0	- 0,0	.	+ 1,2	+ 1,2	- 0,7	- 0,0
Mai	- 4,5	- 4,5	- 4,2	- 1,9	- 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,1	.	+ 2,0	+ 1,4	- 0,6	+ 0,6
Juni	- 3,5	- 3,5	- 4,1	- 3,5	+ 0,6	+ 0,7	- 0,0	- 0,0	.	+ 1,7	+ 1,6	- 0,4	+ 0,1
Juli	- 5,1	- 5,1	- 5,7	- 3,8	+ 0,6	+ 0,7	- 0,0	- 0,1	.	+ 3,0	+ 2,0	- 0,4	+ 1,0
Aug.	- 3,7	- 3,7	- 3,9	- 2,5	+ 0,2	+ 0,4	- 0,0	- 0,1	.	+ 1,8	+ 1,6	- 0,4	+ 0,1

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Ohne Bauspareinlagen, die den Termineinlagen zugeordnet werden. — 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. — 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere								Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 5)			Nachrangig begebene		
	ins- gesamt	darunter:				mit Laufzeit:			ins- gesamt	darunter mit Laufzeit:		börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	nicht börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	
		variabel verzins- liche Anlei- hen 1)	Null- Kupon- Anlei- hen 1) 2)	Fremd- wäh- rungs- anlei- hen 3) 4)	Certi- ficates of Deposit	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr bis 2 Jahre einschl.			über 2 Jahre
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2004	1 550,0	382,6	22,9	214,6	36,5	62,1	94,2	1 393,7	2,4	0,5	0,5	1,5	43,3	3,7
2005	1 608,7	400,7	25,3	274,5	32,0	61,8	94,8	1 452,1	1,5	0,2	0,5	0,8	45,8	2,5
2006	1 636,2	392,5	41,1	301,5	30,9	68,3	118,3	1 449,5	1,8	0,2	0,8	0,7	51,4	1,2
2007 April	1 668,3	385,8	47,5	307,9	37,6	80,1	140,2	1 448,0	1,8	0,1	1,0	0,7	52,0	1,3
Mai	1 680,8	384,0	49,2	315,9	38,6	81,3	143,3	1 456,2	1,7	0,1	1,0	0,6	52,0	1,3
Juni	1 684,0	380,9	49,6	319,8	39,8	85,3	142,8	1 455,8	1,8	0,1	1,0	0,6	52,7	1,3
Juli	1 689,2	378,7	50,2	318,5	41,7	88,9	148,2	1 452,1	1,7	0,1	1,0	0,6	53,3	1,3
Aug.	1 680,7	376,1	51,5	315,6	43,0	89,2	147,9	1 443,6	1,9	0,1	1,0	0,8	53,2	1,3
Veränderungen *)														
2005	+ 56,1	+ 16,2	+ 3,4	+ 59,8	- 5,6	- 0,3	- 5,8	+ 62,1	- 0,6	- 0,3	+ 0,1	- 0,4	+ 2,6	+ 0,0
2006	+ 21,6	- 27,3	+ 8,2	+ 25,4	- 2,3	+ 6,0	+ 22,9	- 7,4	+ 0,2	- 0,0	+ 0,3	- 0,0	+ 4,0	+ 0,2
2007 April	+ 1,2	- 1,5	+ 0,4	- 1,9	- 0,1	- 0,4	+ 3,2	- 1,6	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	+ 0,1
Mai	+ 12,5	- 1,7	+ 1,8	+ 8,0	+ 1,0	+ 1,2	+ 3,1	+ 8,2	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0
Juni	+ 3,2	- 3,1	+ 0,3	+ 3,9	+ 1,2	+ 4,0	- 0,4	- 0,3	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,7	- 0,0
Juli	+ 4,3	- 2,7	+ 0,7	- 1,3	+ 1,9	+ 3,6	+ 4,5	- 3,8	- 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,5	- 0,0
Aug.	- 8,8	- 2,7	+ 1,1	- 2,9	+ 1,3	+ 0,3	+ 1,6	- 10,7	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	-

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. — 2 Emissionswert bei Auflegung. — 3 Einschl. auf Fremdwährung lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. — 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. — 5 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet s. a. Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *)
Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monats- ende	Anzahl der Insti- tute	Bilanz- summe	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaber- schuld- ver- schrei- bungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rückla- gen) 7)	Nach- richtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abge- schlos- sene Ver- träge 8)
			Gut- haben und Dar- lehen (ohne Baudar- lehen) 1)	Baudar- lehen 2)	Bank- schuld- ver- schrei- bun- gen 3)	Baudarlehen			Wert- papiere (einschl. Schatz- wechsel und U-Schät- ze) 4)	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder 6)			
						Bauspar- darlehen	Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite	sonstige Baudar- lehen								
Alle Bausparkassen																
2006	26	193,9	41,5	0,0	14,4	27,4	66,7	11,7	14,2	0,4	28,6	123,8	5,2	3,7	7,4	95,2
2007 Juni	26	193,9	43,2	0,0	12,7	27,2	67,2	12,1	14,7	0,3	25,8	123,2	5,2	6,9	7,3	7,3
Juli	26	190,6	41,0	0,0	12,4	27,4	67,3	12,2	14,0	0,3	23,5	122,6	5,2	6,9	7,3	7,5
Aug.	25	190,4	41,8	0,0	12,4	27,4	67,4	12,3	12,9	0,3	23,7	122,2	5,2	6,8	7,3	7,3
Private Bausparkassen																
2007 Juni	15	141,8	29,8	0,0	7,6	17,3	50,6	11,2	9,3	0,2	20,5	82,5	4,9	6,9	4,7	4,6
Juli	15	138,8	27,6	0,0	7,4	17,3	50,9	11,3	8,7	0,2	18,3	82,0	5,0	6,9	4,7	4,7
Aug.	15	138,7	28,2	0,0	7,3	17,4	51,1	11,3	7,8	0,2	18,6	81,8	5,0	6,8	4,7	4,6
Öffentliche Bausparkassen																
2007 Juni	11	52,1	13,4	0,0	5,1	9,9	16,6	0,9	5,4	0,1	5,3	40,7	0,2	-	2,6	2,8
Juli	11	51,9	13,4	0,0	5,1	10,0	16,4	0,9	5,3	0,1	5,2	40,6	0,2	-	2,6	2,8
Aug.	10	51,7	13,6	0,0	5,0	10,0	16,3	0,9	5,0	0,1	5,1	40,5	0,2	-	2,6	2,8

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehen- de Auszahlungs- verpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspar- darlehen 10)		Nach- richtlich: Einge- gangene Wohn- ungs- bau- prä- mien 12)	
	eingezahlte Bauspar- beträge 9)	Zinsgut- schriften auf Bauspar- einlagen	Rückzah- lungen von Bauspar- einlagen aus nicht zuge- teilten Ver- trägen	ins- gesamt	darunter Netto- Zutei- lungen 11)	ins- gesamt	Zuteilungen		neu ge- währte Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite und sonstige Bau- darlehen	ins- gesamt	dar- unter aus Zutei- lungen	ins- gesamt	darunter Tilg- ungen im Quartal			
							Bauspereinlagen	Bauspardarlehen 9)								
Alle Bausparkassen																
2006	25,1	3,7	6,5	42,4	29,8	38,6	18,5	4,1	6,8	3,4	13,3	10,4	7,5	11,4	9,5	0,5
2007 Juni	1,9	0,1	0,5	4,0	2,8	3,5	1,7	0,3	0,7	0,3	1,1	10,7	7,6	0,8	2,0	0,0
Juli	1,9	0,1	0,6	4,5	3,3	4,4	2,0	0,4	0,9	0,4	1,5	10,7	7,7	0,9	0,0	0,0
Aug.	1,9	0,1	0,6	3,6	2,7	3,5	1,7	0,3	0,7	0,3	1,1	10,5	7,6	0,8	0,0	0,0
Private Bausparkassen																
2007 Juni	1,2	0,1	0,3	2,8	1,8	2,6	1,2	0,2	0,4	0,2	0,9	6,4	3,8	0,5	1,3	0,0
Juli	1,2	0,0	0,3	3,1	2,1	3,2	1,4	0,3	0,5	0,2	1,3	6,4	3,8	0,6	0,0	0,0
Aug.	1,2	0,0	0,3	2,6	1,8	2,6	1,2	0,3	0,5	0,2	0,9	6,3	3,8	0,6	0,0	0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2007 Juni	0,7	0,0	0,2	1,2	1,0	1,0	0,5	0,1	0,2	0,1	0,2	4,3	3,9	0,3	0,7	0,0
Juli	0,7	0,0	0,3	1,4	1,2	1,2	0,6	0,2	0,4	0,2	0,2	4,3	3,8	0,3	0,0	0,0
Aug.	0,7	0,0	0,2	1,1	0,9	0,9	0,5	0,1	0,2	0,1	0,2	4,2	3,8	0,3	0,0	0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. Postgiroguthaben, Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. — 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. — 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. — 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. — 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. — 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. — 7 Einschl.

Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine Bankrisiken. — 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. — 9 Auszahlungen von Bauspereinlagen aus zugeteilten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. — 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. — 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. — 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Bilanz- summe	Kredite an Banken (MFIs)					Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktiv- posi- tionen	
	deut- schen Banken (MFIs) mit Auslands- filialen bzw. Auslands- töchtern	Auslands- filialen 1) bzw. Auslands- töchter		ins- gesamt	Guthaben und Buchkredite			Geld- markt- papiere, Wertpa- pierre 2) 3)	ins- gesamt	Buchkredite			Geld- markt- papiere, Wertpa- pierre 2)		
					zu- sammen	deutsche Banken	auslän- dische Banken			zu- sammen	an deutsche Nichtbanken	darunter Unter- nehmen und Privat- personen			an auslän- dische Nicht- banken
Auslandsfilialen															
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2003	55	202	1 294,1	599,0	522,9	185,6	337,3	76,1	632,7	438,0	19,0	16,8	419,0	194,7	62,5
2004	52	203	1 452,7	681,0	595,7	170,2	425,6	85,2	671,0	477,3	17,1	15,8	460,2	193,7	100,7
2005	54	211	1 626,5	713,1	640,8	180,1	460,7	72,3	805,8	587,7	22,0	21,5	565,7	218,1	107,6
2006 Okt.	53	212	1 748,1	715,8	645,6	196,6	449,1	70,2	917,5	695,4	21,3	20,6	674,0	222,1	114,8
Nov.	53	213	1 766,3	712,9	641,3	196,1	445,1	71,6	918,4	696,2	19,7	19,0	676,4	222,2	135,1
Dez.	53	213	1 743,7	711,6	635,5	194,1	441,4	76,1	897,7	671,8	18,5	17,9	653,3	226,0	134,3
2007 Jan.	53	214	1 876,7	758,9	679,9	208,4	471,5	79,0	970,4	749,8	19,2	18,4	730,6	220,6	147,4
Febr.	53	214	1 917,0	757,3	677,1	208,1	469,0	80,2	1 018,4	786,9	22,5	21,7	764,4	231,4	141,4
März	53	215	1 910,2	739,8	661,9	225,4	436,5	77,9	1 040,2	814,0	23,0	22,2	791,0	226,2	130,2
April	53	214	1 902,2	736,1	658,6	225,9	432,7	77,5	1 024,4	798,6	25,0	24,3	773,6	225,8	141,6
Mai	53	215	1 962,5	763,0	684,6	232,9	451,8	78,3	1 057,5	822,4	26,8	26,0	795,6	235,1	142,1
Juni	53	216	2 037,9	801,8	714,6	224,6	490,0	87,2	1 076,4	837,3	26,1	25,3	811,2	239,1	159,7
Juli	52	216	2 091,4	806,6	724,4	221,4	503,0	82,2	1 133,0	880,6	24,2	23,2	856,4	252,4	151,7
Veränderungen *)															
2004	- 3	+ 1	+207,5	+100,7	+ 90,1	- 15,4	+105,5	+ 10,6	+ 64,2	+ 57,8	- 1,9	- 1,0	+ 59,7	+ 6,4	+ 42,7
2005	+ 2	+ 8	+ 74,0	- 4,9	+ 10,6	+ 10,0	+ 0,6	- 15,5	+ 80,1	+ 70,1	+ 4,9	+ 5,7	+ 65,2	+ 10,0	- 1,1
2006 Okt.	-	+ 1	+ 28,5	+ 12,7	+ 10,5	- 8,8	+ 19,3	+ 2,1	+ 5,2	- 2,4	+ 1,4	+ 1,5	- 3,8	+ 7,6	+ 10,7
Nov.	-	+ 1	+ 49,1	+ 7,3	+ 5,3	- 0,4	+ 5,7	+ 2,1	+ 20,1	+ 15,6	- 1,6	- 1,6	+ 17,2	+ 4,6	+ 21,6
Dez.	-	-	- 22,6	- 1,1	- 5,7	- 2,0	- 3,6	+ 4,5	- 20,9	- 24,6	- 1,2	- 1,1	- 23,4	+ 3,7	- 0,6
2007 Jan.	-	+ 1	+119,1	+ 42,7	+ 40,2	+ 14,3	+ 25,9	+ 2,5	+ 64,1	+ 71,4	+ 0,7	+ 0,5	+ 70,7	- 7,4	+ 12,2
Febr.	-	-	+ 57,7	+ 4,0	+ 2,4	- 0,3	+ 2,7	+ 1,6	+ 58,8	+ 45,8	+ 3,3	+ 3,3	+ 42,5	+ 13,0	- 5,2
März	-	+ 1	+ 2,3	- 14,8	- 12,7	+ 17,3	- 30,0	- 2,1	+ 27,2	+ 31,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 30,9	- 4,2	- 10,1
April	-	- 1	+ 11,3	+ 2,4	+ 2,3	+ 0,5	+ 1,9	+ 0,0	- 3,4	- 5,7	+ 2,0	+ 2,0	- 7,8	+ 2,3	+ 12,3
Mai	-	+ 1	+ 51,1	+ 23,8	+ 23,2	+ 7,0	+ 16,2	+ 0,6	+ 27,2	+ 19,1	+ 1,8	+ 1,7	+ 17,3	+ 8,1	+ 0,1
Juni	-	+ 1	+ 77,9	+ 39,7	+ 30,8	- 8,2	+ 39,0	+ 8,9	+ 20,5	+ 16,0	- 0,7	- 0,6	+ 16,7	+ 4,5	+ 17,8
Juli	- 1	-	+ 63,6	+ 5,5	+ 10,3	- 3,2	+ 13,5	- 4,8	+ 65,8	+ 51,1	- 2,0	- 2,1	+ 53,1	+ 14,7	- 7,7
Auslandstöchter															
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2003	46	179	645,8	307,2	246,4	127,3	119,1	60,7	277,0	213,8	41,5	37,9	172,3	63,3	61,6
2004	45	170	647,7	304,4	236,1	117,1	119,0	68,3	282,1	211,9	38,6	35,0	173,3	70,2	61,2
2005	43	153	713,6	320,9	249,4	119,9	129,6	71,4	324,6	224,0	39,0	35,8	185,0	100,6	68,1
2006 Okt.	42	147	765,2	337,9	259,8	117,1	142,7	78,1	360,3	229,4	46,5	44,2	182,9	130,9	67,0
Nov.	42	145	757,4	341,0	262,9	118,6	144,4	78,1	347,7	219,1	46,4	44,7	172,7	128,6	68,7
Dez.	40	142	761,2	341,9	262,8	124,1	138,7	79,1	347,3	218,7	38,0	36,4	180,7	128,6	72,1
2007 Jan.	40	113	603,6	298,9	224,9	122,7	102,2	74,0	248,9	134,1	36,2	34,1	97,9	114,8	55,8
Febr.	40	113	597,2	292,1	218,9	115,6	103,3	73,2	248,0	133,2	35,5	34,1	97,7	114,8	57,1
März	40	113	603,5	299,1	224,8	118,9	105,8	74,3	247,9	133,1	34,9	33,6	98,2	114,7	56,6
April	40	112	602,3	295,8	221,3	115,0	106,3	74,5	250,7	136,5	35,1	33,7	101,4	114,3	55,8
Mai	40	112	613,6	299,0	222,3	112,2	110,1	76,6	255,0	138,2	36,5	35,1	101,7	116,8	59,6
Juni	40	112	608,2	286,4	210,5	106,1	104,4	75,9	261,9	141,6	36,3	35,0	105,2	120,3	59,9
Juli	40	109	599,3	280,8	208,2	103,7	104,5	72,6	259,7	143,6	36,2	34,8	107,4	116,1	58,7
Veränderungen *)															
2004	- 1	- 9	+ 9,3	+ 0,8	- 8,1	- 10,2	+ 2,0	+ 9,0	+ 8,3	+ 1,3	- 2,9	- 2,8	+ 4,2	+ 7,0	+ 0,1
2005	- 2	- 17	+ 49,9	+ 7,0	+ 7,6	+ 2,7	+ 4,9	- 0,6	+ 36,8	+ 6,5	+ 0,4	+ 0,7	+ 6,1	+ 30,3	+ 6,1
2006 Okt.	-	- 1	- 9,0	+ 0,4	+ 1,1	- 2,1	+ 3,1	- 0,7	- 6,5	- 8,6	- 0,2	- 0,1	- 8,4	+ 2,1	- 2,8
Nov.	-	- 2	- 2,5	+ 6,8	+ 4,9	+ 1,4	+ 3,5	+ 1,9	- 11,1	- 9,0	- 0,1	+ 0,5	- 8,9	- 2,1	+ 1,7
Dez.	- 2	- 3	+ 4,0	+ 0,9	- 0,1	+ 5,6	- 5,7	+ 1,0	- 0,3	- 0,3	- 8,4	- 8,3	+ 8,1	- 0,1	+ 3,4
2007 Jan.	-	- 29	-159,7	- 44,5	- 38,7	- 1,5	- 37,3	- 5,8	- 98,9	- 85,0	- 1,8	- 2,3	- 83,2	- 13,8	- 16,3
Febr.	-	-	- 3,9	- 5,0	- 5,0	- 7,1	+ 2,1	+ 0,0	- 0,2	- 0,3	- 0,7	- 0,0	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,3
März	-	-	+ 7,6	+ 7,8	+ 6,3	+ 3,3	+ 3,0	+ 1,5	+ 0,2	+ 0,3	- 0,5	- 0,5	+ 0,8	- 0,0	- 0,5
April	-	- 1	+ 1,5	- 1,5	- 2,7	- 3,9	+ 1,3	+ 1,2	+ 3,6	+ 4,0	+ 0,2	+ 0,1	+ 3,9	- 0,4	- 0,7
Mai	-	-	+ 9,9	+ 2,3	+ 0,7	- 2,8	+ 3,4	+ 1,6	+ 3,9	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,0	+ 2,5	+ 3,7
Juni	-	-	- 5,1	- 12,4	- 11,8	- 6,1	- 5,7	- 0,6	+ 7,0	+ 3,4	- 0,2	- 0,1	+ 3,6	+ 3,6	+ 0,4
Juli	-	- 3	- 7,3	- 4,5	- 1,8	- 2,5	+ 0,6	- 2,6	- 1,7	+ 2,4	- 0,1	- 0,1	+ 2,5	- 4,1	- 1,1

* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandsstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslandsstöchern grundsätzlich nicht in den Verände-

rungerwerten ausgeschaltet). Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland zählen

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite											Geldmarkt-papiere und Schuld-verschrei-bungen im Umlauf 5)	Betriebs-kapital bzw. Eigen-kapital	Sonstige Passiv-positio-nen 6)	Zeit
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)						auslän-dische Nicht-banken				
	zu-sammen	deutsche Banken	aus-ländische Banken	ins-gesamt	deutsche Nichtbanken 4)									
					zu-sammen	kurzfristig	mittel- und langfristig							
					zu-sammen	darunter Unter-nehmen und Privat-personen	zu-sammen	darunter Unter-nehmen und Privat-personen						
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											Auslandsfilialen			
1 076,8	727,6	267,1	460,5	349,2	66,2	60,6	56,8	5,7	5,4	283,0	139,4	30,5	47,4	2003
1 226,9	798,4	295,2	503,2	428,4	61,8	55,7	52,4	6,1	5,8	366,6	139,9	21,7	64,3	2004
1 362,8	912,4	373,6	538,9	450,4	63,9	59,0	55,3	4,9	4,6	386,5	171,9	20,9	70,8	2005
1 446,6	966,0	378,8	587,2	480,6	61,3	53,6	50,7	7,7	7,1	419,3	185,5	28,0	88,0	2006 Okt.
1 457,1	968,0	384,2	583,8	489,1	58,5	51,0	48,5	7,5	6,8	430,6	183,8	28,2	97,2	Nov.
1 442,7	984,9	398,5	586,4	457,8	53,8	49,3	46,2	4,6	4,1	403,9	181,5	27,8	91,7	Dez.
1 542,1	1 003,5	399,1	604,4	538,6	61,6	56,8	53,2	4,8	4,2	477,0	191,5	27,9	115,2	2007 Jan.
1 588,9	1 011,3	398,7	612,6	577,6	60,9	56,0	52,5	4,9	4,2	516,7	204,0	27,6	96,6	Febr.
1 592,4	1 014,8	406,6	608,2	577,5	60,6	55,8	52,2	4,8	4,2	517,0	201,0	28,0	88,9	März
1 565,0	996,5	382,1	614,4	568,5	58,0	53,2	50,1	4,8	4,2	510,5	210,0	28,9	98,2	April
1 611,6	1 012,2	386,5	625,7	599,4	59,0	54,1	50,2	4,8	4,2	540,4	217,9	29,8	103,3	Mai
1 677,2	1 076,6	442,8	633,8	600,6	59,0	54,6	50,2	4,5	3,8	541,5	214,8	29,7	116,2	Juni
1 725,9	1 097,9	438,6	659,3	628,0	58,1	53,6	51,3	4,5	4,0	569,9	219,8	29,7	115,9	Juli
Veränderungen *)											Auslandstöchter			
+ 186,4	+ 93,2	+ 28,1	+ 65,1	+ 93,3	- 4,4	- 4,8	- 4,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 97,7	+ 0,4	- 8,7	+ 29,4	2004
+ 59,5	+ 69,4	+ 78,4	- 8,9	- 10,0	+ 2,0	+ 3,3	+ 2,9	- 1,2	- 1,2	- 12,0	+ 32,1	- 0,8	- 16,7	2005
+ 26,6	+ 18,2	- 5,1	+ 23,3	+ 8,4	- 3,0	- 3,0	- 3,1	- 0,0	- 0,0	+ 11,4	+ 5,4	+ 0,1	+ 3,5	2006 Okt.
+ 33,2	+ 15,4	+ 5,4	+ 9,9	+ 17,8	- 2,8	- 2,5	- 2,2	- 0,3	- 0,2	+ 20,6	- 1,7	+ 0,3	+ 17,4	Nov.
- 14,6	+ 16,9	+ 14,3	+ 2,6	- 31,5	- 4,7	- 1,8	- 2,3	- 2,9	- 2,7	- 26,8	- 2,3	- 0,4	- 5,4	Dez.
+ 89,0	+ 12,2	+ 0,6	+ 11,6	+ 76,8	+ 7,7	+ 7,5	+ 7,0	+ 0,2	+ 0,1	+ 69,0	+ 10,0	+ 0,0	+ 20,0	2007 Jan.
+ 59,3	+ 15,0	- 0,4	+ 15,4	+ 44,3	- 0,7	- 0,7	- 0,6	+ 0,0	+ 0,1	+ 45,0	+ 12,5	- 0,3	- 13,8	Febr.
+ 10,0	+ 7,2	+ 8,0	- 0,8	+ 2,8	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,0	- 0,0	+ 3,2	- 3,0	+ 0,5	- 5,1	März
- 12,6	- 9,7	- 24,5	+ 14,8	- 2,9	- 2,6	- 2,5	- 2,2	- 0,0	- 0,0	- 0,4	+ 9,0	+ 0,9	+ 14,0	April
+ 39,5	+ 11,7	+ 4,4	+ 7,3	+ 27,8	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 26,9	+ 7,9	+ 0,9	+ 2,8	Mai
+ 67,8	+ 65,9	+ 56,3	+ 9,6	+ 1,9	+ 0,1	+ 0,5	- 0,0	- 0,4	- 0,4	+ 1,8	- 3,1	- 0,1	+ 13,4	Juni
+ 56,3	+ 21,1	- 4,3	+ 25,4	+ 35,2	- 0,9	- 1,0	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 36,1	+ 5,0	- 0,0	+ 2,2	Juli
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											Auslandstöchter			
467,9	283,1	99,8	183,3	184,8	29,9	25,9	24,0	4,0	3,9	155,0	68,2	41,3	68,4	2003
462,3	277,5	83,4	194,1	184,9	31,8	27,3	26,5	4,5	4,3	153,1	73,5	39,1	72,7	2004
525,4	310,6	103,3	207,3	214,8	36,0	29,1	27,1	7,0	6,8	178,8	79,7	41,0	67,5	2005
558,6	334,9	116,3	218,6	223,7	37,5	29,2	26,6	8,2	8,1	186,2	91,2	41,0	74,4	2006 Okt.
550,3	328,6	117,5	211,1	221,7	41,0	32,9	31,1	8,1	8,0	180,6	89,0	39,4	78,8	Nov.
557,3	329,4	121,5	207,9	227,9	40,8	33,0	31,6	7,8	7,7	187,1	87,9	40,0	76,0	Dez.
446,1	278,8	111,5	167,3	167,3	39,1	31,5	30,6	7,6	7,5	128,2	65,5	28,7	63,3	2007 Jan.
440,7	274,8	109,1	165,8	165,9	40,5	31,8	30,5	8,6	8,5	125,4	66,4	28,3	61,8	Febr.
447,2	277,5	110,2	167,4	169,6	41,4	32,8	31,1	8,6	8,5	128,2	66,8	28,6	60,9	März
446,9	276,6	109,5	167,2	170,3	43,3	34,9	33,0	8,5	8,3	127,0	67,0	28,0	60,3	April
457,7	282,7	106,4	176,2	175,1	43,0	34,4	32,4	8,6	8,4	132,1	66,7	28,2	61,0	Mai
453,4	280,8	114,7	166,1	172,5	41,2	32,7	30,6	8,5	8,4	131,3	66,6	28,5	59,7	Juni
445,9	278,4	111,0	167,4	167,5	37,7	30,7	29,4	7,1	7,0	129,7	66,7	27,9	58,8	Juli
Veränderungen *)											Auslandstöchter			
+ 1,4	- 0,7	- 16,4	+ 15,7	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,4	+ 2,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 5,4	- 2,2	+ 4,7	2004
+ 48,6	+ 24,2	+ 19,9	+ 4,3	+ 24,4	+ 4,2	+ 1,7	+ 0,6	+ 2,5	+ 2,5	+ 20,2	+ 6,2	+ 1,9	- 6,7	2005
- 14,9	- 11,9	+ 1,6	- 13,5	- 3,0	- 0,1	- 0,1	- 0,8	- 0,0	- 0,0	- 2,9	+ 3,0	+ 0,2	+ 2,8	2006 Okt.
- 4,2	- 3,8	+ 1,2	- 5,0	- 0,4	+ 3,6	+ 3,6	+ 4,5	- 0,1	- 0,1	- 3,9	- 2,2	- 1,6	+ 5,5	Nov.
+ 7,0	+ 0,9	+ 4,0	- 3,1	+ 6,1	- 0,2	+ 0,1	+ 0,5	- 0,3	- 0,3	+ 6,3	- 1,1	+ 0,7	- 2,6	Dez.
- 113,1	- 51,6	- 10,1	- 41,5	- 61,4	- 1,7	- 1,5	- 1,0	- 0,2	- 0,2	- 59,7	- 22,4	- 11,4	- 12,9	2007 Jan.
- 3,4	- 2,9	- 2,4	- 0,5	- 0,5	+ 1,3	+ 0,4	- 0,2	+ 1,0	+ 1,0	- 1,8	+ 0,9	- 0,4	- 1,0	Febr.
+ 7,4	+ 3,2	+ 1,1	+ 2,1	+ 4,2	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,6	- 0,0	- 0,0	+ 3,2	+ 0,4	+ 0,3	- 0,6	März
+ 2,0	+ 0,3	- 0,7	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,9	- 0,2	- 0,2	- 0,3	+ 0,2	- 0,6	- 0,0	April
+ 9,8	+ 5,4	- 3,0	+ 8,5	+ 4,3	- 0,3	- 0,4	- 0,6	+ 0,1	+ 0,1	+ 4,6	- 0,3	+ 0,1	+ 0,4	Mai
- 4,1	- 1,6	+ 8,3	- 9,9	- 2,5	- 1,8	- 1,7	- 1,8	- 0,1	- 0,1	- 0,7	- 0,0	+ 0,3	- 1,2	Juni
- 6,3	- 1,8	- 3,7	+ 1,8	- 4,4	- 3,5	- 2,0	- 1,2	- 1,5	- 1,4	- 1,0	+ 0,0	- 0,5	- 0,6	Juli

als eine Filiale. — 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. — 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. — 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und

nicht börsenfähige Schuldverschreibungen. — 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. — 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten.

V. Mindestreserven

1. Reservesätze Deutschland

% der reservspflichtigen Verbindlichkeiten

Gültig ab:	Sicht- verbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen
1995 1. August	2	2	1,5

Europäische Währungsunion

% der Reservebasis 1)

Gültig ab:	Satz
1999 1. Januar	2

1 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt).

2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998

– gemäß der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR) –

Mio DM

Durchschnitt
im Monat 1)

	Reservspflichtige Verbindlichkeiten				Reserve-Soll 2)	Ist-Reserve 3)	Überschussreserven 4)		Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls
	insgesamt	Sichtverbind- lichkeiten	befristete Verbind- lichkeiten	Spareinlagen			Betrag	in % des Reserve-Solls	
1995 Dez.	2 066 565	579 337	519 456	967 772	36 492	37 337	845	2,3	3
1996 Dez.	2 201 464	655 483	474 342	1 071 639	38 671	39 522	851	2,2	4
1997 Dez.	2 327 879	734 986	476 417	1 116 477	40 975	41 721	745	1,8	3
1998 Dez.	2 576 889	865 444	564 878	1 146 567	45 805	46 432	627	1,4	4

1 Gemäß §§ 5 bis 7 der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR). — 2 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die reservspflichtigen Verbindlichkeiten (§ 5 Abs. 1 AMR). — 3 Durchschnittliche

Guthaben der reservspflichtigen Kreditinstitute auf Girokonten bei der Deutschen Bundesbank. — 4 Ist-Reserve abzüglich Reserve-Soll.

3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion

– ab 1999 gemäß der EZB-Verordnung über Mindestreserven nach Art. 19.1 EZB/ESZB-Statut –

Erfüllungs-
periode
beginnend
im Monat 1)

	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Freibetrag 4)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages	Guthaben der Kre- ditinstitute auf Girokonten 5)	Überschuss- reserven 6)	Summe der Unterschrei- tungen des Reserve-Solls 7)
Europäische Währungsunion (Mrd €)							
2007 Febr.	9 013,6	180,3	0,5	179,8	180,6	0,8	0,0
März	9 117,3	182,3	0,5	181,8	182,6	0,8	0,0
April	9 136,2	182,7	0,5	182,2	183,2	1,0	0,0
Mai	9 291,6	185,8	0,5	185,3	186,2	0,9	0,0
Juni	9 441,8	188,8	0,5	188,3	189,6	1,2	0,0
Juli	9 588,2	191,8	0,5	191,3	192,0	0,7	0,0
Aug.	9 618,1	192,4	0,5	191,9	192,7	0,9	0,0
Sept. p) 8)	9 650,1	193,0	0,5	192,5	193,4	0,9	...
Okt. p)	193,7
Darunter: Deutschland (Mio €)							
2007 Febr.	2 137 811	42 756	199	42 557	42 757	200	2
März	2 153 768	43 075	199	42 876	43 186	309	0
April	2 163 044	43 261	199	43 062	43 538	476	7
Mai	2 196 880	43 938	199	43 739	44 124	385	2
Juni	2 225 699	44 514	198	44 316	45 009	693	2
Juli	2 240 603	44 812	198	44 614	44 879	265	1
Aug.	2 248 867	44 977	197	44 780	45 221	441	1
Sept.	2 253 006	45 060	197	44 864	45 217	353	1
Okt. p)	2 292 287	45 846	196	45 649

1 Ab März 2004 beginnt die Erfüllungsperiode am Abwicklungstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die monatliche Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. — 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). — 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. — 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Euro-

päischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreservepflicht. — 5 Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. — 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. — 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. — 8 Die Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlage- fazilität	Haupt- refinan- zierungs- geschäfte 1)	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Gültig ab	Einlage- fazilität	Haupt- refinan- zierungs- geschäfte 1)	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität
1999 1. Jan.	2,00	3,00	4,50	2002 6. Dez.	1,75	2,75	3,75
4. Jan.	2,75	3,00	3,25	2003 7. März	1,50	2,50	3,50
22. Jan.	2,00	3,00	4,50	6. Juni	1,00	2,00	3,00
9. April	1,50	2,50	3,50	2005 6. Dez.	1,25	2,25	3,25
5. Nov.	2,00	3,00	4,00	2006 8. März	1,50	2,50	3,50
2000 4. Febr.	2,25	3,25	4,25	15. Juni	1,75	2,75	3,75
17. März	2,50	3,50	4,50	9. Aug.	2,00	3,00	4,00
28. April	2,75	3,75	4,75	11. Okt.	2,25	3,25	4,25
9. Juni	3,25	4,25	5,25	13. Dez.	2,50	3,50	4,50
1. Sept.	3,50	4,50	5,50	2007 14. März	2,75	3,75	4,75
6. Okt.	3,75	4,75	5,75	13. Juni	3,00	4,00	5,00
2001 11. Mai	3,50	4,50	5,50				
31. Aug.	3,25	4,25	5,25				
18. Sept.	2,75	3,75	4,75				
9. Nov.	2,25	3,25	4,25				

% p.a.

Gültig ab	Basis- zinssatz gemäß DÜG 2)	Gültig ab	Basis- zinssatz gemäß BGB 3)
1999 1. Jan.	2,50	2002 1. Jan.	2,57
1. Mai	1,95	1. Juli	2,47
2000 1. Jan.	2,68	2003 1. Jan.	1,97
1. Mai	3,42	1. Juli	1,22
1. Sept.	4,26	2004 1. Jan.	1,14
2001 1. Sept.	3,62	1. Juli	1,13
2002 1. Jan.	2,71	2005 1. Jan.	1,21
bis		1. Juli	1,17
3. April		2006 1. Jan.	1,37
		1. Juli	1,95
		2007 1. Jan.	2,70
		1. Juli	3,19

1 Bis 21. Juni 2000 Mengentender, ab 28. Juni 2000 Zinstender zum Mindestbietungssatz. — 2 Gemäß Diskontsatz-Überleitungsgesetz (DÜG) i.V. mit der

Basiszinssatz-Bezugsgrößen-Verordnung. — 3 Gemäß § 247 BGB.

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren) *)

Gutschriftstag	Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengentender		Zinstender		Laufzeit
			Festsatz	% p.a.	Mindest- bietungssatz	marginaler Satz 1)	
Hauptrefinanzierungsgeschäfte							
2007 29. Aug.	352 724	210 000	—	4,00	4,08	4,09	7
5. Sept.	426 352	256 000	—	4,00	4,15	4,19	7
12. Sept.	406 119	269 000	—	4,00	4,14	4,17	7
19. Sept.	356 281	155 000	—	4,00	4,15	4,16	7
26. Sept.	368 995	190 000	—	4,00	4,27	4,29	7
3. Okt.	298 721	163 000	—	4,00	4,14	4,16	7
10. Okt.	322 684	218 000	—	4,00	4,12	4,16	7
17. Okt.	283 439	171 000	—	4,00	4,11	4,14	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte							
2007 24. Aug.	125 787	40 000	—	—	4,49	4,61	91
30. Aug.	119 755	50 000	—	—	4,56	4,62	91
13. Sept.	139 021	75 000	—	—	4,35	4,52	90
27. Sept.	85 353	50 000	—	—	4,50	4,63	84

Quelle: EZB. — * Erweiterung des Euro-Währungsgebiets zum 1. Januar 2007 um Slowenien. — 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel

noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden.

4. Geldmarktsätze nach Monaten

% p.a.

Zeit	Geldmarktsätze am Frankfurter Bankplatz 1)				EONIA 2)	EURIBOR 3)					
	Tagesgeld		Dreimonatsgeld			Wochengeld	Monatsgeld	Drei- monatsgeld	Sechs- monatsgeld	Neun- monatsgeld	Zwölf- monatsgeld
	Monats- durch- schnitte	Niedrigst- und Höchstsätze	Monats- durch- schnitte	Niedrigst- und Höchstsätze		Monatsdurchschnitte					
2007 März	3,69	2,80 – 3,93	3,87	3,83 – 3,92	3,69	3,78	3,84	3,89	4,00	4,06	4,11
April	3,81	3,63 – 3,89	3,96	3,89 – 4,01	3,82	3,85	3,86	3,98	4,10	4,19	4,25
Mai	3,79	3,20 – 3,86	4,05	3,99 – 4,12	3,79	3,85	3,92	4,07	4,20	4,30	4,37
Juni	3,95	3,60 – 4,19	4,13	4,09 – 4,18	3,96	4,04	4,10	4,15	4,28	4,40	4,51
Juli	4,06	3,99 – 4,10	4,20	4,15 – 4,26	4,06	4,08	4,11	4,22	4,36	4,47	4,56
Aug.	4,05	3,74 – 4,75	4,52	4,23 – 4,75	4,05	4,14	4,31	4,54	4,59	4,63	4,67
Sept.	4,03	3,35 – 4,65	4,71	4,66 – 4,79	4,03	4,22	4,43	4,74	4,75	4,73	4,72

1 Geldmarktsätze werden nicht offiziell festgesetzt oder notiert; die aus den täglichen Angaben errechneten Monatsdurchschnitte sind ungewichtet. — 2 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im In-

terbankengeschäft, der über Moneyline Telerate veröffentlicht wird. — 3 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Moneyline Telerate nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze für die Bestände und das Neugeschäft der Banken (MFIs) in der Europäischen Währungsunion *)
a) Bestände o)

Effektivzinssatz % p.a. 1)

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte		Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften		Kredite an private Haushalte					Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften			
					Wohnungsbaukredite		Konsumentenkredite und sonstige Kredite						
	mit vereinbarter Laufzeit				mit Ursprungslaufzeit								
	bis 2 Jahre	von über 2 Jahren	bis 2 Jahre	von über 2 Jahren	bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren
2007 Jan. 3)	2,99	3,06	3,45	3,91	5,05	4,38	4,72	8,53	6,83	5,95	5,30	4,76	4,77
Febr.	3,07	3,12	3,49	3,92	5,11	4,46	4,79	8,66	6,95	5,96	5,37	4,83	4,83
März	3,16	3,05	3,61	3,93	5,14	4,45	4,79	8,62	6,88	5,95	5,43	4,90	4,84
April	3,23	3,06	3,67	3,93	5,14	4,48	4,80	8,67	6,96	5,97	5,50	4,94	4,87
Mai	3,30	3,03	3,72	3,96	5,16	4,48	4,82	8,71	6,95	5,97	5,50	4,98	4,90
Juni	3,39	3,04	3,87	3,99	5,21	4,53	4,86	8,68	6,94	6,01	5,62	5,09	4,96
Juli	3,49	3,02	3,92	4,00	5,29	4,57	4,89	8,80	6,96	6,06	5,70	5,15	5,00
Aug.	3,58	3,02	4,03	4,09	5,36	4,59	4,90	8,85	7,00	6,07	5,76	5,24	5,04

b) Neugeschäft +)

Effektivzinssatz % p.a. 1)

Erhebungs- zeitraum	Einlagen privater Haushalte						Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften					
	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist			täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			
		bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 2 Jahre	von über 2 Jahren	bis 3 Monate	von über 3 Monaten	bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre	von über 2 Jahren		
2007 Jan. 3)	0,98	3,33	3,48	2,92	2,35	2,98	1,61	3,49	3,91	4,07		
Febr.	1,00	3,37	3,64	2,72	2,35	3,07	1,64	3,48	3,80	4,15		
März	1,02	3,51	3,65	2,68	2,39	3,14	1,71	3,67	3,84	3,72		
April	1,04	3,59	3,68	2,78	2,42	3,20	1,75	3,74	4,01	3,87		
Mai	1,06	3,62	3,51	2,72	2,43	3,25	1,78	3,74	3,80	3,72		
Juni	1,08	3,78	3,79	2,64	2,42	3,32	1,77	3,94	4,09	4,16		
Juli	1,10	3,86	3,90	2,86	2,45	3,40	1,81	4,01	4,16	4,51		
Aug.	1,15	3,93	3,93	2,65	2,53	3,46	1,87	4,08	4,33	4,20		

Erhebungs- zeitraum	Kredite an private Haushalte												
	Über- ziehungs- kredite	Konsumentenkredite			Wohnungsbaukredite				Sonstige Kredite				
		insgesamt 2)	mit anfänglicher Zinsbindung			insgesamt 2)	mit anfänglicher Zinsbindung			variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	
variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren						
2007 Jan. 3)	10,14	8,25	7,63	6,68	8,39	4,83	4,68	4,60	4,60	4,50	5,13	5,43	4,92
Febr.	10,31	8,28	7,69	6,83	8,27	4,90	4,71	4,71	4,70	4,61	5,27	5,38	5,14
März	10,22	8,14	7,51	6,68	8,34	4,94	4,79	4,76	4,71	4,62	5,26	5,60	5,20
April	10,29	8,15	7,77	6,69	8,24	5,00	4,85	4,73	4,75	4,67	5,28	5,57	5,21
Mai	10,32	8,27	8,10	6,73	8,30	5,02	4,88	4,80	4,81	4,74	5,38	5,65	5,32
Juni	10,38	8,25	8,07	6,66	8,25	5,15	5,00	4,93	4,90	4,82	5,49	5,77	5,37
Juli	10,49	8,35	8,06	6,75	8,30	5,26	5,06	4,93	5,02	4,91	5,54	5,80	5,41
Aug.	10,55	8,55	8,42	6,89	8,46	5,26	5,13	4,95	5,07	4,88	5,36	5,89	5,37

Erhebungs- zeitraum	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften						
	Überziehungs- kredite	Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung			Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung		
		variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren
2007 Jan. 3)	5,94	5,16	5,31	4,69	4,44	4,67	
Febr.	6,03	5,21	5,44	4,86	4,50	4,69	
März	6,04	5,30	5,45	4,88	4,65	4,81	
April	6,12	5,37	5,47	4,88	4,69	4,99	
Mai	6,12	5,43	5,57	4,95	4,71	5,10	
Juni	6,17	5,53	5,70	5,03	4,89	5,28	
Juli	6,30	5,58	5,77	5,09	4,90	4,95	
Aug.	6,41	5,76	5,85	5,10	5,01	5,31	

Quelle: EZB. — Anmerkungen *, o und 1 s. S. 45; Anmerkung + s. S. 46. — 2 Effektiver Jahreszinssatz gemäß der Richtlinie 87/102/EWG, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung

der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet. — 3 Erweiterung des Euro-Währungsgebiets zum 1. Januar 2007 um Slowenien.

VI. Zinssätze

6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)

a) Bestände ^{o)}

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2006 Aug.	2,69	129 030	2,64	193 804	2,96	87 864	3,91	23 319
Sept.	2,74	133 242	2,64	192 264	3,03	89 398	3,92	23 918
Okt.	2,86	137 322	2,63	191 665	3,20	93 649	4,22	22 303
Nov.	2,92	141 570	2,62	191 012	3,28	91 322	4,23	22 310
Dez.	3,07	147 707	2,61	193 277	3,47	90 662	4,25	22 252
2007 Jan.	3,16	154 215	2,60	192 300	3,50	93 632	4,26	22 342
Febr.	3,21	157 913	2,59	191 354	3,52	93 871	4,24	21 929
März	3,33	163 774	2,58	191 196	3,67	94 996	4,23	22 215
April	3,40	167 316	2,57	190 215	3,71	95 725	4,25	22 243
Mai	3,46	172 864	2,56	189 352	3,78	96 130	4,28	22 042
Juni	3,55	178 758	2,55	188 711	3,90	95 736	4,27	22 252
Juli	3,66	184 931	2,55	187 763	3,98	99 560	4,29	22 518
Aug.	3,77	194 419	2,54	187 501	4,12	106 493	4,29	22 603

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2006 Aug.	5,34	6 021	4,32	29 598	5,23	927 050	9,31	72 346	5,52	69 592	6,06	323 243
Sept.	5,39	6 431	4,33	29 571	5,22	929 104	9,41	73 812	5,53	69 624	6,07	322 587
Okt.	5,51	5 995	4,35	29 456	5,21	929 886	9,50	72 878	5,52	69 198	6,07	322 399
Nov.	5,57	5 847	4,36	29 155	5,20	931 063	9,43	70 535	5,50	69 528	6,06	322 042
Dez.	5,53	6 043	4,36	29 536	5,19	930 830	9,69	71 510	5,48	67 373	6,06	320 395
2007 Jan.	5,58	5 652	4,38	29 312	5,17	928 584	9,79	69 358	5,48	66 954	6,06	319 205
Febr.	5,60	5 804	4,39	29 068	5,17	928 119	9,77	68 726	5,48	66 426	6,06	318 745
März	5,64	6 270	4,41	28 581	5,16	927 728	9,84	69 704	5,47	66 593	6,07	317 772
April	5,65	5 893	4,43	28 304	5,14	926 985	9,87	69 322	5,52	65 831	6,07	317 188
Mai	5,67	5 944	4,44	28 090	5,13	926 349	9,94	68 725	5,53	66 151	6,07	316 791
Juni	5,70	6 343	4,45	27 849	5,13	926 985	10,04	70 236	5,53	66 528	6,08	316 288
Juli	5,85	5 643	4,48	27 778	5,12	926 457	10,17	69 915	5,55	66 991	6,10	316 380
Aug.	5,90	5 672	4,50	27 648	5,12	927 310	10,19	67 467	5,56	67 239	6,10	316 778

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2006 Aug.	5,15	156 471	4,28	496 535	4,90	496 535
Sept.	5,21	158 696	4,32	495 304	4,92	495 304
Okt.	5,32	157 742	4,43	494 286	4,93	494 286
Nov.	5,38	158 418	4,47	497 001	4,93	497 001
Dez.	5,53	154 061	4,57	497 339	4,94	497 339
2007 Jan.	5,59	154 768	4,65	498 816	4,97	498 816
Febr.	5,66	154 784	4,68	500 380	4,97	500 380
März	5,79	156 009	4,76	500 891	4,98	500 891
April	5,81	157 892	4,81	501 087	4,99	501 087
Mai	5,80	159 526	4,84	502 283	5,00	502 283
Juni	5,94	161 936	4,98	502 136	5,02	502 136
Juli	6,00	161 742	4,98	503 967	5,04	503 967
Aug.	6,02	161 502	5,08	508 115	5,06	508 115

* Gegenstand der EWU-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur neuen Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankenstatistik / EWU-Zinsstatistik) entnehmen. — ^o Die Bestände werden zeit-

punktbezogen zum Monatsultimo erhoben. — 1 Die Effektivzinssätze können grundsätzlich als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt werden. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. — 2 Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. — 3 Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. — 4 Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. — 5 Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. — 6 Einschl. Überziehungskredite.

VI. Zinssätze

noch: 6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2006 Aug.	1,41	460 404	2,75	34 694	3,40	1 347	2,78	3 537	2,09	498 932	2,65	90 923
Sept.	1,43	457 935	2,82	31 948	3,41	1 691	2,54	2 121	2,10	495 091	2,69	92 142
Okt.	1,47	456 615	2,97	35 094	3,52	2 495	2,82	2 531	2,17	490 334	2,75	94 253
Nov.	1,45	467 261	3,05	34 218	3,54	2 240	2,58	1 897	2,15	484 245	2,82	96 851
Dez.	1,49	465 228	3,23	39 250	3,60	2 069	2,67	1 582	2,20	487 476	2,87	98 851
2007 Jan.	1,58	460 252	3,34	47 561	3,69	2 974	2,98	1 639	2,22	481 378	2,98	100 630
Febr.	1,61	465 012	3,33	37 779	3,89	3 178	2,84	1 389	2,23	477 454	3,08	102 659
März	1,63	466 577	3,48	40 365	3,92	2 715	2,76	1 316	2,27	474 191	3,15	104 158
April	1,67	469 364	3,54	41 888	3,96	2 647	2,85	1 547	2,36	470 120	3,21	104 368
Mai	1,70	472 490	3,60	40 887	4,02	1 934	3,00	1 169	2,35	465 973	3,26	104 138
Juni	1,73	479 163	3,72	44 261	4,19	3 006	2,92	1 582	2,33	461 997	3,32	104 744
Juli	1,77	475 744	3,84	49 733	4,28	2 928	3,25	1 619	2,33	456 327	3,40	105 360
Aug.	1,85	479 150	3,94	53 951	4,29	2 415	3,23	2 175	2,38	452 446	3,47	105 719

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2006 Aug.	1,71	162 279	2,92	54 472	3,57	280	3,98	641
Sept.	1,71	160 811	3,00	51 870	3,79	488	4,04	797
Okt.	1,81	161 921	3,20	61 003	4,09	315	4,71	985
Nov.	1,87	167 499	3,25	56 101	3,82	256	3,88	1 290
Dez.	1,90	175 389	3,44	58 936	3,58	229	4,44	690
2007 Jan.	2,01	170 634	3,48	61 502	4,18	700	4,45	1 021
Febr.	2,03	167 001	3,50	56 356	3,99	331	4,66	908
März	2,12	167 475	3,67	59 631	4,09	447	4,10	898
April	2,20	174 310	3,72	54 853	4,12	248	4,52	900
Mai	2,23	173 628	3,76	54 833	4,18	290	4,33	265
Juni	2,27	174 943	3,90	54 211	4,26	781	4,53	719
Juli	2,33	174 104	4,01	61 305	4,42	742	4,83	1 864
Aug.	2,34	174 373	4,07	67 761	4,51	808	4,36	728

Kredite an private Haushalte													
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)								Sonstige Kredite mit anfänglicher Zinsbindung 5)					
insgesamt		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
		effektiver Jahres- zinssatz 9) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.
2006 Aug.	7,59	5,63	1 007	5,48	4 718	8,85	3 119	4,40	11 083	5,38	1 394	4,98	2 530
Sept.	7,43	5,60	1 046	5,29	5 422	8,90	2 858	4,41	10 978	5,30	1 861	5,08	2 323
Okt.	7,19	5,61	1 662	5,02	7 074	9,01	3 092	4,63	11 899	5,03	1 815	4,76	2 727
Nov.	7,03	5,56	940	4,92	6 222	8,85	3 030	4,63	10 908	5,20	1 407	4,90	2 379
Dez.	6,71	5,31	1 288	4,85	5 931	8,45	2 734	4,68	16 567	5,21	2 326	4,82	3 524
2007 Jan.	7,85	5,63	1 472	5,62	4 034	9,29	2 872	4,80	11 776	5,39	1 793	4,95	3 064
Febr.	8,04	5,74	1 072	5,91	3 680	9,13	2 501	4,90	6 720	5,21	1 468	5,09	2 194
März	7,88	5,71	1 589	5,81	5 349	9,15	3 973	4,94	13 362	5,60	2 087	5,17	2 622
April	7,81	5,35	1 121	5,89	5 126	9,08	3 213	4,97	15 958	5,58	1 488	5,16	2 556
Mai	7,86	5,99	916	5,88	4 881	9,02	3 252	5,01	13 774	5,66	1 743	5,21	2 492
Juni	7,80	5,97	1 179	5,75	4 703	8,92	3 157	5,18	15 090	5,76	2 009	5,30	2 899
Juli	8,03	6,31	1 352	5,93	5 248	9,06	3 332	5,22	18 606	5,77	1 697	5,44	3 442
Aug.	8,18	6,44	1 003	6,03	4 003	9,12	3 376	5,04	23 231	5,89	1 346	5,43	2 895

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 45*. — + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer Überziehungskrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist und Überziehungskrediten gilt: Das Neugeschäft wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet,

dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Monats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. — 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. — 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. — 9 Effektivzinssatz nach PANGV, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet. — 10 Ohne Überziehungskredite.

VI. Zinssätze

noch: 6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte											
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)											
Überziehungskredite 11)		insgesamt		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	
Erhebungszeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 12) Mio €	effektiver Jahreszinssatz 9) % p.a.	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2006 Aug.	11,00	45 734	4,87	5,12	2 229	4,80	2 398	4,71	5 777	4,76	4 498
Sept.	11,02	46 945	4,84	5,10	2 122	4,80	1 964	4,71	4 855	4,69	4 191
Okt.	11,10	46 782	4,81	5,10	2 781	4,80	2 254	4,65	5 609	4,65	4 527
Nov.	11,02	45 132	4,82	5,27	2 111	4,84	2 295	4,65	5 434	4,61	4 580
Dez.	11,27	46 268	4,80	5,23	2 315	4,86	2 494	4,60	5 664	4,56	4 528
2007 Jan.	11,40	44 820	4,85	5,44	2 619	4,87	2 744	4,64	6 651	4,67	5 200
Febr.	11,36	44 645	4,96	5,45	1 824	4,98	2 009	4,78	4 898	4,78	4 032
März	11,47	45 010	4,95	5,46	2 506	4,99	2 565	4,78	6 003	4,76	5 329
April	11,52	44 326	4,99	5,54	2 286	4,99	2 315	4,80	6 525	4,81	5 131
Mai	11,59	44 228	5,04	5,56	2 012	5,06	2 167	4,87	6 281	4,85	5 236
Juni	11,66	45 364	5,19	5,64	2 372	5,22	2 128	5,01	6 144	5,03	5 466
Juli	11,76	44 782	5,33	5,69	2 745	5,37	2 484	5,14	6 855	5,16	5 229
Aug.	11,85	43 748	5,37	5,93	2 220	5,36	2 207	5,18	5 578	5,16	4 883

Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften								
Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 13)								
Überziehungskredite 11)		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
Erhebungszeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 12) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2006 Aug.	6,36	66 594	5,14	7 170	5,25	1 514	4,96	2 188
Sept.	6,37	67 633	5,37	8 144	5,09	1 185	4,91	1 677
Okt.	6,46	65 477	5,45	8 234	5,11	1 720	4,89	1 731
Nov.	6,46	67 111	5,53	7 461	5,16	1 243	4,96	2 014
Dez.	6,54	65 780	5,67	8 528	5,21	1 440	4,96	2 414
2007 Jan.	6,59	65 849	5,61	7 463	5,25	1 389	4,87	2 675
Febr.	6,67	66 262	5,72	7 165	5,44	1 055	5,03	2 402
März	6,78	68 119	5,73	9 581	5,42	1 375	5,09	1 958
April	6,78	66 910	5,89	7 609	5,46	1 217	5,12	1 981
Mai	6,84	65 747	5,93	7 749	5,53	1 065	5,11	2 515
Juni	6,89	69 428	6,09	8 714	5,67	1 407	5,27	2 293
Juli	6,96	68 935	6,08	8 903	5,75	1 555	5,38	3 056
Aug.	7,05	65 292	6,26	8 510	5,83	1 110	5,41	2 393

noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften						
Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 13)						
variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
Erhebungszeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2006 Aug.	4,19	42 375	4,56	2 537	4,66	4 578
Sept.	4,24	46 903	4,62	5 533	4,65	7 369
Okt.	4,38	45 975	4,45	4 751	4,59	7 482
Nov.	4,36	40 795	4,81	3 452	4,62	5 945
Dez.	4,58	55 961	4,89	5 963	4,76	9 312
2007 Jan.	4,63	45 112	4,84	6 013	4,86	5 322
Febr.	4,70	35 257	4,69	3 117	4,76	4 820
März	4,90	47 651	4,82	5 945	4,95	7 272
April	4,94	37 983	5,05	6 685	5,01	5 430
Mai	4,86	41 431	5,13	5 479	5,05	6 565
Juni	5,08	52 140	5,50	4 054	5,19	9 513
Juli	5,12	44 655	5,17	3 937	5,24	7 317
Aug.	5,21	44 384	5,55	3 737	5,27	7 867

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 45*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 46*. — 11 Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert. Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. — 12 Geschätzt. Der von

den Berichtspflichtigen gemeldete Gesamtbestand zum Monatsende wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. — 13 Der Betrag bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland *)

Festverzinsliche Wertpapiere											
Zeit	Absatz						Erwerb				
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Schuldverschreibungen 1)				ausländische Schuldverschreibungen 3)	Inländer				Ausländer 7)
		zu- sammen	Bank- schuld- ver- schrei- bungen	Indus- trie- obliga- tionen	Anleihen der öffent- lichen Hand 2)		zu- sammen 4)	Kredit- institute einschließlich Bauspar- kassen 5)	Nicht- banken 6)	Offen- markt- operati- onen der Bundes- bank 5)	
Mio DM											
1994	303 339	276 058	117 185	- 65	158 939	27 281	279 989	126 808	154 738	- 1 557	23 349
1995	227 099	203 029	162 538	- 350	40 839	24 070	141 282	49 193	94 409	- 2 320	85 815
1996	254 359	233 519	191 341	649	41 529	20 840	148 250	117 352	31 751	- 853	106 109
1997	332 655	250 688	184 911	1 563	64 214	81 967	204 378	144 177	60 201	-	128 276
1998	418 841	308 201	254 367	3 143	50 691	110 640	245 802	203 342	42 460	-	173 038
Mio €											
1999	292 663	198 068	156 399	2 184	39 485	94 595	155 766	74 728	81 038	-	136 898
2000	226 393	157 994	120 154	12 605	25 234	68 399	151 568	91 447	60 121	-	74 825
2001	180 227	86 656	55 918	14 473	16 262	93 571	111 281	35 848	75 433	-	68 946
2002	175 396	124 035	47 296	14 506	62 235	51 361	60 476	13 536	46 940	-	114 920
2003	184 679	134 455	31 404	30 262	72 788	50 224	105 557	35 748	69 809	-	79 122
2004	232 863	133 711	64 231	10 778	58 703	99 152	106 949	121 841	- 14 892	-	125 914
2005	252 775	110 542	39 898	2 682	67 965	142 233	96 314	61 740	34 574	-	156 461
2006	243 664	102 379	40 995	8 943	52 446	141 285	119 885	68 893	50 992	-	123 779
2007 Juni	20 548	5 898	- 1 973	1 207	6 664	14 650	6 215	6 081	134	-	14 333
Juli	146	1 257	8 441	3 328	- 10 512	- 1 111	- 18 032	- 87	- 17 945	-	18 178
Aug.	- 24 457	- 32 565	- 13 934	- 655	- 17 976	8 108	- 41 150	- 1 755	- 39 395	-	16 693

Aktien							
Zeit	Absatz			Erwerb			
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Aktien 8)	ausländische Aktien 9)	Inländer			Ausländer 12)
				zu- sammen 10)	Kredit- institute 5) 11)	Nicht- banken 6)	
Mio DM							
1994	55 125	29 160	25 966	54 466	1 622	52 844	659
1995	46 422	23 600	22 822	49 354	11 945	37 409	- 2 932
1996	72 491	34 212	38 280	55 962	12 627	43 335	16 529
1997	119 522	22 239	97 280	96 844	8 547	88 297	22 678
1998	249 504	48 796	200 708	149 151	20 252	128 899	100 353
Mio €							
1999	150 013	36 010	114 003	103 136	18 637	84 499	46 877
2000	140 461	22 733	117 729	164 654	23 293	141 361	- 24 194
2001	82 665	17 575	65 091	2 252	- 14 714	12 462	84 918
2002	39 338	9 232	30 106	18 398	- 23 236	41 634	20 941
2003	11 896	16 838	- 4 946	15 121	7 056	22 177	27 016
2004	- 1 818	10 157	- 11 974	11 865	5 045	6 820	- 13 684
2005	25 117	13 766	11 350	15 282	10 208	25 490	40 398
2006	23 997	9 061	14 937	8 276	11 323	19 599	32 272
2007 Juni	- 1 149	494	- 1 643	42 032	- 41 092	940	40 883
Juli	- 1 990	272	- 2 262	4 163	- 4 908	9 071	- 6 153
Aug.	- 3 306	290	- 3 596	9 081	- 4 858	4 223	5 775

* Festverzinsliche Wertpapiere umfassen bis Ende 1999 Rentenwerte und Geldmarktpapiere inländischer Banken, ab Januar 2000 alle Schuldverschreibungen. Anteile an Investmentfonds s. Tabelle VII. 6. — 1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — 2 Einschl. Bundeseseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. — 3 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. — 4 In- und ausländische Schuldverschreibungen. — 5 Buchwerte; statistisch bereinigt. — 6 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. — 7 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräuße-

rung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktionswerte. — 8 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. — 9 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. — 10 In- und ausländische Aktien. — 11 Bis einschl. 1998 ohne Aktien mit Konsortialbindung. — 12 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Zeit	Bankschuldverschreibungen 1)						Industrieobligationen 2)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben	
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Darlehen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen				
Brutto-Absatz 4)										
1994	627 331	412 585	44 913	150 115	39 807	177 750	486	214 261	61 465	
1995	620 120	470 583	43 287	208 844	41 571	176 877	200	149 338	102 719	
1996	731 992	563 076	41 439	246 546	53 508	221 582	1 742	167 173	112 370	
1997	846 567	621 683	53 168	276 755	54 829	236 933	1 915	222 972	114 813	
1998	1 030 827	789 035	71 371	344 609	72 140	300 920	3 392	238 400	149 542	
Mio €										
1999	571 269	448 216	27 597	187 661	59 760	173 200	2 570	120 483	57 202	
2000	659 148	500 895	34 528	143 107	94 556	228 703	8 114	150 137	31 597	
2001	687 988	505 646	34 782	112 594	106 166	252 103	11 328	171 012	10 605	
2002	818 725	569 232	41 496	119 880	117 506	290 353	17 574	231 923	10 313	
2003	958 917	668 002	47 828	107 918	140 398	371 858	22 510	268 406	2 850	
2004	990 399	688 844	33 774	90 815	162 353	401 904	31 517	270 040	12 344	
2005	988 911	692 182	28 217	103 984	160 010	399 969	24 352	272 380	600	
2006	925 863	622 055	24 483	99 628	139 193	358 750	29 975	273 834	69	
2007 Mai	83 670	60 273	416	4 226	13 854	41 778	1 978	21 418	-	
Juni	79 211	57 041	827	6 261	11 053	38 899	1 372	20 799	-	
Juli	88 199	61 645	706	5 313	16 709	38 917	1 182	25 372	-	
Aug.	71 605	55 656	305	7 922	14 221	33 207	1 227	14 722	-	
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 5)										
1994	429 369	244 806	36 397	109 732	29 168	69 508	306	184 255	53 351	
1995	409 469	271 763	30 454	141 629	28 711	70 972	200	137 503	85 221	
1996	473 560	322 720	27 901	167 811	35 522	91 487	1 702	149 139	92 582	
1997	563 333	380 470	41 189	211 007	41 053	87 220	1 820	181 047	98 413	
1998	694 414	496 444	59 893	288 619	54 385	93 551	2 847	195 122	139 645	
Mio €										
1999	324 888	226 993	16 715	124 067	37 778	48 435	2 565	95 331	44 013	
2000	319 330	209 187	20 724	102 664	25 753	60 049	6 727	103 418	27 008	
2001	299 751	202 337	16 619	76 341	42 277	67 099	7 479	89 933	6 480	
2002	309 157	176 486	16 338	59 459	34 795	65 892	12 149	120 527	9 213	
2003	369 336	220 103	23 210	55 165	49 518	92 209	10 977	138 256	2 850	
2004	424 769	275 808	20 060	48 249	54 075	153 423	20 286	128 676	4 320	
2005	425 523	277 686	20 862	63 851	49 842	143 129	16 360	131 479	400	
2006	337 969	190 836	17 267	47 814	47 000	78 756	14 422	132 711	69	
2007 Mai	29 822	14 688	198	2 661	3 251	8 579	1 977	13 157	-	
Juni	23 373	14 446	454	3 414	3 276	7 303	1 296	7 630	-	
Juli	28 779	16 099	470	2 971	7 218	5 440	1 162	11 519	-	
Aug.	22 505	13 376	151	1 362	2 268	9 594	1 185	7 944	-	
Netto-Absatz 6)										
1994	270 088	116 519	18 184	54 316	-	6 897	50 914	62	153 630	21 634
1995	205 482	173 797	18 260	96 125	3 072	56 342	-	354	32 039	61 020
1996	238 427	195 058	11 909	121 929	6 020	55 199	-	585	42 788	69 951
1997	257 521	188 525	16 471	115 970	12 476	43 607	-	1 560	67 437	63 181
1998	327 991	264 627	22 538	162 519	18 461	61 111	-	3 118	60 243	84 308
Mio €										
1999	209 096	170 069	2 845	80 230	31 754	55 238	2 185	36 840	22 728	
2000	155 615	122 774	5 937	29 999	30 089	56 751	7 320	25 522	-	16 705
2001	84 122	60 905	6 932	9 254	28 808	34 416	8 739	14 479	-	30 657
2002	131 976	56 393	7 936	26 806	20 707	54 561	14 306	61 277	-	44 546
2003	124 556	40 873	2 700	42 521	44 173	36 519	18 431	65 253	-	54 990
2004	167 233	81 860	1 039	52 615	50 142	83 293	18 768	66 605	-	22 124
2005	141 715	65 798	-	2 151	34 255	37 242	10 099	65 819	-	35 963
2006	129 423	58 336	-	12 811	20 150	44 890	15 605	55 482	-	19 208
2007 Mai	27 651	15 201	-	610	5 282	6 778	1 366	11 084	-	719
Juni	-	11 075	-	1 703	5 307	2 161	-	683	-	1 063
Juli	6 388	6 394	-	802	8 078	4 841	-	275	-	4 195
Aug.	-	16 488	-	924	131	3 656	-	660	-	366

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beiheft 2 Kapitalmarktstatistik, S. 63 ff. — 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. — 2 Schuldverschreibungen von Wirtschaftsunternehmen. — 3 Einschl. Bundes-

eisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. — 4 Brutto-Absatz ist nur der Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere. — 5 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. — 6 Brutto-Absatz minus Tilgung.

VII. Kapitalmarkt

3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)						Industrie- obligationen	Anleihen der öffent- lichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Aus- landsanleihen unter inländ. Konsortialfüh- rung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypotheken- pfandbriefe	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldver- schreibungen von Spezial- kreditinstituten	Sonstige Bankschuld- verschreibungen			
Mio DM									
1995	2 870 295	1 606 459	214 803	723 781	222 286	445 589	2 746	1 261 090	402 229
1996	3 108 724	1 801 517	226 711	845 710	228 306	500 790	3 331	1 303 877	472 180
1997	3 366 245	1 990 041	243 183	961 679	240 782	544 397	4 891	1 371 313	535 359
1998	3 694 234	2 254 668	265 721	1 124 198	259 243	605 507	8 009	1 431 558	619 668
Mio €									
1999	2 097 926	1 322 863	134 814	655 024	163 284	369 741	6 280	768 783	339 560
2000	2 265 121	1 445 736	140 751	685 122	157 374	462 488	13 599	805 786	322 856
2001	2 349 243	1 506 640	147 684	675 868	201 721	481 366	22 339	820 264	292 199
2002	2 481 220	1 563 034	155 620	649 061	222 427	535 925	36 646	881 541	247 655
2003	2 605 775	1 603 906	158 321	606 541	266 602	572 442	55 076	946 793	192 666
2004	2 773 007	1 685 766	159 360	553 927	316 745	655 734	73 844	1 013 397	170 543
2005	2 914 723	1 751 563	157 209	519 674	323 587	751 093	83 942	1 079 218	134 580
2006	3 044 145	1 809 899	144 397	499 525	368 476	797 502	99 545	1 134 701	115 373
2007 Juni	3 116 355	1 863 591	136 723	476 926	403 716	846 226	96 808	1 155 956	104 181
Juli	3 122 742	1 869 985	135 921	468 848	404 901	856 659	96 532	1 156 228	99 986
Aug.	3 106 254	1 866 378	134 997	468 717	404 901	857 763	97 192	1 142 684	99 621
Aufgliederung nach Restlaufzeiten 2)									
Stand Ende August 2007									
bis unter 2	1 167 993	776 638	56 205	208 532	168 357	343 545	21 476	369 879	60 894
2 bis unter 4	706 899	466 463	34 132	147 957	91 040	193 335	20 475	219 962	22 314
4 bis unter 6	431 987	241 364	31 309	59 894	48 349	101 813	19 147	171 475	4 242
6 bis unter 8	271 362	134 049	6 407	26 017	24 706	76 920	15 351	121 961	5 149
8 bis unter 10	265 462	138 425	6 518	15 652	23 020	93 235	5 373	121 664	2 973
10 bis unter 15	45 126	35 779	372	5 587	18 072	11 748	2 255	7 092	952
15 bis unter 20	40 078	14 542	54	1 780	7 574	5 134	1 320	24 216	1 912
20 und darüber	177 346	59 117	-	3 300	23 783	32 034	11 795	106 436	1 186

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. — 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. — 2 Gerechnet vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei ge-

samtfülligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamtfülligen Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichts- zeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichts- zeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von							Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitali- sierung) Stand am Ende des Berichts- zeitraums 2)
			Barein- zahlung und Umtausch von Wandel- schuld- verschrei- bungen 1)	Ausgabe von Kapital- berichti- gungsaktien	Einbringung von Forde- rungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-An- teilen u.Ä.	Verschmel- zung und Vermögens- übertragung	Umwand- lung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalher- absetzung und Auflösung	
Mio DM										
1995	211 231	21 217	5 894	1 498	1 421	1 421	- 623	13 739	- 2 133	553 110
1996	216 461	7 131	8 353	1 355	396	1 684	- 3 056	833	- 2 432	723 077
1997	221 575	5 115	4 164	2 722	370	1 767	- 2 423	197	- 1 678	1 040 769
1998	238 156	16 578	6 086	2 566	658	8 607	- 4 055	3 905	- 1 188	1 258 042
Mio €										
1999	133 513	11 747	5 519	2 008	190	1 075	2 099	1 560	- 708	1 603 304
2000	147 629	14 115	3 620	3 694	618	8 089	- 1 986	1 827	- 1 745	1 353 000
2001	166 187	18 561	7 987	4 057	1 106	8 448	1 018	905	- 3 152	1 205 613
2002	168 716	2 528	4 307	4 291	486	1 690	- 868	- 2 152	- 2 224	647 492
2003	162 131	6 585	4 482	923	211	513	- 322	- 10 806	- 1 584	851 001
2004	164 802	2 669	3 960	1 566	276	696	220	- 1 760	- 2 286	887 217
2005	163 071	1 733	2 470	1 040	694	268	- 1 443	- 3 060	- 1 703	1 058 532
2006	163 764	695	2 670	3 347	604	954	- 1 868	- 1 256	- 3 761	1 279 638
2007 Juni	164 484	381	402	317	4	10	- 23	- 79	- 250	1 494 788
Juli	164 576	92	110	120	35	6	- 18	- 118	- 78	1 452 848
Aug.	164 362	214	87	274	1	7	- 356	- 183	- 46	1 423 385

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. — 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. — 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Amtlichen Markt, zum Geregelten Markt oder zum Neuen Markt (Börsensegment wurde am 24. März 2003 eingestellt) zugelassen sind;

ferner auch Gesellschaften, deren Aktien im Freiverkehr gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG. — 3 Durch Revision um 1 902 Mio DM reduziert.

VII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)										Indizes 2) 3)			
	Anleihen der öffentlichen Hand				Bank-schuldverschreibungen			nach-richtlich: DM-/Euro-Auslandsanl. unter inländ. Konsortial-führung begeben 1) 5)	Renten		Aktien			
	insgesamt	zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)	Indus-trieobli-gationen		Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)		
			mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)										
% p.a.											Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000
1995	6,5	6,5	6,5	6,9	6,5	7,2	6,8	109,18	.	181,47	2 253,88			
1996	5,6	5,6	5,6	6,2	5,5	6,4	5,8	110,37	.	217,47	2 888,69			
1997	5,1	5,1	5,1	5,6	5,0	5,9	5,5	111,01	.	301,47	4 249,69			
1998	4,5	4,4	4,4	4,6	4,5	4,9	5,0	118,18	100,00	343,64	5 002,39			
1999	4,3	4,3	4,3	4,5	4,3	4,9	5,4	110,60	92,52	445,95	6 958,14			
2000	5,4	5,3	5,2	5,3	5,6	5,8	6,3	112,48	94,11	396,59	6 433,61			
2001	4,8	4,7	4,7	4,8	4,9	5,3	6,2	113,12	94,16	319,38	5 160,10			
2002	4,7	4,6	4,6	4,8	4,7	5,1	6,0	117,56	97,80	188,46	2 892,63			
2003	3,7	3,8	3,8	4,1	3,7	4,3	5,0	117,36	97,09	252,48	3 965,16			
2004	3,7	3,7	3,7	4,0	3,6	4,2	4,0	120,19	99,89	268,32	4 256,08			
2005	3,1	3,2	3,2	3,4	3,1	3,5	3,7	120,92	101,09	335,59	5 408,26			
2006	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	4,0	4,2	116,78	96,69	407,16	6 596,92			
2007 Juni	4,6	4,6	4,6	4,6	4,7	4,8	4,9	113,61	93,33	482,48	8 007,32			
Juli	4,6	4,6	4,5	4,5	4,7	4,8	5,5	114,42	94,45	459,72	7 584,14			
Aug.	4,4	4,3	4,3	4,3	4,6	4,6	5,5	115,13	94,97	459,38	7 638,17			
Sept.	4,3	4,3	4,2	4,2	4,5	4,5	5,6	114,71	94,63	471,60	7 861,51			

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in DM oder Euro denominated sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapierarten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuld-

verschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. — 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. — 3 Quelle: Deutsche Börse AG. — 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt. 5 Soweit an deutschen Börsen notiert.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Absatz								Erwerb						
	inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)								Inländer						
	Absatz = Erwerb insgesamt	Publikumsfonds		darunter			Spezial-fonds	aus-ländi-sche Fonds 4)	zu-sammen	Kreditinstitute 2) einschl. Bausparkassen		Nichtbanken 3)		Aus-länder 5)	
		zu-sammen	zu-sammen	Geldmarkt-fonds	Wertpapier-fonds	Offene Immo-bilien-fonds				zu-sammen	darunter ausländische Anteile	zu-sammen	darunter ausländische Anteile		
Mio DM															
1995	55 246	54 071	16 777	6 147	3 709	6 921	37 294	1 175	56 295	12 172	188	44 123	987	- 1 049	
1996	83 386	79 110	16 517	- 4 706	7 273	13 950	62 592	4 276	85 704	19 924	1 685	65 780	2 591	- 2 318	
1997	145 805	138 945	31 501	- 5 001	30 066	6 436	107 445	6 860	149 977	35 924	340	114 053	6 520	- 4 172	
1998	187 641	169 748	38 998	5 772	27 814	4 690	130 750	17 893	190 416	43 937	961	146 479	16 507	- 2 775	
Mio €															
1999	111 282	97 197	37 684	3 347	23 269	7 395	59 513	14 086	105 521	19 862	- 637	85 659	14 722	5 761	
2000	118 021	85 160	39 712	- 2 188	36 818	- 2 824	45 448	32 861	107 019	14 454	92	92 565	32 769	11 002	
2001	97 077	76 811	35 522	12 410	9 195	10 159	41 289	20 266	96 127	10 251	2 703	85 876	17 563	951	
2002	66 571	59 482	25 907	3 682	7 247	14 916	33 575	7 089	67 251	2 100	3 007	65 151	4 082	- 680	
2003	47 754	43 943	20 079	- 924	7 408	14 166	23 864	3 811	49 547	- 2 658	734	52 205	3 077	- 1 793	
2004	13 601	1 453	- 3 978	- 6 160	- 1 246	3 245	5 431	12 148	9 016	8 446	3 796	570	8 352	4 585	
2005	85 243	41 718	6 400	- 124	7 001	- 3 186	35 317	43 525	84 144	21 290	7 761	62 854	35 764	1 099	
2006	43 960	19 535	- 14 257	490	- 9 362	- 8 814	33 791	24 425	34 611	14 676	5 221	19 935	19 204	9 349	
2007 Juni	1 746	- 678	- 1 143	1 389	- 3 454	978	465	2 424	1 549	2 302	2 132	- 753	292	197	
Juli	5 615	711	290	- 319	- 1 084	1 584	420	4 904	5 218	571	680	4 647	4 224	397	
Aug.	- 7 167	- 5 106	- 5 332	- 2 718	- 2 657	17	226	- 2 061	- 7 512	- 1 478	721	- 6 034	- 2 782	345	

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. — 2 Buchwerte. — 3 Als Rest errechnet. — 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. — 5 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Investmentfondsanteile durch

Ausländer; Transaktionswerte (bis einschl. 1988 unter Aktien erfasst). — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Finanzierungsrechnung
1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren

Mrd €

Position	2005	2006	2005				2006				2007
			1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.
Private Haushalte 1)											
I. Geldvermögensbildung											
Bargeld und Einlagen	43,9	42,5	9,6	12,2	2,8	19,2	9,4	12,2	1,3	19,6	8,9
Geldmarktpapiere	0,1	1,0	0,0	0,0	- 0,0	0,1	0,2	0,3	0,4	0,2	0,1
Rentenwerte	9,1	36,0	14,0	1,7	0,0	- 6,5	22,9	6,2	19,2	- 12,3	8,6
Aktien	- 4,0	- 5,0	- 1,0	- 1,0	- 1,0	- 1,0	- 1,0	- 2,0	- 1,0	- 1,0	- 1,0
Sonstige Beteiligungen	3,0	2,9	0,7	0,8	0,7	0,7	0,7	0,8	0,7	0,8	0,8
Investmentzertifikate	22,6	- 8,4	5,5	6,5	10,7	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 8,7	0,5	11,7
Ansprüche gegenüber Versicherungen 2)	59,5	55,4	14,9	9,8	10,8	24,0	15,5	12,2	13,6	14,2	15,2
Kurzfristige Ansprüche	2,7	3,0	1,7	0,4	1,4	- 0,8	0,8	0,7	0,8	0,7	0,8
Längerfristige Ansprüche	56,8	52,5	13,3	9,4	9,4	24,8	14,8	11,4	12,8	13,4	14,5
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	7,3	7,9	1,8	1,8	1,8	1,9	1,9	1,9	2,0	2,1	2,1
Sonstige Forderungen 3)	- 6,2	- 4,9	- 0,2	0,2	0,9	- 7,2	- 1,2	- 1,3	- 1,2	- 1,2	- 1,2
Insgesamt	135,2	127,5	45,4	31,9	26,8	31,1	48,4	30,2	26,2	22,8	45,0
II. Finanzierung											
Kredite	- 3,4	- 7,2	- 13,5	4,4	3,6	2,2	- 8,3	1,4	6,0	- 6,2	- 10,1
Kurzfristige Kredite	- 5,1	- 5,4	- 2,9	- 0,8	- 0,8	- 0,6	- 2,4	- 0,3	- 0,2	- 2,6	- 2,0
Längerfristige Kredite	1,7	- 1,7	- 10,6	5,1	4,4	2,8	- 5,9	1,6	6,1	- 3,6	- 8,0
Sonstige Verbindlichkeiten	- 2,6	0,4	0,3	- 1,4	0,2	- 1,6	0,2	0,3	- 0,1	0,0	0,1
Insgesamt	- 6,0	- 6,8	- 13,3	2,9	3,8	0,6	- 8,1	1,7	5,9	- 6,2	- 10,0
Unternehmen											
I. Geldvermögensbildung											
Bargeld und Einlagen	38,8	24,3	4,5	8,1	18,1	8,1	2,2	6,8	4,5	10,9	23,2
Geldmarktpapiere	2,4	7,6	4,8	5,3	- 1,3	- 6,4	3,3	- 1,4	3,9	1,9	5,7
Rentenwerte	- 9,6	- 27,5	- 15,6	12,4	- 9,3	2,9	- 14,8	13,2	- 25,2	- 0,7	- 10,6
Finanzderivate	2,9	1,4	3,4	- 0,7	- 2,2	2,3	1,3	- 1,7	1,3	0,6	6,0
Aktien	- 8,8	- 17,4	5,8	- 3,6	- 7,4	- 3,6	- 8,9	18,9	11,3	- 38,7	3,1
Sonstige Beteiligungen	- 7,0	31,2	- 1,2	- 1,0	11,0	- 15,8	1,2	8,1	12,9	8,9	2,3
Investmentzertifikate	4,9	- 8,1	2,3	1,6	- 0,5	1,4	- 1,7	- 0,4	- 6,0	0,0	- 1,5
Kredite	45,2	16,6	4,0	14,7	- 10,5	37,0	- 10,1	7,4	- 8,0	27,3	- 19,6
Kurzfristige Kredite	38,3	10,9	1,4	10,2	- 9,2	36,0	- 12,3	7,8	- 7,7	23,1	- 16,9
Längerfristige Kredite	6,8	5,7	2,7	4,5	- 1,4	1,1	2,2	- 0,4	- 0,3	4,2	- 2,8
Ansprüche gegenüber Versicherungen 2)	1,7	1,5	0,9	0,2	0,7	- 0,2	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Kurzfristige Ansprüche	1,7	1,5	0,9	0,2	0,7	- 0,2	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Längerfristige Ansprüche
Sonstige Forderungen	- 10,3	44,6	- 14,2	- 14,0	4,6	13,3	29,2	- 0,5	9,9	5,9	30,6
Insgesamt	60,0	74,3	- 5,2	23,0	3,3	38,9	2,3	50,7	4,9	16,4	39,6
II. Finanzierung											
Geldmarktpapiere	- 6,9	1,8	4,7	- 1,9	- 4,7	- 5,1	6,5	3,2	- 3,8	- 4,1	6,1
Rentenwerte	10,1	15,6	2,5	0,8	3,4	3,4	3,7	6,3	8,0	- 2,4	- 1,8
Finanzderivate
Aktien	6,0	4,7	1,3	0,6	2,6	1,5	- 0,9	2,5	2,8	0,3	1,9
Sonstige Beteiligungen	- 1,6	18,7	3,5	4,9	4,2	- 14,2	2,9	2,3	9,3	4,3	5,7
Kredite	- 4,8	39,1	- 8,3	1,3	- 17,9	20,1	- 18,7	23,4	11,5	23,0	- 4,1
Kurzfristige Kredite	0,4	20,9	- 5,8	5,1	- 10,5	11,6	- 4,1	7,6	8,3	9,1	4,4
Längerfristige Kredite	- 5,2	18,2	- 2,5	- 3,8	- 7,4	8,4	- 14,6	15,8	3,1	13,8	- 8,5
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	5,5	5,5	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4
Sonstige Verbindlichkeiten	10,9	- 2,7	3,2	- 1,2	11,5	- 2,6	9,3	- 6,2	- 2,2	- 3,5	9,6
Insgesamt	19,1	82,7	8,3	5,9	0,5	4,5	4,1	32,8	26,8	18,9	18,8

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 2 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie berufsständische

Versorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen. — 3 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

VIII. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Position	2005	2006	2005				2006				2007
			1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.
Private Haushalte 1)											
I. Geldvermögen											
Bargeld und Einlagen	1 492,3	1 534,8	1 458,0	1 470,2	1 473,0	1 492,3	1 501,7	1 513,9	1 515,2	1 534,8	1 543,7
Geldmarktpapiere	1,0	2,0	1,0	1,0	0,9	1,0	1,2	1,5	1,8	2,0	2,0
Rentenwerte	422,1	480,0	427,4	429,8	442,6	422,1	460,1	469,3	471,8	480,0	495,3
Aktien	320,1	372,3	283,8	287,8	302,6	320,1	353,7	337,5	346,4	372,3	396,9
Sonstige Beteiligungen	205,5	211,8	189,6	198,9	202,3	205,5	211,1	209,5	214,4	211,8	205,2
Investmentzertifikate	518,7	524,7	472,8	489,6	511,4	518,7	524,1	514,3	513,9	524,7	538,6
Ansprüche gegenüber Versicherungen 2)	1 053,2	1 107,8	1 009,0	1 018,8	1 029,5	1 053,2	1 068,6	1 080,6	1 094,0	1 107,8	1 122,9
Kurzfristige Ansprüche	77,6	80,6	76,6	77,0	78,4	77,6	78,4	79,1	79,9	80,6	81,3
Längerfristige Ansprüche	975,6	1 027,2	932,5	941,7	951,0	975,6	990,2	1 001,5	1 014,1	1 027,2	1 041,5
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	240,5	248,4	235,0	236,9	238,7	240,5	242,5	244,4	246,4	248,4	250,5
Sonstige Forderungen 3)	51,6	46,7	57,7	57,9	58,8	51,6	50,5	49,2	48,0	46,7	45,5
Insgesamt	4 305,1	4 528,6	4 134,3	4 190,8	4 259,8	4 305,1	4 413,4	4 420,1	4 451,8	4 528,6	4 600,6
II. Verbindlichkeiten											
Kredite	1 555,9	1 556,1	1 543,9	1 549,6	1 553,7	1 555,9	1 555,8	1 557,6	1 562,8	1 556,1	1 546,7
Kurzfristige Kredite	85,6	80,2	87,4	86,6	86,2	85,6	83,2	82,9	82,8	80,2	78,5
Längerfristige Kredite	1 470,3	1 475,9	1 456,6	1 463,0	1 467,5	1 470,3	1 472,6	1 474,7	1 480,0	1 475,9	1 468,2
Sonstige Verbindlichkeiten	12,8	9,7	17,3	16,0	16,1	12,8	12,8	11,6	11,2	9,7	11,1
Insgesamt	1 568,7	1 565,9	1 561,3	1 565,6	1 569,8	1 568,7	1 568,6	1 569,2	1 574,0	1 565,9	1 557,7
Unternehmen											
I. Geldvermögen											
Bargeld und Einlagen	396,1	438,7	368,2	371,8	400,2	396,1	420,4	424,6	443,3	438,7	474,4
Geldmarktpapiere	22,9	28,4	29,7	32,5	28,1	22,9	26,0	23,1	27,5	28,4	34,6
Rentenwerte	39,8	13,0	33,6	46,0	38,1	39,8	26,5	39,8	13,2	13,0	1,8
Finanzderivate
Aktien	808,5	948,9	721,0	726,0	751,2	808,5	882,0	870,2	913,3	948,9	1 019,1
Sonstige Beteiligungen	257,6	292,9	245,7	255,7	270,2	257,6	265,0	270,2	288,6	292,9	285,0
Investmentzertifikate	108,8	99,9	108,3	111,8	112,3	108,8	108,4	104,3	101,6	99,9	97,8
Kredite	126,1	146,6	119,7	130,7	119,1	126,1	119,2	127,8	118,5	146,6	129,6
Kurzfristige Kredite	91,1	107,3	82,9	93,5	84,4	91,1	81,6	90,8	83,1	107,3	96,9
Längerfristige Kredite	35,0	39,3	36,8	37,2	34,8	35,0	37,6	37,0	35,4	39,3	32,7
Ansprüche gegenüber Versicherungen 2)	41,4	42,8	40,6	40,8	41,6	41,4	41,7	42,1	42,5	42,8	43,2
Kurzfristige Ansprüche	41,4	42,8	40,6	40,8	41,6	41,4	41,7	42,1	42,5	42,8	43,2
Längerfristige Ansprüche
Sonstige Forderungen	379,0	426,3	358,3	360,4	369,8	379,0	396,0	404,3	410,1	426,3	449,4
Insgesamt	2 180,3	2 437,6	2 025,1	2 075,7	2 130,6	2 180,3	2 285,1	2 306,5	2 358,5	2 437,6	2 535,0
II. Verbindlichkeiten											
Geldmarktpapiere	17,1	18,9	28,7	26,8	22,1	17,1	23,5	26,8	23,0	18,9	25,0
Rentenwerte	89,6	93,7	80,9	84,2	88,2	89,6	90,9	93,8	94,7	93,7	92,4
Finanzderivate
Aktien	1 137,4	1 359,8	1 007,0	1 046,4	1 095,1	1 137,4	1 273,1	1 230,9	1 251,8	1 359,8	1 439,5
Sonstige Beteiligungen	597,5	616,2	602,6	607,5	611,8	597,5	600,4	602,7	612,0	616,2	621,9
Kredite	1 259,2	1 325,1	1 260,2	1 265,9	1 249,4	1 259,2	1 273,8	1 293,8	1 315,1	1 325,1	1 335,5
Kurzfristige Kredite	334,8	358,7	329,8	334,4	322,8	334,8	330,7	337,4	349,1	358,7	366,4
Längerfristige Kredite	924,3	966,4	930,4	931,5	926,5	924,3	943,2	956,4	966,0	966,4	969,1
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	206,1	211,6	201,9	203,3	204,7	206,1	207,4	208,8	210,2	211,6	213,0
Sonstige Verbindlichkeiten	361,4	388,1	338,2	345,2	356,9	361,4	365,0	368,1	370,9	388,1	397,1
Insgesamt	3 668,3	4 013,5	3 519,5	3 579,4	3 628,2	3 668,3	3 834,2	3 824,9	3 877,7	4 013,5	4 124,4

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 2 Einschl. Versorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen. — 3 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“

Zeit	Gesamtstaat					in % des BIP				
	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen		Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen	
	Mrd €									
	Finanzierungssaldo ¹⁾					Stand am Jahres- bzw. Quartalsende				
2001	- 59,6	- 27,5	- 27,3	- 1,1	- 3,8	- 2,8	- 1,3	- 1,3	- 0,1	- 0,2
2002	- 78,3	- 36,0	- 30,6	- 5,0	- 6,8	- 3,7	- 1,7	- 1,4	- 0,2	- 0,3
2003	- 87,2	- 39,6	- 32,7	- 7,1	- 7,7	- 4,0	- 1,8	- 1,5	- 0,3	- 0,4
2004 p)	- 83,6	- 52,1	- 27,8	- 2,3	- 1,3	- 3,8	- 2,4	- 1,3	- 0,1	- 0,1
2005 p)	- 75,4	- 47,5	- 23,0	- 0,9	- 4,0	- 3,4	- 2,1	- 1,0	- 0,0	- 0,2
2006 p)	- 37,0	- 34,6	- 10,7	+ 4,9	+ 3,5	- 1,6	- 1,5	- 0,5	+ 0,2	+ 0,2
2005 1.Hj. p)	- 41,7	- 34,6	- 12,1	- 0,0	+ 5,0	- 3,8	- 3,2	- 1,1	- 0,0	+ 0,5
2.Hj. p)	- 33,9	- 13,1	- 10,9	- 0,8	- 9,1	- 2,9	- 1,1	- 0,9	- 0,1	- 0,8
2006 1.Hj. p)	- 23,0	- 20,6	- 5,9	+ 1,7	+ 1,8	- 2,0	- 1,8	- 0,5	+ 0,1	+ 0,2
2.Hj. p)	- 14,3	- 14,4	- 4,9	+ 3,3	+ 1,7	- 1,2	- 1,2	- 0,4	+ 0,3	+ 0,1
2007 1.Hj. ts)	+ 1,2	- 11,2	+ 4,4	+ 2,7	+ 5,2	+ 0,1	- 0,9	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,4
	Schuldenstand ²⁾									
2001	1 241,5	776,7	377,1	102,6	2,3	58,8	36,8	17,8	4,9	0,1
2002	1 293,0	798,1	404,1	104,3	3,0	60,3	37,2	18,9	4,9	0,1
2003	1 381,0	845,4	435,3	111,4	5,3	63,8	39,1	20,1	5,1	0,2
2004	1 451,1	887,1	459,7	116,1	4,2	65,6	40,1	20,8	5,3	0,2
2005	1 521,5	933,0	481,9	119,7	2,7	67,8	41,6	21,5	5,3	0,1
2006	1 568,5	968,6	491,5	122,0	1,7	67,5	41,7	21,2	5,3	0,1
2005 1.Vj.	1 479,3	908,4	466,3	116,6	3,9	66,9	41,1	21,1	5,3	0,2
2.Vj.	1 493,2	917,4	469,8	118,2	3,5	67,2	41,3	21,1	5,3	0,2
3.Vj.	1 513,4	932,7	474,5	118,4	3,4	67,7	41,7	21,2	5,3	0,2
4.Vj.	1 521,5	933,0	481,9	119,7	2,7	67,8	41,6	21,5	5,3	0,1
2006 1.Vj.	1 540,2	944,5	487,8	121,3	2,3	68,0	41,7	21,5	5,4	0,1
2.Vj.	1 560,2	963,5	488,5	122,2	1,7	68,5	42,3	21,4	5,4	0,1
3.Vj.	1 575,3	979,5	488,3	121,3	1,7	68,6	42,6	21,3	5,3	0,1
4.Vj.	1 568,5	968,6	491,5	122,0	1,7	67,5	41,7	21,2	5,3	0,1
2007 1.Vj. ts)	1 573,1	973,0	492,5	121,0	1,4	66,9	41,4	21,0	5,1	0,1
2.Vj. ts)	1 591,8	995,5	488,9	120,9	1,5	67,0	41,9	20,6	5,1	0,1

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. — 1 Im Unterschied zum Finanzierungssaldo in den VGR wird das Maastricht-Defizit unter Berücksichtigung der Zinsströme aufgrund von Swapvereinbarungen und Forward Rate Agreements berechnet. Die Angaben zu den Halbjahren ent-

sprechen dem Finanzierungssaldo gemäß VGR. — 2 Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *)

Zeit	Einnahmen				Ausgaben					Finanzierungs- saldo	Nachrichtl.: Fiskalische Belastung insgesamt ¹⁾	
	insgesamt	davon: Steuern	Sozial- beiträge	sonstige	insgesamt	davon: Sozial- leistungen	Arbeit- nehmer- entgelte	Zinsen	Brutto- investi- tionen			sonstige
	Mrd €											
2001	945,5	477,7	383,7	84,1	1 005,1	551,2	166,2	64,5	36,8	186,4	- 59,6	875,1
2002	952,5	477,5	390,7	84,3	1 030,8	579,8	168,7	62,7	36,1	183,6	- 78,3	879,2
2003	961,9	481,8	396,3	83,9	1 049,2	594,2	169,2	64,3	33,9	187,6	- 87,3	889,3
2004 p)	958,1	481,3	396,9	80,0	1 041,7	592,7	169,5	62,4	31,6	185,5	- 83,6	888,4
2005 p)	977,0	493,0	396,9	87,1	1 052,6	598,2	168,5	62,5	30,7	192,8	- 75,6	900,8
2006 p)	1 017,2	530,5	401,1	85,7	1 054,5	600,1	167,7	64,9	32,8	189,1	- 37,3	942,8
	in % des BIP											
2001	44,7	22,6	18,2	4,0	47,6	26,1	7,9	3,1	1,7	8,8	- 2,8	41,4
2002	44,4	22,3	18,2	3,9	48,1	27,1	7,9	2,9	1,7	8,6	- 3,7	41,0
2003	44,5	22,3	18,3	3,9	48,5	27,5	7,8	3,0	1,6	8,7	- 4,0	41,1
2004 p)	43,3	21,8	17,9	3,6	47,1	26,8	7,7	2,8	1,4	8,4	- 3,8	40,2
2005 p)	43,5	22,0	17,7	3,9	46,9	26,6	7,5	2,8	1,4	8,6	- 3,4	40,1
2006 p)	43,8	22,8	17,3	3,7	45,4	25,8	7,2	2,8	1,4	8,1	- 1,6	40,6
	Zuwachsraten in %											
2001	- 1,3	- 4,3	+ 1,4	+ 5,0	+ 8,0	+ 3,5	+ 0,1	- 0,9	+ 1,8	+ 43,0	.	- 2,0
2002	+ 0,7	- 0,1	+ 1,8	+ 0,3	+ 2,6	+ 5,2	+ 1,5	- 2,8	- 2,1	- 1,5	.	+ 0,5
2003	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,4	- 0,5	+ 1,8	+ 2,5	+ 0,3	+ 2,6	- 6,1	+ 2,2	.	+ 1,1
2004 p)	- 0,4	- 0,1	+ 0,2	- 4,7	- 0,7	- 0,3	+ 0,2	- 3,0	- 6,7	- 1,1	.	- 0,1
2005 p)	+ 2,0	+ 2,4	± 0,0	+ 8,9	+ 1,0	+ 0,9	- 0,6	+ 0,2	- 3,0	+ 3,9	.	+ 1,4
2006 p)	+ 4,1	+ 7,6	± 1,1	- 1,6	+ 0,2	+ 0,3	- 0,4	+ 3,7	+ 6,9	- 1,9	.	+ 4,7

Quelle: Statistisches Bundesamt. — * Ergebnisse gemäß ESGV 1995. In den Monatsberichten bis Dezember 2006 wurden die Zölle, der Mehrwertsteueranteil und die Subventionen der EU in die VGR-Daten mit eingerechnet (ohne Einfluss auf den Finanzierungssaldo). Entsprechende Angaben werden

auf den Internetseiten der Deutschen Bundesbank weiterhin zur Verfügung gestellt. — 1 Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen und Mehrwertsteueranteil der EU.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufen-de Zu-schüsse	Zins-ausgaben	Sach-investitionen	Finanzielle Transaktionen 5)							
2000	612,3	467,3	12,6	595,5	169,3	205,7	67,6	40,7	15,7	+ 16,8	433,8	434,3	- 0,5	974,6	958,2	+ 16,4
2001	555,5	446,2	23,5	599,6	169,9	213,9	66,6	40,1	16,7	- 44,2	445,1	449,1	- 4,0	923,3	971,5	- 48,2
2002 p)	554,7	441,7	20,5	610,9	173,3	226,8	66,1	38,7	11,3	- 56,2	457,7	466,0	- 8,3	927,7	992,2	- 64,5
2003 ts)	547,0	442,2	21,5	614,3	174,0	235,0	65,6	36,3	10,0	- 67,3	467,7	474,3	- 6,6	925,4	999,3	- 73,9
2004 ts)	545,9	442,8	24,1	610,7	173,4	237,0	64,8	34,3	9,6	- 64,8	470,3	468,8	+ 1,5	927,3	990,7	- 63,3
2005 ts)	569,3	452,1	31,1	622,6	172,4	245,0	64,1	33,2	14,5	- 53,3	468,8	471,6	- 2,8	948,5	1 004,6	- 56,1
2006 ts)	590,5	488,4	18,1	626,1	169,6	252,0	64,4	33,5	12,0	- 35,6	486,7	467,1	+ 19,6	987,7	1 003,7	- 16,0
2005 1.Vj. p)	121,6	99,2	1,4	159,8	41,1	66,3	25,2	4,6	3,1	- 38,2	117,1	117,5	- 0,4	211,2	249,7	- 38,6
2.Vj. p)	138,9	112,5	7,7	144,8	41,2	62,8	10,1	6,4	2,4	- 6,0	117,3	118,2	- 0,9	233,5	240,4	- 6,9
3.Vj. p)	144,2	110,6	13,7	154,2	41,3	59,3	19,7	8,6	2,5	- 10,0	114,1	117,0	- 2,9	235,9	248,8	- 12,9
4.Vj. p)	162,4	129,5	7,8	161,9	47,1	55,4	8,8	12,5	6,0	+ 0,5	118,1	118,3	- 0,2	264,3	264,0	+ 0,3
2006 1.Vj. p)	131,3	106,3	3,8	160,3	40,6	65,6	25,1	4,8	2,9	- 29,0	120,5	116,6	+ 3,9	228,9	254,0	- 25,1
2.Vj. p)	144,3	121,8	4,1	139,9	40,7	59,9	9,5	6,4	2,5	+ 4,5	122,2	117,1	+ 5,0	245,1	235,6	+ 9,5
3.Vj. p)	146,4	121,9	5,9	156,0	40,6	61,2	20,5	8,4	2,6	- 9,5	117,0	115,2	+ 1,7	241,4	249,2	- 7,8
4.Vj. p)	166,0	138,6	4,0	167,8	46,1	64,1	9,0	12,9	3,5	- 1,8	127,2	117,2	+ 10,0	271,1	263,0	+ 8,1
2007 1.Vj. p)	148,4	122,4	2,8	164,5	42,7	64,9	25,5	5,3	3,4	- 16,1	112,5	115,8	- 3,3	237,6	257,0	- 19,4

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 1 Einschl. Nebenhaushalte, aber ohne Postpensionskasse. Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen nicht die kommunalen Zweckverbände und verschiedene Sonderrechnungen. — 2 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. —

3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. — 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. — 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. — 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2000 4)	292,1	265,2	+ 26,9	240,4	250,8	- 10,4	148,0	146,1	+ 1,9
2001	240,6	261,3	- 20,7	230,9	255,5	- 24,6	144,2	148,3	- 4,1
2002	240,8	273,5	- 32,7	228,8	258,0	- 29,2	147,0	150,4	- 3,5
2003	239,6	278,8	- 39,2	229,2	259,7	- 30,5	142,1	150,1	- 8,0
2004	233,9	273,6	- 39,7	233,5	257,1	- 23,6	147,0	150,4	- 3,4
2005 ts)	250,0	281,5	- 31,5	236,8	260,3	- 23,5	152,3	154,6	- 2,3
2006 ts)	254,7	282,9	- 28,2	250,7	259,7	- 9,0	160,6	158,2	+ 2,4
2005 1.Vj. p)	46,0	74,9	- 28,9	56,0	64,7	- 8,7	31,3	34,9	- 3,6
2.Vj. p)	61,4	66,0	- 4,6	57,8	60,9	- 3,1	36,0	36,3	- 0,3
3.Vj. p)	68,8	73,2	- 4,4	55,9	62,1	- 6,3	37,9	37,9	+ 0,0
4.Vj. p)	73,8	67,4	+ 6,4	65,6	71,5	- 6,0	45,9	44,3	+ 1,6
2006 1.Vj. p)	52,7	74,1	- 21,4	57,3	64,9	- 7,6	33,8	36,4	- 2,6
2.Vj. p)	63,0	61,6	+ 1,5	60,6	60,1	+ 0,4	37,7	36,8	+ 0,9
3.Vj. p)	64,7	73,8	- 9,1	60,5	62,5	- 2,1	40,3	38,1	+ 2,2
4.Vj. p)	74,2	73,4	+ 0,8	70,5	71,2	- 0,7	46,9	44,5	+ 2,5
2007 1.Vj. p)	61,1	74,6	- 13,6	63,5	66,5	- 3,0	35,4	37,6	- 2,1
2.Vj. p)	69,7	64,4	+ 5,3	67,6	61,9	+ 5,7	40,4	37,3	+ 3,1

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 1 Die Gewinnabführung der Bundesbank ist nur bis zu dem maximal an den Kernhaushalt abzuführenden Betrag von 3,5 Mrd € berücksichtigt. Höhere Einnahmen fließen direkt dem Erblastentilgungsfonds zu. — 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. — 3 Die Viertel-

jahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen keine Sonderrechnungen und Zweckverbände. — 4 Einschl. Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Bund, Länder und Europäische Union					Gemeinden 4)	Saldo nicht verrechneter Steueranteile 5)		Nachrichtlich: BEZ, Energie- steueranteil der Länder
	Insgesamt	zusammen 1)	Bund 2)	Länder	Europäische Union 3)				
2000	467 253	410 117	219 034	169 249	21 833	57 241	-	104	20 244
2001	446 248	392 189	213 342	159 115	19 732	54 047	+	12	19 576
2002	441 703	389 162	214 371	156 231	18 560	52 490	+	51	22 321
2003	442 238	390 438	214 002	155 510	20 926	51 673	+	127	22 067
2004	442 838	386 459	208 920	157 898	19 640	56 237	+	142	21 967
2005	452 078	392 313	211 779	158 823	21 711	59 750	+	16	21 634
2006	488 444	421 151	225 634	173 374	22 142	67 316	-	22	21 742
2005 1.Vj.	99 997	85 690	42 005	35 976	7 708	10 924	+	3 382	5 418
2.Vj.	111 634	96 535	52 716	39 438	4 381	14 475	+	624	5 359
3.Vj.	111 103	96 077	52 065	38 840	5 172	14 903	+	122	5 453
4.Vj.	129 346	114 011	64 993	44 568	4 450	19 448	-	4 113	5 405
2006 1.Vj.	106 907	90 827	45 203	38 733	6 892	12 391	+	3 689	5 491
2.Vj.	121 891	104 964	57 521	43 338	4 105	16 120	+	807	5 433
3.Vj.	121 711	104 015	55 601	42 798	5 616	17 594	+	103	5 448
4.Vj.	137 935	121 345	67 310	48 505	5 529	21 211	-	4 620	5 370
2007 1.Vj.	122 550	104 537	53 928	43 916	6 693	13 313	+	4 700	5 362
2.Vj. p)	136 987	118 090	65 298	49 069	3 724	18 167	+	730	5 408
2006 Juli	.	32 693	17 393	13 625	1 676	.	.	.	1 781
Aug.	.	30 142	16 084	12 113	1 945	.	.	.	1 834
2007 Juli	.	34 930	18 882	14 634	1 414	.	.	.	1 841
Aug.	.	33 388	18 076	13 353	1 958	.	.	.	1 841

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. — 1 Einschl. der Erträge aus den Lastenausgleichsabgaben. — 2 Vor Abzug der an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) und Anteile am Energiesteueraufkommen. — 3 Zölle sowie die zu Lasten der Steuereinnahmen des Bundes verbuchten Mehrwertsteuer-

und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. — 4 Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. — 5 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den Einkommensteuern (zu deren Summe s. Tab. IX. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Gemeinschaftliche Steuern											Bundessteuern 7)	Ländersteuern 7)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemein- schaftlichen Steuern
	Insgesamt 1)	Einkommensteuern 2)					Steuern vom Umsatz 5)								
		zu- sammen	Lohn- steuer 3)	Ver- anlagte Ein- kommen- steuer	Körper- schaft- steuer	Kapital- ertrag- steuern 4)	zu- sammen	Umsatz- steuer	Einfuhr- umsatz- steuer	Ger- werb- steuer- umlagen 6)					
2000	436 115	192 381	135 733	12 225	23 575	20 849	140 871	107 140	33 732	5 521	75 504	18 444	3 394	25 998	
2001	417 358	170 817	132 626	8 771	- 426	29 845	138 935	104 463	34 472	5 510	79 277	19 628	3 191	25 169	
2002	414 008	165 096	132 190	7 541	2 864	22 502	138 195	105 463	32 732	5 752	83 494	18 576	2 896	24 846	
2003	414 846	162 567	133 090	4 568	8 275	16 633	136 996	103 162	33 834	7 085	86 609	18 713	2 877	24 409	
2004	409 517	159 104	123 896	5 394	13 123	16 691	137 366	104 715	32 651	5 661	84 554	19 774	3 059	23 058	
2005	415 355	161 960	118 919	9 766	16 333	16 943	139 713	108 440	31 273	6 218	83 508	20 579	3 378	23 042	
2006	446 139	182 614	122 612	17 567	22 898	19 537	146 688	111 318	35 370	7 013	84 215	21 729	3 880	24 988	
2005 1.Vj.	90 403	34 325	27 867	- 3 761	4 416	5 804	34 909	28 031	6 878	222	15 207	5 005	736	4 713	
2.Vj.	102 224	40 747	29 030	3 359	2 715	5 643	33 009	25 180	7 829	1 454	20 556	5 673	786	5 688	
3.Vj.	101 803	38 946	28 172	4 150	3 798	2 826	35 278	27 520	7 758	1 575	20 235	4 868	901	5 726	
4.Vj.	120 926	47 942	33 850	6 017	5 405	2 670	36 518	27 710	8 808	2 967	27 511	5 034	955	6 915	
2006 1.Vj.	95 851	36 593	28 095	- 2 104	5 184	5 418	35 873	27 508	8 364	313	15 897	6 258	916	5 024	
2.Vj.	111 206	47 844	29 772	5 856	5 173	7 042	35 236	26 345	8 891	1 611	20 438	5 130	948	6 242	
3.Vj.	110 282	44 951	29 229	6 266	6 079	3 376	37 051	28 063	8 988	1 686	20 448	5 158	989	6 267	
4.Vj.	128 800	53 227	35 516	7 549	6 461	3 701	38 529	29 402	9 127	3 403	27 432	5 183	1 026	7 455	
2007 1.Vj.	110 577	43 694	30 464	829	5 434	6 966	42 037	32 624	9 413	153	17 377	6 354	962	6 040	
2.Vj.	125 236	55 351	32 244	8 191	6 224	8 693	41 001	30 642	10 359	1 705	20 694	5 493	992	7 145	
2006 Juli	34 570	12 178	10 712	- 369	342	1 492	12 636	9 700	2 936	1 183	6 531	1 734	307	1 876	
Aug.	31 832	10 364	9 556	- 411	206	1 014	12 224	9 201	3 023	493	6 611	1 811	329	1 690	
2007 Juli	36 955	12 948	11 497	- 489	- 46	1 987	14 005	10 489	3 516	1 269	6 431	1 961	342	2 025	
Aug.	35 264	10 995	10 238	- 337	- 286	1 380	14 319	10 587	3 732	579	6 952	2 037	381	1 877	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. — 1 Im Gegensatz zur Summe in Tab. IX. 5 sind hier die Einnahmen aus Lastenausgleichsabgaben, aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. — 2 Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in Prozent): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Zinsabschlag

44/44/12. — 3 Nach Abzug des Kindergeldes. — 4 Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag und Zinsabschlag. — 5 Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in Prozent) für 2006: 51,4/46,5/2,1 (Bund zuzüglich 2,3 Mrd €; Länder abzüglich dieses Betrags). Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. — 6 Anteile von Bund/Ländern (in Prozent) für 2006: 22,9/77,1. — 7 Aufgliederung s. Tab. IX. 7.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)							Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Tabak- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Versi- cherung- steuer	Strom- steuer	Brannt- wein- abgaben	sonstige	Kraftfahr- zeug- steuer	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	sonstige 2)	ins- gesamt	darunter:	
													Gewerbe- steuer	Grund- steuern
2000	37 826	11 443	11 841	7 243	3 356	2 151	1 643	7 015	5 081	2 982	3 367	36 659	27 025	8 849
2001	40 690	12 072	11 069	7 427	4 322	2 143	1 554	8 376	4 853	3 069	3 330	34 399	24 534	9 076
2002	42 192	13 778	10 403	8 327	5 097	2 149	1 548	7 592	4 763	3 021	3 200	33 447	23 489	9 261
2003	43 188	14 094	10 280	8 870	6 531	2 204	1 442	7 336	4 800	3 373	3 205	34 477	24 139	9 658
2004	41 782	13 630	10 108	8 751	6 597	2 195	1 492	7 740	4 646	4 284	3 105	38 982	28 373	9 939
2005	40 101	14 273	10 315	8 750	6 462	2 142	1 465	8 674	4 791	4 097	3 018	42 941	32 129	10 247
2006	39 916	14 387	11 277	8 775	6 273	2 160	1 428	8 937	6 125	3 763	2 904	49 319	38 370	10 399
2005 1.Vj.	4 407	2 499	2 541	3 854	1 200	335	370	2 149	1 197	905	754	9 816	7 367	2 275
2.Vj.	9 916	3 610	2 508	1 627	2 010	562	324	2 342	1 070	1 413	848	10 864	7 968	2 758
3.Vj.	9 776	3 951	2 387	1 709	1 589	512	311	2 108	1 184	849	727	10 875	7 745	2 984
4.Vj.	16 003	4 213	2 879	1 561	1 664	733	460	2 075	1 340	929	690	11 387	9 049	2 230
2006 1.Vj.	4 480	2 786	2 628	3 792	1 492	399	320	2 718	1 681	1 049	811	11 370	8 874	2 321
2.Vj.	9 727	3 604	2 879	1 662	1 720	505	341	2 258	1 350	881	641	12 296	9 365	2 801
3.Vj.	10 045	3 700	2 665	1 705	1 468	536	329	2 020	1 501	904	733	13 115	9 948	3 026
4.Vj.	15 665	4 296	3 105	1 615	1 593	720	438	1 942	1 593	928	719	12 538	10 182	2 250
2007 1.Vj.	4 540	2 916	2 949	4 504	1 647	416	406	2 636	1 828	1 150	740	12 126	9 541	2 408
2.Vj. p)	9 230	3 462	3 249	1 912	1 997	493	352	2 206	1 606	1 006	675	13 456	10 457	2 841
2006 Juli	3 374	1 217	733	431	475	183	118	719	475	286	253	.	.	.
Aug.	3 094	1 212	653	866	477	200	109	690	520	335	266	.	.	.
2007 Juli	3 247	1 272	788	526	317	175	106	836	577	321	228	.	.	.
Aug.	3 234	1 291	680	1 030	453	158	106	723	654	433	227	.	.	.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. — 1 Für die Summe siehe Tabelle IX. 6. — 2 Insbesondere Rennwett- und Lotteriesteuer sowie Biersteuer.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 5)					
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			insgesamt	Ein- lagen 6)	Wertpa- pieren	Beteili- gungen, Darlehen und Hypo- theken 7)	Grund- stücke	Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
		Beiträge 2)	Zahlun- gen des Bundes		Renten 3)	Kranken- versiche- rung der Rentner 4)							
2000	211 137	150 712	58 862	210 558	178 599	13 365	+ 579	14 350	11 459	1 676	1 105	110	4 889
2001 8)	216 927	152 048	63 093	217 497	184 730	13 762	- 570	13 973	10 646	1 517	1 699	111	4 917
2002	221 563	152 810	66 958	225 689	191 133	14 498	- 4 126	9 826	6 943	1 072	1 685	126	4 878
2003	229 371	156 510	71 447	231 362	196 038	15 178	- 1 991	7 641	5 017	816	1 682	126	4 862
2004 9)	231 684	156 535	71 680	233 011	198 587	14 258	- 1 327	5 158	4 980	19	41	118	4 834
2005	229 428	156 264	71 917	233 357	199 873	13 437	- 3 929	1 976	1 794	16	42	123	4 888
2006	241 231	168 083	71 773	233 668	200 459	13 053	+ 7 563	10 047	9 777	115	46	109	4 912
2005 1.Vj.	55 160	36 897	17 996	58 001	50 031	3 390	- 2 841	2 607	2 432	16	41	118	4 828
2.Vj.	56 913	38 647	17 911	58 286	49 929	3 413	- 1 373	1 195	1 020	16	42	118	4 874
3.Vj.	57 546	38 492	18 807	58 455	50 150	3 337	- 909	362	187	16	43	117	4 885
4.Vj.	59 408	42 224	16 834	58 412	50 050	3 300	+ 996	1 976	1 794	16	42	123	4 888
2006 1.Vj.	60 801	42 622	17 908	57 965	50 110	3 247	+ 2 836	4 452	4 293	16	43	101	4 924
2.Vj.	60 537	42 351	17 877	58 328	50 143	3 257	+ 2 209	7 406	7 241	16	45	105	4 956
3.Vj.	57 950	39 741	17 839	58 521	50 297	3 266	- 571	6 845	6 681	16	45	104	4 959
4.Vj.	61 369	43 351	17 755	58 459	50 140	3 274	+ 2 910	10 047	9 777	115	46	109	4 912
2007 1.Vj.	56 177	37 771	18 118	58 275	50 369	3 279	- 2 098	7 955	7 585	215	46	108	4 889
2.Vj.	59 068	40 501	18 180	58 595	50 282	3 432	+ 473	8 890	8 573	165	48	103	4 881

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. — * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See“ — 1 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Einschl. Finanzausgleichleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. — 2 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. — 3 Die Zahlungen der Rentenversicherungsträger an die Krankenkassen nach

§ 50 SGB V wurden von den Renten abgesetzt. — 4 Bis 1.Vj. 2004 einschl. Pflegeversicherung der Rentner. — 5 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. — 6 Einschl. Barmittel. — 7 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger. — 8 Ohne die mit der Höherbewertung von Beteiligungen verbuchten Einnahmen. — 9 Einnahmen einschl. Erlös aus Beteiligungsverkauf.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen			Ausgaben								Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss bzw. Betriebsmittel-darlehen des Bundes
	insgesamt 1)	darunter:		insgesamt 3)	Arbeitslosen-unterstützungen 4) 5)	darunter:			Umlagen-finanzierte Maßnahmen 7)				
		Beiträge	Um-lagen 2)			West-deutsch-land	Ost-deutsch-land	beruf-liche Förde-rung 5) 6)		davon:			
										West-deutsch-land	Ost-deutsch-land		
2000	49 606	46 359	1 403	50 473	23 946	15 615	8 331	20 324	10 534	9 790	1 330	- 868	867
2001	50 682	47 337	1 640	52 613	25 036	16 743	8 294	20 713	11 094	9 619	1 660	- 1 931	1 931
2002	50 885	47 405	2 088	56 508	27 610	19 751	7 860	21 011	11 568	9 443	2 215	- 5 623	5 623
2003	50 635	47 337	2 081	56 850	29 735	21 528	8 207	19 155	10 564	8 591	1 948	- 6 215	6 215
2004	50 314	47 211	1 674	54 490	29 746	21 821	7 925	16 843	9 831	7 011	1 641	- 4 176	4 175
2005	52 692	46 989	1 436	53 089	27 654	20 332	7 322	11 590	7 421	4 169	1 450	- 397	397
2006	55 384	51 176	1 123	44 162	23 249	17 348	5 901	9 259	6 185	3 074	1 089	+ 11 221	0
2005 1.Vj.	11 934	11 072	40	14 775	7 983	5 805	2 178	3 332	2 083	1 249	410	- 2 842	5 532
2.Vj.	13 283	11 449	324	13 697	7 394	5 376	2 018	3 062	1 956	1 105	440	- 414	223
3.Vj.	12 924	11 618	420	12 662	6 357	4 720	1 637	2 576	1 670	906	372	+ 262	- 458
4.Vj.	14 551	12 850	652	11 954	5 920	4 431	1 489	2 620	1 712	908	228	+ 2 597	- 4 900
2006 1.Vj.	14 041	13 057	42	12 320	7 155	5 260	1 894	2 306	1 526	780	388	+ 1 721	538
2.Vj.	13 827	12 848	275	11 742	6 362	4 691	1 670	2 266	1 505	761	300	+ 2 084	- 538
3.Vj.	12 860	11 950	302	10 142	5 117	3 879	1 239	2 232	1 486	746	183	+ 2 718	-
4.Vj.	14 656	13 321	504	9 958	4 616	3 518	1 098	2 455	1 669	787	218	+ 4 698	-
2007 1.Vj.	9 932	7 738	78	10 044	5 321	3 971	1 350	2 032	1 370	662	408	- 113	-
2.Vj.	10 837	7 910	303	9 383	4 598	3 440	1 157	2 089	1 423	666	259	+ 1 454	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. — 1 Ohne Liquiditätshilfen des Bundes. — 2 Umlagen für die Winterbauförderung und für Insolvenzgeld. — 3 Ab 2005 einschl. Aussteuerungsbetrag an den Bund. — 4 Arbeitslosengeld und Kurzarbeitergeld. — 5 Einschl. Kranken-, Renten- und Pflegeversiche-

rungsbeiträge. — 6 Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, Zuschüsse an Personal-Service-Agenturen, Entgeltsicherung und Existenzgründungszuschüsse. — 7 Winterbauförderung und Insolvenzgeld.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)								Saldo der Einnahmen und Ausgaben 5)
	insgesamt	darunter:		insgesamt	Krankenhaus-behandlung	Ärztliche und zahn-ärztliche Behandlung 3)	Arznei-mittel	Heil- und Hilfsmittel	Krankengeld	sonstige Leistungs-ausgaben	Ver-waltungs-ausgaben 4)	
		Beiträge 2)	Bundes-zuschuss									
2000	133 808	130 053	.	133 823	44 540	32 734	20 121	9 431	7 058	2 524	7 296	- 15
2001	135 790	131 886	.	138 811	44 980	33 495	22 331	9 760	7 717	2 779	7 642	- 3 021
2002	139 707	136 208	.	143 026	46 308	34 899	23 449	9 304	7 561	2 998	8 019	- 3 320
2003	141 654	138 383	.	145 095	46 800	36 120	24 218	9 409	6 973	2 984	8 206	- 3 441
2004	144 279	140 120	1 000	140 178	47 594	34 218	21 811	8 281	6 367	3 731	8 114	+ 4 102
2005	145 742	140 250	2 500	143 809	48 959	33 024	25 358	8 284	5 868	3 847	8 155	+ 1 933
2006	149 929	142 184	4 200	147 973	50 327	34 260	25 835	8 303	5 708	4 526	8 110	+ 1 956
2005 1.Vj.	34 630	33 989	-	34 452	12 171	8 280	5 795	1 827	1 539	347	1 765	+ 178
2.Vj.	36 832	34 869	1 250	35 978	12 276	8 183	6 418	2 093	1 522	477	1 989	+ 854
3.Vj.	35 380	34 674	-	35 530	12 102	8 133	6 425	2 087	1 400	391	1 904	- 150
4.Vj.	38 693	36 719	1 250	37 649	12 457	8 502	6 752	2 263	1 398	591	2 391	+ 1 044
2006 1.Vj.	34 744	34 034	-	35 968	12 834	8 483	6 384	1 881	1 477	283	1 836	- 1 224
2.Vj.	38 004	35 279	2 100	36 830	12 658	8 588	6 450	2 071	1 439	574	1 910	+ 1 174
3.Vj.	36 001	35 156	-	36 226	12 551	8 254	6 301	2 048	1 363	515	1 931	- 225
4.Vj.	40 770	37 745	2 100	38 553	12 348	8 888	6 739	2 290	1 412	881	2 384	+ 2 217
2007 1.Vj.	36 437	35 693	-	37 147	12 948	8 793	6 687	1 918	1 525	347	1 879	- 710
2.Vj.	39 316	37 306	1 250	38 299	12 893	8 860	6 862	2 160	1 510	635	1 930	+ 1 017

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. — 1 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. — 2 Einschl. Beiträge aus geringfügigen Beschäftigten. — 3 Einschl. Zahnersatz. — 4 Netto, d. h. nach Abzug der Kos-

tenerstattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger. — 5 Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostrukturausgleichs.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter: Beiträge 2)	insgesamt	darunter:						
				Pflegesachleistung	Vollstationäre Pflege	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)		Verwaltungsausgaben	
2000	16 523	16 280	16 718	2 252	7 476	4 201	1 067	800	-	195
2001	16 843	16 581	16 890	2 301	7 744	4 134	979	816	-	47
2002	16 917	16 714	17 346	2 363	8 014	4 151	962	837	-	428
2003	16 844	16 665	17 468	2 361	8 183	4 090	951	853	-	624
2004	16 817	16 654	17 605	2 365	8 349	4 049	925	851	-	788
2005	17 526	17 385	17 891	2 409	8 516	4 050	890	875	-	366
2006	17 749	17 611	18 064	2 437	8 671	4 017	862	886	-	315
2005 1.Vj.	4 159	4 130	4 418	586	2 103	996	226	245	-	259
2.Vj.	4 315	4 288	4 439	596	2 120	1 011	220	215	-	123
3.Vj.	4 389	4 358	4 492	606	2 140	1 008	221	213	-	103
4.Vj.	4 629	4 600	4 509	607	2 154	1 037	227	198	+	121
2006 1.Vj.	4 660	4 631	4 511	611	2 152	998	213	246	+	150
2.Vj.	4 655	4 629	4 447	582	2 158	994	214	222	+	208
3.Vj.	4 471	4 441	4 551	617	2 171	1 014	213	222	-	80
4.Vj.	4 699	4 657	4 526	611	2 191	1 009	218	200	+	173
2007 1.Vj.	4 301	4 265	4 591	624	2 191	1 014	212	238	-	290
2.Vj.	4 469	4 432	4 528	595	2 192	993	213	231	-	59

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. — 1 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. — 2 Seit 2005: Einschl. Sonderbeitrag Kin-

derloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). — 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen
	brutto 1)	netto		
2000	+ 122 725	+ 1 755	- 5 563	- 940
2001	+ 135 018	- 14 719	+ 3 595	- 1 495
2002	+ 178 203	+ 24 327	+ 2 221	+ 22
2003	+ 227 483	+ 42 270	+ 1 236	+ 7 218
2004	+ 227 441	+ 44 410	+ 1 844	+ 802
2005	+ 224 922	+ 35 479	+ 4 511	+ 6 041
2006	+ 221 873	+ 32 656	+ 3 258	+ 6 308
2005 1.Vj.	+ 65 235	+ 19 631	+ 11 093	- 4 966
2.Vj.	+ 54 315	+ 3 646	- 2 371	+ 1 492
3.Vj.	+ 59 325	+ 11 140	+ 788	+ 7 444
4.Vj.	+ 46 048	+ 1 062	- 4 999	+ 2 071
2006 1.Vj.	+ 75 788	+ 12 526	+ 8 174	- 7 296
2.Vj.	+ 56 445	+ 14 238	+ 8 228	+ 14 649
3.Vj.	+ 66 689	+ 16 579	+ 4 181	+ 8 913
4.Vj.	+ 22 952	- 10 686	- 17 326	- 9 958
2007 1.Vj.	+ 68 285	+ 4 600	+ 12 649	- 11 200
2.Vj.	+ 54 415	+ 22 020	+ 5 792	+ 27 209

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. — 1 Nach Abzug der Rückkäufe.

13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Kreditinstitute	Sozialversicherungen	sonstige 1)	
2000	1 211 455	4 440	565 638	211	200 883	440 283
2001	1 223 966	4 440	534 262	174	230 890	454 200
2002	1 277 667	4 440	536 900	137	238 390	497 800
2003	1 358 137	4 440	530 700	341	301 956	520 700
2004	1 430 582	4 440	544 200	430	307 212	574 300
2005	1 489 029	4 440	518 500	488	313 101	652 500
2006	1 533 697	4 440	496 900	480	329 577	702 300
2005 1.Vj.	1 457 430	4 440	552 700	474	302 916	596 900
2.Vj.	1 465 639	4 440	530 900	501	305 598	624 200
3.Vj.	1 480 384	4 440	535 600	501	304 143	635 700
4.Vj.	1 489 029	4 440	518 500	488	313 101	652 500
2006 1.Vj.	1 508 932	4 440	522 400	486	308 606	673 000
2.Vj.	1 525 012	4 440	528 500	485	320 187	671 400
3.Vj.	1 540 523	4 440	519 300	485	331 898	684 400
4.Vj.	1 533 697	4 440	496 900	480	329 577	702 300
2007 1.Vj.	1 538 621	4 440	513 900	480	324 601	695 200
2.Vj.	1 556 684	4 440	505 600	480	325 864	720 300

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Als Differenz ermittelt.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden		
								Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	vereini- gungs- bedingte 5) 6)	Aus- gleichs- forde- rungen 6)	sonstige 7)
Gebietskörperschaften												
2001	1 223 966	23 036	151 401	130 045	26 395	448 148	422 440	174	13 110	123	8 986	108
2002	1 277 667	30 815	203 951	137 669	17 898	456 300	404 046	137	18 844	66	7 845	97
2003	1 358 137	36 022	246 414	153 611	12 810	471 115	396 832	341	34 163	33	6 711	86
2004	1 430 582	35 722	279 796	168 958	10 817	495 547	379 984	430	53 672	2	5 572	82
2005	1 489 029	36 945	310 044	174 423	11 055	521 801	366 978	488	62 765	2	4 443	86
2006 1.Vj.	1 508 932	36 882	320 546	167 403	10 883	530 724	372 680	486	64 799	2	4 443	85
2.Vj.	1 525 012	37 450	323 930	177 720	10 399	529 386	374 452	485	66 664	2	4 443	83
3.Vj.	1 540 523	37 895	320 241	171 892	10 253	549 652	377 575	485	68 002	2	4 443	83
4.Vj.	1 533 697	37 834	320 288	179 940	10 199	552 028	356 511	480	71 892	2	4 443	81
2007 1.Vj.	1 538 621	38 627	323 595	166 620	10 276	560 413	367 054	480	67 032	2	4 443	80
2.Vj.	1 556 684	38 577	326 230	175 567	10 114	567 582	362 906	480	70 705	2	4 443	79
Bund 8) 9)												
2001	701 115	21 136	59 643	119 911	26 395	416 195	47 111	26	1 481	123	8 986	107
2002	725 443	30 227	78 584	127 484	17 898	422 558	39 517	0	1 167	66	7 845	97
2003	767 713	35 235	87 538	143 425	12 810	436 181	38 146	223	7 326	33	6 711	85
2004	812 123	34 440	95 638	159 272	10 817	460 380	34 835	333	10 751	2	5 572	81
2005	886 254	36 098	108 899	174 371	11 055	510 866	29 318	408	10 710	2	4 443	85
2006 1.Vj.	898 780	36 130	111 773	167 352	10 883	519 889	36 917	408	10 899	2	4 443	84
2.Vj.	913 018	36 927	108 975	177 669	10 399	518 757	44 284	408	11 073	2	4 443	83
3.Vj.	929 597	37 772	106 419	171 841	10 253	539 023	48 236	408	11 119	2	4 443	83
4.Vj.	918 911	37 798	103 624	179 889	10 199	541 404	30 030	408	11 036	2	4 443	80
2007 1.Vj.	923 511	38 622	102 508	166 569	10 276	549 886	39 620	408	11 100	2	4 443	79
2.Vj.	945 531	38 497	103 219	175 516	10 114	557 055	45 104	408	11 096	2	4 443	79
Länder												
2001	364 559	1 900	87 856	.	.	.	265 652	5	9 145	.	.	1
2002	392 172	588	121 394	.	.	.	255 072	5	15 113	.	.	1
2003	423 737	787	154 189	.	.	.	244 902	4	23 854	.	.	1
2004	448 672	1 282	179 620	.	.	.	228 644	3	39 122	.	.	1
2005	471 375	847	201 146	.	.	.	221 163	3	48 216	.	.	1
2006 1.Vj.	477 718	752	208 773	.	.	.	218 132	3	50 057	.	.	1
2.Vj.	478 661	523	214 954	.	.	.	211 432	2	51 748	.	.	1
3.Vj.	478 603	123	213 823	.	.	.	211 564	2	53 091	.	.	1
4.Vj.	481 850	36	216 665	.	.	.	209 270	2	55 876	.	.	1
2007 1.Vj.	483 084	5	221 087	.	.	.	211 039	2	50 950	.	.	1
2.Vj.	479 658	80	223 011	.	.	.	201 938	2	54 627	.	.	1
Gemeinden 10)												
2001	99 209	.	153	.	.	913	96 051	136	1 955	.	.	.
2002	100 842	.	153	.	.	913	97 624	124	2 027	.	.	.
2003	107 857	.	77	.	.	734	104 469	106	2 471	.	.	.
2004	112 538	812	108 231	86	3 410	.	.	.
2005	116 033	466	111 889	77	3 601	.	.	.
2006 1.Vj.	117 424	466	113 278	75	3 605	.	.	.
2.Vj.	118 323	260	114 383	75	3 605	.	.	.
3.Vj.	117 462	260	113 522	75	3 605	.	.	.
4.Vj.	118 380	256	113 261	70	4 792	.	.	.
2007 1.Vj.	117 768	256	112 646	70	4 795	.	.	.
2.Vj.	117 312	256	112 191	70	4 795	.	.	.
Sondervermögen 8) 9) 11)												
2001	59 084	.	3 748	10 134	.	31 040	13 626	8	529	.	.	.
2002	59 210	.	3 820	10 185	.	32 828	11 832	8	537	.	.	.
2003	58 830	.	4 610	10 185	.	34 201	9 315	8	512	.	.	.
2004	57 250	.	4 538	9 685	.	34 355	8 274	8	389	.	.	.
2005	15 367	.	.	51	.	10 469	4 609	.	238	.	.	.
2006 1.Vj.	15 011	.	.	51	.	10 369	4 353	.	238	.	.	.
2.Vj.	15 011	.	.	51	.	10 369	4 353	.	238	.	.	.
3.Vj.	14 860	.	.	51	.	10 368	4 253	.	188	.	.	.
4.Vj.	14 556	.	.	51	.	10 368	3 950	.	188	.	.	.
2007 1.Vj.	14 258	.	.	51	.	10 271	3 749	.	188	.	.	.
2.Vj.	14 183	.	.	51	.	10 271	3 674	.	188	.	.	.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Einschl. Finanzierungsschätze. — 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. — 3 Die Länderschätzanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. — 4 Im Wesentlichen Schulscheindarlehen und Kassenkredite. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. — 5 Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten. — 6 Ohne Gegenrechnung offener Forderungen. — 7 Hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden ge-

mäß Londoner Schuldenabkommen; ohne im eigenen Bestand befindliche Stücke. — 8 Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktstatistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. — 9 Zum 1. Jan. 2005 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des Fonds „Deutsche Einheit“ durch den Bund. Das genannte Sondervermögen wird danach nur noch beim Bund ausgewiesen. — 10 Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände, Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. — 11 ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“ (bis einschl. 2004) und Entschädigungsfonds.

X. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2005			2006			2007						
	2004	2005	2006	2004	2005	2006	2005		2006			2007	
	Index 2000=100			Veränderung gegen Vorjahr in %			4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
Preisbereinigt, verkettet													
I. Entstehung des Inlandsprodukts													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	104,8	106,0	111,6	4,7	1,2	5,3	1,9	8,4	2,2	5,0	5,6	5,2	5,3
Baugewerbe	83,2	79,2	83,5	- 3,8	- 4,8	5,4	- 2,7	3,3	1,9	5,6	10,6	16,3	0,3
Handel, Gastgewerbe und Verkehr 1)	104,1	104,7	108,5	1,6	0,6	3,6	- 0,1	3,8	1,9	3,5	5,3	3,3	2,7
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister 2)	104,9	107,7	110,1	- 0,4	2,7	2,2	2,6	1,3	1,8	2,6	3,0	3,2	3,2
Öffentliche und private Dienstleister 3)	102,6	103,1	103,3	0,4	0,4	0,2	0,4	0,6	0,1	0,3	- 0,1	0,5	0,5
Bruttowertschöpfung	103,1	104,1	107,0	1,4	1,0	2,8	1,1	3,4	1,5	2,9	3,6	3,5	2,9
Bruttoinlandsprodukt 4)	102,1	102,9	105,8	1,1	0,8	2,9	1,0	3,4	1,6	2,7	3,7	3,3	2,5
II. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben 5)	101,4	101,3	102,3	0,2	- 0,1	1,0	- 0,7	1,2	0,2	0,4	1,9	- 0,2	- 0,2
Konsumausgaben des Staates	100,9	101,4	102,2	- 1,5	0,5	0,9	1,3	1,7	0,1	0,9	0,7	2,1	2,1
Ausrüstungen	94,2	99,9	108,2	4,6	6,0	8,3	8,7	11,3	8,4	8,0	6,3	10,6	8,8
Bauten	85,1	82,4	85,9	- 3,8	- 3,1	4,3	- 0,5	2,4	1,9	4,7	7,8	14,4	- 0,4
Sonstige Anlagen 6)	112,5	117,9	125,8	2,1	4,8	6,7	6,6	5,2	6,1	6,9	8,3	3,9	4,8
Vorratsveränderungen 7) 8)	.	.	.	- 0,1	0,0	- 0,1	0,1	1,3	0,0	0,6	- 2,0	- 0,2	- 0,3
Inländische Verwendung	97,8	98,1	100,0	- 0,2	0,3	1,9	0,6	3,6	1,1	2,2	0,7	2,0	0,7
Außenbeitrag 8)	.	.	.	1,3	0,5	1,1	0,4	0,0	0,6	0,7	3,1	1,4	1,7
Exporte	125,2	134,1	150,9	10,0	7,1	12,5	8,7	14,6	9,0	10,7	15,6	9,9	9,4
Importe	112,7	120,3	133,7	7,2	6,7	11,2	8,6	17,1	8,9	10,3	9,2	7,7	6,1
Bruttoinlandsprodukt 4)	102,1	102,9	105,8	1,1	0,8	2,9	1,0	3,4	1,6	2,7	3,7	3,3	2,5
In jeweiligen Preisen (Mrd €)													
III. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben 5)	1 307,5	1 326,4	1 357,5	1,8	1,4	2,3	1,1	2,9	1,8	1,5	3,1	1,2	1,6
Konsumausgaben des Staates	415,6	421,5	425,9	- 0,3	1,4	1,0	1,8	2,7	0,6	0,4	0,5	2,5	2,5
Ausrüstungen	154,5	162,1	173,7	3,5	4,9	7,1	7,3	9,9	7,5	7,1	4,9	9,7	7,7
Bauten	208,0	203,4	217,2	- 2,4	- 2,2	6,8	0,0	3,2	3,5	7,9	11,9	22,3	6,5
Sonstige Anlagen 6)	24,8	25,3	26,3	1,8	2,1	3,7	3,2	2,7	4,1	3,6	4,4	2,0	1,4
Vorratsveränderungen 7)	- 10,2	- 7,5	- 4,7
Inländische Verwendung	2 100,2	2 131,3	2 195,8	1,1	1,5	3,0	1,8	4,8	2,6	3,3	1,5	3,5	2,4
Außenbeitrag	111,0	113,3	126,4
Exporte	847,8	918,0	1 046,5	9,9	8,3	14,0	10,3	16,5	10,9	12,3	16,3	10,4	9,4
Importe	736,8	804,7	920,1	7,5	9,2	14,3	11,3	21,4	13,1	13,2	10,8	7,5	5,7
Bruttoinlandsprodukt 4)	2 211,2	2 244,6	2 322,2	2,2	1,5	3,5	1,8	3,9	2,3	3,4	4,3	5,0	4,2
IV. Preise (2000 = 100)													
Privater Konsum	106,2	107,8	109,3	1,6	1,5	1,4	1,9	1,7	1,5	1,1	1,2	1,4	1,7
Bruttoinlandsprodukt	105,0	105,8	106,4	1,1	0,7	0,6	0,8	0,5	0,6	0,6	0,5	1,6	1,7
Terms of Trade	102,5	101,3	99,8	- 0,4	- 1,3	- 1,5	- 1,1	- 1,9	- 2,1	- 1,2	- 0,7	0,6	0,3
V. Verteilung des Volkseinkommens													
Arbeitnehmerentgelt	1 137,1	1 129,9	1 149,4	0,4	- 0,6	1,7	- 0,6	0,5	1,6	2,3	2,3	3,1	2,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	530,0	561,3	601,9	13,4	5,9	7,2	8,7	11,1	2,0	6,1	10,1	7,9	3,9
Volkseinkommen	1 667,1	1 691,2	1 751,2	4,2	1,4	3,6	2,0	4,1	1,8	3,7	4,6	4,8	3,3
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 226,3	2 265,0	2 344,4	3,6	1,7	3,5	2,0	3,9	2,3	3,5	4,3	5,2	3,7

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2007. — 1 Einschl. Nachrichtenvermittlung. — 2 Kredit- und Versicherungsgewerbe, Grundstückswesen, Vermietung und Unternehmensdienstleister. — 3 Einschl. Häusliche Dienste. — 4 Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert

mit Gütersubventionen). — 5 Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 6 Immaterielle Anlageinvestitionen (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. — 7 Einschl. Nettuzugang an Wertsachen. — 8 Wachstumsbeitrag zum BIP.

X. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt )

Zeit	davon:											
	Produzierendes Gewerbe	Bauhauptgewerbe 2)	Energie 3)	Industrie 1)				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige				
				zu-	davon: nach Hauptgruppen			Chemische Industrie	Metall- erzeugung und -bear- beitung	Maschinen- bau	Her- stellung von Kraftwa- gen und Kraftwa- genteilen	
sammen	Vor- leistungs- güter- produ- zenten 4)	In- vestitions- güter- produ- zenten 5)	Ge- brauchs- güter- produ- zenten	Ver- brauchs- güter- produ- zenten 6)								
2000 = 100												
2002	98,3	88,6	97,4	99,3	98,9	101,1	92,0	98,3	101,8	101,9	99,4	105,4
2003	98,4	84,9	99,8	99,5	99,5	102,0	87,2	97,4	102,0	99,9	97,8	107,6
2004	100,9	80,6	102,7	102,5	103,3	105,8	87,5	97,9	104,4	103,7	101,3	112,0
2005	103,7	76,1	102,8	106,3	106,5	111,1	87,8	100,9	110,0	104,6	106,2	116,8
2006	109,8	81,0	102,9	113,2	115,1	118,9	94,0	102,6	114,5	111,7	114,9	120,2
2005 Dez.	99,8	61,1	115,5	101,6	93,2	115,8	81,4	96,5	99,0	84,0	129,4	95,1
2006 Jan.	98,1	41,6	120,4	100,9	104,6	101,1	85,7	96,3	113,9	104,7	92,3	107,3
Febr.	100,4	45,7	109,1	104,6	105,5	109,7	89,4	96,0	110,4	107,6	99,4	121,8
März	111,8	63,6	112,6	116,2	116,5	124,4	98,3	103,4	118,4	117,0	117,1	131,7
April	107,9	86,1	101,9	110,5	113,2	114,4	92,4	101,4	113,5	110,6	109,0	120,4
Mai	107,7	88,8	95,4	110,8	114,1	115,0	89,4	100,7	112,9	112,4	110,1	122,5
Juni	112,4	94,0	94,3	116,0	118,8	123,2	92,7	101,4	114,4	117,2	119,4	126,1
Juli	112,7	99,4	97,1	115,6	119,0	121,2	90,3	103,2	118,8	111,9	115,1	127,4
Aug.	103,5	90,6	92,7	105,9	113,0	103,8	79,3	100,8	113,6	104,7	105,4	92,4
Sept.	117,3	99,1	93,5	121,5	123,1	129,2	106,6	106,5	113,1	118,7	125,6	132,0
Okt.	117,9	97,7	100,7	121,6	124,9	125,6	104,4	110,4	119,8	120,8	119,9	126,9
Nov.	120,7	96,1	106,5	124,6	124,4	133,9	107,9	110,5	119,0	121,1	128,3	133,3
Dez.	107,1	69,5	110,7	110,2	103,6	124,7	91,3	100,3	105,6	93,9	136,6	100,5
2007 Jan.	104,8	56,4	104,9	109,2	115,3	110,3	89,4	98,7	117,9	117,3	102,7	117,6
Febr.	108,0	59,7	99,4	113,4	116,8	119,2	95,7	98,6	116,4	117,8	112,5	127,5
März	7) 121,2	7) 78,0	105,2	126,9	129,4	136,0	104,2	109,1	125,0	127,9	132,4	143,1
April )	7) 112,8	7) 84,6	96,8	117,2	121,2	122,3	90,6	104,9	121,4	117,9	117,6	129,3
Mai )	7) 113,9	7) 86,4	95,4	118,4	123,1	123,5	90,7	104,8	121,9	118,2	120,4	128,7
Juni )	7) 118,5	7) 91,0	94,3	123,7	127,8	133,2	95,2	102,9	117,9	121,3	130,6	137,8
Juli )	7) 118,0	7) 95,4	95,2	122,6	127,2	131,0	89,6	103,7	121,7	117,7	127,7	132,3
Aug. + p)	7) 108,8	7) 87,9	92,8	112,4	119,7	112,3	81,1	104,0	120,0	108,4	113,7	100,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2002	- 1,2	- 4,4	+ 0,1	- 1,1	- 0,5	- 1,2	- 8,4	- 0,7	+ 3,8	+ 0,8	- 2,5	+ 1,3
2003	+ 0,1	- 4,2	+ 2,5	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,9	- 5,2	- 0,9	+ 0,2	- 2,0	- 1,6	+ 2,1
2004	+ 2,5	- 5,1	+ 2,9	+ 3,0	+ 3,8	+ 3,7	+ 0,3	+ 0,5	+ 2,4	+ 3,8	+ 3,6	+ 4,1
2005	+ 2,8	- 5,6	+ 0,1	+ 3,7	+ 3,1	+ 5,0	+ 0,3	+ 3,1	+ 5,4	+ 0,9	+ 4,8	+ 4,3
2006	+ 5,9	+ 6,4	+ 0,1	+ 6,5	+ 8,1	+ 7,0	+ 7,1	+ 1,7	+ 4,1	+ 6,8	+ 8,2	+ 2,9
2005 Dez.	+ 4,5	- 1,6	- 0,1	+ 5,4	+ 5,3	+ 7,0	+ 3,4	+ 2,6	+ 1,7	+ 0,2	+ 8,6	+ 2,9
2006 Jan.	+ 3,9	- 13,2	+ 6,9	+ 4,2	+ 3,7	+ 6,1	+ 4,9	+ 1,9	+ 3,3	- 0,2	+ 7,0	+ 0,7
Febr.	+ 5,9	+ 5,5	+ 1,3	+ 6,5	+ 6,2	+ 9,2	+ 4,2	+ 1,9	+ 2,7	+ 5,6	+ 6,8	+ 8,4
März	+ 4,8	+ 5,5	+ 0,3	+ 5,3	+ 7,1	+ 5,5	+ 2,4	+ 0,9	+ 1,9	+ 7,0	+ 2,7	+ 4,2
April	+ 5,3	+ 7,5	+ 0,7	+ 5,5	+ 6,8	+ 4,9	+ 6,3	+ 4,1	+ 4,8	+ 4,3	+ 8,0	- 1,6
Mai	+ 7,1	+ 6,5	- 2,5	+ 8,1	+ 8,5	+ 9,8	+ 12,2	+ 3,0	+ 3,2	+ 9,2	+ 11,1	+ 9,2
Juni	+ 5,6	+ 6,3	+ 1,9	+ 5,8	+ 8,6	+ 5,1	+ 2,5	+ 2,1	+ 6,2	+ 8,8	+ 3,6	+ 3,1
Juli	+ 5,7	+ 7,0	+ 0,7	+ 6,2	+ 8,2	+ 6,4	+ 7,9	+ 0,7	+ 5,9	+ 3,4	+ 6,8	+ 4,4
Aug.	+ 7,9	+ 7,3	+ 0,2	+ 8,7	+ 11,0	+ 9,1	+ 13,0	+ 1,8	+ 4,4	+ 8,7	+ 14,4	+ 1,9
Sept.	+ 6,1	+ 7,8	- 0,1	+ 6,4	+ 8,7	+ 6,6	+ 9,2	+ 0,3	+ 2,1	+ 8,5	+ 10,0	+ 1,9
Okt.	+ 4,4	+ 4,6	- 3,1	+ 5,1	+ 8,2	+ 5,1	+ 4,2	- 1,8	+ 1,7	+ 7,2	+ 10,8	- 3,3
Nov.	+ 7,0	+ 11,6	- 1,4	+ 7,6	+ 8,8	+ 9,0	+ 8,0	+ 1,5	+ 6,3	+ 8,5	+ 12,6	+ 1,7
Dez.	+ 7,3	+ 13,7	- 4,2	+ 8,5	+ 11,2	+ 7,7	+ 12,2	+ 3,9	+ 6,7	+ 11,8	+ 5,6	+ 5,7
2007 Jan.	+ 6,8	+ 35,6	- 12,9	+ 8,2	+ 10,2	+ 9,1	+ 4,3	+ 2,5	+ 3,5	+ 12,0	+ 11,3	+ 9,6
Febr.	+ 7,6	+ 30,6	- 8,9	+ 8,4	+ 10,7	+ 8,7	+ 7,0	+ 2,7	+ 5,4	+ 9,5	+ 13,2	+ 4,7
März	7) + 8,4	7) + 22,6	- 6,6	+ 9,2	+ 11,1	+ 9,3	+ 6,0	+ 5,5	+ 5,6	+ 9,3	+ 13,1	+ 8,7
April )	7) + 4,5	7) - 1,7	- 5,0	+ 6,1	+ 7,1	+ 6,9	- 1,9	+ 3,5	+ 7,0	+ 6,6	+ 7,9	+ 7,4
Mai )	7) + 5,8	7) - 2,7	± 0,0	+ 6,9	+ 7,9	+ 7,4	+ 1,5	+ 4,1	+ 8,0	+ 5,2	+ 9,4	+ 5,1
Juni )	7) + 5,4	7) - 3,2	± 0,0	+ 6,6	+ 7,6	+ 8,1	+ 2,7	+ 1,5	+ 3,1	+ 3,5	+ 9,4	+ 9,3
Juli )	7) + 4,7	7) - 4,0	- 2,0	+ 6,1	+ 6,9	+ 8,1	- 0,8	+ 0,5	+ 2,4	+ 5,2	+ 10,9	+ 3,8
Aug. + p)	7) + 5,1	7) - 3,0	+ 0,1	+ 6,1	+ 5,9	+ 8,2	+ 2,3	+ 3,2	+ 5,6	+ 3,5	+ 7,9	+ 8,4

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Jahres- und Vierteljahreswerte auf Basis von Meldungen der Betriebe von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten, monatliche Aufteilung ab Januar 2007 auf Basis von Angaben der Betriebe mit mindestens 50 Beschäftigten, davor eines kleineren Berichtskreises. — ) Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Hauptgruppe Energie zugeordnet, sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden. — 2 Die Ergebnisse beziehen sich auf die Wirtschaftszweige „Vorbereitende Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“. — 3 Energieversor-

gung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung. — 4 Einschl. Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden. — 5 Einschl. Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. — 6 Einschl. Druckgewerbe. — 7 Vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der jährlichen Totalerhebung im Bauhauptgewerbe (durchschnittlich + 4%). — + Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljahrlichen Produktionserhebung für das III. Quartal 2007.

X. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitstäglich bereinigt o)

Zeit	Industrie		davon:						davon:			
	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %	Vorleistungsgüterproduzenten		Investitionsgüterproduzenten 1)		Konsumgüterproduzenten 2)		Gebrauchsgüterproduzenten		Verbrauchsgüterproduzenten 2)	
			2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %
insgesamt												
2002	98,2	- 0,1	96,4	+ 0,5	99,5	+ 0,1	99,0	- 2,4	95,7	- 4,1	101,0	- 1,4
2003	99,0	+ 0,8	97,8	+ 1,5	100,7	+ 1,2	95,6	- 3,4	90,4	- 5,5	98,8	- 2,2
2004	105,1	+ 6,2	105,0	+ 7,4	107,6	+ 6,9	95,1	- 0,5	89,3	- 1,2	98,7	- 0,1
2005	111,8	+ 6,4	110,0	+ 4,8	116,2	+ 8,0	99,7	+ 4,8	91,4	+ 2,4	104,9	+ 6,3
2006	123,8	+ 10,7	124,8	+ 13,5	127,5	+ 9,7	105,7	+ 6,0	98,9	+ 8,2	109,9	+ 4,8
2006 Aug.	118,9	+ 16,6	119,0	+ 16,2	121,9	+ 19,0	106,2	+ 7,6	89,2	+ 12,6	116,7	+ 5,5
Sept.	130,2	+ 10,8	131,1	+ 14,7	133,8	+ 8,7	112,4	+ 6,7	107,1	+ 8,1	115,7	+ 6,0
Okt.	129,7	+ 9,3	134,5	+ 14,8	129,8	+ 5,6	113,5	+ 6,6	112,3	+ 9,2	114,3	+ 5,0
Nov.	130,7	+ 8,0	134,8	+ 14,4	131,6	+ 3,3	113,7	+ 8,5	110,9	+ 7,1	115,5	+ 9,4
Dez.	123,5	+ 8,5	115,7	+ 12,1	136,5	+ 6,8	95,6	+ 4,9	87,1	+ 5,1	100,9	+ 4,9
2007 Jan.	127,2	+ 9,2	132,4	+ 13,9	128,1	+ 6,2	106,5	+ 5,9	99,3	+ 4,9	111,0	+ 6,4
Febr.	132,6	+ 12,1	130,3	+ 11,6	138,7	+ 13,7	115,2	+ 6,3	100,2	+ 4,0	124,6	+ 7,5
März	146,1	+ 14,3	144,3	+ 14,3	153,7	+ 16,1	120,7	+ 6,0	109,1	+ 3,0	127,8	+ 7,6
April	131,7	+ 9,2	133,6	+ 8,6	136,2	+ 10,2	107,4	+ 6,8	98,3	+ 0,8	113,1	+ 10,3
Mai	134,7	+ 12,3	135,5	+ 9,8	140,6	+ 15,2	107,2	+ 8,1	101,2	+ 4,8	110,9	+ 9,9
Juni	146,6	+ 18,0	141,7	+ 9,9	160,1	+ 26,1	107,6	+ 10,1	102,6	+ 7,3	110,7	+ 11,8
Juli	135,0	+ 7,4	136,2	+ 6,2	139,9	+ 8,9	111,1	+ 4,6	98,4	+ 5,1	119,0	+ 4,5
Aug. p)	124,6	+ 4,8	126,3	+ 6,1	126,6	+ 3,9	111,1	+ 4,6	92,6	+ 3,8	122,6	+ 5,1
aus dem Inland												
2002	94,6	- 3,1	94,6	- 1,9	94,7	- 3,4	94,6	- 5,3	92,0	- 7,5	96,3	- 3,9
2003	94,6	+ 0,0	95,0	+ 0,4	96,0	+ 1,4	89,9	- 5,0	86,3	- 6,2	92,1	- 4,4
2004	98,3	+ 3,9	100,4	+ 5,7	100,1	+ 4,3	87,2	- 3,0	83,0	- 3,8	89,8	- 2,5
2005	101,4	+ 3,2	103,6	+ 3,2	102,8	+ 2,7	91,1	+ 4,5	85,2	+ 2,7	94,7	+ 5,5
2006	110,9	+ 9,4	116,9	+ 12,8	110,5	+ 7,5	95,0	+ 4,3	92,2	+ 8,2	96,6	+ 2,0
2006 Aug.	108,7	+ 12,8	115,0	+ 16,2	107,3	+ 11,9	94,6	+ 5,0	83,1	+ 11,2	101,7	+ 2,2
Sept.	119,9	+ 13,6	122,7	+ 14,8	123,6	+ 15,1	101,8	+ 5,6	100,5	+ 8,9	102,6	+ 3,7
Okt.	118,5	+ 10,4	126,5	+ 14,0	115,9	+ 8,6	103,3	+ 4,8	105,2	+ 9,8	102,1	+ 1,7
Nov.	118,9	+ 9,8	127,4	+ 13,9	115,9	+ 6,6	103,1	+ 6,6	106,1	+ 9,5	101,3	+ 4,9
Dez.	106,8	+ 9,4	107,5	+ 12,9	112,7	+ 6,8	87,8	+ 6,7	82,0	+ 9,2	91,3	+ 5,2
2007 Jan.	113,7	+ 10,7	123,0	+ 14,0	111,4	+ 9,5	93,8	+ 3,4	92,1	+ 2,8	94,8	+ 3,8
Febr.	115,1	+ 11,1	120,9	+ 12,4	114,5	+ 12,7	100,6	+ 2,5	92,9	+ 2,2	105,4	+ 2,8
März	128,3	+ 13,0	132,8	+ 14,2	131,3	+ 14,4	107,1	+ 5,4	102,0	+ 3,8	110,2	+ 6,4
April	117,3	+ 9,8	124,8	+ 8,9	117,6	+ 12,0	94,8	+ 5,6	89,3	+ 1,1	98,2	+ 8,3
Mai	117,9	+ 8,9	127,4	+ 9,9	117,0	+ 8,9	93,1	+ 4,5	89,6	+ 0,6	95,2	+ 6,8
Juni	123,5	+ 12,0	131,5	+ 10,1	126,2	+ 15,4	92,8	+ 7,0	91,9	+ 4,9	93,4	+ 8,4
Juli	121,4	+ 8,0	129,2	+ 6,4	122,2	+ 10,9	96,7	+ 4,1	90,1	+ 4,9	100,7	+ 3,6
Aug. p)	113,1	+ 4,0	121,4	+ 5,6	110,6	+ 3,1	96,6	+ 2,1	84,5	+ 1,7	104,1	+ 2,4
aus dem Ausland												
2002	102,7	+ 3,6	99,1	+ 4,2	104,1	+ 3,5	108,6	+ 3,6	103,9	+ 3,5	111,4	+ 3,7
2003	104,4	+ 1,7	102,3	+ 3,2	105,1	+ 1,0	108,2	- 0,4	99,3	- 4,4	113,8	+ 2,2
2004	113,6	+ 8,8	112,2	+ 9,7	114,5	+ 8,9	112,6	+ 4,1	103,1	+ 3,8	118,5	+ 4,1
2005	124,8	+ 9,9	119,9	+ 6,9	128,5	+ 12,2	119,0	+ 5,7	105,0	+ 1,8	127,7	+ 7,8
2006	140,0	+ 12,2	137,3	+ 14,5	143,2	+ 11,4	129,4	+ 8,7	113,6	+ 8,2	139,3	+ 9,1
2006 Aug.	131,6	+ 20,8	125,2	+ 16,4	135,4	+ 25,0	131,7	+ 12,0	102,7	+ 15,1	149,9	+ 10,8
Sept.	143,0	+ 7,9	144,3	+ 14,6	143,3	+ 4,1	136,0	+ 8,7	121,6	+ 6,7	144,9	+ 9,7
Okt.	143,6	+ 8,0	147,1	+ 15,8	142,7	+ 3,6	136,1	+ 9,7	127,8	+ 8,2	141,3	+ 10,6
Nov.	145,4	+ 6,3	146,4	+ 15,4	146,1	+ 1,0	137,2	+ 11,9	121,3	+ 2,9	147,1	+ 17,2
Dez.	144,4	+ 7,8	128,5	+ 11,0	158,4	+ 6,8	113,0	+ 2,3	98,3	- 1,7	122,2	+ 4,4
2007 Jan.	144,0	+ 7,7	147,1	+ 13,9	143,5	+ 4,0	134,7	+ 9,9	115,0	+ 8,5	147,0	+ 10,4
Febr.	154,4	+ 12,9	144,9	+ 10,5	161,1	+ 14,4	147,6	+ 12,5	116,1	+ 7,5	167,2	+ 14,8
März	168,3	+ 15,5	162,3	+ 14,5	174,4	+ 17,3	150,7	+ 6,8	124,7	+ 1,6	167,0	+ 9,4
April	149,7	+ 8,6	147,3	+ 8,1	153,3	+ 9,0	135,4	+ 8,8	118,1	+ 0,4	146,1	+ 13,4
Mai	155,6	+ 15,9	148,2	+ 9,7	162,4	+ 19,7	138,5	+ 13,8	126,6	+ 11,9	145,9	+ 14,8
Juni	175,5	+ 23,9	157,6	+ 9,6	191,3	+ 33,6	140,3	+ 15,1	126,1	+ 11,5	149,3	+ 17,1
Juli	152,0	+ 6,8	147,2	+ 5,9	156,2	+ 7,5	143,1	+ 5,6	116,6	+ 5,4	159,6	+ 5,6
Aug. p)	138,9	+ 5,5	133,9	+ 6,9	141,3	+ 4,4	143,2	+ 8,7	110,4	+ 7,5	163,6	+ 9,1

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes, insbesondere ohne Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung und Mineralölverarbeitung; Ergebnisse für fachliche Betriebsteile; Angaben ohne Mehrwertsteuer; ab Januar 2006 basierend auf Meldungen der Betriebe mit mindestens 50 Beschäftigten, davor auf Meldun-

gen der Betriebe von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten. — o Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 Einschl. Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. — 2 Einschl. Druckgewerbe.

X. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt ◊)

Zeit	Deutschland						Westdeutschland 1)						Ostdeutschland 2)					
	insgesamt	davon:			insgesamt	davon:			insgesamt	davon:								
		Wohnungsbau	gewerblicher Bau 3)	öffentlicher Bau		Wohnungsbau	gewerblicher Bau 3)	öffentlicher Bau		Wohnungsbau	gewerblicher Bau 3)	öffentlicher Bau						
2000 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000 = 100			2000 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000 = 100			2000 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000 = 100						
2002	88,8	- 6,1	72,8	91,5	95,7	92,1	- 6,9	80,5	94,8	96,4	79,6	- 3,6	51,5	81,9	94,0			
2003	79,3	- 10,7	67,5	78,6	87,5	82,0	- 11,0	75,6	79,7	88,7	71,9	- 9,7	45,1	75,4	84,3			
2004	74,3	- 6,3	61,3	72,8	84,2	76,9	- 6,2	70,5	74,6	83,8	67,1	- 6,7	35,8	67,7	85,2			
2005	73,8	- 0,7	56,9	74,4	83,5	77,8	+ 1,2	66,5	78,0	84,8	62,6	- 6,7	30,5	64,2	80,1			
2006	77,6	+ 5,1	59,4	81,3	84,9	82,1	+ 5,5	68,9	84,8	87,3	65,3	+ 4,3	33,1	71,1	78,6			
2006 Juli	87,5	+ 7,4	68,5	84,7	102,5	91,7	+ 8,8	79,7	87,1	104,8	75,7	+ 2,6	37,6	77,6	96,5			
Aug.	84,2	+ 2,2	60,1	86,9	96,1	88,3	+ 1,7	70,7	89,6	97,9	72,9	+ 3,7	30,8	79,1	91,5			
Sept.	90,8	+ 1,9	66,5	93,9	102,5	94,6	+ 0,9	74,0	96,5	105,6	80,3	+ 5,2	45,7	86,6	94,5			
Okt.	76,5	+ 2,7	57,9	84,4	79,2	81,2	+ 2,4	68,6	87,2	82,2	63,6	+ 3,8	28,4	76,2	71,6			
Nov.	70,5	+ 4,3	50,7	80,3	71,9	74,5	+ 2,9	59,4	86,2	70,5	59,6	+ 9,8	26,8	63,4	75,3			
Dez.	70,3	- 6,1	56,2	83,9	63,8	72,7	- 7,5	60,4	88,2	62,4	63,9	- 1,1	44,8	71,4	67,4			
2007 Jan.	59,9	+ 19,1	43,4	69,6	59,3	64,6	+ 19,2	50,3	74,6	62,0	47,0	+ 18,7	24,3	55,1	52,1			
Febr.	64,0	+ 8,3	45,6	77,3	60,5	67,5	+ 4,0	53,4	83,1	58,4	54,5	+ 25,9	24,2	60,6	66,1			
März	93,1	+ 13,3	60,3	101,8	103,7	99,4	+ 15,2	71,2	107,1	108,4	75,7	+ 6,6	30,1	86,4	91,7			
April	87,7	+ 8,9	61,8	92,8	98,1	93,3	+ 9,9	68,5	98,8	102,5	72,5	+ 5,8	43,2	75,5	86,9			
Mai	89,6	+ 4,1	60,9	93,5	103,2	96,3	+ 2,6	70,6	100,8	107,5	71,2	+ 10,4	34,0	72,5	92,0			
Juni	96,0	+ 2,7	66,5	103,2	106,2	102,2	+ 4,4	76,0	109,0	110,9	78,8	- 3,0	40,4	86,3	93,9			
Juli	93,6	+ 7,0	60,0	103,3	103,5	100,7	+ 9,8	68,8	112,1	107,8	73,8	- 2,5	35,9	77,8	92,3			

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Angaben ohne Mehrwertsteuer. Die Ergebnisse beziehen sich auf die Wirtschaftszweige „Vorbereitende Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“. — ◊ Mit

Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 Ohne West-Berlin. — 2 Einschl. West-Berlin. — 3 Einschl. Bahn und Post.

5. Einzelhandelsumsätze *)

Kalenderbereinigt ◊)

Zeit	Einzelhandel 1)										Nachrichtlich:					
	darunter: nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen 2)										darunter:					
	Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren			Kosmetische, pharmazeutische und medizinische Produkte			Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Einrichtungsgesamstände, Haushaltsgeräte, Baubedarf		Einzelhandel zuzüglich Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen und zuzüglich Tankstellen			Einzelhandel mit Kraftwagen 3)		
2003 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %		2003 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %		2003 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2003 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2003 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %		2003 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %		
2002	100,5	- 1,6	- 1,3	98,3	+ 2,7	97,5	+ 3,5	105,7	- 5,0	101,0	- 7,9	99,9	- 0,8	- 0,8	98,1	+ 2,9
2003 4)	100,1	- 0,4	- 0,4	100,2	+ 1,9	100,0	+ 2,6	100,1	- 5,2	100,2	- 0,7	100,2	+ 0,3	± 0,0	100,5	+ 2,4
2004	101,8	+ 1,5	+ 1,6	103,3	+ 2,9	99,8	- 0,3	103,4	+ 2,9	103,6	+ 3,2	102,0	+ 1,7	+ 1,3	102,5	+ 2,0
2005	103,8	+ 2,3	+ 1,7	106,4	+ 3,3	104,8	+ 5,0	105,6	+ 2,4	101,9	- 1,5	104,0	+ 2,2	+ 1,5	104,9	+ 2,2
2006 5)	111,1	+ 1,2	+ 0,6	111,9	+ 0,3	111,8	+ 2,6	114,1	+ 2,6	115,1	+ 4,1	113,6	+ 2,4	+ 1,6	121,6	+ 6,8
2006 Aug. 5)	107,7	+ 1,4	+ 0,9	108,9	+ 0,3	107,0	+ 2,4	112,9	+ 7,2	109,9	+ 3,9	109,3	+ 3,0	+ 2,1	112,3	+ 8,9
Sept.	106,8	- 0,3	- 0,9	106,0	+ 0,1	107,8	- 0,6	108,2	- 1,5	111,7	+ 4,6	109,9	+ 1,3	+ 0,5	119,5	+ 6,7
Okt.	114,8	+ 0,5	± 0,0	109,8	- 2,1	114,2	+ 1,4	131,1	+ 1,9	123,8	+ 5,0	118,0	+ 2,3	+ 1,8	128,9	+ 9,7
Nov.	116,5	+ 0,3	- 0,2	111,2	- 1,9	115,7	+ 2,2	120,9	+ 0,8	129,2	+ 8,6	120,7	+ 3,0	+ 2,2	136,5	+ 12,8
Dez.	138,2	+ 2,9	+ 2,6	131,8	+ 0,2	132,0	+ 1,9	146,4	+ 4,2	153,3	+ 13,2	137,3	+ 7,0	+ 6,3	135,9	+ 25,1
2007 Jan.	99,3	- 2,2	- 3,0	102,7	- 0,1	106,3	- 0,7	95,9	- 2,6	99,4	- 1,6	95,7	- 4,3	- 5,3	82,9	- 11,7
Febr.	96,2	- 1,0	- 1,7	100,7	- 2,1	103,9	+ 1,7	86,7	+ 4,1	98,2	+ 1,4	95,8	- 2,2	- 3,2	94,3	- 5,8
März	112,1	+ 0,4	- 0,1	114,4	+ 0,5	115,7	+ 1,6	116,1	+ 4,4	119,6	+ 3,5	114,8	- 0,1	- 1,2	124,2	- 1,9
April	113,3	+ 1,6	+ 0,6	115,9	+ 2,3	114,5	+ 3,6	134,3	+ 9,6	114,7	- 1,0	115,0	- 0,5	- 1,9	119,7	- 6,8
Mai	107,8	- 2,5	- 3,2	112,6	- 0,9	112,5	+ 2,5	110,8	- 5,1	107,8	- 4,2	111,7	- 2,4	- 3,6	123,9	- 1,4
Juni	105,7	- 1,9	- 2,4	110,3	- 2,1	111,8	+ 2,4	109,2	+ 0,6	107,1	+ 0,5	110,1	- 1,8	- 2,8	124,2	- 1,0
Juli	108,5	- 0,5	- 0,7	111,9	- 3,6	116,9	+ 3,9	111,6	+ 2,2	108,8	+ 3,1	112,3	- 0,9	- 1,6	124,5	- 0,7
Aug.	105,5	- 2,0	- 2,9	107,5	- 1,3	110,5	+ 3,3	109,7	+ 2,8	107,8	- 1,9	107,2	- 1,9	- 3,2	111,8	- 0,4

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Ohne Mehrwertsteuer; Veränderungsdaten gegen Vorjahr jeweils auf Basis eines einheitlichen Berichtszeitraumes. — ◊ Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen. — 2 Angaben beziehen sich auf den Einzelhandel in Verkaufsräumen. —

3 Einschl. Kraftwagenteil und -zubehör. — 4 Entwicklung im Jahr 2003 ohne Niedersachen. — 5 Messzahlen ab Januar 2006 auf Basis einer um Neuzugänge erweiterten Stichprobe, vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

X. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *)

Zeit	Erwerbstätige 1)			Arbeitnehmer 1)		Beschäftigte 2)		Kurz- arbeiter 5)	Beschäftigte in Beschäftigung- schaffenden Maß- nahmen 6) 7)	Personen in be- ruflicher Weiter- bildung 7)	Arbeitslose 7)		Arbeits- losenquote 7) 8) %	Offene Stellen 7) Tsd			
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr		Tsd	Ver- änderung gegen Vorjahr %	Tsd	Bergbau und Verar- beiten- des Ge- werbe 3)				Tsd	Bau- haupt- gewerbe 4)			Tsd	Ver- änderung gegen Vorjahr Tsd	Arbeits- losenquote 7) 8) %
		%	Tsd														
Deutschland																	
2004	38 880	+ 0,4	+ 153	34 661	+ 0,0	6 019	769	151	117	184	4 381	+ 93	10,5	286			
2005	38 847	- 0,1	- 33	34 490	- 0,5	5 931	719	126 9)	60 9)	114 10)	4 861 10)	+ 479 10)	11,7 11)	413			
2006	39 089	+ 0,6	+ 242	34 694	+ 0,6 12)	5 249	710	67	51	124	4 487	- 374	10,8	564			
2006 Sept.	39 507	+ 0,8	+ 310			5 267	743	46	53	130	4 237	- 409	10,1	621			
Okt.	39 677	+ 0,8	+ 310			5 252	737	39	56	137	4 084	- 471	9,8	626			
Nov.	39 744	+ 0,9	+ 371	35 270	+ 0,9	5 251	734	36	56	141	3 995	- 536	9,6	609			
Dez.	39 616	+ 1,2	+ 453			5 236	718	63	52	134	4 008	- 597	9,6	592			
2007 Jan.	39 074	+ 1,8	+ 690			5 247	686	126	44	121	4 284	- 726	10,2 13)	594			
Febr.	39 143	+ 2,0	+ 762	34 754	+ 2,0	5 246	679	148	43	124	4 247	- 801	10,2	624			
März	39 276	+ 2,0	+ 777			5 255 14)	687	144	42	129	4 124	- 853	9,9	640			
April	39 461	+ 1,9	+ 730			5 255 14)	696	51	42	133	3 976	- 815	9,5	651			
Mai	39 652	+ 1,7	+ 656	35 170	+ 1,8	5 266 14)	699	48	42	135	3 812	- 727 15)	9,1	643			
Juni	39 794	+ 1,6	+ 636			5 284 14)	704	46	42	133	3 687	- 712	8,8	648			
Juli	39 786	+ 1,6	+ 633			5 319 14)	706	...	42 16)	123	3 715	- 671	8,9	650			
Aug.	17) 39 859	17) + 1,6	17) + 637	5 351	43 16)	117	3 705	- 666	8,8	648			
Sept.	44 16)	126	3 543	- 694	8,4	629			
Westdeutschland °)																	
2004	5 380	562	122	24	121	2 783	+ 89	8,5	239			
2005	5 214	529	101 9)	12 9)	76 10)	3 247 10)	+ 464 10)	9,9 11)	325			
2006	12) 4 650	525	54	10	85	3 007	- 240	9,1	436			
2006 Sept.	4 663	546	38	10	91	2 835	- 305	8,5	478			
Okt.	4 647	542	32	10	97	2 738	- 360	8,2	473			
Nov.	4 645	540	30	10	99	2 672	- 409	8,0	464			
Dez.	4 631	530	50	9	93	2 670	- 450	8,0	458			
2007 Jan.	4 642	509	93	9	83	2 830	- 532	8,5 13)	463			
Febr.	4 640	505	108	9	84	2 798	- 572	8,4	483			
März	4 647 14)	511	104	9	87	2 708	- 609	8,1	493			
April	4 645 14)	517	41	9	90	2 611	- 591	7,8	504			
Mai	4 655 14)	519	39	10	93	2 503	- 545 15)	7,5	502			
Juni	4 670 14)	522	36	10	91	2 427	- 539	7,3	511			
Juli	4 701 14)	524	...	16) 10	16) 85	2 450	- 510	7,3	515			
Aug.	4 728	16) 10	16) 80	2 444	- 498	7,3	511			
Sept.	16) 10	16) 87	2 334	- 501	7,0	498			
Ostdeutschland °)																	
2004	639	207	29	93	63	1 599	+ 4	18,4	47			
2005	717	189	25 9)	48 9)	38 10)	1 614 10)	+ 16 10)	18,7 11)	88			
2006	12) 599	185	13	42	39	1 480	- 134	17,3	129			
2006 Sept.	603	196	8	43	38	1 402	- 104	16,4	143			
Okt.	605	195	7	46	40	1 346	- 111	15,7	153			
Nov.	606	194	6	46	42	1 323	- 127	15,5	145			
Dez.	604	188	14	43	41	1 337	- 148	15,7	134			
2007 Jan.	604	177	33	35	39	1 454	- 194	17,0 13)	130			
Febr.	606	174	41	34	40	1 448	- 229	16,9	141			
März	608 14)	175	40	33	42	1 416	- 244	16,6	146			
April	610 14)	179	10	33	43	1 365	- 224	16,0	147			
Mai	611 14)	180	10	32	42	1 309	- 181 15)	15,2	141			
Juni	614 14)	181	10	32	42	1 260	- 173	14,7	137			
Juli	618 14)	182	...	16) 33	16) 39	1 265	- 161	14,7	134			
Aug.	622	16) 33	16) 36	1 262	- 169	14,7	137			
Sept.	16) 34	16) 39	1 209	- 193	14,1	131			

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. — * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitte; Jahreswerte: Eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. — ° Ohne West-Berlin. — + Einschl. West-Berlin. — 1 Inlandskonzept; Durchschnitt. — 2 Einschl. tätiger Inhaber; Monatswerte: Endstände. — 3 Bis Dezember 2004 Westdeutschland einschl., Ostdeutschland ohne West-Berlin. — 4 Die Ergebnisse beziehen sich auf die Wirtschaftszweige „Vorbereitende Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“. — 5 Anzahl innerhalb eines Monats. — 6 Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Struktur Anpassungsmaßnahmen (SAM). — 7 Stand zur Monatsmitte; bis Dezember 2004 Endstände. — 8 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. — 9 An-
gaben ohne Optionskommunen. — 10 Ab Januar 2005 Arbeitslose einschl. erwerbsfähiger Sozialhilfeempfänger. — 11 Ab Januar 2005 einschl. Angebote für Arbeitsgelegenheiten. — 12 Ab Januar 2006 Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten, davor Betriebe von Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr. — 13 Ab Januar 2007 werden Stellenangebote für Saisonbeschäftigten nur noch dann erfasst, wenn sie auf nicht-namentlichen Anforderungen des Arbeitgebers basieren. — 14 Bis zur Anpassung an die Ergebnisse der jährlichen Totalerhebung vorläufig. — 15 Ab Mai 2007 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen. — 16 Auf Basis bisher eingegangener Meldungen hochgerechnete Angaben der Bundesagentur für Arbeit. — 17 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamtes.

ben ohne Optionskommunen. — 10 Ab Januar 2005 Arbeitslose einschl. erwerbsfähiger Sozialhilfeempfänger. — 11 Ab Januar 2005 einschl. Angebote für Arbeitsgelegenheiten. — 12 Ab Januar 2006 Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten, davor Betriebe von Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr. — 13 Ab Januar 2007 werden Stellenangebote für Saisonbeschäftigten nur noch dann erfasst, wenn sie auf nicht-namentlichen Anforderungen des Arbeitgebers basieren. — 14 Bis zur Anpassung an die Ergebnisse der jährlichen Totalerhebung vorläufig. — 15 Ab Mai 2007 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen. — 16 Auf Basis bisher eingegangener Meldungen hochgerechnete Angaben der Bundesagentur für Arbeit. — 17 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamtes.

X. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Verbraucherpreisindex							Baupreisindex 2)	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz 3)	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 3)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe 4)	
	insgesamt	davon:					Ausfuhr				Einfuhr	Energie 5)	sonstige Rohstoffe 6)	
		Nahrungsmittel	andere Ver- u. Gebrauchsgüter ohne Energie 1) 2)	Energie 1)	Dienstleistungen ohne Wohnungsmieten 2)	Wohnungsmieten								
2000 = 100														
2002	7) 103,4	106,1	101,1	106,0	104,9	102,6	100,2	7) 102,4	100,0	100,8	98,4	86,1	91,1	
2003	8) 104,5	106,0	101,4	110,2	106,4	103,8	100,3	8) 104,1	101,3	100,6	96,2	82,9	86,9	
2004	9)10) 106,2	105,7	102,9	114,8	108,9	104,8	101,4	10) 105,8	99,7	101,1	97,2	101,4	96,3	
2005	11) 108,3	105,8	103,8	126,6	111,1	105,9	102,7	11) 110,7	98,8	102,4	101,4	139,5	105,4	
2006	12) 110,1	107,7	104,4	137,3	112,1	107,0	105,3	12) 116,8	107,6	104,8	106,7	163,9	131,5	
2005 Dez.	11) 109,6	105,5	104,2	131,0	113,7	106,3		11) 112,8	101,4	103,1	103,8	152,0	115,8	
2006 Jan.	109,1	106,6	103,7	134,4	110,7	106,5		114,1	101,1	103,3	104,7	163,7	120,1	
Febr.	109,5	107,1	104,0	134,7	111,6	106,7	103,7	114,9	103,3	103,7	105,1	160,9	124,5	
März	109,5	107,0	104,4	135,0	111,3	106,7		115,5	104,8	104,0	105,6	163,6	123,7	
April	109,9	107,4	104,4	139,2	111,2	106,8		116,6	105,9	104,5	107,0	177,8	129,3	
Mai	110,1	108,4	104,3	139,8	111,3	106,9	104,4	116,7	106,2	104,8	107,2	171,6	134,5	
Juni	110,3	108,5	104,2	140,7	111,7	107,0		117,1	106,9	104,8	107,0	172,7	130,0	
Juli	110,7	108,1	103,9	142,1	113,6	107,1		117,7	105,9	105,2	108,3	182,1	135,6	
Aug.	110,6	107,7	103,8	141,3	113,3	107,2	105,9	117,9	109,8	105,2	108,5	178,5	134,3	
Sept.	110,2	108,0	104,4	136,1	112,3	107,2		117,5	109,6	105,2	107,1	155,4	133,7	
Okt.	12) 110,3	107,5	105,2	135,4	112,2	107,3		12) 117,8	108,4	105,6	106,8	146,8	139,0	
Nov.	110,2	107,8	105,4	134,6	111,6	107,4	107,1	117,8	110,9	105,7	106,4	144,9	137,7	
Dez.	111,1	108,3	105,3	134,6	114,8	107,4		117,8	111,3	105,6	106,1	148,7	136,3	
2007 Jan.	13) 110,9	109,5	105,6	136,5	112,8	107,7		117,8	111,1	105,8	105,4	133,2	138,8	
Febr.	111,3	109,3	105,8	137,6	113,9	107,8	111,7	118,1	113,1	106,0	105,9	142,2	141,8	
März	111,6	109,1	106,1	139,8	113,6	107,9		118,4	113,1	106,2	106,5	147,7	145,5	
April	14) 112,0	110,3	106,1	141,6	114,1	108,0		118,5	112,2	106,5	107,5	154,9	149,1	
Mai	112,2	110,2	106,2	142,5	114,6	108,1	112,6	118,9	113,0	106,7	107,8	154,7	150,5	
Juni	112,3	110,3	105,9	143,0	114,9	108,1		119,1	113,6	106,9	108,4	164,3	148,5	
Juli	112,8	110,1	105,6	144,2	116,7	108,2		119,0	p) 117,5	106,9	108,7	172,7	146,2	
Aug.	112,7	110,4	105,7	142,4	116,7	108,3	113,3	119,1	p) 121,4	106,9	107,9	166,8	141,5	
Sept.	112,8	110,9	106,3	144,2	115,6	108,4		177,4	142,9	
Veränderung gegenüber Vorjahr in %														
2002	7) + 1,4	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,3	+ 2,4	+ 1,4	- 0,1	7) - 0,6	- 6,6	- 0,2	- 2,2	- 5,8	- 0,9	
2003	8) + 1,1	- 0,1	+ 0,3	+ 4,0	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,1	8) + 1,7	+ 1,3	- 0,2	- 2,2	- 3,7	- 4,6	
2004	9)10) + 1,6	- 0,3	+ 1,5	+ 4,2	+ 2,3	+ 1,0	+ 1,1	10) + 1,6	- 1,6	+ 0,5	+ 1,0	+ 22,3	+ 10,8	
2005	11) + 2,0	+ 0,1	+ 0,9	+ 10,3	+ 2,0	+ 1,0	+ 1,3	11) + 4,6	- 0,9	+ 1,3	+ 4,3	+ 37,6	+ 9,4	
2006	12) + 1,7	+ 1,8	+ 0,6	+ 8,5	+ 0,9	+ 1,0	+ 2,5	12) + 5,5	+ 8,9	+ 2,3	+ 5,2	+ 17,5	+ 24,8	
2005 Dez.	11) + 2,1	+ 0,2	+ 0,5	+ 14,4	+ 1,8	+ 1,0		11) + 5,2	+ 2,7	+ 1,9	+ 6,8	+ 57,0	+ 29,8	
2006 Jan.	+ 2,1	+ 0,9	+ 0,2	+ 15,5	+ 0,8	+ 1,0		+ 5,6	+ 3,6	+ 1,8	+ 6,8	+ 52,3	+ 25,5	
Febr.	+ 2,1	+ 0,8	+ 0,4	+ 14,6	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,2	+ 5,9	+ 4,6	+ 1,9	+ 6,4	+ 44,4	+ 25,5	
März	+ 1,8	+ 0,4	+ 0,7	+ 11,8	+ 0,9	+ 1,0		+ 5,9	+ 4,8	+ 1,9	+ 5,5	+ 30,6	+ 20,0	
April	+ 2,0	+ 0,9	+ 0,7	+ 12,9	+ 1,4	+ 1,0		+ 6,1	+ 7,6	+ 2,4	+ 6,9	+ 38,7	+ 25,4	
Mai	+ 1,9	+ 1,2	+ 0,7	+ 13,7	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,9	+ 6,2	+ 7,9	+ 2,7	+ 7,5	+ 38,1	+ 31,5	
Juni	+ 2,0	+ 1,4	+ 0,7	+ 11,8	+ 1,0	+ 1,0		+ 6,1	+ 8,5	+ 2,5	+ 5,6	+ 19,4	+ 22,0	
Juli	+ 1,9	+ 2,1	+ 0,7	+ 10,2	+ 1,3	+ 1,0		+ 6,0	+ 8,6	+ 2,7	+ 6,3	+ 20,0	+ 26,7	
Aug.	+ 1,7	+ 2,7	+ 0,7	+ 7,9	+ 0,7	+ 1,1	+ 3,1	+ 5,9	+ 11,2	+ 2,7	+ 5,5	+ 10,9	+ 26,8	
Sept.	+ 1,0	+ 3,1	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,1		+ 5,1	+ 11,4	+ 2,3	+ 3,7	- 3,2	+ 26,4	
Okt.	12) + 1,1	+ 3,0	+ 0,9	- 0,1	+ 0,9	+ 1,1		12) + 4,6	+ 9,7	+ 2,5	+ 3,0	- 4,7	+ 28,7	
Nov.	+ 1,5	+ 3,1	+ 1,0	+ 2,8	+ 1,1	+ 1,1	+ 4,0	+ 4,7	+ 10,5	+ 2,6	+ 2,8	- 2,4	+ 22,9	
Dez.	+ 1,4	+ 2,7	+ 1,1	+ 2,7	+ 1,0	+ 1,0		+ 4,4	+ 9,8	+ 2,4	+ 2,2	- 2,2	+ 17,7	
2007 Jan.	13) + 1,6	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,1		+ 3,2	+ 9,9	+ 2,4	+ 0,7	- 18,6	+ 15,6	
Febr.	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,0	+ 7,7	+ 2,8	+ 9,5	+ 2,2	+ 0,8	- 11,6	+ 13,9	
März	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,6	+ 3,6	+ 2,1	+ 1,1		+ 2,5	+ 7,9	+ 2,1	+ 0,9	- 9,7	+ 17,6	
April	14) + 1,9	+ 2,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 2,6	+ 1,1		+ 1,6	+ 5,9	+ 1,9	+ 0,5	- 12,9	+ 15,3	
Mai	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,9	+ 3,0	+ 1,1	+ 7,9	+ 1,9	+ 6,4	+ 1,8	+ 0,6	- 9,8	+ 11,9	
Juni	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 2,9	+ 1,0		+ 1,7	+ 6,3	+ 2,0	+ 1,3	- 4,9	+ 14,2	
Juli	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,7	+ 1,0		+ 1,1	p) + 11,0	+ 1,6	+ 0,4	- 5,2	+ 7,8	
Aug.	+ 1,9	+ 2,5	+ 1,8	+ 0,8	+ 3,0	+ 1,0	+ 7,0	+ 1,0	p) + 10,6	+ 1,6	- 0,6	- 6,6	+ 5,4	
Sept.	+ 2,4	+ 2,7	+ 1,8	+ 6,0	+ 2,9	+ 1,1		+ 14,2	+ 6,9	

Quelle: Statistisches Bundesamt; für den Index der Weltmarktpreise: HWWI-Institut. — 1 Strom, Gas und andere Brennstoffe sowie Kraftstoffe. — 2 Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 3 Ohne Mehrwertsteuer. — 4 HWWI-Rohstoffpreisindex „Euroland“ auf Euro-Basis. — 5 Kohle und Rohöl. — 6 Nahrungs- und Genussmittel sowie Industrierohstoffe. — 7 Ab Januar 2002 Erhöhung der Besteuerung des Energieverbrauchs; Anhebung der Tabaksteuer; beim Verbraucherpreisindex zusätzlich: Erhöhung der Versicherungssteuer. — 8 Ab Januar 2003 Erhöhung

der Besteuerung des Energieverbrauchs; Anhebung der Tabaksteuer. — 9 Ab Januar 2004 Erhöhung der Preise für die Gesundheitspflege. — 10 Ab März sowie ab Dezember 2004 Anhebung der Tabaksteuer. — 11 Ab September 2005 Anhebung der Tabaksteuer. — 12 Ab Oktober 2006 Erhöhung der Preise für Tabakwaren. — 13 Ab Januar 2007 Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer und der Versicherungssteuer von 16% auf 19%. — 14 Ab April 2007 Einführung von Studiengebühren in einigen Bundesländern.

X. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2000	883,4	3,4	569,6	4,0	339,9	2,8	909,5	3,6	1 337,4	3,1	123,2	0,4	9,2
2001	902,0	2,1	590,0	3,6	353,8	4,1	943,9	3,8	1 389,5	3,9	130,9	6,2	9,4
2002	908,2	0,7	591,9	0,3	367,7	3,9	959,6	1,7	1 402,8	1,0	139,3	6,4	9,9
2003	908,3	0,0	589,0	- 0,5	378,3	2,9	967,2	0,8	1 431,8	2,1	147,2	5,6	10,3
2004	914,3	0,7	603,5	2,5	378,7	0,1	982,3	1,6	1 459,3	1,9	151,8	3,2	10,4
2005	911,9	- 0,3	602,8	- 0,1	378,9	0,0	981,7	- 0,1	1 482,6	1,6	156,2	2,9	10,5
2006	926,0	1,5	605,4	0,4	379,2	0,1	984,6	0,3	1 515,9	2,3	158,4	1,5	10,5
2005 4.Vj.	252,2	- 0,2	164,7	- 0,5	94,4	0,0	259,2	- 0,3	379,9	1,3	34,6	3,4	9,1
2006 1.Vj.	214,4	0,3	140,6	- 0,7	96,0	0,7	236,6	- 0,2	377,9	2,7	52,5	1,3	13,9
2.Vj.	223,5	1,7	143,5	0,3	95,3	0,5	238,8	0,4	372,6	1,8	37,2	1,9	10,0
3.Vj.	230,8	2,0	154,9	1,0	94,3	0,1	249,2	0,6	374,4	1,5	33,7	1,6	9,0
4.Vj.	257,3	2,0	166,5	1,1	93,5	- 1,0	260,0	0,3	391,1	2,9	35,0	1,1	9,0
2007 1.Vj.	222,1	3,6	145,2	3,3	94,8	- 1,3	240,0	1,4	385,0	1,9	55,8	6,3	14,5
2.Vj.	231,1	3,4	147,1	2,5	93,5	- 2,0	240,6	0,7	380,0	2,0	39,4	5,9	10,4

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2007. — * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 1 Inländerkonzept. — 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. — 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. — 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich emp-

fangene monetäre Sozialleistungen. — 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. — 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. — 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis				Grundvergütungen 2)			
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen					
2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr	
2000	100,0	2,0	100,0	2,0	100,0	2,1	100,0	2,1	100,0	1,5
2001	102,0	2,0	101,9	1,9	102,2	2,2	102,2	2,2	101,8	1,8
2002	104,7	2,7	104,6	2,7	104,6	2,3	104,6	2,3	103,2	1,3
2003	106,8	2,0	106,8	2,1	106,9	2,2	107,1	2,4	104,5	1,3
2004	108,1	1,2	108,2	1,3	108,3	1,3	108,9	1,6	105,1	0,6
2005	109,1	0,9	109,4	1,1	109,3	0,9	110,0	1,0	105,4	0,3
2006	110,2	1,1	110,8	1,3	110,3	0,9	111,0	0,9	106,3	0,9
2005 4.Vj.	121,7	0,6	122,1	0,8	121,9	0,7	110,3	0,8	115,0	0,0
2006 1.Vj.	102,0	0,9	102,5	1,1	102,0	0,7	110,4	0,7	100,1	0,4
2.Vj.	102,8	1,6	103,3	1,8	102,4	0,9	110,8	0,8	103,1	1,0
3.Vj.	112,6	0,3	113,1	0,5	112,9	0,4	111,3	1,1	105,6	1,1
4.Vj.	123,6	1,5	124,3	1,8	123,7	1,5	111,5	1,1	116,3	1,1
2007 1.Vj.	102,6	0,6	103,3	0,8	103,2	1,2	111,7	1,2	101,6	1,5
2.Vj.	104,6	1,7	105,2	1,9	103,7	1,3	112,2	1,3	104,6	1,5
2007 Febr.	102,4	0,0	103,1	0,3	103,2	1,2	111,7	1,2	.	.
März	102,4	0,3	103,1	0,4	103,3	1,3	111,8	1,3	.	.
April	103,9	0,1	104,5	0,3	103,4	1,2	111,9	1,2	.	.
Mai	106,1	3,5	106,8	3,7	103,7	1,2	111,9	1,2	.	.
Juni	103,7	1,5	104,4	1,7	104,2	1,5	112,8	1,5	.	.
Juli	134,7	1,3	135,6	1,4	135,0	1,5	113,0	1,6	.	.
Aug.	103,9	1,4	104,5	1,6	104,5	1,7	113,2	1,7	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. — 2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenver-

einbarungen. — 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2007.

XI. Außenwirtschaft
1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	2004	2005	2006	2006		2007			Juli
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	Mai	Juni	
A. Leistungsbilanz	+ 60 748	- 1 878	- 9 728	+ 17 650	- 187	- 1 412	- 11 634	+ 13 833	+ 3 251
1. Warenhandel									
Ausfuhr (fob)	1 129 339	1 224 238	1 389 047	373 194	361 341	373 240	123 292	130 418	129 747
Einfuhr (fob)	1 028 883	1 178 862	1 360 441	355 372	352 779	352 980	118 866	119 089	121 880
Saldo	+ 100 453	+ 45 377	+ 28 603	+ 17 822	+ 8 562	+ 20 259	+ 4 425	+ 11 329	+ 7 867
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	366 385	401 750	429 334	110 172	105 261	116 719	38 408	41 584	42 928
Ausgaben	333 777	366 986	393 567	101 682	97 495	102 317	34 454	34 644	38 837
Saldo	+ 32 611	+ 34 765	+ 35 765	+ 8 490	+ 7 765	+ 14 402	+ 3 955	+ 6 940	+ 4 091
3. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	- 13 736	- 11 556	+ 1 409	+ 6 744	+ 4 704	- 19 516	- 14 880	- 622	- 1 237
4. Laufende Übertragungen									
fremde Leistungen	82 110	85 390	86 578	27 738	26 747	18 452	6 983	6 512	5 369
eigene Leistungen	140 694	155 856	162 087	43 144	47 965	35 009	12 117	10 326	12 840
Saldo	- 58 582	- 70 465	- 75 506	- 15 405	- 21 219	- 16 557	- 5 134	- 3 814	- 7 471
B. Saldo der Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nicht-produzierten Vermögensgütern	+ 16 554	+ 12 148	+ 10 151	+ 4 820	+ 4 995	+ 2 562	+ 1 887	+ 78	+ 854
C. Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)	- 18 739	+ 25 499	+ 117 058	- 45 765	+ 4 692	+ 23 248	+ 1 958	- 19 505	+ 50 629
1. Direktinvestitionen	- 68 646	- 209 989	- 158 803	- 59 446	- 14 603	- 69 087	- 24 227	- 37 443	+ 2 650
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 161 011	- 301 628	- 322 571	- 80 237	- 92 012	- 109 392	- 41 303	- 42 770	- 13 116
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 92 364	+ 91 640	+ 163 767	+ 20 792	+ 77 408	+ 40 304	+ 17 076	+ 5 326	+ 15 767
2. Wertpapieranlagen	+ 72 892	+ 146 090	+ 263 475	+ 120 394	+ 129 810	+ 69 518	+ 2 462	+ 70 614	+ 33 935
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 343 938	- 411 305	- 494 657	- 140 350	- 147 395	- 149 740	- 63 878	- 39 394	- 34 597
Aktien	- 106 544	- 134 268	- 135 275	- 28 012	- 17 622	- 10 235	- 2 207	+ 3 981	- 1 681
Anleihen	- 179 379	- 262 476	- 294 288	- 88 106	- 93 765	- 116 856	- 51 483	- 32 076	- 35 273
Geldmarktpapiere	- 58 016	- 14 560	- 65 097	- 24 233	- 36 010	- 22 648	- 10 187	- 11 299	+ 2 357
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 416 832	+ 557 394	+ 758 128	+ 260 743	+ 277 206	+ 219 258	+ 66 340	+ 110 008	+ 68 532
Aktien	+ 126 798	+ 263 207	+ 289 697	+ 83 002	+ 113 513	+ 71 508	+ 12 169	+ 71 004	+ 52 184
Anleihen	+ 273 518	+ 248 605	+ 464 355	+ 185 191	+ 141 834	+ 110 892	+ 36 442	+ 39 350	+ 14 604
Geldmarktpapiere	+ 16 517	+ 45 584	+ 4 079	- 7 448	+ 21 858	+ 36 857	+ 17 728	- 346	+ 1 744
3. Finanzderivate	- 8 286	- 13 871	- 1 871	- 93	- 16 410	- 14 061	- 791	- 9 697	- 10 661
4. Übriger Kapitalverkehr (Saldo)	- 27 150	+ 85 270	+ 15 529	- 104 178	- 92 487	+ 41 038	+ 25 243	- 41 068	+ 27 896
Eurosistem	+ 8 198	+ 5 755	+ 15 682	+ 3 602	+ 147	+ 7 397	- 3 301	+ 7 225	- 6 216
Staat	- 5 435	+ 2 943	+ 4 543	- 8 713	+ 8 794	- 17 659	- 6 134	- 12 550	+ 16 133
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosystem)	- 14 447	+ 87 965	- 31 401	- 112 016	- 23 724	+ 47 007	+ 49 109	- 41 039	+ 8 780
langfristig	- 10 840	- 41 659	- 50 063	- 45 396	- 46 856	+ 6 768	+ 18 831	- 14 403	- 1 097
kurzfristig	- 3 604	+ 129 628	+ 18 660	- 66 620	+ 23 130	+ 40 239	+ 30 277	- 26 636	+ 9 877
Unternehmen und Privatpersonen	- 15 467	- 11 398	+ 26 705	+ 12 947	- 77 702	+ 4 293	- 14 430	+ 5 296	+ 9 199
5. Veränderung der Währungsreserven des Eurosystems (Zunahme: -)	+ 12 453	+ 18 002	- 1 275	- 2 443	- 1 618	- 4 160	- 729	- 1 911	- 3 191
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	- 58 562	- 35 772	- 117 482	+ 23 295	- 9 501	- 24 399	+ 7 789	+ 5 593	- 54 734

* Quelle: Europäische Zentralbank.

XI. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland
(Salden)

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern	Kapitalbilanz		Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	
	Saldo der Leistungsbilanz	Außenhandel 1)	Ergänzungen zum Außenhandel 2)	Dienstleistungen 3)	Erwerbs- und Vermögenseinkommen	laufende Übertragungen		insgesamt 4)	darunter Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten 5)		
	Mio DM										
1993	- 31 450	+ 60 304	- 3 217	- 52 549	+ 19 095	- 55 083	- 1 915	+ 43 448	+ 22 795	- 10 082	
1994	- 49 418	+ 71 762	- 1 318	- 62 803	+ 2 393	- 59 451	- 2 637	+ 60 708	+ 2 846	- 8 653	
1995	- 42 363	+ 85 303	- 4 294	- 63 985	+ 3 975	- 55 413	- 3 845	+ 50 117	- 10 355	- 3 909	
1996	- 21 086	+ 98 538	- 4 941	- 64 743	+ 1 052	- 50 991	- 3 283	+ 24 290	+ 1 882	+ 79	
1997	- 17 336	+ 116 467	- 7 875	- 68 692	- 4 740	- 52 496	+ 52	+ 6 671	+ 6 640	+ 10 613	
1998	- 28 695	+ 126 970	- 8 917	- 75 053	- 18 635	- 53 061	+ 1 289	+ 25 683	- 7 128	+ 1 724	
1999	- 49 241	+ 127 542	- 15 947	- 90 036	- 22 325	- 48 475	- 301	+ 20 332	+ 24 517	+ 69 874	
2000	- 68 913	+ 115 645	- 17 742	- 95 848	- 16 302	- 54 666	+ 13 345	+ 66 863	+ 11 429	- 11 294	
2001	+ 830	+ 186 771	- 14 512	- 97 521	- 21 382	- 52 526	- 756	- 23 068	+ 11 797	+ 22 994	
	Mio €										
1999	- 25 177	+ 65 211	- 8 153	- 46 035	- 11 415	- 24 785	- 154	- 10 396	+ 12 535	+ 35 726	
2000	- 35 235	+ 59 128	- 9 071	- 49 006	- 8 335	- 27 950	+ 6 823	+ 34 187	+ 5 844	- 5 775	
2001	+ 425	+ 95 495	- 7 420	- 49 862	- 10 932	- 26 856	- 387	- 11 794	+ 6 032	+ 11 757	
2002	+ 42 976	+ 132 788	- 8 552	- 35 728	- 18 019	- 27 514	- 212	- 38 448	+ 2 065	+ 4 316	
2003	+ 40 931	+ 129 921	- 11 142	- 34 497	- 15 067	- 28 283	+ 311	- 61 770	+ 445	+ 20 528	
2004	+ 94 899	+ 156 096	- 16 990	- 29 419	+ 13 091	- 27 879	+ 430	- 117 968	+ 1 470	+ 22 639	
2005	+ 103 053	+ 158 179	- 18 501	- 28 880	+ 20 778	- 28 524	- 1 270	- 119 385	+ 2 182	+ 17 601	
2006	+ 117 179	+ 162 156	- 18 725	- 22 430	+ 22 973	- 26 795	- 192	- 140 732	+ 2 934	+ 23 745	
2004 3.Vj.	+ 17 038	+ 36 436	- 4 759	- 10 866	+ 4 630	- 8 403	+ 192	- 23 483	+ 1 568	+ 6 254	
4.Vj.	+ 22 848	+ 34 998	- 4 595	- 6 003	+ 5 182	- 6 733	- 218	- 29 756	+ 37	+ 7 126	
2005 1.Vj.	+ 31 658	+ 43 196	- 4 056	- 5 773	+ 5 541	- 7 250	- 1 492	- 27 301	- 181	- 2 866	
2.Vj.	+ 25 632	+ 40 670	- 4 392	- 6 013	+ 1 617	- 6 249	+ 107	- 40 227	+ 1 230	+ 14 488	
3.Vj.	+ 21 848	+ 40 695	- 4 730	- 12 329	+ 5 775	- 7 563	+ 59	- 12 025	- 783	- 9 883	
4.Vj.	+ 23 915	+ 33 619	- 5 323	- 4 765	+ 7 845	- 7 461	+ 56	- 39 833	+ 1 916	+ 15 861	
2006 1.Vj.	+ 25 279	+ 39 241	- 5 069	- 6 203	+ 7 492	- 10 183	+ 151	- 36 804	+ 1 082	+ 11 374	
2.Vj.	+ 25 699	+ 36 901	- 4 165	- 3 628	+ 1 597	- 5 005	+ 9	- 56 066	+ 367	+ 30 357	
3.Vj.	+ 22 386	+ 39 454	- 4 678	- 11 175	+ 6 887	- 8 101	- 253	- 12 802	+ 844	- 9 331	
4.Vj.	+ 43 814	+ 46 560	- 4 813	- 1 424	+ 6 996	- 3 505	- 100	- 35 060	+ 642	- 8 655	
2007 1.Vj.	+ 37 220	+ 48 826	- 3 497	- 4 704	+ 7 353	- 10 758	+ 182	- 75 447	+ 100	+ 38 045	
2.Vj.	+ 35 627	+ 48 814	- 2 922	- 3 347	- 2 107	- 4 812	+ 835	- 88 989	- 1 359	+ 52 528	
2005 März	+ 12 443	+ 16 268	- 1 314	- 2 508	+ 2 305	- 2 307	- 164	- 27 650	- 322	+ 15 370	
April	+ 7 505	+ 12 407	- 1 331	- 1 582	- 617	- 1 373	- 199	- 22 266	+ 404	+ 14 960	
Mai	+ 6 091	+ 11 966	- 1 327	- 2 527	+ 69	- 2 091	+ 272	- 4 304	- 141	- 2 059	
Juni	+ 12 036	+ 16 296	- 1 734	- 1 904	+ 2 164	- 2 786	+ 34	- 13 656	+ 967	+ 1 587	
Juli	+ 7 748	+ 13 545	- 1 511	- 3 634	+ 1 735	- 2 388	+ 103	- 5 657	+ 324	- 2 194	
Aug.	+ 4 848	+ 12 235	- 1 564	- 5 192	+ 1 707	- 2 337	- 86	- 501	+ 932	+ 4 261	
Sept.	+ 9 252	+ 14 915	- 1 655	- 3 503	+ 2 334	- 2 839	+ 42	- 5 866	- 2 039	- 3 428	
Okt.	+ 7 610	+ 11 788	- 2 185	- 2 300	+ 2 646	- 2 338	+ 329	- 9 339	+ 207	+ 1 400	
Nov.	+ 9 805	+ 12 951	- 1 678	- 927	+ 2 521	- 3 061	- 107	- 15 276	+ 1 059	+ 5 579	
Dez.	+ 6 500	+ 8 880	- 1 460	- 1 537	+ 2 679	- 2 062	- 166	- 15 217	+ 650	+ 8 883	
2006 Jan.	+ 7 686	+ 12 376	- 1 988	- 2 627	+ 2 357	- 2 431	+ 7	- 14 489	- 26	+ 6 795	
Febr.	+ 8 136	+ 12 742	- 1 088	- 992	+ 2 746	- 5 272	+ 282	- 10 688	+ 1 534	+ 2 270	
März	+ 9 456	+ 14 123	- 1 992	- 2 584	+ 2 389	- 2 479	- 138	- 11 627	+ 426	+ 2 309	
April	+ 8 798	+ 11 023	- 1 022	- 840	+ 1 868	- 2 231	- 145	- 14 735	+ 1 475	+ 6 081	
Mai	+ 4 864	+ 12 751	- 1 780	- 1 666	- 3 257	- 1 184	- 283	- 17 582	- 1 067	+ 13 001	
Juni	+ 12 038	+ 13 127	- 1 363	- 1 122	+ 2 986	- 1 590	+ 437	- 23 750	- 41	+ 11 275	
Juli	+ 7 300	+ 12 980	- 1 922	- 3 067	+ 2 245	- 2 936	- 229	+ 8 096	- 332	- 15 167	
Aug.	+ 5 274	+ 11 026	- 1 189	- 4 363	+ 2 124	- 2 324	+ 146	- 7 491	+ 698	+ 2 071	
Sept.	+ 9 813	+ 15 448	- 1 567	- 3 746	+ 2 519	- 2 842	- 171	- 13 407	+ 478	+ 3 765	
Okt.	+ 13 066	+ 17 143	- 1 666	- 1 675	+ 2 554	- 3 291	+ 5	+ 2 302	+ 401	- 15 373	
Nov.	+ 15 062	+ 18 342	- 1 667	- 1 042	+ 2 156	- 2 726	- 75	- 17 760	- 102	+ 2 772	
Dez.	+ 15 686	+ 11 075	- 1 481	+ 1 294	+ 2 286	+ 2 512	- 30	- 19 602	+ 342	+ 3 945	
2007 Jan.	+ 11 169	+ 16 175	- 1 326	- 3 571	+ 1 700	- 1 809	+ 249	- 8 796	- 458	- 2 621	
Febr.	+ 8 468	+ 14 153	- 883	- 861	+ 2 659	- 6 601	+ 29	- 34 723	+ 566	+ 26 226	
März	+ 17 584	+ 18 498	- 1 287	- 272	+ 2 994	- 2 349	- 96	- 31 929	- 8	+ 14 440	
April	+ 10 300	+ 14 992	- 1 081	- 1 143	- 505	- 1 963	+ 191	- 18 666	- 1 215	+ 8 175	
Mai	+ 8 878	+ 17 292	- 1 086	- 1 600	- 4 905	- 824	+ 698	- 31 130	- 657	+ 21 555	
Juni	+ 16 449	+ 16 531	- 755	- 604	+ 3 302	- 2 025	- 54	- 39 193	+ 513	+ 22 798	
Juli	+ 13 509	+ 17 944	- 1 281	- 3 134	+ 2 915	- 2 935	+ 398	- 3 746	+ 121	- 10 160	
Aug. p)	+ 9 089	+ 14 100	- 590	- 4 642	+ 3 046	- 2 824	- 43	- 6 976	- 21	- 2 071	

1 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob. Ab Januar 2007 ohne Warenlieferungen zur bzw. nach Reparatur/Wartung, die bis Dezember 2006 über die Ergänzungen zum Außenhandel abgesetzt wurden. — 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische

Rechnung und Absetzung der Rückwaren. — 3 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten. — 4 Saldo der Kapitalbilanz einschließlich Veränderung der Währungsreserven. Kapalexport: - . — 5 Zunahme: - .

XI. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land		2004	2005	2006	2007 4)					
					Jan. / Jul.	April	Mai	Juni	Juli	August 5)
Alle Länder 1)	Ausfuhr	731 544	786 266	893 635	559 722	78 810	78 898	81 826	81 349	77 747
	Einfuhr	575 448	628 087	731 479	444 138	63 818	61 607	65 295	63 406	63 647
	Saldo	+ 156 096	+ 158 179	+ 162 156	+ 115 584	+ 14 992	+ 17 292	+ 16 531	+ 17 944	+ 14 100
I. Europäische Länder	Ausfuhr	541 395	581 611	660 335	423 775	60 136	60 159	62 001	60 694	...
	Einfuhr	408 698	443 508	515 913	318 619	46 176	44 600	47 677	45 831	...
	Saldo	+ 132 697	+ 138 103	+ 144 422	+ 105 156	+ 13 959	+ 15 558	+ 14 325	+ 14 863	...
1. EU-Länder (27)	Ausfuhr	472 288	505 716	567 909	366 341	51 979	51 740	53 313	52 043	...
	Einfuhr	346 767	371 136	427 121	266 621	38 185	37 750	40 238	38 260	...
	Saldo	+ 125 521	+ 134 580	+ 140 788	+ 99 720	+ 13 794	+ 13 991	+ 13 074	+ 13 782	...
EWU-Länder (13)	Ausfuhr	320 388	342 559	379 988	244 109	34 646	34 244	35 411	34 432	...
	Einfuhr	233 112	248 629	287 029	178 024	25 579	25 053	26 645	25 425	...
	Saldo	+ 87 276	+ 93 931	+ 92 958	+ 66 086	+ 9 067	+ 9 191	+ 8 766	+ 9 007	...
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	43 992	47 512	53 571	33 248	4 696	4 462	4 564	4 461	...
	Einfuhr	28 818	31 426	38 704	24 333	3 412	3 728	3 645	3 335	...
	Saldo	+ 15 173	+ 16 085	+ 14 867	+ 8 915	+ 1 285	+ 734	+ 919	+ 1 126	...
Frankreich	Ausfuhr	74 360	79 039	86 093	55 271	7 787	7 771	7 958	7 683	...
	Einfuhr	51 535	53 700	63 490	38 930	5 946	4 910	5 591	5 862	...
	Saldo	+ 22 825	+ 25 339	+ 22 603	+ 16 341	+ 1 840	+ 2 861	+ 2 367	+ 2 181	...
Italien	Ausfuhr	51 479	53 855	59 971	39 245	5 399	5 634	5 807	5 788	...
	Einfuhr	35 676	36 348	40 326	26 354	3 799	3 732	3 960	3 976	...
	Saldo	+ 15 803	+ 17 507	+ 19 646	+ 12 891	+ 1 600	+ 1 903	+ 1 846	+ 1 602	...
Niederlande	Ausfuhr	46 730	49 033	55 877	35 992	5 320	5 100	5 242	5 042	...
	Einfuhr	46 204	51 823	60 519	36 116	5 222	5 247	5 376	5 117	...
	Saldo	+ 526	- 2 789	- 4 642	- 124	+ 98	- 148	- 134	- 75	...
Österreich	Ausfuhr	40 244	43 305	48 921	30 456	4 512	4 296	4 485	4 256	...
	Einfuhr	24 020	26 048	29 895	19 055	2 746	2 675	2 829	2 797	...
	Saldo	+ 16 224	+ 17 256	+ 19 026	+ 11 401	+ 1 765	+ 1 621	+ 1 656	+ 1 459	...
Spanien	Ausfuhr	36 249	40 018	42 159	28 597	3 901	4 053	4 346	4 257	...
	Einfuhr	17 426	18 070	19 520	12 732	1 767	1 851	1 898	1 767	...
	Saldo	+ 18 823	+ 21 948	+ 22 639	+ 15 865	+ 2 134	+ 2 202	+ 2 448	+ 2 491	...
Andere EU-Länder	Ausfuhr	151 899	163 157	187 921	122 231	17 332	17 496	17 902	17 611	...
	Einfuhr	113 654	122 507	140 991	88 597	12 606	12 696	13 593	12 836	...
	Saldo	+ 38 245	+ 40 650	+ 47 829	+ 33 635	+ 4 726	+ 4 800	+ 4 308	+ 4 775	...
darunter:										
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	59 986	60 394	65 341	41 888	5 783	5 734	5 967	6 341	...
	Einfuhr	34 466	39 069	42 829	25 010	3 568	3 438	4 010	3 761	...
	Saldo	+ 25 520	+ 21 325	+ 22 512	+ 16 878	+ 2 216	+ 2 297	+ 1 956	+ 2 580	...
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	69 107	75 895	92 426	57 434	8 157	8 418	8 689	8 652	...
	Einfuhr	61 931	72 372	88 792	51 999	7 992	6 851	7 438	7 571	...
	Saldo	+ 7 176	+ 3 523	+ 3 634	+ 5 435	+ 166	+ 1 568	+ 1 250	+ 1 081	...
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	27 917	29 629	34 726	20 832	2 942	2 984	2 907	2 978	...
	Einfuhr	21 445	22 620	25 206	17 281	2 761	2 128	2 453	2 501	...
	Saldo	+ 6 472	+ 7 009	+ 9 520	+ 3 550	+ 181	+ 857	+ 454	+ 477	...
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	188 782	203 229	234 134	135 089	18 589	18 660	19 624	20 567	...
	Einfuhr	166 132	183 940	214 886	125 137	17 587	16 955	17 565	17 520	...
	Saldo	+ 22 650	+ 19 289	+ 19 248	+ 9 951	+ 1 002	+ 1 704	+ 2 059	+ 3 047	...
1. Afrika	Ausfuhr	13 785	14 807	16 610	10 150	1 482	1 486	1 475	1 472	...
	Einfuhr	11 092	13 762	16 382	8 709	1 001	1 349	1 280	1 420	...
	Saldo	+ 2 694	+ 1 045	+ 228	+ 1 442	+ 480	+ 137	+ 194	+ 51	...
2. Amerika	Ausfuhr	84 694	91 994	104 197	57 792	7 807	7 874	8 343	8 904	...
	Einfuhr	54 679	58 574	70 773	40 651	6 132	5 686	6 029	5 294	...
	Saldo	+ 30 016	+ 33 420	+ 33 423	+ 17 142	+ 1 676	+ 2 187	+ 2 315	+ 3 610	...
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	64 860	69 299	78 011	42 460	5 700	5 793	6 054	6 539	...
	Einfuhr	40 709	41 798	48 517	26 786	4 209	3 717	3 919	3 391	...
	Saldo	+ 24 151	+ 27 501	+ 29 494	+ 15 674	+ 1 491	+ 2 075	+ 2 135	+ 3 148	...
3. Asien	Ausfuhr	84 789	90 498	106 946	63 182	8 797	8 772	9 078	9 561	...
	Einfuhr	98 177	109 304	125 170	74 257	10 242	9 673	10 024	10 574	...
	Saldo	- 13 388	- 18 805	- 18 224	- 11 075	- 1 444	- 900	- 945	- 1 013	...
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	17 357	20 420	22 948	13 305	1 810	1 741	1 771	2 060	...
	Einfuhr	4 398	5 077	6 252	3 535	512	489	551	557	...
	Saldo	+ 12 959	+ 15 343	+ 16 696	+ 9 770	+ 1 297	+ 1 251	+ 1 219	+ 1 503	...
Japan	Ausfuhr	12 719	13 338	13 861	7 596	1 086	984	1 094	1 100	...
	Einfuhr	21 583	21 772	23 720	13 890	1 785	2 110	1 841	1 755	...
	Saldo	- 8 865	- 8 434	- 9 859	- 6 294	- 700	- 1 126	- 747	- 655	...
Volksrepublik China 2)	Ausfuhr	20 992	21 235	27 521	16 536	2 347	2 485	2 517	2 571	...
	Einfuhr	32 791	40 845	48 751	29 601	4 054	3 539	3 969	4 412	...
	Saldo	- 11 800	- 19 610	- 21 230	- 13 064	- 1 707	- 1 054	- 1 452	- 1 841	...
Südostasiatische Schwellenländer 3)	Ausfuhr	26 838	27 538	31 584	18 516	2 631	2 597	2 669	2 704	...
	Einfuhr	30 012	31 520	33 956	19 322	2 707	2 466	2 654	2 734	...
	Saldo	- 3 174	- 3 982	- 2 372	- 806	- 76	+ 131	+ 15	- 30	...
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	5 513	5 930	6 380	3 964	503	528	727	631	...
	Einfuhr	2 184	2 301	2 559	1 521	212	247	232	232	...
	Saldo	+ 3 329	+ 3 629	+ 3 821	+ 2 443	+ 291	+ 280	+ 495	+ 399	...

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsändern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsändern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. — 1 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. — 2 Ohne Hong-

kong. — 3 Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Republik Korea, Taiwan und Thailand. — 4 Ab Januar 2007 ohne Reparatur- und Wartungsvorgänge.

XI. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland,
Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen									Erwerbseinkommen 5)	Vermögenseinkommen (Kapitalerträge)
	insgesamt	Reiseverkehr 1)	Transport 2)	Finanzdienstleistungen	Patente und Lizenzen	Regierungsleistungen 3)	übrige Dienstleistungen				
							zusammen	darunter: Entgelte für selbstständige Tätigkeit 4)	Bauleistungen, Montagen, Ausbeserungen		
2002	- 35 728	- 35 554	+ 2 789	+ 1 424	- 1 549	+ 5 237	- 8 075	- 2 073	+ 506	- 1 416	- 16 603
2003	- 34 497	- 37 332	+ 1 833	+ 1 421	- 747	+ 5 088	- 4 761	- 1 836	+ 1 476	- 1 182	- 13 885
2004	- 29 419	- 35 302	+ 3 870	+ 1 349	- 275	+ 5 349	- 4 410	- 1 362	+ 976	- 932	+ 14 023
2005	- 28 880	- 36 317	+ 6 102	+ 1 760	- 458	+ 3 627	- 3 594	- 1 693	+ 1 128	- 1 569	+ 22 347
2006	- 22 430	- 32 804	+ 4 740	+ 2 373	- 1 563	+ 3 542	+ 1 281	- 1 844	+ 1 010	- 1 330	+ 24 303
2005 4.Vj.	- 4 765	- 6 366	+ 1 902	+ 520	- 951	+ 924	- 793	- 552	+ 644	- 326	+ 8 171
2006 1.Vj.	- 6 203	- 6 361	+ 744	+ 521	- 481	+ 803	- 1 429	- 443	+ 55	+ 164	+ 7 328
2.Vj.	- 3 628	- 7 749	+ 1 349	+ 479	- 226	+ 1 026	+ 1 492	- 423	+ 377	- 345	+ 1 942
3.Vj.	- 11 175	- 13 545	+ 1 384	+ 431	- 584	+ 785	+ 355	- 431	+ 307	- 798	+ 7 686
4.Vj.	- 1 424	- 5 149	+ 1 262	+ 942	- 273	+ 929	+ 864	- 546	+ 271	- 350	+ 7 346
2007 1.Vj.	- 4 704	- 6 501	+ 1 565	+ 841	- 763	+ 790	- 637	- 366	+ 295	+ 170	+ 7 184
2.Vj.	- 3 347	- 8 829	+ 1 934	+ 753	- 171	+ 916	+ 2 050	- 477	+ 660	- 310	- 1 797
2006 Okt.	- 1 675	- 3 001	+ 575	+ 262	- 231	+ 247	+ 473	- 155	+ 15	- 144	+ 2 698
Nov.	- 1 042	- 1 268	+ 343	+ 189	- 44	+ 306	- 568	- 174	+ 114	- 130	+ 2 285
Dez.	+ 1 294	- 880	+ 345	+ 491	+ 2	+ 376	+ 960	- 218	+ 142	- 76	+ 2 363
2007 Jan.	- 3 571	- 2 106	+ 403	+ 205	- 557	+ 270	- 1 787	- 133	- 39	+ 52	+ 1 648
Febr.	- 861	- 1 857	+ 454	+ 272	+ 38	+ 234	- 2	- 102	+ 157	+ 44	+ 2 615
März	- 272	- 2 538	+ 708	+ 364	- 244	+ 287	+ 1 153	- 130	+ 177	+ 74	+ 2 920
April	- 1 143	- 2 476	+ 835	+ 209	- 295	+ 280	+ 304	- 130	+ 190	- 107	- 398
Mai	- 1 600	- 2 894	+ 499	+ 221	+ 35	+ 306	+ 233	- 148	+ 217	- 105	- 4 800
Juni	- 604	- 3 458	+ 599	+ 322	+ 89	+ 330	+ 1 514	- 198	+ 253	- 99	+ 3 401
Juli	- 3 134	- 4 459	+ 637	+ 203	- 337	+ 282	+ 540	- 160	+ 164	- 239	+ 3 154
Aug.	- 4 642	- 5 362	+ 587	+ 224	+ 10	+ 267	- 369	- 129	+ 170	- 249	+ 3 295

1 Ergebnisse ab Januar 2001 mit größerer Unsicherheit behaftet. — 2 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Frachtkosten. — 3 Einschl. der Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen für Wa-

renlieferungen und Dienstleistungen. — 4 Ingenieur- und sonstige technische Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, kaufmännische Dienstleistungen u.a.m. — 5 Einkommen aus unselbständiger Arbeit.

5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom
Ausland (Salden)

Mio €

Zeit	Öffentlich 1)					Privat 1)		
	Insgesamt	zusammen	Internationale Organisationen 2)		sonstige laufende Übertragungen 3)	insgesamt	Überweisungen der Gastarbeiter	sonstige laufende Übertragungen
			zusammen	darunter: Europäische Gemeinschaften				
2002	- 27 514	- 15 712	- 13 045	- 11 214	- 2 667	- 11 801	- 3 470	- 8 331
2003	- 28 283	- 18 257	- 15 428	- 13 731	- 2 829	- 10 026	- 3 332	- 6 694
2004	- 27 879	- 16 754	- 14 307	- 12 730	- 2 447	- 11 125	- 3 180	- 7 945
2005	- 28 524	- 17 655	- 16 274	- 14 724	- 1 382	- 10 869	- 2 926	- 7 943
2006	- 26 795	- 14 664	- 14 957	- 13 452	+ 293	- 12 130	- 2 927	- 9 204
2005 4.Vj.	- 7 461	- 5 031	- 4 316	- 4 070	- 715	- 2 430	- 732	- 1 698
2006 1.Vj.	- 10 183	- 7 309	- 6 814	- 6 313	- 494	- 2 874	- 732	- 2 143
2.Vj.	- 5 005	- 1 835	- 3 575	- 3 234	+ 1 740	- 3 170	- 732	- 2 439
3.Vj.	- 8 101	- 5 086	- 4 708	- 4 519	- 379	- 3 015	- 732	- 2 283
4.Vj.	- 3 505	- 434	+ 140	+ 613	- 574	- 3 071	- 732	- 2 339
2007 1.Vj.	- 10 758	- 7 886	- 7 186	- 6 571	- 701	- 2 872	- 751	- 2 121
2.Vj.	- 4 812	- 259	- 3 770	- 3 359	+ 3 511	- 4 553	- 751	- 3 802
2006 Okt.	- 3 291	- 2 391	- 2 105	- 1 892	- 286	- 900	- 244	- 656
Nov.	- 2 726	- 1 691	- 1 411	- 1 274	- 280	- 1 035	- 244	- 791
Dez.	+ 2 512	+ 3 647	+ 3 655	+ 3 779	- 8	- 1 136	- 244	- 892
2007 Jan.	- 1 809	- 980	- 896	- 682	- 85	- 828	- 250	- 578
Febr.	- 6 601	- 5 484	- 5 027	- 4 715	- 458	- 1 116	- 250	- 866
März	- 2 349	- 1 422	- 1 264	- 1 174	- 158	- 927	- 250	- 677
April	- 1 963	- 747	- 1 643	- 1 603	+ 896	- 1 216	- 250	- 966
Mai	- 824	+ 1 429	- 1 034	- 936	+ 2 462	- 2 253	- 250	- 2 002
Juni	- 2 025	- 941	- 1 093	- 821	+ 153	- 1 084	- 250	- 834
Juli	- 2 935	- 1 897	- 1 758	- 1 606	- 139	- 1 038	- 250	- 788
Aug.	- 2 824	- 1 873	- 1 817	- 1 660	- 56	- 951	- 250	- 701

1 Für die Zuordnung zu Öffentlich und Privat ist maßgebend, welchem Sektor die an der Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört. — 2 Laufende Beiträge zu den Haushalten der internationalen Organisationen und Leistungen im Rahmen des EU-Haushalts (ohne Vermögensübertra-

6. Vermögensübertragungen (Salden)

Mio €

Zeit	Insgesamt 4)	Öffentlich 1)	Privat 1)
2003	+ 311	- 1 238	+ 1 549
2004	+ 430	- 1 094	+ 1 524
2005	- 1 270	- 3 419	+ 2 149
2006	- 192	- 1 927	+ 1 735
2005 4.Vj.	+ 56	- 734	+ 790
2006 1.Vj.	+ 151	- 311	+ 462
2.Vj.	+ 9	- 665	+ 675
3.Vj.	- 253	- 423	+ 170
4.Vj.	- 100	- 528	+ 428
2007 1.Vj.	+ 182	- 291	+ 473
2.Vj.	+ 835	- 326	+ 1 161
2006 Okt.	+ 5	- 145	+ 150
Nov.	- 75	- 170	+ 95
Dez.	- 30	- 213	+ 183
2007 Jan.	+ 249	- 91	+ 340
Febr.	+ 29	- 87	+ 116
März	- 96	- 113	+ 17
April	+ 191	- 98	+ 289
Mai	+ 698	- 105	+ 803
Juni	- 54	- 123	+ 69
Juli	+ 398	- 109	+ 506
Aug.	- 43	- 111	+ 68

gungen). — 3 Zuwendungen an Entwicklungsländer, Renten und Pensionen, Steuereinnahmen und -erstattungen u.a.m. — 4 Soweit erkennbar; insbesondere Schuldenerlass.

XI. Außenwirtschaft

7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland

Mio €

Position	2004	2005	2006	2006		2007				
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	Juni	Juli	Aug.
I. Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme/Kapitalausfuhr: -)	- 263 926	- 377 791	- 429 862	- 67 075	- 94 420	- 172 364	- 210 383	- 60 424	- 6 477	- 59 633
1. Direktinvestitionen 1)	- 11 942	- 44 640	- 63 311	- 19 684	- 9 480	- 13 831	- 24 139	+ 1 211	- 10 844	- 7 784
Beteiligungskapital	+ 15 095	- 18 812	- 52 053	- 21 192	- 9 934	- 864	- 11 208	- 1 933	- 4 296	- 2 288
reinvestierte Gewinne 2)	- 13 447	- 14 511	- 18 161	- 5 406	- 5 273	- 5 922	- 4 485	- 1 513	- 2 249	- 2 486
Kreditverkehr deutscher Direktinvestoren	- 13 590	- 11 316	+ 6 903	+ 6 914	+ 5 726	- 7 045	- 8 446	+ 4 657	- 4 299	- 3 010
2. Wertpapieranlagen	- 102 327	- 202 810	- 159 427	- 20 188	- 52 837	- 72 119	- 62 455	- 16 174	- 583	- 1 816
Aktien 3)	+ 8 974	- 17 054	+ 6 285	- 2 838	- 3 258	+ 12 139	- 2 831	+ 900	+ 3 210	+ 4 231
Investmentzertifikate 4)	- 12 149	- 43 525	- 24 426	- 585	- 7 291	- 12 673	- 16 883	- 2 424	- 4 904	+ 2 061
Anleihen 5)	- 87 216	- 137 208	- 134 511	- 15 135	- 44 238	- 65 840	- 39 605	- 12 663	- 65	- 2 082
Geldmarktpapiere	- 11 935	- 5 023	- 6 775	- 1 631	+ 1 949	- 5 744	- 3 136	- 1 988	+ 1 177	- 6 026
3. Finanzderivate 6)	- 7 173	- 7 235	- 6 257	- 1 129	- 3 037	- 10 002	- 12 010	- 4 290	- 9 452	- 15 513
4. übriger Kapitalverkehr	- 143 955	- 125 288	- 203 802	- 26 919	- 29 708	- 76 512	- 110 420	- 41 683	+ 14 281	- 34 498
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	- 121 830	- 85 768	- 207 620	+ 887	- 44 600	- 49 053	- 86 937	- 33 653	- 1 531	- 14 450
langfristig	+ 5 858	- 69 964	- 71 579	- 14 280	- 24 968	- 13 431	- 24 039	- 9 539	- 4 033	- 15 346
kurzfristig	- 127 687	- 15 804	- 136 041	+ 15 167	- 19 632	- 35 623	- 62 899	- 24 114	+ 2 502	+ 897
Unternehmen und Privatpersonen	- 21 417	- 20 601	- 21 649	- 1 684	- 656	- 22 797	- 1 682	- 8 330	+ 144	- 2 465
langfristig	- 7 286	- 12 278	- 23 813	- 6 668	- 9 074	- 7 657	- 10 220	- 3 520	- 1 160	- 4 210
kurzfristig 7)	- 14 131	- 8 323	+ 2 164	+ 4 984	+ 8 418	- 15 140	+ 8 538	- 4 811	+ 1 304	+ 1 745
Staat	+ 2 143	+ 3 154	+ 979	+ 1 010	+ 5 637	+ 10 953	- 25 143	+ 7 326	+ 18 659	+ 5 959
langfristig	+ 49	+ 7 693	+ 7 408	+ 6 513	+ 343	- 220	- 196	+ 3	+ 16	- 27
kurzfristig 7)	+ 2 094	- 4 539	- 6 428	- 5 502	+ 5 295	+ 11 173	- 24 946	- 7 328	+ 18 643	+ 5 986
Bundesbank	- 2 851	- 22 073	+ 24 488	- 27 133	+ 9 911	- 15 615	+ 3 343	+ 7 626	- 2 990	- 23 542
5. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme:-)	+ 1 470	+ 2 182	+ 2 934	+ 844	+ 642	+ 100	- 1 359	+ 513	+ 121	- 21
II. Ausländische Nettokapitalanlagen in der Bundesrepublik (Zunahme/Kapitaleinfuhr:+)	+ 145 958	+ 258 406	+ 289 131	+ 54 273	+ 59 361	+ 96 917	+ 121 394	+ 21 231	+ 2 731	+ 52 657
1. Direktinvestitionen 1)	- 7 406	+ 28 841	+ 34 168	+ 5 041	+ 19 094	+ 7 581	+ 1 848	- 2 720	+ 4 344	+ 3 771
Beteiligungskapital	+ 32 595	+ 17 928	+ 17 323	+ 2 833	+ 11 876	+ 4 727	+ 3 752	- 548	+ 1 816	+ 565
reinvestierte Gewinne 2)	- 296	+ 5 560	+ 5 751	+ 2 477	+ 384	+ 2 936	- 2 364	- 2 541	+ 1 513	+ 1 600
Kreditverkehr ausländischer Direktinvestoren	- 39 704	+ 5 352	+ 11 095	- 270	+ 6 834	- 83	+ 459	+ 370	+ 1 014	+ 1 606
2. Wertpapieranlagen	+ 116 773	+ 178 869	+ 160 626	+ 25 976	+ 58 656	+ 36 333	+ 75 339	+ 55 497	+ 10 599	+ 22 814
Aktien 3)	- 13 727	+ 21 308	+ 27 500	+ 6 287	+ 17 251	- 3 178	+ 8 638	+ 40 967	- 7 976	+ 5 776
Investmentzertifikate	+ 4 587	+ 1 100	+ 9 347	+ 1 230	+ 1 371	+ 746	+ 1 624	+ 197	+ 397	+ 345
Anleihen 5)	+ 140 285	+ 159 499	+ 125 051	+ 22 274	+ 48 284	+ 28 990	+ 60 609	+ 18 691	+ 12 063	+ 10 655
Geldmarktpapiere	- 14 371	- 3 038	- 1 272	- 3 815	- 8 250	+ 9 775	+ 4 469	- 4 358	+ 6 115	+ 6 038
3. übriger Kapitalverkehr	+ 36 591	+ 50 696	+ 94 337	+ 23 257	- 18 389	+ 53 004	+ 44 207	- 31 546	- 12 213	+ 26 072
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	+ 32 339	+ 22 456	+ 60 499	+ 12 139	- 11 485	+ 38 500	+ 26 099	- 38 920	- 9 988	+ 23 005
langfristig	- 10 083	- 9 830	- 11 898	- 953	- 8 132	- 6 004	+ 3 557	+ 33	+ 2 902	- 1 725
kurzfristig	+ 42 422	+ 32 286	+ 72 397	+ 13 092	- 3 353	+ 44 505	+ 22 542	- 38 953	- 12 890	+ 24 730
Unternehmen und Privatpersonen	+ 9 936	+ 26 818	+ 35 280	+ 6 926	- 4 753	+ 11 534	+ 15 348	+ 9 235	- 1 173	- 2 919
langfristig	+ 6 743	+ 14 125	+ 17 517	+ 3 197	+ 2 697	+ 424	+ 597	+ 239	+ 3 740	+ 153
kurzfristig 7)	+ 3 193	+ 12 693	+ 17 763	+ 3 729	- 7 450	+ 11 110	+ 14 752	+ 8 996	- 4 913	- 3 072
Staat	- 3 233	+ 3 526	- 154	+ 5 041	- 2 037	+ 2 614	+ 1 780	- 1 000	- 1 273	+ 6 055
langfristig	- 2 000	+ 2 597	+ 886	+ 497	+ 312	- 851	- 19	- 370	- 130	- 162
kurzfristig 7)	- 1 233	+ 929	- 1 040	+ 4 545	- 2 348	+ 3 465	+ 1 799	- 630	- 1 143	+ 6 217
Bundesbank	- 2 451	- 2 105	- 1 287	- 850	- 114	+ 355	+ 979	- 862	+ 221	- 68
III. Saldo der Kapitalbilanz 9) (Nettokapitalausfuhr: -)	- 117 968	- 119 385	- 140 732	- 12 802	- 35 060	- 75 447	- 88 989	- 39 193	- 3 746	- 6 976

1 Die Abgrenzung der Direktinvestitionen ist ab 1996 geändert. — 2 Geschätzt. — 3 Einschl. Genuss-Scheine. — 4 Ab 1991 einschl. thesaurierter Erträge. — 5 Ab 1975 ohne Stückzinsen. — 6 Verbriefte und nicht verbiefte Optionen sowie Finanztermingeschäfte. — 7 Die hier ausgewiesenen Trans-

aktionswerte sind überwiegend aus Bestandsveränderungen abgeleitet. Rein statistisch bedingte Veränderungen sind – soweit möglich – ausgeschaltet. — 8 Ohne Bundesbank. — 9 Saldo der Kapitalbilanz einschl. Veränderung der Währungsreserven.

XI. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank *)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva						Auslandsverbindlichkeiten			Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 8)	
	insgesamt	Währungsreserven				Kredite und sonstige Forde- rungen an das Ausland 3)	insgesamt	Verbind- lichkeiten aus dem Auslands- geschäft 4)	Verbind- lichkeiten aus Liquiditäts- U-Schätzen		
		zusammen	Gold	Devisen und Sorten 1)	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte						Forde- rungen an die EZB 2)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1994	115 965	113 605	13 688	60 209	7 967	31 742	2 360	24 192	19 581	4 611	91 774
1995	123 261	121 307	13 688	68 484	10 337	28 798	1 954	16 390	16 390	–	106 871
1996	120 985	119 544	13 688	72 364	11 445	22 048	1 441	15 604	15 604	–	105 381
1997	127 849	126 884	13 688	76 673	13 874	22 649	966	16 931	16 931	–	110 918
1998	135 085	134 005	17 109	100 363	16 533	–	1 079	15 978	15 978	–	119 107

* Bewertung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen nach § 26 Abs. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, insbesondere § 253. Im Jahresverlauf Bewertung zu den Bilanzkursen des Vorjahres. — 1 Hauptsächlich US-Dollar-Anlagen. — 2 Europäische Zentralbank (bis 1993 Forderungen an den Europäischen

Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit – EFWZ). — 3 Einschl. Kredite an die Weltbank. — 4 Einschl. der durch die Bundesbank an Gebietsfremde abgegebenen Liquiditätspapiere; ohne die von März 1993 bis März 1995 an Gebietsfremde verkauften Liquiditäts-U-Schätze, die in Spalte 10 ausgewiesen sind.

9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank in der Europäischen Währungsunion o)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsforderungen								Auslands- verbind- lichkeiten 3)	Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 9)
	insgesamt	Währungsreserven				sonstige Forderungen an Ansässige außerhalb des Euro- Währungs- gebiets 1) 3)	Forderungen innerhalb des Eurosystems (netto) 2)	sonstige Forderungen an Ansässige in anderen EUWU- Ländern		
		zusammen	Gold und Goldforde- rungen	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Devisen- reserven					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1999 Jan. 4)	95 316	93 940	29 312	8 461	56 167	140	1 225	11	8 169	87 146
1999	141 958	93 039	32 287	8 332	52 420	9 162	39 746	11	6 179	135 779
2000	100 762	93 815	32 676	7 762	53 377	313	6 620	14	6 592	94 170
2001	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	– 17 385	5	8 752	67 396
2002	103 948	85 002	36 208	8 272	40 522	312	18 466	167	9 005	94 942
2003	95 394	76 680	36 533	7 609	32 538	312	17 945	456	10 443	84 951
2004	93 110	71 335	35 495	6 548	29 292	312	20 796	667	7 935	85 175
2005	130 268	86 181	47 924	4 549	33 708	350	42 830	906	6 285	123 983
2006	104 389	84 765	53 114	3 011	28 640	350	18 344	931	4 819	99 570
2006 April	100 233	89 433	56 106	3 685	29 643	350	9 606	844	4 632	95 601
Mai	120 684	89 520	55 979	3 356	30 184	350	29 950	865	6 070	114 614
Juni	88 241	85 905	51 983	3 639	30 284	350	1 121	866	5 839	82 402
Juli	102 264	89 167	54 918	3 465	30 784	350	11 852	894	6 183	96 081
Aug.	124 938	86 736	53 253	3 501	29 982	350	36 940	912	5 374	119 564
Sept.	115 371	85 854	52 302	3 440	30 111	350	28 254	913	4 980	110 391
Okt.	110 016	85 341	52 080	3 097	30 164	350	23 414	912	5 043	104 973
Nov.	114 116	85 307	53 218	3 048	29 040	350	27 546	914	5 273	108 843
Dez.	104 389	84 765	53 114	3 011	28 640	350	18 344	931	4 819	99 570
2007 Jan.	114 714	87 385	54 853	2 998	29 534	350	26 011	969	5 415	109 299
Febr.	121 019	87 962	56 389	2 734	28 839	350	31 715	993	4 892	116 127
März	121 457	86 120	54 820	2 624	28 675	350	33 958	1 029	5 158	116 299
April	110 112	86 731	54 837	2 578	29 316	350	22 102	930	6 300	103 811
Mai	125 859	86 364	53 675	2 671	30 018	350	38 242	903	7 005	118 854
Juni	116 754	84 846	52 809	2 666	29 370	350	30 616	942	6 137	110 617
Juli	120 334	85 125	53 446	2 594	29 085	350	33 606	1 253	6 325	114 009
Aug.	144 630	85 469	53 554	2 594	29 321	350	57 148	1 664	6 257	138 373
Sept.	151 300	88 592	57 168	2 530	28 894	350	60 480	1 879	8 013	143 288

o Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsendstände zu Marktpreisen bewertet. — 1 Einschl.

Kredite an die Weltbank. — 2 Enthält auch die Salden im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr der Bundesbank innerhalb des Eurosystems. Ab November 2000 einschl. der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden (in Spalte 6 bzw. 9). — 3 Vgl. Anmerkung 2. — 4 Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XI. Außenwirtschaft

10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken)
gegenüber dem Ausland *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland							Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland						
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken					insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken				
			zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten					zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten		
					zusammen	gewährte Zahlungs- ziele	geleistete An- zahlungen					zusammen	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
Alle Länder														
2003	362 099	86 627	275 472	159 653	115 819	108 515	7 304	543 186	54 822	488 364	400 431	87 933	60 464	27 469
2004	377 540	98 632	278 908	159 764	119 144	112 342	6 802	506 434	50 211	456 223	361 111	95 112	63 762	31 350
2005	409 493	97 333	312 160	179 738	132 422	125 497	6 925	548 107	65 557	482 550	375 114	107 436	73 270	34 166
2006 r)	449 306	117 723	331 583	189 378	142 205	134 057	8 148	624 790	95 019	529 771	408 907	120 864	79 900	40 964
2007 März r)	480 424	145 280	335 144	185 173	149 971	141 090	8 881	641 553	103 650	537 903	413 459	124 444	79 961	44 483
April r)	480 073	143 412	336 661	190 083	146 578	137 509	9 069	643 012	104 518	538 494	415 987	122 507	76 207	46 300
Mai r)	483 428	141 705	341 723	194 431	147 292	137 832	9 460	646 620	111 124	535 496	413 755	121 821	75 276	46 545
Juni r)	491 218	148 145	343 073	191 835	151 238	141 681	9 557	662 071	104 394	557 677	430 678	126 999	79 183	47 816
Juli r)	493 790	149 168	344 622	196 660	147 962	138 094	9 868	656 804	105 752	551 052	425 511	125 541	75 861	49 680
Aug.	492 963	151 513	341 450	196 255	145 195	135 111	10 084	655 877	106 278	549 599	424 744	124 855	73 322	51 533
Industrielländer ¹⁾														
2003	310 454	85 390	225 064	144 980	80 084	75 236	4 848	499 436	53 087	446 349	383 919	62 430	48 210	14 220
2004	335 809	97 485	238 324	148 649	89 675	84 903	4 772	468 592	48 304	420 288	349 293	70 995	53 480	17 515
2005	362 704	95 847	266 857	167 314	99 543	94 278	5 265	508 106	63 924	444 182	364 680	79 502	60 907	18 595
2006 r)	395 727	115 269	280 458	173 862	106 596	100 541	6 055	570 675	93 560	477 115	389 770	87 345	66 210	21 135
2007 März r)	428 574	143 046	285 528	171 445	114 083	107 417	6 666	585 834	102 222	483 612	392 899	90 713	67 570	23 143
April r)	427 508	140 990	286 518	175 997	110 521	103 721	6 800	585 753	103 154	482 599	394 704	87 895	63 641	24 254
Mai r)	429 924	138 871	291 053	180 022	111 031	103 910	7 121	590 998	109 876	481 122	393 684	87 438	62 891	24 547
Juni r)	436 467	145 370	291 097	176 976	114 121	106 914	7 207	604 530	103 144	501 386	410 040	91 346	66 339	25 007
Juli r)	438 988	146 503	292 485	182 396	110 089	102 676	7 413	599 092	104 454	494 638	405 014	89 624	63 442	26 182
Aug.	437 238	148 725	288 513	181 233	107 280	99 719	7 561	595 775	104 825	490 950	403 583	87 367	60 493	26 874
EU-Länder ¹⁾														
2003	230 673	81 430	149 243	94 092	55 151	51 459	3 692	411 811	50 304	361 507	321 010	40 497	30 855	9 642
2004	259 480	92 867	166 613	101 254	65 359	61 563	3 796	376 461	43 838	332 623	284 173	48 450	36 494	11 956
2005	270 808	91 882	178 926	108 523	70 403	66 156	4 247	414 377	60 186	354 191	300 022	54 169	41 305	12 864
2006 r)	308 720	108 982	199 738	121 929	77 809	72 902	4 907	479 025	86 343	392 682	332 871	59 811	45 202	14 609
2007 März r)	346 504	136 589	209 915	125 060	84 855	79 570	5 285	495 458	94 629	400 829	337 356	63 473	47 139	16 334
April r)	347 363	135 300	212 063	129 683	82 380	76 977	5 403	496 168	94 987	401 181	339 977	61 204	44 275	16 929
Mai r)	348 657	132 704	215 953	133 245	82 708	77 009	5 699	497 869	97 807	400 062	339 411	60 651	43 537	17 114
Juni r)	355 595	139 345	216 250	131 658	84 592	78 900	5 692	499 848	98 224	401 624	338 950	62 674	45 354	17 320
Juli r)	356 547	140 996	215 551	134 388	81 163	75 262	5 901	500 136	99 395	400 741	338 798	61 943	43 690	18 253
Aug.	358 249	143 072	215 177	136 622	78 555	72 581	5 974	494 143	100 176	393 967	334 120	59 847	41 098	18 749
darunter: EWU-Mitgliedsländer ²⁾														
2003	147 633	45 887	101 746	59 279	42 467	39 619	2 848	338 794	29 541	309 253	279 101	30 152	22 748	7 404
2004	164 160	55 995	108 165	63 310	44 855	42 231	2 624	305 864	28 295	277 569	244 860	32 709	24 258	8 451
2005	175 532	59 160	116 372	69 048	47 324	44 369	2 955	332 261	29 443	302 818	268 483	34 335	25 225	9 110
2006	207 868	77 056	130 812	79 901	50 911	47 614	3 297	369 648	38 878	330 770	292 178	38 592	28 340	10 252
2007 März r)	230 148	93 060	137 088	81 562	55 526	51 961	3 565	383 597	48 139	335 458	295 128	40 330	29 412	10 918
April r)	231 288	92 291	138 997	85 045	53 952	50 234	3 718	383 721	47 946	335 775	297 065	38 710	27 325	11 385
Mai r)	235 131	93 349	141 782	87 716	54 066	50 142	3 924	381 848	48 884	332 964	294 442	38 522	27 124	11 398
Juni r)	243 042	100 561	142 481	86 980	55 501	51 605	3 896	387 391	50 294	337 097	296 687	40 410	28 729	11 681
Juli r)	242 679	101 548	141 131	87 686	53 445	49 378	4 067	387 885	51 044	336 841	297 022	39 819	27 543	12 276
Aug.	240 430	102 901	137 529	86 440	51 089	46 957	4 132	384 440	51 476	332 964	294 504	38 460	25 945	12 515
Schwellen- und Entwicklungsländer ³⁾														
2003	51 645	1 237	50 408	14 673	35 735	33 279	2 456	43 750	1 735	42 015	16 512	25 503	12 254	13 249
2004	41 731	1 147	40 584	11 115	29 469	27 439	2 030	37 842	1 907	35 935	11 818	24 117	10 282	13 835
2005	46 789	1 486	45 303	12 424	32 879	31 219	1 660	40 001	1 633	38 368	10 434	27 934	12 363	15 571
2006	53 579	2 454	51 125	15 516	35 609	33 516	2 093	54 115	1 459	52 656	19 137	33 519	13 690	19 829
2007 März r)	51 850	2 234	49 616	13 728	35 888	33 673	2 215	55 719	1 428	54 291	20 560	33 731	12 391	21 340
April r)	52 565	2 422	50 143	14 086	36 057	33 788	2 269	57 259	1 364	55 895	21 283	34 612	12 566	22 046
Mai r)	53 504	2 834	50 670	14 409	36 261	33 922	2 339	55 622	1 248	54 374	19 991	34 383	12 385	21 998
Juni r)	54 751	2 775	51 976	14 859	37 117	34 767	2 350	57 541	1 250	56 291	20 638	35 653	12 844	22 809
Juli r)	54 802	2 665	52 137	14 264	37 873	35 418	2 455	57 712	1 298	56 414	20 497	35 917	12 419	23 498
Aug.	55 725	2 788	52 937	15 022	37 915	35 392	2 523	60 102	1 453	58 649	21 161	37 488	12 829	24 659

* Einschl. Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten von Privatpersonen in Deutschland. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der

Tabelle XI. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar. — 1 Ab Mai 2004 einschl. Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern; ab Januar 2007 einschl. Bulgarien und Rumänien. — 2 Ab Januar 2007 einschl. Slowenien. — 3 Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten.

XI. Außenwirtschaft

11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... WE

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY 1)	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
1999	1,6523	.	7,4355	121,32	1,5840	8,3104	8,8075	1,6003	1,0658	0,65874
2000	1,5889	2) 7,6168	7,4538	99,47	1,3706	8,1129	8,4452	1,5579	0,9236	0,60948
2001	1,7319	7,4131	7,4521	108,68	1,3864	8,0484	9,2551	1,5105	0,8956	0,62187
2002	1,7376	7,8265	7,4305	118,06	1,4838	7,5086	9,1611	1,4670	0,9456	0,62883
2003	1,7379	9,3626	7,4307	130,97	1,5817	8,0033	9,1242	1,5212	1,1312	0,69199
2004	1,6905	10,2967	7,4399	134,44	1,6167	8,3697	9,1243	1,5438	1,2439	0,67866
2005	1,6320	10,1955	7,4518	136,85	1,5087	8,0092	9,2822	1,5483	1,2441	0,68380
2006	1,6668	10,0096	7,4591	146,02	1,4237	8,0472	9,2544	1,5729	1,2556	0,68173
2005 März	1,6806	10,9262	7,4466	138,83	1,6064	8,1880	9,0884	1,5494	1,3201	0,69233
April	1,6738	10,7080	7,4499	138,84	1,5991	8,1763	9,1670	1,5475	1,2938	0,68293
Mai	1,6571	10,5062	7,4443	135,37	1,5942	8,0814	9,1931	1,5449	1,2694	0,68399
Juni	1,5875	10,0683	7,4448	132,22	1,5111	7,8932	9,2628	1,5391	1,2165	0,66895
Juli	1,6002	9,8954	7,4584	134,75	1,4730	7,9200	9,4276	1,5578	1,2037	0,68756
Aug.	1,6144	9,9589	7,4596	135,98	1,4819	7,9165	9,3398	1,5528	1,2292	0,68527
Sept.	1,6009	9,9177	7,4584	136,06	1,4452	7,8087	9,3342	1,5496	1,2256	0,67760
Okt.	1,5937	9,7189	7,4620	138,05	1,4149	7,8347	9,4223	1,5490	1,2015	0,68137
Nov.	1,6030	9,5273	7,4596	139,59	1,3944	7,8295	9,5614	1,5449	1,1786	0,67933
Dez.	1,5979	9,5746	7,4541	140,58	1,3778	7,9737	9,4316	1,5479	1,1856	0,67922
2006 Jan.	1,6152	9,7630	7,4613	139,82	1,4025	8,0366	9,3111	1,5494	1,2103	0,68598
Febr.	1,6102	9,6117	7,4641	140,77	1,3723	8,0593	9,3414	1,5580	1,1938	0,68297
März	1,6540	9,6581	7,4612	140,96	1,3919	7,9775	9,4017	1,5691	1,2020	0,68935
April	1,6662	9,8361	7,4618	143,59	1,4052	7,8413	9,3346	1,5748	1,2271	0,69463
Mai	1,6715	10,2353	7,4565	142,70	1,4173	7,7988	9,3310	1,5564	1,2770	0,68330
Juni	1,7104	10,1285	7,4566	145,11	1,4089	7,8559	9,2349	1,5601	1,2650	0,68666
Juli	1,6869	10,1347	7,4602	146,70	1,4303	7,9386	9,2170	1,5687	1,2684	0,68782
Aug.	1,6788	10,2141	7,4609	148,53	1,4338	7,9920	9,2098	1,5775	1,2811	0,67669
Sept.	1,6839	10,0971	7,4601	148,99	1,4203	8,2572	9,2665	1,5841	1,2727	0,67511
Okt.	1,6733	9,9651	7,4555	149,65	1,4235	8,3960	9,2533	1,5898	1,2611	0,67254
Nov.	1,6684	10,1286	7,4564	151,11	1,4635	8,2446	9,1008	1,5922	1,2881	0,67397
Dez.	1,6814	10,3356	7,4549	154,82	1,5212	8,1575	9,0377	1,5969	1,3213	0,67286
2007 Jan.	1,6602	10,1238	7,4539	156,56	1,5285	8,2780	9,0795	1,6155	1,2999	0,66341
Febr.	1,6708	10,1326	7,4541	157,60	1,5309	8,0876	9,1896	1,6212	1,3074	0,66800
März	1,6704	10,2467	7,4494	155,24	1,5472	8,1340	9,2992	1,6124	1,3242	0,68021
April	1,6336	10,4400	7,4530	160,68	1,5334	8,1194	9,2372	1,6375	1,3516	0,67934
Mai	1,6378	10,3689	7,4519	163,22	1,4796	8,1394	9,2061	1,6506	1,3511	0,68136
Juni	1,5930	10,2415	7,4452	164,55	1,4293	8,0590	9,3290	1,6543	1,3419	0,67562
Juli	1,5809	10,3899	7,4410	166,76	1,4417	7,9380	9,1842	1,6567	1,3716	0,67440
Aug.	1,6442	10,3162	7,4429	159,05	1,4420	7,9735	9,3231	1,6383	1,3622	0,67766
Sept.	1,6445	10,4533	7,4506	159,82	1,4273	7,8306	9,2835	1,6475	1,3896	0,68887

* Errechnet aus täglichen Werten; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beiheft 5 Devisenkursstatistik. — 1 Bis März 2005 so genannte Indikativkurse der EZB. — 2 Durchschnitt vom 13. Januar bis 29. Dezember 2000.

12. Unwiderrufliche Euro-Umrechnungskurse in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Seit	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 Euro = ... WE
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irishes Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
2001 1. Januar	Spanien	Peseta	ESP	166,386
	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640

XI. Außenwirtschaft

13. Effektive Wechselkurse für den Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1.Vj.1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs für den Euro				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft								
	EWK-24 1)		EWK-44 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)				auf Basis der Verbraucherpreisindizes				
	Nominal	Real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	Real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	Real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	Nominal	Real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	20 ausgewählte Industrieländer 4)			36 Länder 5) 6)	20 ausgewählte Industrieländer 4)	36 Länder 5)	56 Länder 7)
							insgesamt	EWU-Länder	Länder außerhalb der EWU				
1999	96,2	96,0	95,8	96,4	96,5	95,8	97,8	99,6	95,6	97,7	98,2	98,0	97,6
2000	87,0	86,4	85,7	85,4	87,9	85,8	91,6	97,0	85,1	91,1	92,8	91,8	90,8
2001	87,7	87,2	86,6	85,0	90,4	87,1	91,3	95,9	85,8	90,5	93,0	91,3	90,8
2002	90,1	90,4	89,7	88,3	94,9	91,0	92,0	95,0	88,4	90,9	93,7	92,0	91,9
2003	100,6	101,4	100,4	99,3	106,8	101,9	95,5	94,0	97,5	94,7	97,4	96,6	96,9
2004	104,3	105,1	103,5	103,7	111,2	105,6	96,0	92,9	100,1	95,2	98,9	98,2	98,6
2005	103,3	104,2	102,3	102,1	109,7	103,7	94,9	91,5	99,3	93,4	98,9	97,4	97,3
2006	103,6	104,5	102,3	101,7	110,0	103,4	94,2	90,2	99,5	92,5	99,1	97,2	96,8
2003 Aug.	100,6	101,5	100,8	100,2	106,2	101,5	95,5	93,9	97,6	94,8	97,3	96,6	96,6
2003 Sept.	100,4	101,4		100,2	106,1	101,4					97,1	96,4	96,5
2003 Okt.	102,0	102,9		102,3	108,2	103,2				95,4	97,7	97,2	97,4
2003 Nov.	102,0	102,8	102,7	102,3	108,2	103,1	96,0	93,6	99,1	95,4	97,7	97,2	97,5
2003 Dez.	104,9	105,5			111,4	106,0					98,8	98,5	99,0
2004 Jan.	106,0	106,7			112,7	107,1					99,4	99,1	99,6
2004 Febr.	105,8	106,5	104,8	104,8	112,5	107,0	96,7	93,4	101,1	96,1	99,1	99,0	99,5
2004 März	104,0	104,8			110,4	105,0					98,7	98,3	98,5
2004 April	102,3	103,1			108,5	103,2					98,1	97,5	97,6
2004 Mai	103,0	103,8	102,1	102,2	109,8	104,4	95,4	93,1	98,5	94,7	98,3	97,6	98,1
2004 Juni	102,9	103,6			109,8	104,3					98,0	97,4	97,8
2004 Juli	103,4	104,1			110,3	104,8					98,4	97,6	98,1
2004 Aug.	103,2	104,2	102,3	102,5	110,1	104,8	95,7	92,9	99,3	94,7	98,5	97,7	98,1
2004 Sept.	103,5	104,4			110,5	104,9					98,7	97,8	98,2
2004 Okt.	104,7	105,5			111,8	106,0					99,1	98,2	98,7
2004 Nov.	106,0	106,6	104,7	105,1	113,3	107,3	96,3	92,4	101,6	95,2	99,6	98,7	99,3
2004 Dez.	107,3	108,0			114,7	108,6					100,4	99,5	100,1
2005 Jan.	106,1	106,8			113,2	107,0					99,9	98,7	99,1
2005 Febr.	105,4	106,0	104,8	104,8	112,2	106,0	96,4	92,0	102,1	94,9	99,6	98,3	98,5
2005 März	106,1	107,0			113,1	107,0					100,0	98,7	98,9
2005 April	105,3	106,1			112,1	106,0					99,3	98,1	98,2
2005 Mai	104,3	105,2	102,7	102,8	110,8	104,8	95,1	91,7	99,6	93,8	99,1	97,8	97,8
2005 Juni	101,6	102,6			107,8	102,1					98,1	96,6	96,3
2005 Juli	102,2	103,1			108,2	102,3					98,4	96,8	96,4
2005 Aug.	102,6	103,7	101,2	100,9	108,9	103,0	94,4	91,3	98,4	92,9	98,7	97,0	96,8
2005 Sept.	102,1	103,1			108,4	102,5					98,8	97,1	96,8
2005 Okt.	101,8	102,7			107,9	101,8					98,6	96,9	96,5
2005 Nov.	101,1	102,0	100,5	99,9	107,0	100,8	93,6	90,8	97,2	92,1	98,3	96,5	95,9
2005 Dez.	101,2	102,0			107,0	100,9					98,4	96,5	95,9
2006 Jan.	101,8	102,7			107,7	101,4					98,5	96,5	95,8
2006 Febr.	101,2	102,0	100,4	100,4	106,8	100,5	93,6	90,4	97,8	92,0	98,3	96,2	95,4
2006 März	101,9	102,9			107,6	101,4					98,5	96,5	95,7
2006 April	103,0	104,0			108,8	102,5					98,9	96,9	96,3
2006 Mai	104,0	104,9	102,6	102,6	110,5	103,9	94,4	90,4	99,7	92,9	99,1	97,2	96,9
2006 Juni	104,2	105,0			111,1	104,4					99,1	97,4	97,3
2006 Juli	104,5	105,5			111,3	104,6					99,4	97,7	97,4
2006 Aug.	104,6	105,5	103,0	102,7	111,3	104,6	94,2	90,0	99,9	92,8	99,1	97,4	97,1
2006 Sept.	104,4	105,2			111,1	104,2					99,3	97,4	97,1
2006 Okt.	103,9	104,7			110,4	103,6					99,4	97,4	97,0
2006 Nov.	104,5	105,3	103,2	101,0	111,1	104,2	94,4	89,8	100,5	92,5	99,9	97,7	97,4
2006 Dez.	105,5	106,1			112,3	105,0					100,3	98,0	97,7
2007 Jan.	104,9	105,6			111,5	104,3					100,4	98,0	97,6
2007 Febr.	105,4	106,1	104,0	102,2	111,9	104,6	94,9	89,8	101,8	93,0	100,6	98,3	97,8
2007 März	106,1	106,7			112,7	105,4					100,8	98,4	98,0
2007 April	107,1	107,8			113,7	106,3					101,4	98,9	98,5
2007 Mai	107,3	107,9	105,4	103,2	113,6	106,1	95,5	89,7	103,4	93,4	101,5	98,9	98,3
2007 Juni	106,9	107,4			113,1	105,6					101,3	98,7	98,0
2007 Juli	107,6	108,1			113,9	106,3					101,9	99,2	98,5
2007 Aug.	107,1	107,7	113,7	106,1	95,3	89,3	103,4	93,1	101,6	98,9	98,4
2007 Sept.	108,2	108,9			114,7	107,1					102,1	99,4	98,9

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff. und Mai 2007, S. 32 ff.). Zur Erläuterung der Methode siehe EZB, Monatsbericht, September 2004, S. 78 ff. sowie Occasional Paper Nr. 2 der EZB, das von der Website der EZB (www.ecb.int) heruntergeladen werden kann. Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. — 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnitte der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Lettland, Litauen, Malta, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Slowakei, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten und Zypern. Die dabei verwendeten

Gewichte beruhen für den ausgewiesenen Zeitraum auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider. Soweit die Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorlagen, sind Schätzungen berücksichtigt. — 2 Berechnungen der EZB. Zu dieser Gruppe gehören neben den Ländern der EWK-24-Gruppe (siehe Fußnote 1) zusätzlich folgende Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Kroatien, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. — 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. — 4 EWU-Länder (vor 2007 ohne Slowenien) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. — 5 EWU-Länder sowie EWK-24-Länder. — 6 Aufgrund fehlender Daten für die Deflatoren des Gesamtabsatzes sind die Länder China und Singapur in dieser Berechnung nicht berücksichtigt. — 7 EWU-Länder sowie EWK-44-Länder (siehe Fußnote 2).

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Kommunikation zu beziehen. Außerdem kann gegen Kostenerstattung eine monatlich aktualisierte Datei mit circa 40 000 veröffentlichten Zeitreihen der Bundesbank auf Magnetband-Kassette oder CD-ROM über die Abteilung Statistische Informationssysteme, mathematische Methoden bezogen werden. Bestellungen werden schriftlich unter den im Impressum angegebenen Anschriften erbeten. Eine Auswahl von Zeitreihen steht auch im Internet zum Herunterladen bereit.

Geschäftsbericht

Finanzstabilitätsbericht

Monatsbericht

Über die von 1990 bis 2006 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2007 beigefügte Verzeichnis.

Aufsätze im Monatsbericht

November 2006

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2006

Dezember 2006

- Deutschland im Globalisierungsprozess
- Zur wirtschaftlichen Situation kleiner und mittlerer Unternehmen in Deutschland seit 1997
- Die Umsetzung der neuen Eigenkapitalregelungen für Banken in deutsches Recht
- Neuere Entwicklungen bei Zahlungskarten und innovativen elektronischen Bezahlfverfahren

Januar 2007

- Investitionstätigkeit in Deutschland unter dem Einfluss von technologischem Wandel und Standortwettbewerb
- Der Arbeitsmarkt in Deutschland: Grundlinien im internationalen Vergleich

Februar 2007

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2006/2007

März 2007

- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2006
- Der deutsche Außenhandel im Euro-Raum: konjunkturelle Effekte und strukturelle Bestimmungsgründe

April 2007

- Leveraged-Buyout-Transaktionen: die Rolle von Finanzintermediären und Aspekte der Finanzstabilität
- Finanzielle Entwicklung und Perspektiven der sozialen Pflegeversicherung

Mai 2007

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2007

Juni 2007

- Vermögensbildung und Finanzierung im Jahr 2006
- Leistungsbilanzsalden und preisliche Wettbewerbsfähigkeit im Euro-Raum

Juli 2007

- Der Zusammenhang zwischen monetärer Entwicklung und Immobilienmarkt
- Zur Entwicklung der Gemeindefinanzen seit dem Jahr 2000
- Primär- und Sekundärmärkte für deutsche öffentliche Schuldtitel: institutionelle Ausgestaltung, Handelssysteme und deren Standortrelevanz für den Finanzplatz Deutschland

August 2007

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2007

September 2007

- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2006
- Der private Konsum seit der deutschen Wiedervereinigung

Oktober 2007

- Globalisierung und Geldpolitik
- Fortschritte bei der Stärkung des gesamtwirtschaftlichen Wachstumspotenzials
- Zur Reform des deutschen Haushaltsrechts
- TARGET2 – das neue Zahlungsverkehrssystem für Europa

Statistische Beihefte zum Monatsbericht¹⁾

- | | |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> 1 Bankenstatistik (monatlich) 2 Kapitalmarktstatistik (monatlich) 3 Zahlungsbilanzstatistik (monatlich) 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen (monatlich) 5 Devisenkursstatistik (vierteljährlich) | <ul style="list-style-type: none"> 2 Bankenstatistik Kundensystematik Firmenverzeichnisse, September 2007²⁾⁴⁾ 3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Januar 2000²⁾ 4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1991 bis 2006, Juli 2007⁵⁾ 5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 1994 bis 2003, März 2006 |
|---|--|

Sonderveröffentlichungen

- | | |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> Makro-ökonomisches Mehr-Länder-Modell, November 1996²⁾ Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997²⁾ Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999²⁾ Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000 Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000 Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002 Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2003²⁾ Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005²⁾ Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, September 2005 Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006²⁾ | <ul style="list-style-type: none"> 6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2003 bis 2004, Januar 2007 7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, Februar 2005²⁾ 8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990⁹⁾ 9 Wertpapierdepots, August 2005 10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2007¹⁾ 11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2007 12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2006²⁾ |
|--|--|

Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Bankenstatistik Richtlinien und Kundensystematik, Juli 2007³⁾

○ Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.
 1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.
 2 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.
 3 Nur im Internet halbjährlich aktualisiert verfügbar. Ausschließlich die Abschnitte „Monatliche Bilanzstatistik“, „Auslandsstatus“ und „Kundensystematik“ („Tabellarische Gesamtübersicht“, „Gliederung nach Branchen und Aktivitäten – Erläuterungen“ sowie die zugehörigen Texte) sind in englischer Sprache erhältlich.
 4 Nur im Internet vierteljährlich aktualisiert verfügbar.
 5 Nur im Internet verfügbar.

Diskussionspapiere *)

Serie 1:

Volkswirtschaftliche Studien

18/2007

Uncertainty about perceived inflation target and monetary policy

19/2007

The rationality and reliability of expectations reported by British households: micro evidence from the British household panel survey

20/2007

Money in monetary policy design under uncertainty: the Two-Pillar Phillips Curve versus ECB-style cross-checking

21/2007

Corporate marginal tax rate, tax loss carryforwards and investment functions – empirical analysis using a large German panel data set

22/2007

Volatile multinationals? Evidence from the labor demand of German firms

23/2007

International investment positions and exchange rate dynamics: a dynamic panel analysis

24/2007

Testing for contemporary fiscal policy discretion with real time data

25/2007

Quantifying risk and uncertainty in macroeconomic forecasts

26/2007

Taxing deficits to restrain government spending and foster capital accumulation

27/2007

Spill-over effects of monetary policy – a progress report on interest rate convergence in Europe

Serie 2:

Studien zu Banken und Finanzwirtschaft

09/2007

Banking consolidation and small business finance – empirical evidence for Germany

10/2007

The quality of banking and regional growth

11/2007

Welfare effects of financial integration

12/2007

The marketability of bank assets and managerial rents: implications for financial stability

13/2007

Asset correlations and credit portfolio risk – an empirical analysis

Bankrechtliche Regelungen

1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998

2 Gesetz über das Kreditwesen, Mai 2007²⁾

2a Grundsatz I über die Eigenmittel der Institute, Januar 2001²⁾

2b Grundsatz II über die Liquidität der Institute, August 1999²⁾

7 Merkblatt für die Abgabe der Groß- und Millionenkreditanzeigen nach §§ 13 bis 14 KWG, September 1998

* Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar.

Weitere Anmerkungen siehe S. 79*.